Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 7

Von 1949 bis 1955

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden. Das gilt im allgemeinen auch für die Beschlüsse der Parteitage und -konferenzen der SED, die in der Reihe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" fortlaufend erscheinen.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verbündeten Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED für die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR sowie um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat (Periode von 1949 bis 1955)

Die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR (1949/1950)

1. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Erwartungsvoll sahen Millionen Deutsche der 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949 entgegen. Auf dem Thälmannplatz in Berlin – gegenüber den Ruinen der ehemaligen Reichskanzlei – standen an diesem Tag die Menschen zu Tausenden und begrüßten jede Nachricht mit Beifall, die aus dem Hause des Volksrates nach außen drang. Mit den Stimmen aller Abgeordneten verabschiedete der Deutsche Volksrat das Manifest „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland“[1]. Das Manifest stimmte mit den Ideen und Forderungen des programmatischen Dokuments der Parteiführung der SED vom 4. Oktober 1949 „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ überein. Es wandte sich an alle national gesinnten Menschen in Deutsch-

[1] Dokument Nr. 1.

land, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, politischen und weltanschaulichen Überzeugung, und rief sie angesichts der Spaltung Deutschlands auf, unter Führung der Arbeiterklasse gemeinsam für die Rettung der Nation zu kämpfen.

Wilhelm Pieck leitete die Tagung. Er berichtete von den zahlreichen Willenskundgebungen der Bevölkerung. Die Werktätigen sähen in dem obersten Organ der Volkskongreßbewegung den legitimierten Vertreter des deutschen Volkes und stellten die Forderung, daß es die notwendigen Schritte zur Bildung einer unabhängigen und demokratischen deutschen Regierung einleite. Wilhelm Pieck verlas die von allen Parteien des Demokratischen Blocks, des FDGB, des DFD, der FDJ und anderer Organisationen gemeinsam eingereichte Gesetzesvorlage über die Konstituierung des Deutschen Volksrates als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Er betonte die Rechtmäßigkeit dieses Vorganges, war der Volksrat doch aus dem 3. Deutschen Volkskongreß hervorgegangen, der wiederum in allgemeiner und freier Wahl von der Bevölkerung gewählt worden war. Wie ein Mann erhoben sich die 330 Abgeordneten zum Zeichen des Einverständnisses von ihren Plätzen. Beifall brandete auf. Er ging in einen Jubelsturm über, als die Nachricht die Tausende auf dem Thälmannplatz erreichte. Die Hochrufe auf die junge Republik wollten kein Ende nehmen. Lieder der Arbeiterbewegung und der Jugend wurden angestimmt.

Die Provisorische Volkskammer war die legitime Volksvertretung des neu gegründeten Staates. Sie setzte sich aus Vertretern aller Parteien des Demokratischen Blocks zusammen. Erstmals in der deutschen Geschichte war eine echte Volksvertretung entstanden, in der die Arbeiter und Bauern die bestimmende Rolle ausüben konnten. Damit waren zugleich wesentliche Voraussetzungen geschaffen, daß die von der Volkskammer gewählten Organe der Staatsmacht und der Gerichtsbarkeit ihre Tätigkeit zum Wohle und im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ausüben konnten.

Zum Präsidenten der Provisorischen Volkskammer wurde der Abgeordnete der LDPD, Johannes Dieckmann, gewählt. Einstimmig beschloß die oberste Volksvertretung die Gesetze über die Bildung der Provisorischen Regierung und über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Als Mitglied der stärksten Fraktion, der SED, wurde Otto Grotewohl mit der Bildung einer Provisorischen Regierung beauftragt.

Am 10. Oktober 1949 wählten die fünf Landtage in der Deutschen Demokratischen Republik 34 Abgeordnete in die Provisorische Länderkammer. Am gleichen Tag übergab der Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Armeegeneral W. I. Tschuikow, im Auftrage seiner Regierung die bisherigen Verwaltungsfunktionen der sowjetischen Behörden an die Provisorische Regierung der DDR. An die Stelle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) trat eine Sowjetische Kontrollkommission. Sie hatte die weitere Erfüllung des Potsdamer Abkommens und der übrigen Deutschland betreffenden Viermächtebeschlüsse zu überwachen. Dieser Schritt der Sowjetregierung sprach von dem Vertrauen des sowjetischen Volkes in die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. Er leitete die Herstellung der vollen Souveränität der DDR ein.

In den Vormittagsstunden des 11. Oktober wählten die Provisorische Volkskammer und die Provisorische Länderkammer in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig Wilhelm Pieck zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. Beide Kammern billigten ein Gesetz, das die Verwaltungsaufgaben der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), der Deutschen Verwaltung des Innern und der anderen zentralen Verwaltungsorgane auf die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übertrug. „In den Nachmittagsstunden", so berichtete die Zeitung „Tägliche Rundschau", „zeigte sich in den Straßen Berlins eine fieberhafte Spannung. Die Zugänge zum Stadtkern waren bald von anströmenden Demonstranten überfüllt. Über die Sektorengrenzen bewegten sich Tausende von Einwohnern Westberlins zum Kundgebungsplatz. Der gesamte Verkehr der Innenstadt mußte umgeleitet werden, und bald vor Beginn der Kundgebung auf dem August-Bebel-Platz waren alle Straßen von unübersehbaren Menschenmassen überfüllt ... Stürmischer Jubel brauste auf, als der neue Staatspräsident, der alte, verdiente Arbeiterführer, an dem mit Feldblumen geschmückten Rednerpult erschien und den hunderttausendstimmigen Chor ‚Es lebe der Präsident unserer demokratischen Republik!' mit einem glücklichen Schwenken der Hand beantwortete."[2]

Einen Tag später bestätigte die Volkskammer die von Ministerpräsident Otto Grotewohl vorgestellte Provisorische Regierung. Sie bestand aus Mitgliedern aller Parteien des Demokratischen Blocks. Von den insgesamt 18 Ministern gehörten acht der SED, vier der CDU,

[2] Tägliche Rundschau (Berlin), 12. Oktober 1949.

drei der LDPD, je einer der DBD und der NDPD an; ein Regierungsmitglied war parteilos. Von den 17 Staatssekretären waren neun Mitglieder der SED, drei der CDU, zwei der LDPD, je einer der NDPD und der DBD; ein Staatssekretär war parteilos. Die leitenden Mitarbeiter in den Ministerien und anderen zentralen staatlichen Dienststellen kamen zumeist aus der Deutschen Wirtschaftskommission, der Hauptverwaltung des Innern und den anderen Hauptverwaltungen, aus den Vereinigungen der volkseigenen Betriebe und den Länderregierungen. Einige waren vorher hauptamtliche Funktionäre der Parteien, der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen, manche kamen direkt aus den volkseigenen Betrieben. So übernahmen Menschen aus allen Blockparteien und allen Schichten der werktätigen Bevölkerung verantwortungsvolle Funktionen in den zentralen staatlichen Institutionen. Der große Anteil der Arbeiterklasse entsprach ihrer führenden Rolle im gesellschaftlichen Leben.

In seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949[3] begründete Otto Grotewohl, daß die Bildung der DDR notwendig geworden war, um für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine starke Führung zu schaffen. Die Ziele der Regierung entsprächen den Zielen, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich im Potsdamer Abkommen festgelegt hatten. Die Forderungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, erklärte der Ministerpräsident, bilden auch das Programm der Regierung. Um es zu verwirklichen, müsse die Zusammenarbeit im Block der demokratischen Parteien weiter gefestigt und vertieft werden. Gestützt auf die Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder, beschreite die DDR den Weg des Aufbaus aus eigener Kraft. Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität werde sich die Lebenslage des Volkes ständig verbessern.

Als wichtigste außenpolitische Aufgabe bezeichnete der Ministerpräsident die weitere Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion. Sie müsse ihre Ergänzung finden im freundschaftlichen Verhältnis zu den Volksdemokratien, besonders zu den Nachbarn der DDR, der polnischen Volksrepublik und der tschechoslowakischen Republik. Otto Grotewohl bekannte sich im Namen aller Fraktionen zur Oder-Neiße-Grenze und wandte sich entschieden gegen jede Völkerverhetzung. Der Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit der DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung

3 Dokument Nr. 3.

Handel zu treiben, besonders zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien, sei eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung.

Otto Grotewohl schloß seine Regierungserklärung mit den Worten: „Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. Daher halten es die Mitglieder der deutschen Regierung für ihre erste Verpflichtung, zu den Aktivisten zu gehen, die den Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates tragen, ohne den unsere Arbeit sinnlos sein müßte. Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen."[4]

Alle Fraktionen der Volkskammer stimmten der Regierungserklärung einmütig zu. Die Parteien und Massenorganisationen verpflichteten sich, aktiv mitzuhelfen, um das von Otto Grotewohl dargelegte Programm des friedlichen Aufbaus in die Tat umzusetzen.

Am 13. Oktober, dem ersten Jahrestag der bahnbrechenden Tat Adolf Henneckes, erstatteten die Mitglieder der neu gebildeten Regierung den Werktätigen Bericht über die historischen Oktobertage des Jahres 1949. Die Belegschaften der volkseigenen Betriebe, ihnen voran die Aktivisten und Bestarbeiter, die Pioniere des demokratischen Neuaufbaus, sprachen der ersten Arbeiter-und-Bauern-Regierung in Deutschland ihr Vertrauen aus.

Der Tischler Wilhelm Pieck als Präsident, der Buchdrucker Otto Grotewohl als Ministerpräsident, der ehemalige Vorsitzende der KPD und der ehemalige Vorsitzende der SPD an der Spitze des Staates – in dieser Tatsache bekundete sich für alle Welt der Charakter der Deutschen Demokratischen Republik als deutscher Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Wilhelm Pieck war einer der Mitbegründer der KPD und hatte ihrer Führung seit Gründung der Partei ohne Unterbrechung angehört. Die KPD hatte den bewährten Arbeiterfunktionär in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, in den Preußischen Landtag, in den Preußischen Staatsrat und in den Reichstag entsandt. Als Mitglied des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD hatte er unermüdlich für die Herstellung der Einheitsfront gekämpft, um den Machtantritt der Faschisten zu verhindern. Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns durch die Gestapo war Wilhelm Pieck zum Vorsitzenden des Zentralkomi-

[4] Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. I, Auswahl aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1959, S. 507.

tees der KPD gewählt worden. An der Spitze der KPD hatte er aufopferungsvoll gegen den imperialistischen Krieg und für die Einigung aller Hitlergegner in der Volksfront und in der Bewegung „Freies Deutschland" gekämpft. Wilhelm Pieck gebührt das Verdienst, entscheidend an der Schaffung der einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse mitgewirkt zu haben. Er hatte hervorragenden Anteil an der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und an dem Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte in der Bewegung des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden. Als einer der beiden Vorsitzenden der SED hatte er in der ersten Reihe derer gestanden, die um die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands, für den Aufbau und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung rangen. Niemand war würdiger, zum ersten Oberhaupt des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates berufen zu werden, als der Kommunist und Patriot Wilhelm Pieck.

Otto Grotewohl, am 11. März 1894 in Braunschweig geboren, war ebenfalls ein Sohn der deutschen Arbeiterklasse. Als Buchdruckerlehrling hatte er sich der Arbeiterjugend angeschlossen. Als Sechzehnjähriger war er zum Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend Braunschweigs gewählt worden. 1912 war er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Gewerkschaft beigetreten. Während des ersten Weltkrieges war Otto Grotewohl einer der Organisatoren der Braunschweiger Arbeiterjugend gewesen, die mit Antikriegsdemonstrationen und Streiks für Frieden und Demokratie gekämpft hatte. In der Novemberrevolution war er zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates bei den Truppen an der deutsch-niederländischen Grenze gewählt worden. In der Weimarer Zeit hatte Otto Grotewohl als Sekretär für Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), als Minister des Landes Braunschweig, später als Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, als Mitglied des Reichstages und als Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig der SPD gewirkt. Von den faschistischen Machthabern gemaßregelt, war Otto Grotewohl 1933 in die Illegalität gegangen. 1938 war er von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverrats verurteilt worden. Im Jahre 1944 hatte er abermals den schweren Weg des Illegalen wählen müssen, weil ihm erneute Verhaftung drohte.

Aus den bitteren Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Barbarei die Lehren ziehend, hatte Otto Grotewohl in aufrichtiger Kritik mit der opportunistischen Politik der SPD

abgerechnet und sich als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung eingesetzt. Der Händedruck mit Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag 1946 als Symbol der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war die Krönung seines Kampfes für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gewesen.

Als einer der Vorsitzenden der SED hatte Otto Grotewohl hervorragenden Anteil an der Stärkung der Kampfkraft der SED, am Aufbau und an der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands und an der Entwicklung einer wahrhaft nationalen Politik, die er als Vorsitzender der ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Regierung zum Wohle des Volkes fortsetzte.

Die bereits vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigte und von der Provisorischen Volkskammer zum Gesetz erhobene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik[5] verankerte die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und sicherte den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt. Sie zeugte davon, daß mit der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlage und das Vorbild für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates geschaffen war. In ihrem Artikel 1 gibt die Verfassung dem Anspruch des deutschen Volkes auf eine unteilbare, demokratische Republik Ausdruck. Artikel 2 bestimmt Berlin zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Verfassung der DDR beruht auf dem Prinzip der Volkssouveränität. Artikel 3 lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik." Im Unterschied zur Weimarer Verfassung wird in der Verfassung der DDR das Prinzip der Volkssouveränität nicht nur proklamiert, sondern werden seine gesellschaftlichen Grundlagen festgelegt. Laut Artikel 24 sind die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten enteignet und Volkseigentum. Der private Grundbesitz über 100 Hektar ist abgeschafft. Alle Monopole und Unternehmerverbände sind aufgehoben und verboten. Mißbrauch des privaten Eigentums an Produktionsmitteln zum Schaden des Gemeinwohls zieht entschädigungslose Enteignung zugunsten des Volkes nach sich. Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind Volkseigentum.

In der Verfassung der DDR war der formale bürgerliche Parlamen-

[5] Dokument Nr. 2.

tarismus der Weimarer Verfassung überwunden. Die in der Weimarer Verfassung enthaltene Dreiteilung der Gewalten, das Nebeneinanderbestehen der gesetzgebenden, der ausführenden und der richterlichen Gewalt, wobei die administrativen den gewählten Organen übergeordnet blieben, hatte es den reaktionärsten Kräften der Bourgeoisie erleichtert, die Durchführung fortschrittlicher Beschlüsse zu verhindern. Da in einer Demokratie, wenn sie den Volkswillen verkörpern will, die Volksvertretung den anderen Gewalten übergeordnet sein muß, legten die Gesetzgeber in Artikel 50 fest, daß die Volkskammer höchstes Organ der Republik ist. Ausnahmebestimmungen, die die Macht der obersten Volksvertretung einschränken – ähnlich dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung – wurden nicht aufgenommen. Die Volkskammer ist zuständig für die Bestimmung der Grundsätze der Regierungspolitik. Sie bestätigt, überwacht und beruft die Regierung ab, sie hat das Recht zur Gesetzgebung, soweit nicht ein Volksentscheid stattfindet.

Eine demokratische Volksvertretung war gebildet, die Volkssouveränität wirtschaftlich begründet und die Dreiteilung der Gewalten aufgehoben. Damit waren zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten tatsächlich und uneingeschränkt die Staatsmacht ausüben konnte.

In der Verfassung der DDR ist die Mitarbeit aller demokratischen Kräfte und ihrer Organisationen an der Gestaltung der Regierungspolitik festgelegt. Laut Artikel 92 benennt die stärkste Fraktion den Ministerpräsidenten; er bildet die Regierung. Alle Fraktionen, soweit sie mindestens 40 Mitglieder haben, sind im Verhältnis ihrer Stärke durch Minister oder Staatssekretäre vertreten.

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik nach den von der Volkskammer aufgestellten Grundsätzen. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Bereich selbständig und ist der Volkskammer rechenschaftspflichtig.

Im Rechtswesen gilt der Grundsatz, daß die Richter in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen sind. Das Prinzip der Unabsetzbarkeit der Richter, das es in Westdeutschland zahlreichen belasteten Juristen erleichterte, trotz erwiesener Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Amt zu bleiben, gibt es in der Verfassung der DDR nicht. Die Richter und die Staatsan-

wälte können von der Volkskammer abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßen oder ihre Pflichten gröblich verletzen.

Die Verfassung der DDR gewährleistet, daß der zum Gesetz erhobene Wille des Volkes jederzeit verwirklicht werden kann, da es keine Widersprüche zwischen der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt gibt. Die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung bildet einen Wesenszug der Herrschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Verfassung sichert allen Bürgern die Gleichberechtigung vor dem Gesetz zu, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und Erholung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben erfolgt unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, die diese Rechte durch die Gewerkschaften wahrnehmen. Von dem Vertrauen, das der Staat der Arbeiter und Bauern der Jugend entgegenbrachte, spricht die Festlegung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre und des passiven auf 21 Jahre. Durch die revolutionäre Umwälzung im Osten Deutschlands, die in der Verfassung der DDR ihren Ausdruck gefunden hat, wurden damit erstmals in der deutschen Geschichte Grundsätze verwirklicht, für die die revolutionäre Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Kräfte des deutschen Volkes seit über einem Jahrhundert gekämpft hatten.

Im Gegensatz zum Bonner Grundgesetz erklärt die Verfassung der DDR die Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, die Mordhetze gegen demokratische Politiker, die Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda, Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung der Bürger richten, zu Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.

Diente das Grundgesetz des westdeutschen Separatstaates der Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals, so bekundete die Verfassung der DDR, daß erstmals in Deutschland ein friedliebender und demokratischer Staat entstanden war, in dem des Volkes Wille oberstes Gesetz ist.

Ebenso wie das programmatische Dokument des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 und das Manifest des Deutschen Volksrates vom 7. Oktober bildete die Verfassung der DDR die Grundlage

für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Auf zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen begrüßten Hunderttausende Werktätige die Gründung der DDR. Die Delegierten des größten Betriebes der DDR, der Leunawerke, erklärten in einer Entschließung: „Die Leuna-Werktätigen wissen, daß in der neuen Regierung, die von Söhnen des werktätigen Volkes gelenkt und geleitet wird, ihre Interessen jederzeit und mit Nachdruck vertreten werden."[6] Auch aus der Bundesrepublik kamen Zustimmungstelegramme von Betriebsbelegschaften und Einzelpersönlichkeiten. Aus den USA telegrafierten Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann an Wilhelm Pieck: „Erlauben Sie uns, Ihnen und dem Kanzler Otto Grotewohl unsere herzlichsten Wünsche auszusprechen. Wir brauchen Ihnen nicht zu versichern, mit welch tiefer Teilnahme wir das Schicksal der jungen Republik unter Ihrer beider Führung verfolgen."[7]

In der Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, J. W. Stalin[8], hieß es: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht."[9]

Am 15. Oktober erkannte die Sowjetunion als erster Staat der Welt die Deutsche Demokratische Republik an und nahm mit ihr diplomatische Beziehungen auf. Die volksdemokratischen Staaten Europas und Asiens folgten in der Zeit vom 17. Oktober 1949 bis 13. April 1950. Damit wurde staats- und völkerrechtlich die Isolierung durchbrochen, in die der Hitlerfaschismus Deutschland getrieben hatte. Die diplomatische Anerkennung der DDR durch Staaten mit einer Bevölkerung von insgesamt über einer Milliarde Menschen sicherte die internationale Stellung der DDR. Sie war nach der Übergabe der Verwaltungsfunktionen durch die SMAD an die Regierung der DDR ein weiterer

6 Leuna-Echo (Leuna), 1949, Nr. 11.

7 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/B 11-2.

8 Dokument Nr. 4.

9 Neues Deutschland (B) (Berlin), 14. Oktober 1949.

Schritt zur Herstellung der vollen Souveränität des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verwirklichten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED das nationale Selbstbestimmungsrecht und erfüllten in einem Teil Deutschlands die geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert: einen friedliebenden und demokratischen Staat zu begründen, in dem Imperialismus und Militarismus ausgerottet und damit die Wurzeln des Faschismus, des Krieges und der barbarischen Ideologie des Rassenhasses, des Revanchismus und Chauvinismus beseitigt sind. Mit der Deutschen Demokratischen Republik entstand der rechtmäßige deutsche Staat. Er wird von der Arbeiterklasse geführt, die als die revolutionärste und fortschrittlichste Klasse in den harten Prüfungen der Geschichte bewiesen hatte, daß sie zur Führung der Nation berufen und fähig ist. Der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat entstand in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition und den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die auf dem Gebiet der DDR konsequent verwirklicht wurden. Seine Konstituierung war die Antwort der demokratischen und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes auf den nationalen Verrat der herrschenden Kreise in Westdeutschland und auf die Mißachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes durch die imperialistischen Westmächte. Sie war die Antwort auf die Abspaltung der Westzonen und auf die Bildung eines reaktionären westdeutschen Separatstaates.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas. Auf einem Drittel des Territoriums Deutschlands, von dem aus der deutsche Imperialismus zwei verbrecherische Weltkriege entfesselt hatte, entstand ein Staat, der alle seine Kräfte in den Dienst der Erhaltung des Friedens stellte. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten konnten sich jetzt in ihrem schweren Kampf um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes auf eine eigene Staatsmacht stützen. Bei seinem Amtsantritt als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik erklärte Wilhelm Pieck: „Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Kampf der Nationalen Front aller Deutschen um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Phase getreten ist. Mehr denn je können wir den Kampf um unsere gerechte Sache mit

größerer Aussicht auf den Erfolg fortführen. Die Deutsche Demokratische Republik steht nicht allein. Sie kann sich in ihrem Kampf um Frieden, Einheit und Recht stützen auf die Freundschaft mit der großen mächtigen Sowjetunion, auf die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und mit allen Friedenskräften in der Welt."[10]

Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in einem Drittel Deutschlands schufen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Grundlage für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender, demokratischer Staat und für einen friedlichen Übergang des ganzen deutschen Volkes zum Aufbau des Sozialismus. Damit fügten sie dem deutschen Imperialismus und Militarismus die schwerste Niederlage nach der Kapitulation des Hitlerregimes im Jahre 1945 zu. Die Möglichkeiten der imperialistischen Großbourgeoisie, erneut einen Krieg vorzubereiten und zu entfesseln, wurden eingeschränkt. Die Pläne der Monopolherren und Militaristen, ihre Herrschaft wieder über ganz Deutschland auszudehnen, wurden durchkreuzt. Dem deutschen Imperialismus und Militarismus war für immer der Weg nach dem Osten versperrt. Das war zugleich eine Niederlage des Weltimperialismus und ein schwerer Schlag gegen seine Pläne, einen dritten Weltkrieg zu entfachen. Die DDR wurde eine Kraft, die Entscheidendes zur Erhaltung des Friedens in Europa beizutragen vermochte.

Die Deutsche Demokratische Republik entstand als Ergebnis des erbitterten Kampfes zwischen den beiden Hauptkräften in der internationalen und in der deutschen Politik: den Kräften der Reaktion, des Imperialismus, des Faschismus und des Krieges einerseits, den Kräften des Fortschritts, der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus andererseits. Ihre Existenz war Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland, des Erstarkens und des Vormarsches der fortschrittlichen Kräfte der menschlichen Gesellschaft und der Schwächung des Imperialismus. Die Gründung der DDR bildete ein wichtiges Glied im Kampf um die Ausdehnung des Sozialismus zu einem Weltsystem. Während an früheren Wendepunkten der deutschen Geschichte immer wieder die volksfeindlichen und antinationalen Bestrebungen sich durchsetzen konnten, triumphierten nunmehr die wahren Interessen der Nation.

10 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. II, Berlin 1954, S. 300.

Mit der Gründung der DDR verwirklichten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten das Vermächtnis von Karl Marx und Friedrich Engels, von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, das Vermächtnis Ernst Thälmanns und des heroischen Kampfes der KPD, vieler Sozialdemokraten und aller anderen Antifaschisten gegen die Hitlerdiktatur. Die DDR setzte alle guten Traditionen des deutschen Volkes, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse, die Traditionen des jahrhundertelangen Befreiungskampfes der Bauern und die humanistischen Traditionen des Bürgertums, fort und führte sie zum Siege. Die DDR wurde die junge, vorwärtsstrebende Kraft, der Motor der deutschen Geschichte.

In der von Johannes R. Becher und Hanns Eisler geschaffenen Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik, die am 7. November 1949 erstmals erklang, fanden die Hoffnungen von Millionen Deutschen nach einem einheitlichen Deutschland des Friedens und der Arbeit, einem Deutschland, in dem das Volk allein über sein Geschick bestimmt, ihren Ausdruck:

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint,
und es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint.

Glück und Friede sei beschieden Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint.

Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor,
und der eignen Kraft vertrauend, steigt ein neu Geschlecht empor.
Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint,
wirst du Deutschlands neues Leben, und die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint."

Während mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates die Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer erneut die Macht an sich rissen, wurde mit der Gründung der DDR eine Staatsmacht von neuem

Typus geschaffen. Die konsequente antifaschistisch-demokratische Umwälzung unter Führung der Arbeiterklasse ermöglichte es, die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht, die im Kampf gegen Kriegsverbrecher, Monopolisten und Großgrundbesitzer entstanden war, allmählich auf friedlichem Wege zu einer Arbeiter-und-Bauern-Macht als Form der Diktatur des Proletariats umzuwandeln. Die Gründung der DDR war das wichtigste Ereignis im Prozeß des Hinüberwachsens der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution. Die demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse verfügten jetzt über die notwendige staatliche Grundlage, um die antifaschistisch-demokratische Ordnung systematisch zu festigen und die Revolution weiterzuführen.

2. Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Bündnispolitik der SED in den ersten Monaten nach der Gründung der DDR

Nach der Bildung zweier deutscher Staaten wurde der Gegensatz zwischen den Imperialisten in der Bundesrepublik und den Volksmassen in der Deutschen Demokratischen Republik sowie allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland zum Hauptwiderspruch in Deutschland.

Die reaktionären Kreise in der Bundesrepublik versuchten einerseits, die Gründung der DDR als ein Ereignis hinzustellen, dem keine besondere Bedeutung zukomme. So behauptete der ehemalige Vorsitzende des Verwaltungsrates der Bizone, Hermann Pünder (CDU), „daß sich gegenüber dem bisherigen Zustand an sich nicht gar viel geändert"[11] habe. Andererseits verbargen sie nicht ihre Bestürzung. Die großkapitalistische Zeitung „Die Welt" bedauerte, daß der „Wirkungsbereich der Bonner Institutionen ... in Deutschland an der Grenze"[12] der DDR endet. Gleichzeitig verkündeten sie offen ihre Absicht, die DDR mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ihr Ziel war es, die Volksmacht zu stürzen und die Grenzen der Bundesrepublik weiter nach Osten vorzuschieben. „Der ‚kalte Krieg' wird von jetzt ab stärker

11 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, Bonn 1950, S. 313.

12 Die Welt (Hamburg), 8. Oktober 1949.

als bisher in Deutschland ausgetragen werden"[13], erklärte Hermann Pünder.

Konrad Adenauer nahm in einer Regierungserklärung vom 21. Oktober 1949 zur Bildung der DDR Stellung. Er bezeichnete die Bundesrepublik als „die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes" und behauptete, daß diese „allein befugt" sei, „für das deutsche Volk zu sprechen". Die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze lehnte der westdeutsche Kanzler ab und erklärte als Ziel der westdeutschen Regierungspolitik, ganz Deutschland in eine imperialistische „europäische Ordnung hineinzuführen".[14] Auch die Sprecher des Parteivorstandes der SPD lehnten eine Verständigung mit der DDR ab. Kurt Schumacher forderte: „Alles, was wie eine Legitimation des in der Ostzone herrschenden Systems aussieht, müsse vermieden werden."[15] Die Vertreter der Regierungsparteien und ebenso Willy Brandt von der SPD forderten die Einbeziehung Berlins als zwölftes Land in die Bundesrepublik. Das sei der erste Schritt zur Wiedervereinigung, das heißt zur Einbeziehung der DDR in die Bundesrepublik. Willy Brandt erklärte offen, daß die Aufgabe Westberlins darin bestehe, die Festigung der neuen Ordnung im Osten Deutschlands „so sehr wie möglich zu erschweren und damit Wege für eine Wiedervereinigung des deutschen Westens und Ostens offenzuhalten"[16].

Die Gründung der DDR veranlaßte jedoch auch einzelne bürgerliche Politiker in der Bundesrepublik, mit neuen Vorschlägen für eine gesamtdeutsche Verständigung aufzutreten. So forderte der stellvertretende Ministerpräsident Bayerns, Josef Müller (CSU), die Bildung eines Koordinierungs-Gremiums, bestehend aus offiziellen Vertretern Ost- und Westdeutschlands, das Maßnahmen zur allmählichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beraten sollte.

Von allen westdeutschen Parteien war es nur die KPD, die der aggressiven Regierungspolitik eine demokratische Alternative entgegenstellte. In der Debatte zur Regierungserklärung Konrad Adenauers über die Bildung der DDR erklärte Heinz Renner im Namen der KPD, daß es nur einen Weg zur Neugestaltung Deutschlands gibt, den

13 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949, Bd. 1, S. 313.
14 Ebenda, S. 308/309.
15 Neuer Vorwärts (Hannover), 29. Oktober 1949.
16 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 3, Bonn 1950, S. 1853.

Weg des Kampfes für die demokratische Einheit Deutschlands, für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und für den baldigen Abzug der Besatzungstruppen. Heinz Renner forderte die Bundesregierung auf, sich mit den Organen der Provisorischen Regierung der DDR zu verständigen.

Die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik griffen zu den vielfältigsten Mitteln des wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Druckes, um die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik aufzuhalten und diese der Bundesrepublik einzuverleiben. Sie glaubten, daß die Ballung der Grundstoff- und Schwerindustrie im Westen Deutschlands, die reicheren Rohstoffvorkommen, die größere Einwohnerzahl, die Konzentration politischer, wirtschaftlicher und militärischer Führungskader der Bourgeoisie im Verein mit der Hilfe durch den amerikanischen Imperialismus der kapitalistischen Bundesrepublik ein derartiges Übergewicht geben würden, daß deren massivem Druck die DDR über kurz oder lang erliegen müßte.

In der ersten Zeit konzentrierten sich die deutschen Imperialisten mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte besonders auf die Bekämpfung des wirtschaftlichen Aufbaus der DDR. Den Wirtschaftskrieg verbanden sie mit der Mobilisierung ihrer Agenturen in der DDR und mit Versuchen, sich in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, besonders den Anhängern der evangelischen und der katholischen Kirche, eine Massenbasis gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu schaffen. Die Geheimdienste der imperialistischen Westmächte erteilten ihren Verbindungsleuten – größtenteils unbelehrbaren Faschisten und Militaristen, ehemaligen Anhängern des Stahlhelms und anderen reaktionären Elementen – den Auftrag, durch Sprengstoffanschläge, Überfälle, Sabotageakte und Flüsterparolen die Bevölkerung ständig in einem Zustand der Spannung und Unsicherheit zu halten. Die Gefolgsleute der sogenannten Ostbüros der bürgerlichen Parteien und der SPD erhielten Weisung, sich einflußreiche Stellungen im Staats- und Wirtschaftsapparat, in den Parteien und Massenorganisationen zu erschleichen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht systematisch von innen her zu unterminieren. Bischof Otto Dibelius rief die evangelischen Christen in der DDR zum Widerstand gegen ihre Regierung auf. Der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Konrad Preysing, untersagte den katholischen Bürgern die Mitarbeit in der Nationalen Front. Gleichzeitig erteilten die Vertreter des politischen Klerikalismus Anleitung zur Untergrundarbeit.

Der außerordentliche Druck, den die reaktionären Kräfte auf den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat ausübten, stellte die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vor eine harte Bewährungsprobe.

Dazu kam, daß die Bildung einer zentralen Staatsmacht die Arbeiterklasse vor eine Reihe neuer und schwieriger Aufgaben stellte. Während bisher „die Funktionen der örtlichen Organe und der zentralen Verwaltung noch beschränkt waren und die staatliche Zentralgewalt in den Händen der sowjetischen Militärverwaltung lag, übernahm mit der Gründung der DDR die Arbeiterklasse die Hauptverantwortung für die staatliche Zentralgewalt, für die ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung des Landes"[17]. Die Arbeiterklasse mußte lernen, Staat und Wirtschaft voll verantwortlich zu leiten. Neue Probleme ergaben sich für die Bündnispolitik. Das politische Bündnis der Parteien, manifestiert im Demokratischen Block, hatte sich nun als Regierungskoalition zu bewähren. Die Verantwortung der Parteien war größer geworden: Sie mußten jetzt unter Führung der Arbeiterklasse gemeinsam einen Staat leiten. Das war ein neues Tätigkeitsfeld, obwohl einige Erfahrungen auf Länderebene und im Rahmen der Deutschen Wirtschaftskommission vorlagen. Manchem Angehörigen der mit der SED verbündeten Parteien fiel es nicht leicht, das Wesen der eingetretenen Veränderungen zu begreifen und sich von überholten Auffassungen des bürgerlichen Parlamentarismus zu lösen.

Hinzu kam weiter, daß die deutsche Bourgeoisie auch nach der Bildung der zentralen Staatsmacht der Arbeiter und Bauern noch Stützpunkte in der DDR hatte. Ihre direkten Interessenvertreter – wie Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Waldemar Koch, Ernst Lemmer, Walther Schreiber – waren schon in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung isoliert worden und hatten sich nach dem Westen abgesetzt. Einigen anderen war es jedoch gelungen, sich zu tarnen und in den Staats- und Wirtschaftsapparat einzudringen. Es gab auch Vertreter des Bürgertums – meist frühere höhere Konzernangestellte und Politiker der nach 1918 entstandenen bürgerlichen Parteien –, die an der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung teilgenommen oder sich abwartend verhalten hatten, jetzt aber eine Mitarbeit ablehnten oder offen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht auftraten. Einige dieser Politiker hatten damit gerechnet, in der anti-

17 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VIII, 1959–1960, Berlin 1965, S. 433.

faschistisch-demokratischen Ordnung die Arbeiterklasse „überspielen" zu können. Die Festigung der Positionen der Arbeiterklasse machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. In den Führungsgremien von CDU und LDPD, in einigen Massenorganisationen wie der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und vor allem im Staats- und Wirtschaftsapparat und in den Parlamenten der Länder sowie in den Verwaltungen der größeren Städte hatten solche Vertreter der Bourgeoisie noch zahlreiche Ämter inne und übten auf bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise einen beträchtlichen Einfluß aus. Besonders in der CDU und der LDPD hatten es die Anhänger der Blockpolitik unter diesen Bedingungen oft schwer, sich gegen die reaktionären Kräfte durchzusetzen.

In der DDR waren auch noch nicht alle ökonomischen Quellen einer kapitalistischen Restauration beseitigt. Obwohl die Staatsmacht in Gestalt des volkseigenen Sektors der Volkswirtschaft über eine feste wirtschaftliche Grundlage verfügte, war der privatkapitalistische Anteil in Industrie, Landwirtschaft und vor allem im Großhandel noch erheblich. Der ökonomische Aufschwung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, an dem alle Zweige der Volkswirtschaft beteiligt waren, hatte bei einem Teil der Unternehmer und auch der kleinen Warenproduzenten neue Hoffnungen auf eine kapitalistische Entwicklung geweckt. Die kleine und mittlere Bourgeoisie war in ihrer Mehrheit noch nicht davon überzeugt, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht unerschütterlich ist. Noch weniger war sie davon überzeugt, daß es ihr in dieser Ordnung besser gehen werde als unter der Herrschaft des Monopolkapitals. Ein Teil der kleinen und mittleren Bourgeoisie folgte deshalb zunächst den reaktionären Politikern, die nach der Übergabe der Verwaltungsfunktionen durch die SMAD an die Provisorische Regierung der DDR die Zeit für gekommen hielten, zum offenen Angriff gegen die junge Staatsmacht der Arbeiter und Bauern überzugehen. Sie arbeiteten damit der imperialistischen Großbourgeoisie in die Hände.

Ein Wortführer der reaktionären Kräfte war der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Hugo Hickmann. Nach der Bildung der Bundesrepublik vertrat Hugo Hickmann die Meinung, daß die Errichtung eines Weststaates „noch keine Nötigung zur Errichtung eines Oststaates"[18] sei. Gegenüber Konrad Adenauer forderte er „Neutralität" und „Sympathie". Auf der Sitzung des Demokratischen Blocks am 5. Okto-

[18] Die Union (Dresden), 17. September 1949.

ber 1949 trat Hugo Hickmann gegen einen Beschluß auf, den Landtagen zu empfehlen, die im Herbst 1949 ablaufende Wahlperiode bis zu einem Jahr zu verlängern. Die Lage, die mit der Bildung des separaten westdeutschen Staates entstanden war, forderte das schnelle und gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte. Walter Ulbricht erläuterte in diesem Zusammenhang, daß es ein grundlegender Fehler sei, die Demokratie nur vom Standpunkt des Wahlrechts zu sehen. Diese enge Auffassung, die in der Bevölkerung noch weit verbreitet war, werde von Gegnern der Blockpolitik ausgenutzt, um sofortige Wahlen zu fordern und dadurch die Inkraftsetzung der Verfassung der DDR zu verhindern. „Auch wir sind für Wahlen", erklärte Walter Ulbricht, „aber erst eine gewisse Zeit nach der Übernahme der Verwaltung durch die deutschen Organe und nach weiteren Erfahrungen bei der Durchführung des Zweijahrplans. Nach der Auffassung der fortschrittlichen Kräfte besteht das Wesen der Demokratie hauptsächlich in der aktiven Mitwirkung der Volkskräfte bei der Gestaltung der neuen Ordnung, beim Wiederaufbau des Zerstörten, in der aktiven Arbeit für ein besseres Leben . . ."[19]

Hugo Hickmanns Auffassungen wurden von den demokratischen Kräften, unter ihnen die fortschrittlichen Mitglieder der CDU, deren Sprecher besonders Otto Nuschke war, zurückgewiesen. Sie betonten, daß alle Blockparteien die Bildung der DDR unterstützt und begrüßt hatten und daß Hickmann und andere reaktionäre Politiker den Beschlüssen der eigenen Partei zuwiderhandelten.

Mitglieder der Führungsgremien von CDU und LDPD, die in den Hauptfragen die gemeinsam vereinbarten Grundsätze der Blockpolitik unterstützten, nahmen in einigen Fragen eine unentschiedene Haltung ein. Sie äußerten Bedenken gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei und hatten Vorbehalte gegen die vom Demokratischen Block beschlossene Verlängerung der Wahlperiode.

Diese Schwankungen nutzten die reaktionären Kräfte zu offenen Vorstößen gegen die Blockprinzipien aus. Nachdem es ihnen mißlungen war, die Bildung der DDR zu verhindern und durch Wahlen einen Kampf der Parteien gegeneinander zu entfesseln, unternahmen sie alles, die Festigung der neuen Staatsmacht aufzuhalten. Vor allem versuchten sie, den Demokratischen Block, die politische Grundlage der Volksmacht, zu spalten. Einige Abgeordnete der CDU und der

[19] Walter Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin 1961, S. 160.

LDPD forderten in der Volkskammer die „Überprüfung" beschlossener Gesetze. Sie wollten auf diese Weise die in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erlassenen Gesetze und Verordnungen schrittweise aushöhlen und beseitigen. Im Landtag von Brandenburg hetzten Abgeordnete der LDPD gegen die Freie Deutsche Jugend und die Arbeiter- und Bauernstudenten und verlangten von ihrer Partei, die Mitarbeit im Demokratischen Block einzustellen.

Auf dem 4. Parteitag der CDU am 12./13. November 1949 lehnte Hugo Hickmann die führende Rolle der SED ab und forderte eine stärkere Berücksichtigung der „personalpolitischen Anforderungen" der reaktionären Kräfte in der CDU auf dem Gebiet der Verwaltung und in der Kulturpolitik. Der Fraktionsvorsitzende der CDU in der Volkskammer, Gerhard Rohner – früher ein leitender Angestellter des Flick-Konzerns –, richtete heftige Angriffe gegen die aufgelöste Deutsche Wirtschaftskommission und ließ durchblicken, daß es ihm und anderen Politikern darum ging, in der DDR wieder bürgerlich-parlamentarische Verhältnisse einzuführen. Hugo Hickmann und Gerhard Rohner konnten sich nicht durchsetzen. In einer mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschließung bekannte sich der Parteitag der CDU zur DDR und zu den Grundsätzen der Blockpolitik.

Die reaktionären Kräfte gaben sich jedoch nicht geschlagen. Die vor allem in kleinbürgerlichen Kreisen noch nicht überwundenen nationalistischen Auffassungen ausnutzend, lehnten Hugo Hickmann und andere gleichgesinnte Politiker die Oder-Neiße-Grenze ab. Gerhard Rohner nutzte sein Amt als Finanzminister des Landes Sachsen dazu aus, um Steuerhinterziehungen größerer kapitalistischer Betriebe zu begünstigen. Gleichzeitig ging er mit aller Schärfe gegen Handwerksmeister und kleine Unternehmer vor, um sie gegen die DDR aufzubringen. Auch der Finanzminister von Thüringen, Leonhard Moog (LDPD), und andere reaktionäre Elemente in den Finanz- und Wirtschaftsministerien der Länder mißbrauchten ihre Funktionen. Sie betrogen den Staat und versuchten, das Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Schichten der Bevölkerung zu untergraben.

Während Hugo Hickmann, Gerhard Rohner und andere auf die Spaltung des Demokratischen Blocks hinarbeiteten, verbreiteten bürgerliche Zeitungen in Westdeutschland und Westberlin gezielte Falschmeldungen. Darin hieß es, daß die SED die Blockpolitik aufgeben

würde und „daß die Tage der CDU und der LDP"[20] gezählt seien. Westdeutsche Staatsorgane und Monopole versuchten die Wirtschaft der DDR zu desorganisieren, indem sie in der DDR massenhaft aufgekaufte Waren über Westberlin nach Westdeutschland verschoben. Unter Berufung auf „Rechtsansprüche" der Monopolisten gegenüber volkseigenen Betrieben wurden Waren, die im Interzonenhandel nach Westdeutschland gingen, von Justizorganen der Bundesrepublik beschlagnahmt.

In der DDR verstärkten die imperialistischen Geheimdienste und Agentengruppen ihre Wühlarbeit. Ende 1949 wurden in Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt illegale Sabotagetrupps, die zum Teil bewaffnet waren und sich aus früheren Offizieren der faschistischen Wehrmacht und Angehörigen nazistischer Organisationen rekrutierten, dingfest gemacht. Zur gleichen Zeit versuchten Agenten, das im demokratischen Berlin gelegene Kraftwerk Klingenberg stillzulegen. Im Sprengstoffwerk Gnaschwitz verursachten Saboteure von September 1949 bis Januar 1950 drei Explosionen, bei denen acht Arbeiter ums Leben kamen und umfangreiche Schäden angerichtet wurden. In der Landesregierung Sachsen-Anhalt wurde die verbrecherische Tätigkeit einer Gruppe leitender Personen, deren Verbindungen bis in den Landesvorstand der SED reichten, aufgedeckt.[21] Diese Schädlinge hatten im Auftrag westdeutscher Monopole für 100 Millionen Mark Vermögenswerte der im Gebiet der DDR zugunsten des Volkes enteigneten Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft (DCGG) nach Westdeutschland verschoben.

Eine ähnliche Schädlingstätigkeit betrieben Beauftragte des IG-Farben-Konzerns und des Solvay-Konzerns (Kali-Industrie). Die Landeskommission für Staatliche Kontrolle in Mecklenburg legte zehn leitenden Angestellten landwirtschaftlicher Genossenschaften das Handwerk, die Werte von über 30 Millionen Mark nach Westdeutschland verschoben hatten. Im Saatzuchtbetrieb Klein Wanzleben spielten die leitenden Direktoren den früheren Besitzern, die nach Westdeutschland geflüchtet waren, Aktien im Werte von 22 Millionen Mark in die Hände. Durch organisierte Verschiebung von Buntmetall und Schwefelsäure sollten ganze Wirtschaftszweige desorganisiert werden. Bis zum 31. März 1950 wurden von den Sicherheits- und Kontrollorganen der DDR 5500 Tonnen Buntmetall beschlagnahmt.

[20] Die Welt (Hamburg), 13. Dezember 1949.

[21] Dokument Nr. 6.

Bei der Aufdeckung und Bestrafung der schwersten dieser Verbrechen bewährten sich die auf Beschluß der Provisorischen Volkskammer vom 7. Dezember 1949 gebildete Oberste Staatsanwaltschaft und das Oberste Gericht der DDR als Organe, die konsequent den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat vor allen feindlichen Anschlägen schützten. Um die imperialistischen Gegner der Republik noch wirksamer bekämpfen zu können, wurde im Februar 1950 das Ministerium für Staatssicherheit geschaffen. Das war zugleich ein wichtiger Schritt bei der Herausbildung der zentralisierten Staatsmacht der Arbeiter und Bauern.

Die heftigen Angriffe der deutschen Monopolbourgeoisie und ihrer Gefolgsleute, die vor allem gegen die ökonomischen und politischen Grundlagen des Arbeiter-und-Bauern-Staates gerichtet waren, führten zu stärkeren Schwankungen in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen und gaben besonders den reaktionären Kräften Auftrieb.

In dieser schwierigen Lage bewährte sich erneut die prinzipienfeste Bündnispolitik der SED. Die Partei der Arbeiterklasse ließ sich keinen Augenblick von ihrem Grundsatz abbringen, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gegen die imperialistische Reaktion zu kämpfen. Sie setzte niemals die Mitgliedschaft und die fortschrittlichen Politiker mit den reaktionären Vertretern in einigen Blockparteien gleich und unterstützte die demokratischen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung mit den Reaktionären und bei der Gewinnung unentschlossener und irregeführter Mitglieder. Der Zentrale Ausschuß des Demokratischen Blocks faßte am 2. und am 30. November auf Anregung der SED wichtige Beschlüsse über die Weiterführung der gemeinsamen Blockpolitik nach der Bildung der DDR. Wegen der ernsten Verstöße einiger Funktionäre der CDU und der LDPD gegen die Grundsätze des Demokratischen Blocks vom 19. August 1949 empfahl der Zentrale Ausschuß den Blockausschüssen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden, Sitzungen einzuberufen, die sich mit diesen Grundsätzen beschäftigen sollten. Der Ausschuß legte ferner den 15. Oktober 1950 als Wahltag fest.

Das offene Auftreten von Hugo Hickmann, Gerhard Rohner und anderen Reaktionären gegen die Grundsätze der Blockpolitik löste Proteste bei den Werktätigen aus. In Erfurt, Halle, Magdeburg, Potsdam, Zwickau und anderen Orten kam es zu Massendemonstrationen. In Dresden forderten Delegationen aus zahlreichen sächsischen

Betrieben den Rücktritt Hugo Hickmanns und Gerhard Rohners von allen politischen Ämtern. Viele Arbeiter in den Betrieben erhöhten die Wachsamkeit gegen Saboteure und Schieber.

Die SED und die demokratischen Kräfte in den anderen Blockparteien wiesen die Hetze gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen, die die Reaktionäre, unterstützt von westlichen Rundfunkstationen, betrieben, entschieden zurück. Sie traten gegen revanchistische und rassistische Auffassungen, gegen nationalistische Überheblichkeit und Borniertheit auf. In diesen oft harten Auseinandersetzungen und in geduldiger Überzeugungsarbeit gelang es, in zunehmendem Maße bei der Bevölkerung die Erkenntnis und das Gefühl der Freundschaft mit der Sowjetunion, dem polnischen Volk und allen anderen friedliebenden Völkern zu wecken und zu vertiefen. Diese Umerziehung der Bevölkerung im Geiste der Völkerfreundschaft war einer der größten Erfolge der SED und des Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Auf der 24. Tagung des Parteivorstandes der SED betonte Walter Ulbricht am 10. Januar 1950 im Namen der Parteiführung erneut, daß die Einigung aller patriotischen und demokratischen Kräfte in der Nationalen Front die zentrale Aufgabe zur Verteidigung des Friedens und zur Sicherung der Zukunft der Nation ist. Die SED sei auch in Zukunft am gemeinsamen Schaffen aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen interessiert. Es werde auch weiterhin in der DDR kein Einparteiensystem geben, sondern mehrere Parteien. Die SED erkenne an, daß es unterschiedliche Interessen, Traditionen und Weltanschauungen in verschiedenen Schichten der Bevölkerung und deshalb auch unterschiedliche Ziele der einzelnen Parteien gebe. Alle demokratischen Parteien vereine jedoch ein gemeinsames Interesse: die Sicherung des Friedens und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, die nur im gemeinsamen Kampf errungen werden können. Die SED erwarte nicht, daß Vertreter anderer Parteien ihre spezifischen Ziele aufgeben. Nur von einem Ziel müsse abgegangen werden, nämlich von dem Bestreben, schrittweise die Demokratie abzubauen, die alten Machtpositionen wiederherzustellen und den verhängnisvollen Weg, der das deutsche Volk schon zweimal in die Katastrophe geführt hat, wieder zu beschreiten.

Die prinzipienfeste und umsichtige Politik der SED und die entschlossene Haltung der Werktätigen stärkten den Einfluß der fortschrittlichen Kräfte in der CDU und der LDPD. Am 25. Januar 1950

bekannte sich der Zentrale Parteivorstand der LDPD in einer Erklärung eindeutig zur Blockpolitik und zur Stärkung der DDR. Eine ähnliche Erklärung wurde am 28. Januar vom Politischen Ausschuß der CDU abgegeben.[22] Auf der Sitzung des Zentralen Ausschusses des Demokratischen Blocks am 1. Februar 1950 setzten sich Hermann Matern und Walter Ulbricht grundsätzlich mit der Konzeption von Hugo Hickmann und Gerhard Rohner auseinander. Sie wiesen nach, daß deren Angriff gegen die Blockpolitik nur den imperialistischen Feinden der DDR nützen würde. Die übrigen Blockvertreter schlossen sich diesen Ausführungen an und forderten die Entfernung all derer aus den Blockparteien, die gemeinsam gefaßte Beschlüsse mißachteten. Ferner wurde beschlossen, überall gemeinsame Funktionärsversammlungen über die nächsten Aufgaben durchzuführen.

Die Sitzung des Zentralen Ausschusses des Demokratischen Blocks am 1. Februar 1950 leitete das letzte Stadium des Kampfes gegen die Reaktionäre in der CDU und der LDPD ein. Die Gegner der Blockpolitik wurden völlig isoliert und aus ihren gesellschaftlichen und politischen Positionen verdrängt. Die CDU und die LDPD überwanden ihre politische Krise. In diesen Parteien setzten sich endgültig die fortschrittlichen Kräfte um Johannes Dieckmann, Gerald Götting, Hans Loch und Otto Nuschke durch.

Nachdem sich die Blockparteien im März bereits für ein gemeinsames Wahlprogramm ausgesprochen hatten, faßte der Zentrale Ausschuß des Demokratischen Blocks am 16. Mai 1950 den Beschluß, eine gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front für die Wahlen im Oktober 1950 aufzustellen. Im Namen der SED erklärte Otto Grotewohl, daß die gemeinsame Kandidatenliste nicht – wie der Gegner behauptete – das Ende der Zusammenarbeit im Demokratischen Block bedeute, sondern ihre Fortsetzung und Vertiefung. Wie bereits die 24. Tagung des Parteivorstandes betont hatte, habe die SED nicht die Absicht, die anderen Parteien auszuschalten. Diese Erklärung entzog der Hetze des Gegners, die unter der Mitgliedschaft der mit der SED verbündeten Parteien nicht ohne Wirkung geblieben war, den Boden und förderte die innere Stabilisierung dieser Parteien.

Auf dem III. Parteitag der SED sagte Wilhelm Pieck über die Bedeutung des Kampfes gegen die Hickmann und Rohner: „Worin bestand das Programm dieser Reaktionäre...? Sie erstrebten die

[22] Dokument Nr. 11.



Wilhelm Pieck wird einstimmig zum Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik gewählt, 11. Oktober 1949



Kundgebung auf dem Berliner August-Bebel-Platz zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 11. Oktober 1949

Lion Feuchtwanger
520 Paseo Miramar
Pacific Palisades, Calif.
Tel. Santa Monica 51402

14. Oktober 1949

Lieber, sehr verehrter Praesident Wilhelm Pieck,

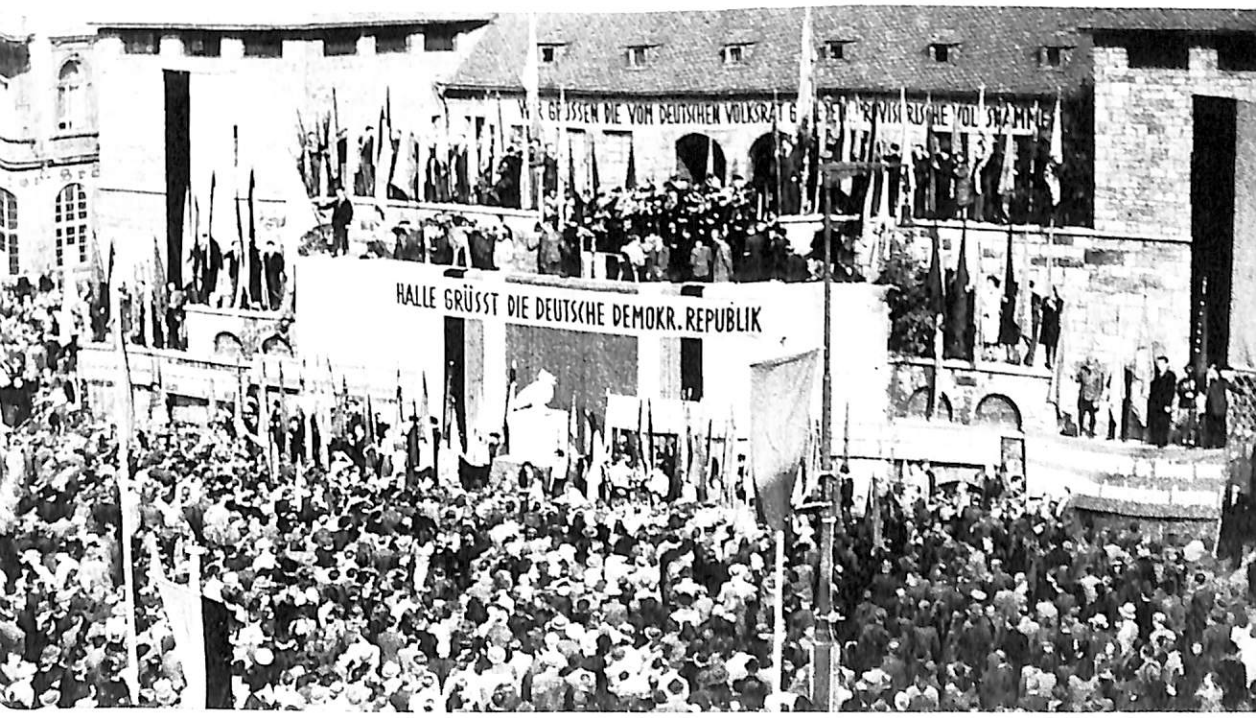
Erlauben Sie uns, Ihnen und dem Kanzler Otto Grotewohl unsere herzlichsten Wuensche auszusprechen. Wir brauchen Ihnen nicht zu versichern, mit welch tiefer Teilnahme wir das Schicksal der jungen Republik unter Ihrer beider Fuehrung verfolgen.

In aufrichtiger Verehrung

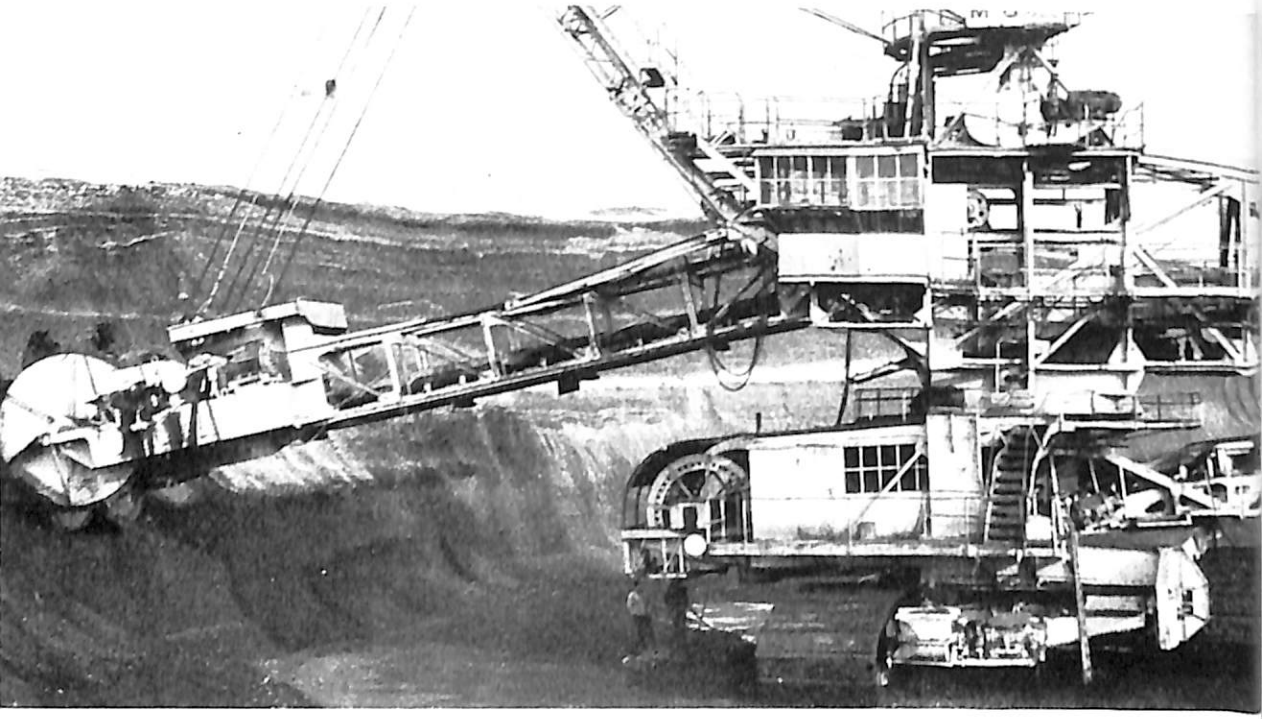
Heinrich Mann
Heinrich Mann

Lion Feuchtwanger
Lion Feuchtwanger

Schreiben Lion Feuchtwangers und Heinrich Manns an Wilhelm Pieck anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 14. Oktober 1949



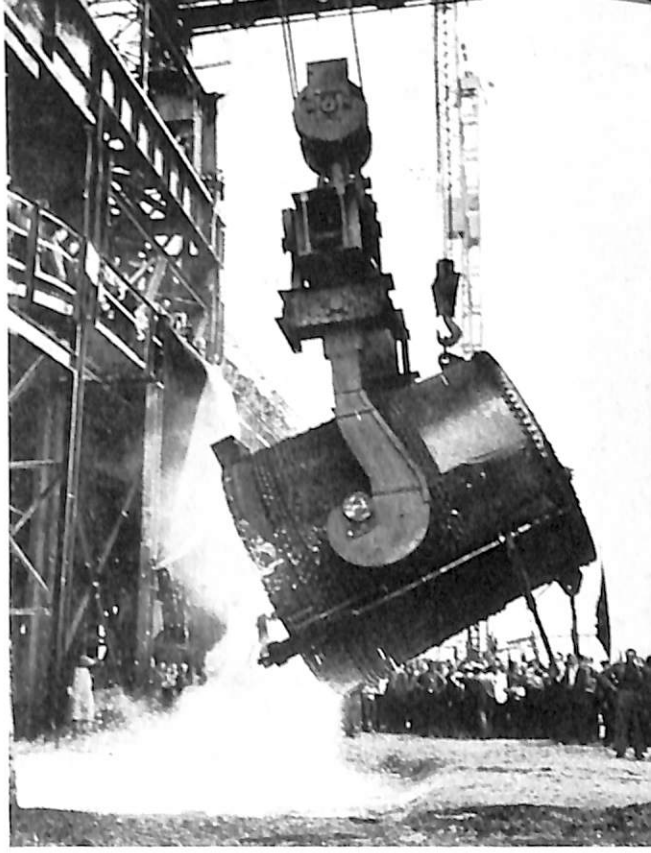
Die Bevölkerung von Halle begrüßt die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, 8. Oktober 1949



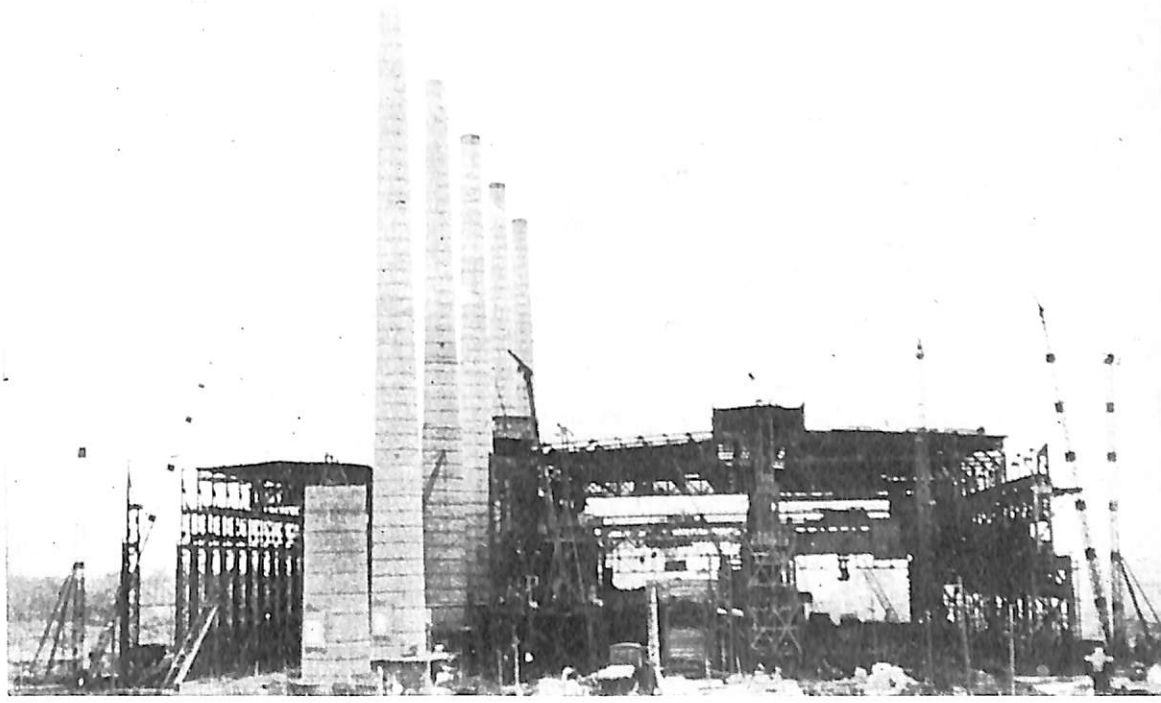
Im Braunkohlentagebau, Grube Neumark, 1949



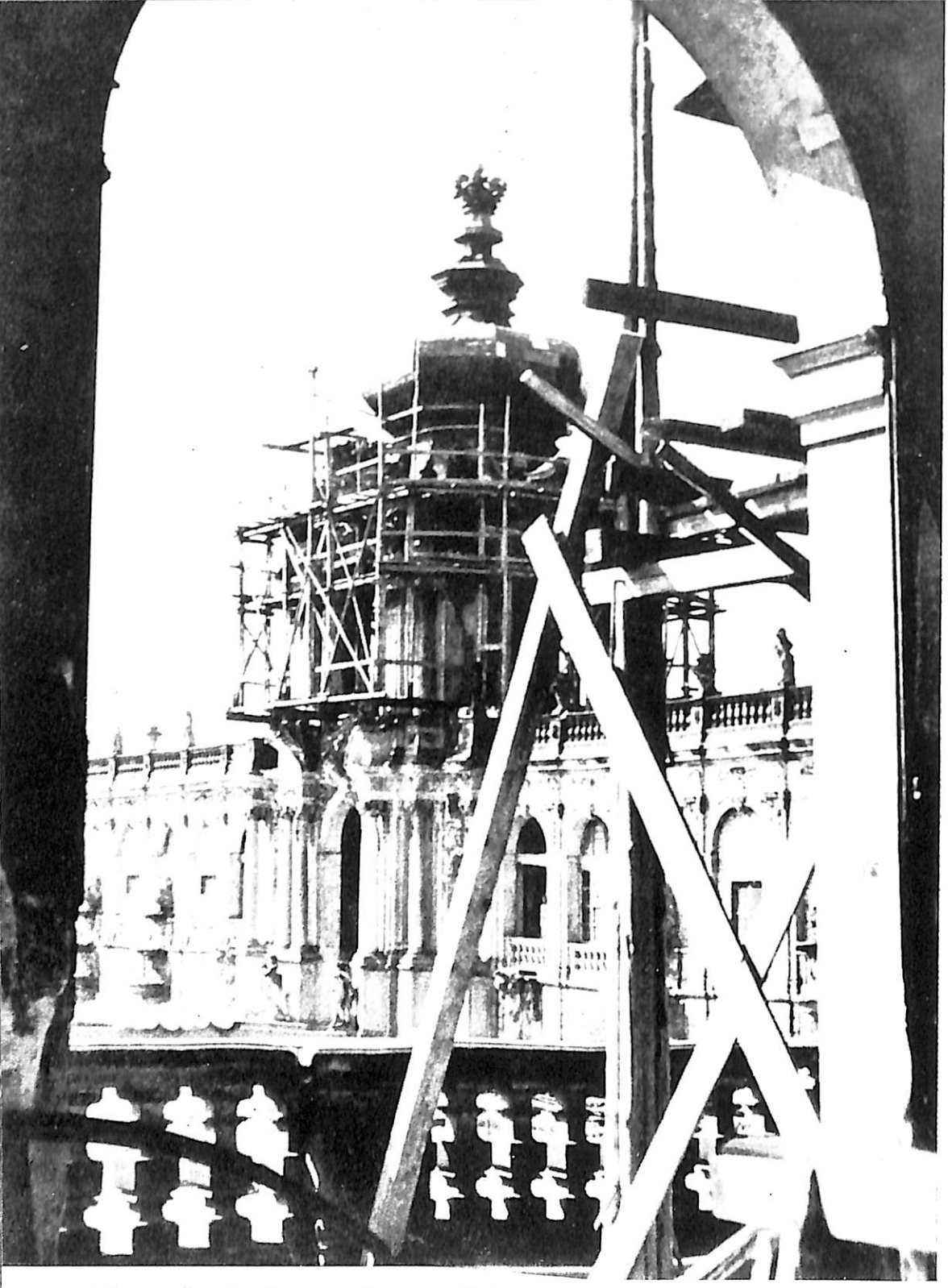
Im Bandagenwalzwerk des VEB Eisen- und Stahlwerk Gröditz, 1950



Der erste Anstich
im VEB Stahlwerk Brandenburg,
20. Juli 1950



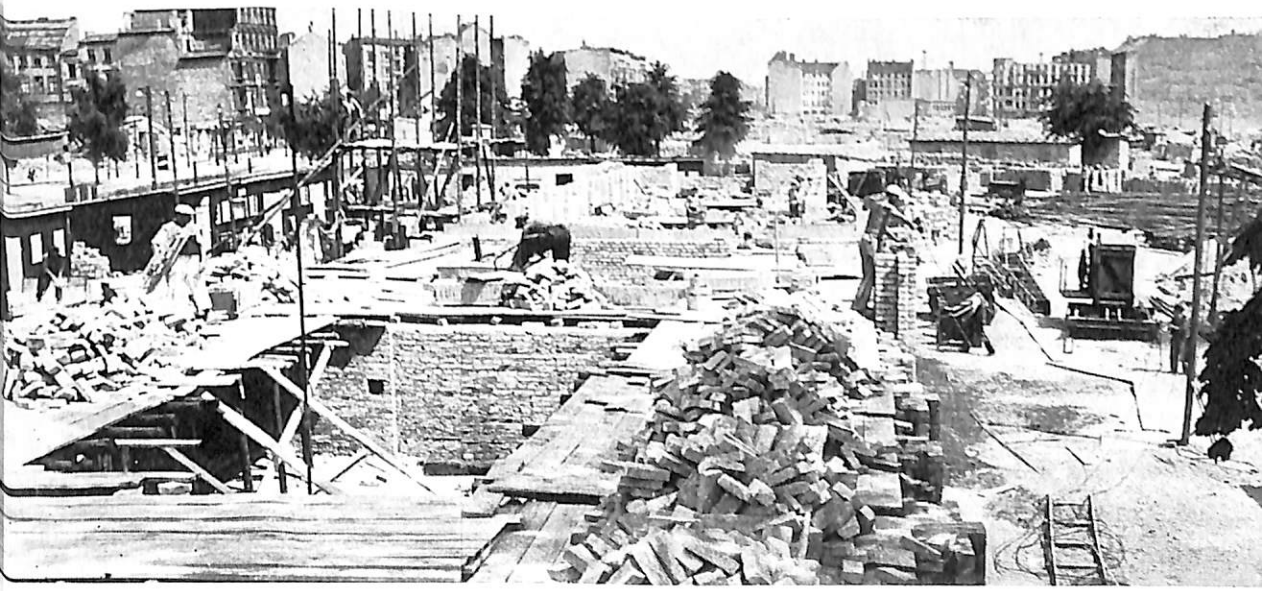
Aufbau des VEB Stahlwerk Brandenburg, 1950



Wiederaufbau des Dresdener Zwingers, 1950



Kundgebung vor dem Haus der Ministerien in Berlin
anläßlich der Beratung des Arbeitsgesetzes, April 1950



Wohnungsbau im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain, 1950



Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wird gebildet, 3. Februar 1950



Die Volkskammer der DDR nimmt in Anwesenheit von Jugenddelegationen das Gesetz zur Förderung der Jugend an, 8. Februar 1950

Wiederherstellung der alten imperialistischen Zustände, die Wiederherstellung der Macht der Monopolherren, Junker und Großgrundbesitzer. Das würde Krieg und die vollständige Zerstörung Deutschlands bedeuten. Es ging einfach darum: Entweder wird Deutschland als einheitliches, friedliebendes und demokratisches Land bestehen und sich unabhängig vom Willen amerikanischer, englischer und französischer Imperialisten entwickeln, oder Deutschland wird ... ein Werkzeug der Kriegsbrandstifter und auf diese Weise als nationaler und unabhängiger Staat untergehen.

Die Entlarvung und Zerschlagung der Reaktion, die ihre Hand gegen das Volk erhob, war daher die wichtigste Bedingung für unseren gesamten industriellen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in Stadt und Land, die Voraussetzung für den Erfolg unseres Kampfes um die demokratische Einheit Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag unter dem Banner der Nationalen Front des demokratischen Deutschland."[23]

Es gehört zu den Verdiensten der Parteiführung der SED und der führenden fortschrittlichen Kräfte in den anderen Blockparteien, daß die Reaktionäre in offener demokratischer Auseinandersetzung isoliert und politisch geschlagen wurden. Den Reaktionären gelang es nicht, die Tätigkeit des Demokratischen Blocks zu lähmen oder gar den Block zu sprengen. In der DDR bildeten sich keine außerhalb der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stehenden politischen Parteien, und es löste sich auch keine Partei auf. Der Demokratische Block bestand auch in der schwierigen Lage nach der Bildung von zwei deutschen Staaten die Bewährungsprobe und wurde ein wichtiges Instrument zur weiteren Festigung der DDR.

Durch den Sieg der fortschrittlichen Kräfte in der CDU und in der LDPD wurde endgültig entschieden, daß sich auch diese Parteien – wie die DBD und die NDPD bereits seit ihrer Gründung – als kleinbürgerlich-demokratische Parteien entwickelten. Sie erkannten die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei grundsätzlich an. Alle Parteien fühlten sich mitverantwortlich für die Stärkung der DDR und leisteten einen aktiven und selbständigen Beitrag, um das Programm des demokratischen Aufbaus zu verwirklichen.

Das politische Bündnis der Parteien bestand seine Bewährungsprobe

23 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1951, S. 55/56.

auch als Regierungskoalition, und es bildete sich das Mehrparteiensystem in seinen Grundzügen heraus. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der Blockparteien unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, der kleinbürgerlich-demokratische Charakter der mit der SED verbündeten Parteien, die enge Verbindung zwischen der Regierung und den Parteiführungen – alle diese Merkmale und Wesenszüge gaben der Entwicklung des Demokratischen Blocks das Gepräge. Das Mehrparteiensystem in der DDR umfaßt alle nach 1945 entstandenen politischen Parteien. Diese arbeiten mit den Massenorganisationen, die ebenfalls zum Demokratischen Block gehören, eng zusammen.

Das Mehrparteiensystem in der DDR unterscheidet sich grundsätzlich von denen der kapitalistischen Staaten. Während zum Beispiel das Mehrparteiensystem in Westdeutschland ein Teil des Mechanismus der Diktatur des Monopolkapitals über das werktätige Volk ist, gehört das Mehrparteiensystem in der DDR seiner gesellschaftlichen Funktion und seiner sozialen Grundlage nach zum System der Diktatur des Proletariats. Die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Form des Mehrparteiensystems war die schöpferische Anwendung der Leninschen Theorie des Übergangs von der demokratischen zur sozialistischen Revolution auf die Bedingungen in Deutschland. Sie entsprach den geschichtlichen Traditionen und den vorhandenen Bedingungen am besten. Das Mehrparteiensystem gab den mit der SED verbündeten Parteien und den ihnen nahestehenden Bevölkerungsschichten große Entfaltungsmöglichkeiten und förderte ihre Einbeziehung in den demokratischen und später in den sozialistischen Aufbau. Mit Hilfe des Mehrparteiensystems verwirklichen die Arbeiterklasse und ihre Partei das Bündnis mit den breiten Schichten des Volkes.

Die Festigung des Demokratischen Blocks in der schwierigen Situation nach der staatlichen Spaltung Deutschlands, war einer der bis dahin größten Erfolge der Bündnispolitik der SED. Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Form des Mehrparteiensystems bereicherte die SED die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung. Sie bewies, daß die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse auch bei Bestehen und unter aktiver Mitwirkung mehrerer Parteien unter Führung der Partei der Arbeiterklasse möglich ist.

Die richtige und weitsichtige Bündnispolitik der SED ermöglichte die Formierung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Die im programmatischen Dokument des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 und im Manifest des Deutschen Volksrats vom 7. Oktober formulierten neuen Aufgaben erforderten auch neue Formen der nationalen Bewegung des deutschen Volkes. Am 7. Januar 1950 konstituierte sich in Berlin das bisherige Sekretariat des Deutschen Volksrats als Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Im Laufe des Januar und Februar wurden die Volksausschüsse der Volkskongreßbewegung in den Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden als Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland neu gebildet. Während sich die Ausschüsse der Volkskongreßbewegung hauptsächlich aus delegierten Vertretern der Parteien und Massenorganisationen zusammensetzten, wurden die Mitglieder der Ausschüsse der Nationalen Front vielfach in öffentlichen Versammlungen gewählt. Für die Mitarbeit wurden Aktivisten und Bauern, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Ärzte sowie ehemalige Offiziere und einfache Mitglieder der Nazipartei, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten, gewonnen. Dadurch erweiterte sich der Personenkreis gegenüber den Volksausschüssen. Auch die Zahl der Ausschüsse vergrößerte sich beträchtlich. In Sachsen wurden bis 1. März 1950 3433 Ausschüsse der Nationalen Front gebildet. Von den 43 000 Mitarbeitern waren 4691 Bauern, 2200 Lehrer, 1900 Handwerker, 1336 Gewerbetreibende, 347 Unternehmer und 275 Ärzte. Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter der Ausschüsse waren Arbeiter und Angestellte.

Am 3. Februar 1950 wurde in Berlin aus dem erweiterten Präsidium des Volksrates das Führungsorgan der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der Nationalrat, gebildet. Mitglieder des Rates waren Generalmusikdirektor Hermann Abendroth, Lothar Bolz, Pfarrer Karl August Busch, die Aktivistin Luise Ermisch, der Wissenschaftler Walter Friedrich, Otto Grotewohl, Wilhelm Koenen, der ehemalige General Otto Korfes, Hans Loch, Otto Nuschke, Walter Ulbricht, Herbert Warnke und andere Persönlichkeiten. Dem Nationalrat gehörten auch fortschrittliche Männer und Frauen aus der Bundesrepublik und aus Westberlin an.

Auf seiner 2. Tagung am 15. Februar 1950 beschloß der Nationalrat das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.[24] Das Programm widerspiegelte bereits die neue Lage und die neuen Aufgaben sowie die Veränderungen im Kräfteverhältnis seit

[24] Dokument Nr. 12.

der Gründung der DDR, besonders den fortgeschrittenen Klärungsprozeß innerhalb des Demokratischen Blocks. In ihm wurde die Bedeutung der Gründung der DDR präzis eingeschätzt: „Durch die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung ist das starke Zentrum des Kampfes um die Wiedergeburt Deutschlands auf demokratischer Grundlage geschaffen worden."[25] Das Programm hob hervor, daß ein erfolgreicher Kampf der Nationalen Front die feste, unzerstörbare Freundschaft mit der Sowjetunion voraussetzt. Es erklärte den Antibolschewismus als nationalen Verrat an Deutschland und verurteilte zugleich mit aller Entschiedenheit eine neutrale Haltung gegenüber den Feinden des Friedens und der deutschen Nation. Es stellte den Ausschüssen der Nationalen Front die Aufgabe, die DDR durch die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 zu stärken.

Die Umbildung der Volkskongreßbewegung in die Nationale Front des demokratischen Deutschland war Ausdruck einer neuen, höheren Form des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen Schichten der Bevölkerung. Das Neue der Nationalen Front gegenüber der Volkskongreßbewegung bestand vor allem in der Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse, in der Orientierung auf die gemeinsame aktive Mitarbeit bei der Stärkung der demokratischen Ordnung und beim wirtschaftlichen Aufbau und in der Einbeziehung bisher abseits stehender Kreise aus dem Bürgertum, der Intelligenz sowie ehemaliger Mitglieder der NSDAP und früherer Offiziere der Hitlerwehrmacht, die keine Kriegsverbrechen begangen hatten.

Die Formierung der Nationalen Front in den ersten Monaten des Jahres 1950 förderte den Klärungsprozeß innerhalb des Demokratischen Blocks. Neben den Grundsätzen des Demokratischen Blocks vom 19. August 1949 und dem Dokument der Parteiführung der SED vom 4. Oktober 1949 war das Programm der Nationalen Front die wichtigste politisch-ideologische Grundlage, um die Reaktionäre zu isolieren und alle demokratisch Gesinnten zu sammeln.

Bei der Umbildung der Volkskongreßbewegung in die Nationale Front setzten sich die SED und die führenden Organe der Nationalen Front mit sektiererischen und revisionistischen Entstellungen auseinander. Eine Reihe von Ausschüssen lehnte es ab, mit Unternehmern oder ehemaligen Angehörigen nazistischer Organisationen zusammen-

25 Nationale Front des demokratischen Deutschland, Informationsdienst, Berlin (1950) H. 9, S. 4.

zuarbeiten. Mitglieder der CDU und der LDPD, die um politische Klarheit rangen, wurden den Hickmann, Moog und Rohner gleichgesetzt und dadurch vor den Kopf gestoßen. Andererseits gab es in Mecklenburg und Sachsen Versuche, die Ausschüsse über die Parteien und Massenorganisationen und über den Staatsapparat zu stellen und diesen Weisungen zu erteilen. In einigen Kreis- und Ortsausschüssen waren nur wenig Arbeiter, besonders Aktivisten, vertreten. So gehörten den Kreisausschüssen in Sachsen-Anhalt ursprünglich nur sechs Prozent Arbeiter, aber 52 Prozent Angestellte an. In dem Industrieort Hennigsdorf war kein Arbeiter im Ortsausschuß vertreten. In einigen Kreisen Mecklenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts wurden die bestehenden Volksausschüsse anfänglich nur umbenannt.

Im Kampf für die demokratische Einheit Deutschlands und für die Stärkung der politischen und ökonomischen Grundlagen des Arbeiter-und-Bauern-Staates festigte sich die Nationale Front. Sie wurde eine wichtige Kraft im gesellschaftlichen Leben der DDR. Sie stützte sich auf das Mehrparteiensystem und bezog auch viele politisch nicht organisierte Bürger ein. So wirkte die Nationale Front als Magnet aller patriotischen Kräfte und als Wegbereiter der sozialistischen Demokratie.

3. Die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans. Das Gesetzgebungswerk der Provisorischen Volkskammer. Die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten

Vom 26. bis 28. November 1949 berieten in Leipzig die Leiter der volkseigenen Betriebe und zahlreiche Aktivisten mit Vertretern der Regierung und des Parteivorstandes der SED über die weiteren Aufgaben der volkseigenen Betriebe. An dieser bis dahin bedeutendsten Wirtschaftstagung der Nachkriegszeit nahmen 8000 Delegierte teil. Viele Redner konnten von wirtschaftlichen Erfolgen berichten. Die Arbeiter der sächsischen Industrie hatten zu diesem Zeitpunkt den Jahresplan bereits mit 120 Prozent erfüllt. Am 13. Oktober 1949, dem ersten Jahrestag der bahnbrechenden Tat Adolf Henneckes, wurden vom FDGB 25 000 Aktivisten ausgezeichnet. Die Aktivistenbewegung begann, breite Schichten des Volkes zu erfassen. Besonders rasch ent-

wickelte sich der volkseigene und genossenschaftliche Sektor der Volkswirtschaft. Zum Zeitpunkt der Gründung der DDR wurden schon mehr als 50 Prozent der Bruttoproduktion der Volkswirtschaft in diesem Sektor erzeugt.

Angesichts der vielfältigen Versuche der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland und ihrer Gefolgsleute in der DDR, die Festigung der jungen Arbeiter-und-Bauern-Macht um jeden Preis aufzuhalten, war es notwendig, die ökonomischen Grundlagen der DDR systematisch zu stärken. Die entscheidende Aufgabe war dabei die Entwicklung des volkseigenen Sektors. Davon hingen in erster Linie die Erfüllung der Wirtschaftspläne und die weitere Stärkung der DDR ab. Zahlreiche volkseigene Betriebe arbeiteten jedoch infolge veralteter Ausrüstung, dem Mangel an Facharbeitern, ungenügender Arbeitsorganisation und ähnlichen Gründen noch unrentabel, die Arbeitsproduktivität stieg nur langsam, die Qualität vieler Produkte war gering. Nach gründlicher Aussprache wurden auf der Leipziger Wirtschaftstagung, auf der unter anderen Heinrich Rau, Fritz Selbmann und Walter Ulbricht sprachen, folgende Aufgaben für die volkseigenen Betriebe festgelegt: Verbesserung der Qualität der Produktion bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf den Friedensstand; strenge Betriebswirtschaftsplanung, Senkung der Selbstkosten und Sicherung der Rentabilität der Betriebe, bessere Ausbildung des Facharbeiternachwuchses und Entwicklung der Aktivisten zu hochqualifizierten Arbeitern, Technikern und Ingenieuren.[26]

Diese Aufgaben waren für mehrere Jahre die Richtlinie für die Entwicklung der volkseigenen Betriebe. Sie bildeten die kontinuierliche Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik der SED, besonders der Beschlüsse des II. Parteitages, der 11. Tagung des Parteivorstandes und der 1. Parteikonferenz der SED. Sie zeugten davon, daß die SED vor allem auf eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte orientierte. Die Überlegenheit des volkseigenen Sektors sollte im ökonomischen Wettbewerb mit dem privatkapitalistischen Sektor bewiesen werden. Der volkseigene Sektor sollte auch in Zukunft nicht durch neue Enteignungen, sondern mit ökonomischen Mitteln, das heißt durch den Aufbau neuer Betriebe und den Ausbau der bestehenden sowie durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, erweitert werden.

Ausgehend von der Notwendigkeit, die ökonomischen Grundlagen der Volksmacht zu stärken, und gestützt auf die im Jahre 1949 erziel-

[26] Dokument Nr. 8.

ten Erfolge, rief der Parteivorstand der SED Anfang Januar 1950 die Werktätigen auf, den Zweijahrplan bereits bis zum III. Parteitag der SED im Juli 1950 zu erfüllen.[27] Im Volkswirtschaftsplan 1950 wurden die Aufgaben gegenüber den ursprünglichen Zielen beträchtlich erhöht. Der Plan sah vor, im Jahre 1950 in der Industrie sowohl im Produktionsumfang als auch in der Arbeitsproduktivität den Vorkriegsstand zu erreichen. In der Landwirtschaft sollten ebenfalls die durchschnittlichen Hektarerträge der Vorkriegszeit erzielt werden.

Über die wirtschaftlichen Fortschritte der DDR waren ihre Gegner sehr beunruhigt; dies um so mehr, als in Westdeutschland Ende 1949 die Arbeitslosigkeit weiter anstieg – im Dezember waren fast 1,6 Millionen Arbeitslose registriert worden – und einflußreiche Wirtschaftskreise einen verstärkten Osthandel forderten. Am 8. Oktober 1949 wurde in Frankfurt (Main) zwischen Vertretern der DDR und der Bundesrepublik ein Interzonenhandelsabkommen unterzeichnet. Der Umsatz im Handel zwischen beiden deutschen Staaten stieg von 8,7 Millionen Mark im Mai auf 141,5 Millionen Mark im Dezember 1949. Durch ihre Aufträge für die zur Demontage vorgesehenen ehemaligen Reichswerke Watenstedt-Salzgitter sicherte die DDR Tausenden westdeutschen Werktätigen Arbeit und Brot. All dies brachte viele Menschen in Westdeutschland zum Nachdenken und weckte Zweifel über den von den herrschenden Kreisen in der Bundesrepublik eingeschlagenen Weg der einseitigen Bindung an den Westen.

Am 7. Februar 1950 sperrte die Bundesregierung auf Anweisung der Hohen Kommissare der imperialistischen Westmächte die im Frankfurter Interzonenhandelsabkommen vereinbarten Stahllieferungen in die DDR. Sie wollte damit die Wirkung des Beispiels der DDR auf Westdeutschland eindämmen und den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der DDR verhindern. Durch Eingriffe westlicher Stellen wurde auch der übrige Warenaustausch gedrosselt, so daß der Umfang des gesamten Interzonenhandels von Dezember 1949 bis Februar 1950 um mehr als 75 Prozent zurückging. Die Hohen Kommissare und die Bundesregierung wollten mit diesem Schlag auch diejenigen Kreise der westdeutschen Bourgeoisie treffen, die durch verstärkte wirtschaftliche Beziehungen mit der DDR und den osteuropäischen Staaten die von den Besatzungsmächten verhängten Exportbeschränkungen zu durchbrechen suchten.

[27] Dokument Nr. 10.

Die Stahlsperre schuf für die DDR eine schwierige Situation. Reaktionäre Elemente in einigen Organen des Staates und der Wirtschaft triumphierten. Zweifler und Pessimisten behaupteten, der Westen sei eben stärker, und die großen Wirtschaftspläne der DDR seien auf Sand gebaut. Die Reaktionäre triumphierten zu früh, und die Zweifler irrten sich.

Zehntausende freiwillige Helfer folgten dem Aufruf der SED und der Nationalen Front und eilten den 1200 Bauarbeitern zu Hilfe, die die ehemaligen Mitteldeutschen Stahlwerke Brandenburg (Havel) aus Trümmern neu errichteten. Eine Woche nach dem westlichen Stahlembargo, am 15. Februar 1950, wurde bei klirrendem Frost der Grundstein für den ersten Siemens-Martin-Ofen gelegt. Am 1. August sollte der erste Stahl fließen. Auf Initiative der Betriebsparteiorganisation der SED stellten sich die Stahlwerker das Ziel, am Tag der Eröffnung des III. Parteitages der SED, am 20. Juli 1950, den ersten Abstich vorzunehmen. Der Kampf war schwer. Einmal klappte die Materiallieferung nicht, ein anderes Mal wurden Lastkraftwagen und Zementmischmaschinen von Saboteuren unbrauchbar gemacht. Mancher freiwillige Helfer war den Anstrengungen nicht gewachsen, und viele Besserwisser standen höhnisch beiseite. Aber das Ziel wurde trotz aller Schwierigkeiten erreicht. In den Abendstunden des 20. Juli überbrachte eine Delegation der besten Arbeiter des neuen Stahl- und Walzwerkes Brandenburg dem III. Parteitag der SED den ersten Stahl. Zwei Monate später arbeitete der zweite Ofen, und am 16. Dezember schmolz der fünfte Ofen das erstemal Stahl. Bei allen Öfen wurden die geplanten Termine um vier bis acht Wochen unterboten.

Der Neuaufbau des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg war neben dem weiteren Ausbau der Maxhütte Unterwellenborn und der Stahlwerke Gröditz, Hennigsdorf und Riesa die zentrale Aufgabe des Volkswirtschaftsplanes 1950. Durch das westliche Stahlembargo war es für die DDR geradezu lebenswichtig, diese Werke in kurzer Zeit aufzubauen beziehungsweise zu erweitern. Wie in Brandenburg, so durchkreuzten auch in Riesa, Unterwellenborn und auf den anderen großen Baustellen der Republik die Werktätigen der DDR die Absichten ihrer Feinde.

Im Kampf gegen die Folgen des westlichen Stahlembargos bewährte sich die Solidarität der befreundeten Länder. Aus der Sowjetunion, Volkspolen und der ČSR trafen zusätzliche Lieferungen von Stahl,

Roheisen, Kohle und Koks ein. Die Auswirkungen des Stahlembargos konnten dadurch vermindert werden.

Der Appell der SED, den Zweijahrplan vorfristig zu erfüllen, fand auch in anderen Industriezweigen Widerhall. Noch vor dem III. Parteitag der SED meldeten viele Betriebe, daß sie die Ziele des Zweijahrplans erfüllt hatten.[28] Darunter befanden sich das größte Baustoffwerk der DDR, die Kalk-, Zement- und Betonwerke Rüdersdorf, das Benzinwerk Böhlen und das Buntmetallwerk Hettstedt. Der Bundesvorstand des FDGB bezeichnete in einer am 4. März angenommenen Entschließung die Erfüllung des Zweijahrplans bis zum Juli 1950, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten als die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Jahr 1950. Der Bundesvorstand und die Leitungen der Industriegewerkschaften führten mit Aktivisten, Arbeitern, Technikern, Ingenieuren und Gewerkschaftsfunktionären aus den Betrieben Konferenzen durch, auf denen besondere Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsbewegung beraten und festgelegt wurden. In einigen Industriezweigen, besonders in der Metallurgie, im Bergbau und in der Leichtindustrie, begannen die Werktätigen auf Initiative des FDGB mit der Bildung von Brigaden der ausgezeichneten Qualität. Je näher der III. Parteitag heranrückte, um so mehr wuchs die Zahl der Betriebe, die vom erfolgreichen Abschluß des Wettbewerbs zur vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplans berichten konnten. Charakteristisch für diesen Wettbewerb war die Initiative der fortgeschrittensten Arbeiter, die sich ständig höhere Produktionsziele stellten und durch ihren Einsatz andere Werktätige mitrissen. Viele verpflichteten sich zu Sonderschichten und opferten einen Teil ihrer Freizeit, um Planrückstände aufzuholen, beschädigte Maschinen zu reparieren oder aus Altmaterial Werkzeuge herzustellen.

Schon im ersten Quartal 1950 erreichte die Bruttoproduktion der Industrie wieder den Vorkriegsstand. Die Ziele des Zweijahrplans wurden im wesentlichen in anderthalb Jahren erfüllt. Besonders rasch entwickelte sich der volkseigene Sektor der Volkswirtschaft. Vom gesamten Produktionswert der Industrie entfielen am Ende des ersten Halbjahres 1950 auf den volkseigenen Sektor 68 Prozent. Damit war die grundlegende Aufgabe des Zweijahrplans, das Übergewicht des volkseigenen Sektors in der Volkswirtschaft herzustellen, erfolgreich gelöst worden.

28 Dokument Nr. 13.

Der Umfang der Produktion einiger wichtiger Erzeugnisse betrug im Jahre 1950 (in Klammern der Stand von 1936):

Braunkohle	137	Mill. t	(101)
Braunkohlenbriketts	37,7	Mill. t	(23,5)
Steinkohle	1,5	Mill. t	(1,9)
Elektroenergie	19,5	Mill. kWh	(14)
Roheisen	0,337	Mill. t	(0,201)
Rohstahl in Blöcken	0,998	Mill. t	(1,198)
Stickstoffdünger	0,231	Mill. t	(0,229)
Zement	1,4	Mill. t	(1,6)
Baumwollgewebe	74,4	Mill. qm	(164,5)
Lederschuhe	7,9	Mill. Paar	(15,3)

Neben den Werken der Metallurgie wurden im Laufe des Zweijahrplans unter anderen solche wichtigen volkseigenen Betriebe neu erbaut oder erweitert wie die Volkswerft Stralsund, das Fischereikombinat Saßnitz, die ehemaligen Horchwerke in Zwickau, die Traktorenwerke in Brandenburg und Nordhausen.

Durch die Erfüllung des Zweijahrplans bewies die Arbeiterklasse der DDR, daß sie fähig war, aus eigener Kraft die Wirtschaft aufzubauen und zu leiten – ohne versklavende Marshall-Plananleihen. Den größten Anteil an diesen Erfolgen hatten die Aktivisten, die sich weder durch Mißtrauen, Zweifel und Hetze noch durch Schwierigkeiten in der Arbeitsorganisation und in der Materialbelieferung beirren ließen und den anderen Werktätigen beispielgebend vorangingen. Dem Dreher Erich Wirth im Sachsenwerk Radeberg gelang es zu Ehren des 80. Geburtstages W. I. Lenins am 22. April 1950, durch die Anwendung des Schnelldrehverfahrens des sowjetischen Neuerers Pawel Bykow die bestehenden Arbeitsnormen weit zu übertreffen. Seine Tat löste eine Bewegung in der volkseigenen Industrie aus, der sich zahlreiche Dreher, Fräser und Bohrer anschlossen. Der Ofenmaurer Hans Garbe erklärte seinen zweifelnden Kollegen, daß sie nie besser leben würden, wenn sie weiter auf die alte Art arbeiteten. Durch Rationalisierungsmaßnahmen schaffte er es, eine Arbeit, für die früher mehrere Stunden gebraucht wurden, in zehn Minuten durchzuführen. Einen Ringofen, für dessen Reparatur bisher vier Monate nötig waren, besserte er mit seinen Kollegen in acht Wochen aus – bei glühender Hitze, ohne daß der Ofen stillgelegt wurde. Der Bergmann Adolf Hennecke zeichnete sich nicht nur durch gleichbleibend gute Förderleistungen und eine vorbildliche Arbeitsorganisation aus, sondern benutzte außerdem viele freie Stunden, um sein Wissen zu erweitern. Die

SED gab seinem Wunsch statt und delegierte den 45jährigen zum Studium an die Bergakademie Freiberg. Wie Hans Garbe, Adolf Hennecke und Erich Wirth bewiesen viele andere Aktivisten durch hervorragende Produktionsleistungen und eine hohe Arbeitsmoral, wie groß die Kraft der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Arbeiterklasse ist.

Bei der Stärkung der ökonomischen Grundlagen des Arbeiter-und-Bauern-Staates wurden die Werktätigen der DDR tatkräftig von der Sowjetunion sowie von Volkspolen und anderen volksdemokratischen Staaten unterstützt. Im Mai 1950 senkte die Regierung der UdSSR in Übereinstimmung mit der Regierung der Volksrepublik Polen die Summe der noch zu zahlenden Reparationen um 50 Prozent.[29] Das war rund ein Drittel der Gesamtsumme von 10 Milliarden Dollar. Die Frist für die Restzahlung wurde von 10 auf 15 Jahre verlängert. Dadurch wurden bedeutende Mittel frei, die der Volkswirtschaft der DDR und der allmählichen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zugute kamen.

Die politische und ökonomische Festigung der Republik, die Arbeitsleistungen der Werktätigen ermöglichten es der Provisorischen Volkskammer, ein bis dahin einmaliges, umfassendes Gesetzeswerk, das für die weitere Entwicklung der DDR von grundlegender Bedeutung war, zu verabschieden. Die Initiative für dieses Gesetzeswerk war von der SED ausgegangen. Ihre Vorschläge waren im Demokratischen Block beraten worden, so daß an der Ausarbeitung der Gesetze alle Parteien und Massenorganisationen mitgewirkt hatten.

Das Neue dieses Gesetzeswerkes bestand darin, daß die einzelnen Gesetze jeweils einen ganzen Komplex des gesellschaftlichen Lebens erfaßten und sich auf bestimmte Teile der Bevölkerung bezogen: die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern, die Frauen, die Jugend usw. Die Gesetze waren in der Regel Rahmengesetze, die nicht nur bestimmte Rechte festlegten, sondern den staatlichen Organen und den Werktätigen auch bestimmte gesellschaftliche Aufgaben stellten.

Auf ihrer 5. Sitzung am 9. November 1949 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht" und das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit". Nachdem die Kriegsverbrecher und führenden Nazis in der DDR ihrer gerechten Bestrafung zugeführt worden waren, zogen diese Gesetze einen Schluß-

[29] Dokument Nr. 15.

strich unter die Vergangenheit. Die Erfolge bei der Umerziehung der ehemaligen Mitglieder der Nazipartei und der Wehrmachtoffiziere, die keine Verbrechen begangen hatten, ermöglichten es, diesen Kreisen der Bevölkerung die staatsbürgerlichen Rechte zu gewähren.

Das „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten", das die Volkskammer am 12. Dezember 1949 verabschiedete, sicherte den Landarbeitern weitgehende soziale und politische Rechte und schränkte ihre Ausbeutung durch kapitalistische Elemente auf dem Dorfe ein. Es trug zur Festigung der demokratischen Verhältnisse auf dem Lande bei.

Von besonderer Bedeutung war das „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten"[30], auch Gesetz der Arbeit genannt. Es wurde von Otto Grotewohl vor der Volkskammer begründet und trat am 1. Mai 1950 in Kraft. Gemäß Artikel 15 der Verfassung sicherte das Gesetz jedem Bürger der DDR das Recht auf Arbeit zu. Es legte die führende Rolle der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft und ihre Rechte und Pflichten beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung gesetzlich fest. In ihm wurde die Aktivistenbewegung als „die wichtigste gesellschaftliche Kraft bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne zur Festigung der demokratischen Ordnung"[31] charakterisiert und ihre Förderung zum Gesetz erhoben. Das Gesetz der Arbeit fixierte die Rechte der Gewerkschaften als der gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen und verpflichtete alle Organe des Staates und des volkseigenen Sektors der Wirtschaft zur engsten Zusammenarbeit mit dem FDGB. Mit diesem Gesetz begann die Schaffung eines sozialistischen Arbeitsrechts in der DDR.

Das von Walter Ulbricht begründete und am 8. Februar 1950 beschlossene „Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und über die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung" setzte die bisherige Politik der SED, der anderen Blockparteien und der demokratischen Staatsorgane gegenüber der Jugend fort. Es sah umfassende Maßnahmen zur Förderung der Jugend vor. Der Jugend sollten verantwortungsvolle Aufgaben bei der Leitung des Staates und der Wirtschaft übertragen werden. Die Arbeitszeit für Jugendliche bis 16 Jahre wurde auf 42 Stunden und für Jugendliche

30 Dokument Nr. 14.

31 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 1950, Nr. 46, S. 351.

bis 18 Jahre auf 45 Stunden wöchentlich festgelegt. Zur Förderung der Schul- und Berufsausbildung und der kulturellen und sportlichen Betätigung der Jugend stellte die Regierung umfangreiche Mittel zur Verfügung. Durch ein Gesetz vom 17. Mai 1950 wurde das Volljährigkeitsalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt.

Die großzügige Förderung der Jugend durch die SED und die Regierung weckte bei vielen jungen Menschen, besonders bei der Arbeiterjugend, ein neues Staatsbewußtsein. Sie erkannten, daß die DDR das wahre Vaterland der Jugend ist. Davon zeugte die bisher gewaltigste Kundgebung der deutschen Jugend, das erste Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden und Völkerfreundschaft Pfingsten 1950 in Berlin. 700 000 Jugendliche aus der DDR und über 30 000 Jugendliche aus Westdeutschland nahmen daran teil. Der Vorbeimarsch an der Tribüne im Lustgarten, auf der Präsident Wilhelm Pieck, die Mitglieder des Politbüros der SED und der Regierung Platz genommen hatten, währte fast acht Stunden. Obwohl es an diesem Tag in Strömen regnete, kannte die Begeisterung der Teilnehmer keine Grenzen.

Die Behörden des Bonner Staates wollten die westdeutschen Teilnehmer am Deutschlandtreffen bei ihrer Rückkehr am Kontrollpunkt Herrnburg in der Nähe von Lübeck registrieren. Als die Jugendlichen das ablehnten, schlug die von Bluthunden begleitete Polizei mit Knüppeln auf die Jungen und Mädel ein. Einen Tag und eine Nacht standen die Jugendlichen, eine dichte Mauer bildend, unter freiem Himmel. Ihr Gesang wechselte mit Sprechchören und mit Hochrufen auf Wilhelm Pieck. Schließlich mußte ihnen der Innenminister von Schleswig-Holstein den Weg in ihre Heimatorte freigeben.

„Das Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten 1950 in Berlin ... ist ein glänzender Beweis für den Willen Millionen junger Deutscher, sich nie wieder für imperialistische Kriegsziele, sich nie wieder gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu lassen, sondern ihren jugendlichen Elan und ihre organisierte Kraft für die große Sache des Friedens und für den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit des demokratischen Deutschlands einzusetzen ...

Die deutsche Jugend hat Pfingsten 1950 eine bedeutende Schlacht um den Frieden gewonnen“[32], stellte das Politbüro der SED in einem Aufruf zum Deutschlandtreffen fest.

32 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin 1952, S. 44.

Das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau", das am 1. Oktober 1950 in Kraft trat, schuf weitgehende Voraussetzungen, um die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung der Frauen, die eine der größten Errungenschaften der DDR bildete, zu verwirklichen. Es trug wesentlich dazu bei, die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR zu festigen und ihre schöpferischen Fähigkeiten und Talente zu fördern. Das Gesetz legte die Grundsätze für die Gleichstellung der Frau in Ehe und Familie fest. Aus dem Staatshaushalt wurden umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt, die der Förderung der Frau, dem gesundheitlichen Schutz von Mutter und Kind sowie der Erleichterung des Lebens der Frau dienten.

Für die weitere planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft war es erforderlich, das Handwerk noch stärker zur Mitarbeit heranzuziehen. Das am 9. August 1950 von der Provisorischen Volkskammer beschlossene „Gesetz zur Förderung des Handwerks" verpflichtete die verantwortlichen staatlichen Stellen, die volle Ausnutzung der Kapazität des Handwerks zu sichern. Die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks sollten unter Beibehaltung der vollen Selbständigkeit des Einzelbetriebes besonders gefördert werden. Die Steuersätze für Handwerker wurden zum Teil erheblich herabgesetzt. Während in Westdeutschland zahlreiche Handwerker und Gewerbetreibende ruiniert wurden, war in der DDR die Existenz des Handwerks und sein Recht auf Mitwirkung beim planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau gesichert.

Mehrere Gesetze und Verordnungen zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und Kunst sahen umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Intelligenz vor. Besonders hervorragende Leistungen sollten durch die Verleihung von Nationalpreisen und Ehrenbezeichnungen gewürdigt werden.

Durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans wurde es möglich, zum planmäßigen Aufbau der zerstörten Städte in der DDR überzugehen. Von einer Kommission unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Aufbau, Lothar Bolz, wurden 16 Grundsätze des Städtebaus ausgearbeitet und von der Regierung als Grundlage für die Entwicklung des Städtebaus in der DDR bestätigt. Am 6. September 1950 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz)",

das den Wiederaufbau Berlins, Dresdens, Leipzigs, Magdeburgs, Rostocks und anderer Städte vorsah.

Eine besondere Verpflichtung hatte der junge Arbeiter-und-Bauern-Staat gegenüber der sorbischen Bevölkerung zu erfüllen. Er sicherte den Angehörigen der sorbischen Nationalität die gleichen Rechte wie den Deutschen und förderte ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Die sorbischen Werktätigen fanden in der DDR ihr wirkliches Vaterland, in dem sie alle ihre Fähigkeiten frei entfalten konnten. In den Jahren nach der Gründung der DDR entwickelte sich die Domowina, die Dachorganisation aller sorbischen Vereinigungen, zu einem festen Bestandteil der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und zu einem wichtigen Bindeglied zwischen dem Arbeiter-und-Bauern-Staat und der sorbischen Bevölkerung. In der Domowina setzte sich endgültig die führende Rolle der Arbeiterklasse durch. Sektiererische Auffassungen, daß mit der erfolgreichen antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die Nationalitätenpolitik abgeschlossen sei und die Domowina „absterben" müsse, wurden von der SED ebenso entschieden zurückgewiesen wie nationalistische Stimmungen, die besonders in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen der sorbischen Bevölkerung auftraten.

Bei der Durchführung des Gesetzeswerkes der Provisorischen Volkskammer mußte der Widerstand reaktionärer Kräfte im Staats- und Wirtschaftsapparat gebrochen werden, die sich der weiteren Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht entgegenstellten. Sie wurden ihrer Funktionen enthoben und durch Menschen aus dem Volke, besonders durch Arbeiter, ersetzt. Es war auch notwendig, die noch weitverbreiteten formaldemokratischen Auffassungen und Gewohnheiten zu überwinden. Viele parlamentarische Körperschaften kümmerten sich ungenügend um die Durchführung der Gesetze und Anordnungen. Das ressortmäßige Arbeiten war noch weit verbreitet. Nicht selten wurde administriert und wurden Beschwerden der Bevölkerung nicht beachtet. Es gab auch noch – von gegnerischen Elementen genährte – Auffassungen, daß die lokalen staatlichen Organe nicht an die Beschlüsse der Regierung gebunden seien, sondern dieser gegenüber angeblich das Prinzip der Selbstverwaltung verteidigen müßten. Die SED führte einen beharrlichen Kampf, um eine enge Verbindung zwischen der Bevölkerung und dem Staatsapparat herzustellen, die politischen und fachlichen Kenntnisse der Mitarbeiter des Staatsapparates zu erweitern und mit Hilfe der Kritik und Selbstkritik den Bürokratis-

mus zu überwinden. In langwierigen Auseinandersetzungen mit reaktionären Kräften, aber auch mit zählebigen alten Gewohnheiten und überholten Arbeitsmethoden, gelang es, den Einfluß der Arbeiterklasse im Staatsapparat zu stärken, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus konsequenter durchzusetzen und die Verbindung des Staatsapparates zur Bevölkerung zu festigen.

Eine wichtige Rolle im Kampf um die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht spielte die Parteipresse der SED. Im März 1950 fand eine Zentrale Konferenz der Parteipresse der SED statt. Die vom Parteivorstand bestätigte Entschließung legte Maßnahmen fest, um die Hauptaufgabe der Parteipresse zu verwirklichen: Die Mitgliedschaft und darüber hinaus alle Werktätigen für die Politik der Partei zu mobilisieren, sie theoretisch zu schulen und im praktischen Kampf anzuleiten. Im Sinne W. I. Lenins, der die sozialistische Presse als die schärfste Waffe der Partei bezeichnet hatte, forderte die Parteiführung die Journalisten auf, den Marxismus-Leninismus sowie die Fragen des Kampfes um die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die Festigung der DDR gründlicher, überzeugender und auf einem höheren theoretischen Niveau zu propagieren. „Die Sache unserer Presse ist die Sache der Partei. Das Wort unserer Presse ist das Wort der Partei"[33], hieß es in der Entschließung.

Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", und die Landes- beziehungsweise später die Bezirkszeitungen entwickelten sich zu einer wirklichen Volkspresse, die im Gegensatz zur bürgerlichen Presse eng mit den Werktätigen verbunden ist und ihre Lebensinteressen zum Ausdruck bringt. Die Volkskorrespondentenbewegung erfaßte immer mehr Betriebe der Industrie und der Landwirtschaft. Die Presse der SED lernte es, immer breitere Schichten der Bevölkerung für die aktive Teilnahme an der Verwirklichung der Politik der SED und der Regierung zu gewinnen und trug im hohen Maße dazu bei, daß sich bei den Bürgern der DDR ein Staatsbewußtsein herausbildete. Die Parteipresse vermittelte die Erfahrungen der Aktivisten und Neuerer und forderte die Werktätigen zur Kritik an Mißständen im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat auf. Sie erläuterte der Bevölkerung, welche Bedeutung die Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes für die weitere Verbesserung der Lebenshaltung hat und

33 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, Berlin 1952, S. 476.

daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den ökonomischen Leistungen und den politischen Erfolgen besteht.

Die Fortschritte des wirtschaftlichen Aufbaus ermöglichten es der Regierung, eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung durchzuführen. Im November 1949 wurden die Lebensmittelkartensätze für 15 Millionen Verbraucher beträchtlich erhöht. Bis März 1950 konnten im Bereich der volkseigenen Handelsorganisation (HO) die Preise für Industriewaren gegenüber dem November 1948 auf ein Drittel gesenkt werden. Die HO-Preise für Weizenmehl, Nährmittel, Fleisch und andere Lebensmittel waren Mitte 1950 um 80 bis 90 Prozent niedriger als Ende 1948. 1 Kilogramm Butter kostete im Oktober 1950 in der HO 24 DM (Juli 1949: 70 DM), 1 Kilogramm Schweinefleisch 15 DM (Juli 1949: 51 DM) und ein Ei 0,60 DM (Juli 1949: 2 DM). Die Preise der HO-Waren konnten dadurch weiter denen der rationierten Waren angeglichen werden. Zum gleichen Zeitpunkt waren die Durchschnittslöhne um ein Drittel höher als 1948.

Insgesamt stieg der Warenumsatz des Einzelhandels im Verlaufe des Zweijahrplans fast auf das Doppelte. Besonders rasch wuchs der staatliche und genossenschaftliche Einzelhandel. 1950 betrug der Anteil von HO und Konsumgenossenschaften am gesamten Einzelhandelsumsatz bereits 43 Prozent. Das zeigte, daß sich im Verlaufe des Zweijahrplans eine grundlegende Umwälzung in der sozialökonomischen Struktur des Einzelhandels vollzogen hatte. Der vergesellschaftete Handel wurde zu einem wichtigen Instrument des Arbeiter-und-Bauern-Staates bei dessen Politik der systematischen und planmäßigen Senkung der Einzelhandelspreise für Konsumgüter. Durch die Bildung eines starken staatlichen und genossenschaftlichen Sektors im Einzelhandel war es dem Staat immer besser möglich, auch einen aktiven wirtschaftlichen Einfluß gegen Tendenzen zur Preissteigerung im Privathandel auszuüben.

Der Prozeß der Schaffung von Volkseigentum und dessen Einflußnahme auf die Warenzirkulation vollzog sich im Großhandel noch schneller als im Einzelhandel. Entsprechend den Direktiven der 1. Parteikonferenz der SED wurde bis Mitte 1950 ein staatlicher Großhandel – die Deutschen Handelszentralen – geschaffen. Diese Handelszentralen, die jeweils für einen Industriezweig gebildet wurden, verkauften in der Regel sowohl Produktionsinstrumente als auch Konsumgüter. Sie hatten demnach Industrie, Landwirtschaft und Einzel-

handel gleichermaßen zu versorgen. Die Schaffung des staatlichen Großhandels war das notwendige letzte Glied für eine einheitliche volkseigene Wirtschaft in der DDR. Damit wurde die Monopolstellung des privaten Großhandels gebrochen und seine ökonomische Macht erheblich eingeschränkt. Der Handel konnte systematisch in die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft einbezogen werden. Es entstanden bessere Voraussetzungen zur Bekämpfung von Spekulation und Wucher und zur gesellschaftlichen Kontrolle des privaten Großhandels.

Die Entwicklung des Außenhandels war für die DDR, die auf den Import wichtiger Rohstoffe für ihre Industrie und auf einen entsprechenden Export angewiesen ist, von besonderer Bedeutung. Der Außenhandel der DDR war 1949 noch relativ gering, er war jedoch bereits um mehr als das Fünffache gegenüber 1947 gestiegen. Besonders rasch entwickelte sich der Warenaustausch mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern. Während dieser 1947 nur 28 Prozent des gesamten Außenhandels der DDR betragen hatte, umfaßte sein Anteil im Jahre 1949 78 Prozent. Am 12. April 1950 wurde zwischen der DDR und der UdSSR ein Handelsabkommen unterzeichnet, das eine Erhöhung des Warenumsatzes um 35 Prozent vorsah. Im September 1950 wurde die DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgenommen. Die Mitgliedschaft im RGW half der DDR, ihre Volkswirtschaft vor imperialistischen Anschlägen zu schützen und ermöglichte es ihr, unmittelbar zur Entwicklung neuer Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und zur Stärkung des gesamten sozialistischen Lagers beizutragen.

Im Sinne der Regierungserklärung von Otto Grotewohl unternahm die Provisorische Regierung große Anstrengungen, um friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung herzustellen. Die in der DDR zur Macht gelangte Arbeiterklasse brach radikal mit den revanchistischen Traditionen der deutschen Großbourgeoisie. Getreu dem Vermächtnis von Karl Marx und Friedrich Engels, arbeitete die SED die Prinzipien einer demokratischen und sozialistischen Außenpolitik aus, die den Interessen der ganzen deutschen Nation dient und deren oberster Grundsatz die Erhaltung des Friedens ist. Die außenpolitische Konzeption der SED war von dem Ziel bestimmt, die günstigsten internationalen Bedingungen für die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes, die demokratische Wiedervereinigung des Landes und die Überwindung von Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland, zu schaffen.

Die SED und die Regierung der DDR gingen davon aus, daß die nationalen Interessen des deutschen Volkes feste Beziehungen zum sozialistischen Lager, vor allem zur Sowjetunion, erforderten. Eine „neutrale" Stellung zwischen den beiden Weltsystemen, wie sie zum Beispiel Hugo Hickmann und andere gefordert hatten, konnte nur der imperialistischen Reaktion nutzen.

Im Juni 1950 weilte eine Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Walter Ulbricht zu Verhandlungen in Warschau, Prag und Budapest. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen war die Deklaration über die beiderseitige Markierung der Oder-Neiße-Grenze als einer Grenze des Friedens und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk.[34] Ein entsprechendes Abkommen wurde am 6. Juni 1950 in Zgorzelec von Józef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl unterzeichnet. Damit wurde, wie Wilhelm Pieck in einem Schreiben an den polnischen Präsidenten Boleslav Bierut erklärte, „ein düsteres Kapitel, in dem Jahrhunderte hindurch die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern vergiftet wurden, endgültig abgeschlossen. Die Friedensgrenze an Oder und Neiße hat die Voraussetzungen für neue friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern geschaffen."[35] Die gleichzeitig mit der Warschauer Deklaration abgeschlossenen Abkommen – unter anderen über den Handel, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und den Kulturaustausch – zeugten von dem grundlegend neuen Verhältnis zwischen den beiden Staaten.

In der Gemeinsamen Deklaration, die am 23. Juni 1950 zwischen den Regierungen der ČSR und der DDR in Prag unterzeichnet wurde, hieß es: „Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche, und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist."[36] In gemeinsamen Deklarationen mit der Ungarischen Volksrepublik am 24. Juni und mit der Volksrepublik Bulgarien und der Rumänischen Volksrepublik im September 1950 erklärten die Partner ihre Entschlossen-

34 Dokument Nr. 18.

35 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin (1954), S. 337.

36 Ebenda, S. 378.

heit, gemeinsam für die Erhaltung und Festigung des Friedens zu kämpfen, das sozialistische Lager gegenüber den Aggressoren zu stärken und sich bei der Festigung der Volksmacht gegenseitig brüderlich zu unterstützen.

Die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten und die Aufnahme in den RGW verliehen der DDR einen sicheren internationalen Rückhalt. Durch die im Jahre 1950 abgeschlossenen Verträge wurde der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat in den Kreis der friedliebenden Staaten aufgenommen. Zugleich trug die DDR mit ihren ersten außenpolitischen Verträgen zur Stärkung des sozialistischen Lagers und zur Sicherung des Friedens in Europa bei.

Die imperialistischen Westmächte und die reaktionären Kräfte in Westdeutschland wandten vielfältige Methoden des politischen und wirtschaftlichen Druckes an, um andere Staaten von der diplomatischen Anerkennung der DDR abzuhalten und den Außenhandel der Republik mit den nichtsozialistischen Ländern zu unterbinden. Diese Politik der Erpressung erschwerte es der DDR, zu den nichtsozialistischen Staaten politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufzunehmen. 1950 hatte die DDR nur mit drei nichtsozialistischen Staaten feste Handelsbeziehungen. Auf die Dauer konnten jedoch die Feinde der DDR das wachsende internationale Ansehen des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates nicht verhindern.

4. Der Bonner Staat – Instrument des Monopolkapitals. Der Beginn der Remilitarisierung Westdeutschlands

Nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates hatte die imperialistische deutsche Bourgeoisie ein wesentliches Ziel auf dem Wege der Wiederherstellung ihrer Macht in einem Teil Deutschlands erreicht: Sie verfügte wieder über einen eigenen zentralisierten Staatsapparat.

Das Monopolkapital beherrschte und kontrollierte den Staatsapparat auf vielfältige Weise. Es finanzierte die bürgerlichen Parteien und lenkte sie durch seine Vertrauensleute. Durch die Vergabe von Posten mit geringem Einfluß und hohen Gehältern im Staats- und Wirt-

schaftsapparat wurden auch Führer der SPD und der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System einbezogen und an dieses gebunden. Monopolisten oder hohe Konzernangestellte besetzten Ministerposten und Schlüsselpositionen im Staatsapparat. Mehrere Bundestagsabgeordnete der bürgerlichen Parteien, darunter der Duzfreund und persönliche Berater Konrad Adenauers, der Bankier Robert Pferdmenges, waren selbst Großkapitalisten. Wichtige Ausschüsse des Bundestages wurden direkt von Monopolvertretern kontrolliert. Das Monopolkapital bestimmte die Regierungspolitik jedoch besonders über seine Spitzenorganisationen, in erster Linie über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der als Nachfolger des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Oktober 1949 gegründet wurde. In diesem Unternehmerverband, dessen Vorsitzender Fritz Berg wurde, gaben die Vertreter der größten Monopole, wie der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), von Siemens, der Nachfolgegesellschaften der IG-Farben, des Klöckner-Konzerns, des Mannesmann-Konzerns und der Haniel-Gruppe, den Ton an. Die Unternehmerverbände bauten einen vielgliedrigen, zentralisierten, behördenähnlichen Apparat auf, der das gesamte wirtschaftliche und politische Leben der Bundesrepublik zu durchdringen begann.

Obwohl die deutschen Imperialisten wieder über einen eigenen zentralisierten Staatsapparat verfügten, waren ihrer Machtausübung durch das Besatzungsstatut, das am 21. September 1949 in Kraft getreten war, noch enge Grenzen gesetzt. Neben den politischen waren ihnen auch weiterhin zahlreiche wirtschaftliche Beschränkungen, besonders auf dem Gebiet des Außenhandels und der Stahlproduktion, auferlegt. Die Ruhrindustrie unterlag auf Grund des Ruhrstatuts der Kontrolle der Alliierten Hohen Kommission. Die Westmächte griffen ständig in den westdeutschen Außenhandel ein und versuchten, vor allem den Osthandel zu unterbinden. So wurde von den drei Hohen Kommissaren im Dezember 1949 eine bereits vereinbarte Lieferung von 100 000 Tonnen Eisenbahnschienen an die Volksrepublik China verboten.

Die regierenden Kreise in Westdeutschland erklärten sich mit der Fortdauer des Besatzungsregimes einverstanden, weil sie ohne die Hilfe der Besatzungsmächte ihre Herrschaft nicht für gesichert hielten. In seiner ersten Regierungserklärung im September 1949 bezeichnete Konrad Adenauer das Besatzungsstatut als einen Fortschritt. Durch Marshall-Plan und Ruhrstatut, so behauptete er, sei Westdeutschland

enger mit dem Ausland verbunden, als es Deutschland je zuvor gewesen sei. Die „Förderung der Kapitalbildung" werde das vordringlichste Ziel der Bundesregierung sein.

Die führende Partei der imperialistischen deutschen Bourgeoisie war die Christlich-Demokratische Union mit ihrer bayrischen Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union. Die CDU/CSU vertrat das Programm der einflußreichsten Kreise des deutschen Monopolkapitals, besonders der Chemie- und Elektrokonzerne, sowie der deutschen Militaristen und führender Vertreter des politischen Klerikalismus. Nach der Bildung der Bundesrepublik verfolgte die CDU/CSU vor allem drei eng miteinander verbundene Ziele: den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Macht des deutschen Monopolkapitals, die Aufstellung einer neuen Armee und die Einbeziehung der Bundesrepublik in das imperialistische Kriegspaktsystem.

Mit seiner Zustimmung zum Besatzungsstatut bekundete Konrad Adenauer, daß die herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals die Verwirklichung dieser Ziele und damit die völlige Wiederherstellung der Macht des deutschen Monopolkapitals, zunächst in einem Teil Deutschlands, nur durch die zeitweilige Unterordnung unter den USA-Imperialismus für möglich hielten. Vor der Öffentlichkeit begründeten sie diese antinationale Politik mit der Losung von der „abendländischen Gemeinschaft" und der „Integration Europas", die angeblich notwendig seien, um die „kommunistische Gefahr"[37] abzuwehren. Sie behaupteten außerdem, daß Deutschland als Nationalstaat nicht mehr lebensfähig und eine nationalstaatliche Politik nicht mehr möglich sei.

Die Freie Demokratische Partei (FDP), die zur Regierungskoalition gehörte, wurde von Vertretern des Finanz- und Handelskapitals geführt. Die leitenden Gremien der FDP bekannten sich ebenfalls zur „Integration Europas", sie betonten jedoch stärker die Forderung nach der Gleichberechtigung des deutschen mit dem amerikanischen, englischen und französischen Monopolkapital. Im Kampf gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter vertrat die Führung der FDP eine offen reaktionäre Position.

Der FDP gehörten auch Geschäftsleute und Unternehmer an, besonders Reeder, Vertreter der Fertigwarenindustrie und Kaufleute, deren Existenz durch die amerikanische Konkurrenz unmittelbar be-

[37] Dokument Nr. 63 u. 65.

droht wurde. Diese Kreise hegten Bedenken gegen die einseitige Westorientierung und forderten den freien innerdeutschen Handel sowie einen verstärkten Osthandel.

Die Deutsche Partei (DP), die ebenfalls in der Regierungskoalition vertreten war und ihre meisten Anhänger in Niedersachsen hatte, pflegte besonders die Traditionen der preußischen Machtpolitik und forderte unverblümt die „Rekolonisierung des Ostens". Ihre Führer unterstützten in allen wesentlichen Fragen bedingungslos die Politik der CDU/CSU.

Auch die Führung des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), auf die ehemalige ostelbische Junker und Großgrundbesitzer einen maßgeblichen Einfluß ausübten, bekannte sich zur Politik der CDU/CSU und betonte besonders die revanchistischen Ziele der imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Viele Mitglieder des BHE, größtenteils Werktätige und ehemalige Umsiedler, stellten jedoch auch berechtigte wirtschaftliche und soziale Forderungen an den Bonner Staat, der die Not der Umsiedler ausnutzte, um Revanchismus und Chauvinismus zu nähren.

Während die Führungen der bürgerlichen Parteien eine imperialistische Politik durchführten, waren die meisten Mitglieder dieser Parteien an der Erhaltung des Friedens und an der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands interessiert. Ihre Interessen waren jedoch für den Charakter und die Politik der bürgerlichen Parteien in Westdeutschland nicht bestimmend.

Ein wesentlicher politischer Faktor in der Bundesrepublik war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bei den Wahlen zum ersten Bundestag hatte die SPD mehr als 7 Millionen Stimmen erhalten und war mit etwa 700 000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Partei in Westdeutschland. Die SPD verfügte über großen Einfluß in den Gewerkschaften, war in acht von den damals bestehenden elf westdeutschen Ländern an der Regierung beteiligt und stellte in den meisten größeren Städten den Oberbürgermeister.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihres Einflusses hatte die SPD keines ihrer 1946 auf dem Parteitag in Hannover verkündeten Ziele verwirklicht. Statt der von Kurt Schumacher verkündeten „demokratischen und sozialistischen Erneuerung ganz Deutschlands" war in Gestalt der Bundesrepublik ein reaktionärer Separatstaat entstanden, in dem das Monopolkapital wieder den Ton angab. Durch ihre opportunistische und antikommunistische Politik, besonders durch die Ver-

hinderung der Einheit der Arbeiterbewegung, hatten die Führer der SPD selbst aktiv dazu beigetragen, daß Deutschland gespalten wurde und die reaktionären Kräfte in Westdeutschland ihre ökonomische und politische Herrschaft wiederherstellen konnten.

Auch nach der von den Imperialisten vollzogenen Spaltung Deutschlands und dem erneuten Triumph der Reaktion in den Westzonen zogen die maßgeblichen sozialdemokratischen Führer nicht die notwendigen Lehren aus der Geschichte, sondern setzten ihre opportunistische und antikommunistische Politik fort.[38] Sie paßten sie lediglich in bestimmter Hinsicht der neuen Situation an, die im Weltmaßstab durch die Entstehung von zwei Lagern und in Deutschland durch die Existenz von zwei Staaten unterschiedlichen Charakters gekennzeichnet war. Kurt Schumacher und andere Führer der SPD behaupteten, daß der entscheidende Gegensatz unserer Epoche nicht zwischen Monopolkapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen „Demokratie" und „Totalitarismus" bestehe. Unter „Demokratie" verstanden sie eine kapitalistische, bürgerlich-parlamentarische Ordnung, die sie als die einzig mögliche Staatsform anerkannten, während sie mit dem der imperialistischen Ideologie entlehnten Begriff des „Totalitarismus" die Herrschaft der Arbeiter und Bauern in den sozialistischen Staaten und in der DDR diffamierten. Nach Meinung dieser Führer hätte die parlamentarische Demokratie zwangsläufig „sozialistische Konsequenzen". Die Eroberung der Mehrheit im Parlament würde es der SPD ermöglichen, auf dem Boden des gegebenen Staates immer mehr „sozialistische Elemente" in das kapitalistische System einzubauen und dieses schließlich völlig umzuwandeln. Der Weg dazu sei die Verwirklichung der traditionellen sozialdemokratischen Forderungen nach „volkswirtschaftlicher Gesamtplanung", „Mitbestimmung der Arbeitnehmer" und nach „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum".

Ausgehend von dieser Konzeption, die auf den alten opportunistischen Auffassungen in der Frage des Staates beruhte, bejahten maßgebende Politiker der SPD die Bundesrepublik, in der angeblich eine demokratische Ordnung herrsche, und behaupteten ebenso wie die Regierungsparteien, daß nur der Bundestag legitimiert sei, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Die Staatsmacht in der DDR wurde als Willkürherrschaft und „Einparteiendiktatur" diffamiert. Der Vorstand der SPD lehnte jede Verständigung mit der DDR ab, ob-

[38] Dokument Nr. 17 u. 54.

wohl alle wesentlichen Forderungen des Prager Manifestes von 1934 und des Aktionsprogramms der SPD von 1946 in der DDR verwirklicht worden waren. Die Führungsgruppe um Schumacher behauptete, daß ihre Politik gleichermaßen gegen eine Restauration der Macht reaktionärer Kräfte in Westdeutschland und gegen den Kommunismus gerichtet sei. So erklärte Kurt Schumacher auf dem 6. Parteitag der Berliner SPD im Januar 1950 in Westberlin: „Das erste Richtige war die Verweigerung der Vereinigung [von KPD und SPD] und die Offensivtendenz in der Abwehr des östlichen Totalitarismus. Das zweite Richtige ist die Offensivhaltung gegenüber der Restauration in Politik und Wirtschaft."[39] In der Praxis richteten die Führer der SPD um Schumacher aber ihren Hauptstoß gegen die DDR, die SED und gegen die KPD und waren oft bemüht, die Regierungsparteien noch in ihrer antikommunistischen Haltung zu übertreffen.

Während jedoch die CDU/CSU als Hauptpartei des deutschen Monopolkapitals die imperialistische Herrschaft in ganz Deutschland auf dem Umweg über die Remilitarisierung der Bundesrepublik und die „europäische Integration" wiederherstellen wollte, wobei sie besonders auf das militärische und ökonomische Potential des USA-Imperialismus spekulierte, vertrat die Führung der SPD die Konzeption, die Bundesrepublik unter Beibehaltung der Monopole und mit Hilfe des Marshall-Plans zu einem „demokratischen Sozialstaat" auszubauen, der das Modell und den Kern für ein einheitliches Deutschland bilden sollte. Die DDR sollte vor allem mit ideologischen und politischen Mitteln unterhöhlt und in den „Sog" der westdeutschen Entwicklung gezogen werden. Von dieser Position aus bekämpfte die Führung der SPD die Politik der monopolkapitalistischen Restauration und der militärischen Blockbildung. Sie hielt diese Politik für ungeeignet, um der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR das Wasser abzugraben und sie schließlich zu beseitigen, und betonte stärker die Notwendigkeit sozialer Reformen in der Bundesrepublik. Kurt Schumacher und andere Führer der SPD spekulierten darauf, daß es den westlichen Besatzungsmächten gelingen würde, die Sowjetunion durch die Drohung mit einem atomaren Überfall zur „Preisgabe" der DDR zu zwingen und diese durch eine Polizeiaktion der Bundesrepublik anzugliedern. Sie hofften außerdem, daß es möglich sei, durch gesamt-

[39] Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. II, Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin-Grunewald 1953, S. 206.

deutsche Wahlen unter den Bajonetten der westlichen Besatzungsmächte die Bevölkerung der DDR zu majorisieren und die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen. Auf diese Weise, so glaubten diese Führer der SPD, würde die SPD zur stärksten und führenden Partei in ganz Deutschland werden. Diese irrealen und gegenüber der DDR konterrevolutionären Ziele spielten bei der Kritik der sozialdemokratischen Führung an der Aufrüstungs- und „Integrations"politik der Bundesregierung eine wesentliche Rolle. Sie sah in dieser Politik ein Hindernis, um in die DDR einzudringen und ihre Konzeption in ganz Deutschland durchzusetzen.

Obwohl der Parteivorstand der SPD ständig die Losung von „freien Wahlen" in ganz Deutschland propagierte, lehnte er alle Angebote der SED und der Regierung der DDR ab, Verhandlungen über die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen, den Abzug der Besatzungstruppen und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands aufzunehmen. Ebenso wie die Regierungsparteien fürchteten die führenden Politiker der SPD eine offene demokratische Auseinandersetzung ohne den Rückhalt der westlichen Besatzungsmächte und unter Bedingungen, wie sie das Potsdamer Abkommen vorsah. Deshalb lehnten sie nach wie vor das Potsdamer Abkommen ab und forderten sogar noch eine Verstärkung der westlichen Besatzungstruppen.

Auf außenpolitischem Gebiet bekannte sich die Führung der SPD grundsätzlich zur Politik der „Westorientierung". Ganz Deutschland sollte sich der unter Führung der USA stehenden Mächtegruppierung anschließen. Im Unterschied zur CDU/CSU forderte sie jedoch von vornherein die völlige Gleichberechtigung der Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem und wandte sich gegen die dem deutschen Imperialismus von den Westmächten zeitweilig auferlegten wirtschaftlichen und politischen Beschränkungen. Mit dieser Kritik machten sich Führer der SPD oft zum Sprecher nationalistischer Kreise, um auf diese Weise neue Wählerstimmen zu gewinnen. Die Führung der SPD warf der CDU/CSU außerdem vor, daß ihre „Integrations"politik zu „eng" sei und sich vor allem auf klerikale und konservative Kräfte in den westlichen Ländern orientiere. Demgegenüber forderten Kurt Schumacher und andere sozialdemokratische Politiker, die Ziele der englischen Labour Party stärker zu berücksichtigen und auch die skandinavischen Staaten, in denen die sozialdemokratischen Parteien großen Einfluß ausübten, in das westliche Bündnissystem einzubeziehen. Verschiedene Pläne zur Bildung internationaler staatsmonopolistischer

Vereinigungen, wie den Schuman-Plan, lehnten sie zunächst mit der Begründung ab, daß diese die „Sozialisierung" verhindern und die Positionen der Schwerindustriellen stärken würden.

Zugleich mit ihrer grundsätzlichen Orientierung auf die imperialistischen Westmächte suchten rechte Führer der SPD den Anschein zu erwecken, in der weltpolitischen Auseinandersetzung der beiden Systeme einen selbständigen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus anzustreben. Wichtigstes Element einer solchen Politik hätte ein entmilitarisiertes und neutrales Deutschland sein müssen, das keinem der beiden Bündnissysteme angehörte. Durch ihre Zustimmung zum Marshall-Plan hatte sich jedoch die Führung der SPD bereits weitgehend für das vom amerikanischen Imperialismus beherrschte westliche Bündnissystem entschieden und damit der Konzeption des „dritten Weges" den Boden entzogen. Ein weiterer Widerspruch dieser Politik bestand darin, daß die von der SPD geforderten sozialen und demokratischen Reformen in der Bundesrepublik nur im gemeinsamen Kampf aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte verwirklicht werden konnten. Durch ihren Antikommunismus und ihre feindselige Haltung gegenüber der DDR und ihre Bestrebungen, rechts von der SPD stehende Kreise zu gewinnen, verhinderte die Führungsgruppe um Schumacher aber gerade die Einheit der demokratischen Kräfte. Die Konzeption der Führung der SPD unterschied sich vor allem in den Forderungen nach demokratischen und sozialen Reformen, in der Ablehnung der Remilitarisierung Westdeutschlands und der gewaltsamen Lösung der „deutschen Frage" von der Politik der Bundesregierung. Diese politische Konzeption wurde jedoch durch die antikommunistische Stoßrichtung und die prinzipielle Zustimmung zur Politik der Westorientierung in zunehmendem Maße ausgehöhlt und entwertet.

Die von der Führung der SPD erhobene Forderung, die Bundesrepublik zu einem „demokratischen Sozialstaat" auszubauen, und die Ablehnung militärischer Mittel zur Wiedervereinigung entsprachen der Einstellung der meisten Mitglieder und Anhänger der SPD. Diese sahen darin eine echte Alternative zur kapitalistischen Klassenpolitik der Bundesregierung, zumal Kurt Schumacher und andere sozialdemokratische Führer diese Politik oft heftig kritisierten. Die inneren Widersprüche der Konzeption des „dritten Weges" blieben ihnen größtenteils verborgen. Dadurch wurden viele Werktätige von der Aktionseinheit und vom entschiedenen Kampf gegen die imperia-

listische Restauration abgehalten, und dem Eindringen der imperialistischen Ideologie in die Arbeiterklasse wurde Tür und Tor geöffnet.

Eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit der Monopolbourgeoisie spielten die Gewerkschaften. Vom 12. bis 14. Oktober 1949 fand in München der Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) statt. Der relativ späte Zusammenschluß der westdeutschen Gewerkschaften war auch darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland systematisch von den Besatzungsmächten behindert wurde. Sowohl die Bildung von Gewerkschaften als auch ihre Vereinigung auf Länder- und Zonenebene war in den Westzonen viel später genehmigt worden als in der damaligen sowjetischen Besatzungszone.

Die westlichen Besatzungsmächte wollten zunächst Sicherungen für die Restauration des Monopolkapitals und des alten Staatsapparates treffen und eine gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit verhindern. Sie wurden dabei von solchen Gewerkschaftsführern unterstützt, die besonders seit der Verkündung des Marshall-Plans auf den Abbruch aller Beziehungen zum FDGB hinarbeiteten. Gleichzeitig bereiteten sie die Bildung eines selbständigen westdeutschen Gewerkschaftsbundes vor. Dieser sollte dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) beitreten, der unter Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) entstanden war.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigte alle Gewerkschaftsorganisationen der Bundesrepublik in einer einheitlichen Millionenorganisation. In den vom Gründungskongreß angenommenen programmatischen Grundsätzen[40] bekannte sich der DGB zum Kampf gegen die Überreste des Faschismus, gegen den Militarismus und für die Sicherung demokratischer Rechte des Volkes. Neben den Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben enthielten die Grundsätze auch die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Diese Programmpunkte deckten sich in vielem mit den Beschlüssen der Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften, die in der DDR längst erfüllt waren, für die Bundesrepublik aber immer noch ein Kampfprogramm bildeten. Sie zeugten davon, daß der Einfluß proletarischer Forderungen in den westdeutschen Gewerkschaften stark war.

Gegenüber der früheren gewerkschaftlichen Zersplitterung war die

[40] Dokument Nr. 5.

Gründung des DGB ein Fortschritt für die westdeutschen Arbeiter. Die Führung des DGB lag aber großenteils in den Händen opportunistischer Politiker wie Hans Böckler, den der Kongreß zum Vorsitzenden des DGB wählte. Diese führten keinen entschiedenen Kampf für die Verwirklichung des beschlossenen Programms. Sie beharrten im Antikommunismus und lehnten es ab, die Einheitsfront der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten im Kampf gegen die imperialistische Reaktion herzustellen. Sie waren mit allen Mitteln bestrebt, den Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften auszuschalten und schreckten auch vor dem Ausschluß von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Werktätigen aus dem DGB nicht zurück. Hans Böckler und andere Führer des DGB vertraten die Auffassung, daß es auf dem Boden der Bundesrepublik möglich sei, durch Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern nicht nur soziale Reformen durchzusetzen, sondern auf diesem Wege auch allmählich die Ausbeutung zu beseitigen. Sie versuchten, die Arbeiterklasse nach Möglichkeit von Streikkämpfen, besonders von politischen Streiks, zurückzuhalten und begonnene Streiks auf jeden Fall zu lokalisieren.

Durch die Verhinderung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihre „Arbeitsgemeinschafts"-Politik mit den Unternehmern haben rechte Führer des DGB ebenso wie die Führungsgruppe der SPD um Kurt Schumacher mit dazu beigetragen, daß die Monopole ihre ökonomische und politische Macht festigen konnten.

Vom 9. bis 11. November 1949 führten die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA unter Bruch des Potsdamer Abkommens in Paris eine separate Konferenz über Deutschland durch. Sie befürworteten grundsätzlich die Aufnahme der Bundesrepublik in das westeuropäische Bündnissystem. Den Hohen Kommissaren wurden neue Richtlinien zur Deutschlandpolitik der drei Westmächte übergeben. Diese bildeten die Grundlage für das Petersberger Abkommen, das die Hohen Kommissare und Konrad Adenauer am 22. November 1949 unterzeichneten.[41] Das Abkommen sah die Aufnahme Westdeutschlands als assoziiertes Mitglied in den Europarat und einen Demontagestopp vor.

Das Petersberger Abkommen ermunterte die reaktionären Kräfte in Westdeutschland, offener mit ihren Zielen hervorzutreten. Am 4. Dezember 1949 schlug Konrad Adenauer in einem Presseinterview erstmals die Bildung einer sogenannten Europa-Armee mit westdeut-

[41] Dokument Nr. 7.

schen Kontingenten vor. Daraufhin von Abgeordneten der KPD im Bundestag zur Rede gestellt, leugnete er entsprechende Absichten. Das war eine Methode, die schon bei der Spaltung Deutschlands angewandt worden war und nunmehr auch systematisch bei der Remilitarisierung Westdeutschlands betrieben wurde: Durch halbe Eingeständnisse und darauffolgende Dementis wurde die Bevölkerung allmählich an bestimmte Vorhaben gewöhnt und schließlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine andere Methode war die „abendländische" Phraseologie. Die deutschen Imperialisten behaupteten, daß sie keine eigene Armee anstrebten, sondern lediglich bereit seien, deutsche Kontingente einer „Europa-Armee" einzugliedern. Dadurch würden sie sich der Kontrolle der „westlichen Demokratien" unterwerfen und ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus unmöglich machen. Diese Behauptungen verknüpften sie mit zahllosen Beteuerungen über ihre angebliche Friedensliebe und mit der Versicherung, daß die neue Wehrmacht ein „demokratischer Kommiß" sein würde.

Das Hauptmittel zur ideologischen Vorbereitung der Remilitarisierung war jedoch der Antikommunismus. In zahllosen Varianten verbreiteten die deutschen Imperialisten und ihre Ideologen die Lüge von der „tödlichen Bedrohung" der „freien westlichen Welt" durch den Kommunismus. Um in der Bevölkerung eine antikommunistische Stimmung zu schüren, behaupteten sie wider besseres Wissen, daß noch viele Millionen Kriegsgefangene in der Sowjetunion zurückgehalten würden. Sie machten sich dabei den Umstand zunutze, daß die Gefallenenlisten der Wehrmacht in den Händen der amerikanischen Regierung waren und von dieser nicht veröffentlicht wurden. Jedesmal, wenn sie einen neuen Schritt zur Remilitarisierung vorhatten, spielten sie die Kriegsgefangenenfrage hoch und trieben die antikommunistische Hetze auf die Spitze.

Trotz dieser skrupellosen Methoden der Verleumdung und Irreführung, die der Friedensdemagogie der Hitlerpartei entlehnt waren, konnten die deutschen Imperialisten nicht verhindern, daß die Pläne zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Ländern und in Westdeutschland abgelehnt wurden. Durch ihre Enthüllungen über die Kriegsvorbereitungen auf dem Boden der Bundesrepublik stärkte die DDR den Widerstandswillen der westdeutschen Bevölkerung. Bei einer Umfrage des Emnid-Instituts für Meinungsforschung Bielefeld im Januar 1950 verneinten 74,6 Prozent aller Befragten die Frage:

„Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?" Im Mai 1950 antworteten von 560 Studenten der Universitäten Erlangen und München, von denen die meisten ehemalige Wehrmachtsangehörige waren, auf die Frage: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht – würden Sie dann Soldat sein wollen?" 90 Prozent mit „Nein". Der Proteststurm, der sich nach den ersten offenen Erklärungen über die Wiederaufrüstung Westdeutschlands erhob, war so heftig, daß die deutschen und anglo-amerikanischen Imperialisten zu noch weitergehenden Manövern gezwungen wurden. Am 8. Mai 1950 veröffentlichte die Alliierte Hohe Kommission ein „Gesetz zur Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung". Das Gesetz diente in der Hauptsache zur Tarnung der antikommunistischen Kriegspläne. Es enthielt jedoch auch einige Bestimmungen, die das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus erschweren konnten. So war Westdeutschland die Herstellung von synthetischem Benzin, Öl und Gummi sowie die Einfuhr und Herstellung von Kriegsgerät aller Art untersagt. Ferner sollten die Produktionsbeschränkungen für Stahl bestehenbleiben.

An der Spitze des Kampfes gegen die Remilitarisierung standen die Kommunisten. Mutig und kühn enthüllte die KPD die Methoden und die Gefahren der Remilitarisierung und tat alles, um die Bevölkerung, besonders die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, für gemeinsame Aktionen gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu gewinnen. Bereits in einer der ersten Sitzungen des Bundestags, am 25. November 1949, wies die Fraktion der KPD auf die Remilitarisierungspläne der reaktionären Kreise in den USA und in Westdeutschland hin und erklärte, daß sie alle Bestrebungen zur Remilitarisierung entschieden bekämpfen werde. Die KPD stellte den Antrag, dem Bundeskanzler zu verbieten, die Remilitarisierung zu betreiben, selbst wenn das die Westmächte fordern sollten.[42] Der Antrag der KPD wurde jedoch von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt. Als die Geheimverhandlungen zwischen Konrad Adenauer und den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg begannen, forderte die KPD als einzige Partei in Westdeutschland die Einstellung der Gespräche. „In allen Schichten unseres Volkes", so begründeten die Kommunisten ihren Standpunkt, „wird die Meinung immer stärker, daß die Remilitarisierung verhindert werden muß . . ., solange auch nur die ge-

[42] Dokument Nr. 9.

ringste Möglichkeit einer Verständigung zwischen Ost und West besteht, die jede Remilitarisierung überflüssig macht . . ."[43]

Die Remilitarisierung Westdeutschlands wurde auch von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der SPD abgelehnt. Auf dem Hamburger Parteitag der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950[44] verurteilten zahlreiche Delegierte die Pläne zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Einmütig stimmte der Parteitag einem Antrag zu, in dem gefordert wurde, „sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab."[45] Der Vorstoß einer Gruppe um Willy Brandt und Ernst Reuter, die sich für eine Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis aussprach, wurde von den Delegierten zurückgewiesen. Kurt Schumacher trat in seinem Grundsatzreferat weiterhin für die Westorientierung der Bundesrepublik ein. Diese Haltung verknüpfte er mit der Forderung nach Gleichberechtigung der Bundesrepublik und mit dem traditionellen sozialdemokratischen Ziel der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Er erklärte, daß die SPD ihre Zustimmung zum Schuman-Plan von der Nationalisierung der westdeutschen Schwerindustrie abhängig mache. Viele Werktätige, denen die traditionellen sozialdemokratischen Ziele teuer waren, wurden dadurch über die Gefährlichkeit der Westorientierung getäuscht. Schumacher warnte auch vor einem separaten Friedensvertrag mit Westdeutschland und verlangte, die Deutschen sollten für die Wiedervereinigung selbst Aktivität entwickeln. Im Widerspruch dazu forderte er gleichzeitig die Ausschaltung der DDR bei allen Bemühungen um eine deutsche Wiedervereinigung. „Wir wollen Pankow ausschalten und Bonn auf die höhere Ebene erheben"[46], erklärte Schumacher. In einer Entschließung, in der die Entwicklung in der DDR verleumdet wurde, gelang es dem Parteivorstand, seinen verständigungsfeindlichen Standpunkt gegenüber der DDR auf dem Parteitag durchzusetzen.

Am 25. Juni 1950 provozierten die reaktionären Kräfte der USA durch den Überfall südkoreanischer Truppen auf die Koreanische

43 4 Jahre Bundestag. Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, o. O. o. J., S. 113.

44 Dokument Nr. 17.

45 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o. O. o. J., S. 269.

46 Ebenda, S. 76.



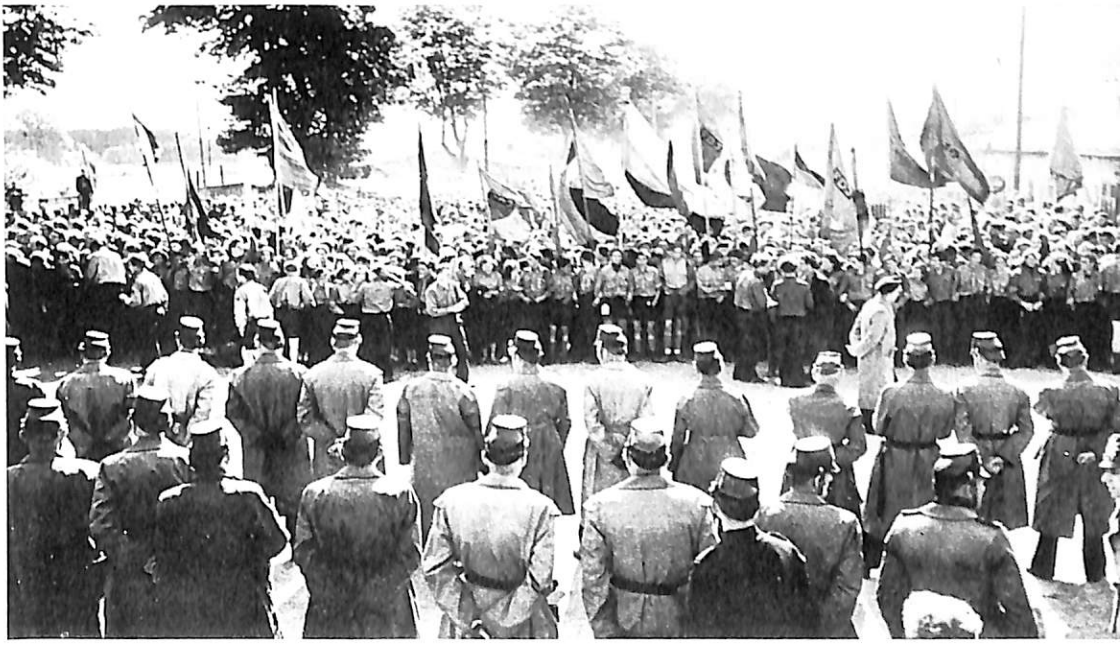
Unterzeichnung des Kommuniqués über den Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Leitung Walter Ulbrichts in der Volksrepublik Polen, Juni 1950



Hamburger Jugendliche im Demonstrationszug zur Großkundgebung
des Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin, Pfingsten 1950

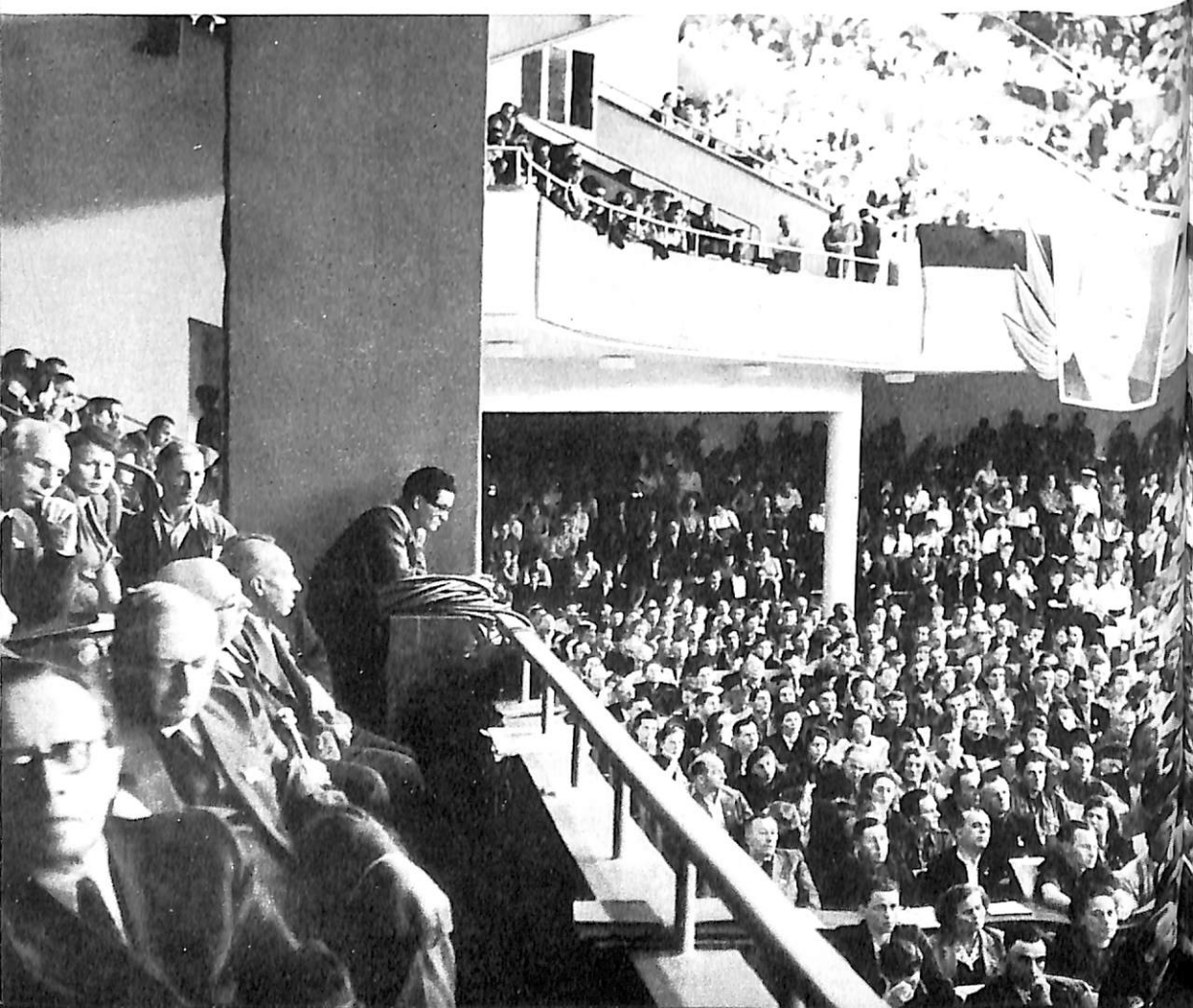


Das sowjetische Moissejew-Ensemble während des Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin, Pfingsten 1950



Westdeutsche Jugendliche, die vom Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin zurückkehren, werden von der westdeutschen Polizei bei Herrnburg widerrechtlich festgehalten, 1. Juni 1950

Blick in die Berliner Werner-Seelenbinder-Halle während der Beratungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950





Kundgebung in Berlin zum Abschluß des III. Parteitages der SED, 24. Juli 1950





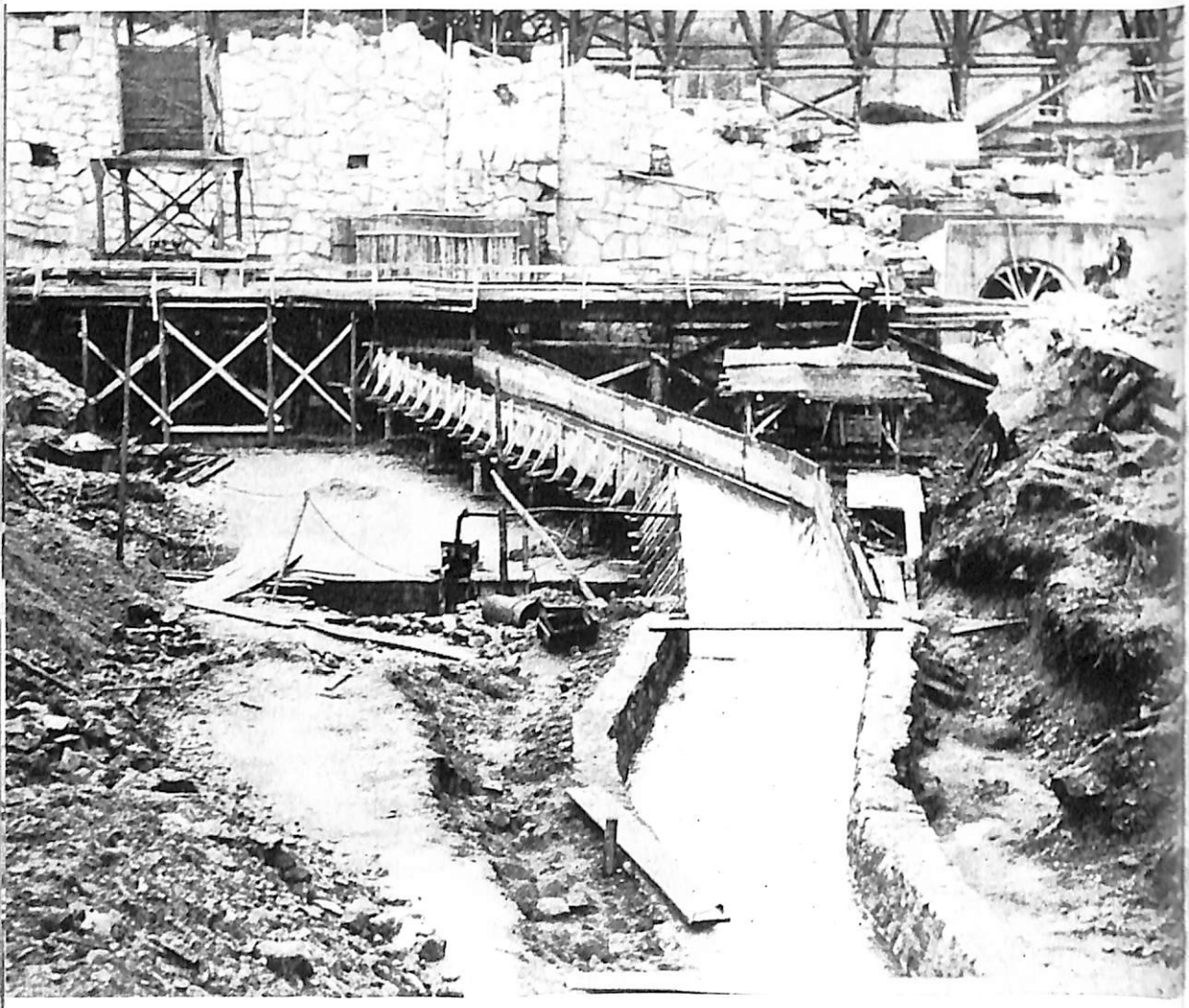
Erich Ollenhauer, stellvertretender Vorsitzender, und Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD in Westdeutschland, 1950



Westdeutsche Polizei verhaftet Teilnehmer der Kundgebung des Bayrischen Landfriedenskomitees in München anläßlich des 5. Jahrestages des amerikanischen Atombombenabwurfes auf Hiroshima, 7. August 1950



Präsidium des 3. Kongresses des FDGB in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 30. August bis 3. September 1950



Aufbau der Talsperre Sosa, November 1950

Volksdemokratische Republik einen militärischen Konflikt. Kurz darauf erteilte der Präsident der USA, Harry S. Truman, den Befehl zur Besetzung der chinesischen Insel Taiwan und zur Aggression amerikanischer Truppen gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik. Die amerikanische Intervention in Korea bedrohte auch die Volksrepublik China und war letzten Endes gegen das gesamte sozialistische Lager, besonders die Sowjetunion, gerichtet. Die sozialistischen Staaten, vor allem die Sowjetunion und die Volksrepublik China, übten gegenüber der Koreanischen Volksdemokratischen Republik brüderliche Solidarität. Chinesische Freiwillige eilten dem koreanischen Volk zu Hilfe.

Auch die Werktätigen der DDR unterstützten den gerechten Kampf des koreanischen Volkes. Auf zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen forderten Hunderttausende von Arbeitern und Bauern, Wissenschaftlern und Künstlern die Beendigung der amerikanischen Aggression. Allein in Berlin demonstrierten am 29. Juli 1950 350 000 Werktätige für den Frieden in Korea und gelobten, noch entschiedener für die Erhaltung des Friedens in Deutschland einzutreten. In vielen Betrieben und Orten entstanden neue Friedenskomitees. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland rief zu Solidaritätsspenden auf. Arbeiter stellten ihre Prämien zum Ankauf von Medikamenten für Krankenhäuser und Lazarette in Korea zur Verfügung, Künstler veranstalteten Solidaritätskonzerte, Berufsschüler und Lehrlinge fertigten Gebrauchsgegenstände. Der Solidaritätsbewegung schlossen sich Menschen aus allen Bevölkerungsschichten an.

In ihrem Bestreben, das sozialistische Lager „zurückzurollen" (Politik des „roll back") und ihre Weltherrschaft zu errichten, waren die reaktionären Kreise in den USA zur direkten militärischen Intervention übergegangen. Dadurch wurden die internationalen Spannungen außerordentlich verschärft. Die Imperialisten entfachten eine zügellose Hetze, um eine antikommunistische Kreuzzugsstimmung zu schaffen. Auf amerikanische Weisung wurde die Zahl der in Westeuropa, besonders in Westdeutschland, stationierten NATO-Truppen beträchtlich erhöht und die Rüstungsproduktion in den NATO-Staaten wesentlich gesteigert.

Für die reaktionären Kräfte in Westdeutschland war die Verschärfung der Situation ein willkommener Anlaß, um die Remilitarisierung weiter voranzutreiben. Obwohl es ihnen gelang, viele Menschen mit der Lüge von der „kommunistischen Gefahr" zu verwirren, stießen die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland dennoch vielfach auf ent-

schiedenen Widerstand. In Hessen und Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Teutoburger Wald setzten sich Bauern gegen die Beschlagnahme von Ländereien für militärische Zwecke zur Wehr. Als die imperialistischen Interventen Brücken, Straßen, Tunnel, Talsperren, Schleusen und andere Anlagen für den Kriegsfall zur Sprengung vorbereiteten, wurden die Sprenglöcher oft von mutigen Patrioten wieder zugemauert. Westdeutsche Hafenarbeiter gründeten ein Friedenskomitee und riefen im Juli 1950 alle Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer auf, gemeinsam mit den Arbeitern Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Niederlande den Transport und die Entladung amerikanischen Kriegsmaterials zu verweigern. Gleichzeitig bildeten sich eine Reihe Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, der Freundeskreis der Künstler für ein einiges Deutschland und andere Komitees, in denen Angehörige der verschiedensten Schichten und Organisationen aus beiden deutschen Staaten über die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands berieten.

In dieser ernsten Situation, als der deutsche Imperialismus erneut mit seiner Politik des Dranges nach dem Osten hervortrat, wurde der III. Parteitag der SED einberufen.

5. Der III. Parteitag der SED. Der Beschluß über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft

Vom 20. bis 24. Juli 1950 tagte der III. Parteitag der SED in Berlin. Die 2201 Delegierten des Parteitages vertraten 1 750 000 Mitglieder und Kandidaten. An den Beratungen nahmen über 2000 Gäste, darunter mehr als 1200 aus Westdeutschland, und Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 23 Ländern teil. Hervorragende Führer der internationalen Arbeiterbewegung wie Józef Cyrankiewicz, Jacques Duclos, Harry Pollitt, M. A. Suslow und Palmiro Togliatti hatten im Präsidium Platz genommen. Viele Bruderparteien entsandten Begrüßungsschreiben, die von der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse mit dem ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat und seiner führenden Partei zeugten.

Der Parteitag beriet und billigte den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes, den Wilhelm Pieck erstattete, das Referat von Otto Grotewohl „Der Kampf um den Frieden und die Nationale Front des demokratischen Deutschland" und das Referat von Walter Ulbricht „Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft". Er beschloß das neue Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und wählte das aus 51 Mitgliedern und 30 Kandidaten bestehende Zentralkomitee. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden erneut einmütig zu Vorsitzenden der SED gewählt.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees, das nach Abschluß des Parteitages zusammentrat, wurden das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED gewählt. Dem Politbüro gehörten als Mitglieder an: Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Walter Ulbricht (Generalsekretär des ZK), Wilhelm Zaisser. Zu Kandidaten wurden gewählt: Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Erich Mückenberger, Elli Schmidt.

Im Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag der SED stellte Wilhelm Pieck fest: „Der Parteitag tritt in einer Situation zusammen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der anglo-amerikanische Imperialismus von der aggressiven Kriegspolitik zur direkten, offenen und brutalen militärischen Aggression übergegangen ist. So wird der Kampf um den Frieden, seine Entfaltung zu einer wahrhaften Volksbewegung zur erstrangigen Hauptaufgabe, der wir unsere Beratungen zu widmen haben. Der Friede in Europa kann aber nur als gesichert betrachtet werden, wenn ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland besteht, ... wenn durch einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes wiederhergestellt ist. Der Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist daher die zweite Hauptaufgabe, der die Verhandlungen dieses Parteitages gelten.

Die feste Basis dieses Kampfes um die nationale Existenz und Zukunft unseres Volkes ist unsere Deutsche Demokratische Republik. Ihre Festigung und weitere Stärkung, die Entfaltung ihrer Friedenswirtschaft durch einen großangelegten und langfristigen Volkswirtschaftsplan, der alle Grundprobleme des materiellen und kulturellen Lebens unserer Bevölkerung umfaßt, ist deshalb die dritte Hauptaufgabe, die unser Parteitag zu behandeln hat."[47]

[47] Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 21.

Angesichts der ernsten Bedrohung des Weltfriedens durch die amerikanische Aggression in Korea und der Vorbereitungen zur Remilitarisierung Westdeutschlands bestand die wichtigste Aufgabe darin, die Friedensbewegung in ganz Deutschland zu stärken und zu verbreitern. Gewerkschaften und Genossenschaften, Organisationen der Frauen und der Jugend, Sportverbände und kulturelle Vereinigungen, Religionsgemeinschaften, Persönlichkeiten aus den verschiedensten Klassen und Schichten des deutschen Volkes, unabhängig von ihrem Glaubensbekenntnis und ihrer Weltanschauung, mußten für die Friedensbewegung gewonnen werden. Gleichzeitig forderte der Parteitag, die Anstrengungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, zum Abschluß eines Friedensvertrages und für den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland zu verstärken und alle patriotischen Kräfte des deutschen Volkes für die Nationale Front des demokratischen Deutschland zu gewinnen. Im Beschluß des Parteitages hieß es: „Um die führende Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Kampfe des deutschen Volkes zu verstärken, muß endgültig mit der Unterschätzung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Schluß gemacht werden, die in den Reihen der SED, der KPD und der Gewerkschaften noch vorhanden ist. In der deutschen Arbeiterklasse muß ein demokratisches Nationalbewußtsein entwickelt werden, das sich in dem Bestreben jedes Arbeiters ausdrückt, im Kampf um die wahren Interessen der deutschen Nation in den vordersten Reihen zu stehen."[48]

Der Parteitag trat entschieden gegen Tendenzen auf, die nationale Verantwortung der Arbeiterklasse und der DDR zu ignorieren und sich im Kampf selbstzufrieden allein auf die DDR zu beschränken. Die führenden Organe wurden verpflichtet, weit stärker als bisher die Friedensbewegung und die Nationale Front in der Bundesrepublik und in Westberlin zu unterstützen. Der Parteitag bekräftigte, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Weg der Demokratisierung ganz Deutschlands möglich ist. Deshalb sollten alle dem Potsdamer Abkommen widersprechenden Maßnahmen der imperialistischen Besatzungsmächte und der westdeutschen Regierung rückgängig gemacht werden. Die deutsche Arbeiterklasse, so stellte der Parteitag fest, ist die Hauptkraft der Bewegung für Frieden und Einheit in Deutschland. Die Herstellung und Festigung der Einheit der Arbeiterklasse

[48] Dokumente der SED, Bd. III, S. 89.

ist daher die entscheidende Aufgabe im Kampf für die Zukunft der Nation.

Der Parteitag forderte, alle Formen der ideologischen Kriegsvorbereitung wie Nationalismus und Chauvinismus, Antisowjetismus und Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze entschieden zu bekämpfen. Gleichzeitig sollte der Kampf gegen den Pazifismus, der die Friedensanhänger entwaffnete, sowie gegen die Theorie von der „Neutralität" zwischen den beiden Weltsystemen geführt werden. Der Parteitag erinnerte an den Beschluß des Politbüros vom 1. März 1949, der die Parteimitglieder aufgefordert hatte, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es im Falle einer Aggression die Pflicht des deutschen Volkes ist, gegen die Aggressoren zu kämpfen und die Sowjetarmee zu unterstützen.

Nach der Bildung der DDR fiel der Arbeiter-und-Bauern-Macht das Recht und die Verpflichtung zu, die Errungenschaften der Werktätigen zu schützen und den Frieden zu sichern. Obwohl auch nach Übergabe der Verwaltungsfunktionen von der SMAD an die Provisorische Regierung der Schutz der Republik vor imperialistischen Interventionen in den Händen der Sowjetarmee lag, war es erforderlich, militärpolitische Maßnahmen zur Sicherung des Friedens zu treffen, die sowohl der nationalen Konzeption der SED als auch der damaligen Lage, die durch den amerikanischen Überfall auf Korea und die Remilitarisierung Westdeutschlands gekennzeichnet war, entsprachen. Neben der Erziehung zur Verteidigungsbereitschaft als Bestandteil des neuen Staatsbewußtseins gehörten zu diesen Maßnahmen die Übernahme größerer Aufgaben zur Sicherung der Grenzen durch die Deutsche Grenzpolizei und der Ausbau und die Festigung der Bereitschaften der Volkspolizei.

Obwohl die Imperialisten Deutschland gespalten hatten und die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes – die Überwindung von Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland – komplizierter geworden war, hielt die SED an ihrer Konzeption fest, die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und im offenen demokratischen Kampf zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften den Weg der weiteren Entwicklung Deutschlands zu entscheiden. Sie konzentrierte sich deshalb in ihrer Politik darauf, in Anknüpfung an die Potsdamer Beschlüsse die Vorschläge der UdSSR für einen Friedensvertrag zu unterstützen und Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über die friedliche Wiedervereinigung herbeizuführen. Es galt

zu verhindern, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands durch den Aufbau einer neuen Aggressionsarmee und die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Kriegspaktsystem die Spaltung Deutschlands vertieften und im Herzen Europas einen neuen Kriegsherd schufen.

Die Konzeption, einen Friedensvertrag herbeizuführen und den deutschen Imperialismus in offener demokratischer Auseinandersetzung innerhalb eines einheitlichen Nationalstaates zu überwinden, war für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit einem Risiko verbunden. Westdeutschland war von den stärksten imperialistischen Mächten militärisch besetzt. Mehr noch: In seinem Bestreben, das sozialistische Weltlager „zurückzurollen", konzentrierte sich der Weltimperialismus auf Deutschland und leistete der deutschen Monopolbourgeoisie vielfältige Hilfe, um sie vor einem politischen „Erdrutsch" in Westdeutschland zu bewahren. Nach der Bildung der Bundesrepublik standen dem deutschen Monopolkapital wieder ein starkes ökonomisches Potential, zahlreiche gutfunktionierende Organisationen sowie ein Heer von diensteifrigen Journalisten und anderen Verfechtern seiner Politik zu Gebote. Die deutsche Monopolbourgeoisie war skrupellos, verschlagen und erfahren in der Irreführung des Volkes. Schon einmal – nach 1918 – hatte sie es verstanden, ihre Macht nach einer schweren Niederlage zu erhalten und entgegen den Lebensinteressen des Volkes durch eine raffinierte Kombination von Demagogie, Gewalt und Korruption wieder zu festigen.

Aus all diesen Gründen mußte auf jeden Fall mit langwierigen und komplizierten Auseinandersetzungen gerechnet werden. In einem einheitlichen und demokratischen deutschen Staat hätte jedoch der deutsche Militarismus keine Chance gehabt, wieder sein Haupt zu erheben und den Frieden in Europa erneut zu gefährden. Ohne konterrevolutionäre Einmischung von außen hätte das deutsche Monopolkapital auf die Dauer seine ökonomischen und politischen Positionen nicht behaupten können. In einem einheitlichen Deutschland mit seiner starken, an kämpferischen Traditionen reichen Arbeiterklasse, mit einer durch ihre Gewaltpolitik und ihre Niederlagen in zwei Weltkriegen kompromittierten Bourgeoisie, in einem Land, das zu einem Drittel schon vom Imperialismus befreit war und in dem es eine umfassende nationale Bewegung mit einer kampferprobten marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze gab, hätten am Ende die demokratischen Kräfte gesiegt.

Für die Realität dieser Konzeption sprachen mehrere Faktoren, in erster Linie das internationale Kräfteverhältnis, das sich mehr und mehr zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus veränderte, und die Existenz der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR. Aber auch das Kräfteverhältnis und einige Tendenzen der Entwicklung des Klassenkampfes in Westdeutschland sprachen dafür. Dem deutschen Monopolkapital war es zwar gelungen, die antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung zu unterdrücken, Deutschland zu spalten und ein separates Staatsgebilde zu errichten; seine ökonomische und politische Macht war jedoch nach der Bildung der Bundesrepublik noch nicht wieder voll gefestigt. Noch existierte keine Armee, und die Bundesrepublik war noch nicht in den imperialistischen Militärblock einbezogen. Die westdeutsche Bevölkerung hatte sich nicht mit der Spaltung Deutschlands abgefunden, und nach wie vor waren antifaschistisch-demokratische Ideen in breiten Kreisen der Bevölkerung, vor allem in der Arbeiterklasse, lebendig. Auf besonders heftigen Widerstand stießen die Pläne zur Remilitarisierung. Die herrschende Klasse hatte es noch nicht vermocht, die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg und seine Folgen im Bewußtsein des Volkes auszulöschen. Die vielfältige Opposition gegen die von der Führung der CDU und der westdeutschen Regierung mit Konrad Adenauer an der Spitze betriebene Politik der Spaltung und der Remilitarisierung reichte von der Arbeiterklasse – besonders in den Gewerkschaften hatten die Vertreter einer antimilitaristischen Politik starke Positionen – und der Jugend, die in ihrer Mehrheit antimilitaristisch gesinnt war, über die Intelligenz bis in Kreise der Bourgeoisie, die aus der Geschichte die Lehre gezogen hatten, daß eine einseitige Westorientierung den deutschen Interessen schadete.

Auch in anderen Ländern, deren Bevölkerung den deutschen Militarismus am eigenen Leibe kennengelernt hatte, protestierten Millionen Menschen gegen eine deutsche Wiederaufrüstung. Ihre Aktionen übten einen starken Druck auf die Regierungen und Parlamente der kapitalistischen Staaten aus.

Unter diesen Bedingungen bestanden reale Möglichkeiten, durch eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten die Spaltung auf friedlichem Wege zu überwinden. Obwohl der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein sehr ernst zu nehmender Feind gegenüberstand, war die Parteiführung der SED überzeugt davon, daß es schließlich gelingen würde, die Einheit der deutschen Arbeiterklasse

herzustellen, die Mehrheit des Volkes für die Nationale Front zu gewinnen und in ganz Deutschland eine friedliche und demokratische Ordnung zu errichten.

Entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Herrschaft von Imperialismus und Militarismus war die weitere politische, ökonomische und kulturelle Stärkung der DDR. Der Parteitag beschäftigte sich ausführlich mit diesen Fragen und beschloß die Richtlinien für den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft (1951 bis 1955), die von einer Kommission des Politbüros unter Vorsitz Walter Ulbrichts ausgearbeitet worden waren.

Der Beschluß über den ersten Fünfjahrplan war das wichtigste Dokument des III. Parteitages. Die Ausarbeitung des Plans war möglich, weil die Arbeiterklasse die entscheidenden Machtpositionen in der DDR in ihren Händen hielt und bei der Leitung von Staat und Wirtschaft viele Erfahrungen gesammelt hatte. Der Plan beruhte auf den großen Leistungen der Werktätigen bei der Überwindung der Kriegsfolgen und beim demokratischen Neuaufbau. Durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans war die Voraussetzung geschaffen worden, um größere und kompliziertere Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Ende 1950 betrug der Stand der Industrieproduktion im Verhältnis zu 1936 nicht wie ursprünglich vorgesehen 81 Prozent, sondern annähernd 111 Prozent. Auch in der Landwirtschaft war der Umfang der Anbaufläche wieder so groß wie vor dem Krieg: Die Ernteerträge erreichten 1950 im wesentlichen den Stand der Vorkriegszeit.

Im Verlauf der revolutionären Beseitigung der ökonomischen und politischen Machtgrundlagen des Imperialismus und Militarismus hatte sich die sozialökonomische Struktur der DDR grundlegend verändert. Sie zeigte Ende 1950 folgendes Bild:

Anteil der verschiedenen Eigentumsformen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt in Prozent:

volkseigener und genossenschaftlicher Sektor	59,4
privatkapitalistischer Sektor und kleine Warenproduktion	40,6

Industrielle Bruttoproduktion (ohne Bau):

volkseigener und genossenschaftlicher Sektor	77,6
privatkapitalistischer Sektor	22,4

Die Betriebe der Energieerzeugung, der Metallurgie und des Bergbaus befanden sich fast vollständig in den Händen des Volkes.

Die Landwirtschaft zeigte 1950 folgendes Bild:

	Anteil in Prozent	
	Betriebe	Landwirtschaftliche Nutzfläche
volkseigene Güter und sonstige volkseigene Betriebe	3,6	5,7
werktätige Einzelbauern (bis 20 Hektar)	91,0	69,9
Großbauern und andere kapitalistische Betriebe (über 20 Hektar)	5,4	24,4

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug im Jahre 1950 bei einer Gesamtbevölkerung von 18,3 Millionen 5.3 Millionen. In der Industrie waren 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. 75,7 Prozent davon arbeiteten in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Die Arbeiterklasse war nicht nur zahlenmäßig gewachsen und hatte ihre ökonomischen und politischen Positionen gefestigt – mehr und mehr Arbeiter und andere Werktätige hatten ein neues Verhältnis zur Arbeit und zum Staat gefunden. „Etwas Neues, Großes ist in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden", sagte Walter Ulbricht in seinem Referat zur Begründung des Fünfjahrplans. „Werktätige, die vor einigen Jahren noch verzagt ihres Weges gingen, die keine Möglichkeit sahen, wie man die Folgen des Hitlerkrieges überwinden und zu einem neuen Leben kommen kann, stehen jetzt stolz an ihren Maschinen und vollbringen Leistungen, wie sie im alten Deutschland nicht möglich waren ... Im Kampf um den Neuaufbau unserer Heimat, im Kampf um ein besseres Leben beginnen sich die Menschen zu ändern."[49]

Der Entwurf der SED für den ersten Fünfjahrplan wurde der Regierung überreicht und unter Mitwirkung breiter Bevölkerungskreise beraten und ergänzt. Am 1. November 1951 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR[50].

Nachdem es im Verlaufe des Zweijahrplans gelungen war, die schlimmsten Kriegsfolgen zu überwinden und im wesentlichen den Stand der Vorkriegsproduktion zu erreichen, stellte das Gesetz über den Fünfjahrplan das Ziel, die infolge der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft der DDR soweit wie möglich zu beseitigen, die Industrieproduktion bis 1955 gegen-

[49] Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 338/339.
[50] Dokument Nr. 37.

über dem Vorkriegsstand zu verdoppeln, die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Industriebetrieben gegenüber 1950 um 72 Prozent zu steigern, die Selbstkosten um mindestens 26,8 Prozent zu senken und das Volkseinkommen um mehr als 60 Prozent zu erhöhen. Dadurch sollte der Lebensstandard der Vorkriegszeit nicht nur wieder erreicht, sondern auf vielen Gebieten überschritten werden.

Hatten die Werktätigen in der Zeit des Zweijahrplans im Wettbewerb mit dem Imperialismus den Nachweis erbracht, daß ein Wiederaufbau aus eigener Kraft möglich ist, so sah der Fünfjahrplan ein jährliches Wachstumstempo der Produktion vor, das höher sein sollte als die durchschnittliche jährliche Produktionszunahme in der Zeit der Hochkonjunktur im imperialistischen Deutschland.

Um die in der DDR vorhandenen schwerwiegenden Disproportionen Schritt um Schritt zu vermindern und die Voraussetzungen für die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu schaffen, war es unumgänglich, eine eigene Schwerindustrie, vor allem eine metallurgische Basis und den Schwermaschinenbau, aufzubauen. Nur durch die vorrangige Entwicklung solcher Industriezweige wie der Metallurgie, der Chemie, des Kohlenbergbaus, der Energiewirtschaft, des Maschinenbaus und anderer Zweige der Schwerindustrie konnten der Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft der DDR und ein ständiges Wachstum des Wohlstandes der Bevölkerung gesichert werden.

Im Verlaufe des Fünfjahrplans sollte die Produktion der metallurgischen Industrie wertmäßig auf 253,6 Prozent gegenüber 1950 erhöht werden und damit einen Umfang erreichen, der es ermöglichte, den Maschinenbau mit Metall aus eigener Produktion zu versorgen und den Export von Maschinen zu verstärken. Zu diesem Zweck sollten fünf metallurgische Betriebe wiederhergestellt und ein großes Hüttenkombinat bei Fürstenberg (Oder) errichtet werden. Die Produktion des Maschinenbaus sollte auf 214,8 Prozent erhöht werden. Damit der Bergbau, die Energiewirtschaft, die Metallurgie und der Schiffbau mit schweren Maschinen und großen Aggregaten ausgerüstet werden konnten, sah der Plan vor, den Schwermaschinenbau beschleunigt zu entwickeln. Die Görlitzer Maschinenfabrik, der VEB Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh und zwei weitere Kesselbetriebe sollten Energiemaschinen produzieren und deshalb ausgebaut werden. Schwere Werkzeugmaschinen sollten in der Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben, in den Niles-Werken in Berlin und Chemnitz und in mehreren

anderen volkseigenen Betrieben hergestellt werden. Der Umfang der Produktion der chemischen Industrie sollte gegenüber 1950 verdoppelt werden.

Der notwendige und beschleunigte Aufbau der Schwerindustrie band starke ökonomische Kräfte. Deshalb stellten die großen Aufgaben des ersten Fünfjahrplans hohe Anforderungen an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der DDR. Sie mußten beträchtliche Opfer bringen und gewaltige Anstrengungen unternehmen, um die Folgen des zweiten Weltkrieges und der Spaltung Deutschlands zu überwinden und eine leistungsfähige Volkswirtschaft aufzubauen. Die Konsumgüterindustrie konnte nicht so schnell entwickelt und dadurch konnten auch das Tempo und der Umfang der individuellen Konsumtion nicht so rasch erhöht werden, wie das wünschenswert gewesen wäre. Diese Entscheidung fiel der Parteiführung der SED, der Regierung und der Volkskammer nicht leicht, denn sie bedeutete, daß die Werktätigen nach den schweren Kriegsjahren und dem Mangel der ersten Nachkriegszeit Einschränkungen bei der Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse auf sich nehmen mußten. Aber es gab keinen anderen Weg, um die Macht der Arbeiterklasse zu behaupten und zu festigen und damit dem ganzen Volk ein Leben in Frieden und Wohlstand zu sichern.

Mit dem Zweijahrplan hatten sich die Werktätigen der DDR das Ziel gestellt, das Übergewicht des volkseigenen Sektors zu erreichen und seine Überlegenheit im friedlichen Wettbewerb mit dem privatkapitalistischen Sektor zu beweisen; die Erfüllung des Fünfjahrplans war mit der allmählichen Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der Volkswirtschaft der DDR verbunden. Zugleich war vorgesehen, alle Produktionsmöglichkeiten der Privatindustrie voll auszunutzen und die Produktion in den Privatbetrieben gegenüber 1950 auf 166,5 Prozent zu erhöhen.

Der Zweijahrplan wurde gegen den Widerstand damals noch einflußreicher reaktionärer Kräfte in der CDU und der LDPD in oft erbitterten Auseinandersetzungen durchgesetzt, um die Hegemonie der Arbeiterklasse zu festigen. Dem Fünfjahrplan stimmten alle Parteien und Organisationen des Demokratischen Blocks zu; er wurde zum Programm der Nationalen Front für die neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR.

Der Zweijahrplan wurde in den Jahren der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems beschlossen und durchgeführt. Damals stan-

den die politischen Formen der Zusammenarbeit zwischen den aus dem kapitalistischen Weltsystem ausgebrochenen Ländern im Vordergrund. Bei der Verwirklichung des ersten Fünfjahrplans konnten sich die Werktätigen der DDR bereits auf die sich entwickelnde Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe stützen. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit, die besonders in langfristigen zweiseitigen Handelsverträgen verwirklicht wurde, war eine wichtige Voraussetzung, um die Ziele des Fünfjahrplans zu erreichen und die imperialistischen Blockademaßnahmen zu durchkreuzen. Jedoch fehlten damals noch wesentliche Bedingungen für eine planmäßige internationale Arbeitsteilung. Auch die Erschließung neuer Importquellen und Exportmöglichkeiten in den sozialistischen Ländern, die selbst vor vielen komplizierten Problemen standen, war ein schwieriger und langwieriger Prozeß. Hinzu kam, daß der zunehmende Außenhandel große Anforderungen an das Verkehrswesen stellte. Dieses war jedoch in der DDR und in den meisten sozialistischen Ländern stark zerstört. Der Seetransport lag in der DDR völlig darnieder. Es gab weder eine geeignete Schiffbauindustrie noch nennenswerte Häfen und Umschlagplätze. Nur unter großen Anstrengungen und besonders durch die Hilfe der Sowjetunion war es möglich, diese Schwierigkeiten Schritt um Schritt zu meistern.

Der Fünfjahrplan diente der Konzeption der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte, die Deutsche Demokratische Republik zu stärken, der Wiedervereinigung Deutschlands den Weg zu bereiten und den deutschen Imperialismus in offener demokratischer Auseinandersetzung zu überwinden. Der Fünfjahrplan war die Anwendung der nationalen Konzeption der Partei auf die neue Lage, die durch die Existenz von zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekennzeichnet war. Mit dem Fünfjahrplan stellte die SED den aggressiven Plänen der imperialistischen Großbourgeoisie das Programm des friedlichen Aufbaus und der schöpferischen Arbeit zum Wohle des Volkes und des Friedens gegenüber. Sie brachte ihre Bereitschaft und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen den zwei Systemen in Deutschland auf ökonomischem Gebiet, auf dem Wege des friedlichen Wettbewerbs auszutragen. Nicht auf den Schlachtfeldern des Krieges, sondern auf dem Feld der friedlichen Arbeit sollte der Kampf geführt und die Frage entschieden werden, welche gesellschaftliche Ordnung besser ist und den Interessen des Volkes dient. Die SED scheute deshalb auch keine An-

strengungen, um die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen und die Absichten der Imperialisten, auch auf ökonomischem Gebiet eine Mauer zu errichten, zu durchkreuzen. So erklärte Walter Ulbricht in seinem Referat auf dem III. Parteitag: „Wir wünschen, daß alles getan wird, um den Innenhandel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Wirtschaftsinteressen Westdeutschlands weiterzuentwickeln ... Wir werden alles tun, um die von den englischen und amerikanischen Besatzungsmächten errichtete Mauer niederzureißen. Um ein Auseinanderleben der einzelnen Teile Deutschlands zu verhindern und durch Ausgestaltung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen die Bedingungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erleichtern, sind wir bereit, mit jedem in Westdeutschland geschäftliche Beziehungen zu unterhalten, unter der einen Bedingung, daß die vertraglich übernommenen Verpflichtungen genau eingehalten werden."[51]

Als der erste Fünfjahrplan verkündet wurde, schrieb die westdeutsche Monopolpresse, es handele sich um einen von den „Interessen der Sowjetunion und ihren politischen Zielen" diktierten „Reparationsplan"; seine Ziele seien nicht ernst zu nehmen, denn sie hätten nur den Zweck „zu imponieren".[52] Das Leben selbst hat diese Verleumdungen widerlegt.

Nachdem die ökonomische und politische Herrschaft des Imperialismus beseitigt und die Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet worden war, schloß in der DDR die erste der historischen Etappen ab, die von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus zurückgelegt werden müssen. Nach der Gründung der DDR und dem erfolgreichen Abschluß des Zweijahrplanes erlangten die Elemente des Sozialismus, die bereits in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstanden waren, das Übergewicht und wurden bestimmend. Die Staatsmacht der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wurde zur Arbeiter-und-Bauern-Macht, zur Diktatur des Proletariats. Im volkseigenen Sektor der Wirtschaft wuchs die Produktion rasch an, und es entwickelten sich gesetzmäßig sozialistische Produktionsverhältnisse. Im politischen Leben bildete sich allmählich die sozialistische Demokratie heraus. Durch die Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Partei von neuem Typus und die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-

51 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 390/391.

52 Die Neue Zeitung (München), 8. August 1950.

Macht festigte sich die Hegemonie der Arbeiterklasse, während der politische Einfluß reaktionärer kapitalistischer Kräfte immer mehr eingeschränkt wurde. Die Maschinen-Ausleih-Stationen waren zu festen Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande geworden, die es ihr ermöglichten, das Bündnis mit den werktätigen Bauern weiter zu stärken und den Einfluß reaktionärer kapitalistischer Elemente im Dorfe zurückzudrängen. Die objektiven Bedingungen hatten zur Folge, daß in der DDR die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu wirken begannen. Der Partei war es möglich, auf die bewußte und planmäßige Entwicklung der Gesellschaft im Interesse und zum Wohle des Volkes zu orientieren.

Damit hatte sich auch der Inhalt des Kampfes der Arbeiterklasse grundlegend gewandelt. Zum Hauptinhalt der Arbeiterbewegung wurden der Aufbau und die Festigung der neuen, von Ausbeutung, Not, Krisen und Elend freien, wahrhaft menschlichen Gesellschaft des Sozialismus, der Kampf um die Entwicklung, Veränderung und schnelle Mehrung der Produktivkräfte im Interesse der gesamten Bevölkerung der DDR und die allseitige Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes. Im Sinne der Lehren Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins über die historische Mission der Arbeiterklasse als Schöpfer der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung konzentrierte die SED ihre Aufmerksamkeit darauf, die Produktivkräfte der Gesellschaft planmäßig, kontinuierlich und in schnellem Tempo zu entwickeln. Nur dadurch kann der endgültige Sieg über den Kapitalismus herbeigeführt werden. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist der entscheidende Hebel, um die materiell-technische Basis des Sozialismus zu errichten, sozialistische gesellschaftliche Beziehungen herzustellen und eine sozialistische Nationalkultur zu schaffen. In diesem Kampf lernt es die Arbeiterklasse, Staat, Wirtschaft und Kultur zu leiten und alle Schichten der Bevölkerung für die sozialistische Umgestaltung zu gewinnen. Durch die schöpferische, beharrliche und angestrengte tagtägliche Arbeit zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte leisten die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen der DDR ihren wichtigsten Beitrag zur Stärkung des sozialistischen Weltsystems, für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt in der ganzen Welt.

In der DDR war der Widerspruch zwischen der aggressiven Politik des Monopolkapitals und den Interessen des Volkes bereits durch die

antifaschistisch-demokratische Umwälzung gelöst und damit die Voraussetzung für den schrittweisen und friedlichen Übergang zur sozialistischen Revolution geschaffen worden. Die Festigung und Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus sowie die brüderliche Verbundenheit der DDR mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ermöglichten den Werktätigen der DDR den schrittweisen und friedlichen Übergang zur sozialistischen Revolution.

Die Besonderheit der Lage in der DDR bestand darin, daß sich die gesellschaftliche Umwälzung auf einem erheblichen Teil des Territoriums des Staates vollzog, von dem zwei Weltkriege ausgegangen waren, in dem die aggressivsten Kräfte geherrscht hatten. Das unterschied die DDR von den volksdemokratischen Staaten. In diesen Ländern war die antiimperialistische, antifaschistische, nationale Befreiungsbewegung tief im Volk verwurzelt, und es gab überall den Geist des Befreiungskampfes gegen den Faschismus. Dagegen mußten solche fortschrittlichen Ideen, die diese Völker zum Widerstand gegen die imperialistische Fremdherrschaft beflügelt hatten, bei Millionen Deutschen erst nach zum Zusammenbruch des faschistischen deutschen Imperialismus geweckt und gefördert werden. Hinzu kam, daß die SED ihre Politik des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau des Sozialismus in der DDR so ausarbeiten und durchführen mußte, daß diese mit ihrer politischen Grundkonzeption zur Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes in ganz Deutschland übereinstimmte. Die SED wollte nichts unversucht lassen, um eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung auf dem Wege innerdeutscher Verhandlungen und gesamtdeutscher freier Wahlen herbeizuführen. Gleichzeitig wollte sie alles vermeiden, was internationale Verhandlungen zur Regelung der Deutschlandfrage im Sinne des Potsdamer Abkommens, die von der Sowjetunion angestrebt wurden, erschwert hätte.

Auch die schnelle Entwicklung in den volksdemokratischen Staaten konnte die SED nicht veranlassen, den Übergang zur sozialistischen Revolution zu beschleunigen. Sie mußte von der realen Lage in der DDR ausgehen, die durch die Folgen der jahrzehntelangen Herrschaft der reaktionären Kräfte des Imperialismus und durch die Spaltung Deutschlands gekennzeichnet war. Aus allen diesen Gründen stellte

der III. Parteitag der SED noch nicht die Aufgabe, zum planmäßigen und systematischen Aufbau des Sozialismus überzugehen.

Angesichts des Bestehens zweier deutscher Staaten und der offenen Grenze zum imperialistischen System kam es darauf an, beim Übergang zur sozialistischen Revolution jeden Schritt im Hinblick auf die möglichen Gegenaktionen der Imperialisten zu überprüfen. Diesen durfte keine Gelegenheit gegeben werden, in die DDR einzudringen, zwischen die Arbeiterklasse und die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten einen Keil zu treiben und sich in diesen Schichten eine Massenbasis zu schaffen. Die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten waren in ihrer Mehrheit noch nicht davon überzeugt, daß es ihnen im Sozialismus besser gehen würde. Illusionen über den Charakter des Adenauer-Regimes und über die Fähigkeit der Monopolbourgeoisie, die Nation zu führen, waren besonders in diesen Schichten noch weit verbreitet. Der politische und ideologische Druck, den das deutsche und internationale Monopolkapital gegen die DDR ausübten, und die Überwindung der noch vorhandenen starken Überreste bürgerlicher Ideologie – des Antikommunismus, des Chauvinismus und der reformistischen Ideologie – erforderten eine lange und beharrliche Überzeugungsarbeit. Durch ihre eigenen Erfahrungen mußten sich die Arbeiterklasse und besonders ihre Verbündeten davon überzeugen, daß der Sozialismus ihren Lebensinteressen entspricht. Sie mußten erkennen, daß die Bourgeoisie jeden Anspruch auf die Führung der Nation verwirkt hatte und nicht willens war, die Spaltung Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege zu überwinden.

Auf dem III. Parteitag der SED wurden vor allem die Grundsätze der ökonomischen Politik für die neue Periode des Kampfes ausgearbeitet. Der ökonomische Aufbau war von Anfang an die Hauptfront des Kampfes gegen die imperialistischen Kräfte. Zugleich stellte der ökonomische Wettbewerb mit dem imperialistischen System die Werktätigen der DDR vor eine außerordentlich schwere Aufgabe. Zum ersten Male in der Geschichte galt es, die Überlegenheit der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem hochentwickelten, ehemals imperialistischen Land, in dem es die stärkste Konzentration der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals gegeben hatte, nachzuweisen. Die schwierigen Probleme des Übergangs zum Sozialismus mußten zudem unter den komplizierten Bedingungen der Spaltung Deutschlands, der Existenz zweier Staaten mit entgegengesetzter ge-

sellschaftlicher Ordnung und bei offener Grenze zum imperialistischen System in Angriff genommen werden. Daraus erwuchsen zusätzliche Schwierigkeiten, und es gab noch keine Erfahrungen, wie sie zu überwinden waren.

Am meisten wurde die Lage dadurch erschwert, daß die wirtschaftliche Ausgangsposition der DDR in vielerlei Hinsicht ungünstiger war als die Westdeutschlands. Die Arbeiterklasse mußte den ökonomischen Wettbewerb unter Bedingungen aufnehmen, die sie gegenüber der imperialistischen Bourgeoisie erheblich benachteiligten. Auf dem Gebiet der DDR waren die Kriegszerstörungen der Städte, der Industrie- und Verkehrsanlagen sowie der Landwirtschaft ungleich umfangreicher und folgenschwerer als in Westdeutschland. Die Werktätigen der Republik erfüllten in den Nachkriegsjahren allein die Verpflichtungen für ganz Deutschland, vor allem durch die Lieferung von Industrieausrüstungen, einen Teil der Schäden wiedergutzumachen, die der faschistische deutsche Imperialismus in der Sowjetunion und in Polen angerichtet hatte. Die Westmächte und die für den Krieg und seine Folgen verantwortlichen deutschen Monopol- und Bankherren sabotierten die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen aus den Westzonen. Die von den Werktätigen der DDR wieder in Gang gebrachten Betriebe waren mit einer veralteten Technik ausgestattet. Die meisten Maschinen waren durch die faschistische Aufrüstung und den Krieg stark abgenutzt; ihre Leistungsfähigkeit war gering. Die Arbeitsproduktivität war in den Gebieten zwischen Elbe und Oder aus geschichtlichen Gründen im Durchschnitt niedriger als in Westdeutschland. Dazu kam, daß Westdeutschland dreimal soviel Einwohner hatte wie die DDR.

Die Spaltung Deutschlands durch die Imperialisten war für die DDR mit weit größeren wirtschaftlichen Nachteilen verbunden als für die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland. Ein amerikanischer Ökonom stellte fest: „In wirtschaftlicher Hinsicht hat Westdeutschland ... überraschend wenig unter der Teilung des einstmaligen Reiches gelitten ... Die Spaltung konnte – vom Standpunkt des Westens her – kaum besser vor sich gehen."[53] Für die DDR jedoch kamen zu den Disproportionen, die aus der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, aus der faschistischen Kriegswirtschaft und den Folgen des Krieges herrührten, eine Vielzahl neuer, äußerst nach-

53 Henry C. Wallich: Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt (Main) 1955, S. 3 u. 5.

teiliger Disproportionen hinzu. Die gegenüber Westdeutschland schwächer entwickelte Wirtschaft der DDR wurde von den wichtigen Rohstoffquellen und der an Rhein und Ruhr konzentrierten Grundstoffindustrie getrennt. Die ostdeutsche Industrie wurde früher zum überwiegenden Teil mit Steinkohle und Koks, Stahl und Walzgut, Ausrüstungen der verschiedensten Art sowie mit vielen Roh- und Hilfsstoffen aus Westdeutschland versorgt. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 Prozent und bei Stahl etwa 7 Prozent auf das Gebiet der DDR. Der Anteil bei der Steinkohlenförderung betrug nur 2 Prozent, bei den Erzeugnissen der Metallurgie und der Gießereiindustrie 16 Prozent, während der Anteil des auf diese Zweige angewiesenen Maschinenbaus vor dem Kriege fast 32 Prozent ausmachte. Die DDR besaß 1949 nur ein Hüttenwerk mit vier veralteten Hochöfen – die Maxhütte Unterwellenborn –, demgegenüber verfügte Westdeutschland über 121 meist moderne Hochöfen. Während einige Zweige des Fahrzeugbaus auf dem Gebiet der DDR relativ entwickelt waren, befanden sich die meisten Zulieferbetriebe in Westdeutschland.

Die schwerwiegendsten Disproportionen bestanden zwischen der Grundstoffindustrie und der metallverarbeitenden Industrie. Gemessen an der gesamten industriellen Struktur nahm die Grundstoffindustrie, besonders die chemische Industrie, einen relativ bedeutenden Platz ein. Der Teil der Grundstoffindustrie jedoch, der die Basis für die metallverarbeitende Industrie als wichtigsten Zweig zur Herstellung von Produktionsinstrumenten darstellt, die Metallurgie, war für die vorhandenen und wieder in Gang gesetzten Betriebe der metallverarbeitenden Industrie viel zu klein. Deshalb war die Rohstoffversorgung für diesen wichtigen Industriezweig besonders schwierig. Vor dem Krieg wurden die wichtigsten Rohstoffe und Halbfabrikate von westlichen Märkten bezogen. So wurden 1936 ausschließlich aus heute noch kapitalistischen Ländern eingeführt: Eisen-, Kupfer-, Zink-, Chrom- und Nickelerze, Roheisen, Aluminium, Nickel, Blei, Zinn, Schwefelkies und Eisenhalbzeug. Durch die Embargomaßnahmen der amerikanischen und deutschen Imperialisten wurde jedoch die DDR von den früheren traditionellen Außenmärkten und damit von ehemaligen Rohstofflieferanten und Exportländern abgeschnitten. Aus allen diesen Gründen wurde der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß in der DDR erheblich gestört, und die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft war äußerst schwierig. Vor allem war es

sehr langwierig und schwer, die notwendigen Mittel für die Akkumulation zu gewinnen.

Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten konnten der DDR in den ersten Jahren ihrer Existenz nur in begrenztem Maße ökonomische Hilfe gewähren. Der faschistische Raubkrieg hatte ihnen gewaltige Zerstörungen und Schäden zugefügt. Der Kapitalismus hatte den meisten volksdemokratischen Staaten wirtschaftliche und technische Rückständigkeit hinterlassen. Das Territorium der USA war dagegen vom Kriege verschont geblieben. Die amerikanischen Imperialisten hatten keine nennenswerten Kriegsverluste erlitten, sondern hatten im Gegenteil riesige Gewinne erzielen und ihr schon starkes ökonomisches Potential noch bedeutend vermehren können. Sie waren deshalb in der Lage, durch direkte Kapitalinvestitionen und umfangreiche Anleihen den westdeutschen Monopol- und Bankherren eine wirksame „Starthilfe" zu geben. Die Monopole der USA ließen es sich im Kampf gegen den Sozialismus und die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes etwas kosten, um das „Wirtschaftswunder" hochzuzüchten und Westdeutschland in das imperialistische Paktsystem einzubeziehen. Aus all diesen Gründen und durch die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse war es dem westdeutschen Monopolkapital möglich, auf verschiedenen Gebieten, besonders bei der technischen Neuausrüstung der Produktionsanlagen, der Modernisierung der Monopolbetriebe und der Steigerung der Arbeitsproduktivität, einen beträchtlichen Vorsprung zu gewinnen.

Der ökonomische Wettbewerb mußte von der DDR unter Bedingungen begonnen werden, die es nicht ermöglichten, in kurzer Frist eine höhere Produktivität als das kapitalistische Westdeutschland zu erzielen. Die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, die Existenzgrundlagen der Nation zu sichern und das materielle und kulturelle Lebensniveau aller Werktätigen systematisch zu erhöhen, ließ jedoch keinen anderen Weg zu.

Die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland und der Übergang zu einer neuen Periode der gesellschaftlichen Umwälzung in der DDR stellten an die SED, an ihre Organisationen, Leitungen und Mitglieder neue und höhere Anforderungen. Deshalb widmete der III. Parteitag der SED den Fragen der weiteren Entwicklung der Partei große Aufmerksamkeit. Er beschloß das neue Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das dem Charakter einer Partei von neuem Typus entsprach und den veränderten Bedingungen Rech-

nung trug, die sich aus dem neuen Inhalt der Arbeiterbewegung ergaben.

Im Unterschied zu dem vom Vereinigungsparteitag angenommenen Statut wurde dem neuen Parteistatut eine Einleitung vorangestellt, in der das Wesen der Partei und das Ziel ihres Kampfes exakt bestimmt wurden. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", hieß es im Statut, „ist die Partei der deutschen Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation. Sie vereinigt den fortschrittlichsten Teil der Werktätigen in ihren Reihen ... Das Ziel der Partei ist der Sozialismus, der die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat ...

Die Stärke der Partei liegt in ihrer Geschlossenheit, in der Einheit des Willens und der Einheit des Handelns ...

Die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands müssen bereit sein, unermüdlich für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und ihrer Organe zu kämpfen, für die Partei und Arbeiterklasse Opfer zu bringen, die Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus und besonders zur engen Freundschaft mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu erziehen."[54]

Neu war ferner, daß nicht nur die allgemeinen Bedingungen der Parteimitgliedschaft festgelegt, sondern, dem neuen Inhalt der Arbeiterbewegung entsprechend, die Pflichten und Rechte des Parteimitgliedes umfassender formuliert wurden. Als wichtigste Pflichten jedes Mitglieds der Partei hob das Statut hervor: ständig sein politisches Wissen durch das Studium des Marxismus-Leninismus zu erweitern, seine Allgemeinbildung und seine Fachkenntnisse im Interesse des Volkes zu vervollkommnen, die Parteidisziplin strengstens einzuhalten, aktiv am Parteileben teilzunehmen, die Beschlüsse der Partei in die Praxis umzusetzen, mit den parteilosen Werktätigen enge Verbindung zu halten, in der politischen und beruflichen Tätigkeit und im persönlichen Leben Vorbild zu sein, das Volkseigentum zu schützen und wachsam gegen die Feinde der Partei und des Volkes zu sein. Das neue Parteistatut festigte die Kollektivität der Leitung und erweiterte das Grundprinzip des Parteiaufbaus und des innerparteilichen Lebens, den demokratischen Zentralismus. Es wurde zu einem wichtigen Mittel der Parteierziehung und trug vor allem dazu bei, die Parteimitglieder für die Lösung der höheren wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben zu rüsten.

[54] Dokumente der SED, Bd. III, S. 162.

Der III. Parteitag stellte fest, daß die SED in ihrer Entwicklung zur Partei neuen Typus seit der 1. Parteikonferenz beachtliche Fortschritte erzielt hatte. Die Partei hatte sich politisch und organisatorisch gefestigt. Die Betriebsgruppe war zur entscheidenden Grundeinheit der Partei geworden. Zur Zeit des III. Parteitages gehörten 43,6 Prozent der Parteimitglieder und 70 Prozent der Kandidaten Betriebsgruppen an. 1947 waren es 28 Prozent der Parteimitglieder gewesen. Durch die Bildung kollektiver operativer Leitungen, denen viele junge Kräfte angehörten, wurden die Parteiorganisationen aktionsfähiger.

Trotz der erzielten Erfolge hielt die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus nicht mit den erhöhten Anforderungen Schritt. Der Parteitag bezeichnete es deshalb als die wichtigste innerparteiliche Aufgabe, die SED in kürzester Frist zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei zu entwickeln. Er forderte, alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, besonders den Objektivismus und opportunistische Auffassungen, entschieden zu bekämpfen und gleichzeitig den Kampf gegen das Sektierertum zu führen. Die gesamte Partei wurde aufgerufen, die Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person anzuwenden und jeden Versuch, die Kritik in der Partei zu unterbinden, schonungslos zu bekämpfen. Das neugewählte Zentralkomitee erhielt den Auftrag, zu gegebener Zeit einen Umtausch der Parteimitgliedsbücher als Mittel zur Erziehung der Mitglieder und zur Verbesserung der Zusammensetzung der Partei durchzuführen.

So bereitete sich die SED durch die ideologische und politisch-organisatorische Festigung ihrer Reihen auf ihre neuen Aufgaben vor. Der Kampf um die Lösung der ökonomischen Aufgaben und die Erziehung der Menschen zu einer neuen Arbeitsdisziplin und zu neuen Formen der gesellschaftlichen Beziehungen rückten in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.

Die Beschlüsse des III. Parteitages der SED zeugten von der Reife der Partei und der Weitsicht ihres Zentralkomitees. Sie beruhten auf den allgemeingültigen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus und deren schöpferischer Anwendung auf die historischen und nationalen Bedingungen in Deutschland. Die SED wies der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen den Weg und entwickelte vor ihnen eine kühne, begeisternde Perspektive.

6. Der 3. Kongreß des FDGB. Die „Ohne-uns"-Bewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung

Die großen Aufgaben, die der Fünfjahrplan der Arbeiterklasse stellte, erhöhten auch die Verantwortung der Gewerkschaften. Mitte 1950 waren im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund 4,7 Millionen, das heißt 90 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, organisiert. Unter Führung der SED hatte der FDGB seit seiner Gründung konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und entscheidend zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung beigetragen. Seine erfolgreiche Tätigkeit fand internationale Anerkennung. Davon zeugte das bedeutsame Abkommen über gemeinsame Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens, das am 15. Juni 1950 zwischen dem FDGB und dem größten französischen Gewerkschaftsbund, der Confédération Générale du Travail (CGT), unterzeichnet wurde.

Neben erfahrenen Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern, die schon im Kampf gegen den imperialistischen Staat und die Monopole ihren Mann gestanden hatten, waren im FDGB zahlreiche junge Kräfte herangewachsen, die sich vor allem bei der Organisierung und Förderung der Aktivistenbewegung bewährt hatten. Durch die aktive Teilnahme am demokratischen Neuaufbau und die Erziehungsarbeit der SED hatten viele Gewerkschaftsmitglieder ein neues Verhältnis zum Staat und zur marxistisch-leninistischen Partei gefunden. Die DDR war in ihren Augen ihr Staat, den es zu stärken galt, und die SED „die Mutter aller Siege der Arbeiterschaft, auch der Erfolge der Gewerkschaftsarbeit"[55], wie Herbert Warnke auf dem III. Parteitag der SED erklärte.

Bei einem nicht geringen Teil von Mitgliedern und Funktionären des FDGB wirkten jedoch nach wie vor opportunistische Auffassungen, zum Beispiel daß „die Politik" nichts in der Gewerkschaft zu suchen hätte, daß die Gewerkschaften gegenüber der marxistisch-leninistischen Partei „neutral" sein müßten und sich nur um die sozialen Tagesinteressen der Werktätigen zu kümmern brauchten. Es gab Gewerkschaftsmitglieder, die den Hetzreden reaktionärer westdeutscher Politiker und rechter Führer des DGB Glauben schenkten, der FDGB werde zu einer „einflußlosen Staatsgewerkschaft" degradiert und den „Befehlen der SED unterworfen". Einige ehemalige opportunistische

[55] Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 145.

Funktionäre und frühere Konzernangestellte, die nichts aus der Vergangenheit gelernt hatten, traten als Sprecher des Gegners auf und lehnten die führende Rolle der SED ab.

Auf dem III. Parteitag der SED stellte deshalb Herbert Warnke fest: „Es ist selbstverständlich, daß die Genossen, die in den Gewerkschaften tätig sind, in der Partei die Führung der gesamten Arbeiterklasse und unseres ganzen Volkes auf dem Wege in eine bessere Zukunft sehen. Aber das genügt nicht mehr. Es kommt darauf an, daß die Genossen in den Gewerkschaften verstehen werden, alle Mitglieder der Gewerkschaften und die ganze Arbeiterschaft von der großen überragenden und führenden Rolle der Partei zu überzeugen."[56]

Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war der 3. Kongreß des FDGB[57], der vom 30. August bis 3. September 1950 in Berlin stattfand. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bekannte sich ein Gewerkschaftskongreß zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse gegenüber den Gewerkschaften. Der Kongreß betonte die feste, unzerstörbare Freundschaft der Gewerkschaften in der DDR zu den Werktätigen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder und ihre Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Diese Erklärung des höchsten Organs des FDGB war ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ein neuer Sieg des Marxismus-Leninismus.

Der Kongreß konnte feststellen, daß der FDGB in der DDR unter Führung der revolutionären Arbeiterpartei alle grundlegenden Beschlüsse erfüllt hatte, die von Gewerkschaftsvertretern aus allen Teilen Deutschlands auf den Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften gefaßt worden waren. Die wichtigste Voraussetzung für diese Erfolge war die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung gewesen. Im Sinne von Karl Marx, der gelehrt hatte, daß die Gewerkschaften ihre „organisierten Kräfte ... als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems"[58], gebrauchen müssen, betonte der 3. FDGB-Kongreß, daß nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften darin bestehen, die Staatsmacht zu stärken, das politische Bewußtsein der Arbeiter und ihre fachliche

56 Ebenda.

57 Dokument Nr. 20.

58 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 152.

Qualifizierung zu fördern, die Wettbewerbsbewegung zu entwickeln und beharrlich die Tagesinteressen der Werktätigen zu vertreten. Der Kongreß orientierte die Gewerkschaftsmitglieder besonders auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Er forderte dazu auf, die Erfahrungen der besten Arbeiter, der Aktivisten, allen Werktätigen zu übermitteln. In seinem Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften im Fünfjahrplan erläuterte Walter Ulbricht, daß die Haupttriebkraft für die Entwicklung der Volkswirtschaft die Entfaltung der Masseninitiative in der Form des Wettbewerbs zur Erzielung der höchsten Arbeitsproduktivität, der höchsten Qualität und der Senkung der Selbstkosten ist.

Der Kongreß beschloß die neue Satzung des FDGB und wählte den Bundesvorstand, der zu seinem Vorsitzenden erneut Herbert Warnke berief.

Während die Werktätigen der DDR ihre Friedenswirtschaft stärkten und sich auf den ersten Fünfjahrplan vorbereiteten, benutzten die reaktionären Kräfte in Westdeutschland die durch den amerikanischen Überfall auf Korea hervorgerufene Verschärfung der Situation, um ihre Remilitarisierungspläne beschleunigt in die Tat umzusetzen.

Am 17. und nochmals am 29. August 1950 bot Konrad Adenauer den Westmächten deutsche Soldaten für den Koreakrieg an. Außerdem übermittelte er am 29. August dem amerikanischen Hohen Kommissar ein geheimes Memorandum, in dem er seine Bereitschaft erklärte, einer „internationalen" Armee ein deutsches Kontingent einzugliedern. Dieser Schritt, von dem weder das Parlament noch das Kabinett etwas wußten, veranlaßte den damals der CDU angehörenden Innenminister Gustav Heinemann, aus Protest sein Amt niederzulegen.[59] Die herrschenden Kreise in Frankreich, in Großbritannien und in den USA hielten nach Adenauers Angebot den Zeitpunkt für gekommen, auf der New-Yorker Separatkonferenz ihrer Außenminister[60] und auf der Tagung des Rates der North Atlantic Treaty Organization (NATO) im September 1950[61] erstmals offen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu behandeln. Der NATO-Rat faßte den Beschluß, daß die Bundesrepublik „in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen"[62].

59 Dokument Nr. 23.
60 Dokument Nr. 21.
61 Dokument Nr. 22.
62 Europa-Archiv (Frankfurt [Main], Wien, Basel), 1950, Nr. 21, S. 3476.

Damit war die Remilitarisierung Westdeutschlands grundsätzlich beschlossen. Einen Monat später wurde unter Leitung von Theodor Blank (CDU) eine Dienststelle gebildet – das sogenannte Amt Blank –, die die Aufstellung einer westdeutschen Armee in Stärke von 250 000 Mann vorbereiten sollte. Zur gleichen Zeit entstanden zahlreiche militaristische und revanchistische Vereinigungen. Sie sammelten die Kader für die neue Aggressionsarmee. Im September 1950 trat die sogenannte Bruderschaft, eine geheime Verbindung der führenden Militaristen, in deren Leitung unter anderen die ehemaligen Hitlergenerale Heinz Guderian, Franz Halder, Hasso von Manteuffel, Hans Speidel und die ehemaligen SS-Generale Paul Hausser und Felix Steiner vertreten waren, zum ersten Male mit einem Programm zur Wiederaufrüstung an die Öffentlichkeit. Darin wurde gefordert, die noch inhaftierten Kriegsverbrecher zu entlassen und die „europäische Schande von Nürnberg" auszulöschen. Dann seien die deutschen Militaristen auch bereit, gemeinsam mit den Amerikanern gegen den Bolschewismus zu ziehen.

Die Verschärfung der Situation durch die amerikanische Aggression in Korea kam den deutschen Imperialisten auch in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gelegen. Im Petersberger Abkommen war zwar ein Demontagestopp festgelegt und im Mai 1950 von den Hohen Kommissaren die Verbindung von Kohle und Stahl in einer Monopolvereinigung wieder zugelassen worden; die ökonomische Situation des deutschen Monopolkapitals war jedoch in den ersten Monaten nach der Bildung der Bundesrepublik noch labil. Die Einfuhren überstiegen den Export bei weitem. Trotz eingeschränkter Produktion litt die westdeutsche Stahlindustrie an großen Absatzschwierigkeiten. Die Arbeitslosigkeit erreichte im März 1950 mit 1,8 Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt.

Den Überfall der USA auf die Koreanische Volksdemokratische Republik und die durch die verstärkte Aufrüstung in den NATO-Staaten entstandene Situation auf dem kapitalistischen Weltmarkt nutzten die westdeutschen Monopole sofort zu einer umfassenden Exportoffensive aus. Von Januar bis Juli 1950 stieg der Export der Stahlwerke im Ruhrgebiet fast auf das Fünffache. Gegenüber 1949 erhöhte sich 1950 der gesamte Export auf das Doppelte, 1951 auf das Dreieinhalbfache. Besonders der Export in die westeuropäischen Staaten nahm beträchtlich zu. Von März bis September 1950 stieg die gesamte Industrieproduktion der Bundesrepublik um 25 Prozent. Die Börsen-

kurse schwerindustrieller Werte kletterten steil in die Höhe. Die New Yorker Außenministerkonferenz der drei Westmächte im September 1950[63] beschloß, die Kontrolle der westdeutschen Wirtschaft zu vermindern und die Stahlquote zu erhöhen. Außerdem erklärten sich die Westmächte bereit, das Besatzungsstatut abzuändern, und erteilten Bonn die Genehmigung zur Errichtung eines Außenministeriums.

Begünstigt durch den Koreakrieg, gelang es dem deutschen Monopolkapital, mehrere verlorengegangene Märkte wiederzuerobern und die Aufhebung einiger ihm auferlegter wirtschaftlicher und politischer Beschränkungen zu erreichen. Damit wurde deutlich, daß die amerikanischen Imperialisten dazu übergegangen waren, Westdeutschland zur Hauptkriegsbasis der NATO in Europa auszubauen und das deutsche Finanzkapital zu ihrem europäischen Hauptverbündeten zu machen.

Die ausschlaggebenden Gesichtspunkte für die „Wahl" Westdeutschlands zum Hauptverbündeten des USA-Imperialismus in Europa waren folgende: die Erfahrungen des aggressiven deutschen Militarismus bei der Versklavung und Ausplünderung fremder Völker und bei der Knebelung des eigenen Volkes; die strategisch günstige Lage Westdeutschlands im Herzen Europas und an der Naht zum sozialistischen Weltsystem; seine militärisch bedeutsame große Bevölkerungszahl sowie die natürlichen großen Reichtümer und die hochentwickelte Industrie des Landes.[64] Westdeutschland, schrieb der amerikanische Außenminister John Foster Dulles 1950, „kann . . . ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert."[65]

Die amerikanischen Imperialisten rechneten auch damit, daß die westdeutsche Bevölkerung infolge der jahrzehntelangen antikommunistischen Verhetzung und des starken Einflusses der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung für einen antikommunistischen „Kreuzzug" leichter zu gewinnen sein werde als die Bevölkerung Frankreichs, Italiens und anderer Länder, in denen es starke kommunistische Parteien und demokratische Bewegungen gab. Die in Westdeutschland stationierten großen ausländischen Truppenkontingente

63 Dokument Nr. 21.

64 Dokument Nr. 40.

65 John Foster Dulles: Krieg oder Frieden, Wien 1950, S. 163.

ermöglichten außerdem eine Kontrolle des „Verbündeten" und boten zugleich eine ausreichende Gewähr für die strikte Erfüllung der amerikanischen Pläne.

Die Aufrechterhaltung der reaktionären imperialistischen Verhältnisse in Deutschland lag seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Interesse nicht nur des deutschen Imperialismus, sondern des Weltimperialismus, besonders der reaktionären Kräfte in den USA. Die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft in Deutschland hätte zur Niederlage des Imperialismus mindestens in Europa geführt. Die Sicherung der imperialistischen Herrschaft in Deutschland bedeutete daher den Fortbestand der imperialistischen Herrschaft über große Teile Europas. Das ermöglichte dem Weltimperialismus, die großen Potenzen Deutschlands zum Kampf gegen die Sowjetunion, die sozialistische Weltbewegung und die nationale Befreiungsbewegung der Völker einzusetzen. Trotz tiefer Interessengegensätze wurde daher das deutsche Monopolkapital in seinem Bemühen, die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte niederzuhalten, an allen entscheidenden Wendepunkten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert von den imperialistischen Westmächten unterstützt.

Nach dem zweiten Weltkrieg konnte der deutsche Imperialismus mit Hilfe der imperialistischen Westmächte seine Herrschaft nur in einem Teil Deutschlands und unter Preisgabe wesentlicher Souveränitätsrechte retten. Als Hauptverbündeter der USA in Europa hoffte er, die ihm entrissenen Positionen wiederzuerobern. Diese Pläne waren aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sich nach dem zweiten Weltkrieg das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland entscheidend zugunsten der Kräfte des Sozialismus und des Friedens verändert hatte.

Mit der Remilitarisierung verfolgten die deutschen Imperialisten auch ein reaktionäres innenpolitisches Ziel. Bisher waren Justiz und Polizei ihre einzigen Unterdrückungsorgane. Die Polizei war noch dazu den Ländern unterstellt. Nach der Bildung der Bundesrepublik waren die deutschen Imperialisten bestrebt, den zentralen Staatsapparat zu festigen und auszubauen. Zu diesem Zweck wollten sie die Polizei zu einem schlagkräftigen Unterdrückungsorgan entwickeln und gleichzeitig eine neue Armee aufstellen. Beide Absichten waren eng miteinander verknüpft, da die Polizei als volksfeindliche Bürgerkriegstruppe und zugleich als eine Kaderreserve für die künftige imperialistische Aggressionsarmee dienen sollte.

Die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz und des NATO-Rats über die Remilitarisierung der Bundesrepublik lösten in der Weltöffentlichkeit und auch in Westdeutschland große Empörung aus. In Westdeutschland bildete sich elementar die „Ohne-uns"-Bewegung, der sich Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung anschlossen. In Hunderten von Kundgebungen, in einer großen Zahl von Einzelabstimmungen, in Protestschreiben an die Presse und an den Bundespräsidenten und in Entschließungen von Betriebsbelegschaften verlangten Hunderttausende unter Berufung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik das Verbot der Remilitarisierung und die Einhaltung der völkerrechtlichen Abmachungen über die Entmilitarisierung Deutschlands. Auf der ersten Jugendtagung der IG Bergbau des DGB am 24. September 1950 in Bochum riefen 25 000 Jungarbeiter dem westdeutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss im Sprechchor zu: „Wir wollen keine Soldaten sein – Theodor, geh Du allein!" Pfarrer Martin Niemöller forderte in einem Schreiben an Konrad Adenauer die Durchführung einer Volksbefragung, da weder der Kanzler noch das Bonner Parlament befugt seien, die Remilitarisierung zu beschließen. Unter dem Eindruck der breiten Protestbewegung gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung verlangte der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, eine Neuwahl des Bundestages.

Der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, erklärte am 14. Oktober 1950 in einem Interview, daß angesichts der ernsten Situation die Herstellung der Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Schaffung der Aktionseinheit zur Verhinderung der Remilitarisierung das dringendste Gebot der Stunde ist. Er unterstützte die Forderung Martin Niemöllers nach einer Volksbefragung und rief dazu auf, vor allem in den Betrieben Aktionskomitees gegen die Remilitarisierung zu bilden. Die Kommunisten unternahmen große Anstrengungen, die „Ohne-uns"-Bewegung in organisierte Bahnen zu lenken und besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den aktiven Kampf gegen die Wiederaufrüstung zu gewinnen. Der aufopferungsvolle Kampf der Kommunisten trug wesentlich dazu bei, daß die Bewegung gegen die Remilitarisierung in den letzten Monaten des Jahres 1950 mehr und mehr an Umfang gewann. Im Vierteljahresbericht an seine Regierung Ende 1950 mußte der amerikanische Hohe Kommissar, John McCloy, eingestehen: „Es bestand die aufrichtige und ziemlich verbreitete Überzeugung, im Lichte der jüngsten Erfahrungen könne die Wiederaufrüstung für Deutschland nicht als ein Weg

zu Frieden und Sicherheit bewertet werden, darum stoße die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Militärbündnis auf eine ausgedehnte und nachdrückliche Opposition der Deutschen."[66]

Die nachhaltige Protestbewegung gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung zwang die Imperialisten zum Manövrieren. Während sie in der Öffentlichkeit das Vorhandensein von Remilitarisierungsplänen überhaupt leugneten, wie das Konrad Adenauer in einer Rundfunkansprache am 11. Oktober 1950 tat, suchten sie gleichzeitig fieberhaft nach den geeigneten Formen und Methoden, um die Bundesrepublik gegen den Willen von Millionen Menschen in das imperialistische Kriegspaktsystem einzugliedern.

7. Die Volkswahlen im Oktober 1950

Wenige Wochen nach dem III. Parteitag der SED, am 25. und 26. August 1950, tagte in Berlin der I. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Der Kongreß wurde von dem parteilosen Wissenschaftler Erich Correns, den der Nationalrat auf seiner 5. Tagung zum Vorsitzenden seines Präsidiums gewählt hatte, eröffnet. Am I. Nationalkongreß nahmen 2500 Delegierte teil, darunter über 1000 Männer und Frauen aus Westdeutschland, die trotz Verbot und Verfolgungen durch die westdeutsche Polizei in die Hauptstadt der DDR gekommen waren. Einmütig beschloß der Kongreß das Wahlprogramm für die Volkswahlen am 15. Oktober 1950, in dem die Wähler aufgefordert wurden, für den Frieden, die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und für den Fünfjahrplan zu stimmen. Der Kongreß wählte den neuen Nationalrat. Zum Vorsitzenden des Präsidiums wurde erneut Erich Correns berufen.

Die Veröffentlichung einer gemeinsamen Plattform und die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland waren auf Antrag des FDGB vom Zentralen Ausschuß des demokratischen Blocks am 16. Mai einmütig beschlossen worden. Am 6. Juli einigten sich die im Demokratischen Block vertretenen Parteien und Massenorganisationen über den Wahlmodus.

66 Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland, München 1950, H. 5, S. 26.

Es wurde festgelegt, daß sich die Parteien und Massenorganisationen über die aufzustellenden Kandidaten verständigen. Nach Prüfung und Bestätigung durch die Blockausschüsse sollten die Kandidatenlisten der Nationalen Front übergeben werden. Auch für die Zukunft sollte der Grundsatz gelten, daß bei Ausscheiden eines Kandidaten oder Abgeordneten das Mandat bei der jeweiligen Partei oder Massenorganisation verbleibt. Auf der gleichen Sitzung wurde die Freie Deutsche Jugend in den Demokratischen Block aufgenommen.

Die Aufstellung einer gemeinsamen Liste für die Volkswahlen wurde von allen Parteien und Organisationen in der DDR und von vielen Persönlichkeiten begrüßt. Auf dem Nationalkongreß beantwortete Otto Nuschke, der Vorsitzende der CDU, die Frage: Warum Einheitslisten für die Volkswahlen? „Wenn wir sie nicht hätten, dann würde vom Westen her versucht werden, die Spaltung des Westens in den Raum der Deutschen Demokratischen Republik hineinzutragen... Wir vergessen in keiner Minute die Anschläge, die gegen uns geplant sind. Wir vergessen die drohende Weltsituation nicht. Wir können uns den Luxus nicht leisten, getrennt zu den Wahlen zu marschieren. Wir wissen aber, daß gerade in dieser Einigkeit aller Richtungen jetzt ein großes wirtschaftliches und politisches und letzten Endes moralisches Plus liegt... So wird diese Volkswahl eine gesamtdeutsche Angelegenheit sein, eine Manifestation für den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes."[67]

Die Volkswahlen im Oktober 1950 waren die ersten Wahlen nach der Gründung der DDR. Unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht haben die Wahlen einen grundlegend anderen Charakter als im kapitalistischen Deutschland. Sie sind Akte der Ausübung der Volkssouveränität durch die Massen und dienen der Vervollkommnung der Leitung des Staates im Interesse des demokratischen und des sozialistischen Aufbaus. Im Zusammenhang mit den Wahlen werden breitere Schichten der Bevölkerung zur staatlichen Mitarbeit gewonnen, werden die Werktätigen stärker in die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung einbezogen.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl lag in den Händen der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, deren Mitglieder und ehrenamtliche Helfer eine bis dahin beispiellose individuelle Aufklärungsarbeit leisteten. In der Wahlbewegung festigte

[67] Zit. nach Wilhelm Koenen: Das ganze Deutschland soll es sein. Zur Geschichte der patriotischen Volksbewegung in Deutschland, Berlin 1958, S. 154.

sich die Nationale Front politisch und organisatorisch. Zahlreiche neue Mitarbeiter, besonders Arbeiter, konnten für die Ausschüsse gewonnen werden. Allein in Groß-Berlin wurden Tausende neuer Wohnbezirks- und Häuserausschüsse gebildet. In zahlreichen Aussprachen und Versammlungen erläuterten die Agitatoren der Nationalen Front das vom III. Parteitag der SED entwickelte Programm des Friedens, der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands und des wirtschaftlichen Aufbaus, dem alle Parteien und Organisationen zugestimmt hatten. In Einwohnerversammlungen stellten sich die Kandidaten, gleichgültig ob Arbeiter, Wissenschaftler oder Minister, ihren Wählern vor und legten Rechenschaft über ihre bisherige Tätigkeit ab.

Allein in Sachsen stellten sich 23 284 Kandidaten in 28 863 Versammlungen vor, die von fast 2,5 Millionen Bürgern besucht wurden. Wie genau die Werktätigen ihre Auswahl trafen, geht daraus hervor, daß 429 Kandidaten von der Bevölkerung abgelehnt wurden. Sie wurden in jedem Fall, gemäß der Vereinbarung des Zentralen Blockausschusses, durch Mitglieder der gleichen Partei oder Massenorganisation ersetzt. In der Wahlvorbereitung erhielten die Kandidaten erstmalig Wähleraufträge. Nachdem der Kandidat sich vorgestellt und die Zustimmung der Öffentlichkeit erhalten hatte, erteilten ihm seine Wähler Aufträge für seine zukünftige Tätigkeit als Abgeordneter. Das war eine neue Form des demokratischen Lebens.

Die Wahlvorbereitung deckte auch Schwächen in der Arbeit der Verwaltungsorgane und staatlichen Dienststellen auf. Mancher Bürgermeister oder Landrat war den erhöhten Anforderungen nicht mehr gewachsen, manche Angestellte waren zu Bürokraten geworden und mißachteten die Beschwerden der Bevölkerung. Die Blockparteien einigten sich, solche Staatsfunktionäre mit anderen Aufgaben zu betrauen und sie durch befähigtere Menschen zu ersetzen.

Die Wahlvorbereitung förderte den Klärungsprozeß innerhalb des Demokratischen Blocks und trug wesentlich zur inneren Stabilisierung der mit der SED verbündeten Parteien bei. In einigen Orten versuchten reaktionäre Vertreter der CDU und der LDPD, die Zusammenarbeit der Blockparteien zu stören. Sie forderten für ihre Parteien mehr Kandidaten als vereinbart waren oder lehnten eine Nominierung von Kandidaten überhaupt ab, um die gemeinsame Liste zu sabotieren. Einige verlangten, daß nur Parteivertreter kandidieren sollten und die Massenorganisationen ausgeschaltet werden müßten. Die reaktionären Kräfte fanden weder in ihren eigenen Parteien noch

bei den anderen Parteien und Organisationen des Blocks Unterstützung. Es gelang ihnen nicht, die Wahlvorbereitung ernsthaft zu stören. Auf dem 5. Parteitag der CDU im September 1950, der von der inneren Erneuerung und der politisch-organisatorischen Festigung der CDU zeugte, konnte Gerald Götting feststellen: „Die größte Hoffnung [der Reaktionäre] bestand darin, die Christlich-Demokratische Union zu einer Partei der Restauration und Reaktion zu entwickeln und sie in die schärfste Opposition gegenüber den anderen demokratischen Kräften zu bringen. Das ist mißlungen . . ."[68] Der Parteitag bekräftigte das Bekenntnis der CDU zum gemeinsamen Wahlprogramm und zur gemeinsamen Kandidatenliste.

Die Festigung der Nationalen Front und des Demokratischen Blocks, der Aufschwung des demokratischen Lebens während der Wahlvorbereitung ließ die imperialistischen Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht nicht ruhen. Die Monopolpresse und zahlreiche Rundfunkstationen in Westdeutschland, reaktionäre Kirchenführer vom Schlage eines Otto Dibelius und das Ostbüro der SPD, die imperialistischen Geheimdienste und Terrororganisationen wetteiferten in ihrem Bemühen, die Bevölkerung der DDR zu verwirren und die führenden Persönlichkeiten des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu verleumden. Millionen von Flugblättern und Hetzschriften, die sich meist an bestimmte Schichten, wie Handwerker, Bauern, Intellektuelle und Unternehmer, wandten, wurden in die Republik eingeschleust. Kandidaten wurden aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Bekannte fortschrittliche Persönlichkeiten erhielten Droh- und Mordbriefe. An die Umsiedler wurden „Heimatbriefe" versandt.

Es blieb nicht bei Hetzbriefen, Drohungen und Verleumdungen. Auf Kandidaten der Nationalen Front wurden Mordanschläge verübt. In einigen Dörfern gingen Scheunen und Ställe in Flammen auf. So wurden in Borna bei Leipzig in der Nacht vor der Volkswahl auf 13 Neubauernhöfen die Ställe angezündet.

Nachdem die Versuche, die Blockparteien gegeneinander auszuspielen, endgültig gescheitert waren, spekulierten die imperialistischen Gegner der Republik besonders auf bürgerlich-parlamentarische Illusionen und falsche Vorstellungen über das Wesen der Demokratie unter der Bevölkerung. Diese Illusionen waren vor allem in den bür-

[68] Christen, kämpft für den Frieden! Gesamtbericht über die 5. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 15 bis 17. September 1950 in Berlin, o. O. o. J., S. 107.



Chemieunterricht in der neuerbauten Karl-Marx-Schule in Rostock



Unterricht in einer Arbeiter-und-Bauern-Fakultät



Lehrlingsausbildung im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" in Wildau, 1952



Arbeiter des VEB Schwerarmaturenwerk „Erich Weinert" in Magdeburg bekennen sich zum Wahlaufruf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu den Volkswahlen am 15. Oktober 1950

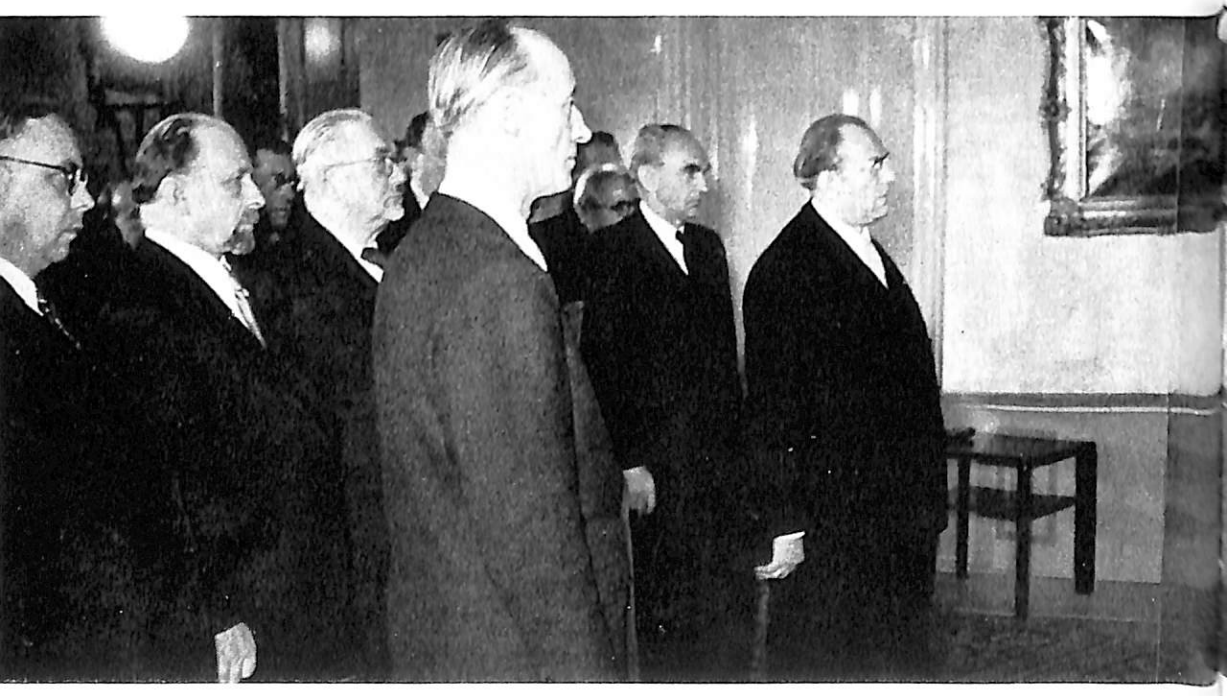


Die Bevölkerung der DDR gibt den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihre Stimme, 15. Oktober 1950



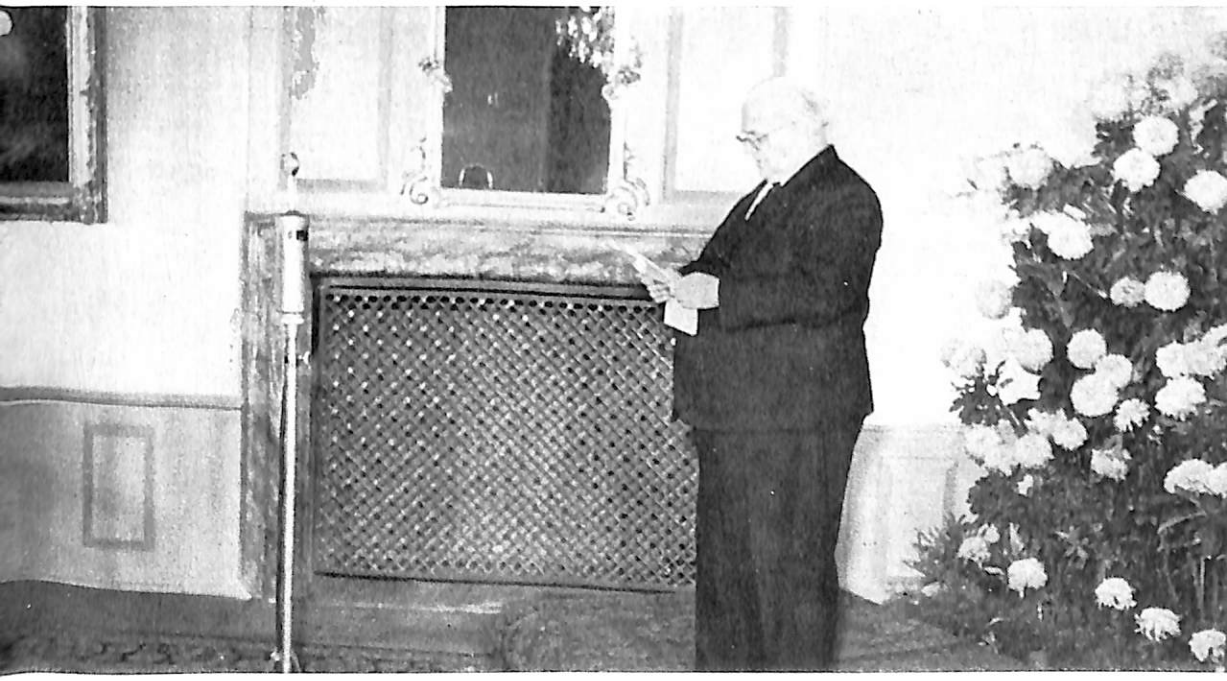


Erste Sitzung der neugewählten Volkskammer der DDR, 8. November 1950

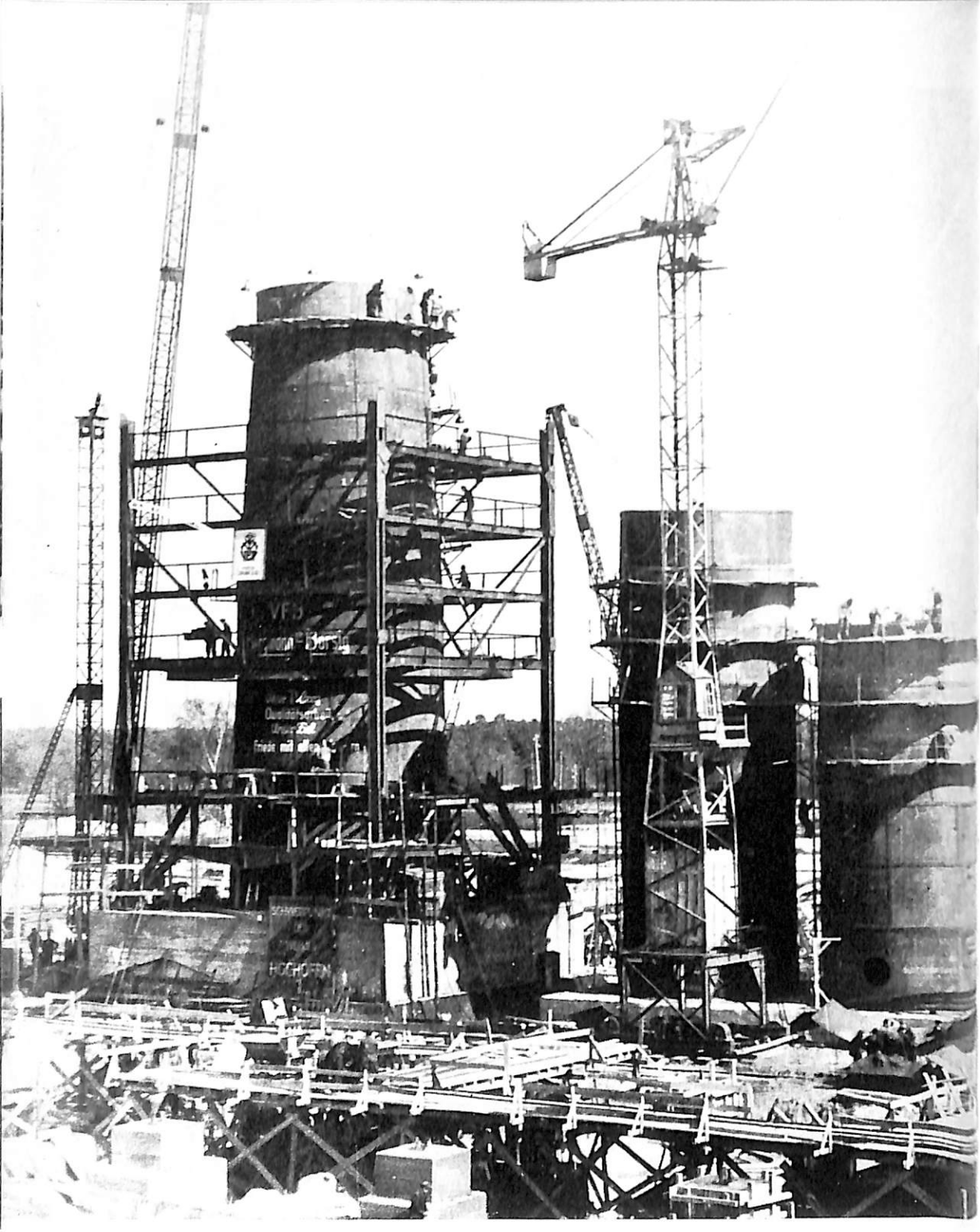


Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, empfängt in seinem Amtssitz die neugebildete Regierung





der DDR, 15. November 1950



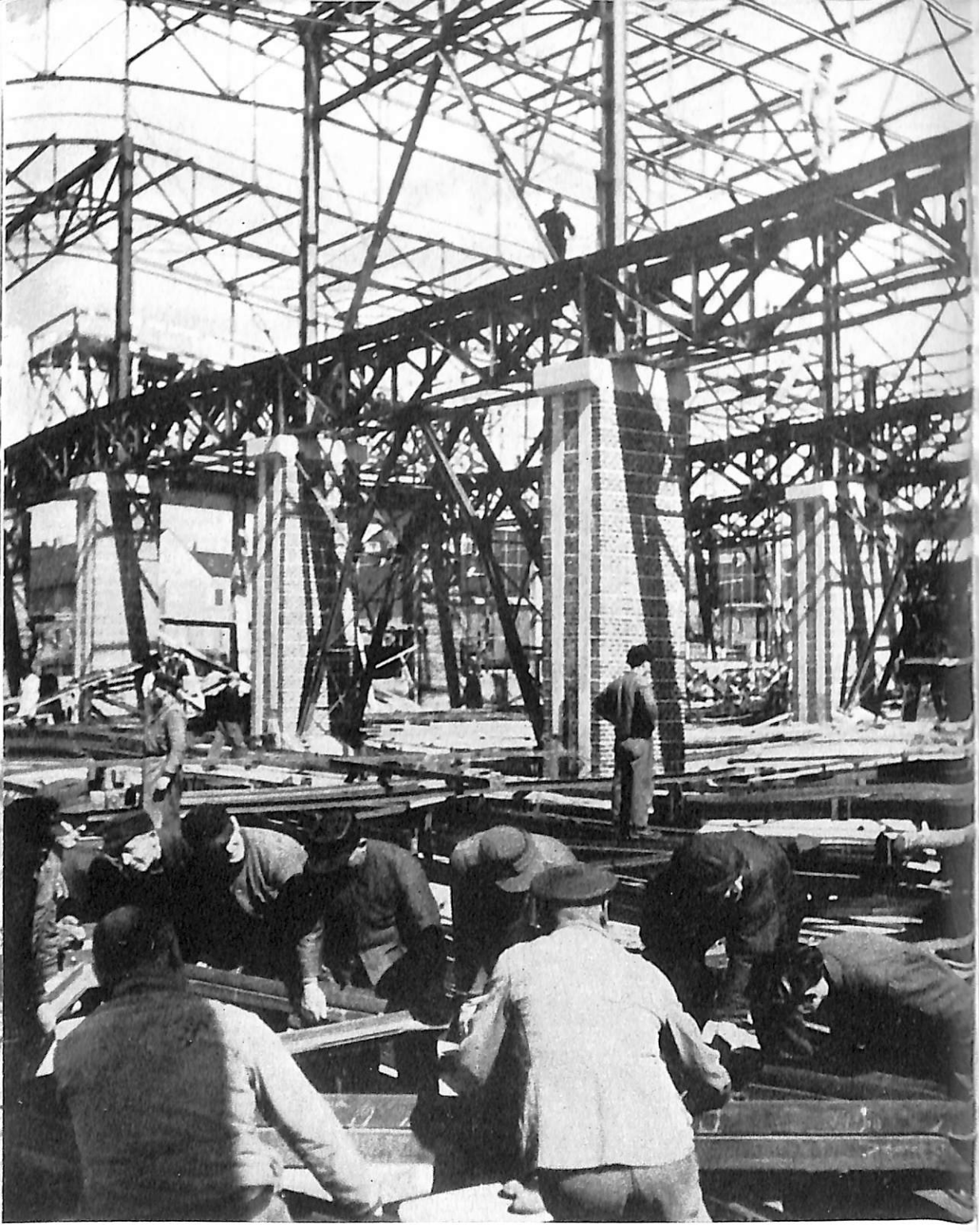
Aufbau des Hochofens I im Eisenhüttenkombinat Ost, April 1951



Wiederaufbau des Dresdener Stadtzentrums, März 1951

Der Parteisekretär des Stahl- und Walzwerkes Gröditz
im Gespräch mit den Arbeitern des Werkes, 1952





Aufbau des VEB Modul in Chemnitz, Mai 1951

gerlichen und kleinbürgerlichen Schichten noch tief verwurzelt, zumal die Jahre der faschistischen Diktatur das bürgerlich-parlamentarische System in einem vorteilhaften Licht hatten erscheinen lassen.

In unermüdlicher Aufklärungsarbeit erläuterten die Mitglieder und Funktionäre der SED, der mit ihr verbündeten Blockparteien und andere Mitarbeiter der Nationalen Front, daß das Wesen der Demokratie hauptsächlich in der Mitwirkung breitester Schichten des Volkes beim Aufbau einer neuen Ordnung besteht, die den Interessen des Volkes dient. Frei von dem Druck der Monopole, konnte das Volk die ihm in der Verfassung gewährleisteten Rechte voll verwirklichen. Mehr und mehr setzte sich die Erkenntnis durch, daß das demokratische Recht des Volkes keineswegs hauptsächlich in dem Akt der Stimmabgabe besteht. Unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiter und Bauern ist die Stimmabgabe der Abschluß eines langen Prozesses, in dessen Verlauf die Werktätigen ihr demokratisches Recht der aktiven Mitwirkung an der Leitung von Staat und Wirtschaft, an der Festlegung der Regierungspolitik und bei der Auswahl der Kandidaten verwirklichen. Bei vielen Menschen, besonders älteren Bürgern, trug die Vermittlung bestimmter Lehren der Geschichte zur Überwindung bürgerlich-parlamentarischer Illusionen bei. Sie begannen einzusehen, daß durch die Wahlen in den Jahren der Weimarer Republik die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte zersplittert worden waren, während die Reaktion ihre Kräfte konzentrierte. Diese Wahlen unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopolkapitals hatten keine einzige entscheidende Frage zugunsten des Volkes, sondern nur zugunsten seiner Feinde entschieden.

In langwierigen Auseinandersetzungen und durch das Beispiel des friedlichen Aufbaus, besonders durch das umfassende Gesetzgebungswerk der Provisorischen Volkskammer, gelang es, die noch weit verbreiteten formaldemokratischen Auffassungen zurückzudrängen.

Wenige Tage vor der Wahl wurde über westliche Rundfunkstationen und auf zahlreichen, in die DDR eingeschleusten Flugblättern ein Aufruf der Bundesregierung und des Bundesausschusses für gesamtdeutsche Fragen vom 12. Oktober verbreitet, in dem die Bevölkerung der DDR aufgefordert wurde, die Wahl zu boykottieren oder die Stimmzettel ungültig zu machen. Daraufhin erklärten viele Werktätige ihre Bereitschaft, bereits bis 12 Uhr zu wählen und ihre Stimme offen, ohne Benutzung der Wahlkabinen, abzugeben. Diesem Beispiel folgten zahlreiche Wähler.

So wurden Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl zur ersten großen Bewährungsprobe der jungen Staatsmacht und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, zu einer oft erbittert geführten Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften in Deutschland. In diesem Kräftemessen erlitten die Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht eine eindeutige Niederlage.

Bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent stimmten am 15. Oktober 1950 99,7 Prozent der Wähler für das Programm und die Kandidaten der Nationalen Front. Die Illusion der Reaktion, daß es gelingen könnte, auf bürgerlich-parlamentarischem Wege die Herrschaft des Monopolkapitals zu restaurieren, wurde endgültig zerstört. Ihre alte Taktik des „teile und herrsche" war gescheitert. Die Volkswahlen brachten zum Ausdruck, daß es den demokratischen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse gelungen war, die Reaktionäre politisch zu schlagen und zeitweilig verwirrte Menschen aus dem Kleinbürgertum enger mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht zusammenzuschließen. Die Wahlen festigten die Nationale Front und den Demokratischen Block, die politische Grundlage der Staatsmacht.

Die neugebildete Volkskammer setzte sich wie folgt zusammen:

SED	100 Abgeordnete	FDJ	20 Abgeordnete
CDU	60 „	DFD	15 „
LDPD	60 „	VVN	15 „
NDPD	30 „	Kulturbund	20 „
DBD	30 „	VdgB	5 „
FDGB	40 „	Genossenschaften	5 „

Der Regierung gehörten an:

SED	10 Mitglieder	DBD	1 Mitglied
CDU	4 „	FDGB	1 „
LDPD	2 „	parteilos	1 „
NDPD	2 „		

Die Länderregierungen wurden nach den Volkswahlen in folgender Zusammensetzung gebildet:

	Mitglieder					
	SED	CDU	LDPD	NDPD	DBD	FDGB/FDJ
Brandenburg	3	2	1	1	1	1
Mecklenburg	4	2	1	1	1	–
Sachsen	3	1	1	1	1	1
Sachsen-Anhalt	4	1	1	1	1	1
Thüringen	2	1	1	1	1	1

Die Ministerpräsidenten und Innenminister stellte in allen Ländern die SED. In die Kreis- und Gemeindevertretungen wählte die Bevölkerung über 125000 Kandidaten der Nationalen Front, davon etwa 100000 das erste Mal.

Von den 466 Abgeordneten der Volkskammer, einschließlich der 66 Berliner Vertreter, die beratende Stimme hatten, waren 269 ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter, 28 Bauern, 39 Angehörige der Intelligenz und 32 Handwerker und Gewerbetreibende. Im ersten Bonner Bundestag waren dagegen Arbeiter nur zu 5,2 Prozent vertreten. Kleine und mittlere Bauern fehlten in diesem Parlament nahezu gänzlich. Dafür war jeder sechste Abgeordnete Unternehmer oder Gutsbesitzer. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten waren Angestellte.

Ebenso wie in der Volkskammer wurden auch im zentralen Staatsapparat, in den Ländern, Kreisen und Gemeinden zahlreichen bewährten Arbeitern verantwortliche Funktionen übertragen. In den Regierungsdienststellen waren 48,6 und in den örtlichen Organen insgesamt 54,3 Prozent der Mitarbeiter des Staatsapparates ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter. Diese Zusammensetzung widerspiegelte die führende Rolle der Arbeiterklasse im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Die Aufgaben des ersten Fünfjahrplans machten es erforderlich, die Struktur und die Arbeitsweise der zentralen staatlichen Organe zu verändern. In dem Gesetz über die Regierung der DDR vom 8. November 1950 wurde festgelegt, daß sich die Regierung aus dem Ministerpräsidenten, fünf Stellvertretern – das waren in der Regel führende Vertreter aller Blockparteien – und 17 Fachministern zusammensetzen sollte. Da die wirtschaftlichen Aufgaben, besonders die Entwicklung einer starken schwerindustriellen Basis, immer mehr in den Mittelpunkt der staatlichen Leitungstätigkeit rückten, wurde an Stelle des bisherigen Ministeriums für Planung die Staatliche Plankommission als Organ des Ministerrats für die Ausarbeitung und Kontrolle der Volkswirtschaftspläne geschaffen. An die Stelle des Ministeriums für Industrie traten die Ministerien für Schwerindustrie, für Maschinenbau und für Leichtindustrie. Darüber hinaus wurde die Regierung ermächtigt, zur Durchführung des Fünfjahrplans Staatssekretariate für bestimmte Geschäftsbereiche einzurichten. Diese Veränderungen schufen wichtige Voraussetzungen, die Wirtschaft sachkundiger zu leiten und die Tätigkeit des Staatsapparates systematisch auf die Erfüllung der Wirtschaftspläne zu konzentrieren.

Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Jahr vergangen. Es war eines der schwersten und zugleich erfolgreichsten Jahre in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ein Jahr der Prüfung und Bewährung. In den Auseinandersetzungen dieses Jahres fiel die Entscheidung über den weiteren Weg der Volksmacht im Osten Deutschlands. Der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten gelang es unter Führung der SED, in einem hochentwickelten, ehemals imperialistischen Land, trotz der Spaltung Deutschlands, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu errichten und den friedlichen Charakter der Revolution zu wahren. Dank der prinzipienfesten und taktisch beweglichen Politik der SED gelang dem Feind kein Einbruch, keine Spaltung und auch nicht die Entfesselung eines Bürgerkrieges. Viel Kraft war nötig, viel Nachdenken und viel Schweiß – aber kein Schuß Munition. Die Reaktionäre im Staatsapparat, in der Wirtschaft und in einigen Blockparteien und Massenorganisationen wurden in offener demokratischer Auseinandersetzung isoliert und politisch geschlagen. Die unbelehrbaren Feinde der Republik wurden mit Hilfe der demokratischen Gesetzgebung niedergehalten. Die Sowjetarmee schützte die junge Volksmacht vor imperialistischen Aggressionen. Durch die schöpferische Anwendung der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution sicherte die SED den friedlichen Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Revolution.

Der Beginn des ersten Fünfjahrplans. Der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte unter Führung der SED für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage (1951/1952)

1. Die Wettbewerbsbewegung der Arbeiterklasse im ersten Jahr des Fünfjahrplans. Die Entwicklung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die weitere organisatorische und politisch-ideologische Festigung der SED als marxistisch-leninistische Partei

Ende Dezember 1950 rief der Bundesvorstand des FDGB die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben der DDR dazu auf, im Januar 1951 einen Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan" durchzuführen, damit die Planerfüllung vom ersten Tage an gesichert wird.[69] Dieser Sonderwettbewerb führte vor allem in den metallurgischen Betrieben zu guten Ergebnissen. Er wurde deshalb auf Vorschlag der Kumpel des Mansfelder Kupfererzbergbaus fortgesetzt und trug entscheidend dazu bei, daß der Volkswirtschaftsplan im ersten Quartal 1951 in der industriellen Bruttoproduktion mit 105 Prozent erfüllt wurde. Das war gegenüber dem ersten Quartal 1950 eine Steigerung um 22 Prozent!

[69] Dokument Nr. 27.

Das Neue bestand darin, daß dieser Wettbewerb zu einer Massenbewegung wurde. Die fortgeschrittensten Werktätigen zahlreicher volkseigener Betriebe stellten sich immer neue und höhere Ziele. Die Ausdehnung des Wettbewerbs barg jedoch die Gefahr in sich, daß er in einigen Betrieben nur formal geführt wurde. Das ZK der SED wies deshalb die Parteiorganisationen und die Parteimitglieder in den Gewerkschaften darauf hin, die damals höchste Form der Wettbewerbsbewegung, die Aktivistenpläne, zu fördern.[70]

Die Initiative zu dieser Form der Wettbewerbsbewegung war im Sommer 1950 von Werktätigen der Halleschen Pumpenwerke ausgegangen. In diesem Betrieb hatte eine Planungsbrigade einen „Aktivistenplan zum Kampf gegen alle Produktionsverluste"[71] ausgearbeitet. Der Brigade gehörten die besten Aktivisten, Arbeiter, Meister und Vertreter der technischen Intelligenz an. Der Techniker Kurt Opitz und der Brigadier Paul Wolf, die die Brigade leiteten, wurden für ihre Leistungen mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.

Der Aktivistenplan erfaßte alle Seiten des Produktionsprozesses. Er setzte sich aus verschiedenen Teilplänen zusammen, angefangen vom Plan zur Pflege der Maschinen und Werkzeuge bis zum Plan für die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen. Dadurch wurde die Mitarbeit aller Betriebsangehörigen gefördert, und sie wurden angeregt, die Arbeitsorganisation zu verbessern, Reserven der Produktion aufzudecken und die Selbstkosten zu senken. Auf diese Weise wurden gleichzeitig beträchtliche Mittel gewonnen, um die soziale und kulturelle Lage der Arbeiter im Betrieb zu verbessern.

Die Initiative der Halleschen Pumpenwerker gab den Anstoß zur allmählichen Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR, der in den folgenden Jahren für Hunderttausende von Arbeitern zur Schule der sozialistischen Erziehung wurde. Die Ausarbeitung von Aktivistenplänen in zahlreichen Betrieben der Republik war mit einer umfassenden Diskussion über die neue Stellung des Arbeiters im volkseigenen Betrieb, über die führende Rolle der Arbeiterklasse in der DDR und ihre Verantwortung für die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne verbunden. Bis Mitte 1951 wurden unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften in mehr als 4100 Betrieben Aktivistenpläne ausgearbeitet, die zur Einsparung erheblicher Mittel führten.

[70] Dokument Nr. 29.
[71] Dokument Nr. 19.

Auf seiner 6. Tagung vom 13. bis 15. Juni 1951[72] beschäftigte sich das Zentralkomitee der SED mit den Ergebnissen der ersten Monate des Fünfjahrplans. In wichtigen Positionen war der Plan übererfüllt worden. Das Zentralkomitee stellte jedoch fest, daß die bisherigen Methoden der Planung und Wirtschaftsführung nicht mehr ausreichten, um die Aufgaben des Fünfjahrplans zu lösen. Die Vergrößerung der bestehenden Kapazitäten und der Aufbau neuer volkseigener Betriebe, die Erweiterung der Sortimente und die Anwendung der neuen Technik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die verstärkte Aktivität der Werktätigen, besonders die Ausbreitung der Wettbewerbsbewegung, machten es notwendig, systematisch neue Prinzipien und Methoden der Wirtschaftsführung durchzusetzen.

Da noch wenig Erfahrungen vorlagen, waren die Mitarbeiter der Planungsorgane bei der Aufstellung der Produktionspläne oft nicht vom tatsächlichen Bedarf der Volkswirtschaft und des Außenhandels, sondern von der gewohnten Produktion ausgegangen. Die Erschließung von eigenen Bodenschätzen, die Entwicklung der Grundstoffindustrien und des Schwermaschinenbaus wurden nicht zielstrebig betrieben. Einige Staats- und Wirtschaftsfunktionäre verließen sich auf die Einfuhr bestimmter Waren aus dem westlichen Ausland. Die Störung des Handels durch die Hohen Kommissare und die Bundesregierung hatte unter diesen Umständen zur Folge, daß die Pläne in einigen wichtigen Positionen – wie Energiemaschinen, Turbinen, schwere Pressen – nicht erfüllt wurden.

Das Zentralkomitee forderte, die Ausarbeitung der Produktionspläne wesentlich zu verbessern und die Kontrolle bei der Durchführung des Planes zu verstärken. Die Parteimitglieder in der Staatlichen Plankommission und in den Fachministerien wurden beauftragt, „durch energische und gründliche Maßnahmen die Produktion so umzustellen, daß die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von dem Bezug bestimmter Waren aus den kapitalistischen Ländern kurzfristig überwunden wird“[73]. Gleichzeitig wurden Maßnahmen eingeleitet, den Außenhandel der DDR noch entschiedener auf die Wirtschaft der Länder des sozialistischen Weltsystems, besonders der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, umzustellen. Am 27. September 1951 unterzeichneten die Regierungen der DDR und der UdSSR ein Handelsabkommen für die Jahre 1952 bis 1955. Die-

72 Dokument Nr. 33.

73 Dokumente der SED, Bd. III, S. 508.

ser Vertrag sah eine erhebliche Steigerung der Warenlieferungen vor – seitens der DDR vor allem bei Schwermaschinen und Industrieausrüstungen, seitens der UdSSR bei Rohstoffen und Halbfabrikaten. Durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR konnten die Schwierigkeiten in der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR, besonders ihre Störanfälligkeit gegenüber imperialistischen Blockademaßnahmen, vermindert werden.

Die großen und vielfältigen Investitionsvorhaben des Fünfjahrplans erforderten außerordentlich umfangreiche Mittel. Deren wichtigste Quelle bildeten die Gewinne der volkseigenen Betriebe. Um die Rentabilität der volkseigenen Betriebe herzustellen beziehungsweise diese zu erhöhen, beschloß das Zentralkomitee auf seiner 6. Tagung, zu neuen Methoden der Leitung der Betriebe überzugehen. Die wichtigsten Maßnahmen waren die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb, die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowie die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark. Die volkseigenen Betriebe erhielten den Status einer juristisch selbständigen Person und wurden anstelle der Vereinigungen Volkseigener Betriebe Rechtsträger von Volkseigentum. Durch die wirtschaftliche Rechnungsführung sollte gleichzeitig das Prinzip der Einzelleitung durch die Direktoren in den volkseigenen Betrieben konsequenter verwirklicht werden.

Obwohl es gelang, die Rentabilität zahlreicher volkseigener Betriebe zu erhöhen, wurden die Prinzipien der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, vor allem das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, noch unvollkommen angewendet. Das war vor allem auf die Auswirkungen der offenen Grenze zum imperialistischen System, auf die Störungen, die vom privatkapitalistischen Sektor ausgingen, und auf die starken Disproportionen in der Volkswirtschaft der DDR zurückzuführen. Auch die noch geringen Erfahrungen der Kader spielten dabei eine Rolle.

Um systematisch die neuen Prinzipien der Wirtschaftsführung durchzusetzen, mußte sich die Leitungstätigkeit der Betriebe und der zentralen und örtlichen Organe der Staatsmacht stärker darauf konzentrieren, die vielfältigen Formen der Masseninitiative zu fördern. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war der Abschluß von Kollektivverträgen, und zwar von Rahmenkollektivverträgen der Wirtschaftszweige und Betriebskollektivverträgen (BKV) der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe. Auf einer Beratung des Sekretariats des

Zentralkomitees der SED mit leitenden Mitarbeitern der Gewerkschaften und der Staatsorgane am 9. April 1951[74] erläuterte Walter Ulbricht die Bedeutung der Kollektivverträge, die gemäß einer Verordnung der Regierung vom Februar 1951 in den Wirtschaftszweigen und in den volkseigenen Betrieben abgeschlossen werden sollten. Grundsätze für die Kollektivverträge waren bereits vom 3. Kongreß des FDGB beschlossen worden.

Das Recht auf den Abschluß von Tarifverträgen hatte sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangen Kämpfen gegen die Bourgeoisie errungen. Der Inhalt der Tarifverträge wurde vom Ergebnis des Klassenkampfes bestimmt; die jeweiligen Tarifverträge brachten die Interessen und das Kräfteverhältnis zweier sich antagonistisch gegenüberstehender Klassen zum Ausdruck. Nach der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel beruhten die neuen Kollektivverträge auf den gemeinsamen, übereinstimmenden Interessen von Staatsmacht und Arbeiterklasse, von Werkleitung und Belegschaft, vertreten durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen, in den volkseigenen Betrieben. Die Einführung des Systems der Kollektivverträge diente dazu, die Werktätigen unmittelbar in die Leitung der Betriebe einzubeziehen, ihre Aktivität zu entwickeln, die Arbeitsproduktivität zu steigern und damit die Lebenslage des Volkes zu verbessern. In den Betriebskollektivverträgen kam das neue arbeitsrechtliche Verhältnis zum Ausdruck, das in der Verpflichtung der Arbeiter besteht, die Arbeitsnormen innerhalb einer bestimmten Arbeitszeit zu erfüllen, während der volkseigene Betrieb die Bezahlung nach der Menge und Qualität der Arbeit und die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten im Rahmen des Plans zu gewährleisten hat.

Am 21. Mai 1951 wurde im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa der erste Betriebskollektivvertrag in der DDR unterzeichnet. Mit Hilfe des Zentralkomitees der SED und des Bundesvorstandes des FDGB war der Vertrag in einer wochenlangen Diskussion – zunächst in der Betriebsparteiorganisation der SED und im Kollektiv der Gewerkschaftsfunktionäre und dann mit der gesamten Belegschaft – vorbereitet worden. Der Vertrag enthielt 400 Kollektiv- und Einzelverpflichtungen aus der Belegschaft zur Erfüllung des Betriebsplanes, während die Werkleitung 2,7 Millionen DM für die fachliche Qualifizierung, für kulturelle Zwecke und soziale Einrichtungen, für die

[74] Dokument Nr. 31.

gesundheitliche Betreuung, für den Sport und für die Verbesserung des Arbeitsschutzes zur Verfügung stellte.

Der im Juni 1951 unterzeichnete Betriebskollektivvertrag des VEB Horch, heute Sachsenring, Zwickau, legte im Teil I die Verpflichtungen der Werkleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes fest. Teil II beschäftigte sich mit der Organisation der Arbeit und den Lohnbedingungen. Im dritten Teil wurden die Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und im vierten Teil die Maßnahmen zur Nachwuchsausbildung und zur Qualifizierung der Werktätigen festgelegt. Die übrigen Teile des BKV enthielten die Arbeitsschutzmaßnahmen, die Aufgaben der Sozialversicherung und die Festlegungen zur sozialen und kulturellen Betreuung der Arbeiter und Angestellten und zum Betriebsschutz.

Insgesamt wurden 1951 in nahezu 5000 volkseigenen Betrieben Betriebskollektivverträge abgeschlossen.

Eine wichtige Voraussetzung für die exakte Planung der Produktion, die richtige Organisation der Arbeit, die Entlohnung der Arbeit nach der Leistung und damit für die Steigerung der Arbeitsproduktivität war die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen. Bedingt durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen war die Arbeitsproduktivität zu Beginn des ersten Fünfjahrplans noch niedrig. Sie entsprach etwa dem Stand von 1936. Die nach veralteten Methoden oder nach Erfahrungen festgelegten Normen standen einer weiteren Erhöhung der Arbeitsproduktivität und damit der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung entgegen. Dort, wo technische Verbesserungen durchgeführt worden waren, kam es vor, daß Normen unnatürlich hoch erfüllt wurden. Manche Arbeiter legten längere Pausen ein, um nicht durch eine allzu hohe Normerfüllung „aufzufallen".

Bereits 1950 hatten in den meisten volkseigenen Betrieben Büros für technische Arbeitsnormen (TAN-Büros) ihre Arbeit aufgenommen. Sie stützten sich auf zahlreiche Vorbereitungsausschüsse und Arbeitskommissionen, in denen Aktivisten, Meister, Gewerkschaftsvertrauensleute und Wirtschaftsfunktionäre vertreten waren. Diese Kommissionen berieten die Werktätigen bei der Vorbereitung und Organisation der Arbeit. Sie halfen Engpässe überwinden und das Material richtig verteilen, sie werteten Verbesserungsvorschläge aus und förderten die Arbeitsdisziplin. Viele Betriebszeitungen berichteten über positive und negative Beispiele der Arbeitsvorbereitung und -organisation und übermittelten allen Werktätigen die Erfahrungen der TAN-Büros.

Die Einführung neuer Formen und Methoden der Wirtschaftsführung stieß auf vielfältige Schwierigkeiten und Hemmnisse. Die Kader der Partei und der Gewerkschaften, des Staates und der Wirtschaft hatten noch keine großen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsleitung, das früher ein Monopol der Bourgeoisie gewesen war. Sie mußten deshalb hartnäckig und geduldig lernen, um sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen und Erfahrungen zu sammeln. Bei vielen Arbeitern waren noch einerseits reformistische Auffassungen und andererseits Traditionen und Gewohnheiten lebendig, die im jahrzehntelangen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Staatsgewalt entstanden waren. So wurde die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen von einem großen Teil der Arbeiter zunächst als ein Angriff auf „ihr Geld" angesehen. Die aus der Zeit des Kapitalismus übernommenen Auffassungen wie „Jeder ist sich selbst der Nächste" oder „Akkord ist Mord" und die ihnen entsprechenden Gewohnheiten waren noch weit verbreitet. Deshalb fiel die täglich aus dem Westen eindringende Hetze, die Anwendung neuer Arbeitsmethoden, die Einführung der Betriebskollektivverträge und technisch begründeter Arbeitsnormen bedeuteten eine „gesteigerte Ausbeutung", teilweise noch auf fruchtbaren Boden. Rückständige Auffassungen wurden auch durch die trotz sichtbarer Verbesserungen noch immer schweren Lebensverhältnisse vieler Werktätiger begünstigt. Die SED und die Gewerkschaften mußten in geduldiger Überzeugungsarbeit den Arbeitern beharrlich die Notwendigkeit und das Wesen der neuen Maßnahmen erklären.

Wo diese Überzeugungsarbeit vernachlässigt wurde, traten Rückschläge ein und gelang es feindlichen Elementen, unter den Werktätigen Verwirrung zu stiften. Das zeigte sich zum Beispiel in den Zeißwerken, Jena, und in den Leunawerken „Walter Ulbricht". In beiden Betrieben war die alte Konzernideologie noch weit verbreitet. Die Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages zog sich monatelang hin, ohne daß die Betriebsangehörigen in die Vorbereitungen einbezogen wurden. Gegnerischen Elementen wurde dadurch das Feld der Diskussion überlassen. Der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) gab direkte Anleitungen zum Kampf gegen den Betriebskollektivvertrag. In der Belegschaft begann sich eine Mißstimmung gegen den Vertrag auszubreiten, so daß die vorgesehenen Delegiertenkonferenzen zur Annahme des Vertrages vertagt werden mußten. Eine Wende trat erst ein, nachdem in den Parteiorganisationen Klarheit über

Inhalt und Bedeutung des Betriebskollektivvertrages geschaffen worden war.

In den Zeißwerken begannen unter Führung der Parteiorganisation die fortschrittlichen Kräfte den Verlauf der Diskussion in den Betriebsleitungen und Abteilungen mehr und mehr zu bestimmen. Die umstrittenen Fragen wurden offen beraten und die gegnerischen Elemente entschiedener zurückgewiesen. So konnte gegen ihren hartnäckigen Widerstand ein Umschwung in der Einstellung der Belegschaft zum Betriebskollektivvertrag herbeigeführt werden. Arbeiter anderer volkseigener Betriebe aus Eisenach, Erfurt, Saalfeld, Sonneberg und Suhl, die über positive Erfahrungen mit dem BKV berichten konnten, leisteten dabei solidarische Hilfe. Immer mehr Betriebsangehörige entschieden sich für den Abschluß des Vertrages. Bald stimmten ihm ganze Abteilungen und Betriebsbelegschaften zu. Am 19. November 1951 wurde der Betriebskollektivvertrag der Zeißwerke auf einer Delegiertenkonferenz nach einer mehrstündigen kämpferischen Diskussion mit 265 gegen 56 Stimmen angenommen. Ähnliche Auseinandersetzungen gingen dem Abschluß des Betriebskollektivvertrages in den Leunawerken „Walter Ulbricht" und in einigen anderen Betrieben voraus.

Im Kampf um die Einführung der Betriebskollektivverträge und technisch begründeter Arbeitsnormen leisteten die Gewerkschaften eine umfangreiche und vielfältige Überzeugungsarbeit. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verstärkten das Studium des Marxismus-Leninismus sowie ökonomischer und technischer Fragen, um den erhöhten Anforderungen gewachsen zu sein. Besonders durch die Kollektivverträge festigte sich die Stellung der Gewerkschaften als gesetzliche Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Zugleich zeigte sich jedoch, daß manche Gewerkschaftsleitungen noch wenig Einfluß auf die Produktion ausübten und ungenügende Verbindung zu den Werktätigen hatten. Um die Arbeit der Gewerkschaften weiter zu verbessern, beschloß eine am 14. und 15. Juli 1951 in Chemnitz tagende Funktionärskonferenz des Bundesvorstandes des FDGB und der IG Metall[75], in allen Betrieben und Abteilungen Gewerkschaftsgruppen zu bilden. Diese sollten aus ihrer Mitte den Gewerkschaftsgruppenorganisator (Vertrauensmann), einen Kulturorganisator, einen Bevollmächtigten für Sozialversicherung und einen Arbeitsschutzobmann wählen. An die positiven Erfahrungen des früheren gewerkschaftlichen

[75] Dokument Nr. 35.

Kampfes anknüpfend und diese weiterführend, wurden Hunderttausende Arbeiter in die ehrenamtliche Arbeit einbezogen, und es wurden engere Verbindungen zwischen den Leitungen und Mitgliedern des FDGB hergestellt. Die Mitglieder der SED verstärkten ihre Arbeit in den Gewerkschaften und traten entschiedener den noch weit verbreiteten Tendenzen mancher Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen, durch bürokratische und administrative Methoden die Arbeiter vor den Kopf zu stoßen, entgegen.

In ihrer gesamten Wirtschaftspolitik, besonders bei der Einführung neuer Methoden der Wirtschaftsführung, konnte sich die SED auf die großen Erfahrungen der KPdSU(B) und der sowjetischen Werktätigen beim Aufbau einer sozialistischen Industrie stützen. Die Beschlüsse der Parteitage und Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU(B) über Fragen der Lohnpolitik und der Normen, der Plandisziplin und der sozialistischen Rationalisierung sowie über Fragen der Arbeitsorganisation und der Kaderentwicklung waren eine wesentliche Hilfe für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik der SED.

Im September 1951 erreichte die Wettbewerbsbewegung einen neuen Höhepunkt. Obwohl im ersten Halbjahr 1951 der Plan der Grobblechproduktion übererfüllt worden war, reichte das nicht aus, um den wachsenden Bedarf der Volkswirtschaft zu befriedigen. Dazu kam, daß die Hohen Kommissare der Westmächte und die Bundesregierung den innerdeutschen Handel sabotierten, wodurch die aus Westdeutschland vorgesehenen Lieferungen an Blechen und anderen Walzwerkserzeugnissen ausfielen. Daraufhin rief die Brigade Waßmuth aus dem Walzwerk „Willi Becker" in Kirchmöser die Kumpel des Walzwerkes Hettstedt auf, einen Sonderwettbewerb zur Steigerung der Produktion von Grobblechen durchzuführen. Die Werktätigen des Kupfer- und Blechwalzwerkes „Michael Niederkirchner" in Ilsenburg sowie der anderen Stahl- und Walzwerke der Republik schlossen sich diesem Wettbewerb an. Die Walzwerker stellten sich das Ziel, im September die Produktion um 30 Prozent zu erhöhen.

Dieses Ziel hielten selbst verantwortliche Staats- und Wirtschaftsfunktionäre für irreal. Doch die Zweifler blieben im Unrecht. Innerhalb weniger Tage wurde der Wettbewerb in den einzelnen Betrieben vorbildlich organisiert. Die Betriebsparteiorganisationen der SED und die Gewerkschaft erläuterten den Arbeitern die politische Bedeutung

und die Ziele des Wettbewerbs. Jeder Arbeiter kannte seine tägliche Aufgabe. Alle ergriff ein regelrechtes Wettbewerbsfieber. Auf diese Weise wurden Leistungen erzielt, die vorher niemand für möglich gehalten hätte.

Die hochgesteckten Ziele des Wettbewerbs wurden nicht nur erreicht, sondern sogar überboten. So erfüllte Hettstedt den erhöhten Plan mit 115,2 Prozent. Die Ergebnisse des Wettbewerbs der Walzwerker waren zugleich eine schöpferische Kritik an den Planungsorganen, die bei der Aufstellung der Pläne die Potenzen der Arbeiterklasse oft noch unterschätzt hatten. Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED zog am 24. November 1951 aus den Erfahrungen des Sonderwettbewerbs die Lehre, daß hohe Produktionsergebnisse erreicht werden, wenn die politischen Aufgaben mit den täglichen Produktionsaufgaben verbunden werden, wenn der Wettbewerb auf jeden Betrieb, auf jede Brigade und jeden Arbeiter aufgeschlüsselt wird und zwischen den am Wettbewerb teilnehmenden Arbeitskollektiven die gegenseitige Hilfe, der Austausch der besten Arbeitsmethoden und -erfahrungen organisiert wird.[76]

Die neuen und vielfältigen Aufgaben der gesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR konnte die SED nur lösen, wenn sie sich selbst weiterentwickelte. In den vorangegangenen vier Hauptperioden der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatte der Kampf gegen die herrschenden Ausbeuterklassen im Mittelpunkt gestanden, mit dem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für den Sturz der Bourgeoisie zu gewinnen. Der neue Inhalt der Arbeiterbewegung, der sich seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Osten Deutschlands durchzusetzen begann, war für die Partei mit der Notwendigkeit verbunden, zur praktischen Arbeit des Verwaltens und des Wirtschaftens, der Rechnungsführung und Kontrolle überzugehen. Die Erfahrungen, die sich die Funktionäre der Arbeiterbewegung im politischen und gewerkschaftlichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus erworben hatten, genügten nicht mehr, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Um diese notwendige Neuorientierung der Parteiarbeit vorzunehmen, mußte die bei vielen Parteimitgliedern vorhandene Auffassung überwunden werden, daß die alltägliche, nicht immer sofort mit sichtbaren Erfolgen verbundene wirtschaftliche und organisatorische Tätigkeit nicht oder weniger revolutionär sei als der in früheren Jahren

[76] Dokument Nr. 38.

gegen die Bourgeoisie und ihre Staatsgewalt geführte Klassenkampf. Eine beharrliche politisch-ideologische Arbeit war notwendig, um in der Partei und in der gesamten Arbeiterklasse die Erkenntnis durchzusetzen, daß unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen revolutionäres Handeln vor allem bedeutete, tagtäglich darum zu ringen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und die Selbstkosten zu senken, die Produktion besser zu organisieren, die Arbeitszeit gewissenhaft auszunutzen und eine neue Arbeitsdisziplin zu erreichen. Das Zentralkomitee stellte den Mitgliedern der Partei die Aufgabe, den parteilosen Werktätigen auf diesem Weg beispielgebend voranzugehen. Gleichzeitig trat die Parteiführung entschieden gegen die revisionistischen Erscheinungen des Unglaubens an die Kraft der Arbeiterklasse und gegen sektiererische Tendenzen auf, die sich in Form des Bürokratismus, des Administrierens und des Managertums äußerten. Sie verurteilte die Gleichgültigkeit mancher Mitarbeiter im Staats- und Wirtschaftsapparat gegenüber den Vorschlägen und der Kritik aus dem Volke und forderte von allen leitenden Organen, die Initiative der Bevölkerung zu fördern.

Von großer Bedeutung für die weitere Qualifizierung der Parteimitglieder war das erste einheitliche Parteilehrjahr der SED, das in der Zeit vom 1. November 1950 bis Juni 1951 durchgeführt wurde. Hunderttausende Mitglieder und Kandidaten der Partei studierten planmäßig und systematisch Grundfragen des Marxismus-Leninismus, die Geschichte der KPdSU(B) und die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. An den verschiedenen Zirkeln nahmen nahezu eine Million Mitglieder und Kandidaten und Zehntausende von Parteilosen, Aktivisten, Bestarbeitern und Angehörigen der Intelligenz teil.

Das erste einheitliche Parteilehrjahr der SED war ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus. Es vertiefte das Verständnis für die führende Rolle der KPdSU(B) und der Sowjetunion und verstärkte das Bewußtsein von der Kraft des sozialistischen Lagers. Zahlreiche Mitglieder der SED wurden mit wichtigen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie vertraut gemacht. In der Partei wurde eine Atmosphäre des Lernens geschaffen, und auch unter den Parteilosen und vor allem unter der Jugend wurde das Interesse am Lernen, am Studium der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft geweckt. Zehntausende Kader der Partei, die als Zirkelleiter tätig waren, studierten die Werke der Klassiker des

Marxismus-Leninismus und die Dokumente der SED und eigneten sich Kenntnisse an, die zur Lösung der neuen Aufgaben erforderlich waren.

Die Schärfe des Klassenkampfes in Deutschland, die noch unzureichende theoretische Vorbildung und die geringen eigenen politischen Erfahrungen zahlreicher Kader begünstigten das Auftreten von Erscheinungen des Dogmatismus und der Buchstabengelehrsamkeit.

Die konsequente Orientierung der Parteiführung auf die enge Verbindung von Theorie und Praxis, ihre schöpferische Politik und die praktischen Erfahrungen des Kampfes um die Durchführung der Beschlüsse des III. Parteitages wirkten jedoch dem Dogmatismus entgegen.

Gemäß dem Beschluß des III. Parteitages wurde im ersten Halbjahr 1951, in unmittelbarer Verbindung mit dem Beginn des Fünfjahrplans und dem ersten Parteilehrjahr, zur politisch-ideologischen und organisatorischen Stärkung der SED eine Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, verbunden mit dem Umtausch der Parteidokumente, durchgeführt. Das war die bisher bedeutendste innerparteiliche Aktion der SED. Tausende Überprüfungskommissionen, in denen über 30 000 der erfahrensten und bewährtesten Mitglieder und Funktionäre tätig waren, sprachen mit jedem Mitglied und Kandidaten über die Grundfragen der Politik der Partei und über seine politische und berufliche Tätigkeit.

Die Aussprachen halfen den Parteimitgliedern, ihre eigene Entwicklung kritisch einzuschätzen und ihre Parteiverbundenheit zu festigen. Nicht zuletzt wurden Schwächen in der Arbeit der Partei aufgedeckt, wodurch es der Parteiführung möglich war, Schlußfolgerungen zur Verbesserung der Parteiarbeit zu ziehen. Im Verlaufe der Überprüfung lernten die Leitungen der Parteiorganisationen die Mitglieder besser kennen. Tausende neuer Kader für den Einsatz auf den verschiedensten Gebieten wurden „entdeckt". Zugleich war die Überprüfung eine wertvolle Schule für Zehntausende von Parteimitgliedern, die in den Kommissionen tätig waren. Über 400 000 Mitglieder und 60 000 Kandidaten übernahmen Selbstverpflichtungen. Die meisten verpflichteten sich, Neuerermethoden einzuführen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, den Marxismus-Leninismus zu studieren und besser mit den Parteilosen zu arbeiten.

Von besonderer Bedeutung waren solche Verpflichtungen, die unmittelbar der Lösung der ökonomischen Aufgaben des ersten Fünf-

jahrplans dienten. Im Steinkohlenwerk Freital zum Beispiel übernahmen 25 Prozent der Parteimitglieder Selbstverpflichtungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ihr Beispiel wirkte sich auf den ganzen Betrieb aus; 80 Prozent aller Betriebsangehörigen nahmen am innerbetrieblichen Wettbewerb teil. Der Plan für das erste Halbjahr 1951 wurde erstmalig übererfüllt. Auch in der Maxhütte Unterwellenborn, im Lowa-Werk Werdau und in zahlreichen anderen Betrieben wurden Tausende solcher und ähnlicher Verpflichtungen übernommen.

In einer Entschließung vom 20. Oktober 1951 über die Ergebnisse und Lehren aus der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten zog das Zentralkomitee der SED die Schlußfolgerung: „Die Parteiorganisationen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben sind das stärkste Fundament der Partei. Die Partei ist in diesen Betrieben zur führenden Kraft geworden und versteht es immer besser, schnell auf alle politischen Ereignisse zu reagieren. In diesen Betrieben hat sie in steigendem Maße verstanden, das Staatsbewußtsein der Belegschaften zu entwickeln und ein neues Verhältnis zur Arbeit, entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, zu schaffen."[77]

Um die Kampfkraft der Partei zu erhöhen, war es ferner notwendig, ihre Reihen von solchen Elementen zu säubern, die karrieristische Ziele verfolgten oder mit dem Parteimitgliedsbuch ihre feindliche Tätigkeit zu tarnen versuchten. Eine der wichtigsten Methoden der imperialistischen Spionageagenturen, besonders des Ostbüros der SPD, bestand gerade darin, die SED von innen her zu zersetzen. Im Verlaufe der Überprüfung wurden 7,3 Prozent der Mitglieder und 3,4 Prozent der Kandidaten aus der Partei ausgeschlossen, gestrichen, oder sie traten aus der Partei aus.

In einer Reihe von Fällen wurden, vor allem bedingt durch die Schärfe des Klassenkampfes in Deutschland, überspitzte Entscheidungen getroffen. Das betraf besonders Parteimitglieder, die vor 1933 eine Zeitlang Splittergruppen angehört hatten oder nach der Errichtung der Hitlerdiktatur in das westliche Ausland emigriert waren, zum Teil aber auch einfache Arbeiter, die mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten hatten. Später wurden ungerechtfertigte Härten wieder korrigiert.

77 Dokumente der SED, Bd. III, S. 593.

Der im Jahre 1948 eingeleitete ideologische Klärungsprozeß in der SED wurde durch das einheitliche Parteilehrjahr, im Verlauf der Überprüfung und in der gesamten ideologisch-politischen Arbeit nach dem III. Parteitag folgerichtig fortgesetzt. In den Mittelpunkt der ideologisch-politischen Erziehungsarbeit rückte die Parteiführung neben dem Studium der Geschichte der KPdSU(B) das Studium der Kampferfahrungen der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Diskussionen über die Rolle der deutschen Linken vor und während des ersten Weltkrieges und den Kampf der KPD unter Führung Ernst Thälmanns festigten bei den Parteimitgliedern die Erkenntnis, daß die SED die rechtmäßige Erbin aller revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse ist. Anhand der geschichtlichen Erfahrungen wurde in zahlreichen Dokumenten der Parteiführung nachgewiesen, daß parteifeindliche Gruppierungen, rechte und „linke" Abweichungen vom Marxismus-Leninismus der Sache der Arbeiterklasse und der Nation schaden. Unter dem Einfluß einiger einseitiger Auffassungen J. W. Stalins über die deutschen Linken, die dieser 1931 in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija" vertreten hatte, wurden jedoch die großen Leistungen der deutschen Linken bei der Verteidigung des revolutionären Marxismus und die nationale Rolle der KPD vielfach unterschätzt. Es traten Tendenzen auf, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lediglich eine Kette von Fehlern und innerparteilichen Auseinandersetzungen zu sehen. Andererseits mußten opportunistische Erscheinungen überwunden werden, die vor allem in Unklarheiten über die Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei und über das Wesen der Partei neuen Typus zum Ausdruck kamen.

Durch die verstärkte ideologisch-politische Arbeit nach dem III. Parteitag wurde das neue Statut der SED im Leben der Partei verankert. Die marxistisch-leninistische Einheit der Partei wurde gefestigt. In ihren Reihen wuchsen zahlreiche Kämpfer heran, die es immer besser lernten, die vielen neuen und komplizierten Aufgaben zu lösen, die sich bei der Durchführung der Politik der Partei ergaben.

2. Der Aufbau der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus

Kernstück der wirtschaftlichen Aufgaben im ersten Fünfjahrplan war das Programm der sozialistischen Industrialisierung, sein entscheidender Bestandteil der Aufbau der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus der DDR.

Am 1. Januar 1951, am ersten Tag des Fünfjahrplans, wurde bei Fürstenberg (Oder), inmitten von Kiefernwäldern und Sand, der Grundstein zum Hochofen I des Eisenhüttenkombinats Ost gelegt. Dieses Werk war das größte und wichtigste Objekt des ersten Fünfjahrplans. Die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen lieferten das Erz beziehungsweise die Steinkohle für das neue Hüttenwerk. Die Sowjetunion stellte außerdem wichtige Dokumentationen und Projektierungsunterlagen zur Verfügung. Westdeutsche Fachleute hatten für den Bau eines Hochofens zwei Jahre veranschlagt, aber bereits nach einer Bauzeit von neun Monaten konnte der erste Hochofen in Betrieb genommen werden. Um diesen Ofen zu bauen, wurden in 13 Monaten etwa drei Quadratkilometer Wald gerodet, 1,2 Millionen Kubikmeter Erde bewegt und über sechs Kilometer Straße in einer Breite von sechs bis neun Metern angelegt. Bis Ende 1952 wurden die ersten vier Hochöfen des Kombinats errichtet.

Die Erbauer des Werkes und der mit ihm entstehenden ersten sozialistischen Stadt Deutschlands, zu einem großen Teil junge Menschen, die wenigsten von ihnen Facharbeiter, nahmen viele Entbehrungen auf sich und mußten große Schwierigkeiten überwinden. Es fehlte an Werkzeugen und Material, Baupläne kamen nicht rechtzeitig, die Unterkünfte waren mangelhaft, oft klappte in der ersten Zeit der An- und Abtransport zur Arbeit nicht. Aber es wurde gebaut – trotz Regen, Schnee und Kälte, bei jeder Jahreszeit. Die Monteure des VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh, stellten den Stahlmantel für den Hochofen I drei Wochen vorfristig fertig. Die Maurerbrigade des Verdienten Aktivisten Franz Rogowski übergab den 120 Meter hohen Schornstein der Sinteranlage trotz zweiwöchigen Arbeitsausfalls elf Tage vor dem geplanten Termin. Von dem Geist, der die Besten erfüllte, zeugen die Worte des parteilosen Rohrleitungsbauers Gerhard Schneider von der Vereinigung der Maschinenbaubetriebe für Energie- und Kraftmaschinen (EKM) Bitterfeld: „Ich will beweisen, daß wir als

selbständige, freie Menschen mehr leisten können als unter der Herrschaft der Monopolherren, und ich will natürlich durch meine Arbeit auch etwas verdienen."[78] Die treibende Kraft des Aufbaus des Eisenhüttenkombinats Ost war die SED. 22 Frauen und Männer hatten Anfang September 1950 im kleinen Raum einer Dorfschenke die Betriebsgruppe der Partei gebildet. Ihre Mitgliederzahl wuchs von Monat zu Monat. Die Partei – das war der Montagemeister Alfred Hähnel vom EKM Bitterfeld, der seinen Kollegen unermüdlich die Politik der Partei erläuterte und selbst zahlreiche Verbesserungsvorschläge einbrachte; das war Walter Peters, der in seinem Bereich den Wettbewerb organisierte und durch sein Beispiel die anderen mitriß; das war die Schachtmeisterin der Jugendbrigade im Straßenbau, Rosemarie Gutermuth. Mitglied der SED war auch Frido Meinhardt, einer der besten Hochöfner, der durch vorbildlichen Einsatz hohe Produktionsergebnisse erzielte und seine Erfahrungen uneigennützig den anderen Hochöfnern vermittelte. Der IV. Parteitag der SED wählte ihn in das Zentralkomitee. Später beriefen ihn die Genossen zum 1. Sekretär der Parteiorganisation des Kombinats. Rückblickend schrieb der Haupttechnologe des Werkes, Karl-Heinz Zieger, daß der schnelle Aufbau des Eisenhüttenkombinats „vor allem der unermüdlichen Arbeit der Partei der Arbeiterklasse zu danken" ist, „die nicht nur Fehler und Schwächen überwinden half, sondern auch die Werktätigen zu großen Produktionstaten mobilisierte"[79].

Mit unmittelbarer Unterstützung des Zentralkomitees der SED und mit Hilfe erfahrener sowjetischer Spezialisten, dem Chefmetallurgen Michailowitsch und dem Hauptmechaniker Shulgin aus Magnitogorsk, löste das Kollektiv des neuen Industriegiganten auch die schwierigste aller Aufgaben, die darin bestand, die neue Technik zu meistern und eine straffe politische und ökonomische Leitung des Kombinats zu sichern. In einem Wettbewerb zu Ehren der 2. Parteikonferenz der SED wurde erstmalig die projektierte Leistung von 500 Tonnen Roheisen je Hochofen und Tag erreicht und teilweise schon überboten. Unter Führung der Partei entstand in dem früher rückständigen Gebiet an der Oder eine starke Festung der Arbeiterklasse, die zum Zentrum der sozialistischen Umgestaltung in diesem Gebiet wurde.

78 Zit. nach Werner Horn: Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie der DDR (1951–1955), Berlin 1963, S. 89.

79 Zit. nach ebenda, S. 91.

Zur gleichen Zeit wie an der Oder-Neiße-Friedensgrenze das Eisenhüttenkombinat Ost entstand im Westen der Republik ein weiterer Gigant der metallurgischen Industrie, die Eisenwerke West bei Calbe. Hier wurde zum ersten Mal ein Produktionsverfahren angewandt, für das es in der Welt noch kein Vorbild gab: das von einem Forscherkollektiv entwickelte Niederschachtofenverfahren. Dieses Verfahren ermöglichte es, die eigenen Eisenerzvorkommen der DDR, die nur einen geringen Eisengehalt besitzen und nicht in Hochöfen verhüttet werden können, zu verwerten. Die Pioniertat der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz der Eisenwerke West half, das internationale Ansehen der DDR zu erhöhen. Schon nach wenigen Jahren deckten die Eisenwerke West den Bedarf der Republik an Gießereiroheisen und machten die DDR unabhängig von den Bezügen aus Westdeutschland.

Der Aufbau einer eigenen metallurgischen Basis erforderte, die Versorgung der neuen Hüttenwerke mit Koks zu sichern. Die ČSR und die Volksrepublik Polen konnten damals nur einen Teil des Bedarfs der DDR decken. Die Hohen Kommissare der Westmächte und die westdeutsche Regierung blockierten die Lieferung von Hüttenkoks aus dem Ruhrgebiet. Mit großzügiger Unterstützung der Regierung arbeiteten die Wissenschaftler Georg Bilkenroth und Erich Rammler ein Verfahren aus, um hüttenfähigen Koks aus Braunkohle zu erzeugen. Die deutschen Monopolherren hatten vor 1945 die Braunkohlenveredelung einseitig in der Richtung entwickelt, Treibstoffe für den Kriegsbedarf zu gewinnen, während sie – vor allem die Zechenherren des Ruhrgebiets – an der Ausarbeitung von Verfahren zur Erzeugung von Braunkohlen-Hochtemperaturkoks (BHT-Koks) kein Interesse zeigten.

Auf der Grundlage des neuen Verfahrens konnte in der neuerrichteten Großkokerei Lauchhammer bereits im Juni 1952 die planmäßige Produktion von BHT-Koks aufgenommen und schon nach kurzer Zeit der Bedarf der Eisenwerke West an hüttenfähigem Koks gedeckt werden. Außerdem wurde es möglich, auch die chemische Industrie mit BHT-Koks und dem dabei gewonnenen Gas zu versorgen. Die imperialistischen Störmaßnahmen des Westens auf diesem Gebiet wurden dadurch weitgehend unwirksam gemacht. Die bei der Produktion von BHT-Koks gewonnenen Erfahrungen wurden zum Ausgangspunkt einer tiefgreifenden Umgestaltung der Brennstoffindustrie der Republik und ermöglichten eine ökonomisch sinnvolle und rationelle

Verwertung ihrer reichen Braunkohlenvorkommen. Mit Recht erklärte Erich Rammler: „Mit dem Eisenwerk Calbe und der Braunkohlenkokerei Lauchhammer bewies unsere junge, sich reckende Volksdemokratie, daß sie neue technische Wege, die mit erheblichem Risiko verbunden waren, zielbewußt zu gehen vermochte."[80]

Bildete die Errichtung der Hüttenindustrie die Grundlage des industriellen Aufbaus in der DDR, so war sein Herzstück der Maschinenbau, speziell der Schwermaschinenbau.[81] Nach dem Abschluß des Frankfurter Interzonenhandelsabkommens vom 8. Oktober 1949 setzten die Hohen Kommissare und die Bundesregierung neben vielen anderen Waren auch die Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus auf die Embargolisten und verboten ihre Lieferung in die DDR. Schon deshalb war es unumgänglich, in kürzester Frist einen leistungsfähigen Schwermaschinenbau in der DDR zu schaffen. Er mußte die notwendigen Produktionsmittel für die Ausrüstung der anderen Industriezweige liefern, wie Metallurgie, Chemie, Bergbau, Energiewirtschaft, Schiffsbau, Autoindustrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Lebenslage des Volkes hingen in starkem Maße von diesem Industriezweig ab. Die Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus waren außerdem sehr wichtig für den Außenhandel der DDR, vor allem mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern. Im Gegensatz zum kapitalistischen Deutschland lieferte die DDR an die südosteuropäischen Länder vor allem Maschinen und ganze Industrieausrüstungen und förderte dadurch die Industrialisierung dieser Länder. Die DDR leistete damit einen Beitrag zur Festigung des gesamten sozialistischen Lagers im ökonomischen Wettbewerb der beiden Weltsysteme.

Gemäß den Richtlinien für den ersten Fünfjahrplan wurde unmittelbar nach dem III. Parteitag der SED begonnen, 24 Betriebe des Schwermaschinenbaus wiederherzustellen, auszubauen oder neu zu errichten, darunter solch bedeutende Betriebe wie den VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh, den VEB Schwermaschinenbau (seit 1. Mai 1952 „Heinrich Rau") Wildau, VEB Lokomotivbau Elektrotechnische Werke (LEW) „Hans Beimler" Hennigsdorf, die Niles-Werke in Berlin (heute VEB „7. Oktober" Berlin-Weißensee) und in Chemnitz (heute VEB „8. Mai" Karl-Marx-Stadt), das Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden, den VEB Förderanlagenbau Lauchhammer,

80 Neues Deutschland (B) (Berlin), 4. November 1958.

81 Dokument Nr. 29.

das Wanderer Fräsmaschinenwerk (seit 7. April 1951 VEB „Fritz Heckert") in Chemnitz, die Maschinenfabriken Görlitz, Meuselwitz und Nordhausen, den VEB Kranbau Eberswalde und andere Werke. Im Jahre 1951 wurde die Produktion von schweren Karussell- und Walzendrehbänken, großen Zahnschneidemaschinen, starken Dieselmotoren, Turmdrehkränen, Hochleistungskompressoren, schweren Baggern und von Ausrüstungen für Hochöfen und chemische Betriebe aufgenommen.

Der schnelle Aufbau der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus der DDR schuf wesentliche Voraussetzungen, um später alle Zweige der Volkswirtschaft planmäßig zu entwickeln und die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen schneller verbessern zu können. Die Arbeiterklasse festigte ihre führende Stellung. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht stärkte ihre ökonomischen Grundlagen und sicherte ihre politische Unabhängigkeit. Die Pläne der reaktionären Kreise Westdeutschlands und der NATO-Staaten, die DDR ökonomisch in die Knie zu zwingen und sie erneut der imperialistischen Herrschaft zu unterwerfen, wurden durchkreuzt. Der schnelle Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie diente dem Ziel, den deutschen Imperialismus in offener demokratischer Auseinandersetzung im Rahmen eines Staates zu überwinden und damit dem ganzen deutschen Volk eine friedliche Zukunft zu sichern. Um diesem Ziel näherzukommen, konnte die DDR nicht auf der Stelle treten und auf die Errichtung einer starken schwerindustriellen Basis verzichten. Der Aufbau der Schwerindustrie festigte die Positionen der DDR im Wettbewerb mit dem kapitalistischen System in Westdeutschland. Im Interesse ihrer nationalen Konzeption stellten Partei und Regierung jedoch auch noch bestimmte Vorhaben zurück. So wurde von dem Projekt eines Hochseehafens an der Ostseeküste, der für die Entwicklung des Außenhandels der DDR unentbehrlich war, zunächst abgesehen, da einem einheitlichen demokratischen Deutschland, dem in dieser Periode realen und unmittelbaren Kampfziel der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, wieder die Häfen von Bremen, Hamburg, Kiel und Lübeck zur Verfügung gestanden hätten.

Die Erfüllung des Fünfjahrplans erforderte große Anstrengungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, das durch den Krieg stark zerstört worden war. Besonders wichtig waren der Wiederaufbau und die Erweiterung des Streckennetzes der Deutschen Reichsbahn, auf die der größte Teil aller Transportleistungen im Güterverkehr ent-

fiel. Von 1949 bis 1955 erhöhten sich die Gütertransporte der Eisenbahn nahezu auf das Doppelte. Durch die Vergrößerung des Fahrzeugparks und die Ausbesserung von Straßen und Brücken konnten auch die Leistungen des Kraftverkehrs gesteigert werden. Die Seeschiffahrt und die zivile Luftflotte mußten völlig neu aufgebaut werden. Der DDR stand zunächst nur ein Handelsschiff zur Verfügung: die am 13. Oktober 1950 in Dienst gestellte „Vorwärts". Am 29. April 1952 lief in Rostock das erste Hochseehandelsschiff der DDR, die „Frieden", vom Stapel. Bis Ende 1955 erhöhte sich der Bestand der Handelsflotte auf neun Schiffe mit insgesamt 10 316 Bruttoregistertonnen. In den letzten Jahren des Fünfjahrplans wurde auch der Flugverkehr aufgenommen. Die im Mai 1954 gegründete Deutsche Lufthansa (später Interflug) konnte am 16. September 1955 ihren ersten offiziellen Flug durchführen.

Neben der Errichtung von Industriewerken und der Wiederherstellung des Verkehrswesens wurde der planmäßige Wiederaufbau der zerstörten Städte, besonders der Zentren der Großstädte, weitergeführt. Eine große Rolle spielte dabei das Nationale Aufbauprogramm zum Neuaufbau Berlins. Einem Aufruf des Zentralkomitees der SED folgend, konstituierte sich am 22. Dezember 1951 im Neuen Stadthaus in Berlin unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Lothar Bolz das Nationale Aufbaukomitee zum Neuaufbau Berlins. Das Nationale Aufbauwerk (NAW), dessen Träger die Nationale Front war, wurde bald zu einer Massenbewegung, an der sich Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung beteiligten. In freiwilligen Einsätzen räumten Zehntausende die Trümmer ganzer Straßenzüge beiseite, errichteten Sportstadien, Grünanlagen und Kinderspielplätze. Zwei riesige, später bepflanzte Trümmerberge im Friedrichshain wurden zu einem bleibenden Denkmal für den Aufbauwillen der Berliner Bevölkerung. Auf dem Boden der völlig zerstörten ehemaligen Frankfurter Allee im Osten der deutschen Hauptstadt entstand mit aktiver Unterstützung der Bevölkerung die erste sozialistische Straße in Deutschland, die heutige Karl-Marx-Allee. Bei ihrem Aufbau vollzog sich eine bedeutende Entwicklung der Neuerer- und Wettbewerbsbewegung im Bauwesen. Hier arbeiteten hervorragende Aktivisten wie Paul Sack und Walter Tille. Warschauer Maurer zeigten ihren Berliner Kollegen die Vorteile des Dreier- und Fünfer-Systems beim Mauern. Das „Warschauer Tempo" wurde zu einem geflügelten Wort.

Im Verlaufe des Fünfjahrplans mußte ein weiteres schweres Erbe der Vergangenheit überwunden werden: die ökonomische und kulturelle Zurückgebliebenheit großer Teile der DDR. Während solche Gebiete wie Sachsen, der Raum Halle-Magdeburg und Thüringen zum größten Teil bereits industriell entwickelt waren, gehörten Mecklenburg und weite Teile Brandenburgs zu den rückständigsten Gebieten Deutschlands. Die jahrhundertelange Herrschaft des ostelbischen Junkertums hatte teilweise mittelalterliche Zustände konserviert. Stagnation in der Entwicklung der Produktivkräfte, bewußte Drosselung der industriellen Entwicklung, einseitige Orientierung auf die Landwirtschaft, in der die unmenschliche Ausbeutung der Landarbeiter und Tagelöhner für profitabler galt als der Einsatz moderner Maschinen, politische Rechtlosigkeit der Landbevölkerung, geistiger und physischer Terror gegen jede fortschrittliche Regung, ein primitives Bildungssystem – das waren typische Merkmale dieser Gebiete. „Mecklenburg kommt in der Geschichte immer 100 Jahre zu spät" war zu einem geflügelten Wort geworden.

Nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Wiederherstellung der Volkswirtschaft stand die Arbeiterklasse vor der Aufgabe, diese „Hinterhöfe" des Kapitalismus auszumerzen. Moderne sozialistische Großbetriebe, wie das Eisenhüttenkombinat Ost, große Werften an der Ostseeküste, das Dieselmotorenwerk Rostock und das Fischverarbeitungskombinat Saßnitz, wurden erbaut und damit wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, diese Gebiete ökonomisch, politisch und kulturell umzugestalten und sie allmählich dem Niveau der fortgeschrittenen Gebiete anzugleichen. In diesen neuen industriellen Zentren entstand eine neue Arbeiterklasse. Die Beseitigung des vom Kapitalismus hinterlassenen Gebietsantagonismus eröffnete Millionen von Menschen den Weg zu einem kulturvollen Leben und gehört zu den bleibenden Verdiensten der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Im Kampf um die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans wurden die Werktätigen der DDR tatkräftig von der Sowjetunion unterstützt. Im Mai 1950 übergab die Regierung der UdSSR 23 Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) und am 29. April 1952 weitere 66 SAG-Betriebe an die Regierung der DDR. Darunter befanden sich die Neptunwerft in Rostock, das Elektrotechnische Kombinat in Bitterfeld, die Farbenfabrik Wolfen, sieben Braunkohlenkombinate und sieben Kalikombinate. Die praktischen Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaftsführung, die sich Tausende von Kadern in den SAG-

Betrieben in der Zusammenarbeit mit den sowjetischen Fachleuten angeeignet hatten, waren von großem Nutzen für alle volkseigenen Betriebe in der DDR. Die ehemaligen SAG-Betriebe erfüllten bald vorbildlich ihre Planaufgaben. Sie gingen den anderen Betrieben bei der Einführung sowjetischer Neuerermethoden bahnbrechend voran. Im Sachsenwerk Radeberg zum Beispiel, einem ehemaligen SAG-Betrieb, arbeitete der Dreher Erich Wirth mit großem Erfolg nach dem Schnelldrehverfahren des sowjetischen Drehers Pawel Bykow. In diesem Werk wurden auch zuerst die „Persönlichen Konten" nach dem Vorbild Wladimir Utkins und die Methode Lydia Korabelnikowas zur Materialeinsparung eingeführt.

Die SED und der FDGB riefen die Arbeiterklasse und die Angehörigen der technischen Intelligenz auf, die Methoden der sowjetischen Stachanowarbeiter und Neuerer zu studieren und in allen Betrieben anzuwenden. Auf Anregung des Bundesvorstandes des FDGB führten verschiedene Industriegewerkschaften Beratungen mit Aktivisten und Neuerern durch. Pawel Bykow, Nikolai Rossiski und andere sowjetische Neuerer besuchten die Republik und tauschten mit den Werktätigen der DDR ihre Erfahrungen aus. Der 3. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 20. und 21. Januar 1951 stand unter der Losung: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen." Nach dem Kongreß bildete die Gesellschaft gemeinsam mit dem FDGB Gruppen zum Studium der sowjetischen Erfahrungen in den Betrieben der DDR. Von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurde die „Kleine Bücherei" und vom FDGB die „Bibliothek der Aktivisten" herausgegeben. Viele Werktätige konnten sich dadurch mit sowjetischen Neuerermethoden vertraut machen.

Bald arbeiteten Tausende von Werktätigen in der DDR nach sowjetischen Neuerermethoden. So wurden das Schnelldrehen, das Schnellschmelzen von Stahl, das Schnellwalzen, die Losinski-Methode der Betriebsabrechnung und andere Methoden eingeführt. Einer statistischen Zusammenstellung der IG Metall zufolge erzielten allein im Dezember 1951 6297 Arbeiter durch Schnellzerspanung nach sowjetischem Vorbild Einsparungen in Höhe von mehr als 288 000 DM. Die Anwendung der von A. I. Losinski ausgearbeiteten Methode der Betriebsabrechnung durch den Hauptbuchhalter Gerhard Opitz in einem Oscherslebener Betrieb im Februar 1951 führte zu einer Verkürzung der Betriebsabrechnung von ursprünglich 25 Tagen auf drei

Tage. Bereits nach einem Jahr wurde diese Methode in einer Reihe von volkseigenen Betrieben erfolgreich angewendet.

Die Übernahme sowjetischer Neuerermethoden führte nicht nur zu hervorragenden ökonomischen Ergebnissen. Dadurch konnten auch der Einfluß der jahrzehntelangen Hetze gegen die Sowjetunion und die von der Bourgeoisie gezüchtete nationale Überheblichkeit zurückgedrängt und die Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion gefestigt werden.

Die rasch wachsende Volkswirtschaft der DDR, besonders die Grundstoff- und Schwerindustrie, benötigte zahlreiche hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und andere Spezialisten. Infolge des zweiten Weltkrieges war der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Industrie von etwa 50 Prozent im Jahre 1938 auf etwa 42 Prozent im Jahre 1950 zurückgegangen. Während zahlreiche Angehörige der alten Intelligenz an der Seite der Arbeiterklasse mitgeholfen hatten, die Kriegsfolgen zu beseitigen und eine Friedenswirtschaft aufzubauen, waren dennoch nicht wenige dem Druck und den Verlockungen des Westens erlegen und hatten ihren gesicherten Arbeitsplatz in der DDR verlassen und arbeiteten wieder für die Monopole.

Die Arbeitskräfte zu qualifizieren und eine der Arbeiterklasse und dem Sozialismus ergebene Intelligenz auszubilden, war deshalb eines der grundlegenden Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus. Gleichzeitig war es notwendig, die alte Intelligenz für die Mitarbeit zu gewinnen und sie geduldig und beharrlich davon zu überzeugen, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiterklasse ist.

Im Fünfjahrplan war vorgesehen, die Zahl des ingenieurtechnischen Personals zu verdoppeln und den Anteil der Gelernten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie auf 75 Prozent zu erhöhen. „Wir müssen also erreichen", sagte Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED, „1. daß die Gelernten ihre Fachkenntnisse erweitern, damit sie auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen;

2. daß die Angelernten zu gelernten Arbeitern werden;

3. daß die Ungelernten sich eine berufliche Qualifikation aneignen und mindestens in die Gruppe der Angelernten aufrücken ... Die Hauptaufgabe ist, lernen, lernen und noch einmal lernen!"[82]

In der DDR entstand eine Atmosphäre des Lernens wie nie zuvor

82 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 382.

in der deutschen Geschichte. Die Delegierten der Freien Deutschen Jugend stimmten auf ihrer 1. Funktionärskonferenz im November 1950 der Forderung Walter Ulbrichts begeistert zu, einen „Feldzug der Jugend zur Aneignung von Wissenschaft und Kultur" zu beginnen. In den Zirkeln zum Erwerb des Abzeichens „Für gutes Wissen" wurden Zehntausende von Mitgliedern der FDJ in den Marxismus-Leninismus und in bedeutende Werke der deutschen und der sowjetischen Literatur eingeführt. Viele Jugendliche, besonders Jungarbeiter, eigneten sich naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse an und machten sich mit den Erfahrungen der Neuerer in der Produktion vertraut. 1951 wurden zahlreiche Betriebsabendschulen der Gewerkschaften, Aktivistenschulen, Konsultationsstellen für den Fernunterricht und andere Formen der Weiterbildung geschaffen. Bereits am 4. Oktober 1950 war in Berlin-Karlshorst die Hochschule für Planökonomie zur Ausbildung leitender Kader für die Planwirtschaft eröffnet worden. Im April 1951 stellte der Ministerrat der Deutschen Akademie der Wissenschaften die erforderlichen Mittel für die Errichtung beziehungsweise den Ausbau von zwölf Forschungsinstituten und Laboratorien zur Verfügung. Die Zahl der Fachschulen in der DDR erhöhte sich von 225 im Jahre 1951 auf 299 im Jahre 1952. Trotz des außerordentlichen Investitionsbedarfs der Volkswirtschaft wurde für Lehr- und Forschungszwecke pro Kopf der Bevölkerung in der DDR weit mehr ausgegeben als jemals zuvor in Deutschland.[83] Von 36 000 Studierenden an den Universitäten und sonstigen Hochschulen der DDR waren im Jahre 1952 16 500 Kinder von Arbeitern und Bauern.

Auf seiner 4. Tagung im Januar 1951 beschloß das Zentralkomitee der SED Maßnahmen, um das mit der demokratischen Schulreform begonnene Erziehungswerk weiterzuführen und das Niveau der Ausbildung an den allgemeinbildenden und Berufsschulen sowie an den Universitäten und Hochschulen zu erhöhen.[84] Damit wurde die sozialistische Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens in der DDR eingeleitet. Nach Beratung mit zahlreichen Wissenschaftlern wurde 1951 die Hochschulreform durchgeführt. Dazu gehörten die Einführung des Zehnmonate-Studienjahres auf der Grundlage einheitlicher Lehrpläne, das obligatorische gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, das vor allem der Vermittlung des Marxismus-Leninismus

[83] 1891: 0,53 Mark; 1928/1929: 3,84 Mark; Westdeutschland 1950/1951: 3,58 DM-West; DDR 1951: 8,32 DM.

[84] Dokument Nr. 28.

diente, der obligatorische Russischunterricht für Studenten, um diesen die Aneignung der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft zu ermöglichen, das System der Zwischenprüfungen und Berufspraktika, die Bildung von Seminargruppen.

Gleichzeitig wurden auf Initiative des Zentralkomitees umfassende Maßnahmen zur Förderung der Intelligenz eingeleitet. Am 12. Juli 1951 beschloß der Ministerrat Richtlinien für die Vergütung der Hochschullehrer und Assistenten, für den Abschluß von Einzelverträgen mit der Intelligenz und für eine zusätzliche Altersversorgung der Wissenschaftler und Künstler. Am 22. Oktober überreichte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht die ersten Einzelverträge an 284 hervorragende Wissenschaftler.

Die außerordentliche Förderung der Intelligenz wurde von vielen Arbeitern und auch von Funktionären der SED und des FDGB nicht sogleich verstanden. Es gab Fälle, daß hochqualifizierte Spezialisten durch Mißachtung und sektiererisches Verhalten in die Arme der imperialistischen Geheimdienste getrieben wurden. Die Parteiführung der SED verurteilte entschieden alle Entstellungen der Politik von Partei und Regierung gegenüber der Intelligenz. Sie betonte wiederholt, daß die Intelligenz entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Leistungen Anspruch auf einen höheren Lebensstandard habe und daß auf Angehörige der alten Intelligenz auch dann kein Zwang ausgeübt werden dürfe, wenn sie noch in bürgerlichem Denken verharrten. Am 27. November 1951 richtete das Zentralkomitee einen Brief an alle Parteileitungen, in dem diese aufgefordert wurden, offen über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Intelligenz zu sprechen und dem falschen Verhalten von Mitgliedern der SED oder der Gewerkschaft entschieden zu begegnen. In dem Brief hieß es: „Im Kampf um die Erfüllung des Fünfjahrplans werden um so größere Erfolge erzielt, je mehr es gelingt, die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse, den Wissenschaftlern und der Intelligenz überhaupt zu vertiefen, um so die wissenschaftlichen Erkenntnisse für die Entwicklung einer neuen Technik im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität auszuwerten."[85]

Der erfolgreiche Beginn der sozialistischen Industrialisierung verstärkte den ökonomischen Einfluß des volkseigenen Sektors auf die Sektoren des Privatkapitalismus und der einfachen Warenproduktion in der Volkswirtschaft der DDR und festigte die politischen Beziehun-

85 Dokumente der SED, Bd. III, S. 658.

gen und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, das W. I. Lenin als das höchste Prinzip der Diktatur des Proletariats bezeichnet hatte.

3. Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft

Im Beschluß des III. Parteitages der SED wurde in bezug auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern festgestellt: „Das Bündnis mit den Bauernmassen kann sich nicht mehr allein auf die vor fünf Jahren erfolgte Bodenverteilung begründen. Wenn die werktätigen Bauern sehen, daß die MAS, die volkseigenen Güter und besonders die volkseigene Industrie alles tun, um die neuen wachsenden Bedürfnisse der werktätigen Bauern zu befriedigen, werden sie der Arbeiterklasse folgen."[86]

Im Mittelpunkt der Politik der Partei auf dem Lande standen nach dem III. Parteitag vor allem drei Ziele: 1. die ständige Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion; 2. die Stärkung der demokratischen Kräfte im Dorfe und 3. die allmähliche, auf eigene Erfahrungen gestützte Heranführung der Bauern an die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Die Konzeption der Partei bestand darin, unter Beibehaltung der bisherigen Landwirtschaftspolitik zu höheren Erträgen zu kommen und gleichzeitig die Elemente des Sozialismus auf dem Lande zu stärken. Diese umsichtige und weitschauende Politik sicherte das zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft bestehende Bündnis. Weder die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland noch reaktionäre Elemente auf dem Dorfe fanden eine Möglichkeit, die Bauernschaft für ihre konterrevolutionären Ziele zu gewinnen und sie gegen die Arbeiterklasse auszuspielen. Durch materielle und ideologische Mittel wurden die werktätigen Bauern systematisch an die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft herangeführt.

Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft war eine wesentliche Voraussetzung, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken und die nationale Politik der SED in ganz Deutschland zum Siege zu führen. Das Beispiel der DDR

[86] Ebenda, S. 100/101.

zeigte den werktätigen Bauern in Westdeutschland, daß die Arbeiterklasse, wenn sie zur Macht gelangt ist, nicht daran denkt, die Bauern zu enteignen – wie ihre Gegner behaupten –, sondern daß sie alles tut, damit sich der Wohlstand der werktätigen Bauern ständig erhöht und diese ohne Furcht vor dem morgigen Tag ihre Arbeit verrichten können. Ebenso wie in der Industrie konnte die SED auch in ihrer Landwirtschaftspolitik nicht auf der Stelle treten. Um die Positionen der friedliebenden Kräfte im Wettbewerb mit dem kapitalistischen System in Westdeutschland zu festigen, war es vor allem nötig, den Einfluß der Arbeiterklasse auf dem Lande unablässig zu erhöhen. Gleichzeitig mußte die Arbeiterklasse darauf vorbereitet sein, daß die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland und die inneren Bedingungen der DDR den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlich machten.

Die SED konzentrierte sich besonders auf den Ausbau der Maschinenausleihstationen (MAS) sowie auf die Förderung der volkseigenen Güter (VEG) und des staatlichen Handels.

Die MAS verwirklichten die Produktionshilfe der Arbeiterklasse für die Bauernschaft. Über sie erfolgte die staatliche Anleitung und Führung der Bauern. Am 14. Dezember 1950 beschloß der Ministerrat die Verordnung über die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Maschinenausleihstationen in den fünf Ländern der DDR. Die MAS, seit Frühjahr 1949 gemischt staatlich-genossenschaftliche Betriebe, wurden damit zu festen Bestandteilen des volkseigenen Sektors der Volkswirtschaft. In den Vereinigungen Volkseigener Maschinenausleihstationen, die dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstanden, waren alle MAS, Werkstätten und MAS-Schulen zusammengefaßt.

Die Regierung der DDR stellte für den Ausbau der MAS in den Jahren 1950 bis 1952 Investitionsmittel in Höhe von 432,5 Millionen DM zur Verfügung. Die Zahl der Traktoren in den MAS, umgerechnet auf 30 PS, stieg von 8571 im Jahre 1949 auf 22 185 im Jahre 1952. Auch die Zahl der Lastkraftwagen, Maschinen und Geräte erhöhte sich dank dem schnellen Aufbau einer eigenen Schwerindustrie beträchtlich. Während die MAS anfangs ausschließlich Pflugarbeiten, Schälen, Binden und Dreschen ausführten, wurden seit 1951 in wachsendem Umfang auch Pflegearbeiten, Drillen und die Schädlingsbekämpfung übernommen. Die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit schritt schnell voran. Der größere Maschinenpark und die wachsende Aus-

lastung der Traktoren und Großgeräte führten zu einer erheblichen Leistungssteigerung. Die Konzentration der modernen Maschinen und Geräte in den volkseigenen MAS machte die Klein- und Mittelbauern von den Großbauern unabhängig und sicherte trotz einer Reihe von Anfangsschwierigkeiten – ungenügende Belieferung mit Traktoren-Anhängegeräten und Ersatzteilen, mangelhafte Organisation, ungenügende fachliche Ausbildung vieler Traktoristen – bereits unter den Bedingungen der einzelbäuerlichen Produktion eine höhere Auslastung und die bestmögliche Anwendung der technischen Kapazitäten. Gleichzeitig wurden die Bauern mit den modernen Wirtschaftsmethoden vertraut gemacht. Mit dem Ausbau der MAS vergrößerte die Arbeiterklasse ihren Einfluß auf die politische und kulturelle Entwicklung des Dorfes beträchtlich.

Weitere wichtige Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande waren die volkseigenen Güter. Viele VEG produzierten hochwertiges Saatgut und waren vorbildlich in der Zucht- und Nutzviehhaltung. Sie demonstrierten den werktätigen Bauern die Vorzüge der Großproduktion. Obwohl die Ernteerträge in den VEG bei nahezu allen Produkten höher waren als in der gesamten Landwirtschaft, gab es bei einem Teil der VEG noch ernste Mängel in der Arbeitsorganisation und -disziplin, in der Ausnutzung der modernen Technik und bei der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Landwirtschaft. Es bedurfte noch großer Anstrengungen, um das Zurückbleiben dieser volkseigenen Betriebe zu überwinden.

Der weiteren Festigung der Positionen der Arbeiterklasse diente auch die Verwirklichung des „Gesetzes zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten" vom 12. Dezember 1949, das den Landarbeitern in Deutschland zum ersten Mal die gleichen Rechte garantierte wie den Industriearbeitern. Die ländlichen Parteiorganisationen, Vertreter des Staatsapparates, der Gewerkschaften und der Nationalen Front leisteten, unterstützt von Arbeitern aus der Stadt, eine geduldige Aufklärungsarbeit. Oft mußten sie harte Auseinandersetzungen mit reaktionären Elementen auf dem Dorfe führen, um Vorurteile und alte Gewohnheiten bei den Landarbeitern zu überwinden, ihr Klassenbewußtsein zu wecken und ihrer Ausbeutung durch die kapitalistischen Elemente auf dem Dorfe enge Grenzen zu setzen.

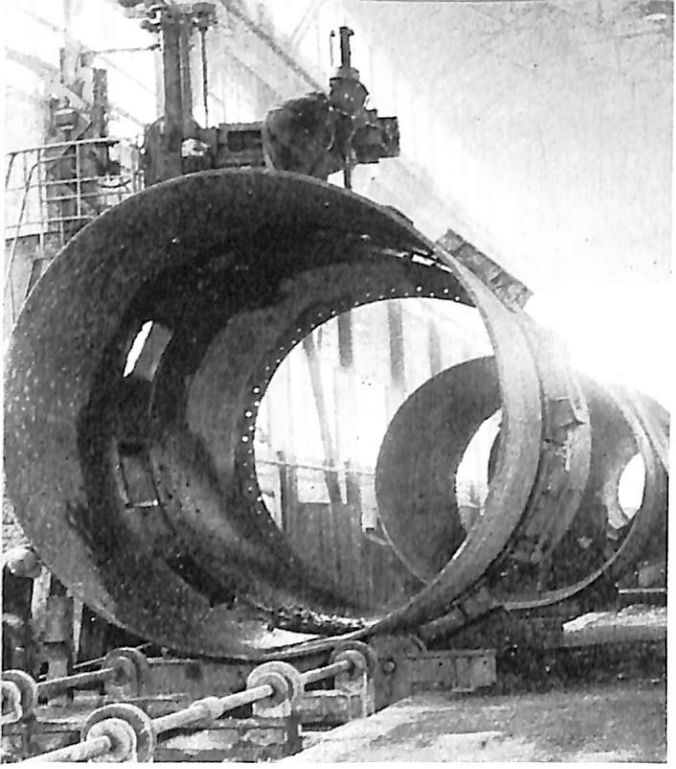
Die Wirtschaften der meisten werktätigen Bauern entwickelten sich in den Jahren 1949 bis 1952 erfolgreich. Bereits 1950 war das Nettoeinkommen der Betriebe bis 15 Hektar auf das Dreieinhalbfache



Die Brigade „Clara Zetkin" im VEB Maschinenfabrik Nagema Halle
wird mit der Wanderfahne der Industriegewerkschaft Metall ausgezeichnet, 21. Dezember 1950



Während des Unterrichts in einer Schule des DFD in Halle, Januar 1951



Blick in die Abteilung Eisenbau
des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa,
Mai 1951

Am 21. Mai 1951 wird im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa
der erste Betriebskollektivvertrag der DDR unterzeichnet. Beratung des Vertrages



Sind Sie g e g e n
die Remilitarisierung
und f ü r
den Abschluss eines
Friedensvertrages
im Jahre 1951 ?

Ich stimme :

nein

Kollege !
Reiße den Teil ab, der
Deine Meinung wieder-
gibt und stecke ihn
in die Urne
Sage der Bonner Regie-
rung Deine Meinung !

Sind Sie g e g e n
die Remilitarisierung
und f ü r
den Abschluss eines
Friedensvertrages
im Jahre 1951 ?

Ich stimme mit :

ja

Stimmzettel des Braunschweiger Volksbefragungsausschusses
für die in Westdeutschland verbotene Volksbefragung gegen Remilitarisierung
und für den Abschluß eines Friedensvertrages, 1951



Losungen in Frankfurt (Main)



Kundgebung junger westdeutscher Metallarbeiter in der Nähe von Frankfurt (Main) gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, 3. Juni 1951



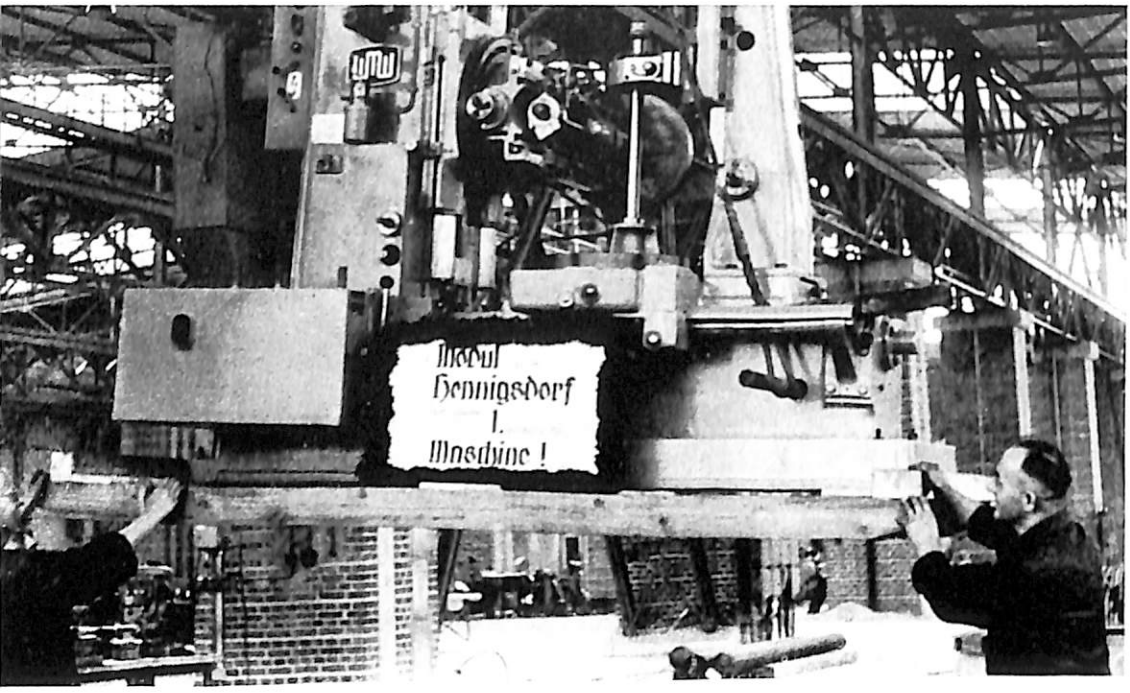
Einwohner von Werl bei Soest protestieren gegen den Bau eines amerikanischen Militärflugplatzes, Oktober 1951



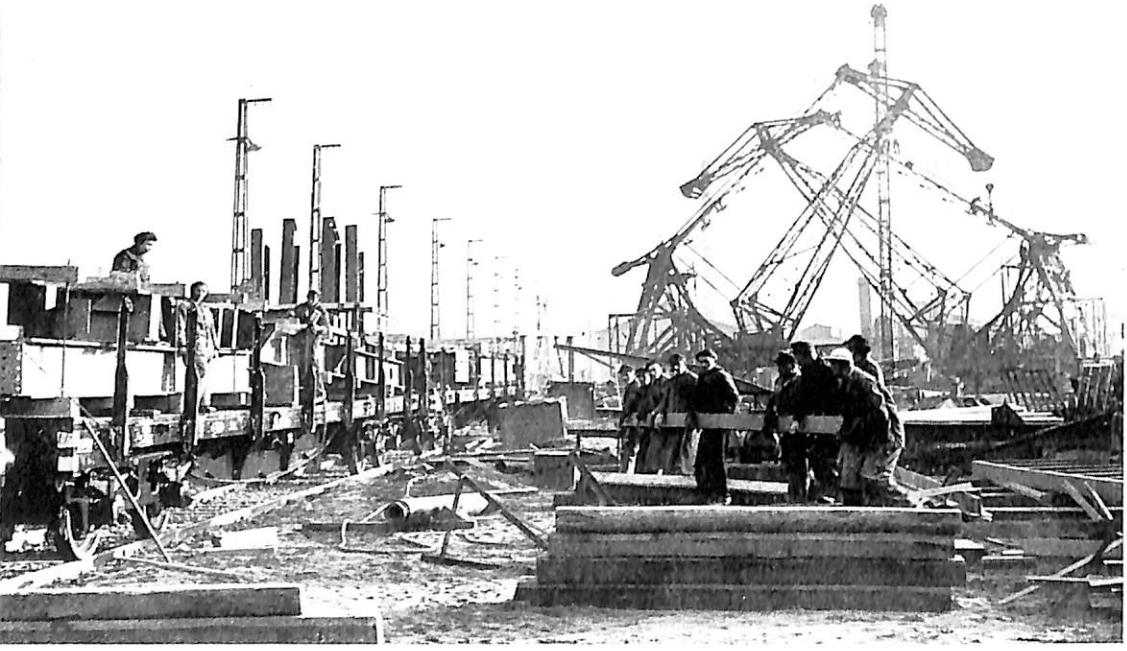
Demonstration
während der III. Weltfestspiele
der Jugend und Studenten
in Berlin,
12. August 1951



Treffen zum „Tag der jungen Mädchen" während der III. Weltfestspiele
der Jugend und Studenten in Berlin, 9. August 1951



Die erste Maschine verläßt den neuerbauten VEB Modul in Chemnitz, 31. Juli 1951



Verladen von Krananlagen im VEB Kranbau Eberswalde, Dezember 1951



Blick auf die Delegation der DDR zur Tagung des Zweiten Politischen Ausschusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris.
Erste Reihe v. l. n. r.: Anton Ackermann, Lothar Bolz, Friedrich Ebert und Otto Nuschke, Dezember 1951



Gründung des Nationalen Aufbaukomitees zum Neuaufbau Berlins.
Es spricht der Präsident des Komitees, Lothar Bolz, 22. Dezember 1951



Aufbau in der Berliner Innenstadt, 1952

gegenüber 1946 gestiegen. Die Mehrheit der Neubauern hatte ihre Wirtschaften konsolidiert, manche waren zu wohlhabenden Mittelbauern geworden. Bis Dezember 1951 wurden mehr als 90 000 Neubauernhöfe errichtet. Von den bis Mitte 1950 beanspruchten Krediten waren bis dahin bereits 50 Prozent gestrichen worden. Die ausdauernde Arbeit der werktätigen Bauern und Bäuerinnen und die Hilfe durch die Arbeiterklasse, die auch materielle Opfer nicht scheute, um das Bündnis mit den Bauern zu festigen, führten zu einer beträchtlichen Verbesserung der materiellen Lebenslage der werktätigen Bauern. Auch die großbäuerlichen Betriebe erholten sich. Sie beschäftigten 1950 wieder soviel Arbeitskräfte wie vor dem Krieg. Der Bestand an Schweinen und Kühen hatte zugenommen. Die Tierzucht lag nach wie vor meist in den Händen von Großbauern.

Die von der SED und der Regierung ausgearbeitete Landwirtschaftspolitik, vor allem der Ausbau der MAS, setzte einer erneuten kapitalistischen Differenzierung auf dem Dorfe Grenzen. Da die größeren Maschinen nicht mehr zur Ausbeutung der Klein- und Mittelbauern benutzt werden konnten, wurde der Entwicklung kapitalistischer Elemente ein Riegel vorgeschoben. Außerdem sicherten die Festlegung des Ablieferungssolls nach der Hektargröße der einzelnen Wirtschaften im Frühjahr 1950 und der Aufbau eines weitverzweigten staatlichen Handelssystems in den Jahren 1949 bis 1951 die festen Warenbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern. Die Spekulation und die Übervorteilung der Bauern durch kapitalistische Elemente wurden damit allmählich beseitigt.

Die werktätigen Bauern der DDR hatten sich mit Unterstützung der Arbeiterklasse in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und in den bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG) bedeutende demokratische Massenorganisationen geschaffen. Ende 1950 hatte die VdgB 539 000 Mitglieder. Die VdgB und die ländlichen Genossenschaften wurden zu wichtigen Stützpunkten der Demokratie und zu Schulen der solidarischen Hilfe im Dorf. In ihrer Landwirtschaftspolitik knüpfte die SED an die Traditionen des genossenschaftlichen Handels bei den deutschen Bauern an und gab diesen einen neuen Inhalt. Dabei war es sehr schwer, den Einfluß der reaktionären Kräfte, meist ehemaliger Gutsverwalter, früherer Mitglieder des Stahlhelms und anderer reaktionärer Verbände, in der VdgB und in den ländlichen Genossenschaften zurückzudrängen. Durch wirtschaftlichen Druck, mit Demagogie und Intrigen versuchten diese reaktio-

nären Elemente, sich die Bauern gefügig zu machen. Vor allem in den aus der Zeit vor 1945 übernommenen Raiffeisengenossenschaften verfügten die reaktionären Kräfte noch über einflußreiche Positionen. Sie erhielten oft von den nach Westdeutschland geflüchteten Großhändlern und Großgrundbesitzern ihre Störaufträge. Sollte das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern weiter gefestigt werden, mußte der Einfluß dieser Kräfte endgültig beseitigt werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege wurde nach langen und oft erbitterten Auseinandersetzungen am 20. November 1950 mit dem Zusammenschluß der VdgB und der Dorfgenossenschaften zur VdgB (BHG) getan.

Gemeinsam mit der VdgB und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands förderten die SED und die Staatsmacht die Entwicklung vielfältiger Formen der gegenseitigen Hilfe und gemeinschaftlichen Arbeit, wie der Drusch-, Rode-, Hüte- und Viehzuchtgemeinschaften. Nach dem III. Parteitag der SED begannen die örtlichen Organe und die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit der Ausarbeitung von Dorfwirtschaftsplänen. In vielen Dörfern wurden auf der Grundlage des „Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Gleichberechtigung der Frau" Kinderkrippen und -gärten, Waschstützpunkte und Nähstuben eingerichtet. Diese Maßnahmen trugen dazu bei, das Leben der Bäuerinnen zu erleichtern. Auf diese Weise wurde das Denken der Bauern allmählich verändert; sie gewöhnten sich an die gemeinschaftliche Arbeit, lernten deren Vorzüge erkennen und wurden aufgeschlossener für sozialistische Ideen.

Viel wurde von Partei und Regierung getan, um das Bildungswesen und die Kultur auf dem Lande zu fördern. Das Schulwesen wurde beträchtlich ausgebaut. An die Stelle ein- und zweiklassiger Dorfschulen traten Zentralschulen, die der heranwachsenden Generation eine hohe Bildung vermittelten. Um die Erkenntnisse der fortgeschrittenen Agrarwissenschaft und -technik zu verbreiten, wurden mit Hilfe der Freien Deutschen Jugend Klubs Junger Agronomen und Mitschurin-Zirkel gebildet.

Im Oktober 1951 wurde die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gegründet, die es als ihre Aufgabe ansah, die Erkenntnisse der Agrarwissenschaft in den Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts zu stellen.

Die Fortschritte bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zeugten von der Richtigkeit der Bündnispolitik der SED. Sowohl

in der Feldwirtschaft als auch in der Viehwirtschaft wurde der Vorkriegsstand überschritten. Im Vergleich zu 1936 stieg bis 1951 der Bestand an Rindern um 12 Prozent und der an Schweinen um 11 Prozent. Die Erträge an Getreide und Hülsenfrüchten erhöhten sich 1951 gegenüber 1950 um 28 Prozent, die an Ölfrüchten um 35 Prozent und die an Hackfrüchten um 13 Prozent. Der Schweinebestand nahm in dieser Zeit um ein Viertel, der Bestand an Kühen um 12 Prozent zu.

Diese Entwicklung widerlegte eindeutig die ständigen Prognosen der Imperialisten und ihrer Ideologen vom „Zusammenbruch der Landwirtschaft" in der DDR. Die meisten werktätigen Bauern stimmten der Friedenspolitik der Regierung der DDR zu und erkannten die führende Rolle der Arbeiterklasse an. Durch ihre eigenen Erfahrungen hatten sie sich davon überzeugt, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht konsequent ihre Lebensinteressen vertritt. Die werktätigen Bauern waren selbstbewußter geworden; ihr demokratisches Bewußtsein war gewachsen. Bei den fortgeschrittensten Bauern wurde die Ideologie des Kleineigentümers allmählich von sozialistischen Ideen verdrängt. Ebenso wie bei den fortgeschrittensten Landarbeitern begann bei ihnen der Entschluß zu reifen, zu einer höheren Form der Arbeit, zur genossenschaftlichen Großproduktion, überzugehen.

4. Die Weiterführung der kulturellen Umwälzung

Die Bewältigung der großen Aufgaben des ersten Fünfjahrplans erforderte Menschen mit einer neuen Einstellung zur Gesellschaft und zur Arbeit, die dem Neuen Bahn brechen konnten. Darum mußten die Traditionen der proletarischen Kultur und die besten Errungenschaften der demokratischen humanistischen Kultur erhalten und gepflegt werden. Zugleich galt es, die Elemente der sozialistischen Kultur und Kunst zu fördern. Diese Aufgabe war von großer Bedeutung für die Geschicke der deutschen Kultur, da die Kulturpolitik der Bundesrepublik in wachsendem Maße unverhüllt antihumanistischen Charakter annahm. Die DDR mußte zum Träger der neuen deutschen nationalen Kultur werden.

Auf Initiative der SED führte der Arbeiter-und-Bauern-Staat bedeutsame Maßnahmen durch, die seine führende Rolle in der nationalen Kulturentwicklung nachhaltig bestätigten. Die Feierlichkeiten

zum Goethe-Jahr 1949, zum Bach-Jahr 1950 und zum Beethoven-Jahr 1952 waren überzeugende Beweise für die Wahrung, Pflege und Fortentwicklung der großen klassischen künstlerischen Traditionen im Namen und zum Wohle des ganzen Volkes. Im Jahre 1950 wurde die Deutsche Akademie der Künste ins Leben gerufen, deren Hauptaufgabe darin bestehen sollte, die großen humanistischen Werte der deutschen Kultur dem werktätigen Volk zu erschließen. Ein Jahr später wurde zur Erforschung der baugeschichtlichen Traditionen und zur wissenschaftlichen Ausarbeitung der Perspektiven und Entwicklungswege des Bauwesens die Deutsche Bauakademie gegründet. Zur Zusammenfassung und Leitung der gesamten staatlichen Arbeit auf künstlerischem Gebiet wurde auf Beschluß des Ministerrats vom 12. Juli 1951 die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten gebildet. Die Kunstschaffenden bildeten Fachverbände zur schöpferischen Erörterung ihrer Probleme und Aufgaben. So entstanden der Deutsche Schriftstellerverband, der Verband Bildender Künstler Deutschlands, der Verband Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler und andere Vereinigungen. Eine besondere Maßnahme, die von der neuen Qualität der Kulturpolitik der SED zeugte, war die Eröffnung des Zentralhauses für Laienkunst in Leipzig im Jahre 1952. Es hatte die Aufgabe, die künstlerischen Fähigkeiten und Begabungen der Werktätigen zu fördern.

Einen großen Aufschwung nahm die Kulturarbeit der Gewerkschaften. Der 3. Kongreß des FDGB beschloß ein Arbeitsprogramm für die kulturelle Massenarbeit. Es sah vielfältige Maßnahmen vor, um Kultur und Kunst den Werktätigen nahezubringen. Die Gewerkschaften übernahmen die Leitung der Kulturarbeit in den volkseigenen Betrieben, Maschinenausleihstationen und staatlichen Verwaltungen. In zahlreichen Betrieben entstanden auf Initiative des FDGB Kultur- und Klubhäuser. Im April 1951 schloß der FDGB mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dem Kulturbund, der FDJ, dem Deutschen Sportausschuß, der Deutschen Volksbühne, dem Deutschen Schriftstellerverband und dem Verband Bildender Künstler eine Vereinbarung über das engere Zusammenwirken in der kulturellen Massenarbeit ab.

Es entstand ein ganzes System staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen zur allseitigen Entwicklung und Förderung einer neuen Volkskultur. Noch nie zuvor in der Geschichte Deutschlands waren für den kulturellen Aufschwung der Volksmassen so günstige mate-

rielle Bedingungen gegeben. Unter Führung der SED errichtete der Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Zeit des ersten Fünfjahrplans ein festes Fundament für das Aufblühen der Kultur.

Dabei erschwerte die offene Grenze zum imperialistischen System die Kulturrevolution in der DDR beträchtlich. Systematisch und ununterbrochen suchten die Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht gerade auf kulturellem Gebiet in der DDR Positionen zu erobern. Der Einfluß des USA-Imperialismus wirkte sich unmittelbar auf die kulturelle Entwicklung in Westdeutschland aus. In Kunst, Literatur und Musik verbreiteten sich dekadente Strömungen und andere Erscheinungen des kapitalistischen Kulturverfalls. Von staatlicher Seite nach Kräften gefördert, übten sie eine zersetzende und zerstörende Wirkung auf die demokratischen und humanistischen Kräfte des Kulturlebens in Westdeutschland aus. Die Reaktion im Bereich der Kultur richtete sich besonders gegen die nationalen Elemente und Werte der Kultur. Unter der Flagge des „Kosmopolitismus" forderten Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie die Aufhebung der „nationalen Begrenztheit" in Kultur und Kunst. Damit sollte das Streben des amerikanischen Imperialismus nach der Weltherrschaft ideologisch unterstützt und gerechtfertigt werden.

Schädliche imperialistische Einflüsse drangen auch in das Kulturleben der DDR ein und wurden von feindlichen Kräften zu dem Versuch benutzt, die Arbeiter-und-Bauern-Macht ideologisch zu unterhöhlen. Verfechter dekadenter, formalistischer Auffassungen fanden sich besonders in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR in Redaktionen von Kunstzeitschriften, an Kunsthochschulen und ähnlichen Einrichtungen. Sie negierten die aktive gesellschaftliche Rolle der Kunst, lehnten das Anknüpfen an Vorbilder der Vergangenheit ab und vertraten die Auffassung, daß die Bedeutung eines Kunstwerkes hauptsächlich in seiner Form, die vom Inhalt losgelöst wurde, bestehe. Insbesondere auf dem Gebiet des bildkünstlerischen Schaffens wirkten sich solche Theorien überaus hemmend aus. Die Auseinandersetzung mit solchen reaktionären Theorien und Ideen in der Kunst wurde zur unumgänglichen kulturpolitischen Aufgabe.

Die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 15. bis 17. März 1951 war Ausdruck der großen Auseinandersetzung mit allen Versuchen und Bestrebungen, die Hinwendung der Kunst zum sozialistischen Realismus aufzuhalten. Die Partei gab den Kunstschaffenden eine klare Orientierung für den weiteren Weg der Kultur. Sie rief die

Künstler auf, von den bedeutenden Werken des sozialistischen Realismus in der Sowjetunion zu lernen und gleichzeitig die gewaltige Bedeutung des klassischen Erbes zu erkennen, es zu studieren und unter den neuen Bedingungen weiterzuentwickeln. Vor allem forderte die Partei, Literatur und Kunst eng mit den aktuellen nationalen Aufgaben zu verbinden.[87]

Eine wichtige Rolle bei der richtigen Erkenntnis der Aufgaben der Kunst spielten damals die in der Presse, besonders in den Zeitungen „Neues Deutschland" und „Tägliche Rundschau", geführten Diskussionen um die schöpferische Kraft des Realismus, um das Typische in der Kunst, um das kulturelle Erbe und andere Probleme. Es gab in diesen Diskussionen, wie auch späterhin noch in der Kunst- und Literaturkritik, auf der Suche nach dem richtigen Weg, nach der künstlerischen Gestaltungsweise, die der Größe der geschichtlichen Aktion des Volkes angemessen war, sektiererische Überspitzungen, dogmatische Einengungen und Verzerrungen. Jedoch entsprach die Grundlinie der auf Initiative der Partei geführten Diskussion um die zentralen Fragen der Kunst, die damals große Schichten der Werktätigen überhaupt an die Probleme der Kunst heranführte, den objektiven Gesetzmäßigkeiten der kulturellen Umwälzung in der DDR und förderte den allmählichen Übergang zur sozialistischen Kulturrevolution.

Der Kampf der Partei um eine realistische, volksverbundene Kunst zeitigte schon bald positive Wirkungen. Ansätze für die künstlerische Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Themen zeigte die erste große Kunstausstellung nach Gründung der DDR, die Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden" Ende 1951. Ihre besten Werke verkörperten wesentliche Züge des neuen ästhetischen Ideals, des neuen Menschenbildes, wie es sich beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung herausbildete.

Die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans, besonders der Aufbau einer schwerindustriellen Basis, erforderte gebieterisch die Hinwendung der Kulturschaffenden zu den neuen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens. Die neuen moralischen Qualitäten der werktätigen Menschen, die sich in der täglichen Arbeit, im Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um die Verbesserung des Lebens zu formen begannen, das sich festigende demokratische Nationalbewußtsein, die neue historische Stellung der Werktätigen in der DDR im

[87] Dokument Nr. 30.

Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus – alle diese neuen Momente im gesellschaftlichen Leben erheischten auch ihre künstlerische Gestaltung.

Eine ganze Anzahl von Schriftstellern und Künstlern begann sich mit diesen Problemen zu befassen und suchte engere Verbindung zum Leben, zu den Brennpunkten des wirtschaftlichen Aufbaus. Das war noch keineswegs eine Massenbewegung unter den Kulturschaffenden. Vorerst erkannten nur die am weitesten fortgeschrittenen, bewußtesten Künstler die Aufgaben der Zeit. Doch es entstanden in diesem Prozeß bereits Werke, die eine neue Qualität in der Kunstentwicklung verkörperten. Die Künstlerin Lea Grundig arbeitete in Stahlwerken und Kohlengruben und schuf 1951 mit ihrem Zyklus „Kohle und Stahl für den Frieden" ein bahnbrechendes Zeugnis des sozialistischen Realismus in der Graphik. Der Maler Oskar Nerlinger arbeitete monatelang auf dem Bauplatz des Eisenhüttenkombinats Ost ebenso wie der Schriftsteller Hans Marchwitza, dessen 1954 erschienener Roman „Roheisen" ein künstlerisches Dokument jenes Elans darstellt, der die Werktätigen der DDR beim Aufbau des neuen Lebens beseelte. Otto Gotsche, der selbst in einer Bodenreformkommission mitgearbeitet hatte, wählte als erster die gesellschaftlichen Umwandlungen auf dem Lande als Stoffgrundlage eines epischen Werkes, des Ende 1949 erschienenen Romans „Tiefe Furchen". Eduard Claudius gestaltete in dem 1951 erschienenen Roman „Menschen an unserer Seite" am Beispiel des Ofenmaurers Hans Garbe in künstlerisch eindrucksvoller Weise die neuen menschlichen Beziehungen und die Konflikte in einem volkseigenen Betrieb. Mit den Werken von Eduard Claudius, Otto Gotsche und Hans Marchwitza begann der Vorstoß der Romanschriftsteller der DDR zur Gegenwartsthematik.

Im Kampf um eine realistische Kunst spielte die Orientierung auf das Vorbild der Sowjetunion eine besondere Rolle. Zahlreiche große sowjetische Kunstausstellungen, die zur fruchtbringenden Tradition wurden, von der ersten großen Ausstellung 1949 und sodann anläßlich der Weltfestspiele 1951, von der bedeutenden Ausstellung russischer vorrevolutionärer und sowjetischer Kunst 1953 bis zu Ausstellungen von Werken einzelner Künstler, trugen dazu bei, daß die Künstler ein neues Verhältnis zur Wirklichkeit gewannen und ihnen ihre Verantwortung für ihr eigenes Schaffen gegenüber dem Volk stärker bewußt wurde. Durch ihre Volksverbundenheit, ihre Lebensbejahung und die Weite ihrer Thematik förderte die sowjetische Kunst die

Hinwendung vieler Kulturschaffender der DDR zum sozialistischen Realismus.

Für den Aufschwung des kulturellen Lebens vor allem der Jugend besaßen die großen nationalen und internationalen Demonstrationen und Treffen wie die Deutschlandtreffen der Freien Deutschen Jugend 1950 und 1954 und vor allem die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 in Berlin große Bedeutung. Besonders die Weltfestspiele waren ein bedeutsames Ereignis, bei dem die junge deutsche progressive Kultur tiefe Wirkung auf die Jugend anderer Länder ausübte.

Mit der Errichtung der ersten Gebäude in den zerstörten Stadtzentren von Berlin, Dresden, Leipzig, Rostock und anderen begann die Neugestaltung der Städte. In diesen Bauten, an deren Herstellung sich die Bevölkerung im Nationalen Aufbauwerk unmittelbar beteiligte, kam der Wille der befreiten Arbeiterklasse zum Ausdruck, in schönen und modern gestalteten Städten und Wohnungen zu leben.

Große künstlerische Leistungen, die wesentlichen Anteil an der patriotischen Erziehung, an der Bewußtseinsbildung der Menschen hatten, vollbrachten die Besten der Schriftsteller, Dichter und Komponisten. Johannes R. Becher schrieb in Zusammenarbeit mit Hanns Eisler, der die Musik komponierte, die Nationalhymne der DDR und neue Deutsche Volkslieder. Von Johannes R. Becher erschienen 1951/52 weiterhin „Glück der Ferne – leuchtend nah", die „Deutschen Sonette" und andere Dichtungen. Bertolt Brecht veröffentlichte „Hundert Gedichte", den „Herrnburger Bericht", „Erziehung der Hirse"; Willi Bredel schrieb 1950 seine Erzählung über den raschen gemeinschaftlichen Wiederaufbau eines durch Unwetter zerstörten Dorfes „Fünfzig Tage". Erwin Strittmatter trat 1950 mit einem Werk über die Wandlungen unter der Bauernschaft, dem Roman „Ochsenkutscher", hervor. Als einer der ersten schreibenden Arbeiter, denen erst der Arbeiter-und-Bauern-Staat alle Möglichkeiten gab, ihre Begabung zu entfalten, veröffentlichte Theo Harych 1951 den autobiographischen Roman „Hinter den schwarzen Wäldern". 1952 folgte sein Roman „Im Geiseltal", der die Klassenkämpfe der zwanziger Jahre im Merseburger Braunkohlengebiet schilderte. Erich Weinert nahm in „Cameradas" (1951) das Erlebnis des Spanienkrieges wieder auf. Es entstanden Bühnenwerke, die unmittelbar in die Entwicklung des Bewußtseins der Werktätigen eingriffen, wie Friedrich Wolfs „Bürgermeister Anna" und Gustav von Wangenheims „Du bist der Richtige".

Anläßlich der 750-Jahr-Feier des Mansfelder Kupferbergbaus am

2. September 1950 wurde das von Stephan Hermlin und Ernst H. Meyer geschaffene „Mansfelder Oratorium" uraufgeführt. Dieses Werk bewies, daß es möglich ist, überlieferte musikalische Formen überzeugend mit neuem, sozialistischem Inhalt zu füllen. Es wurde zum Vorbild für eine Reihe vokalsinfonischer Werke, die in den folgenden Jahren entstanden. Schriftsteller und Komponisten schufen in fruchtbarer Zusammenarbeit Werke von hohem künstlerischen und kulturpolitischen Wert: die Kantaten „Des Siegs Gewißheit" von Johannes R. Becher und Ernst H. Meyer, „Eisenkombinat Ost" von Ottmar Gerster und Hans Marchwitza und andere Schöpfungen. Auch auf dem Gebiet des Films entstanden Werke, die dem sozialistischen Realismus den Weg bahnten, besonders „Unser täglich Brot" von Slatan Dudow Ende 1949 und ein Jahr später „Rat der Götter" von Kurt Maetzig und Friedrich Wolf.

In den ersten Jahren des Fünfjahrplans wurde somit die kulturelle Umwälzung in der DDR erfolgreich weitergeführt.

5. Die Initiative der Volkskammer und der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED über das Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland

Nachdem die Westmächte und die Bundesregierung im Herbst 1950 die Remilitarisierung Westdeutschlands verkündet hatten und gleichzeitig begannen, die imperialistischen Besatzungstruppen in großem Umfang zu verstärken, traten in Prag die Außenminister der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Staaten am 20. und 21. Oktober 1950 zu einer Konferenz[88] zusammen. Sie berieten über die notwendigen Schritte zur Sicherung des Friedens. Das war die erste internationale Konferenz, an der die Regierung der DDR gleichberechtigt teilnahm. Die Prager Konferenz schlug ein konstruktives Programm zur friedlichen Regelung der Deutschlandfrage vor. Sie forderte die Westmächte auf, zu einer gemeinsamen Politik mit der Sowjetunion im Geiste der Beschlüsse von Jalta und Potsdam zurück-

[88] Dokument Nr. 24.

zukehren, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und ein Jahr nach seiner Unterzeichnung die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen. Damit das deutsche Volk die Möglichkeit erhielt, an der Ausarbeitung des Friedensvertrages mitzuwirken, sollte ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat geschaffen werden, paritätisch aus Vertretern der beiden deutschen Staaten zusammengesetzt. Seine Aufgabe sollte es sein, die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen provisorischen Regierung vorzubereiten.

In Übereinstimmung mit der Erklärung der Prager Konferenz wandte sich Ministerpräsident Otto Grotewohl am 30. November 1950 mit einem Brief an Bundeskanzler Konrad Adenauer[89], in dem vorgeschlagen wurde, Besprechungen zwischen den beiden deutschen Regierungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufzunehmen. Über diesen Vorschlag sollte unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden. Otto Grotewohl wies außerdem auf die Möglichkeit hin, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung schaffen könnte.

Kurz darauf, am 15. Dezember 1950, verabschiedete die Volkskammer der DDR ein Gesetz zum Schutz des Friedens. Gestützt auf Artikel 6 der Verfassung, erklärte es die Kriegspropaganda und die Rassen- und Völkerhetze zu einem der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Deutsche Demokratische Republik gehörte damit zu den ersten Staaten der Welt, in denen die Kriegshetze durch ein besonderes Gesetz unter Strafe gestellt wurde.

Gleichzeitig verstärkte die SED ihre Anstrengungen, die Aktionseinheit der Arbeiter in ganz Deutschland im Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und für die Verständigung der Deutschen herbeizuführen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und die Isolierung der westdeutschen Arbeiter von der Arbeiterklasse in der DDR hemmten den Kampf gegen die Spaltungs- und Kriegspolitik der aggressiven Kreise des Imperialismus am meisten. Nach dem Entstehen von zwei deutschen Staaten und angesichts der unterschiedlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse in beiden Staaten den Kampf führen mußte, galt es, neue Formen und Methoden dafür zu finden, die Aktionseinheit der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbewegung im gesamtnationalen Rahmen herzustellen. Im Oktober 1950 fand in der DDR die erste Konferenz für

[89] Dokument Nr. 26.

Aktionseinheit statt. Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck berieten mit über 600 sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, 150 christlichen und parteilosen Gewerkschaftern und über 400 Mitgliedern der KPD, wie in Westdeutschland der Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne, für die Verteidigung des Friedens und der demokratischen Rechte des Volkes organisiert und wirksam geführt werden kann. Einen Monat später diskutierten in Berlin-Grünau 300 Mitglieder und Funktionäre der SED und der SPD sowie parteilose Arbeiter aus der Hauptstadt der DDR und aus Westberlin über Fragen der Aktionseinheit.

Die Initiative der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten fand in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung ein zustimmendes Echo. Kurt Schumacher jedoch behauptete, der Brief Otto Grotewohls sei nur auf „Befehl Moskaus" entstanden. Die Sowjetunion gehe davon aus, ein einheitliches Deutschland werde es nur geben, „wenn es ... ein von Deutschen bewohntes Stück Rußland"[90] sei. Er lehnte jede Verhandlung mit der Regierung der DDR ab. Dagegen forderten Gewerkschafter, Schriftsteller, maßgebende Politiker in der FDP und selbst der CDU/CSU sowie einige hohe Kirchenführer und mehrere einflußreiche bürgerliche Zeitungen Konrad Adenauer auf, den Brief Otto Grotewohls zu beantworten.

Dadurch wurde die Bundesregierung gezwungen, ihre Taktik des Schweigens aufzugeben, die sie bisher gegenüber Vorschlägen der DDR angewandt hatte. Auf einer Pressekonferenz am 15. Januar 1951 lehnte Konrad Adenauer den Vorschlag Otto Grotewohls ab und verlangte statt dessen die Durchführung „freier" Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament unter „internationaler" Kontrolle. Daraufhin wandte sich die Volkskammer am 30. Januar 1951 mit einem Appell an den Bundestag und schlug diesem vor, gemeinsam einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen, um sich über alle Fragen zu verständigen, die zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen sind. Sie erklärte sich ebenso bereit, über andere von Konrad Adenauer aufgeworfene Fragen, zum Beispiel über die Stärke, Standortverteilung und Bewaffnung der Polizeikräfte, Besprechungen zu führen. Die Volkskammer hob hervor, daß die Vertreter der DDR im Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bevollmächtigt sein werden, gemeinsam mit den Vertretern der Bundes-

[90] Hannoversche Presse, 30. Dezember 1950.

republik die Bedingungen für die Durchführung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen in ganz Deutschland zu beraten, wobei sowohl die Vorschläge der westdeutschen Regierung als auch die der DDR berücksichtigt werden sollten.

Am 5. März 1951 traten die stellvertretenden Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA in Paris zusammen. Sie sollten eine Außenministerkonferenz der vier Mächte vorbereiten, die von der Regierung der UdSSR in einer Note vom 3. November 1950 vorgeschlagen worden war. In dem Notenwechsel mit den Westmächten legte die Sowjetregierung ihren Standpunkt zur Deutschlandfrage dar. Sie erklärte, daß die Entmilitarisierung Deutschlands die wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden in Europa bleibe und auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspreche. Die Remilitarisierung Westdeutschlands stehe im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen und schaffe eine gefährliche Lage. Die Sowjetregierung schlug vor, auf der Konferenz der stellvertretenden Außenminister folgende Fragen zu besprechen: 1. Die Ausführung des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung Deutschlands durch die vier Mächte und die Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands. 2. Den beschleunigten Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und dementsprechend den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland. 3. Die Verbesserung der Lage in Europa und die Einschränkung der Streitkräfte der vier Mächte. Die UdSSR hielt also unvermindert am Potsdamer Abkommen als Grundlage ihrer Deutschlandpolitik fest. Ihr Ziel war und blieb ein einheitliches und demokratisches Deutschland, von dem nie wieder der Frieden in Europa und in der Welt bedroht werden kann. Sie achtete das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und unterstützte seinen Kampf um einen Friedensvertrag und die demokratische Wiedervereinigung.

Die Westmächte weigerten sich, das Deutschlandproblem, vor allem die Remilitarisierung, als selbständigen und vordringlichen Tagungsordnungspunkt zu behandeln. Sie wollten durch die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Paktsystem vollendete Tatsachen schaffen und zeigten keinerlei Neigung, Maßnahmen zur internationalen Entspannung und zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage zu unterstützen. Die Konferenz der stellvertretenden Außenminister endete deshalb nach dreieinhalbmonatigen Verhandlungen ohne Ergebnis. Eine Außenministerkonferenz kam vorerst nicht zustande.

Die Bundesregierung wurde jedoch durch die Vorschläge der DDR und der UdSSR in die Defensive gedrängt. Der Vorwand, mit dem sie ihre ablehnende Haltung weiterhin begründen wollte, daß ein paritätischer Gesamtdeutscher Konstituierender Rat nicht den Größenverhältnissen der beiden deutschen Staaten entspräche, wurde gegenstandslos durch den Vorschlag der Volkskammer der DDR vom 15. September 1951[91]. Die Volkskammer schlug vor, eine gesamtdeutsche Beratung einzuberufen, die nicht an eine paritätische Vertretung beider deutscher Staaten gebunden war. Die gesamtdeutsche Beratung sollte über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung und über den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland verhandeln. Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, wandte sich am 2. November 1951 mit einem Schreiben, das ähnliche Vorschläge enthielt, an den westdeutschen Bundespräsidenten Theodor Heuß.

Die beharrlichen Bemühungen der Sowjetregierung und der Regierung der DDR trieben die herrschenden Kreise in Westdeutschland in die Enge. Es wurde für diese immer schwieriger, sich als Anhänger der Einheit Deutschlands auszugeben. Mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte brachten sie daraufhin die Frage gesamtdeutscher Wahlen vor die United Nations Organization (UNO), die dafür gar nicht kompetent war. Das für die Imperialisten damals noch günstige Kräfteverhältnis in der UNO wollten sie ausnutzen, um ihre imperialistische, auf die Annexion der DDR gerichtete Politik international zu „legalisieren".

Der Zweite Politische Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen lud im Dezember 1951 die Vertreter der beiden deutschen Staaten nach Paris ein. Der Delegation der DDR gehörten Anton Ackermann, Lothar Bolz, Friedrich Ebert und Otto Nuschke an. Auf der Sitzung verlangten die Sprecher der Bundesregierung und des Senats von Westberlin „freie" Wahlen unter den Bajonetten der anglo-amerikanischen Interventionstruppen und unter der „Aufsicht" amerikanischer Satellitenstaaten, darunter solcher Staaten, in denen es noch nie bürgerlich-parlamentarische Wahlen gegeben hatte. Unter diesen undemokratischen Bedingungen und gestützt auf die in den Händen der Monopole befindlichen Organe der Meinungsbildung in Westdeutschland, wollten die herrschenden Kreise der deutschen Bourgeoisie die Bevölkerung der DDR majorisieren und unter das imperialistische

91 Dokument Nr. 36.

Diktat beugen. Ein solcher Standpunkt war mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht und mit der Verantwortung des deutschen Volkes für den Frieden in Europa unvereinbar. Er bestätigte, was die herrschenden Kreise Westdeutschlands in Wirklichkeit unter „freien" Wahlen verstanden, nämlich die kalte Annexion der DDR.

Demgegenüber verteidigten die Vertreter der Regierungsdelegation der DDR, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Lothar Bolz und der Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, Friedrich Ebert, konsequent die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Sie erklärten, daß die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands innere und ureigenste Angelegenheiten des deutschen Volkes sind, die ohne jegliche fremde äußere Einmischung vollzogen werden können und müssen.

Das Auftreten der Vertreter beider deutscher Staaten vor der UNO bestätigte, daß ohne Verständigung der beiden deutschen Staaten eine Wiedervereinigung nicht möglich ist. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die SED, die Regierung der DDR und die Nationale Front beharrlich eine offene demokratische Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus ohne konterrevolutionäre Einmischung von außen anstrebten, während sich die herrschenden Kreise in Westdeutschland auf diesem Wege keine Chancen ausrechneten.

Die scharfen Auseinandersetzungen um die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen und die Ablehnung aller Verständigungsangebote der Regierung der DDR durch die Bundesregierung bestätigten die Feststellung, die das Zentralkomitee der SED am 20. Oktober 1951 traf: „Die Adenauer-Regierung fürchtet gesamtdeutsche Wahlen ... Sie will zunächst die Machtpositionen der ausländischen und westdeutschen Militaristen stärken und an Stelle des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts mit Verhältniswahl ein reaktionäres Wahlrecht setzen. Die Stellungnahme der Adenauer-Regierung zeigt, daß sie gegen gesamtdeutsche Wahlen ist, weil sie gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ist. Die Adenauer-Regierung und die westdeutschen Militaristen überhaupt haben in Übereinstimmung mit dem amerikanischen und englischen Gouverneur erklärt, daß der Anschluß Westdeutschlands an den Atlantikpakt für sie wichtiger ist als die Einheit Deutschlands, das heißt, die militaristischen Kreise nehmen Orientierung auf die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands und einen neuen Krieg."[92]

92 Dokumente der SED, Bd. III, S. 568.

Die Ablehnung aller Verständigungsangebote durch die Bundesregierung bildete die Kehrseite ihrer Politik, Westdeutschland zu remilitarisieren und in das imperialistische Kriegspaktsystem einzubeziehen. Im Oktober 1950 legte der französische Ministerpräsident René Pleven einen Plan vor, der die Schaffung einer „europäischen" Armee mit vollständiger Fusion von Mann und Material unter einer „übernationalen" politischen und militärischen Autorität vorsah. Nach dem Pleven-Plan, der später als EVG-Projekt (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) bekannt wurde, sollten nur diejenigen Staaten, die bereits über nationale Streitkräfte verfügten, neben den „integrierten" Kontingenten noch eigene Truppen behalten. Die deutschen Imperialisten hätten also nach Lage der Dinge alle geplanten Streitkräfte in die EVG eingliedern müssen. Obwohl das nicht völlig ihren Zielen entsprach und sie mit Unterstützung reaktionärer Kreise in den USA an einer regulären NATO-Mitgliedschaft interessiert waren, stimmte Konrad Adenauer am 8. November 1950 dem Pleven-Plan grundsätzlich zu.[93] Er tat das auch mit Rücksicht auf den besonders in Frankreich sehr starken Widerstand gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung. Von der reaktionären Presse wurde die „übernationale Integration" als das beste Mittel dafür ausgegeben, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern. Nachdem der NATO-Rat das EVG-Projekt grundsätzlich gebilligt hatte, begannen am 15. Februar 1951 in Paris unter Teilnahme des westdeutschen Staatssekretärs Walter Hallstein die Verhandlungen über die Aufstellung einer imperalistischen „Europa"-Armee.

Zwei Monate später, am 18. April, unterzeichnete Konrad Adenauer in Paris den Vertrag über die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion). Dieser Vertrag, der auf einen Plan des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Robert Schuman, den sogenannten Schuman-Plan, zurückging, sah den Zusammenschluß der Kohle- und Stahlindustrie der Beneluxländer, der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens zu einer internationalen staatsmonopolistischen Organisation unter Schirmherrschaft der USA vor. Die Montanunion sollte Produktion und Absatz der Erzeugnisse der Montanmonopole der jeweiligen Länder koordinieren und als ökonomische Basis des NATO-Kriegsblocks dienen.

Mit Hilfe internationaler staatsmonopolistischer Organisationen, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, wollten die mächtigsten

93 Dokument Nr. 25.

Monopole ihre Herrschaft im internationalen Maßstab ausdehnen und über alle kapitalistischen Interessengegensätze hinweg die imperialistischen Mächte im Kampf gegen das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterbewegung und die Befreiungsbewegung der Völker zu einem einheitlichen Block zusammenschließen. Gleichzeitig versuchte das internationale Monopolkapital auf diese Weise, die privatkapitalistische Wirtschaftsform den modernen Produktivkräften, die vor allem durch den beschleunigten technischen Fortschritt über die nationalen Grenzen hinausgewachsen waren, anzupassen und die objektive Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens für seine Klasseninteressen nutzbar zu machen. Die Imperialisten konnten jedoch dadurch weder die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus verhindern noch den Vormarsch der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus aufhalten.

Die westdeutschen Montanmonopole erhielten durch den Montanvertrag, der am 25. Juli 1952 in Kraft trat und gleichzeitig das Ruhrstatut aufhob, die Möglichkeit, die bis dahin noch bestehenden Beschränkungen der Produktion von Stahl und die letzten Hindernisse für die Wiedererrichtung ihrer Monopolorganisationen zu beseitigen. Da das oberste Gremium der Montanunion – die Hohe Behörde – über die Wirtschaftspolitik der beteiligten Monopole zu entscheiden hatte, war eine mögliche Einwirkung der Parlamente oder demokratischer Organisationen mit dem Ziel einer Nationalisierung der Montanindustrie außerordentlich erschwert worden.

Die Tatsache, daß die von den deutschen Imperialisten seit Jahrzehnten angestrebte Vereinigung der westeuropäischen Schwerindustrie unter Führung der USA vor sich ging, brachte zum Ausdruck, daß die Positionen des deutschen Imperialismus als Folge des zweiten Weltkrieges um vieles schwächer geworden waren. Die Monopolbourgeoisie an Rhein und Ruhr hoffte jedoch, daß sie, gestützt auf ihr starkes ökonomisches Potential, bald die Vorherrschaft in Westeuropa und damit ein wesentliches Etappenziel ihrer Expansionspolitik erreichen würde. Die Bildung der Montanunion bestätigte gleichzeitig, daß die herrschenden Kreise in den USA den deutschen Imperialismus zu ihrem Hauptverbündeten auserwählt hatten.

Mit den verlogenen Beteuerungen, die EVG schließe ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus aus und mit EVG und Montanunion sei die jahrhundertealte deutsch-französische „Erbfeindschaft" für immer zu Ende, gelang es den deutschen Imperialisten, große Teile

der Bevölkerung zu täuschen. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß der Widerstand gegen die Remilitarisierung nach dem Bekanntwerden des Pleven-Planes in Westdeutschland weiter anwuchs.

Unter dem Motto „Rettet den Frieden" fand am 28. Januar 1951 in Essen eine Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung statt, an der 1700 Delegierte aus allen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands teilnahmen. Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter, Vertreter der Kirchen und des Bürgertums faßten gemeinsam den Beschluß, die Bundesregierung aufzufordern, eine allgemeine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages durchzuführen. Dieser Beschluß fand in der westdeutschen Bevölkerung, besonders in der Arbeiterklasse, ein lebhaftes Echo. Die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung wuchs in die Breite und nahm feste organisatorische Formen an. In vielen Betrieben, Städten und Gemeinden entstanden Volksbefragungsausschüsse. In Hamburg wurde ein Landesausschuß gegründet. Bei den ersten Probeabstimmungen unterzeichneten in Rheinland-Pfalz innerhalb von zwei Tagen 35 000 Männer und Frauen einen Zulassungsantrag für die Volksbefragung.

Überall standen die Kommunisten in der ersten Reihe der Kämpfer gegen die Remilitarisierung. Sie erläuterten den Werktätigen den Zusammenhang, der zwischen der Remilitarisierung, der zunehmenden Arbeitshetze und dem Abbau der Arbeiterrechte bestand. Um die Jahreswende 1950/51 setzten die Zechenherren des Ruhrgebietes willkürlich Sonderschichten fest, um die durch den Koreakrieg hervorgerufene Konjunktur auf dem kapitalistischen Weltmarkt auszunutzen. Die KPD rief die Bergleute auf, die Sonderschichten abzulehnen. An die faschistische Aufrüstung erinnernd, prägte sie die Losung „Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten". Aus anfangs spontanen Abwehraktionen wurde eine bewußte politische Demonstration gegen die Remilitarisierung. Trotz Eingreifens der Polizei, einzelner Verhaftungen und massiver Drohungen der Zechenherren wurden Ende Januar 1951 kaum noch Sonderschichten geleistet.

Zur gleichen Zeit bildeten sich in Braunschweig, München und Nürnberg, in Nordrhein-Westfalen und in anderen Teilen der Bundesrepublik Ausschüsse für Aktionseinheit, denen Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter angehörten. Sie sahen ihre Aufgabe darin, den Kampf gegen die Remilitarisierung zu organisieren. Eine von 400 Arbeitern aus dem Ruhrgebiet Ende Januar

1951 besuchte Konferenz für Aktionseinheit forderte alle sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter auf, jede Rekrutierung für eine neue Armee zu verhindern, kein Kriegsmaterial herzustellen und zu transportieren und den Abtransport der Kohle ins Ausland abzulehnen. Von einer Betriebsversammlung im Hüttenwerk Hagen-Haspe am 5. Februar 1951, an der 2000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen, ging die Anregung aus, gemeinsam mit den französischen Arbeitern eine Europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands einzuberufen. Vom 23. bis 25. März fand diese Konferenz unter Teilnahme von annähernd 900 Delegierten aus 19 europäischen Ländern in der Hauptstadt der DDR statt. In einer Entschließung erklärten die Delegierten, daß weder die Besatzungsmächte noch die Bundesregierung über die Remilitarisierung Deutschlands entscheiden können, sondern daß darüber das deutsche Volk selbst befragt werden müsse. Die Konferenz wählte ein Europäisches Arbeiterkomitee zur Koordinierung der Aktionen gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung.

Mutig setzten sich westdeutsche Jugendliche gegen die Remilitarisierung zur Wehr. Im Februar 1951 landeten sieben junge Patrioten auf der Insel Helgoland, die von der englischen Besatzungsmacht als Übungsgelände für Bombenabwürfe benutzt wurde. Obwohl die Jugendlichen mit Bomben bedroht, gewaltsam von der Insel geschleppt und vor Gericht gestellt worden waren, landeten im April 1951 erneut vier Mädchen und neun Jungen auf Helgoland. Der Gruppe gehörten Mitglieder der Falken, der Freien Deutschen Jugend, der katholischen Jugend, der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendverbände an. Im März 1952 wurde schließlich die Einstellung der Bombenabwürfe erzwungen. Bei Befragungen an westdeutschen Hochschulen und Universitäten sprach sich die Mehrheit der befragten Studenten gegen eine Remilitarisierung aus. Junge Gewerkschafter beteiligten sich besonders aktiv bei Befragungen in Betrieben und Wohngebieten. Das Ausmaß der Volksbewegung kam auch in der wachsenden Aktivität der Frauen zum Ausdruck. Mitglieder des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands und anderer Frauenorganisationen überreichten den Gemeinde-, Kreis- und Landesparlamenten, dem Bundestag, den Bürgermeistern, Landräten und Ministern Forderungen der Frauen, in denen sie gegen die Remilitarisierung und deren Auswirkungen auf das tägliche Leben protestierten.

Vom 3. bis 5. März 1951 tagte der Münchener Parteitag der KPD.

Er rückte den Kampf gegen die Remilitarisierung, für die Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten, für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates und für den Abschluß eines Friedensvertrages in den Mittelpunkt der Tätigkeit der KPD. Der Parteitag forderte alle Organisationen, Leitungen und Mitglieder der KPD auf, tagtäglich für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse einzutreten und das teilweise noch starke Sektierertum in den eigenen Reihen zu überwinden. Das sektiererische Verhalten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern wie auch gegenüber den Bauern und der Intelligenz hemmte den Kampf der KPD für die Aktionseinheit und für die Bildung einer umfassenden Bewegung gegen die Remilitarisierung.

Der Parteitag wertete die Erfahrungen aus, die die Arbeiterklasse bei der Bildung von Aktionsausschüssen gesammelt hatte. Er stellte nachdrücklich fest, daß es notwendig ist, über die Diskussion von Tagesfragen hinauszugehen und Klarheit über die Grundfragen einer echten Arbeiterpolitik und über die Perspektive Deutschlands zu schaffen. Der Parteitag beschloß das Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands, das erste einheitliche Statut der KPD in Westdeutschland seit der Wiederaufnahme der legalen Tätigkeit im Jahre 1945. In einem Manifest an die Bevölkerung Westdeutschlands erklärte die KPD ihr volles Einverständnis mit den Beschlüssen der Essener Tagung vom 28. Januar und versicherte, daß die Kommunisten ihre ganze Kraft für die vorgeschlagene Volksbefragung einsetzen würden. Nach dem Parteitag verstärkten die Kommunisten ihren Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und setzten sich vor allem in den Gewerkschaften noch nachdrücklicher als bisher für gemeinsame Aktionen der Arbeiter ein.[94]

In einem Appell an die vier Großmächte forderte auch der am 17. und 18. März 1951 in Frankfurt (Main) tagende Deutsche Kongreß, an dem Vertreter des Nauheimer Kreises, der westdeutschen Friedensgesellschaft und der Kriegsdienstverweigerer teilnahmen, das Verbot der Remilitarisierung. Zahlreiche Kunstschaffende und Wissenschaftler warnten eindringlich vor einer Wiederaufrüstung. Eine am 22. April in Frankfurt (Main) von über 1000 Mitgliedern und Funktionären der SPD aus allen Teilen Westdeutschlands besuchte Konferenz wählte einen Ausschuß zur Verhinderung der Remilitarisierung und forderte alle Mitglieder und Anhänger der SPD auf, sich

[94] Dokument Nr. 32.

aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung zu beteiligen.

Obwohl der Hamburger Parteitag der SPD beschlossen hatte, mit allen Mitteln gegen die Remilitarisierung zu kämpfen[95], beschränkte sich die Führung der SPD im wesentlichen auf eine parlamentarische Opposition. Mitglieder des Parteivorstandes wurden darüber hinaus seit Anfang 1951 von der Bundesregierung wiederholt über geheime Maßnahmen zur Vorbereitung der Remilitarisierung informiert und führten selbst geheime Gespräche mit ehemaligen Hitlergeneralen und -offizieren, während sie im Bundestag die Aufstellung einer neuen westdeutschen Armee ablehnten. Kurt Schumacher erklärte, daß die SPD nicht prinzipiell Gegner eines „Verteidigungsbeitrages" sei, jedoch als Voraussetzung für die Remilitarisierung die Gleichberechtigung mit den Westmächten verlangen müsse. Gleichzeitig bekämpften Führer der SPD außerparlamentarische Aktionen gegen die Remilitarisierung, besonders die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, und lehnten weiterhin jede Verständigung mit der DDR ab.

Die anwachsende Volksbewegung gegen die Remilitarisierung versetzte die Bundesregierung in große Unruhe. Sie erließ am 24. April 1951 ein Verbot der Volksbefragung unter dem heuchlerischen Vorwand, daß diese einen Angriff auf die „verfassungsmäßige Ordnung" darstelle, obgleich das Recht auf Volksabstimmung sowohl im Grundgesetz als auch in den Verfassungen der Länder garantiert war. Der Bundestag, einschließlich der Fraktion der SPD, billigte zwei Tage später diese offene Verletzung des Grundgesetzes. Damit rückte die Führung der SPD von dem Beschluß des Hamburger Parteitages, sich jeder Remilitarisierung mit allen Mitteln zu widersetzen, offen ab. Herbert Wehner, damals Vorsitzender des Bundesausschusses für gesamtdeutsche Fragen, forderte sogar ein Gesetz zur Bekämpfung der Volksbefragung und zur Unterdrückung der Volksbefragungskomitees.

Daraufhin wandte sich der am 14. April gebildete Hauptausschuß für Volksbefragung, dem mehr als hundert hervorragende Persönlichkeiten aus den verschiedensten Schichten der westdeutschen Bevölkerung angehörten – unter ihnen der bekannte Bergarbeiterfunktionär Willi Agatz, der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, Oberbürgermeister a. D. Wilhelm Elfes, Stadtrat Edith Hoereth-Menge, Pfarrer Johannes Oberhof –, am 4. Mai 1951 mit einem Appell an alle Deut-

95 Dokument Nr. 16.

schen, trotz des Verbots der Bundesregierung und der ablehnenden Haltung des Parteivorstandes der SPD die Volksbefragung durchzuführen.

In der DDR fand der Aufruf des Hauptausschusses sofort lebhafte Zustimmung. Obwohl in der DDR die Wurzeln des Militarismus beseitigt und feste Grundlagen für eine friedliche Entwicklung geschaffen waren, unterstützten die SED und die Regierung die Anregung der westdeutschen Patrioten, auch auf dem Territorium der DDR eine Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung durchzuführen. Sie brachten damit zum Ausdruck, daß der Frieden unteilbar ist und daß sich die friedliebende Bevölkerung der DDR mit den Friedenskräften in Westdeutschland untrennbar verbunden fühlte.

Die von allen Fraktionen der Volkskammer einmütig beschlossene Volksbefragung fand vom 3. bis 5. Juni 1951 statt und wurde zu einer eindeutigen Willenskundgebung für den Frieden. In freier Entscheidung sprachen sich über 13 Millionen Männer, Frauen und Jugendliche, das waren 96 Prozent aller Stimmberechtigten, gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages aus.

Auch in Westdeutschland entschied sich die überwiegende Mehrheit der Befragten gegen die Remilitarisierung. In Betrieben und Wohnbereichen, auf Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen der Gewerkschaften wurden trotz Terrors und Verfolgung durch den Polizei- und Justizapparat des Bonner Staates und trotz der Verleumdungen durch Führer der SPD und des DGB Abstimmungen durchgeführt. In Aachen entschieden sich 94,2 Prozent der Befragten gegen die Remilitarisierung, in Bochum 90 Prozent, in Hamburg und Köln 91 Prozent, in Saarbrücken 94,4 Prozent. In Briefen an den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler forderten zahlreiche Persönlichkeiten, darunter Wilhelm Elfes und Martin Niemöller, die Aufhebung des rechtswidrigen Verbots der Volksbefragung.

Einen starken Auftrieb erhielt die Volksbefragung in Westdeutschland durch das überwältigende Bekenntnis der Bevölkerung der DDR zum Frieden, gegen die Remilitarisierung. Gerade in den Tagen, als in der DDR die Volksbefragung stattfand, wuchs die Stimmabgabe in Westdeutschland. Hervorragende Ergebnisse erzielten Helfer der Volksbefragung in einer Reihe von Großbetrieben. Obwohl die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen starke Polizeikräfte aufgeboten hatte, sammelten Hunderte von Frauen vor den Toren der Krupp-Werke 11 921 Ja-Stimmen von 12 009 Befragten. Ähnliche Ergebnisse

wurden in den Farbwerken Höchst und in den Anilin- und Sodawerken Ludwigshafen erzielt. Auch in den Dörfern wuchs die Zahl der Ja-Stimmen. Noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde ein verbrecherisches Vorhaben der Imperialisten vom deutschen Volk so einmütig abgelehnt wie die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Um ihre Absicht, bereits 1951 die ersten Verbände einer neuen Armee aufzustellen, trotz des anwachsenden Volkswiderstandes zu verwirklichen, verschärften die herrschenden Kreise den Justizterror gegen die Friedenskräfte. Bereits am 19. September 1950 – zum gleichen Zeitpunkt, als die Remilitarisierung Westdeutschlands offen verkündet worden war – hatte die Bundesregierung unter Bruch des Grundgesetzes und mit Zustimmung der Fraktion der SPD im Bundestag eine Ausnahmeverordnung bekanntgegeben. Danach wurde allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die sich in der KPD, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der FDJ, dem Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft und zahlreichen weiteren fortschrittlichen Organisationen politisch betätigten, ein Dienststrafverfahren und fristlose Entlassung angedroht. Am 11. Juli 1951 nahm der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD das 1. Strafrechtsänderungsgesetz, das sogenannte Blitzgesetz, an, mit dem in der Bundesrepublik die vom Hitlerregime eingeführte strafrechtliche Verfolgung der Gesinnung wiederaufgenommen wurde. Nach diesem Gesetz konnten die westdeutschen Gerichte jede Kritik an der Bundesregierung und ihren Organen, jeden Streik, ja selbst einen brieflichen Meinungsaustausch zwischen Bürgern der DDR und Westdeutschlands als Hoch- und Landesverrat oder Vorbereitung dazu bestrafen, wenn sie der Meinung waren, daß diese Handlungen in der Absicht unternommen wurden, „den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen". Von seinem Inkrafttreten am 30. August 1951 wurden auf Grund des Blitzgesetzes bis 1954 mehr als 8000 Verfahren gegen fortschrittliche Persönlichkeiten und demokratische Organisationen angestrengt. Am 26. Juni 1951 holte die Bundesregierung zum Schlag gegen die westdeutsche Jugend aus, indem sie die FDJ verbot, und am 22. November 1951 reichte sie beim Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag gegen die KPD ein. Es bestätigte sich erneut, daß Militarismus und Abbau der Demokratie immer Hand in Hand gehen. Der Bruch des Grundgesetzes und die Annahme von Terrorverordnungen gegen alle friedliebenden Kräfte

war die Begleiterscheinung der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland.

Im März 1951 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über den Bundesgrenzschutz. Die Sollstärke wurde auf 10 000 Mann festgelegt. Damit stand der Bundesregierung eine militärische Truppe zur Verfügung, die imstande war, Provokationen an der Staatsgrenze zur ČSR und zur DDR zu inszenieren und begrenzte militärische Aktionen im Innern und nach außen durchzuführen. Gleichzeitig bildete der Bundesgrenzschutz eine wichtige Kaderreserve für die geplante westdeutsche Armee. Die Offiziere und Unterführer waren vorwiegend ehemalige Angehörige der faschistischen Wehrmacht und Polizei. Mit aktiver Unterstützung des Bundesgrenzschutzes wurden Spione, Diversanten und Schmuggler in das Gebiet der DDR eingeschleust. In die DDR eingedrungene Banditen und amerikanische Militärangehörige ermordeten in den Jahren 1950 bis 1952 vier Angehörige der Grenzsicherungskräfte der Republik.

Die Gesamtzahl der als Polizeikräfte getarnten Kader für die geplante westdeutsche Armee betrug Anfang 1951 140 000 Mann und wurde laufend weiter erhöht. Dazu kamen die von den Besatzungsmächten unterhaltenen Deutschen Dienstgruppen in Stärke von über 100 000 Mann.

Trotz Terrors und Verleumdungen, trotz zahlreicher Manöver und Winkelzüge und trotz der opportunistischen Haltung der Führer der SPD und des DGB gelang es den Imperialisten jedoch nicht, bereits 1951 die ersten Verbände einer neuen westdeutschen Aggressionsarmee aufzustellen. Die von der Arbeiterklasse bis ins Bürgertum reichende Volksbewegung gegen die Remilitarisierung war zwar nicht stark genug, eine Wende der Politik in Westdeutschland zu erzwingen; sie war aber so machtvoll und umfassend, daß sie dazu beitrug, die Zeitpläne der Imperialisten zu stören.

Bis April 1952 hatten sich über 9 Millionen Bürger Westdeutschlands gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland entschieden. Die Imperialisten mußten mit dem Volk rechnen. Der „Burgfriede" und die geschlossene „innere Front", die die herrschenden Kreise erzwingen wollten und die sie brauchten, um die Remilitarisierung rasch und ohne größeren Widerstand durchführen zu können, kamen nicht zustande. Die Friedenspolitik der Sowjetunion und der DDR, die internationale Protestbewegung und der Widerstand der westdeutschen Bevölkerung zwangen die

Imperialisten zum Manövrieren; sie mußten Umwege suchen und weiterreichende Pläne vertagen. Der Ausbau und die innere Konsolidierung des antinationalen reaktionären westdeutschen Staatsgebildes wurden verzögert und erheblich erschwert. Nicht zuletzt begründete die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Traditionen des demokratischen antimilitaristischen Kampfes der westdeutschen Bevölkerung.

Grundlage der zunehmenden Aggressivität des deutschen Imperialismus, seines Dranges zur Wiederaufrüstung war die rasche Wiedererrichtung der Macht der Monopole. Diese festigte sich seit dem „Korea-Boom" in verhältnismäßig schnellem Tempo. Nachdem die westdeutsche Industrieproduktion bereits im März 1950 den Vorkriegsstand wieder erreicht hatte, betrug Ende 1950 die Zuwachsrate der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr 24 Prozent, in der Verbrauchsgüterindustrie sogar 31,4 Prozent. Auch in den folgenden Jahren übertraf das durchschnittliche Wachstumstempo der westdeutschen Industrieproduktion das der kapitalistischen Weltproduktion beträchtlich.

Bei dieser von den Ideologen des Imperialismus als „Wirtschaftswunder" gepriesenen Nachkriegskonjunktur konnten die westdeutschen Monopole neben Währungsreform, Marshall-Plan und dem gewaltigen Nachholebedarf eine Reihe weiterer für sie günstige Faktoren ausnutzen. Sie entwickelten Produktionszweige, die ihre kapitalistischen Hauptkonkurrenten infolge der beschleunigten Aufrüstung vernachlässigen mußten. Große Vorteile zogen sie aus der erhöhten Nachfrage nach Industrieprodukten, besonders industriellen Ausrüstungen, Kraftwagen, chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen, die durch den amerikanischen Überfall auf Korea auf dem kapitalistischen Weltmarkt hervorgerufen wurde.

Die westdeutschen Monopole verfügten nicht nur über genügend, sondern im Vergleich zu ihren Hauptkonkurrenten auch über billigere Arbeitskräfte. Eine der Ursachen dafür waren die vielen Millionen Umsiedler, von denen im September 1950 5,6 Prozent arbeitslos waren, gegenüber 2,1 Prozent Arbeitslosen aus der einheimischen Bevölkerung. Zahlreiche Umsiedler, darunter viele hochqualifizierte Facharbeiter, mußten niedrig bezahlte Stellen annehmen, nur um überhaupt Arbeit zu bekommen. Dazu kam noch die organisierte Abwerbung von Facharbeitern, Ingenieuren und anderen Spezialisten aus der DDR. Weiterhin konnten die westdeutschen Monopole die massenhafte Er-

neuerung der Produktionsanlagen auf der Grundlage des internationalen technischen Fortschritts vornehmen. Das sicherte ihnen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten auf vielen Gebieten, besonders der Schwerindustrie, einen beträchtlichen Vorsprung.

Das Wiedererstehen der ökonomischen und politischen Macht des westdeutschen Imperialismus vollzog sich auf einer hohen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit einem höheren Grad der Verschmelzung von Monopolen und Staat als früher. Dadurch konnten die Monopole den konjunkturellen Aufschwung durch vielfältige Maßnahmen ihrer Staatsmacht – wie Export- und Steuerbegünstigungen, staatlich erzwungene Umverteilung von Profit aller Industriellen zugunsten der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft, Bildung von Sonderfonds zur Deckung von Kapitalverlusten und zur Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR, Investitionshilfe – wesentlich begünstigen. 1950 wurden 25,9 Prozent aller Investitionen vom Staat vorgenommen, das waren 17,4 Prozent aller Staatsausgaben. Der Bonner Staat wurde zum größten Kreditgeber der Wirtschaft. Von 1950 bis 1954 stellte der Staat mehr als zwei Drittel der langfristigen Finanzierungsmittel. Insgesamt war der Anteil der Industrieinvestitionen an der Gesamtsumme der Investitionen in den Jahren 1950 bis 1956 jährlich doppelt so hoch als vor dem Krieg.

An die Stelle der vorwiegend militärisch-administrativen Zwangsmaßnahmen von seiten ausländischer Besatzungsmächte trat ein eigenes staatsmonopolistisches Regulierungssystem des deutschen Imperialismus. Der Staat schaltete sich unmittelbar in den Reproduktionsprozeß ein. Seine regulierende Tätigkeit war vor allem darauf gerichtet, die relativ günstigen objektiven Bedingungen für einen schnellen konjunkturellen Aufschwung auszunutzen. Die Monopolbourgeoisie wollte nicht zuletzt deshalb möglichst rasch ökonomisch erstarken, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR desto wirksamer bekämpfen zu können. Mit Hilfe der staatsmonopolistischen Mobilisierung und der Umverteilung großer Akkumulationsmittel zugunsten der ökonomischen und politischen Interessen der Monopole gelang es, den durch den zweiten Weltkrieg und seine Zerstörungen hervorgerufenen gewaltigen Nachholebedarf für eine rasche Steigerung der Produktion und damit der Monopolprofite auszunutzen.

Die konjunkturelle Entwicklung in Verbindung mit den regulierenden Maßnahmen des Staates verstärkte die Konzentration der Produktion und des Kapitals und beschleunigte den Monopolisierungs-

prozeß. 1950/51 waren in den 15 größten Eisen- und Stahlgesellschaften 86,6 Prozent der Gesamtproduktion an Roheisen und 86,5 Prozent der Gesamtproduktion an Rohstahl konzentriert. 1938 waren es 84,6 beziehungsweise 84,7 Prozent gewesen. Die Aktiengesellschaften mit einem Kapital von über 100 Millionen DM verfügten 1953 bereits wieder über 34,2 Prozent des gesamten Kapitals aller Aktiengesellschaften, während es 1938 25 Prozent gewesen waren. Die von den Hohen Kommissaren der Westmächte erlassenen Gesetze über die Entflechtung der Konzerne führten in Wirklichkeit zu einer Neugliederung der Konzerne und im Endresultat zu einer verstärkten Konzentration der Produktion und des Kapitals. Nach Abschluß der „Entflechtung" in der Eisen- und Stahlindustrie verfügten Anfang 1954 acht Großunternehmen über eine Rohstahlkapazität von nahezu 13 Millionen Tonnen. Das waren etwa zwei Drittel der gesamten Rohstahlkapazität Westdeutschlands. Zwei Monopole, AEG und Siemens mit ihren Tochtergesellschaften, beherrschten die Elektroindustrie. Der Umsatz der Nachfolgegesellschaften der IG-Farben war 1951 schon wesentlich höher als der Umsatz der IG vor dem Krieg.

Gleichzeitig verschmolzen Bank- und Industriekapital in zunehmendem Maße. Bald nach der Gründung der Bundesrepublik war der größte Teil des Bankkapitals wieder in den Händen der Nachfolgeinstitute der drei alten Großbanken – Commerzbank, Deutsche Bank und Dresdner Bank – konzentriert. Durch ihre gewaltige Kapitalmacht waren diese Banken, an deren Spitze Kriegsverbrecher wie Hermann Abs standen, in der Lage, die entscheidenden Investitionen im Interesse der Monopolbourgeoisie zu lenken.

Die Hauptquelle der hohen Investitionen und der schnellen Wachstumsrate der westdeutschen Industrieproduktion war die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Die Konjunktur war keineswegs mit einer „Streuung" des Reichtums verbunden, wie die Verteidiger des Imperialismus behaupteten. Während sich der Reichtum immer mehr in den Händen weniger Kapitalmagnaten konzentrierte, wurde der Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen immer geringer, obwohl ihre Zahl erheblich anstieg. So veränderte sich das Verhältnis Lohnquote zu Gewinnquote von 40 : 60 im Jahre 1936 auf 34 : 66 im Jahre 1952. Erst zehn Jahre nach Kriegsende erreichte ein Teil der westdeutschen Arbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit. Infolge des großen Warenhungers stiegen die Preise ständig an. Das brachte den Monopolen erhöhte Profite und begünstigte besonders ihre Exportoffensive. Haupt-

mittel der Ausbeutung war die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die wiederum in starkem Maße auf eine zunehmende Arbeitshetze zurückzuführen war. Das kam in den steigenden Unfallziffern zum Ausdruck, die 1951 in Westdeutschland so hoch waren wie in ganz Deutschland im Jahre 1928.

Die staatsmonopolistische Entwicklung verschärfte gesetzmäßig die inneren Klassenwidersprüche in Westdeutschland, besonders den Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und den Monopolkapitalisten. Auf Grund des Bestehens der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR war das für die imperialistische deutsche Bourgeoisie eine ernste politische Gefahr. Die Monopole ergriffen daher umfassende Maßnahmen zur Sicherung ihrer Herrschaft. Mit Unterstützung des Staates bauten sie ein vielfältiges System auf, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse ökonomisch gebunden, ideologisch irregeführt und politisch beherrscht werden sollte. So wurde mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen versucht, dem Beispiel der Vollbeschäftigung in der DDR entgegenzuwirken. „Es dürfe nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden", erklärte der Direktor der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl auf der Jahreshauptversammlung dieses Unternehmerverbandes 1951, „daß es aus übergeordneten Gründen, und zwar von der Weltpolitik aus gesehen, nicht vertretbar sei, unmittelbar vor dem Eisernen Vorhang durch größere Arbeitslosigkeit eine soziale Unruhe entstehen zu lassen, die den Nährboden darstellen könnte für unabsehbare Weiterungen."[96] Weitere Maßnahmen waren staatlich gelenkte und unterstützte Wohnungsbauprogramme, besonders der sogenannte soziale Wohnungsbau, das System der Teilzahlungskredite, der sogenannte Lastenausgleich, raffiniert getarnte Einkommenssteuerreformen und andere sozialpolitische Maßnahmen sowohl auf staatlicher Ebene als auch im Rahmen der Konzerne. Bei Lohnkämpfen ließ es das Monopolkapital häufig gar nicht erst auf eine Kraftprobe ankommen, sondern versuchte durch Zugeständnisse, Streikaktionen der Arbeiter im Keime zu ersticken. Größere Lohnerhöhungen konnten oft schon durch die Androhung von Streiks durchgesetzt werden. So stimmte die Deutsche Kohlenbergbauleitung am 28. Juni 1951 den Forderungen der IG Bergbau nach einer zwölfprozentigen Lohnerhöhung zu, nachdem die Gewerkschaft die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt und einen Streik angekündigt hatte. Insgesamt war die Konjunktur mit einem

[96] Stahl und Eisen. Zeitschrift für das deutsche Eisenhüttenwesen (Düsseldorf), 1951, H. 12, S. 645.

Rückgang der Arbeitslosigkeit und einem Steigen der Löhne, besonders der Nominallöhne, bei der Mehrheit der Arbeiter verbunden.

Die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik im Jahresmittel

Jahr	Beschäftigte (in 1000)	Arbeitslose (in 1000)	Arbeitslose in Prozent der Erwerbstätigen
1950	13 827	1580	10,2
1951	14 556	1432	8,9
1952	14 995	1379	8,4
1953	15 583	1259	7,5
1954	16 286	1221	7,0
1955	17 175	928	5,3

Der konjunkturelle Aufschwung bot einen günstigen Nährboden für die bürgerlichen Theorien vom „Volkskapitalismus", von der „Sozialpartnerschaft" und vom „Miteigentum", mit denen die westdeutsche Bourgeoisie die Klassengegensätze zu vertuschen suchte. Ähnliche Auffassungen verbreiteten auch Führer der SPD und des DGB. Frühere, vor allem faschistische Formen des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft, wurden durch weniger krasse Regulierungsmaßnahmen ersetzt, die der veränderten Situation und den Bedürfnissen der Monopole besser entsprachen. Das ließ die großangelegte Propaganda der herrschenden Kreise von der „freien Marktwirtschaft" zeitweilig vielen Menschen glaubwürdig erscheinen. Hinzu kam die vielfältige antikommunistische Hetze, das Hauptmittel der Bourgeoisie zur Irreführung des Volkes. Unter all diesen Umständen war es für die westdeutschen Arbeiter nicht leicht, ihre wirklichen Klasseninteressen zu erkennen und einen entschiedenen Kampf gegen das Monopolkapital zu führen. Diese objektiven und subjektiven Bedingungen erklären auch, warum Westdeutschland während der gesamten Nachkriegskonjunktur zu den kapitalistischen Ländern mit den wenigsten Streikkämpfen zählte.

Die Streikaktionen der westdeutschen Arbeiter in den Jahren 1950/1951, in der Regel Lohnkämpfe, die sich gegen den wirtschaftlichen Druck einzelner Unternehmer richteten, trugen jedoch wesentlich dazu bei, daß der Staat und die Monopole vor allem auf sozialpolitischem Gebiet zu Zugeständnissen gezwungen wurden. Der größte Streik in diesen Jahren war der Lohnstreik der 60 000 hessischen Metallarbeiter vom 27. August bis 23. September 1951. Durch ihre

Entschlossenheit verhinderten die Metallarbeiter ein Kompromiß, das einige Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern eingehen wollten. Zahlreiche Betriebsbelegschaften in Westdeutschland erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Opportunistische Gewerkschaftsführer verhinderten jedoch eine Ausdehnung des Streiks. Dennoch erzwangen die hessischen Metallarbeiter einen Teilerfolg.

Die Verschärfung des Kampfes zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften in Deutschland stellte das Zentralkomitee der SED vor die Notwendigkeit, Klarheit über die imperialistische Politik der Bundesregierung und die in Westdeutschland wirkenden politischen Kräfte zu schaffen. Die noch häufig anzutreffenden Illusionen über den Charakter der Bundesrepublik und die Ziele der Adenauer-Regierung und fehlerhafte Auffassungen über das Verhältnis der herrschenden Kreise in Westdeutschland zum USA-Imperialismus hemmten den Kampf um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands. In weiten Kreisen der Bevölkerung Westdeutschlands, aber auch von Bürgern der DDR, wurden die Gefahren und die Folgen der Remilitarisierung Westdeutschlands unterschätzt. Die feindliche Propaganda, daß die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in die EVG im Interesse der „Sicherheit Deutschlands" notwendig seien[97], blieb in Westdeutschland nicht ohne Wirkung. Kurt Schumacher und andere sozialdemokratische Führer unterstützten diese Propaganda, indem sie behaupteten, daß lediglich die Sowjetunion „imperialistische" Ziele verfolgen würde. Andererseits unterschätzten manche Mitglieder der SED die Veränderungen, die seit der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus in Westdeutschland eingetreten waren.

Die Führung der SED verfolgte aufmerksam die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Westdeutschland. Bereits in der Entschließung des III. Parteitages der SED hieß es: „Im Bonner Separatstaat ist die Herrschaft der deutschen Finanzoligarchie wiedererrichtet worden, die heute im Auftrage des anglo-amerikanischen Finanzkapitals das deutsche Volk ausbeutet und unterdrückt . . . Gleichzeitig verfolgt die deutsche Finanzoligarchie insgeheim ihre Pläne zur Wiedererrichtung eines selbständigen deutschen Imperialismus . . ."[98]

Auf seiner 6. Tagung, die vom 13. bis 15. Juni 1951 stattfand, wertete das Zentralkomitee der SED die inzwischen eingetretenen

97 Dokument Nr. 25.

98 Dokumente der SED, Bd. III, S. 84.

Veränderungen der Lage in Westdeutschland aus und setzte sich mit der feindlichen Propaganda und mit unmarxistischen Auffassungen in den Reihen der Partei auseinander. Das Referat Walter Ulbrichts enthielt eine umfassende marxistisch-leninistische Analyse des Wiedererstehens des Imperialismus in Westdeutschland. Walter Ulbricht wies nach, daß – im Unterschied zur ersten Zeit nach 1945, als die imperialistischen Westmächte die Interessen des deutschen Monopolkapitals mit vertraten – in Westdeutschland die Herrschaft des Finanzkapitals wiedererrichtet worden war. Das Neue bestand darin, daß das deutsche Monopolkapital auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet wieder mit einem eigenen Programm auftrat. Infolge des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland vollzog sich das Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland im Rahmen der Weltherrschaftspläne des USA-Imperialismus und in dessen Abhängigkeit. Die aggressiven Kräfte der USA erkoren den westdeutschen Imperialismus zu ihrem Hauptverbündeten in Europa, unter der Bedingung, daß Westdeutschland zur wichtigsten Aufmarschbasis des NATO-Kriegsblocks wird. Walter Ulbricht machte vorausschauend darauf aufmerksam, daß das westdeutsche Monopolkapital und seine führende Partei, die CDU/CSU, die untergeordnete Rolle des westdeutschen Imperialismus gegenüber den USA nur als eine vorübergehende Etappe ansehen, um auf diesem Wege zu gegebener Zeit ihre eigenen weiterreichenden Pläne zu verwirklichen. Gleichzeitig begründete Walter Ulbricht, daß der deutsche Imperialismus keine Perspektive und keine Chance hat, seine weitgesteckten Expansionsziele zu erreichen, da sich das Kräfteverhältnis in Deutschland und in der Welt grundlegend zugunsten der Kräfte des Friedens verändert hatte.

Die wissenschaftliche Analyse des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus, die sich auf die Leninsche Lehre vom Imperialismus stützte, war eine schöpferische theoretische Leistung der Führung der SED. Sie widerlegte die überholte Auffassung, daß Westdeutschland eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus werde, und korrigierte ebenso die Meinung, daß der westdeutsche Imperialismus keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten habe. Die Erkenntnisse über das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus waren sowohl für das deutsche Volk als auch für andere Völker und besonders für die internationale Arbeiterbewegung von Bedeutung. Die Parteiführung der SED deckte die große Gefahr auf, die das Wiedererstehen des Im-

perialismus in Westdeutschland für das deutsche Volk und für alle friedliebenden Völker heraufbeschwor. Sie erfüllte damit zugleich ihre internationale Verpflichtung gegenüber dem belgischen, englischen, französischen, holländischen, italienischen und österreichischen Volk, deren Lebensinteressen unmittelbar durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus bedroht wurden.

Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees wurde die Strategie und Taktik der SED umfassender begründet, weiterentwickelt und präzisiert. Die Parteiführung stellte fest, daß die Überwindung des in Westdeutschland wiedererstandenen Imperialismus die wichtigste Voraussetzung ist, um Deutschland wiederzuvereinigen. Sie zog aus dem Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland die Schlußfolgerung, in der DDR den friedlichen Aufbau noch entschlossener durchzuführen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht, die staatliche Basis des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, weiter zu festigen, während es in der Bundesrepublik und in Westberlin darauf ankam, beharrlicher und intensiver um die Einigung aller demokratischen Kräfte, besonders für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse[99], zu kämpfen.

6. Der sowjetische Friedensvertragsvorschlag vom 10. März 1952. Der Kampf der KPD und anderer westdeutscher Patrioten gegen Generalvertrag und EVG. Die Massenbewegung der westdeutschen Arbeiter für Mitbestimmung und gegen das Betriebsverfassungsgesetz

Die nachfolgenden Ereignisse bestätigten die Richtigkeit der Analyse des 6. Plenums des Zentralkomitees der SED. Auf der Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Washington im September 1951 wurde festgelegt, daß Westdeutschland in die EVG eingegliedert wird und daß diese einen Teil der NATO bilden soll. Die Außenminister der drei imperialistischen Hauptmächte erklärten, daß sie einer Wiedervereinigung Deutschlands nur zustimmen würden, wenn garantiert sei, daß das wiedervereinigte Deutschland dem westlichen Bündnissystem angehört. Seitdem jagte eine Tagung des NATO-Rats und führender Politiker der NATO-Staaten die an-

[99] Dokument Nr. 34.

dere. In fieberhafter Eile wurde das Vertragssystem ausgearbeitet, das die völlige Einbeziehung Westdeutschlands in den imperialistischen Militärblock und die Aufstellung einer „Europa"-Armee unter Teilnahme westdeutscher Kontingente noch im Frühjahr 1952 sichern sollte. Der Inhalt des Vertragssystems wurde geheimgehalten. Auf einer Pressekonferenz am 16. Januar 1952 machte jedoch Walter Ulbricht aufsehenerregende Enthüllungen über den Inhalt des Generalvertrages und durchkreuzte damit die Versuche Konrad Adenauers, die Bevölkerung abermals vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Daraufhin sah sich die Bundesregierung gezwungen, am 7. und 8. Februar 1952 eine Wehrdebatte im Bundestag anzuberaumen, um wenigstens den Schein der Legalität zu wahren. Dem Parlament war der Inhalt des Generalvertrages durch die Enthüllungen Walter Ulbrichts, die sich später durchweg bestätigten, bekannt. Dennoch befürworteten die meisten Abgeordneten der Regierungsparteien gegen die Stimmen der KPD und der SPD mehrere Entschließungen, die Konrad Adenauer zur Unterzeichnung des Vertrages über die EVG, zu einem finanziellen Rüstungsbeitrag und zu anderen Remilitarisierungsmaßnahmen bevollmächtigten.

Angesichts dieser folgenschweren aggressiven Schritte der reaktionären Kreise in Westdeutschland und den anderen imperialistischen Staaten verstärkten die SED und die Regierung der DDR ihre Anstrengungen zum Abschluß eines Friedensvertrages und zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Am 9. Januar 1952 unterbreitete die Volkskammer dem Bonner Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit einen Gesetzentwurf über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zu einer Nationalversammlung. Der von einer Kommission unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht ausgearbeitete Entwurf basierte auf dem Wahlgesetz der Weimarer Republik. Die Volkskammer schlug vor, zur Beratung eines für ganz Deutschland gültigen Wahlgesetzes eine gesamtdeutsche Kommission aus je fünf Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, und wählte fünf Abgeordnete in die vorgeschlagene Kommission.

Am 13. Februar 1952 wandte sich die Regierung der DDR an die Regierungen der Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens mit der Bitte, beschleunigt einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten. Die Bundesregierung wurde in einem Schreiben aufgefordert, sich diesem Vorschlag anzuschließen. Daraufhin unterbreitete die Regierung der Sowjetunion am 10. März 1952 in einer Note an die drei



Die Friedensfahrt führt erstmalig durch die DDR, Mai 1952



Maidemonstration in München, 1952

Protestkundgebung in München gegen den Generalvertrag
und gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, 26. Mai 1952





Westdeutsche Polizei überfällt eine Jugenddemonstration
gegen den Generalvertrag in Essen, 11. Mai 1952



Philipp Müller,
der am 11. Mai 1952 in Essen von der
westdeutschen Polizei ermordet wurde,
wird zur letzten Ruhe gebettet.
Es spricht Max Reimann



2. Parteikonferenz der SED in Berlin vom 9. bis 12. Juli 1952.
Wilhelm Pieck eröffnet die Tagung

Die Delegierten der 2. Parteikonferenz der SED beschließen den Aufbau des Sozialismus, 12. Juli 1952



Mitglieder der FDJ und Junge Pioniere begrüßen die 2. Parteikonferenz der SED, 10. Juli 1952





Blick auf den Hof
des Volkseigenen Gutes Schönerlind.
Ablieferung von Mastschweinen



Ausfahrt zur Ernte in der MAS Frankfurt (Oder)



In Donerzleben, Kreis Wanzleben, diskutieren die Bauern über die Bildung einer LPG, 1952



Vollversammlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Thomas Müntzer“ in Worin, 1952



Blick auf die Tribüne der Abschlußkundgebung
des Treffens der Jungen Pioniere in Dresden, 24. August 1952



Thälmann-Pioniere demonstrieren zum Abschluß des Treffens Junger Pioniere in Dresden,
24. August 1952

Westmächte den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland.[100] Die Sowjetregierung schlug vor: Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat; Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages; keinerlei Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft; Festlegung der deutschen Grenzen entsprechend den in Potsdam getroffenen Abmachungen; Deutschland wird verpflichtet, sich an keinen Militärbündnissen oder Koalitionen zu beteiligen, die gegen irgendeinen Staat gerichtet sind, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat; Deutschland darf zu seiner Verteidigung eigene nationale Streitkräfte unterhalten.

Der sowjetische Entwurf ging von der Notwendigkeit aus, mit Deutschland einen gerechten und demokratischen Friedensvertrag abzuschließen, der seine Souveränität und Gleichberechtigung unter den anderen Staaten wiederherstellen und das Wiedererstehen des deutschen Militarismus verhindern sollte. Die Sowjetregierung schlug in ihrer Note des weiteren die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor, die an der Ausarbeitung des Friedensvertrages teilnehmen und ihn im Namen Deutschlands unterschreiben sollte. Die gesamtdeutsche Regierung sollte aus freien Wahlen hervorgehen, die unter Kontrolle der vier Besatzungsmächte in ganz Deutschland stattfinden sollten.

Die sowjetischen Vorschläge boten reale Chancen für eine friedliche Lösung der deutschen Frage. Der Entwurf für einen Friedensvertrag enthielt keinerlei Bedingungen, die das wiedervereinigte Deutschland in ein militärisches Bündnissystem einbezogen hätten. Die geforderte militärische Neutralität Deutschlands kam dem Sicherheitsbedürfnis aller an einer deutschen Friedensregelung beteiligten Staaten entgegen. Zum anderen enthielt der Entwurf auch keine Bestimmungen über die künftige ökonomische und soziale Struktur des wiedervereinigten Deutschlands. Dem deutschen Volk blieb es vielmehr selbst überlassen, sich für die ihm genehme Gesellschaftsordnung zu entscheiden. Der sowjetische Entwurf für einen Friedensvertrag war also für alle an der Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands interessierten Klassen und Schichten der deutschen Nation annehmbar. Seine Bestimmungen richteten sich lediglich gegen jene Kreise, deren Ziel die Wiederherstellung des deutschen Militarismus und seine Einbeziehung in das aggressive Militärbündnis des Westens war. Die sowjetischen Vorschläge von 1952

100 Dokument Nr. 39.

stimmten völlig mit den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens überein, die davon ausgingen, daß „Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann"[101].

In einer Erklärung vom 14. März begrüßte die Volkskammer der DDR die sowjetischen Vorschläge. Am 24. März schlug das Zentralkomitee der SED in einem Schreiben an den Parteivorstand der SPD vor, „durch bevollmächtigte Vertreter in Verhandlungen darüber einzutreten, wie in dieser ernsten Stunde gemeinsam zu handeln ist, welchen Platz und welche Rolle das arbeitende Volk in einem vereinten Deutschland einnehmen soll"[102]. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte in der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 3. April, daß die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands die dringendste Aufgabe des deutschen Volkes sei. Sie stellte den Antrag, die Bundesregierung möge „als dringendes Anliegen des Deutschen Bundestages den Wunsch nach ernster Prüfung der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 und nach der Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit zum Ausdruck ... bringen"[103]. Das Angebot des Zentralkomitees der SED wurde jedoch von den Führern der SPD ignoriert. Sie beschränkten sich darauf, die Regierungspolitik nur im Parlament zu kritisieren, und bekämpften gleichzeitig die Aktionseinheit der Arbeiter und eine Verständigung mit der DDR.

In völliger Verkennung des Kräfteverhältnisses werteten die reaktionären Kreise in Westdeutschland die sowjetische Note als Eingeständnis der Schwäche und als erstes Ergebnis ihrer „Politik der Stärke". Walter Hallstein hielt die Zeit für gekommen, auf einer Pressekonferenz die Ziele der Bonner Politik bekanntzugeben. Der westdeutsche Journalist Paul Sethe faßte die Ausführungen Hallsteins wie folgt zusammen: „...die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen, das Ende der deutschen Spaltung, der Zusammenschluß des freien westlichen mit dem vom Bolschewismus befreiten östlichen Europa – bis

101 Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949). Dokumente und Materialien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1966, S. 71.

102 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin 1954, S. 14.

103 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Bd. 11, Stenographische Berichte, Bonn 1952, S. 8754.

zum Ural!"[104] Die Westmächte beharrten in ihren Antwortnoten an die Regierung der UdSSR auf ihrer irrealen Forderung, daß eine Diskussion über einen Friedensvertrag erst nach Durchführung „freier" Wahlen in ganz Deutschland möglich sei und daß die Voraussetzungen dafür von einer UNO-Kommission geprüft werden müßten. Sie wandten sich gegen nationale deutsche Streitkräfte und bestanden darauf, Westdeutschland in das imperialistische Kriegspaktsystem einzubeziehen. Die Bundesregierung verstärkte ihre Bemühungen zum Abschluß des Generalvertrages und des Abkommens über die EVG und lehnte alle Verhandlungen mit der UdSSR ab. Sie enthüllte damit, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland erst vollendete Tatsachen schaffen wollten, um von der „Position der Stärke" aus auf die Sowjetunion und die DDR Druck ausüben und sie erpressen zu können.

Die neue Friedensinitiative der Sowjetregierung und der DDR einerseits und die hektischen Bemühungen der reaktionären Kräfte in Westdeutschland und den anderen imperialistischen Staaten, die Bundesrepublik in die EVG einzubeziehen, andererseits lösten einen neuen Aufschwung des Volkskampfes gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland aus. Die neue Phase war vor allem durch die erhöhte Aktivität der Arbeiterklasse und durch verstärkte Bestrebungen zur Sammlung aller patriotischen Kräfte gekennzeichnet.

Den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge, gesamtdeutsche Beratungen und das Verbot für Westdeutschland, sich an militärischen Blockbildungen zu beteiligen, forderten die Teilnehmer einer Hafenarbeiterkonferenz, die am 20. April in Mannheim stattfand. Vertreter der Düsseldorfer Bauarbeiter beschlossen ein Kampfprogramm, in dem es hieß: „Der DGB hat sofort alles zu tun, damit Wehrbeitrag, Generalvertrag und Schuman-Plan nicht in Anwendung kommen. Notfalls ist die stärkste Waffe, der Generalstreik, einzusetzen."[105] Die Delegierten des Landesparteitages Hamburg der SPD, der am 20. April stattfand, stimmten einmütig einer Entschließung zu, in der die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß eines Friedensvertrages und entschiedene Maßnahmen gegen das Wiederaufleben des Faschismus in Westdeutschland verlangt wurden.

104 Frankfurter Allgemeine, 14. März 1952.

105 Dokumentation der Zeit. Gesamtdeutsches Informations-Archiv. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1952, H. 28, S. 1256.

Der 1. Mai 1952 stand im Zeichen des Widerstandes gegen den Generalvertrag und die EVG. Millionen westdeutsche Werktätige forderten an diesem Tag in machtvollen Kundgebungen das Verbot der Remilitarisierung Westdeutschlands. Am 11. Mai beteiligten sich 30 000 Jugendliche im Ruhrgebiet an einer Friedenskarawane. Polizeikommandos feuerten in Essen rücksichtslos auf die jungen Patrioten. Der junge Gewerkschafter und Kommunist Philipp Müller verblutete unter den Kugeln der Polizei. Er war das erste Todesopfer des wiedererstehenden deutschen Militarismus. Andere Teilnehmer der Karawane wurden schwer verletzt. Hunderttausende verurteilten in vielen Ländern der Welt diesen Mord. In beiden deutschen Staaten gelobten zahlreiche Jugendliche, im Geiste Philipp Müllers weiterzukämpfen.

Der Kampf gegen die Remilitarisierung verflocht sich mit dem Widerstand gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, das die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Generalvertrages und des Abkommens über die EVG im Bundestag durchpeitschen wollte.

Bereits im April 1950 hatte der Bundesausschuß des DGB einen Gesetzesvorschlag zur „Neuordnung der deutschen Wirtschaft" veröffentlicht. Darin war vorgesehen, die Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften zur Hälfte mit Gewerkschaftsvertretern zu besetzen. Ferner sollte ein „Bundeswirtschaftsrat" gebildet werden, dem ebenfalls zur Hälfte Gewerkschaftsvertreter angehören sollten. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder war bereit, für diese Forderungen zu kämpfen und notfalls auch in den Streik zu treten. Die Führung des DGB bekundete öffentlich ihren Willen, den Generalstreik auszurufen. Gleichzeitig verpflichtete sich Hans Böckler im Januar 1951 gegenüber Konrad Adenauer, eine Vermittlung durch die Bundesregierung anzunehmen. Die Unternehmerverbände sahen sich angesichts der Kampfbereitschaft der Mitglieder des DGB zu Konzessionen gezwungen. In Verhandlungen zwischen Günter Henle, Heinrich Kost, Robert Pferdmenges und anderen als Vertretern der Montanindustrie und Vertretern des Vorstandes des DGB mußten die ersteren den Forderungen der Gewerkschaften nach paritätischer Zusammensetzung der Aufsichtsräte und nach Einsetzung eines Arbeitsdirektors in den Unternehmen der Montanindustrie zustimmen. Ein entsprechendes Gesetz wurde am 10. April 1951 vom Bundestag verabschiedet.

Das Gesetz bestätigte einige Rechte, die sich die westdeutschen Arbeiter nach 1945 erkämpft hatten und stellte einen Teilerfolg für

die Arbeiter dar. Da es nur die Montanindustrie erfaßte und auch hier das Mitbestimmungsrecht noch eingeschränkt war, wollten viele Gewerkschaftsmitglieder den Kampf fortsetzen. Im Mai 1951 unterbreitete die Bundestagsfraktion der KPD auf einer gemeinsam mit Gewerkschaftsfunktionären in Stuttgart abgehaltenen Konferenz einen Gesetzentwurf für ein wirkliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Industriezweigen. Die wichtigsten Punkte waren: 1. Der Betriebsrat ist der verantwortliche Träger des Mitbestimmungsrechts in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen. 2. Der Betriebsrat muß regelmäßig über den Geschäftsgang und die Produktion unterrichtet werden und ist berechtigt, Einsicht in alle Unterlagen des Betriebes zu nehmen. 3. Der Betriebsrat hat das Recht der Kontrolle und volles Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen. 4. Mitglieder des Betriebsrates und der Jugendvertretung erhalten einen besonderen Kündigungsschutz. Der Gesetzentwurf der KPD sollte den Arbeitern und ihren Organisationen klar umrissene Rechte in den Betrieben sichern.

Anfang 1952 trat die Beratung über den Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes in dem Arbeitskreis der Bundestagsausschüsse für Arbeit und für Wirtschaftspolitik in ihr akutes Stadium. Der Arbeitskreis hielt sich weitgehend an einen Entwurf der Bundesregierung, den diese am 31. Oktober 1950 dem Bundestag zugeleitet hatte. Darin hieß es unter anderem: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls zusammen". Das Gesetz verpflichtete Betriebsrat und Belegschaft zum betrieblichen „Burgfrieden". Ein anderer Artikel forderte, „jede parteipolitische Betätigung zu unterlassen"[106]. Dieser dehnbare Passus diente später als Handhabe dafür, konsequente Vertreter der Arbeiterinteressen aus den Betrieben zu entlassen. Statt des Mitbestimmungsrechts stand dem Betriebsrat nur ein Einspruchsrecht bei Einstellungen, Umgruppierungen, Versetzungen und Entlassungen zu. Die Aufsichtsräte sollten zu einem Drittel mit Vertretern der Belegschaft besetzt werden.

Das Bekanntwerden des Entwurfs zum Betriebsverfassungsgesetz

106 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. I. Wahlperiode 1949, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Drucksachen Nr. 1401–1600 (7. Teil), Bonn 1951, Drucksache 546.

rief den Protest Hunderttausender westdeutscher Gewerkschafter hervor. Das Organ des Bundesvorstandes des DGB, „Welt der Arbeit", bezeichnete den Entwurf der Regierung als einen „Versuch der restaurativen Kräfte unseres Volkes, ... einen Zustand gesetzlich zu stabilisieren, in dem der arbeitende Mensch in die Rechtlosigkeit des Frühkapitalismus zurückgeworfen wird"[107]. Der Vorstand des DGB veröffentlichte unter dem Einfluß der anwachsenden Protestbewegung Gegenforderungen. Er verlangte das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen personellen Fragen und bei Betriebsänderungen und das Recht auf Information in wirtschaftlichen Fragen und rief die Gewerkschaftsmitglieder zu Kundgebungen auf.

In der zweiten Maihälfte protestierten die Werktätigen in allen Teilen Westdeutschlands in machtvollen Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz, obwohl die Polizei in München, Nürnberg und anderen Städten Wasserwerfer gegen die Demonstranten einsetzte. Bei den Demonstrationen wurden auch Losungen mitgeführt, die sich gegen die Remilitarisierung richteten. In Hamburg und München 150 000, in Dortmund 80 000, in Aachen und Wuppertal 60 000, insgesamt waren es über zwei Millionen Werktätige, die gegen die reaktionäre Politik der Bundesregierung demonstrierten. Zahlreiche Werktätige forderten den Vorstand des DGB auf, den Generalstreik auszurufen. In vielen Betrieben wurde die Arbeit kurzfristig niedergelegt. Die Delegierten von 130 000 Mitgliedern der IG Bergbau des Bezirks Essen erklärten sich bereit, alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen anzuwenden, damit die Forderungen des DGB erfüllt werden. Sie riefen in einer einstimmig angenommenen Entschließung den Vorstand der IG Bergbau auf, „alles zu tun, um ein Betriebsverfassungsgesetz, wie es der augenblickliche Regierungsentwurf vorsieht, zu verhindern"[108] und die Forderungen des DGB durchzusetzen. Den Streik gegen das Betriebsverfassungsgesetz forderten im Namen von 51 000 Gewerkschaftern der IG Metall 250 Delegierte auf einer Konferenz in Dortmund.

Zur gleichen Zeit verstärkten prominente Persönlichkeiten aus dem Bürgertum ihren Widerstand gegen die Remilitarisierung und wirkten zielstrebiger auf den Zusammenschluß ihrer verschiedenen Vereinigungen hin. Der Arbeitskreis für deutsche Verständigung, für einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland, dem die frühere Reichstags-

107 Welt der Arbeit (Köln), 16. Mai 1952.

108 Handelsblatt (Düsseldorf), 14. Mai 1952.

abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Frau Katharina von Kardorff-Oheimb, der ehemalige Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach, Wilhelm Elfes, und andere Persönlichkeiten angehörten, die Notgemeinschaft für den Frieden Europas unter Führung von Gustav Heinemann und Helene Wessel, die Darmstädter Aktionsgruppe gegen die Remilitarisierung mit Pastor Herbert Mochalski und andere Zusammenschlüsse nationalgesinnter bürgerlicher Kreise erweiterten ihren Einfluß. Am 29. Juni 1952 gründeten 200 Delegierte der verschiedenartigsten Vereinigungen und Betriebe in Dortmund die Deutsche Sammlung. Sie wählten den Altreichskanzler Joseph Wirth zum Vorsitzenden des Präsidiums und riefen zum Zusammenschluß aller Patrioten und zu einem Volksentscheid über die Remilitarisierung Westdeutschlands auf.

In der ersten Reihe derer, die gegen die Remilitarisierung und das Betriebsverfassungsgesetz kämpften, standen die Kommunisten. Im Bundestag, in der Parteipresse, auf zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen deckten sie den engen Zusammenhang zwischen der Aufrüstung und der Beseitigung der Arbeiterrechte auf und erklärten den Werktätigen, daß nur im einheitlichen außerparlamentarischen Kampf die Kriegsverträge und das Betriebsverfassungsgesetz zu Fall gebracht werden können. Max Reimann und andere führende Funktionäre der KPD luden Mitglieder der SPD zu Aussprachen ein und berieten mit ihnen, wie der gemeinsame Kampf gegen Generalvertrag und Betriebsverfassungsgesetz geführt werden kann. Sie erinnerten an die Lehren des Kapp-Putsches und des Streiks gegen die Regierung Cuno im Jahre 1923, die bewiesen hatten, daß die in der Aktionseinheit zusammengeschlossene Arbeiterklasse alle Anschläge der Reaktion zum Scheitern bringen kann. Die KPD rief dazu auf, die zahlreichen Beschlüsse der Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsbelegschaften über den Einsatz aller gewerklichen Kampfmittel gegen Generalvertrag und Betriebsverfassungsgesetz zu verwirklichen. Der Parteivorstand der KPD wandte sich mehrfach an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD und schlug diesen gemeinsame Aktionen vor. Alle diese Vorschläge wurden abgelehnt.

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit der KPD trug jedoch wesentlich dazu bei, daß mehr und mehr Arbeiter den gewerkschaftsfeindlichen Charakter des Betriebsverfassungsgesetzes erkannten. Viele Arbeiter bezeichneten dieses Gesetz als die Durchführungsverordnung des Generalvertrages für die Betriebe und forderten den Vorstand des

DGB auf, einheitliche Aktionen gegen Remilitarisierung und soziale Reaktion durchzuführen.

Der Vorstand des DGB erklärte am 12. Mai erneut, daß die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen das Betriebsverfassungsgesetz fortgeführt würden. Er wandte sich jedoch in anderen Erklärungen gegen eine Verbindung dieser Aktionen mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung, da dies eine Angelegenheit der politischen Parteien sei. Dadurch wurde die Bewegung gegen die reaktionäre Politik der Bundesregierung zersplittert und geschwächt.

Am 26. Mai 1952 unterzeichnete Konrad Adenauer nach monatelangen Geheimverhandlungen, über deren Inhalt er wiederum weder das Kabinett noch den Bundestag informierte, in Bonn den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Generalvertrag oder Deutschlandvertrag)[109] und am Tag darauf in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).[110]

Der Abschluß dieser Verträge war mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts verbunden. Die Bundesregierung und die Westmächte nahmen dies zum Anlaß, um zu verkünden, die Bundesrepublik sei gleichberechtigt und souverän, wenn die Verträge rechtskräftig würden. Das war eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Im Generalvertrag und seinen Zusatzverträgen behielten sich die Besatzungsmächte eine Reihe wesentlicher Rechte vor, unter anderem das „Einspruchsrecht" in Fragen der Wiedervereinigung und der „inneren Sicherheit". Die Besatzungstruppen – deren Name man jetzt in „Truppen zur Verteidigung der freien Welt" umänderte – erhielten das Recht, bei einer „schweren Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" die offene Militärdiktatur zu errichten.

Ermuntert durch den Abschluß der Kriegsverträge, drohte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) dem DGB mit Schadenersatzklage, wenn die Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz weitergeführt würden. Nach Verhandlungen des Vorsitzenden des DGB, Christian Fette, mit Konrad Adenauer beschloß der Vorstand des DGB, ab 11. Juni die Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz einzustellen und mit der Regierung über einzelne Punkte zu verhandeln. Die Bundesregierung hatte ein wesentliches Ziel erreicht. Viele Werktätige resignierten oder bewerteten die Ver-

[109] Dokument Nr. 43.

[110] Dokument Nr. 44.

handlungsbereitschaft der Regierung als ernstes Zugeständnis. Die Kämpfe ebbten ab. Am 19. Juli 1952 ratifizierte der Bundestag gegen die Stimmen von KPD und SPD das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz. Obwohl die Änderungsvorschläge des Vorstandes des DGB keine Berücksichtigung gefunden hatten, ließ es dieser mit einer Protesterklärung bewenden.

Die Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes stellte eine Niederlage der westdeutschen Arbeiter in ihrem jahrelangen Kampf um die Mitbestimmung dar und widerspiegelte den Machtzuwachs und die Festigung der Positionen des Monopolkapitals. Der Gang der Entwicklung machte deutlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands einerseits die Überwindung des reaktionären Adenauer-Regimes durch die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland voraussetzte; andererseits mußten in der DDR neue Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken und die demokratischen Kräfte in Westdeutschland noch wirksamer zu unterstützen.

Der Aufbau des Sozialismus. Die Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR

1. Die 2. Parteikonferenz der SED und ihre Richtlinien für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR

Vom 9. bis 12. Juli 1952 tagte in Berlin die 2. Parteikonferenz der SED. 1565 Delegierte, 494 Gastdelegierte und über 2500 Gäste aus der DDR und aus vielen Ländern der Welt nahmen an ihr teil. Das Referat des Zentralkomitees über die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED hielt Walter Ulbricht.

Das Zentralkomitee stellte fest, daß sich seit der Gründung der DDR und dem III. Parteitag der SED das internationale Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten des Sozialismus und des Friedens verändert hatte. Die Weltfriedensbewegung gewann Millionen neuer Anhänger auf allen Kontinenten und übte wachsenden Einfluß auf die Erhaltung des Friedens aus. Auch der Aufschwung der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, besonders in den Ländern Asiens und Afrikas, hielt an. Die Parteikonferenz würdigte den hel-

denhaften Kampf des koreanischen Volkes und der chinesischen Freiwilligen gegen die amerikanischen Aggressoren.

Ausführlich ging Walter Ulbricht auf die zwei Wege der Entwicklung in Deutschland ein. In der Deutschen Demokratischen Republik war die Arbeiterklasse zur anerkannten führenden Kraft der Gesellschaft und ihre Partei, die SED, zu einer Partei neuen Typus geworden. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter hatte sich erhöht. Die Klassengrundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, hatte sich weiter gefestigt. Der volkseigene und genossenschaftliche Sektor der Volkswirtschaft war zur stabilen ökonomischen Grundlage der neuen Ordnung geworden. Von 77,6 Prozent Ende 1950 war der Anteil der volkseigenen und genossenschaftlichen Betriebe an der Bruttoproduktion der Industrie auf etwa 80 Prozent Mitte des Jahres 1952 gestiegen. Auf dem Lande waren die fortgeschrittensten Landarbeiter und werktätigen Bauern in einigen Dörfern bereits zur gemeinsamen Bodenbearbeitung übergegangen.[111] Die DDR war ein fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und brüderlich mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern verbunden.

In Westdeutschland dagegen hatten die Monopolherren und Großgrundbesitzer mit Hilfe der amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten ihre ökonomische und politische Macht wiedererrichtet. Trotz des starken Widerstandes gegen die Remilitarisierung war es dem Adenauer-Regime gelungen, die Aufstellung einer neuen Aggressionsarmee vorzubereiten. Die Bundesregierung hatte alle Verständigungsvorschläge der DDR und der sozialistischen Staaten, besonders den Vorschlag der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, verworfen und den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten ständig vertieft. Durch den Abschluß des Generalvertrages und des Vertrages über die EVG waren die deutschen Imperialisten ihrem Ziel, Westdeutschland in das imperialistische Kriegspaktsystem einzubeziehen und die Vorherrschaft in Westeuropa zu erobern, einen großen Schritt näher gekommen. Westdeutschland entwickelte sich als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus zu einem gefährlichen Kriegsherd in Europa. Das mußte zwangsläufig die Lage verschärfen.

Im Kampf zwischen den demokratischen und den imperialistischen Kräften in Deutschland waren bestimmte Entscheidungen gefallen.

111 Dokument Nr. 42.

Jetzt galt es, die Strategie und Taktik der SED zur Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes der veränderten Situation anzupassen. Die 2. Parteikonferenz der SED bekräftigte, daß der Kampf um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands weiterhin die zentrale Frage in Deutschland ist. Für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, an der die SED unvermindert festhielt, mußten im Kampf gegen die antinationalen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland, besonders durch die Verhinderung der Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris, die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Das erforderte vor allem, daß das deutsche Volk unter Führung der Arbeiterklasse die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in seine eigenen Hände nahm. Die vordringlichsten Aufgaben dabei waren, die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter herzustellen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen und alle deutschen Patrioten in der Friedensbewegung und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenzuschließen. Gleichzeitig mußte alles getan werden, damit die Deutsche Demokratische Republik als Bastion der Friedenskräfte in ganz Deutschland ihren Aufgaben im Kampf gegen den wiedererstandenen deutschen Imperialismus vollauf gerecht werden konnte. Das war nur durch den systematischen und planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR möglich.

„Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen", sagte Walter Ulbricht, „sind . . . jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist . . . In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der 2. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird."[112]

Diese Worte lösten bei den Delegierten einen Sturm der Begeisterung aus. Ein Teilnehmer der Parteikonferenz, der verdiente Arbeiterfunktionär Otto Buchwitz, berichtete darüber in seinen Erinnerungen:

[112] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. IV, 1950–1954, Berlin 1958, S. 407.

„Ein ungeheurer Jubel brandete in den weiten Räumen der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin bei der Verkündung dieses Vorschlages auf. Jene Delegierten, die bereits in der Weimarer Republik oder noch früher, im kaiserlichen Deutschland, für das historische Ziel der revolutionären Arbeiterklasse gekämpft hatten, waren sichtlich ergriffen. In meinem langen Leben hatte ich viele Parteitage der Sozialdemokratischen Partei erlebt . . . Jener Tag aber war der bedeutendste in den Jahrzehnten meines Wirkens in der Arbeiterbewegung. In der Diskussion brachte ich meine Gefühle und meinen unerschütterlichen Glauben an die große, menschheitsbefreiende Idee des Sozialismus zum Ausdruck." Ständig von Beifall unterbrochen, sagte Otto Buchwitz auf der 2. Parteikonferenz: „Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann . . .

Ich erlebte manche Zeitenwende. Immer wieder mußten wir mit Bitternis feststellen, daß die Reaktion verstand, solchen Zeitenwenden ihren Stempel . . . aufzudrücken. Ich glaube, dieser Zeitenwende, an der wir uns befinden, . . . drücken wir den Stempel unseres Wollens auf!"[113]

Die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR war ein Ereignis von überragender historischer und nationaler Bedeutung. Zum ersten Mal in der Geschichte stand eine revolutionäre Partei vor der Frage, ob es möglich ist, in dem kleineren, ökonomisch weniger entwickelten und an Naturschätzen ärmeren Teil eines hochentwickelten, ehemals imperialistischen Landes und bei offener Grenze zum imperialistischen System den Sozialismus zu errichten. Die SED entschied in Übereinstimmung mit den anderen Blockparteien und der Nationalen Front diese Frage positiv. Sowohl die Entwicklung des Sozialismus zu einem Weltsystem und die Hilfe und die Erfahrungen der sozialistischen Länder als auch das Bestehen eines starken volkseigenen Sektors in der Volkswirtschaft, einer Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, die sich auf das Bündnis aller demokratischen Kräfte stützte, die Existenz einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und die Anwesenheit der Sowjetarmee in der DDR, die den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat vor einer imperialistischen Intervention schützte, ermöglichten es, auch unter kompli-

[113] Otto Buchwitz: Brüder, in eins nun die Hände, Berlin 1956, S. 275/276.

zierten historischen und nationalen Bedingungen die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

In den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hatten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED die in den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" formulierten Gegenwartsforderungen – das Minimalprogramm der SED – verwirklicht. Nun war es notwendig, das Maximalprogramm der SED – den Aufbau des Sozialismus – planmäßig zu verwirklichen. „Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", hieß es in den vom Vereinigungsparteitag beschlossenen „Grundsätzen und Zielen der SED", „ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden."[114]

Der Untergang der alten, auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die sozialistische Umwälzung sind eine historische Notwendigkeit. Sie ergibt sich aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Dieser unversöhnliche Widerspruch kann nur gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse im Bunde mit den werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen durch die sozialistische Revolution die Macht erobert und den Übergang zum Sozialismus vollzieht. „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich ... Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei."[115]

114 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, Berlin 1952, S. 8.

115 Friedrich Engels: Materialien zum „Anti-Dühring". In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 620.

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR entsprach den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Um die Kriegsfolgen zu beseitigen und die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes ständig zu verbessern, mußten die Produktivkräfte rasch entwickelt und die Arbeitsproduktivität bedeutend gesteigert werden. Voraussetzung dafür war, den volkseigenen Sektor der Wirtschaft weiter zu stärken, die Grundsätze der einheitlichen sozialistischen Planung durchzusetzen und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus systematisch auszunutzen.

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR wurde auch durch den verschärften Kampf zwischen den zwei Hauptkräften in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt. Er war die Alternative zur beschleunigten Wiedererrichtung der Macht des Imperialismus und Militarismus in der Bundesrepublik. Dem deutschen Imperialismus, der seine Kräfte sammelte und sich auf eine gewaltsame Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges vorbereitete, mußte ein starker sozialistischer Staat als unüberwindlicher Damm entgegengestellt werden. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht weiter zu festigen war jedoch nur durch den planmäßigen Aufbau des Sozialismus möglich. Nur auf diesem Wege konnten die noch vorhandenen sozialökonomischen und politischen Widersprüche in der DDR überwunden werden. Ein Stehenbleiben hätte diese Widersprüche verschärft, den Elementen des Kapitalismus Auftrieb gegeben und die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gefährdet.

Erst die sozialistische Umgestaltung machte es für immer unmöglich, die Herrschaft des Monopolkapitals im Osten Deutschlands zu restaurieren. Nur dadurch konnte die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig beseitigt und konnten alle schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz und der Handwerker, der Frauen und der Jugend geweckt und gefördert werden. Nur auf diesem Wege konnten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Wettbewerb der beiden Systeme in Deutschland den Sieg erringen. Die Dialektik des Klassenkampfes in Deutschland bestand darin, daß infolge der antinationalen Klassenpolitik der imperialistischen Großbourgeoisie der Aufbau des Sozialismus in der DDR zum dringendsten Gebot des weiteren nationalen Kampfes wurde.

Mit dem Aufbau des Sozialismus erfüllte die deutsche Arbeiter-

klasse zugleich ihre internationalen Verpflichtungen, indem sie dazu beitrug, das sozialistische Lager auszudehnen und zu festigen.

Der Aufbau des Sozialismus stand von Anfang an voll und ganz im Dienst der nationalen Hauptaufgabe des deutschen Volkes und war eine folgerichtige Fortsetzung der Generallinie der SED. Solange noch Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung in Westdeutschland und damit für die Herstellung eines einheitlichen und friedliebenden demokratischen deutschen Staates bestanden, mußten diese genutzt werden. Nach der Unterzeichnung des Generalvertrages und des Vertrages über die EVG waren neue Barrieren gegen die friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten geschaffen worden. Da jedoch Westdeutschland noch nicht völlig in das imperialistische Kriegspaktsystem einbezogen und die westdeutsche Aggressionsarmee noch nicht aufgestellt war, bestanden noch Möglichkeiten – wenngleich auch geringere als in den Jahren 1950/1951 –, zu einer Verständigung über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu gelangen. Die SED hielt deshalb nach wie vor an ihrer Konzeption fest, einen Friedensvertrag herbeizuführen und den deutschen Imperialismus in offener demokratischer Auseinandersetzung im Rahmen eines einheitlichen Staates zu überwinden.

Der systematische und planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR war nunmehr angesichts der reaktionären Entwicklung in der Bundesrepublik die entscheidende nationale Bedingung dafür, auch in Westdeutschland Imperialismus und Militarismus überwinden und der historischen Gesetzmäßigkeit, dem Sieg der Demokratie und des Sozialismus, im gesamtnationalen Rahmen zum Durchbruch verhelfen zu können.

Die Besonderheit des Kampfes zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften in Deutschland bestand darin, daß es galt, die sozialistische Revolution in einem Teil des Landes mit dem Kampf um die Entfaltung der demokratischen Bewegung in dessen anderem Teil zu verbinden. Die Partei wies entschieden die revisionistischen Behauptungen zurück, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten in Westdeutschland beeinträchtige. Zwischen der sozialistischen Revolution in der DDR und dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland, den Imperialismus und Militarismus auf dem Wege demokratischer Umgestaltungen zu beseitigen und eine antiimperialistische Ordnung zu errichten, besteht ein enger Zusammenhang. Beide

richten sich gegen einen gemeinsamen Feind, die Macht der Monopole und Militaristen, und dienen dem gleichen Ziel, die nationale Frage des deutschen Volkes zu lösen und Deutschland als friedliebenden, demokratischen Staat wiederzuvereinigen. Die erfolgreiche Durchführung der sozialistischen Umgestaltung in der DDR unterstützt die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte in Westdeutschland und gibt ihnen den stärksten Rückhalt. Sie hilft ihnen, allmählich ihre geschichtliche Verantwortung zu begreifen, ihre Kräfte zu formieren und Schritt für Schritt ihre nationalen und sozialen Aufgaben zu erfüllen.

In Voraussicht der zu erwartenden imperialistischen Hetze, daß durch den Aufbau des Sozialismus in der DDR Deutschland noch tiefer gespalten und die Wiedervereinigung von der SED „abgeschrieben" werde, begründete Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED den objektiven Zusammenhang zwischen der sozialistischen Revolution in der DDR und dem Kampf um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes. Er erklärte: „Die zentrale Frage ist und bleibt die nationale Frage, die einen tiefen sozialen Inhalt hat... Die Frage, welche gesellschaftliche Ordnung nach der Vereinigung in ganz Deutschland errichtet werden soll, wird vom gesamten deutschen Volk ohne irgendwelche ausländische Einmischung entschieden werden. Durch den sozialistischen Aufbau wird der deutschen Arbeiterschaft und dem ganzen werktätigen Volk die Entscheidung über die Gestaltung der künftigen gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland erleichtert, denn jeder kann sich auf Grund seiner eigenen Erfahrungen und Feststellungen selbst überzeugen, welcher Weg den Interessen des arbeitenden Volkes und welcher Weg den Interessen der Rüstungsindustriellen, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer dient."[116]

Die 2. Parteikonferenz der SED gab dem deutschen Volk in seinem Kampf für den Frieden und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eine richtige Orientierung. Sie schuf Klarheit über die von Westdeutschland ausgehende Gefahr und über den Charakter des Adenauer-Regimes und bekräftigte die Erkenntnis, daß die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands voraussetzt, die Herrschaft des Monopolkapitals und des Militarismus in Westdeutschland zu überwinden. In einigen Thesen der 2. Parteikonferenz wurden jedoch die relative Konsolidierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus

116 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 410/411.

in Westdeutschland, die zunehmende Selbständigkeit des deutschen gegenüber dem USA-Imperialismus sowie der Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse noch nicht in vollem Maße berücksichtigt.

Die eigenartige Verbindung des Kampfes um Demokratie und Sozialismus stellte an die SED hohe Anforderungen. Die Parteiführung verstand es, die Hinweise W. I. Lenins in bezug auf den Übergang zum Sozialismus richtig auf die in Deutschland entstandene Lage anzuwenden: „... die konkreten Bedingungen und Formen dieses Übergangs sind unvermeidlich und notwendigerweise mannigfaltig, je nach den Bedingungen, unter denen die auf den Aufbau des Sozialismus abzielende Bewegung beginnt. Sowohl die örtlichen Unterschiede als auch die Besonderheiten der Wirtschaftsweise, sowohl die Lebensformen als auch der Bildungsgrad der Bevölkerung, und ebenso die Versuche, diesen oder jenen Plan durchzuführen – alles das muß sich auswirken auf die Eigenart des Weges zum Sozialismus ..."[117]

In den von der 2. Parteikonferenz einmütig beschlossenen Richtlinien wurde gefordert:

a) Auf *politischem Gebiet* die Staatsmacht als das Hauptinstrument der Werktätigen zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus ständig zu festigen, die Hegemonie der Arbeiterklasse, ihr Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen Schichten des Volkes zu stärken, die Arbeit des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiterzuentwickeln. Als Hauptaufgaben der Staatsmacht wurden bezeichnet:

1. Brechung des Widerstandes der gestürzten und enteigneten Großkapitalisten und Großagrarier. Liquidierung aller ihrer Versuche, die Macht des Kapitals wiederherzustellen.

2. Organisierung des Aufbaus des Sozialismus mit Hilfe des Zusammenschlusses aller Werktätigen um die Arbeiterklasse.

3. Schaffung der bewaffneten Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik zur Verteidigung der Heimat gegen die äußeren Feinde, zum Kampf gegen den Imperialismus.

b) Auf *ökonomischem Gebiet* bestand die zentrale Aufgabe darin, das sozialistische Eigentum zu mehren und in der Industrie die materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen. Das erforderte vor allem die beschleunigte Rekonstruktion der Großbetriebe in der Hütten-

117 W. I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf des Artikels „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". In: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 197/198.

industrie, im Bergbau, im Schwermaschinenbau, in der Energiewirtschaft, in der Chemie und in anderen Industriezweigen auf der Basis der fortgeschrittenen Technologie, die Überwindung der Disproportionen in der Volkswirtschaft und die planmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Von der Erfüllung der Aufgaben in den Grundstoffindustrien hing das Tempo des sozialistischen Aufbaus in entscheidendem Maße ab.

Die SED erklärte der Bevölkerung in aller Offenheit, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht infolge des Wiedererstehens des deutschen Militarismus und der amerikanischen Kriegspläne gezwungen ist, eine Reihe von Maßnahmen zur Verteidigung der DDR zu ergreifen, die auch materielle und finanzielle Mittel erforderten. Diese Mittel waren im Fünfjahrplan nicht vorgesehen. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeitsproduktivität weiter zunimmt und neue technische Hilfsmittel sowie die wirtschaftliche Rechnungsführung verstärkt angewandt werden, so erklärte die Partei, werde es jedoch trotz der zusätzlichen Ausgaben möglich sein, den Fünfjahrplan in allen seinen Positionen zu erfüllen, auch in bezug auf die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Die 2. Parteikonferenz betonte, daß entgegen den Behauptungen der Monopolpresse in Westdeutschland nicht die Absicht bestehe, die kleinen und mittleren Unternehmer zu enteignen. Auf die Fragen einiger Handwerksmeister, ob es erlaubt sei, daß sich mehrere Handwerker und Arbeiter zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, erklärte die SED, daß eine solche Möglichkeit bestehe, und hob gleichzeitig hervor, daß über die Bildung solcher Genossenschaften nur die Handwerker selbst zu entscheiden hätten. Im übrigen werde die Partei daran festhalten, das Handwerk zu unterstützen.

Während in den volksdemokratischen Ländern in der Regel mit dem Beginn der sozialistischen Revolution eine zweite Etappe der Nationalisierung verbunden war, in deren Ergebnis Ende 1952 der kapitalistische Sektor in diesen Ländern nahezu beseitigt war, sollte sich das Gewicht des volkseigenen Sektors in der DDR auch weiterhin vor allem durch sein ökonomisches Wachstum, durch die Steigerung der Produktion gegenüber dem kapitalistischen Sektor erhöhen.

c) Auf dem Gebiet der *Landwirtschaft* beschloß die 2. Parteikonferenz der SED, die Bewegung der werktätigen Bauern und Landarbeiter zur Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften[118] voll

[118] Dokument Nr. 45.

zu unterstützen. Sie erinnerte an die Hinweise von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, daß die Bauern nur auf dem Wege der Überzeugung für die gemeinschaftliche Produktion gewonnen werden können und daß es unzulässig ist, bei der Organisierung der sozialistischen Großproduktion Zwang anzuwenden. Neben der besonderen Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollte die Zusammenarbeit mit den individuell wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern verstärkt und die gegenseitige Hilfe im Rahmen der VdgB (BHG) weitergeführt werden. Die Parteiorganisationen wurden verpflichtet, mit allen Überresten der opportunistischen Unterschätzung der Bauernschaft als des wichtigsten Verbündeten der Arbeiterklasse Schluß zu machen. Von den Großbauern forderte die Parteikonferenz die strikte Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat.

d) Die *Gewerkschaften* bezeichnete die Parteikonferenz als Schulen des Sozialismus. Nach den Beschlüssen des FDGB hatten die Gewerkschaftsorganisationen die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, ihre geistige und kulturelle Entwicklung zu fördern und den sozialistischen Wettbewerb, besonders die kollektive Aktivistenarbeit, zu leiten. Die erste Aufgabe der Gewerkschaftsleitung im Betrieb war die Durchführung des Kollektivvertrages. Die Konferenz forderte die Parteimitglieder in den Gewerkschaften auf, ihre politischen und fachlichen Kenntnisse zu erhöhen und die Verbindung mit den Werktätigen weiter zu festigen.

Die Parteikonferenz hob hervor, daß die großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus nur erfüllt werden können, wenn die *Frauen* dabei aktiv mitarbeiten. Sie wies darauf hin, daß die Frauen und Mädchen, obwohl sie in der Produktion hervorragende Leistungen vollbrachten, von vielen Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteileitungen noch ungenügend gefördert wurden. Die Leitungen und die Mitglieder der SED wurden aufgefordert, die in den Betrieben beschäftigten Frauen und Mädchen, die ein Teil der Arbeiterklasse sind, für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen und ihre Initiative auf jede Weise zu unterstützen.

Die Parteikonferenz sprach die Überzeugung aus, daß die von ihr gefaßten Beschlüsse die *Jugend* mit Begeisterung erfüllen werden. Aus diesen Beschlüssen ergebe sich gleichzeitig die Verpflichtung, in der Jugend den Kampfgeist zu wecken, um das sozialistische Aufbauwerk gegen die imperialistischen Feinde zu schützen. Die Konferenz

erinnerte an den Beschluß des Zentralkomitees vom 23. Februar 1952 über „Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend", der alle Leitungen und alle Mitglieder der Partei verpflichtet hatte, die FDJ allseitig zu unterstützen, ihr zu helfen bei der Erziehung einer lebensfrohen selbstbewußten Jugend, die bereit sei, jede Schwierigkeit im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands zu überwinden.

e) Die Parteikonferenz hob hervor, daß die Förderung der *Wissenschaften* von entscheidender Bedeutung für den Aufbau des Sozialismus ist. Sie forderte, eine neue Intelligenz aus den Reihen der Jugend und der Aktivisten des Neuaufbaus heranzubilden. Gleichzeitig rief die Parteikonferenz dazu auf, Erscheinungen des sektiererischen Verhaltens zur alten Intelligenz, die loyal und angestrengt am Fünfjahrplan mitarbeitete, entschieden zu bekämpfen. Die Konferenz betonte, daß die DDR an die großen Traditionen der deutschen Wissenschaft und Technik anknüpft und daß es darauf ankomme, die junge Generation mit den wissenschaftlichen Leistungen der großen Deutschen wie Johannes Kepler, Ernst Abbe und Carl Zeiß, Albert Einstein und Max Planck, Alexander von Humboldt und Robert Koch und anderen vertraut zu machen. Darüber hinaus sei es notwendig, durch die Entwicklung der Forschungsarbeit, durch die Organisierung wissenschaftlicher Konferenzen und vor allem durch die Aneignung und Verbreitung der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft die Voraussetzungen für einen schnellen Aufschwung von Wissenschaften und Technik zu schaffen.

f) Den *Kulturschaffenden* wurde die Aufgabe gestellt, durch die schöpferische Entwicklung einer realistischen Kunst und Literatur die wachsenden kulturellen Ansprüche der Werktätigen zu befriedigen und gleichzeitig durch ihr Wirken für die Erhaltung der humanistischen deutschen Kultur ein Beispiel für Westdeutschland zu geben. Die SED forderte von den Kulturschaffenden, die gesellschaftliche Wirklichkeit an ihren Quellen kennenzulernen, ihr persönliches Leben mit dem des werktätigen Volkes zu verbinden. Im Mittelpunkt des künstlerischen Schaffens müsse der neue Mensch stehen, der Aktivist, der Held des sozialistischen Aufbaus.

g) Die 2. Parteikonferenz stellte fest, daß die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* zu einer Partei von neuem Typus geworden war. Im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und deren Hinüberleitung zur sozialistischen Revolution hatte sich die SED zu einer politisch-ideologisch und organisatorisch einheitlichen,

festgefügten Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entwickelt. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedern der früheren KPD und der SPD waren verschwunden. Die Partei war fest in den Betrieben, Institutionen und Wohngebieten verankert. Ihr Aufbau und ihr innerparteiliches Leben beruhten auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Ihr Handeln wurde von den Ideen des proletarischen Internationalismus bestimmt. Die Partei lenkte durch die politisch-ideologische und organisatorische Tätigkeit ihrer Leitungen und Organisationen den Staat und die Massenorganisationen der Werktätigen. Mit Hilfe der Blockpolitik und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verwirklichte sie die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit allen anderen Schichten der Bevölkerung. Die SED war zur stärksten Partei in ganz Deutschland geworden und stand an der Spitze des nationalen Kampfes und des sozialistischen Aufbaus.

Die neuen Aufgaben forderten von der Partei, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens führend zu sein. Alle Parteiorganisationen mußten es lernen, wissenschaftlich zu leiten und alle opportunistischen Tendenzen des Selbstlaufs und des Nachhinkens zu bekämpfen. Die Parteiarbeiter wurden verpflichtet, ständig ihre wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, um den neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Für die Entwicklung der Kader wurden jeweils die leitenden Funktionäre verantwortlich gemacht. Die Kader sollten so geschult werden, daß sie imstande sind, die Linie der Partei verantwortlich durchzusetzen. Es war notwendig, die innerparteiliche Demokratie zu entwickeln und die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen. Als wichtigstes Kettenglied wurde die Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei bezeichnet.

h) Auf *ideologischem Gebiet* bestand die wichtigste Aufgabe darin, das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen und zugleich alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie beharrlich zu bekämpfen. Die Propagandisten der Partei wurden verpflichtet, sich den neuen theoretischen Problemen, die von der 2. Parteikonferenz gestellt wurden, zuzuwenden und sie zu popularisieren.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich die 2. Parteikonferenz auch ausführlich mit der Geschichtsforschung und -propaganda. Sie stellte den Historikern die Aufgabe, in Auseinandersetzung mit den reaktionären Verfälschungen der deutschen Geschichte die humanistischen und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes, vor

allem des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, zu erforschen und darzustellen. Es gelte, den Stolz auf die hervorragenden Leistungen unseres Volkes zu wecken und aus der Geschichte Kraft zu schöpfen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR und für den Kampf um eine glückliche Zukunft der ganzen deutschen Nation. Diese Aufgabenstellung richtete sich unmittelbar gegen die Bestrebungen der amerikanischen und westdeutschen Großbourgeoisie und ihrer Ideologen, die behaupteten, daß es in Deutschland kein nationales Geschichtsbild mehr geben könne, weil Deutschland als Nationalstaat nicht mehr existenzfähig sei. Das nationale Geschichtsbild müsse durch ein „christlich-europäisches" oder „abendländisches" Geschichtsbild ersetzt werden. Diese imperialistischen kosmopolitischen Theorien waren auf die DDR, besonders auf Teile der Intelligenz, nicht ohne Einfluß geblieben. Das äußerte sich unter anderem in der Auffassung, die Geschichte des deutschen Volkes sei eine „Misere" und die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung eine Kette von Fehlern. Demgegenüber betonte die SED, daß die deutsche Geschichte nicht nur die schmachvollen Taten der herrschenden Ausbeuterklassen, den Verrat der Bourgeoisie und die Verbrechen der Imperialisten, kennt, sondern daß sie reich an freiheitlichen, revolutionären Traditionen ist.

Von der 2. Parteikonferenz der SED wurde die vom III. Parteitag ausgearbeitete Generallinie der Partei weiterentwickelt. Das Neue der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz bestand in den Richtlinien über die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, in der Ausarbeitung des Charakters und der Aufgaben der Arbeiter-und-Bauern-Macht, in der Orientierung auf die planmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie sowie in den Richtlinien über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft.

In der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, ihrer materiellen Potenzen und geistigen Fähigkeiten äußert sich die historische Rolle der Arbeiterklasse als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihr humanistischer Charakter als einer produktiven Klasse. Unmittelbar mit der modernen Großproduktion verbunden, erwächst der Arbeiterklasse gesetzmäßig die Aufgabe, die Werktätigen, alle kleinbürgerlichen Schichten „auf den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus [zu] führen, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik vereinigt mit dem

Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen"[119].

Bereits Karl Marx hatte in seiner Kritik am Gothaer Programm die Arbeiterklasse darauf hingewiesen, daß die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte der Schlüssel dazu ist, die Muttermale des Kapitalismus allmählich zu beseitigen, die Klassenunterschiede zu überwinden, sozialistische gesellschaftliche Beziehungen herzustellen und das sozialistische Bewußtsein der Menschen zu formen. Die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft ist für alle Länder gesetzmäßig, die den Weg zum Sozialismus beschreiten. Diese Aufgabe war für die DDR besonders bedeutsam, da sie untrennbar mit der Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes zusammenhing. Indem die 2. Parteikonferenz der SED konsequent auf die Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus orientierte, bekräftigte sie die Aufgabenstellung des III. Parteitages, die Überlegenheit der Herrschaft der Arbeiter und Bauern im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu beweisen.

Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED fanden in der Arbeiterklasse und bei den fortgeschrittenen Menschen in den anderen Schichten lebhaften Widerhall.[120] In Leipzig bekundeten 200 000 Werktätige in einer machtvollen Demonstration ihre Bereitschaft, am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. In Dresden und Halle waren es 80 000, in Erfurt über 60 000 Werktätige, die auf Großkundgebungen die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz begrüßten. Tausende von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren übernahmen neue Produktionsverpflichtungen.

Auch aus Westdeutschland und Westberlin trafen Zustimmungserklärungen ein. So schrieb ein parteiloser Arbeiter aus Hamburg: „Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bietet die Gewähr, daß mit einem Angriff aus dem Osten keinesfalls zu rechnen ist. Vielmehr werden die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik noch stärker als bisher an der friedlichen Entwicklung in ganz Deutschland arbeiten."[121] Der Parteivorstand der KPD nahm in einer außerordentlichen Sitzung, an der zahlreiche Gäste aus den Landes-, Kreis- und Betriebsorganisationen

119 W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 412/413.

120 Dokument Nr. 51 u. 53.

121 Dokumentation der Zeit. Gesamtdeutsches Informations-Archiv. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1952, H. 31, S. 1382.

der Partei teilnahmen, zur 2. Parteikonferenz der SED Stellung. Er erklärte, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR auch die Position der Arbeiterklasse in Westdeutschland stärke und besonders dem Kampf um die Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiter Auftrieb gebe.

Die führenden Gremien der CDU[122], DBD[123], LDPD[124] und NDPD[125] begrüßten die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED und riefen die Mitglieder ihrer Parteien zur aktiven Mitarbeit bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus auf. In der Entschließung des Hauptvorstandes der CDU hieß es: „Die Christlich-Demokratische Union erkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Partei der Arbeiterklasse vorbehaltlos an. Sie ist überzeugt, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nur auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft von der Gesellschaft, des Marxismus-Leninismus, möglich ist . . ."[126]

Das Bekenntnis der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien zum Aufbau des Sozialismus unter Führung der Arbeiterklasse war etwas prinzipiell Neues in der Geschichte des deutschen Volkes. Es bewies, daß die Arbeiterklasse fähig ist, alle Schichten des Volkes zu einigen und einen neuen Typus der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen zu schaffen. Das Bekenntnis dieser Parteien zum Sozialismus war besonders für die CDU und für die LDPD die Krönung eines sehr schwierigen und langwierigen Prozesses der Klärung und inneren Konsolidierung, der mit dem Kampf gegen die Reaktionäre in diesen Parteien eingesetzt hatte. Der Gedanke der Mitverantwortung bei der Stärkung der DDR hatte sich in allen kleinbürgerlich-demokratischen Parteien durchgesetzt. Ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED widerspiegelte die Erkenntnis, daß diese Parteien und die von ihnen vertretenen Schichten nur an der Seite und unter Führung der Arbeiterklasse eine historische Rolle spielen können. Die kleinbürgerlichen Parteien leisteten einen selbständigen Beitrag beim Aufbau des Sozialismus. Sie halfen den Bauern und Handwerkern, den Angehörigen der alten Intelligenz und den privatkapitalistischen Unternehmern, ihren Platz im Sozialismus zu finden.

122 Dokument Nr. 49.
123 Dokument Nr. 48.
124 Dokument Nr. 50.
125 Dokument Nr. 47.
126 Neue Zeit (Berlin), 26. Juli 1952.

2. Die Veränderung der Struktur der staatlichen Organe. Die Rationalisatoren- und Neuererbewegung. Die kollektive Aktivistenarbeit

Der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus stellte an die Staatsmacht ständig höhere Anforderungen. Neben der ökonomischen Politik der SED hatten deshalb die Fragen des Staates und der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie auf der 2. Parteikonferenz den breitesten Raum eingenommen.

Die in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandenen Staatsorgane in den Ländern, Kreisen und Gemeinden hatten eine positive Arbeit geleistet und viele Formen des bürgerlichen Staates abgestreift. Aber das reichte jetzt nicht mehr aus. „Der Versuch, neuen Wein in alte Schläuche zu füllen", sagte Otto Grotewohl auf der 2. Parteikonferenz, „war nur zu einer bestimmten Periode möglich. Man muß heute zu neuen, umfassenden und wirkungsvolleren Organisationsformen kommen."[127] Vor allem auf der mittleren und lokalen Ebene entsprachen Struktur und Arbeitsweise der staatlichen Organe nicht mehr den neuen Bedingungen. Zwischen dem zentralen Staatsapparat und seiner Basis, den Kreisen und Gemeinden, standen die Länder. Da die großen Projekte des Fünfjahrplans überwiegend zentrale Vorhaben waren, verringerten sich die spezifischen Aufgaben der Regierungen und Parlamente der Länder immer mehr, und der große Länderapparat wurde praktisch in die Rolle eines technischen Vermittlers gedrängt. Die unmittelbare Verbindung zwischen den zentralen und den örtlichen Organen wurde dadurch behindert und besonders die Leitung der Wirtschaft durch den Staatsapparat sehr erschwert. So gehörte zum Beispiel das Kohlegebiet um Cottbus, das im Fünfjahrplan eine wichtige Rolle spielte, zu den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hinzu kam, daß manche Mitarbeiter des Staatsapparates, vor allem in den Ländern, noch an der alten Arbeitsweise des bürgerlichen Staates festhielten und bürokratische und formale Methoden anwandten. Andere wiederum hatten sich nicht die nötigen Erfahrungen und Kenntnisse erworben, um die neuen Aufgaben bewältigen zu können. Es kam aber gerade darauf an, die Werktätigen stärker in die staatliche Tätig-

[127] Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952, Berlin 1952, S. 339.

keit einzubeziehen und den Aufbau des Sozialismus sachkundig zu leiten.

In Übereinstimmung mit den anderen Blockparteien hatte die 2. Parteikonferenz der SED deshalb vorgeschlagen, die Struktur und die Arbeitsweise der staatlichen Organe auf der Ebene der Kreise und Länder umzugestalten.

Durch Gesetz der Volkskammer vom 23. Juli 1952 wurden anstelle der bisherigen fünf Länder 14 Bezirke gebildet: die Bezirke Chemnitz (seit 1953 Karl-Marx-Stadt), Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt, Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Suhl. Dazu kam das Stadtgebiet von Groß-Berlin. Diese Gliederung entsprach im wesentlichen den wirtschaftlichen Schwerpunkten. Die Kreise wurden verkleinert und ihre Zahl von 132 auf 217 erhöht. Bei den Bezirks- und Kreistagen wurden erstmals ständige Kommissionen als Organe der gewählten Volksvertretungen geschaffen, die zahlreiche Bürger in die ehrenamtliche staatliche Arbeit einbezogen. In den Städten mit über 100 000 Einwohnern wurden einzelne Stadtbezirke gebildet, deren Organe sich ebenfalls auf viele ehrenamtliche Mitarbeiter stützten.

Bereits im Mai 1952 war das Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR erlassen worden. Die Staatsanwaltschaft wurde zu einem zentralisierten, unabhängigen Organ, dessen Aufgabe nicht mehr lediglich die Anklagevertretung vor Gericht war, sondern der vor allem die Aufsicht über die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der DDR oblag. Im Oktober 1952 verabschiedete die Volkskammer das Gerichtsverfassungsgesetz, eine neue Strafprozeßordnung und das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums. Durch diese Gesetze wurde eine Reihe bürgerlicher Rechtsformen und Einrichtungen beseitigt. Sie halfen den Justizorganen, sich in sozialistische Staatsorgane umzugestalten und stärkten die sozialistische Gesetzlichkeit.

Durch die Veränderung der staatlichen Organe wurden die Formen der Staatsmacht mit ihrem neuen Inhalt in Übereinstimmung gebracht. Ihre Struktur wurde der neuen Ökonomik angepaßt, der Staatsapparat enger mit den Werktätigen verbunden und das Prinzip des demokratischen Zentralismus konsequenter durchgesetzt. Die staatliche Leitung der Volkswirtschaft konnte erheblich verbessert werden. Das Wesen aller dieser Maßnahmen bestand darin, die Arbeiter-und-

Bauern-Macht zu stärken, den Einfluß der Arbeiterklasse in den staatlichen Organen zu erhöhen und die sozialistische Demokratie zu entwickeln. Die SED ließ sich von dem Hinweis W. I. Lenins leiten, der am Tage nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erklärt hatte: „Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun."[128]

Zur Zeit der 2. Parteikonferenz der SED leisteten bereits etwa 300 000 Werktätige eine ehrenamtliche staatliche Arbeit. Von Jahr zu Jahr wuchs die Zahl der Arbeiter und Bauern, der Frauen und Jugendlichen, der Angehörigen der Intelligenz und vieler anderer Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die in den Volksvertretungen und ihren Organen, in Kommissionen, Aktivs, Ausschüssen, Beiräten und anderen Formen unmittelbar an der staatlichen Leitung des sozialistischen Aufbaus teilnahmen.

Nachdem Konrad Adenauer den Vertrag über die EVG und den Generalvertrag unterzeichnet und der westdeutsche Staatssekretär Walter Hallstein unverhüllt das Programm von der „Befreiung Europas bis zum Ural" verkündet hatte, war es notwendig, die Verteidigungsbereitschaft der DDR zu erhöhen. „Wir sollen wohl verstehen", hatte Wilhelm Pieck auf der 2. Parteikonferenz der SED erklärt, „wenn die Deutsche Demokratische Republik schwach und ungeschützt ist, wenn sie keine Verteidigung zu schaffen vermag, so wird sie zu einer Verlockung für die Aggressoren werden, die auf leichte Beute aus sind ... Unser Banner bleibt nach wie vor das *Banner des Friedens!* ... Wir wollen keinen Krieg, und wir werden alles tun, um ihn zu verhindern. Aber eben um den Imperialisten die Lust an Kriegsabenteuern im Herzen Europas zu nehmen, müssen wir unsere eigenen starken nationalen Streitkräfte schaffen ..."[129]

Mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz, bewaffnete Streitkräfte der DDR zu schaffen, zog die SED die militärpolitischen Schlußfolgerungen aus der neuen Lage und trug dazu bei, die aggressiven Pläne der militaristischen Kreise in Westdeutschland zu durchkreuzen.

[128] W. I. Lenin: Schlußwort über den Frieden. In: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 246.
[129] Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, S. 210 u. 216.

Bei der Verwirklichung dieses Beschlusses ging die SED außerordentlich umsichtig vor. Sie berücksichtigte die komplizierte Situation in Deutschland, die darin bestand, daß einerseits die Sicherheit der DDR gegen die imperialistische Bedrohung in ausreichendem Maße gewährleistet und andererseits auch aus militärpolitischer Sicht alle Möglichkeiten zur Herstellung eines einheitlichen, demokratischen deutschen Staates offengehalten werden mußten. Die Partei bestimmte jeden Schritt ihrer Militärpolitik immer vom Standpunkt der friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes.

Der Kampf der Friedenskräfte, der die vollständige Remilitarisierung Westdeutschlands erheblich verzögerte, sowie die Tatsache, daß die Sowjetarmee den Schutz der DDR vor einer imperialistischen Intervention gewährleistete, ermöglichten es, zunächst auf den Aufbau einer eigenen Armee zu verzichten und den Polizeicharakter der bewaffneten Kräfte beizubehalten. Die bestehenden Bereitschaften der Volkspolizei wurden Ende 1952 in die Kasernierte Volkspolizei umgewandelt. Ihre Hauptaufgabe blieb auch zu dieser Zeit der innere Schutz der DDR gegen konterrevolutionäre Kräfte, Agenten- und Diversantengruppen. Die Kontrolle der Grenzen oblag weiterhin der Deutschen Grenzpolizei. Damit war die Möglichkeit offengelassen, die eingeleiteten Maßnahmen beim Zustandekommen einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten relativ schnell wieder rückgängig zu machen. Die SED und die Regierung ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß die DDR nationale Streitkräfte schaffen werde, wenn der Aufbau der westdeutschen NATO-Armee nicht verhindert würde.

Die bewaffneten Organe der DDR setzten die militärpolitischen Traditionen von Karl Marx und Friedrich Engels, der deutschen Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes fort. 80 Prozent ihrer Offiziere entstammten der Arbeiterklasse. Während die militärischen Verbände in der Bundesrepublik – Bundesgrenzschutz, Bundesbereitschaftspolizei, Deutsche Dienstgruppen und andere – meist von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, darunter verurteilten Kriegsverbrechern, geleitet wurden, standen an der Spitze der Kasernierten Volkspolizei Männer wie der ehemalige Schlosser Karl-Heinz Hoffmann, der schon in Spanien gegen den Faschismus gekämpft hatte.

Die FDJ übernahm die Patenschaft über die bewaffneten Kräfte; zahlreiche ihrer besten Mitglieder meldeten sich freiwillig zum Ehren-

dienst in der Kasernierten Volkspolizei. Die Schaffung bewaffneter Kräfte wurde jedoch nicht von allen Menschen in der DDR sogleich verstanden. Der Abscheu gegen den Krieg hatte besonders in kleinbürgerlichen Bevölkerungskreisen, aber auch bei manchem Arbeiter zu einer pazifistischen Haltung geführt. Nach der jahrelangen Erziehungsarbeit der SED zum Frieden und zur Völkerfreundschaft war es oft nicht leicht, die Menschen davon zu überzeugen, daß der Frieden notfalls auch mit der Waffe in der Hand und an der Seite der Sowjetarmee verteidigt werden muß.

Die SED wich vor dieser schwierigen Aufgabe nicht zurück. Die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1952 bezeichnete es als eine wichtige Seite der Parteiarbeit, der Bevölkerung die nationale Aufgabe der Kasernierten Volkspolizei zu erklären. Die Funktionäre und Mitglieder der SED und zahlreiche andere Mitarbeiter der Nationalen Front erläuterten der Bevölkerung unermüdlich den grundsätzlichen Unterschied zwischen den bewaffneten Organen des Arbeiter-und-Bauern-Staates, die den Frieden und die friedliche Arbeit schützen, und der militaristischen Armee des deutschen Imperialismus, die immer ein Instrument der Monopole war. Sie führten den Menschen vor Augen, daß eine pazifistische Haltung und die Wehrlosigkeit der DDR die deutschen Militaristen ermuntern würden, ihre Kriegsvorbereitungen fortzusetzen.

Die Führung der SED verfolgte die Entwicklung der bewaffneten Organe mit großer Aufmerksamkeit. Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees besuchten Einheiten der Kasernierten Volkspolizei und der Grenzpolizei und überzeugten sich an Ort und Stelle vom Stand der Erziehungs- und Ausbildungsarbeit. In einem Brief des Zentralkomitees an die Mitglieder und Kandidaten der SED in den bewaffneten Kräften vom Januar 1953 stellte die Parteiführung fest, daß die verstärkte ideologische Erziehungsarbeit durch die Parteiorganisationen das wichtigste Kettenglied zur Erhöhung der Kampfkraft der Kasernierten Volkspolizei ist. Das Zentralkomitee betonte die notwendige Einheit zwischen politischer Arbeit und fachlicher Ausbildung. Es verlangte, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus auch in der Tätigkeit der Parteiorganisationen in den bewaffneten Organen konsequent zu verwirklichen und forderte zugleich die verstärkte Erziehung zur militärischen Disziplin. Der Brief des Zentralkomitees, der die Richtlinien für die politische Arbeit in den bewaffneten Kräften enthielt, beschleunigte die Ent-

wicklung der Kasernierten Volkspolizei zu einem wirksamen Schutzinstrument des Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Die weitere ökonomische Festigung der DDR war auch in dem neuen Abschnitt des Kampfes der zwei Systeme in Deutschland von entscheidender Bedeutung. Bereits am 16. April 1952 hatte das Zentralkomitee der SED die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der DDR in einem „Ruf an die Nation" aufgefordert, angesichts der offenen Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland noch größere Anstrengungen dafür zu unternehmen, den Fünfjahrplan zu erfüllen und die Republik stark und unangreifbar zu machen.

Vor allem war es notwendig, den Wettbewerb zu entwickeln und die Mehrheit der Arbeiter in diese Bewegung einzubeziehen.[130] Die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus konnten jedoch auf die Dauer mit den bisherigen Formen des Wettbewerbs nicht gelöst werden. Die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus erforderte die systematische Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie die Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Dazu war es erforderlich, dem Wettbewerb mehr und mehr sozialistische Züge zu verleihen, indem die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe verstärkt, die Unterstützung der Schwächeren durch die Fortgeschrittenen organisiert und die Ziele des Wettbewerbs systematisch auf die wirtschaftlichen Schwerpunkte gelenkt wurden. Nicht nur die Einstellung zur Arbeit, sondern der Arbeitsprozeß und die materiellen Produktivkräfte selbst mußten verändert werden. Stand bei den bisherigen Wettbewerben meist der Umfang der Produktion im Mittelpunkt, so mußten nunmehr die Qualität der Erzeugnisse, die Einführung der neuen Technik, die Einsparung von Material, die Senkung der Selbstkosten und die komplexe Planerfüllung in den Wettbewerb einbezogen und zu vorrangigen Zielen werden.

Das war eine schwierige und komplizierte Aufgabe, die hohe Anforderungen an das Klassenbewußtsein und an die fachlichen Kenntnisse der Arbeiter stellte. Sie erforderte verantwortungsbewußtes Nachdenken darüber, wie die Nachbarbrigade, der Meisterbereich, ja der ganze Betrieb die Arbeit verbessern können. Die Hilfe für die Schwächeren brachte hochqualifizierten Arbeitern oft eine zeitweilige Lohnminderung. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mußten eine beharrliche Aufklärungsarbeit leisten, um Schritt für Schritt die neuen Formen des Wettbewerbs durchzusetzen.

130 Dokument Nr. 64.

Am 19. April 1952 beschloß eine außerordentliche Konferenz von 200 Aktivisten, Meistern, Ingenieuren und Technikern des VEB Transformatoren- und Röntgenwerkes Dresden, einen „Plan der Rationalisatoren und Erfinder" auszuarbeiten.[131] Die Teilnehmer stellten sich damit das Ziel, im Jahre 1952 eine Million DM einzusparen. Diese Summe sollte der Regierung für das Nationale Aufbauwerk zum Neuaufbau der Hauptstadt Berlin überreicht werden.

Die Initiative der Werktätigen des VEB Transformatoren- und Röntgenwerkes Dresden gab den Anstoß zur Rationalisatoren- und Neuererbewegung in der Volkswirtschaft der DDR. Diese Bewegung spielte bei der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans eine ähnliche Rolle wie die Hennecke-Bewegung während des Zweijahrplans. Das Neue des Plans der Rationalisatoren und Erfinder bestand darin, daß die Bemühungen der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure, die Betriebsausrüstungen und den Produktionsablauf zu verbessern und die vorhandene Technik rationell auszunutzen, planmäßig zusammengefaßt und gefördert wurden. Der wichtigste Teil dieses Plans war die öffentliche Betriebsüberprüfung. Sie sah vor, daß die Brigaden gegenseitig ihren Arbeitsplatz, ihre Aggregate und deren technischen Zustand, die Arbeitsorganisation und den Materialverbrauch überprüfen. Ziel der Überprüfung war es, die Technik zu verbessern, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Selbstkosten zu senken.

Bis Ende 1952 wurden von den Werktätigen der sozialistischen Betriebe 291 000 Verbesserungsvorschläge mit einem Nutzen von rund 100 Millionen DM eingereicht. Aber die Rationalisatoren- und Neuererbewegung brachte nicht nur einen unmittelbaren ökonomischen Nutzen. Viele Arbeiter besorgten sich Fachbücher, erweiterten ihr Wissen und berieten gemeinsam mit Angehörigen der technischen Intelligenz, wie der Produktionsprozeß verbessert werden kann. Die Rationalisatoren- und Neuererbewegung trug somit zur Qualifizierung der Arbeiter bei und förderte die Zusammenarbeit mit der Intelligenz.

Eine ebenfalls neue Form des sozialistischen Wettbewerbs, die kollektive Aktivistenarbeit, wurde in dieser Zeit im Steinkohlenbergbau geboren. Die Bergarbeiter gehörten zum fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse der DDR. Nicht zufällig war die Hennecke-Bewegung im Steinkohlenbergbau entstanden. Trotz großer Anstrengungen konnten jedoch die Bergarbeiter den Plan im ersten Jahr des Fünf-

[131] Dokument Nr. 41.



Kranzniederlegung am Ehrenmal der Sowjetarmee in Berlin-Treptow anläßlich des 35. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 7. November 1952



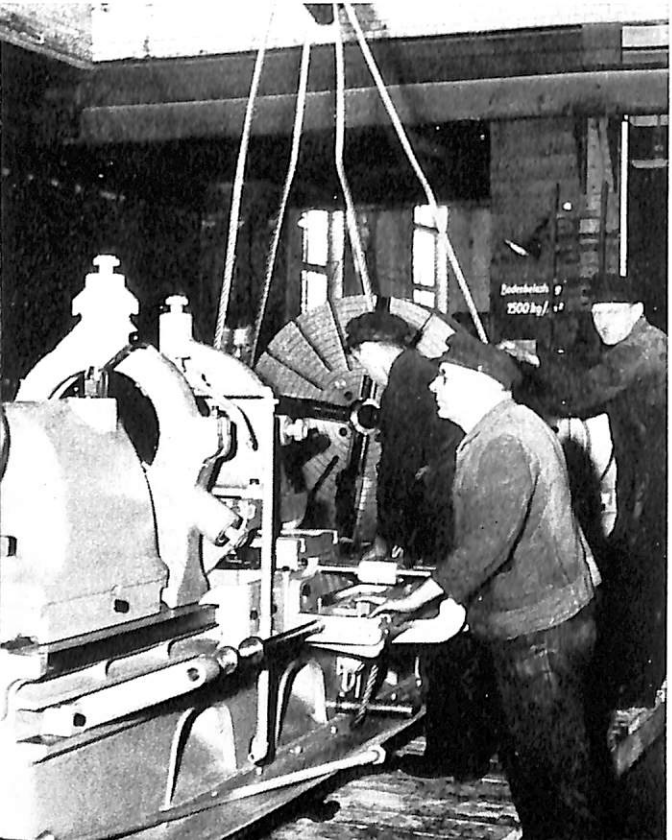
Eine Delegation der Volkskammer der DDR, im Bild: Otto Nuschke und Hermann Matern, bei ihrer Ankunft auf dem Düsseldorfer Flugplatz zu einem Besuch des Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Hermann Ehlers, 19. September 1952



Eröffnung der 3. Deutschen Kunstausstellung in Dresden, 1. März 1953



Franz Franik vor Ort im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau, Oktober 1952



Versand einer Drehbank aus dem VEB Werkzeugmaschinenwerk Niles in Chemnitz nach den Niederlanden, März 1953



Aufbausonntag in Magdeburg anläßlich des Weltkongresses der Frauen in Kopenhagen, 17. Mai 1953



Einheiten der Kasernierten Volkspolizei demonstrieren am 1. Mai 1953 auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin



Während
des konterrevolutionären Putsches
gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht
wurde die HO-Einkaufsstätte
am Potsdamer Platz in Berlin,
das Columbushaus, in Brand gesteckt,
17. Juni 1953



Provokateure zerstörten einen HO-Stand auf dem Leipziger Platz in Berlin, 17. Juni 1953



Werktätige Berlins
bekunden ihr Vertrauen
zur Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
und zur Regierung der DDR,
26. Juni 1953



Berliner Werktätige danken den sowjetischen Soldaten für das entschlossene Eingreifen gegen den konterrevolutionären Putsch am 17. Juni 1953



Einwohner Halles
nehmen gemeinsam mit den Angehörigen
Abschied von Gerhard Schmidt,
der am 17. Juni 1953 von Faschisten
ermordet wurde



Die Werktätigen von Karl-Marx-Stadt bekunden ihr Vertrauen zur Partei der Arbeiterklasse
und zur Regierung der DDR, 1. Juli 1953

jahrplans nicht erfüllen. Das war vor allem auf die Nachwirkungen des kapitalistischen Raubbaus, auf technische Rückständigkeit, schlechte Arbeitsorganisation und den Mangel an Facharbeitern, nicht zuletzt aber auch auf die Sabotage- und Schädlingstätigkeit feindlicher Elemente in den Leitungsorganen des Steinkohlenbergbaus zurückzuführen.

Diese unbefriedigende Lage veranlaßte den Brigadier Franz Franik vom VEB Steinkohlenwerk „Karl-Marx" in Zwickau, einen der besten Häuer des Zwickau-Oelsnitzer Reviers, nach einem Weg zu suchen, wie die Produktion schneller gesteigert werden kann.[132] Er sagte darüber: „Als Häuer erreichte ich eine Normerfüllung von 270 Prozent, andere Kollegen meiner Brigade erreichten aber nur 110 oder 80 Prozent. Deshalb verpflichtete ich mich, meinen Kameraden meine Arbeitserfahrungen mitzuteilen, um den Gesamtplan zu erfüllen. Es war klar für mich: Ich verdiene zwar weniger, aber der Staat erhält mehr Kohle, der Sozialismus wird so eher verwirklicht. Das ist die Hauptsache."[133] Franz Franik forderte von der Werkleitung im März 1952, den Betriebsplan auf die Brigade und jedes ihrer Mitglieder aufzuschlüsseln, um täglich die Erfüllung und Übererfüllung des Plans kontrollieren zu können.

Diese Forderung war von prinzipieller Bedeutung für die Verbesserung der Leitung und der Arbeitsorganisation in allen sozialistischen Betrieben. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, daß die Bestleistungen nicht mehr auf einzelne beschränkt blieben, sondern zu Bestleistungen ganzer Kollektive werden konnten. Die Brigade Franik erreichte durch die Arbeit auf neue Art bereits im Verlauf von fünf Monaten einen Planvorsprung von 130 Tagen. Die Franik-Bewegung brachte das sozialistische Prinzip der Hilfe des Fortgeschrittenen für den Zurückbleibenden besonders eindrucksvoll zum Ausdruck. Für die Franik-Brigaden war es kennzeichnend, daß alle Brigademitglieder zur ständigen Aktivistenleistung qualifiziert wurden. Das war nur möglich, indem die fortgeschrittensten Arbeiter ihre Arbeitserfahrungen den anderen mitteilten.

Der Gedanke der kollektiven Aktivistenleistung wurde im Zwickauer Martin-Hoop-Schacht IV weiterentwickelt. Nach dem Vorbild des sowjetischen Obermeisters Nikolai Rossiski veranlaßten Parteiorganisation und Gewerkschaft, daß Arbeiter aus den verschie-

132 Dokument Nr. 52.

133 Tribüne (Berlin), 7. August 1952.

denartigsten Brigaden zeitweilig in die fortgeschrittensten Brigaden aufgenommen wurden und dort die besten Arbeitsmethoden kennenlernten. Danach bildeten viele von ihnen neue Brigaden und förderten junge, noch unerfahrene Kumpel. Auf diese Weise wurde Schritt für Schritt erreicht, daß alle Brigaden des Abschnitts und schließlich des ganzen Schachts nach den fortgeschrittensten Methoden arbeiteten.

In kurzer Zeit folgten Hunderte von Brigaden des Steinkohlenbergbaus, der Braunkohlenwerke, der Schächte der Wismut-AG, des Mansfelder Kupferbergbaus und weiterer Industriezweige dem Vorbild Franz Franiks und seiner Brigade. Viele hervorragende Mitglieder der SED und Neuerer der Produktion, wie Gustav Hübner, Otto Trinks und Josef Wenig, leisteten Vorbildliches bei der Verbreitung der neuen Arbeitsmethoden. Sie ließen sich durch Zweifel, Mißtrauen und zählebige alte Gewohnheiten nicht beirren und bewiesen damit, daß die Arbeiterklasse der DDR zahlreiche Persönlichkeiten hervorgebracht hatte, die den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung und die hohen moralischen Eigenschaften von sozialistischen Menschen verkörperten.

Einer von ihnen war Paul Robalewski, Meister in den Bunawerken. Jahrzehnte hatte seine Arbeit dazu gedient, fremder Herren Reichtum zu mehren, bis die Diener selbst zu Herren der Betriebe wurden und das Volk für seinen eigenen Wohlstand zu arbeiten begann. 1945 wollte er eigentlich nicht wieder in die Karbidfabrik, in der er, bevor er Soldat wurde, gearbeitet hatte. Neben den wenigen Facharbeitern, die sich wieder zusammengefunden hatten, standen viele, die nie mit der Arbeiterklasse, wohl aber mit dem Faschismus verbunden gewesen waren – ehemalige Mitglieder der NSDAP, Offiziere, Gutsbesitzer und sogar ein Freiherr. Junge Menschen waren dabei, die nichts anderes kennengelernt hatten als Krieg und Völkermord. Paul Robalewski bezweifelte, daß auch diese Menschen erzogen werden können. Er erfuhr, daß man alles schaffen kann, wenn man nicht allein ist. 1945 trat er der SPD bei und wurde Mitglied der vereinigten Arbeiterpartei. Hier lernte er politisch denken und handeln. 1950 nahm er an einem Zirkel des ersten Parteilehrjahres teil, dann wurde er selbst Zirkelleiter. Um andere überzeugen zu können, nahm er Buch um Buch in seine Hände, las und begann, den Marxismus zu begreifen. Im gleichen Jahr wurde er das erste Mal Aktivist. Schon immer hatte er viel über die Arbeit an den Karbidöfen nachgedacht. Aber für die Herren der Konzernleitung war das nie der Rede wert gewesen. Jetzt

fanden seine Ideen, fand seine Arbeit Anerkennung und Lohn. Jetzt holten sich viele andere, darunter Wissenschaftler und Ingenieure, bei ihm Rat, und er teilte ihnen bereitwillig seine reichen Erfahrungen mit. Bald lud man ihn zum Erfahrungsaustausch nach Moskau, Leningrad und in die ČSR ein. Viele von den Jungen, an denen er 1945 noch gezweifelt hatte, waren mit seiner Hilfe inzwischen selbst Facharbeiter und Meister geworden. Und Paul Robalewski war ihr Vorbild.

Große Produktionsleistungen wurden 1952 – wie schon in den vorangegangenen Jahren – auch von den Stahl- und Walzwerkern vollbracht. Zu Ehren der 2. Parteikonferenz der SED führten sie in der Zeit vom 15. Juni bis 31. August 1952 einen Sonderwettbewerb durch. In den ersten Monaten des Jahres 1952 hatten mehrere Werke den Plan übererfüllt. Dadurch standen den Blech- und Grobwalzwerken mehr Blöcke zur Verfügung als ursprünglich im Plan vorgesehen war. Das Ziel des Sonderwettbewerbs der Stahl- und Walzwerker bestand darin, das Plansoll gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 1952 um 20 Prozent zu erhöhen und die Qualität der Produktion zu verbessern.

Unter unmittelbarer Anleitung durch das Zentralkomitee der SED erreichten die Stahl- und Walzwerker Produktionsergebnisse, die bis dahin für unmöglich gehalten worden waren. Im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Jahres 1952 stieg während des elfwöchigen Sonderwettbewerbs der Blockdurchsatz der Walzwerke von rund 300 000 Tonnen auf über 351 000 Tonnen und die Leistung der Blechwalzwerke von rund 48 000 Tonnen auf 67 000 Tonnen. Gleichzeitig konnte die Qualität der Erzeugnisse verbessert werden. Im Verlauf dieses Wettbewerbs fand zum ersten Mal eine größere Anzahl von Produktionsberatungen in den Betrieben statt. Das war ein weiterer wichtiger Schritt, die Arbeiter unmittelbar in die Leitung der Wirtschaft einzubeziehen.

Charakteristisch für diesen Wettbewerb war die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe zwischen den Walzwerkern verschiedener Betriebe. So entsandte das Stahlwerk Hettstedt eine gemischte Brigade nach Thale, um den Arbeitern des dortigen Walzwerkes zu helfen, den Anschluß an die besten Betriebe zu erreichen.

Gestützt auf die Erfahrungen und Ergebnisse dieses Sonderwettbewerbs, organisierten die SED und der FDGB im vierten Quartal 1952 den ersten sozialistischen Wettbewerb eines ganzen Industriezweiges, der Metallurgie.[134] Die Erfüllung und Übererfüllung des

Staatsplanes in der Metallurgie war entscheidend für das planmäßige Wachstum der anderen Zweige der Volkswirtschaft. Dank diesem Wettbewerb wurde der Volkswirtschaftsplan 1952 in der Metallurgie mit 107 Prozent erfüllt und damit das beste Ergebnis aller Industriezweige erreicht. Mit Hilfe der staatlichen Organe und der Gewerkschaften wurden neue sowjetische Arbeitsmethoden eingeführt wie die Amossow-Methode beim Stahlschmelzen und das Walzen nach der Turtanow-Methode. Mit der Amossow-Methode konnte die tägliche Stahlerzeugung pro Quadratmeter Herdfläche von 3,72 Tonnen im ersten Quartal des Jahres 1952 auf 4,49 Tonnen im vierten Quartal erhöht werden.

Durch die rasche Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR erhöhte sich die Verantwortung der leitenden Organe. Wie die Untersuchungen der Lage in wichtigen Betrieben und Industriezweigen, im VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh, im Steinkohlenbergbau und im Mansfelder Kupferbergbau, durch das Zentralkomitee ergeben hatten, hielten die leitenden Organe nicht immer Schritt mit den Anstrengungen der Werktätigen zur Erfüllung der Pläne. Einige Staatsfunktionäre duldeten es, daß die Plandisziplin verletzt wurde. Dem Sparsamkeitsregime und der Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen wurde von verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsfunktionären wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ende 1952 waren zum Beispiel im Schwermaschinenbau und in der chemischen Industrie nur etwa ein Viertel und in der elektrotechnischen Industrie nur zwölf Prozent aller Normen technisch begründete Arbeitsnormen. Der geplante Lohnfonds wurde 1952 um etwa eine halbe Milliarde DM überschritten, während die Selbstkosten nicht dem Plan entsprechend gesenkt wurden. Dazu kamen Störungen in der Entwicklung der Volkswirtschaft, die vom privatkapitalistischen Sektor ausgingen. In ihrem Profitstreben konzentrierten sich viele Unternehmer nicht auf die von der Volkswirtschaft am meisten benötigten Erzeugnisse und verletzten ihre Verträge mit volkseigenen Betrieben.

Das Zentralkomitee der SED beschäftigte sich in mehreren Plenartagungen und in einer Reihe wichtiger Beschlüsse mit den Problemen der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR und legte insbesondere Maßnahmen fest, die die leitenden Organe befähigen sollten, den erhöhten Anforderungen besser gerecht zu werden. Mit größtem Nachdruck forderte die Parteiführung, in der staatlichen Verwaltung

[134] Dokument Nr. 55.

und in der sozialistischen Industrie das Prinzip der persönlichen Leitung und Verantwortung durchzusetzen, ein strenges Sparsamkeitsregime einzuführen sowie die Ausarbeitung und Kontrolle der Pläne wesentlich zu verbessern. Als wichtiges Mittel dazu wurde in den sozialistischen Betrieben das System der Dispatcherdienste eingeführt.

Bei der Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftspolitik stützte sich die SED auf die reichen Erfahrungen der KPdSU(B) und der sowjetischen Werktätigen, besonders bei der sozialistischen Industrialisierung des Landes. Im damaligen Stadium der Entwicklung war vor allem die Erkenntnis von Bedeutung, daß „... die Selbstkostensenkung das zentrale Problem der Industrie"[135] ist und die sozialistische Rationalisierung der Produktion die Hauptmethode für seine erfolgreiche Lösung sein müsse.

Bei der Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes konzentrierten sich Partei und Gewerkschaft im Herbst 1952 zunächst auf den Maschinenbau, das Kernstück der Schwerindustrie. Nach gründlichen Diskussionen verpflichteten sich die Kollektive von 21 Betrieben des Maschinenbaus, von den im ersten Halbjahr 1952 entstandenen Verlusten 5,8 Millionen DM aufzuholen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß ihre Betriebe im Jahre 1953 auf staatliche Subventionen verzichten konnten. Das war ein wesentlicher Schritt, um die Akkumulation der sozialistischen Volkswirtschaft zu erhöhen. Der Werkleiter des VEB Carl Zeiss Jena, Hugo Schrade, erklärte gegenüber dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck: „Das Beispiel, das wir geben, solle alle Betriebe aufrufen, dem Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik jene Mittel zuzuführen, die dem beschleunigten Aufbau des Sozialismus dienen."[136] Die Werktätigen der Betriebe, die an diesem Wettbewerb teilnahmen, überboten das selbstgestellte Ziel beträchtlich. Statt der vorgesehenen 5,8 Millionen DM wurden bis Jahresende insgesamt 9,5 Millionen DM an Verlusten aufgeholt. Zahlreiche sowjetische Spezialisten halfen den Werktätigen der DDR, die Großbetriebe zu rekonstruieren, ihre technische Ausrüstung zu verbessern und ihre Rentabilität zu erhöhen.

135 Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK 1898–1954. Hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Bd. VII, Berlin 1957, S. 44 (Manuskriptdruck).

136 Neues Deutschland (B) (Berlin), 2. November 1952.

Die Einführung neuer Leitungsmethoden in Staat und Wirtschaft erforderte eine beharrliche Überzeugungsarbeit. Infolge der jahrzehntelangen Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie, besonders des Revisionismus, gab es in der Arbeiterklasse und auch in den Reihen der Partei noch viele falsche, einseitige und verzerrte Auffassungen vom Sozialismus, zum Beispiel solche, daß Sozialismus Gleichmacherei bedeute, daß man im Sozialismus mehr verbrauchen könne als produziert würde und daß es nur vom „guten Willen" der SED und der Regierung abhänge, die Löhne zu erhöhen oder die Preise zu senken. Diese dem Sozialismus fremden und der Arbeiterklasse schädlichen Auffassungen wurden durch die imperialistische Propaganda aus dem Westen genährt, die täglich in die DDR eindrang und noch bei vielen Menschen Gehör fand. Im Kampf gegen die feindliche Ideologie erläuterte die SED den Werktätigen, daß das bessere Leben im Sozialismus nicht vom Himmel fällt, sondern nur durch beharrliche, ausdauernde und gewissenhafte Arbeit errungen werden kann. Sie erklärte dem Volk, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unvermeidlich mit Schwierigkeiten und Widersprüchen verbunden ist, die nur Schritt für Schritt überwunden werden können.

1953 jährte sich zum 135. Male der Geburtstag des größten Sohnes des deutschen Volkes, Karl Marx. Viel wurde von der Partei getan, den Werktätigen die welthistorische Bedeutung des Werkes von Karl Marx, seiner unsterblichen Ideen bewußt zu machen und die Bevölkerung der DDR im Geiste des entschlossenen Kampfes für die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erziehen. Im Karl-Marx-Jahr 1953 wurden zahlreiche Werke von Karl Marx und Friedrich Engels neu herausgegeben und eine Reihe wissenschaftlicher Konferenzen über Leben und Werk der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus veranstaltet. Während bürgerliche Ideologen und Führer der SPD in Westdeutschland die großen Ideen des Marxismus totschweigen wollten oder sie als „veraltet" bezeichneten, wurde in der DDR theoretisch und praktisch der Nachweis erbracht, daß diese auch in ihrem Geburtsland zur lebendigen Wirklichkeit wurden. Die SED schuf Klarheit darüber, daß die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels das größte Kulturgut der deutschen Nation ist, durch das sie bei allen Völkern der Erde hohes Ansehen erhalten hat. Sie verstärkte ihren Kampf gegen den Opportunismus und das Versöhnlertum in ideologischen Fragen sowie gegen die abstrakte und dogmatische Vermittlung der materialistischen Weltanschauung.

Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus erforderte die gleichberechtigte und umfassende Einbeziehung der Frauen und der Jugendlichen in den sozialistischen Aufbau. Die SED und die Regierung unternahmen deshalb große Anstrengungen, die Initiative der Frauen und der Jugendlichen, besonders der in den Betrieben beschäftigten, zu fördern, sie zu qualifizieren und ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen.

Auf Empfehlung des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 8. Januar 1952 wurden in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft sowie in staatlichen Einrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen Frauenausschüsse gewählt. Ihre Aufgabe war es, die Interessen aller Frauen eines Betriebes zu vertreten, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation. Bei der Realisierung der Frauenförderungspläne in den Betrieben leisteten viele Frauenausschüsse eine wertvolle Arbeit. Mit ihrer Unterstützung wurden Kinderkrippen, Wäschereien, Betriebsverkaufsstellen und andere Einrichtungen geschaffen, die das Leben der werktätigen Frauen erleichterten.

In Auswertung der Richtlinien der 2. Parteikonferenz der SED berief der Bundesvorstand des FDGB im September 1952 eine Frauenkonferenz ein. Die Empfehlungen dieser Konferenz bildeten die Grundlage für einen Beschluß der 11. Tagung des Bundesvorstandes vom 3. und 4. Oktober 1952[137], der den Betriebsgewerkschaftsleitungen die Aufgabe stellte, die Betriebsleitungen bei der Ausarbeitung und der Verwirklichung von Frauenförderungsplänen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben zu unterstützen und sie zu kontrollieren. Die Frauenförderungspläne sollten Maßnahmen enthalten, die es ermöglichten, mehr Frauen für die Produktion zu gewinnen, sie fachlich und politisch zu qualifizieren und die werktätigen Frauen von bestimmten häuslichen Arbeiten zu entlasten. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften bildeten Frauenabteilungen.

In den Mittelpunkt der Arbeit mit der Jugend stellte das Zentralkomitee der SED die Aufgabe, die Jugendlichen zu qualifizierten und zu politisch bewußten Facharbeitern auszubilden. Auf Initiative der SED wurden die Leiter volkseigener Betriebe und der staatlichen Dienststellen verpflichtet, jährlich gemeinsam mit der FDJ einen Plan zur Förderung der Jugend auszuarbeiten, der einen Bestandteil der Betriebskollektivverträge und der örtlichen Programme des Nationalen Aufbauwerks bildete. Die Jugendförderungspläne sollten vor

[137] Dokument Nr. 56.

allem Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung der Jungarbeiter und zur stärkeren Heranziehung von Jugendlichen für verantwortliche Funktionen enthalten.

Die Leitungen und die Grundorganisationen der SED wurden aufgefordert, die Jugend besonders an ein systematisches Studium heranzuführen und ihr die Aneignung der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zu ermöglichen. Des weiteren wurde ihnen die Aufgabe gestellt, die besten Jugendlichen aus der FDJ und den Gewerkschaften für die Aufnahme in die SED vorzubereiten. Besonders Jungarbeiter sollten als Kandidaten gewonnen werden.

Um die Frauen und die Jugendlichen in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen, mußte sich die SED mit rückständigen Auffassungen auseinandersetzen, die unter anderem in Fällen der Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung der Frau und des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zum Ausdruck kamen.

Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus stellte die SED und die Regierung ebenfalls vor neue große Aufgaben auf dem Gebiet der Wissenschaften und des Hochschulwesens. Die Partei ging davon aus, daß die besondere Stellung der DDR als hochindustrialisiertes und zugleich rohstoffarmes Land einen hohen Stand der Naturwissenschaften, vor allem der Chemie, und der Technik erforderlich machte, um Erzeugnisse von höchster Qualität herstellen zu können. Deshalb war die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Kader, besonders die Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Jugend und der Aktivisten des Neuaufbaus, eine der wichtigsten Aufgaben.

Im Laufe des ersten Fünfjahrplans stieg die Zahl der Universitäten und Hochschulen in der DDR auf mehr als das Doppelte, die Zahl der Studierenden an den Fachschulen auf das Zweieinhalbfache. An den technischen Hochschulen waren es 1951 4238 Studierende, 1955 jedoch schon annähernd 16 000. Die Zahl der Arbeiter-und-Bauernstudenten an den Universitäten und Hochschulen stieg im Laufe des Fünfjahrplans auf das Dreifache und überschritt 1955 erstmals die 50-Prozent-Grenze. Auf Vorschlag der SED wurden neue Hochschulen geschaffen, so die Hochschulen für Elektrotechnik, Maschinenbau, Chemie, Bauwesen, Finanzwesen, Binnenhandel. Auf diese Weise wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um in wenigen Jahren eine zahlreiche, qualifizierte Intelligenz für die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus auszubilden.

Dafür waren erhebliche finanzielle Mittel nötig, die nicht für Investitionen in der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung verwendet werden konnten. Insgesamt stellte die Regierung in den Jahren des ersten Fünfjahrplans 12,6 Milliarden DM für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur zur Verfügung. Das waren Investitionen für die Zukunft, die von der weitschauenden Politik der SED zeugten.

Gleichzeitig mit der Ausbildung einer neuen Intelligenz bemühte sich die SED weiterhin, die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der alten Intelligenz zu festigen. Sie berücksichtigte, daß der Prozeß des Umdenkens bei den Angehörigen der alten Intelligenz komplizierter war und länger währte als bei der Mehrheit der Arbeiter und Bauern, und stellte ihnen keine weltanschaulichen und politischen Bedingungen für die Zusammenarbeit.

Während des ersten Fünfjahrplans wurden von Angehörigen der technischen und naturwissenschaftlichen Intelligenz solche bedeutenden Leistungen vollbracht wie die Entwicklung des Niederschachtofenverfahrens und die Entwicklung verschiedener Arten von Kunstfasern. Diese wissenschaftlichen Leistungen waren von unmittelbarer Bedeutung für die Vergrößerung des Außenhandels der DDR und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Von der hohen Wertschätzung der Arbeit der alten Intelligenz durch den Arbeiter-und-Bauern-Staat zeugten die alljährlichen Auszeichnungen für bedeutende wissenschaftliche Arbeiten und Erfindungen. So wurde im Dezember 1952 erstmalig der Titel „Verdienter Techniker des Volkes" an 50 hervorragende Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler verliehen.

An den Hoch- und Fachschulen machte die Aneignung der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft Fortschritte. Die Ausbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium förderte die Entwicklung der sozialistischen Weltanschauung bei der heranwachsenden Intelligenz. Gemeinsam mit progressiven Lehrkräften setzten die Arbeiter-und-Bauernstudenten neue Methoden der Studienarbeit durch. Den älteren Hochschullehrern traten junge Wissenschaftler, die nach 1945 ausgebildet worden waren, zur Seite. Forschung, Lehre und Studium fußten immer mehr auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. So wurde Schritt um Schritt begonnen, die sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens durchzusetzen. Jedoch wirkten bürgerliche Auffassungen, wie der Konkurrenzgeist und die negative Einstellung zur Planung der

wissenschaftlichen Arbeit, nach wie vor bei einem Teil der Hochschullehrer weiter und blieben auch auf die Studentenschaft nicht ohne Einfluß. Andererseits gab es auch einige dogmatische Auffassungen, die die schöpferische Arbeit und den wissenschaftlichen Meinungsstreit behinderten.

3. Die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Mit Unterstützung der Arbeiterklasse und der staatlichen Organe konnten die werktätigen Bauern und Landarbeiter die landwirtschaftliche Produktion in den ersten Jahren des Fünfjahrplans weiter erhöhen. Das galt sowohl für die pflanzliche Produktion als auch für die Viehwirtschaft.

Das Anwachsen der Viehbestände hatte jedoch schon dazu geführt, daß die physische Kraft vieler werktätigen Bauern, besonders der Bäuerinnen, aufs äußerste beansprucht wurde. Der Anwendung der neuen Technik und der Erkenntnisse der modernen Agrarwissenschaft, die die Arbeit der Bauern erleichtern konnten, waren durch die bäuerliche Kleinproduktion Grenzen gesetzt. Da die schmalen Parzellen vieler Bauern oft weit auseinander lagen, waren die Traktoren der Maschinenausleihstationen manchmal mehr auf den Straßen als auf den Feldern. Berechnungen ergaben, daß sich die produktive Auslastung der Traktoren beim Einsatz auf den Feldern der Einzelbauern durch das häufige Wenden, die langen Anfahrtwege usw. um 40 Prozent verminderte. Beim Einsatz moderner Großmaschinen, wie Mähdreschern, Rüben- und Kartoffelvollerntemaschinen, auf kleinen Flächen stiegen die Selbstkosten der MAS im Vergleich zur Großflächenwirtschaft auf das Dreifache.

Der Widerspruch zwischen den neuen Produktivkräften – besonders der neuen Technik, die in den MAS konzentriert war – und der privaten Einzelwirtschaft sowie der Widerspruch zwischen dem raschen Wachstum der sozialistischen Industrie einerseits und dem Zurückbleiben der größtenteils auf individueller Kleinproduktion beruhenden Landwirtschaft andererseits mußten überwunden werden. Das konnte nur geschehen, indem die Hauptproduktionsmittel, in erster Linie der Boden, genossenschaftlich vereinigt wurden und die

Arbeit gemeinsam organisiert wurde. Der freiwillige genossenschaftliche Zusammenschluß der werktätigen Bauern war der einzig mögliche Weg, um die Vorzüge der landwirtschaftlichen Großproduktion ausnutzen und die Arbeit der werktätigen Bauern erleichtern zu können. Nur dadurch konnte das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft weiter gefestigt werden.[138] Deshalb hatte die 2. Parteikonferenz der SED beschlossen, die Bewegung der fortgeschrittensten Bauern und Landarbeiter zur Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften voll zu unterstützen.

Die Gewinnung der kleinen Warenproduzenten für die sozialistische Großproduktion ist – sowohl in ökonomischer als auch in politisch-ideologischer Hinsicht – die schwierigste Aufgabe, die die Arbeiterklasse nach der Errichtung ihrer politischen Herrschaft in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus lösen muß. Das ist die tiefste revolutionäre Umwälzung der Lebensverhältnisse, der Anschauungen und Gewohnheiten von Millionen Menschen, die sich in einer jahrhundertelangen Entwicklung, häufig in einem erbitterten Existenzkampf, herausgebildet haben und deshalb tief verwurzelt sind.

In ihrer Politik zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft ließ sich die SED vom Leninschen Genossenschaftsplan leiten und wandte die Erfahrungen der Sowjetunion schöpferisch auf die Bedingungen in Deutschland an. Sie berücksichtigte, daß infolge der historischen Entwicklung in Deutschland die Traditionen des Privateigentums bei den Bauernmassen tief verwurzelt waren und daß es bei vielen werktätigen Bauern noch starke Zweifel über ihre Zukunft im Sozialismus gab. Entsprechend der Struktur der Landwirtschaft der DDR kam es darauf an, vor allem die Mittelbauern, die Hauptschicht der Bauern, für den genossenschaftlichen Weg zu gewinnen und zwischen den Großbauern zu differenzieren. Dabei mußte ständig bedacht werden, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR durch das Bestehen zweier deutscher Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung und die offene Grenze zum imperialistischen System erschwert und kompliziert wurde. Die Hetze der Imperialisten gegen die SED und die Arbeiter-und-Bauern-Macht und ihre Lobreden auf die „freie Wirtschaft" wirkten tagtäglich auf die Bauern ein. Während die Agrarpolitik der Bundesregierung Jahr für Jahr Tausende von Bauern in den Ruin trieb,

[138] Dokument Nr. 61 u. 62.

spielte sich die imperialistische deutsche Bourgeoisie als „Verteidiger" der Freiheit und der Interessen der Bauern in der DDR auf. Gleichzeitig versuchten die Agenturen der imperialistischen Geheimdienste und reaktionäre Elemente auf dem Dorfe mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung, der Sabotage und des Terrors die sozialistische Entwicklung auf dem Lande zu verhindern.

Frühere Angehörige faschistischer und militaristischer Organisationen, wie der SA, der SS und des Stahlhelms, und reaktionäre großbäuerliche Elemente, die ihre Anweisungen häufig aus Westdeutschland und Westberlin erhielten, verübten Mordanschläge auf Funktionäre der SED und des Staatsapparates und auf Vorsitzende und Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Sie steckten Scheunen in Brand, vergifteten das Vieh und machten Traktoren und Maschinen der MAS unbrauchbar. Reaktionäre Großbauern sabotierten die Pflichtablieferung und versuchten, die Einzelbauern gegen die Genossenschaftsbauern auszuspielen. Mit Schiebungen und Spekulationsgeschäften, bei denen oft ehemalige Großhändler ihre Hand im Spiel hatten, wurde die Versorgung der Bevölkerung gestört. Imperialistische Geheimdienste organisierten die Republikflucht zahlreicher Bauern, besonders von Großbauern. Diese schlachteten vorher häufig ihr Vieh ab und hinterließen ihre Wirtschaften in verwahrlostem Zustand.

Um so höher ist das Verdienst der Pioniere der Genossenschaftsbewegung einzuschätzen, die als erste den LPG beitraten. Umgeben von Zweifel, Mißtrauen und Ablehnung, gegen den offenen oder heimlichen Widerstand feindlich Gesinnter, ohne die nötigen Erfahrungen in der Leitung eines landwirtschaftlichen Großbetriebes trotzten sie allen Schwierigkeiten und brachen dem sozialistischen Fortschritt in der Landwirtschaft Bahn.

Zwei von ihnen waren Bernhard Grünert und August Rauer, beide Söhne von schlesischen Landarbeitern und bewährte Funktionäre der Arbeiterbewegung. In den zwanziger Jahren hatten sie als Landagitatoren der KPD manchen Streik der Landarbeiter gegen die Gutsbesitzer organisiert. In dem kleinen Ort Worin im Kreise Seelow hatten sie nach dem Krieg eine neue Heimat gefunden. Die Bodenreform machte sie zu Bauern. Bald gehörten sie zu den Besten. 1950 hatte Bernhard Grünert, inzwischen Bürgermeister, 30 Schweine im Stall und eine Menge Rinder. Er wollte seinen Hof verkaufen, weil er fürchtete, ein „Ausbeuter" zu werden. Der Kreissekretär der SED

redete ihm das aus. Seitdem ließ Bernhard Grünert der Gedanke an die sowjetischen Kollektivwirtschaften nicht mehr los. „Sektierer" war noch die liebevollste Titulierung, die er sich dafür gefallen lassen mußte. Aber Bernhard Grünert gab nicht nach. Er brachte seine Gedanken zu Papier und redete mit August Rauer und den anderen Bauern. Mehr und mehr stimmten ihm zu. Am 27. Juni 1952 gründeten 13 Bauern in Worin die Genossenschaft „Thomas Müntzer", eine der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR. „Jetzt werden sie verhungern", hieß es in den Nachbardörfern. „So etwas kann nicht in der Partei bleiben", meinten einige Mitglieder der SED. Bald darauf tagte die 2. Parteikonferenz der SED. Viele Zweifler sahen nun, daß die Woriner zu den Pionieren des neuen Lebens im deutschen Dorf gehörten. Am 3. August war Worin vollgenossenschaftlich. Aber der Kampf begann jetzt erst. Schwer war es, Pünktlichkeit, Disziplin und Ordnung in die Genossenschaft zu bringen. Kartoffeln erfroren, Saatgut wurde verschoben. Als der RIAS über Vorstandssitzungen der LPG berichtete, ahnte Bernhard Grünert, wo der Wurm saß. Kurz darauf setzten sich ein Agent und zwei seiner Kumpane nach Westberlin ab. Die Atmosphäre war freier geworden. Ging es 1952, 1953 und 1954 noch einmal bergauf und einmal bergab, so war 1955 das Jahr des Durchbruchs. Die Arbeitseinheit konnte erstmals mit neun DM vergütet werden. Die Zeit des Sieges der Genossenschaft im ökonomischen Wettbewerb mit den Einzelbauern war gekommen.

Dem Beispiel von Bernhard Grünert und August Rauer, von Rudolf Penzel, dem Vorsitzenden der LPG Alt-Tucheband, Kreis Seelow, Walter Bosse von der LPG „Vorwärts" in Hornhausen, Kreis Oschersleben, Paul Baumann und Gustav Niks, einem Mitglied der DBD, von der LPG „Florian Geyer" Aschersleben, von Alex Müller, dem Vorsitzenden der LPG Fienstedt im Saalkreis, und der anderen Pioniere der Genossenschaftsbewegung folgten Tausende werktätiger Bauern.

Bis Ende 1952 schlossen sich 37 000 werktätige Bauern, Bäuerinnen und ehemalige Landarbeiter in 1906 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von über 218 000 Hektar zusammen. Dieser Erfolg bewies, daß der Zeitpunkt für den Übergang zur sozialistischen Großproduktion auf dem Lande richtig gewählt worden war. Sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen waren dafür herangereift.

Das Zentralkomitee der SED beschäftigte sich ständig sehr gründlich und aufmerksam mit der Entwicklung des Sozialismus auf dem Lande. Es sicherte die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, vergaß aber keinen Augenblick, daß diese tiefgreifende revolutionäre Umwälzung in erster Linie von den werktätigen Bauern selbst und unter konsequenter Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit durchgesetzt werden mußte. Alle grundlegenden Fragen der Entwicklung und Förderung der LPG wurden deshalb von der SED und der Regierung mit den Genossenschaftsbauern beraten und beschlossen. Die meisten Gesetze und Verordnungen, die auf diesem Gebiet erlassen wurden, beruhten auf den Beschlüssen und Vorschlägen der Konferenzen der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.[139]

Am 5. und 6. Dezember 1952 tagte in Berlin die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Sie beschloß die Musterstatuten der LPG.[140] Diese waren auf Initiative der werktätigen Bauern von Worin (Typ I), Merxleben (Typ II) und Fienstedt (Typ III) entstanden und nach ihrer Veröffentlichung in einer umfassenden demokratischen Aussprache von den Werktätigen auf dem Lande beraten worden. Die drei Typen der LPG unterschieden sich vor allem durch den Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und den Verteilungsmodus voneinander. Im Typ I waren genossenschaftliches Eigentum: Saat- und Pflanzgut, Düngemittel und das Ernteergebnis der Feldwirtschaft; im Typ II kam das genossenschaftliche Eigentum an Maschinen, Geräten und Zugvieh hinzu; im Typ III schließlich auch die genossenschaftliche Zucht- und Nutzviehhaltung. Der Boden blieb Privateigentum und wurde nicht nationalisiert. Gleichzeitig behielten die Bauern eine persönliche Hauswirtschaft. Ein wesentliches Problem der sozialistischen Umgestaltung bestand darin, eine gleiche Stellung aller Bauern zu den Produktionsmitteln herbeizuführen und dabei dennoch die bisherigen Unterschiede in der Größe des Privateigentums zu berücksichtigen. Dieses Problem wurde so gelöst, daß das eingebrachte lebende und tote Inventar in Typ II dem Bauern von der Genossenschaft bezahlt wurde, oder es wurde, wie in Typ III, ein durchschnittlicher Inventarbeitrag festgelegt, dessen Höhe die Genossenschaft

139 Dokument Nr. 59, 60 u. 82.

140 Dokument Nr. 59 u. 60.

beschloß. Bei der Verteilung der für den persönlichen Verbrauch verbleibenden Einkünfte wurden sowohl Menge und Qualität des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes als auch die geleisteten Arbeitseinheiten zugrunde gelegt. In Typ I betrug der Anteil für das Ackerland bis zu 40 Prozent, in Typ III bis zu 20 Prozent.

Mit der Annahme der Musterstatuten, der Musterbetriebsordnung für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und der Musterarbeitsnormen erhielt die Genossenschaftsbewegung eine feste organisatorische Grundlage. Die Beibehaltung des bäuerlichen Privateigentums an Grund und Boden und die damit verbundene Bodenrente, die Bezahlung der eingebrachten Maschinen und Geräte sowie die Bildung von drei verschiedenen Typen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften erleichterten den Bauern den Weg zur Großproduktion und ermöglichten es ihnen, sich Schritt für Schritt von den Vorteilen der gemeinschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Eigentums zu überzeugen.

Schon nach relativ kurzer Zeit bewiesen zahlreiche Genossenschaften, wie die von Aschersleben, Fienstedt, Jahna, Schafstädt, Weißenschirmbach, Worin und viele andere, die Vorteile und die Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion auf dem Lande. Am 13. Oktober 1953 erzielte die LPG „Florian Geyer" in Aschersleben als erste LPG der DDR eine Jahreseinnahme von über einer Million DM. Diese fortgeschrittenen Genossenschaften, in denen die Arbeit gut organisiert wurde, die Brigaden miteinander im Wettbewerb standen und ihre Erfahrungen austauschten, widerlegten damit in der Praxis die Behauptungen des Gegners, daß die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zum Absinken der Erträge und zum Ruin der Landwirtschaft führen würde. Am Ende des ersten Fünfjahrplans war die durchschnittliche Produktion je Hektar in den LPG bei einem großen Teil von pflanzlichen Produkten höher als in der gesamten Landwirtschaft.

In der ersten Zeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft war es unter den gegebenen Bedingungen unvermeidlich, daß neben den fortgeschrittenen Genossenschaften auch wirtschaftsschwache existierten. Das war vor allem auf zwangsläufige Nachwirkungen der Schwächen der Kleinproduktion in den Genossenschaften, auf die Auswirkungen des Klassenkampfes, auf geringen Viehbestand und den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen. In den ersten Jahren traten in der Mehrzahl Neubauern und Landarbeiter, die

wenig Vieh mitbrachten, den Genossenschaften bei, während sich die Mittelbauern, die entscheidende Schicht auf dem Dorfe, meist noch abwartend verhielten.

Die SED und die Regierung leiteten und unterstützten die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft durch ein ganzes System von Maßnahmen verschiedener Art. In materieller Hinsicht bestand die wichtigste Aufgabe darin, die technische Ausrüstung der Landwirtschaft über die MAS von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Anfang 1953 wurden die MAS zu Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) umgebildet. Sie wurden zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf dem Lande, wobei die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Arbeit trat. Ihre Aufgabe bestand darin, die sozialistische Umgestaltung des Dorfes allseitig, das heißt auf politischem, ideologischem, produktionstechnischem, wissenschaftlichem und organisatorischem Gebiet, zu fördern. Sie waren verpflichtet, alle Kräfte im MTS-Bereich dafür zu gewinnen, die Beschlüsse der SED und der Regierung für die Landwirtschaft in die Tat umzusetzen. Die MTS trugen eine hohe Verantwortung bei der produktionstechnischen Betreuung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, bei der Einführung sozialistischer Wirtschaftsprinzipien und neuer wissenschaftlicher Methoden in der landwirtschaftlichen Praxis und bei der Qualifizierung der werktätigen Bauern. Die MTS stellten den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die moderne Technik zur Verfügung und halfen ihnen bei der Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Mechanisierung in den Viehställen und bei der Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie.

Die meisten Bauern hatten bereits als Einzelbauern die Hilfe der MAS in Anspruch genommen und konnten deshalb aus eigener Erfahrung beurteilen, daß die Beibehaltung der Maschinen-Traktoren-Stationen und ihr weiterer Ausbau ihren Interessen entsprach. Die Tatsache, daß die MAS den Bauern schon vor ihrem Eintritt in die Genossenschaften produktionstechnische Hilfe erwiesen hatten und daß der Maschinenpark der Landwirtschaft zu Beginn der sozialistischen Umgestaltung in der DDR größer war als in anderen sozialistischen Ländern, wirkte sich günstig auf die Festigung der Bündnisbeziehungen und den Eintritt der Bauern in die LPG aus. Diese Erfahrung ist für den Übergang zum Sozialismus vor allem in solchen Ländern wichtig, die infolge eines hohen Entwicklungsstandes der

Industrie die Landwirtschaft schon in einem frühen Stadium der Übergangsperiode mit technischen Ausrüstungen versorgen können.

Von 1950 bis 1955 stieg der Traktorenbestand der MAS/MTS von rund 11 000 auf 31 500. In der gleichen Zeit erhielten sie über 2000 Mähdrescher sowie eine große Anzahl von Kartoffel- und Rübenvollerntemaschinen.

In politisch-ideologischer Hinsicht lenkte und förderte die SED die Genossenschaftsbewegung durch die Politischen Abteilungen bei den MTS und die Parteiorganisationen in den LPG, die nach der 2. Parteikonferenz gebildet wurden. Dem Beschluß des Zentralkomitees der SED über die Entsendung von Arbeitern auf das Land vom 23. April 1953 folgten Tausende Kader der Partei und der Arbeiterklasse, die als MTS-Direktoren, technische Leiter, Parteisekretäre und in anderen Funktionen tätig waren. Mit Hilfe der Gewerkschaften organisierte die SED die Patenschaftsarbeit der sozialistischen Industriebetriebe für die LPG. Ferner wurden umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, um das System der landwirtschaftlichen Schulen und Hochschulen zu vervollkommnen, die Agrarwissenschaft und -technik zu fördern und deren Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis einzuführen. Zur Ausbildung der Kader für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurden im Januar 1953 das Institut für Politische Leiter bei den MTS und im August 1953 die Zentrale Hochschule für LPG-Vorsitzende in Meißen gegründet.

Bei der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung mußte sich die Führung der SED mit Entstellungen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den Bauern auseinandersetzen. Sie wies Tendenzen, die Entwicklung der LPG dem Selbstlauf zu überlassen, und Versuche der Gleichmacherei in den Genossenschaften ebenso entschieden zurück wie Erscheinungen des Bürokratismus und des Administrierens, Verletzungen des Prinzips der Freiwilligkeit, Fälle der überstürzten Bildung von LPG des Typs III oder Forderungen, die Bodenrente und die individuelle Viehhaltung in den LPG abzuschaffen.

Die SED achtete streng darauf, daß die Interessen der werktätigen Einzelbauern nicht verletzt oder ignoriert wurden. Sie betonte wiederholt mit allem Nachdruck, daß die Bündnispolitik gegenüber den Bauern sowohl die volle Unterstützung der LPG als auch die weitere Förderung der werktätigen Einzelbauern einschließt. Die MTS, erklärte Walter Ulbricht, „sind das Hauptmittel der Arbeiterklasse zur Unterstützung der Produktionsgenossenschaften und ein Instrument

zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern"[141]. Auch nach dem Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion unterstützte der Arbeiter-und-Bauern-Staat großzügig die einzelbäuerlichen Wirtschaften und widerlegte damit durch Taten die Hetze des Gegners, der behauptete, die SED wolle die Bauern in die „Verelendung" treiben, um sie „für die Kollektivierung reif zu machen". Im Verlaufe des ersten Fünfjahrplans verdoppelten sich die Einnahmen der werktätigen Bauern pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche nahezu. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht ruinierte im Gegensatz zum Adenauer-Regime keine Bauern. Diejenigen Bauern, die unter dem Einfluß der feindlichen Hetze die Produktion sabotierten, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkamen, Terrorakte verübten und die Republik verließen und damit oft in Elend und Ruin gerieten, wurden in ähnlicher Weise wie Hunderttausende von Bauern in der Bundesrepublik ein Opfer der bauernfeindlichen Politik der imperialistischen Großbourgeoisie.

Während 1952 und 1953 die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch den Beitritt vieler werktätiger Bauern schnell wuchs, verringerte sich 1954 und 1955 das Wachstumstempo. Die Zusammensetzung der Mitglieder der LPG veränderte sich gleichzeitig zugunsten eines hohen Anteils ehemaliger Land- und Industriearbeiter. 1954 bildeten sich in verstärktem Maße LPG aus örtlichen landwirtschaftlichen Betrieben, in denen fast ausschließlich Landarbeiter tätig waren. Durch die Übernahme von verwahrlosten Wirtschaften republikflüchtiger Großbauern war die Zunahme der von den Genossenschaften bearbeiteten landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht mit einem entsprechenden Anwachsen des Viehbestandes verbunden. Auch die Zahl der Arbeitskräfte wuchs nicht in gleichem Tempo wie die landwirtschaftliche Nutzfläche der Genossenschaften. Von den Mitgliedern waren 1955 vor ihrem Eintritt in die LPG 49 Prozent Landarbeiter, 30 Prozent Neubauern, 9,5 Prozent Altbauern bis 20 Hektar, 6 Prozent Industriearbeiter und 5,5 Prozent Angehörige anderer sozialer Gruppen gewesen.

Die langsame Zunahme des Anteils der werktätigen Bauern war auch auf den schon erwähnten zeitweiligen Einfluß revisionistischer Tendenzen zurückzuführen. Einige Funktionäre der SED und der staatlichen Organe überließen die Entwicklung der Genossenschafts-

[141] Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Februar 1945–Juni 1958, Berlin 1961, S. 304.

bewegung dem Selbstlauf. Manche vertraten die Meinung, daß man sich ausschließlich auf die Festigung der bestehenden LPG konzentrieren müsse, und vernachlässigten die Gewinnung neuer werktätiger Bauern für die Genossenschaften.

Entsprechend den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz verlangte die SED von den Großbauern die Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Sie unterschied zwischen solchen Großbauern, die sich loyal verhielten, und reaktionären Elementen, die gegen die Gesetze verstießen. In der DDR wurde auch nach dem Übergang zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft kein Kampf gegen die Großbauern als Klasse geführt. Die Staatsgewalt der Arbeiter-und-Bauern-Macht richtete sich weiterhin lediglich gegen reaktionäre kapitalistische Elemente auf dem Dorfe, die die Gesetze des Staates verletzten. Den Imperialisten gelang es deshalb auch nicht, die Großbauern als Stütze für den Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu benutzen.

Nachdem sich der sozialistische Sektor auf dem Lande genügend gefestigt hatte, konnte bereits die III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG am 12. und 13. Dezember 1954 beschließen, daß solche Großbauern, die sich loyal zur DDR verhalten, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachkommen und bereit sind, am sozialistischen Aufbau teilzunehmen, Mitglied von Genossenschaften werden können[142]. Damit war auch für die Großbauern die Frage beantwortet, worin ihre Perspektive als Bauer beim Aufbau des Sozialismus besteht. Ebenso wie die werktätigen Klein- und Mittelbauern, die Genossenschaftsmitglieder wurden, erhielten sie eine Bodenrente und – bei Eintritt in die LPG Typ II und III – eine Vergütung für die eingebrachten Maschinen und Geräte. Bei der Verteilung nach eingebrachtem Boden wurde nicht der ganze Boden der in die LPG eintretenden Großbauern zugrunde gelegt, sondern lediglich der Durchschnitt des von den werktätigen Bauern eingebrachten Bodens. Das schloß aus, daß die Klassenunterschiede in den LPG fortbestanden. Die Erfahrungen lehrten, daß die Politik der SED gegenüber den Großbauern richtig war.

Von der Möglichkeit, in die LPG einzutreten, machten bis Ende 1955 etwa 2000 Großbauern Gebrauch. Die Mehrzahl von ihnen arbeitete bald ehrlich und gleichberechtigt in den Genossenschaften mit. Die SED bewies damit, daß es möglich ist, das im Kampf gegen

142 Dokument Nr. 82.

den Imperialismus geschaffene breite Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und Teilen der Bourgeoisie auch unter den Bedingungen eines hochentwickelten, ehemals imperialistischen Landes beim Aufbau des Sozialismus fortzuführen und diesen Schichten im Sozialismus eine Perspektive zu geben. Mit dieser schöpferischen Politik bereicherte die SED die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung.

Bis Ende 1955 schlossen sich 77 392 Bauernwirtschaften in 6047 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften – die Mehrzahl davon war Typ III – mit 196 946 Mitgliedern zusammen. Sie bewirtschafteten 1 279 200 Hektar; das waren nahezu 20 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR.

Dank der weitschauenden, prinzipienfesten und schöpferischen Politik der SED, die von den anderen Parteien und Massenorganisationen, besonders der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und der VdgB (BHG), tatkräftig unterstützt wurde, gelang es dem Gegner zu keinem Zeitpunkt, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft ernsthaft zu gefährden. Mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erhielt dieses Bündnis einen neuen Charakter; es wurde ein Klassenbündnis auf sozialistischer Grundlage. Zum Hauptinhalt dieses Bündnisses wurde die Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Auf dem Lande entstand allmählich die Klasse der Genossenschaftsbauern.

4. Der Kampf gegen die Ratifizierung des Generalvertrages und des Abkommens über die EVG

Nachdem die Regierung der Sowjetunion in einer Note vom 23. August 1952 die Westmächte ersucht hatte, spätestens im Oktober eine Konferenz einzuberufen, um über die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland und die damit verbundenen Fragen zu verhandeln, wählte die Volkskammer der DDR eine Delegation unter Leitung von Hermann Matern mit dem Auftrag, dem Bundestag in Bonn neue Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung zu überbringen. Die Volkskammer schlug vor, Vertreter beider deutscher Staaten zur Viermächtekonferenz zu entsenden und eine deutsche Kommission zu bilden, die die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen sollte.

Trotz der ablehnenden Haltung der Bundesregierung und des Parteivorstandes der SPD sah sich der damalige Präsident des Bundestages, Hermann Ehlers (CDU), unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, die Delegation der Volkskammer am 19. September 1952 in Bonn zu empfangen. Die Vorschläge der Volkskammer wurden von der Bundesregierung und vom Bundestag nicht beantwortet. Das Auftreten der Volkskammerdelegation fand jedoch auch in Westdeutschland ein zustimmendes Echo. So erklärte der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Bayernpartei, Hermann Etzel, mit dem die Delegation Gespräche führte, „daß der Kreis der Bundestagsabgeordneten der Koalition, die der Adenauerschen Konzeption und Methode mit Unbehagen, Bedenken oder Unzufriedenheit gegenüberstehen, größer ist, als es von außen den Anschein [hat], und daß er in der Zukunft noch größer werden wird"[143].

Bereits am 2. September 1952 hatte der Bundestagsabgeordnete der FDP, Karl-Georg Pfleiderer, eine Denkschrift veröffentlicht, in der er darlegte, daß der Generalvertrag die Spaltung Deutschlands vertiefe und die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwöre. Er wandte sich darin gegen die Haltung der Bundesregierung, die zwar gesamtdeutsche Wahlen fordere, aber gleichzeitig Verhandlungen mit der DDR ablehne. Die Anfang Oktober 1952 in Elbingerode tagende Synode der evangelischen Kirchen Deutschlands bekannte sich im Namen von Millionen evangelischer Christen zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage. Die gleiche Forderung erhoben 1500 Studenten aller deutschen Universitäten, die sich am 19. Oktober 1952 auf der Wartburg bei Eisenach versammelten, und ebenso die Teilnehmer der Friedenskonferenz der Hafenarbeiter Westdeutschlands am 30. November 1952 in Delmenhorst.

Auch in anderen Ländern verstärkte sich die Protestbewegung gegen die Verträge von Bonn und Paris. Die Erklärung des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vom 12. November 1952, die Deutsche Demokratische Republik werde nie und nimmer dulden, daß von deutscher Seite jemals wieder ein Krieg gegen das französische Volk geführt wird[144], fand in der französischen Bevölkerung und in anderen Ländern ein zustimmendes Echo. Hunderttausende von Werktätigen in Belgien, Frankreich, Italien und in den Niederlanden protestierten gegen die Aufstellung einer neuen deutschen Aggres-

[143] Neues Deutschland (B) (Berlin), 26. September 1952.

[144] Dokument Nr. 58.

sionsarmee. An der ersten Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage, die vom 8. bis 10. November 1952 in Berlin stattfand, nahmen neben Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands auch zahlreiche Abgesandte aus 14 Ländern Europas teil, unter ihnen viele christliche, liberale und sozialdemokratische Politiker. Der im Dezember 1952 in Wien tagende Völkerkongreß für den Frieden erklärte in einem Appell: „Wir halten es für notwendig, in kürzester Frist einen Friedensvertrag mit einem geeinten und demokratischen Deutschland abzuschließen, der seinen Eintritt in eine gegen ein anderes Land gerichtete militärische Allianz ausschließt; mit einem Deutschland, in dem kein Platz sein darf für den Faschismus und Militarismus, die das Unheil über Europa brachten."[145]

Auch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der SPD und des DGB lehnte weiterhin die Verträge von Bonn und Paris ab. Der im Juli 1952 stattfindende Bezirksparteitag der SPD von Hessen-Süd, der eine der stärksten Bezirksorganisationen der SPD repräsentierte, forderte in einer Entschließung eine Volksbefragung über die Verträge. Ähnliche Beschlüsse faßten die Delegiertenkonferenzen der SPD von Frankfurt (Main) und Wiesbaden.

Auf den Delegiertenkonferenzen der SPD wandten sich auch Mitglieder des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion gegen die Verträge. Statt – wie von mehreren Delegierten gefordert worden war – zu Streiks und Demonstrationen aufzurufen, reichte der Parteivorstand der SPD lediglich nach der ersten Lesung der Verträge im Bundestag eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Er versicherte den Mitgliedern, daß die Verträge, da sie verfassungsändernden Charakter hätten, im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit finden müßten, was nach Lage der Dinge ausgeschlossen sei. Außerdem forderte die SPD Neuwahlen zum Bundestag. Die Verfassungsklage wurde abgewiesen, so daß der Bundesregierung zur Verabschiedung der Verträge eine einfache Mehrheit genügte. Damit hätte auch der Führung der SPD klar sein müssen, daß es angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag auf parlamentarischem Wege nicht möglich war, die Verträge zu Fall zu bringen.

Auf dem Dortmunder Parteitag der SPD, der vom 24. bis 28. September 1952 stattfand, wurde die Haltung des Parteivorstandes von verschiedenen Delegierten kritisiert. Sie forderten, die Verträge nicht nur im Parlament, sondern auch mit außerparlamentarischen Mitteln

[145] Neues Deutschland (B) (Berlin), 21. Dezember 1952.

zu bekämpfen. Unter dem Eindruck der starken Protestbewegung und der Stimmung in der eigenen Partei betonte Erich Ollenhauer in seinem Grundsatzreferat erneut die Notwendigkeit von Viermächteverhandlungen und erklärte, daß die SPD auch nach der Ratifizierung der Verträge „vom ersten Tage ab für ihre radikale Revision durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen"[146] werde. In der Diskussion machte Willy Brandt den bisher von seiten der sozialdemokratischen Führung noch nicht geäußerten Vorschlag: „Falls sich heute oder morgen die weltpolitische Möglichkeit bietet, dieses Deutschland auf dem Boden der Freiheit wiederzuvereinigen, dann sollten wir auch dann ja dazu sagen, wenn ein solches in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland – ich möchte hinzufügen leider – nicht militärpolitischer Bestandteil des atlantischen Bündnissystems sein könnte."[147] Die Stellungnahme gegen die Verträge von Bonn und Paris war ein wichtiges Ergebnis des Dortmunder Parteitages. Die Forderungen nach außerparlamentarischen Aktionen wurden jedoch vom Parteivorstand und in den Beschlüssen übergangen. Ein gemeinsames Vorgehen mit der KPD und der SED und Verhandlungen mit der DDR über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wurden in der politischen Entschließung strikt abgelehnt. Herbert Wehner erklärte, daß die Stärke der Opposition der SPD gegen die Politik der Bundesregierung gerade in dieser Haltung gelegen habe und weiterhin liegen müsse.

Kurz nach dem Parteitag veröffentlichte das Zentralorgan der SPD, „Neuer Vorwärts", einen Artikel über die Arbeit des Ostbüros der SPD, in dem festgestellt wurde, daß das Ostbüro systematisch auf den Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR hinarbeite. Damit bestätigten rechte Führer der SPD, daß sie nicht gewillt waren, ihre konterrevolutionären Ziele gegenüber der DDR aufzugeben. Während sie eine geradezu panische Furcht vor legalen außerparlamentarischen Aktionen der Werktätigen in der Bundesrepublik hatten, hielt sie nichts davon ab, gemeinsam mit den imperialistischen Spionagediensten und dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen zu konterrevolutionären Aktionen „mit allen im illegalen Kampf geeignet erscheinenden Mitteln"[148] gegen die DDR aufzurufen.

146 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 24. bis 28. September 1952 in Dortmund, o. O. o. J., S. 41.

147 Ebenda, S. 57.

148 Neuer Vorwärts (Hannover), 3. Oktober 1952.

Der Dortmunder Parteitag beschloß ein Aktionsprogramm[149], in dem die SPD ihre bisherige Konzeption auf dem Gebiet der Außenpolitik und in einigen innerpolitischen Fragen erneut bekräftigte. Zugleich wurde deutlich, daß sich die sozialdemokratische Führung der restaurativen Entwicklung in der Bundesrepublik schon stärker anzupassen begann.

Die SPD wandte sich gegen ein „Kleineuropa" unter Ausschluß Großbritanniens und der skandinavischen Staaten sowie gegen die EVG, forderte ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und erklärte, daß sie in der friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit die „vordringlichste Aufgabe bei der Neugestaltung Europas" sehe. „Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel"[150], hatte Kurt Schumacher in dem von ihm kurz vor seinem Tode verfaßten Vorwort zum Aktionsprogramm erklärt, das als sein politisches Testament bezeichnet wurde. Obwohl im Aktionsprogramm versichert wurde, daß sich die Sozialdemokratie „unablässig um die Schaffung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen bemühen" und daß eine „sozialdemokratische Bundesregierung ... normale Beziehungen zu allen Staaten unterhalten"[151] werde, lehnte die SPD Verhandlungen mit der DDR nach wie vor entschieden ab und nahm eindeutig Partei für die imperialistischen Westmächte im kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Im Programm wurde außerdem die völlig irreale und provokatorische Forderung erhoben, ganz Berlin in die Bundesrepublik einzubeziehen.

Das Aktionsprogramm betonte den provisorischen Charakter der Bundesrepublik. Gleichzeitig bekannte sich die Führung der SPD erneut zu diesem Staat und forderte, bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit „die Aktionsfähigkeit" der Bundesrepublik zu stärken und zu erweitern. Im Sinne der Konzeption, die Bundesrepublik zum anziehenden „Beispiel" für ganz Deutschland zu machen, wurden zahlreiche soziale und kulturelle Reformen gefordert, unter anderem auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, des Wohnungsbaus, in der Steuer- und Lohnpolitik, in Landwirtschaft und Handwerk, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, des Gesundheitswesens, der Volksbildung sowie gegenüber der Jugend und den Frauen. Die Ver-

149 Dokument Nr. 54.

150 Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearbeitet und hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. III, (West-)Berlin 1963, S. 65 u. 67.

151 Ebenda, S. 67–69.

wirklichung dieser Reformen hätte sicher die wirtschaftliche Lage und soziale Stellung der Werktätigen verbessert. Sie konnten jedoch nur im entschiedenen antimonopolistischen Kampf durchgesetzt werden, der vom Parteivorstand der SPD abgelehnt wurde.

Die zunehmende Anpassung an die restaurative Entwicklung in Westdeutschland drückte sich am deutlichsten in den wirtschaftspolitischen Forderungen aus. Im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Programms standen nicht mehr die Forderungen nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum sowie nach „volkswirtschaftlicher Gesamtplanung", sondern solche Forderungen wie Mitbestimmung, „Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung". Während in den Politischen Leitsätzen vom Mai 1946 noch erklärt worden war: „Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen"[152] und ein umfassendes Programm der Nationalisierung entworfen worden war, hieß es jetzt nur noch, daß die Überführung einiger wichtiger Industrien in Gemeineigentum notwendig wäre, um die „Voraussetzung für die Vollbeschäftigung" zu schaffen. Zugleich grenzte sich das Programm entschieden von der Enteignung der Betriebe der Monopolisten und Kriegsverbrecher zugunsten des Volkes in der DDR ab.

In seinem wirtchaftspolitischen Teil deckte sich das Aktionsprogramm in vielem mit der Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie", die in der Frankfurter „Erklärung der Sozialistischen Internationale über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" vom 3. Juli 1951 entwickelt worden war. Auf dem Kongreß in Frankfurt (Main) war die Sozialistische Internationale offiziell wiedergegründet worden. „Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrößerung des Wohlstandes, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung der Einkommen" – ohne Beseitigung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung – wurden in der Erklärung als die „unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele sozialistischer Politik"[153] bezeichnet. Während jedoch in der Erklärung der Sozialistischen Internationale die Planwirtschaft noch nachdrücklich gefordert wurde, verlangte das Aktionsprogramm der SPD lediglich eine „Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und volkswirtschaftlichem Wettbewerb" und näherte sich damit bereits der von der CDU/CSU vertretenen kapitalistischen Politik der „freien Marktwirtschaft".

152 Ebenda, S. 18.
153 Ebenda, S. 61.

Die Forderungen nach einer Rationalisierung und Steigerung der Produktion entsprachen unter den gegebenen Bedingungen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland den Interessen der Monopole. Sie dienten ihrem Bestreben, die Produktion zu modernisieren, um im Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt bestehen und ihre Profite erhöhen zu können. Zu diesem Zweck wurde am 2. April 1952 unter Vorsitz von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ein sogenannter Deutscher Produktivitätsrat gebildet, dem neben führenden Vertretern der Unternehmerverbände auch Führer des DGB wie Hans vom Hoff, Erich Potthoff und August Schmidt angehörten. Der Pressedienst des Parteivorstandes der SPD begrüßte die Bildung dieses staatsmonopolistischen Gremiums und forderte darüber hinaus eine erhöhte staatliche Finanzierung zur technischen Modernisierung der Monopolbetriebe. Ebenso wie in den programmatischen Forderungen stellten sich Führer der SPD damit auch in der Praxis immer mehr auf den Boden der staatsmonopolistischen Ordnung in der Bundesrepublik. Während sie jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Betrieben der DDR als „steigende Ausbeutung" diffamierten, unterstützten sie die Maßnahmen der Monopole und des Bonner Staates, die Produktivität und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu erhöhen.

Wenige Wochen vor dem Dortmunder Parteitag, am 20. August 1952, war der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, verstorben. Er war einer der einflußreichsten Führer der SPD in den Nachkriegsjahren gewesen und hatte ihre offizielle Politik in Westdeutschland entscheidend mitbestimmt. Obwohl Schumacher von den Faschisten verfolgt und eingekerkert worden war, hatte er nach 1945 nicht die notwendigen Lehren aus der Niederlage der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Reaktion gezogen. Im Gegensatz zu den Erkenntnissen zahlreicher Mitglieder und Funktionäre der SPD, die auch im Prager Manifest des Parteivorstands der SPD von 1934 ihren Niederschlag gefunden hatten, hatte er es abgelehnt, einen entschiedenen Kampf zur Beseitigung der Wurzeln des deutschen Imperialismus und Militarismus zu führen. Er erhob den Antikommunismus erneut zur offiziellen Parteidoktrin der westdeutschen Sozialdemokratie und war maßgeblich an der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland beteiligt gewesen. Dafür hatte er sich selbst als „Retter des Abendlandes vor dem Bolschewismus" gerühmt. Von

Anfang an hatte Kurt Schumacher eine Zusammenarbeit mit den imperialistischen Westmächten gesucht und besonders den Marshall-Plan unterstützt, durch den das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus wesentlich gefördert wurde. Gleichzeitig hatte er eine Verständigung mit der Sowjetunion strikt abgelehnt und war einer der ersten gewesen, die eine Revision der Oder-Neiße-Grenze forderten. Die von Schumacher propagierte Politik war in ihrer Grundkonzeption gegen die DDR gerichtet und begünstigte das Wiedererstehen des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Sie enthielt jedoch Elemente einer selbständigen und unabhängigen Stellung der SPD gegenüber den Regierungsparteien und den imperialistischen Besatzungsmächten. Die Beibehaltung einiger traditioneller sozialdemokratischer Forderungen, wie Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, soziale Gerechtigkeit, war in bestimmtem Grade Ausdruck der Gegnerschaft weiter Kreise der Mitglieder und Anhänger der SPD gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU, gegen die Remilitarisierung und ihr Streben nach einem einheitlichen, demokratischen deutschen Staat.

In den Gewerkschaften war die Kampfstimmung gegen die Verträge von Bonn und Paris noch stärker als in der SPD. So forderte die Landesdelegiertenkonferenz des DGB in Bayern am 10. Februar 1952, durch geeignete Maßnahmen jede Aufrüstung der Bundesrepublik unmöglich zu machen. Auf dem 2. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB, der vom 13. bis 17. Oktober 1952 in Westberlin stattfand, brachte Erwin Essl, Vorsitzender der IG Metall des Landes Bayern, die Stimmung der Mehrheit der Mitglieder des DGB zum Ausdruck, als er forderte, „für die Zukunft eine Politik zu treiben, die es der Arbeiterbewegung ermöglicht, zu ihr selbst zurückzufinden, das heißt zu ihrer tragenden gesellschaftlichen Rolle“[154]. Der Vorsitzende des DGB, Christian Fette, und das Vorstandsmitglied Hans vom Hoff, die offen für einen westdeutschen „Verteidigungsbeitrag“ eingetreten waren, wurden deshalb von vielen Delegierten kritisiert und vom Kongreß nicht wiedergewählt. Eine grundlegende Änderung in der Politik des DGB erreichten jedoch die Delegierten nicht. Neuer Vorsitzender des DGB wurde der bisherige Vorsitzende der IG Metall, Walter Freitag. Dieser hatte den bisherigen Vorstand wegen seiner

[154] Protokoll. 2. Ordentlicher Bundeskongreß. (West-)Berlin, 13. bis 17. Oktober 1952. Hrsg. vom Bundesvorstand des DGB, o. O. o. J., S. 133.

Haltung im Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag scharf kritisiert und damit die Zustimmung der Delegierten gefunden. Unter seinem Vorsitz führte jedoch der neue Vorstand des DGB die schon von Hans Böckler eingeschlagene Linie der Neutralität, des Stillhaltens der Gewerkschaften in den entscheidenden politischen Fragen fort. Auf dem Kongreß erklärte Walter Freitag, daß der „Wehrbeitrag" eine Frage sei, die auf der politischen Ebene gelöst werden müsse und um die sich die politischen Parteien zu kümmern hätten. Mit dieser Begründung lehnten Führer des DGB Beschlüsse ab, die zu entschiedenen Kampfaktionen der Gewerkschaften gegen die Verträge von Bonn und Paris aufriefen. Eine Verständigung zwischen DGB und FDGB wurde von ihnen ebenfalls abgelehnt. Im Hinblick auf den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz beschloß der Kongreß lediglich, die Bemühungen um eine fortschrittliche Betriebsverfassung fortzusetzen.

Die zunehmende Kampfbereitschaft der westdeutschen Werktätigen, besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, einerseits und das Bestreben der Bundesregierung, die Remilitarisierung beschleunigt durchzusetzen, andererseits stellten die KPD vor die Aufgabe, ein umfassendes Programm des nationalen Kampfes auszuarbeiten, das den westdeutschen Werktätigen Weg und Ziel wies. Auf seiner 7. Tagung am 1. und 2. November 1952 in Düsseldorf beschloß der Parteivorstand der KPD das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands"[155]. Darin forderte die KPD die Verständigung der beiden deutschen Staaten, freie gesamtdeutsche Wahlen und den beschleunigten Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Deutschland sollte frei sein von Besatzungstruppen und fremden Militärbasen, es sollte eigene nationale Streitkräfte besitzen, jedoch keinem Militärbündnis angehören, das gegen andere Staaten gerichtet ist. Die KPD rief alle Patrioten auf, „einheitlich, mutig und zuversichtlich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Verwirklichung dieser Ziele zu kämpfen"[156]. Als wichtigstes Ziel schlug das Programm die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung vor. Eine solche Regierung hätte alle Verträge, die der Bevölkerung Westdeutschlands aufgezwungen wurden und nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung entsprachen, zu beseitigen.

155 Dokument Nr. 57.

156 Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1965, S. 352.

Das Programm der nationalen Wiedervereinigung gab den demokratischen Kräften in Westdeutschland eine richtige Orientierung und war geeignet, alle Patrioten im Kampf gegen die verderbliche Politik der Bundesregierung zusammenzuschließen. In diesem Programm zog die KPD schon bestimmte Schlußfolgerungen aus der Situation im Jahre 1952, die bereits deutlich machte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Überwindung des reaktionären Regimes in der Bundesrepublik durch die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland selbst zur Voraussetzung hat. Ein ernster Fehler des Programms, der später korrigiert wurde, bestand jedoch darin, daß in ihm der revolutionäre Sturz des Adenauer-Regimes gefordert wurde, obgleich die für eine solche Losung notwendigen Bedingungen nicht vorhanden waren.

Unter Einsatz ihres Polizei- und Justizapparates suchte die Bundesregierung die Verbreitung des Programms der nationalen Wiedervereinigung und seiner Ideen zu verhindern. Hunderte von Kommunisten und andere Gegner der Verträge von Bonn und Paris wurden verhaftet und Tausende von politischen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Unter offener Verletzung des Grundgesetzes verurteilte der Bundesgerichtshof Emil Bechtle, Karl Dickel und Oskar Neumann wegen ihrer Mitarbeit im Hauptausschuß für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung auf Grund des Blitzgesetzes zu insgesamt siebeneinhalb Jahren Gefängnis. Die Mitglieder des Parteivorstandes der KPD Josef Ledwohn und Friedrich Rische wurden unter der Anklage, mitverantwortlich für die Ausarbeitung und Herausgabe des Programms der nationalen Wiedervereinigung zu sein, verhaftet und später zu insgesamt acht Jahren Kerker verurteilt. Haftbefehle erließ die reaktionäre Klassenjustiz des Bonner Staates gegen Max Reimann und Walter Fisch. Zu fünf Jahren Zuchthaus wurde Josef Angenfort verurteilt, zu vier Jahren Gefängnis Wolfgang Seifert. Zu dem Zeitpunkt, als die Bundesregierung die Kriegsverträge endgültig unter Dach und Fach bringen wollte, führte sie ihren Schlag gegen die KPD, um die aktivsten Kämpfer gegen die Remilitarisierung auszuschalten.

Die Kommunisten jedoch schwiegen nicht. In einem gemeinsamen Appell vom 27. Januar 1953 riefen der Parteivorstand der KPD, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs und das Zentralkomitee der SED das deutsche und das französische Volk auf, den Generalvertrag und das EVG-Abkommen zu Fall zu bringen. Auf machtvollen Kundgebungen am 12. März in Bochum, Duisburg,

Essen und anderen Städten des Ruhrgebietes und am 14. März in Heidelberg, Köln, Mönchen-Gladbach und Wuppertal protestierten Zehntausende westdeutsche Werktätige gegen die Ratifizierung der Kriegsverträge. Die Bewegung war jedoch nicht stark genug, um die Absichten der Bundesregierung noch in letzter Stunde zu durchkreuzen.

Am 19. März 1953 ratifizierte der Bundestag mit 225 gegen 165 Stimmen der KPD, der SPD und einiger Abgeordneter aus anderen Parteien in dritter Lesung den Generalvertrag und mit 224 gegen 166 Stimmen das EVG-Abkommen. Die Polizei hatte das Gebäude des Bundestages hermetisch abgeriegelt und alle Zufahrtstraßen mit spanischen Reitern versperrt. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei, Einsatz- und Funkwagen, Wasserwerfer und sogar kleine Schützenpanzerwagen standen in den Nebenstraßen bereit. Die Wasserschutzpolizei fuhr auf dem Rhein in Höhe des Regierungsviertels Patrouille. Protestierende Passanten wurden brutal niedergeschlagen. Die herrschende Klasse demonstrierte, was sie unter „Demokratie" verstand. Gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, umgeben von Stacheldraht und Polizeiknüppeln, stimmte eine willfährige Majorität des Bundestages der Aufrüstung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in das imperialistische Kriegspaktsystem zu. Zwei Monate später bestätigte der Bundesrat, in dem die SPD in der Mehrheit war, den verhängnisvollen Beschluß. Kein der SPD angehörender Minister protestierte.

Die Regierungsparteien konnten die Verträge von Bonn und Paris vor allem deshalb durchsetzen, weil die Arbeiterklasse gespalten war und ihre Kräfte von den Führern der SPD und des DGB gelähmt wurden. Diese lehnten zwar die Verträge ab und übten oft scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung, beschränkten sich jedoch im wesentlichen auf das Auftreten im Parlament. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag waren die Versuche, die Remilitarisierungspolitik der Bundesregierung auf parlamentarischem Wege zu durchkreuzen, von vornherein ein vergebliches Unterfangen. Die Opposition gegen Generalvertrag und EVG-Abkommen verknüpften Führer der SPD und des DGB mit einer maßlosen antikommunistischen Hetze und mit der Ablehnung aller Angebote der SED und der KPD zum gemeinsamen Kampf. Sie verhinderten damit die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und verwirrten viele Gegner der Remilitarisierung.

Obwohl die aktivsten Gegner der Kriegsverträge ihre Bestrebungen zu einem engeren Zusammenschluß verstärkt hatten, führten sie den Kampf noch immer uneinheitlich und nützten nicht alle Möglichkeiten, die breitesten Bevölkerungsschichten für die Bewegung gegen die Remilitarisierung zu gewinnen.

Die KPD setzte alle Kräfte ein, um der Massenbewegung gegen die Kriegsverträge Ziel und Richtung zu geben. Aber die Kommunisten und die anderen entschiedenen Gegner der Remilitarisierung hatten unter außerordentlich schwierigen Bedingungen zu kämpfen. Wer zur Verständigung mit der DDR und mit der UdSSR aufrief oder sich zur Politik der KPD bekannte, wurde moralisch und oft auch materiell unter Druck gesetzt. Viele büßten deshalb ihren Arbeitsplatz ein. Versammlungen und Kundgebungen der KPD wurden häufig nicht zugelassen, Zeitungen und Zeitschriften verboten. Aber auch das Sektierertum beeinträchtigte den Kampf der KPD. Nicht wenige Kommunisten unterschätzten die Arbeit in den Gewerkschaften, andere setzten die Mitglieder der SPD mit den opportunistischen Führern gleich. Der Zusammenarbeit mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Gegnern der Remilitarisierung standen manche Kommunisten ebenfalls skeptisch gegenüber.

Die Mehrheit der Werktätigen befand sich unter dem Einfluß der Führungen von SPD und DGB und glaubte deren Versicherungen, daß es auf parlamentarischem Wege möglich sei, die Ratifizierung der Verträge zu verhindern. Nach der Debatte des Bundestages im Dezember 1952, in der Fritz Erler und Erich Ollenhauer die Politik Konrad Adenauers heftig kritisiert hatten, schrieb zum Beispiel ein Arbeiter an Max Reimann: „Endlich wird auch die SPD vernünftig. Alle SPD-Redner haben doch auch gegen die Verträge gesprochen, und wie! Sie haben dem Adenauer kräftig den Marsch geblasen."[157]

Die Regierungsparteien nützten alle Mittel der Meinungsbildung und das System des bürgerlichen Parlamentarismus rücksichtslos aus, um die Kriegsverträge durchzusetzen. Rundfunk und Monopolpresse hämmerten der Bevölkerung pausenlos ein, daß ein westdeutscher „Wehrbeitrag" angesichts der „kommunistischen Gefahr" unumgänglich sei. Auf widerstrebende Abgeordnete der Regierungsparteien wurde Druck ausgeübt, um sie zur Zustimmung zu bewegen. Die regierenden Kreise kombinierten geschickt die Methode zeitweiliger Zugeständnisse mit der Methode des Polizei- und Justizterrors, um

[157] Neues Deutschland (B) (Berlin), 24. Dezember 1952.

außerparlamentarische Aktionen der Massen zu verhindern. Während sie sich bereit erklärten, über einzelne Bestimmungen der Verträge zu verhandeln, gaben sie gleichzeitig den Befehl zu Polizeiaktionen gegen die Kommunisten und andere Patrioten.

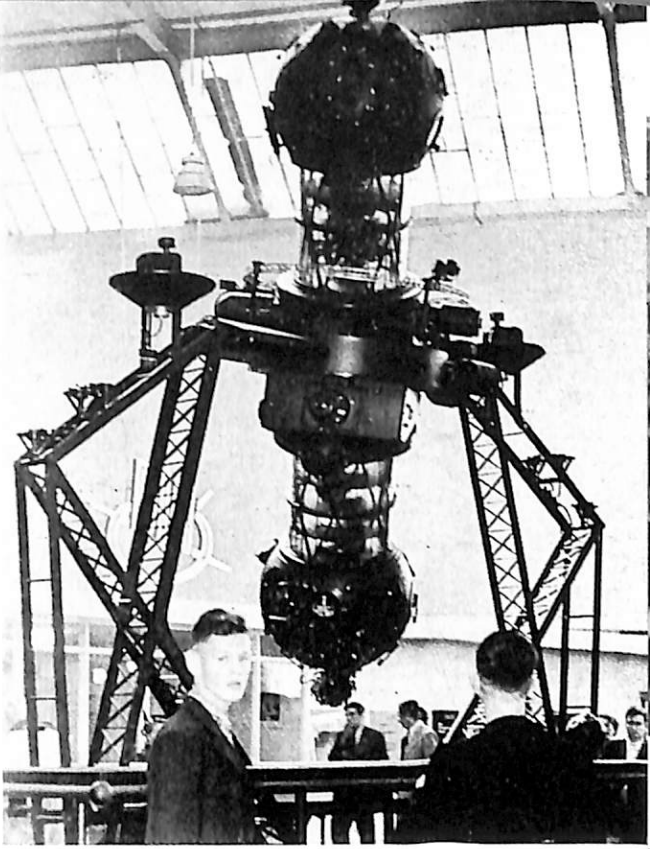
Der Generalvertrag und das EVG-Abkommen wurden erst nach längerer Verzögerung vom Bundestag ratifiziert. Dieser Zeitverlust für die Militaristen war auch ein Ergebnis der zeitweilig machtvollen Bewegungen gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland. Die Aktionen gegen die Kriegsverträge waren jedoch nicht stark genug, eine Wende der Politik in Westdeutschland zu erzwingen. Sie konnten nicht verhindern, daß die regierenden Kreise ihre Positionen im Jahre 1953 festigten.

5. Das Scheitern des konterrevolutionären Putschversuches gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht am 17. Juni 1953

Während die herrschende Klasse in Westdeutschland und die reaktionären Kreise in den anderen imperialistischen Staaten, besonders in den USA, alle Kräfte dafür anspannten, die Bundesrepublik in den westlichen Militärblock einzubeziehen, ließen einige Ereignisse erkennen, daß sich eine internationale Entspannung abzuzeichnen begann. Dies war vor allem auf die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und auf Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis zugunsten der sozialistischen Staaten zurückzuführen. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Korea machten Fortschritte. In einigen kapitalistischen Ländern, besonders in Frankreich, verstärkte sich der Widerstand gegen die westdeutsche Aufrüstung. Die Weltfriedensbewegung gewann neue Anhänger.

Eine solche Entwicklung widersprach den Interessen und den Absichten der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals in den USA, in Westdeutschland und anderen imperialistischen Staaten. Sie taten deshalb alles, um eine internationale Entspannung zu verhindern, die Lage zu komplizieren und zu verschärfen. Insbesondere ging es ihnen darum, den planmäßigen und systematischen Aufbau des Sozialismus in der DDR zu sabotieren.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED waren die Richtlinien für den sozialistischen Aufbau beschlossen worden. Die Maßnahmen des



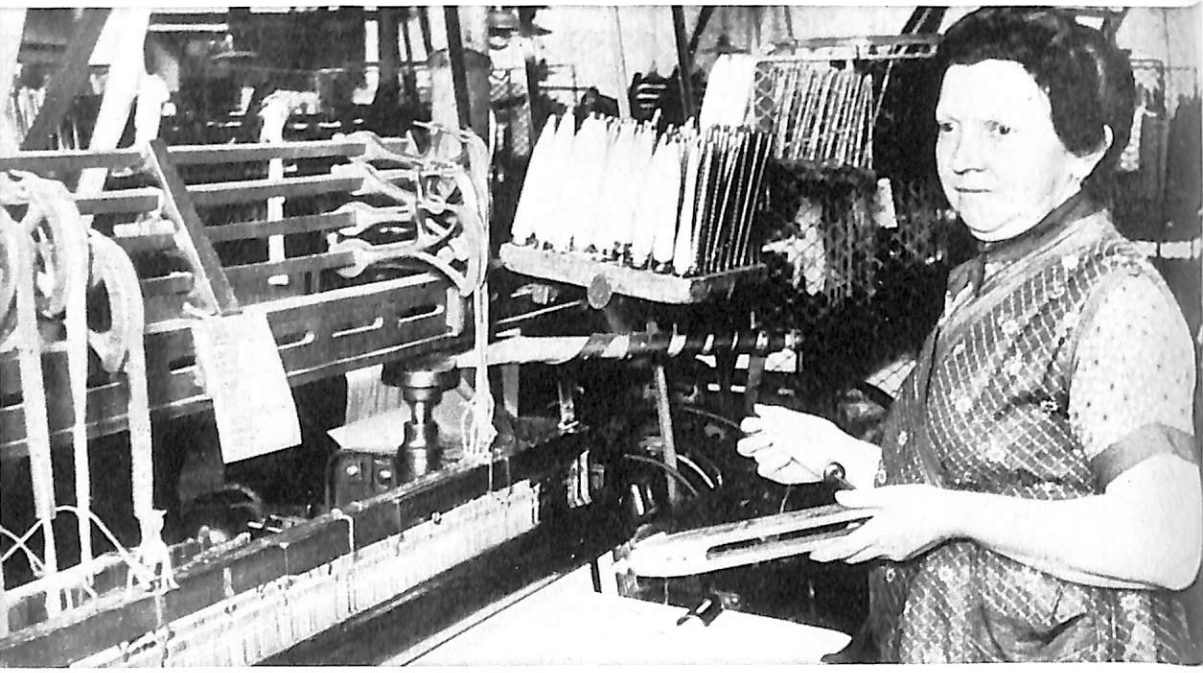
Der Stand des VEB Carl Zeiss Jena
auf der Leipziger Herbstmesse 1953



Stand einer westdeutschen Firma
auf der Leipziger Herbstmesse 1953



Übergabe des SAG-Betriebes
Siemens-Plania, Berlin,
in die Hände des deutschen Volkes,
31. Dezember 1953



Frida Hockauf, die Initiatorin der Wettbewerbsbewegung
„Mehr, bessere und billigere Bedarfsgüter dem Volke", September 1953



Die Delegierten des IV. Parteitages der SED
in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 30. März bis 6. April 1954



Delegierte des IV. Parteitages der SED bei der Besichtigung der Ausstellung der Geschenke, die die Werktätigen der DDR dem IV. Parteitag übersandten



Agitatoren der Parteiorganisation der Leuna-Werke „Walter Ulbricht" treffen sich vor der Abfahrt zur Hausagitation, 1953



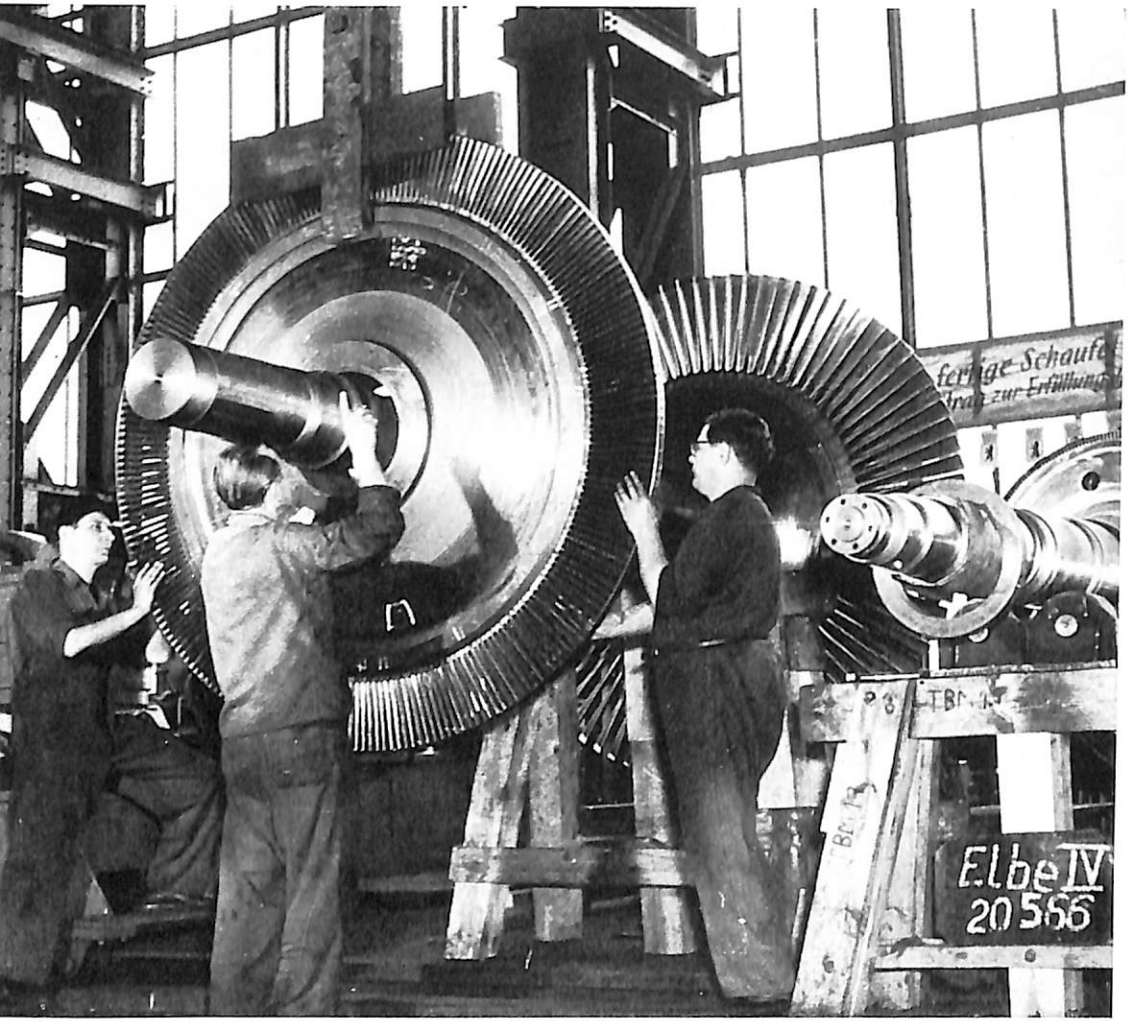
Die ersten Kampfgruppen der Dresdener volkseigenen Betriebe im Demonstrationszug, 1. Mai 1954



Demonstrationszug zum II. Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden, Einheit und Freiheit auf dem Berliner Marx-Engels-Platz, Pfingsten 1954



Zug der Sportler zum I. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig, August 1954



Montage einer Turbine für das Kraftwerk „Elbe“
im VEB Bergmann Borsig in Berlin, 1954



Tagung des II. Nationalkongresses der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland in Berlin, 15./16. März 1954



Pausengespräch mit sowjetischen Gästen
während des Gesamtdeutschen Frauenkongresses in Berlin, 1./2. Juli 1954

Übergangs zum Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mußten jedoch noch im einzelnen ausgearbeitet werden. Das war eine schwierige Aufgabe, deren Lösung längere Zeit beanspruchte. Es kam darauf an, in der Industrie und in der Landwirtschaft, in der Bündnispolitik, im Handel, in der Volksbildung und auf dem Gebiete der Kultur schrittweise die Probleme des Übergangs zum Sozialismus zu meistern. Die SED mußte trotz der Störmaßnahmen der deutschen Imperialisten den systematischen Ausbau der schwerindustriellen Basis sichern und ungeachtet der außerordentlichen Mittel, die für die Schwerindustrie, für Reparationen und für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlich waren, kontinuierlich die Lebenslage der Bevölkerung verbessern. Es mußten Wege gefunden werden, um die Handwerker, Einzelhändler, Großbauern und privaten Unternehmer allmählich in die sozialistische Umgestaltung einzubeziehen. Auch der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Kulturrevolution stand auf der Tagesordnung. Alle diese komplizierten Probleme mußten unter den Bedingungen der Spaltung Deutschlands, der offenen Grenze zum imperialistischen Weltsystem in Angriff genommen werden, und es gab noch keine Erfahrungen, wie sie zu lösen waren.

Die Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht beantworteten den Übergang zum planmäßigen und systematischen Aufbau des Sozialismus mit einer außerordentlichen Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR und mit Vorbereitungen, die unmittelbar darauf gerichtet waren, die sozialistische Ordnung zu beseitigen. Bereits Anfang 1952 wurde deutlich, daß die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der imperialistischen deutschen und amerikanischen Bourgeoisie direkte Maßnahmen zum konterrevolutionären Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht einleiteten. Während der Staatssekretär im westdeutschen Außenministerium, Walter Hallstein, die Vereinigung Europas bis zum Ural forderte und Konrad Adenauer die „Neuordnung in Europa“[158] unverhüllt als Ziel seiner Politik bezeichnete, wurden von den Geheimdiensten und Agentenorganisationen, vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und von den Leitungen der Landsmannschaften Schritte unternommen, um die Aktionen des kalten Krieges gegen die DDR zu koordinieren und wesentlich zu verstärken. Im März 1952 wurde in Bonn ein sogenannter Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gebildet. Ihm

158 Süddeutsche Zeitung (München), 17. März 1952.

gehörten Vertreter der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und des Junkertums, darunter Friedrich Ernst, Friedrich Spennrath und Friedrich-Karl von Zitzewitz-Muttrin, sowie Herbert Wehner von der SPD und Ludwig Rosenberg vom DGB an. Der Beirat sollte alle „Überleitungsmaßnahmen" im Falle „der Machtübernahme in der Sowjetzone" ausarbeiten, wie das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" am 9. Juli 1952 mitteilte. Zur gleichen Zeit verkündete der westdeutsche Außenminister Heinrich von Brentano in aller Offenheit: „Wir werden alles tun, und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich: alles und das Letzte, um die sowjetische Besatzungszone wieder zurückzuholen."[159]

Bereits auf der 2. Parteikonferenz der SED war mitgeteilt worden, daß die Organe der Staatssicherheit der DDR mehrere Agentengruppen unschädlich gemacht hatten, die teilweise bewaffnet gewesen waren und über Funkgeräte, Sprengstoffe, Gifte, Säuren und Brandsätze verfügt hatten. Einige Banden hatten den Auftrag gehabt, Anschläge auf Brücken, Schleusen, Autobahnen und Eisenbahnlinien zu organisieren. Andere sollten für den Fall eines Krieges „militärische Stützpunkte" bilden. Agenten hatten sich auch in staatliche Organe und in Blockparteien eingeschlichen.

Am 15. Januar 1953 wurde der bisherige Außenminister Georg Dertinger wegen Spionagetätigkeit verhaftet. Einen Monat später verurteilte das Bezirksgericht Dresden mehrere Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, die zahlreiche Terror- und Sabotageakte verübt hatten, zu hohen Zuchthausstrafen. Am 21. März 1953 wurde eine Gruppe von Agenten im VEB Carl Zeiss Jena verhaftet, die Patente und Entwicklungen nach Westdeutschland verschoben und systematisch die Abwerbung von Spezialisten organisiert hatte. Auch im Ministerium für Handel und Versorgung, in der Hauptverwaltung Kohle, im Zwickauer Steinkohlenrevier, im Mansfelder Kupfererzbergbau, im Kalibergbau, in der Zementindustrie und in anderen Industriezweigen und wichtigen Werken trieben Agentengruppen der imperialistischen Geheimdienste ihr Unwesen. In zahlreichen Fällen verübten reaktionäre Elemente Überfälle und Mordanschläge auf Funktionäre der demokratischen Parteien und Massenorganisationen und des Staatsapparates.

Obwohl die Sicherheitsorgane der Republik einigen Agentengruppen auf die Spur kamen, wurde das ausgedehnte Agentennetz, das

[159] Bayrisches Volksecho (München), 8. März 1952.

die imperialistischen Geheimdienste und die Ostbüros der bürgerlichen Parteien und der SPD in der DDR geknüpft hatten, nicht aufgedeckt. Die damalige Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit, an dessen Spitze Wilhelm Zaisser stand, unterschätzte das Ausmaß der Spionage- und Diversionstätigkeit und schützte die Arbeiter-und-Bauern-Macht ungenügend gegen das Eindringen feindlicher Elemente.

Die imperialistischen Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht ließen nichts unversucht, ihre Agenten vor allem in die SED einzuschleusen, um die Einheit und Schlagkraft der Partei zu untergraben. Deshalb war ein entschiedener Kampf gegen Sorglosigkeit in politisch-ideologischen und organisatorischen Fragen notwendig. Das Zentralkomitee der SED widmete dieser Aufgabe große Aufmerksamkeit und rief die Parteimitglieder auf, gegen Mängel, Fehler und Mißstände in der Arbeit der Partei, der Staatsorgane und der Wirtschaft aufzutreten, offene Fragen aus dem früheren oder gegenwärtigen Verhalten oder falsche Auffassungen von Parteimitgliedern zu klären und die Auswahl und Erziehung der Kader zu verbessern. Die imperialistischen Geheimdienste suchten solche ungeklärten Fragen oder falsche Auffassungen auszunutzen, um Parteimitglieder durch Drohungen oder Erpressung zur Agententätigkeit zu zwingen. Im Kampf gegen diese Methode des Imperialismus zur Untergrabung der Partei und der Arbeiter-und-Bauern-Macht wurde in der SED eine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegenüber Unklarheiten und Mängeln geschaffen; die revolutionäre Einheit und Geschlossenheit der SED wurden gefestigt.

Die von John Foster Dulles inspirierte und von den aggressiven Kräften des deutschen Imperialismus aktiv unterstützte Politik des „roll back" richtete sich mit besonderer Schärfe gegen die DDR und die SED. Außerdem wirkten sich die Prozesse gegen Làszlò Rajk in der Ungarischen Volksrepublik, Traitscho Kostoff in der Volksrepublik Bulgarien und Rudolf Slánský in der Tschechoslowakischen Republik, die in den Jahren 1950 und 1952 stattfanden, auf die Entwicklung der SED aus. Diese Prozesse beruhten, wie sich später herausstellte, zu einem großen Teil auf falschen Anschuldigungen, die maßgeblich auf das schändliche Treiben des politischen Abenteurers L. P. Berija, der in der Führung der KPdSU(B) und in der Regierung der UdSSR wichtige Funktionen innehatte, und seiner Agenten in verschiedenen volksdemokratischen Ländern zurückzuführen waren. Sie nährten den

Geist des Mißtrauens und behinderten die Ausarbeitung einer schöpferischen Politik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprechend den historischen Bedingungen jedes Landes und dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis.

Die Parteiführung der SED, unterstützt von Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht, setzte den Bestrebungen L. P. Berijas, auch in der DDR solche Prozesse durchzuführen, entschieden und erfolgreich Widerstand entgegen. Seine Beauftragten wurden nicht in die DDR hereingelassen. Unter dem Einfluß des vom Imperialismus verschärften kalten Krieges und der genannten Prozesse in einigen volksdemokratischen Ländern kam es dennoch dazu, daß einige Mitglieder und führende Funktionäre der SED zu Unrecht beschuldigt wurden, in ihrer früheren Tätigkeit bestimmte Fehler begangen zu haben, und von ihren Funktionen entfernt oder wegen politischer Fehler strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden. Das Zentralkomitee der SED überprüfte später diese Beschuldigungen, hob die entsprechenden Beschlüsse auf und stellte fest, daß in einer Reihe von Fällen die Vergehen politischer Natur gewesen waren und eine strafrechtliche Verfolgung nicht gerechtfertigt hätten. Die Wiedereinsetzung in verantwortungsvolle Funktionen der SED und des Staates bedeutete die politische Rehabilitierung der betreffenden Mitglieder.

In ihrem kalten Krieg gegen die DDR stützten sich die Westmächte und die Bundesregierung vor allem auf das mitten in der DDR gelegene Westberlin. Nachdem sie die Viermächteverwaltung zerstört und Berlin gespalten hatten, bauten sie Westberlin systematisch zu einer „Frontstadt" gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten aus. Unter dem Schutz des imperialistischen Besatzungsregimes entstanden in Westberlin Dutzende von Spionage-, Sabotage- und Terrororganisationen, die Agentengruppen in der DDR aufbauten und diese unmittelbar anleiteten. An den Sektorengrenzen und auf dem der DDR unterstehenden S-Bahn- und Reichsbahngelände in Westberlin wurden fortgesetzt Provokationen verübt, um die Lage zu verschärfen und die Bevölkerung zu beunruhigen. Westberlin wurde zum „Schaufenster der freien Welt" gemacht und damit seine wirkliche Rolle verschleiert. Milliardenkredite und ein Strom von Gebrauchsgütern flossen nach Westberlin. Zu Lasten des westdeutschen Steuerzahlers wurden der Westberliner Wirtschaft zahlreiche Vergünstigungen gewährt und die Warenpreise niedriger als in Westdeutschland gehalten. Wechselstuben, Vergnügungsstätten, Film-

theater und Ladenstraßen schossen wie Pilze aus dem Boden. Ein ganzes System von marktschreierischer Reklame für die „westliche Lebensweise" und materieller Korrumpierung durch ein künstlich erzeugtes Gefälle zur Währung der DDR, ein System von skrupelloser Erpressung, moralischer Vergiftung und politischer Verdummung wurde gezüchtet, um in der Westberliner Bevölkerung eine „Frontstadtstimmung" zu erzeugen und Bürger der DDR anzulocken. Alle Angebote der SED, der Regierung der DDR und der Sowjetischen Kontrollkommission, friedliche Verhältnisse und normale Beziehungen herzustellen, wurden von den führenden Parteien des Senats, der CDU und der SPD, und ebenso von den Stadtkommandanten der westlichen Besatzungsmächte abgelehnt.

Der von den imperialistischen Kräften unter Ausnutzung der offenen Grenze gegen die DDR geführte kalte Krieg fügte den Werktätigen der DDR große materielle Verluste zu. Die antikommunistische Hetze, die Tag für Tag von den imperialistischen Rundfunkstationen, besonders vom RIAS, ausgestrahlt wurde und die auch über viele andere Kanäle in die DDR eindrang, hemmte die Entwicklung des Bewußtseins der Menschen, hinderte viele, zu erkennen, daß die Opfer und Entbehrungen beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung nicht dem Wesen des Sozialismus entsprangen, sondern daß die Hauptverantwortung dafür der Imperialismus trug. Dazu kam, daß die umfangreichen Mittel, die für die Entwicklung der Grundstoffindustrie und für andere Industriezweige, zur Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und für Reparationszahlungen erforderlich waren, zunächst die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung verlangsamten. Für die Verteidigung der DDR mußten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, die nicht im Fünfjahrplan vorgesehen waren.

Unter dem Einfluß des politischen, ökonomischen und ideologischen Druckes des Imperialismus verstärkten sich die Störungen, die vom kapitalistischen Sektor der Wirtschaft und in gewissem Maße auch vom Sektor der einfachen Warenproduktion ausgingen. Reaktionäre Elemente aus den Kreisen der Privatunternehmer und des kapitalistischen Großhandels, die auf eine Wiederherstellung des Kapitalismus hofften, suchten durch Steuer- und Warenhinterziehung, Spekulation und ähnliche Mittel den sozialistischen Aufbau zu schädigen. In der Versorgung der Bevölkerung traten größere Schwierigkeiten auf. Der massive Druck der imperialistischen Reaktion gab

ehemaligen Faschisten Auftrieb, verstärkte die Schwankungen in den kleinbürgerlichen Schichten und beeinflußte auch Teile der Arbeiterklasse. In der ersten Hälfte des Jahres 1953 stieg die Zahl der Bürger, die illegal die DDR verließen, relativ stark an.

Im sozialistischen Sektor der Wirtschaft bestanden ebenfalls noch größere Schwierigkeiten. Sie ergaben sich vor allem aus den noch bestehenden Disproportionen in der Volkswirtschaft und aus der noch nicht gelösten Rohstoffversorgung für die Industrie. Bei dem damals erreichten Stand der Produktion wirkten sich die mit der Spaltung Deutschlands zusammenhängenden Disproportionen besonders stark aus. Sie zu überwinden, erforderte große Investitionen. Wie gespannt die Lage war, zeigte sich darin, daß der Volkswirtschaftsplan für das erste Quartal 1953 nur zu 96,7 Prozent erfüllt wurde, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie lediglich zu 90 Prozent.

Unter Führung der SED wurden große Anstrengungen unternommen, die schwierigen Probleme des sozialistischen Aufbaus bei offener Grenze zum imperialistischen Weltsystem zu meistern und den raffinierten Methoden des Feindes wirksam zu begegnen. Dabei wurde auch versucht, bestimmte Probleme mit administrativen Maßnahmen zu lösen. Dies begünstigte Tendenzen, die geduldige Überzeugung zu vernachlässigen. Bei der Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wirkten sich solche Tendenzen besonders nachteilig aus. Bei der Ahndung von Verstößen gegen das sozialistische Eigentum, die unter dem Einfluß der imperialistischen Hetze zunahmen, wurde von den Justizorganen häufig die erzieherische Seite des sozialistischen Rechts nicht genügend beachtet. Die Justizorgane unterschieden nicht immer zwischen Feinden der Republik und solchen Werktätigen, die unter dem Druck des Gegners oder infolge zeitweiliger Schwierigkeiten gegen die Gesetze verstießen. Einige steuer- und lohnpolitische Maßnahmen zur Einschränkung der Ausbeutung in den privatkapitalistischen Betrieben führten zu einem Absinken der Erzeugung von Waren des Massenbedarfs und zur Schließung einiger volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe der Konsumgüterindustrie. Diese negativen Erscheinungen wurden genährt durch J. W. Stalins falsche These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus.

Der außerordentliche Druck des Gegners und die zeitweiligen besonderen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus führten zu Unzufriedenheit und Mißstimmung, besonders unter den kleinbürger-

lichen Schichten der Bevölkerung. Viele zweifelten an ihrer Zukunft im Sozialismus. Auch die Verbindungen der SED zu Teilen der Arbeiterklasse begannen sich zu lockern. Von den Imperialisten wurde das skrupellos dazu ausgenutzt, ihre Wühlarbeit gegen die DDR noch erheblich zu verstärken. Dabei spekulierten sie auch darauf, daß nach dem Tod J. W. Stalins am 5. März 1953 in den Reihen der KPdSU und der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien Verwirrung und Schwankungen auftreten würden und daß es möglich sein könnte, die Führung des Sowjetstaates zur „Preisgabe" der DDR zu zwingen.

So kam es, daß in dem schweren Ringen um die Überwindung der Folgen des Krieges, um die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR und im Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in der ersten Hälfte des Jahres 1953 in der DDR zeitweilig eine besonders schwierige Situation entstand. Aber die SED wich vor dem Druck des Imperialismus und den Schwierigkeiten beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht zurück. Mit Unterstützung der Führung der KPdSU legte das Zentralkomitee der SED eine Reihe politischer und ökonomischer Maßnahmen fest, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden. Vor allem ging es darum, die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen und die zeitweilig gelockerten Verbindungen zwischen der SED und Teilen der Arbeiterklasse sowie zwischen der Arbeiterklasse und den kleinbürgerlichen Schichten wieder zu stabilisieren. Die von der SED eingeleiteten Schritte fanden ihren Niederschlag in den Beschlüssen des Politbüros vom 9. Juni und des Ministerrats vom 11. Juni 1953. Es wurden Maßnahmen festgelegt, die im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und der Intelligenz, der Bauern, Handwerker und Einzelhändler einleiteten. Überspitzte Verordnungen, darunter der Entzug von Lebensmittelkarten für bestimmte Kategorien der Bevölkerung, wurden wieder rückgängig gemacht.

Die Beschlüsse der SED und der Regierung, damals als Politik des neuen Kurses bezeichnet, dienten dem Ziel, die Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken und die Generallinie der Partei noch erfolgreicher durchzuführen. Angesichts der reaktionären Entwicklung in Westdeutschland war es notwendig, den Kampf um die Einheit Deutschlands und gegen die imperialistischen Kriegsverträge zu verstärken. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war der Nachweis, daß der in der DDR beschrittene Weg des friedlichen

sozialistischen Aufbaus den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.

Im Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953 wurden jedoch die wirklichen Ursachen für die aufgetretenen Schwierigkeiten, vor allem die außerordentliche Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR, nicht genannt. Einige Feststellungen begünstigten die von den Gegnern der Arbeiter-und-Bauern-Macht verbreitete Auffassung, die schwierige Situation sei infolge von „Fehlern" der SED und der Regierung entstanden. Von den imperialistischen Feinden der DDR wurde das benutzt, um die Vorbereitungen für einen konterrevolutionären Putsch zu beschleunigen. Sie betrachteten die Erklärung des Politbüros als Zeichen der „Schwäche" der SED. In Wirklichkeit ging es ihnen darum, die in den Beschlüssen vom 9. und 11. Juni festgelegten Maßnahmen zu durchkreuzen, ehe sie voll wirksam werden konnten.

Die Imperialisten befürchteten, daß ihre Felle endgültig davonschwimmen, wenn die Friedenskräfte in der Welt und in Deutschland weitere Erfolge erringen. Sie beschlossen deshalb, den seit langem vorbereiteten „Tag X", den konterrevolutionären Putsch gegen die DDR, beschleunigt auszulösen. Die reaktionären Kreise in Westdeutschland sowie in den USA und anderen NATO-Staaten wollten die revolutionären Errungenschaften der Werktätigen der DDR beseitigen, ein konterrevolutionäres Regime errichten und im Herzen Europas einen neuen Kriegsherd schaffen.

Mitte Juni 1953 hielten sich der Chef des USA-Spionagedienstes, Allan W. Dulles, der durch seine barbarische Kriegführung in Korea berüchtigte amerikanische General Matthew B. Ridgeway, der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Otto Lenz, und andere reaktionäre westdeutsche Politiker und hohe Staatsbeamte, darunter mehrere Mitglieder des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in Westberlin auf. Sie trafen die letzten Vorbereitungen für den konterrevolutionären Putsch gegen die DDR. Bereits am 12. Juni hatten Vertreter der auf dem Territorium der DDR enteigneten Konzerne, darunter AEG und Siemens, Order erteilt, an allen Börsen Aktien ihrer ehemaligen Betriebe in der DDR aufzukaufen. 24 Stunden später setzte an den Börsen eine rege Nachfrage nach Aktien ehemaliger Konzernbetriebe in der DDR und anderen „Ostwerten" ein.

Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten der westlichen Geheim-

dienste und anderen gekauften Subjekten, die vor allem von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und in einige Bezirke der DDR eingeschleust wurden, in Berlin und in einer Reihe von Orten der Republik Teile der Werktätigen zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen zu verleiten. In allen Fällen versuchten die Gruppen von Provokateuren, die Führung der Demonstrationen zu übernehmen, banditenhafte Ausschreitungen zu organisieren und Schießereien zu provozieren. Sie wurden dabei von westdeutschen und Westberliner Rundfunkstationen, besonders vom RIAS, der wiederholt verschlüsselte Nachrichten sendete, direkt angeleitet. Zur gleichen Zeit fuhren amerikanische Panzer an der Staatsgrenze zur DDR in Bayern und Hessen sowie in Westberlin auf.

In Berlin und einigen anderen Städten drangen Horden von Provokateuren in Warenhäuser, Buchhandlungen, Büros demokratischer Organisationen und staatlicher Dienststellen ein, zerschlugen Fenster, Türen und Einrichtungen, legten Brände an und rissen Transparente und Fahnen der DDR und der Arbeiterbewegung herunter. Funktionäre der SED und der Massenorganisationen, Aktivisten und klassenbewußte Arbeiter wurden niedergeschlagen und mißhandelt. Einige erlagen ihren Verletzungen. Verurteilte Kriegsverbrecher, wie die ehemalige Kommandeuse des Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn, die aus den Gefängnissen herausgeholt wurden, riefen unter der Losung der „Freiheit" zum Mord an Partei- und Staatsfunktionären auf. Auf Kundgebungen stimmten ehemalige SS- und SA-Leute das Horst-Wessel-Lied an. Einige Provokateure wollten verletzte Personen selbst aus den Krankenhäusern herausholen, um sie „fertigzumachen". In Milzau, Kreis Merseburg, drangen Terroristen in das Kinderheim des Ortes ein und mißhandelten die anwesenden Lehrer und Erzieher. In Magdeburg ermordeten die Provokateure drei Mitarbeiter staatlicher Dienststellen, die den Putschisten entgegentraten.

Von faschistischen Banditen wurde der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, nach Westberlin verschleppt. Standhaft bekannte sich Otto Nuschke zur Arbeiter-und-Bauern-Macht und enthüllte vor den Journalisten der bürgerlichen Presse, die eine Sensation erhofft hatten, die Hintergründe des konterrevolutionären Putsches. Der Protest des sowjetischen Stadtkommandanten und der Druck der Öffentlichkeit erzwangen zwei Tage später die Freilassung Otto Nuschkes.

Der konterrevolutionäre Putsch war kein Mittel, um die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Die Initiatoren des Putsches schoben diese Absicht vor, um die Werktätigen zu verwirren. Ihre wahren Ziele offenbarten die Forderungen der Provokateure nach dem Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Beseitigung von Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.

Im Verlauf von 24 Stunden brach der konterrevolutionäre Putsch zusammen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen stand zur Arbeiter-und-Bauern-Macht und durchkreuzte die Pläne der Imperialisten. Nur eine Minderheit ließ sich zeitweilig von den Provokateuren zu konterrevolutionären Handlungen verleiten.

Das Zentralkomitee der SED mit seinem proletarischen Kern, geführt von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, sicherte die Einheit und Schlagkraft der Partei und der staatlichen Sicherheitsorgane. Die meisten Parteiorganisationen, vor allem in den Großbetrieben, bewiesen ihre Standhaftigkeit. Unter ihrer Führung wiesen die Hüttenwerker des Eisenhüttenkombinats Ost und der Eisenwerke West in Calbe, die Kumpel des Steinkohlen- und des Erzbergbaus und der Braunkohlenwerke, die Werktätigen der Großkokerei Lauchhammer, des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg und zahlreicher anderer Betriebe die Provokateure entschieden zurück. In einigen Betrieben schlossen sich Mitglieder der SED und die besten Gewerkschafter unter Führung der Betriebsparteiorganisationen zu Arbeiterwehren zusammen und schlugen die Putschisten in die Flucht. In vielen Fällen wurden die Rädelsführer von den Arbeitern dingfest gemacht und den Staatsorganen übergeben. Die entscheidende Form des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den faschistischen Putsch bestand darin – entgegen den „Generalstreik"-Parolen und allen Störversuchen des Feindes –, die Produktion in den Betrieben unter allen Umständen fortzusetzen. In mehreren Betrieben brachten die Arbeiter ihre Verbundenheit mit der SED und der Regierung durch bis dahin nicht erreichte Höchstleistungen zum Ausdruck. So gelang es den Kumpeln des Steinkohlenbergbaus, im Jahre 1953 zum ersten Mal seit 1945 den Plan zu erfüllen.

Durch die Ausschreitungen der Provokateure ernüchtert und von ihnen abgestoßen, verließen die meisten irregeführten Demonstranten nach wenigen Stunden die Straßen und begaben sich in ihre Wohnungen oder zurück in die Betriebe. Übrigblieben einige randalierende Horden gekaufter Subjekte. Sie ergriffen die Flucht, als Einheiten

der Sowjetarmee und der Kasernierten Volkspolizei eintrafen und die Verkehrszentren besetzten. Ein Teil der Putschisten konnte sofort verhaftet werden, andere wurden später in ihren Schlupfwinkeln aufgespürt, oder es gelang ihnen, sich zu ihren Auftraggebern nach Westberlin abzusetzen.

Die auf dem Territorium der DDR stationierten sowjetischen Truppen brachten durch ihr besonnenes und zugleich entschlossenes Auftreten die Absicht der aggressivsten Kreise des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren und diese als Anlaß für eine militärische Intervention zu benutzen, zum Scheitern. Sie retteten damit den Frieden, denn eine militärische Intervention amerikanischer Truppen oder westdeutscher bewaffneter Kräfte, die an der Grenze der DDR bereitstanden, hätte zu einem kriegerischen Zusammenstoß der beiden Weltmächte mit unabsehbaren Folgen führen können. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten die sowjetischen Truppen Seite an Seite mit der Kasernierten Volkspolizei und mit den Werktätigen der DDR den Provokateuren entgegen und fegten sie von der Bildfläche.

Die werktätigen Bauern, die überwiegende Mehrheit der Intelligenz, der Handwerker und Einzelhändler sowie der Privatunternehmer und Großbauern beteiligte sich nicht an konterrevolutionären Aktionen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Ebensowenig gelang es den Feinden der DDR, die Parteien des Demokratischen Blocks gegeneinander auszuspielen.

In machtvollen Demonstrationen, die in der letzten Juniwoche in zahlreichen Orten durchgeführt wurden, bekundeten Hunderttausende von Werktätigen ihre Verbundenheit mit Partei und Regierung. Sie verpflichteten sich, alles zu tun, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken und neue Provokationen der Imperialisten und ihrer Gefolgsleute im Keime zu ersticken. Besonders eindrucksvoll waren die Kundgebungen in der Hauptstadt der DDR. Dem Aufruf der Bezirksleitung der FDJ folgend, demonstrierten am 24. Juni mehrere tausend Jugendliche unter der Losung: „Der Regierung gehört unser Vertrauen! Nieder mit den Provokateuren!" Am 26. Juni brachten 70 000 Werktätige Berlins in zwei Großkundgebungen ihr Vertrauen zur Politik der SED und der Regierung der DDR zum Ausdruck.

Am 28. Juni wandte sich Präsident Wilhelm Pieck, der nach einer schweren Erkrankung zur Kur in der Sowjetunion weilte, in einem Telegramm an die Bevölkerung der DDR. Er dankte allen, die durch

ihren Einsatz den konterrevolutionären Putsch zunichte gemacht hatten, und forderte die gesamte Bevölkerung auf, sich eng um die Regierung zusammenzuschließen.

Durch seine Erkrankung war Wilhelm Pieck daran gehindert, seine verantwortungsvolle Tätigkeit als einer der Vorsitzenden der SED und als Präsident der DDR voll auszuüben. Er nahm jedoch, soweit es seine Kräfte zuließen, weiterhin aktiven und regen Anteil an der Lösung aller wesentlichen Fragen der Entwicklung der DDR und der SED.

Die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten widerlegte eindeutig alle Lügen der Imperialisten, daß es sich bei den Ereignissen am 17. Juni 1953 um einen „Volksaufstand" gehandelt habe, der durch die „Fehler" der SED hervorgerufen worden sei. Mit dieser Lüge sollten einerseits die wirklichen Initiatoren gedeckt sowie die Hintergründe und Ziele des faschistischen Putsches verschleiert und andererseits die SED und die Arbeiter-und-Bauern-Macht verleumdet werden.

Die Monopolherren und Militaristen in Westdeutschland und in den USA, die mit dem konterrevolutionären Putsch die deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht liquidieren wollten, erreichten das Gegenteil: Ihr weitverzweigtes Agentennetz trat an die Oberfläche und wurde weitgehend unschädlich gemacht. Ebenso scheiterte der Versuch der Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht, den friedlichen Entwicklungsweg der sozialistischen Revolution zu verhindern. Die SED, die anderen Blockparteien, die Massenorganisationen und der Staatsapparat bestanden eine Bewährungsprobe, aus der sie gestärkt hervorgingen. Die Arbeiterklasse und auch die anderen Schichten der Bevölkerung wurden um viele Erfahrungen reicher. Die Ausschreitungen der Putschisten hatten ihnen vor Augen geführt, daß sich hinter den wohlklingenden Phrasen der westdeutschen Regierungsparteien von „Einheit in Freiheit" und von der „Befreiung" der DDR in Wirklichkeit das blutige Haupt des Faschismus und des Krieges verbarg. Die Arbeiterklasse zog aus dem konterrevolutionären Putsch die Schlußfolgerung, die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen. Aus den im Kampf gegen die Provokateure entstandenen Arbeiterwehren wurden unter Führung der SED die bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse gebildet.

Der Politik des Klassengegners arbeitete die revisionistische Gruppe Zaisser-Herrnstadt in die Hände. Diese Gruppe verfiel unter dem

Druck des Gegners in Panik und trat in der Zeit des konterrevolutionären Putsches mit einer antimarxistischen Plattform gegen die Partei auf. Sie behauptete, daß die SED „entartet" und ihre Politik „in der Hauptrichtung fehlerhaft" gewesen sei, deshalb müsse die Partei „erneuert" und in eine „allgemeine Volkspartei" umgewandelt werden. Mit fraktionellen Methoden versuchte diese Gruppe, die Führung der SED und des Staates an sich zu reißen. Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser wurden von dem Feind der Sowjetmacht L. P. Berija unterstützt. Einige Mitglieder der Parteiführung der SED erschwerten durch versöhnlerisches Verhalten die Auseinandersetzung mit den Kapitulanten.

Die Gruppe Zaisser-Herrnstadt verkannte, daß die imperialistische Herrschaft in Westdeutschland um so mehr geschwächt wird, je umfassender die sozialistischen Gesetzmäßigkeiten in der DDR wirksam werden. Sie wollte den Aufbau des Sozialismus in der DDR hinauszögern, was zur Kapitulation vor den deutschen Imperialisten geführt hätte. In diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen, die die Verschärfung des Klassenkampfes zwischen der Arbeiterklasse und der imperialistischen Bourgeoisie widerspiegelten, siegte die proletarische, marxistisch-leninistische Linie der Partei, die fest in der Arbeiterklasse und in den Volksmassen verwurzelt war. Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser wurden wegen ihrer Fraktionstätigkeit aus der SED ausgeschlossen. Das Zentralkomitee zerschlug unter Leitung von Walter Ulbricht die Fraktion der Kapitulanten und festigte die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Dieser Sieg war ebenso wie der Sieg der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR über den konterrevolutionären Putsch von großer nationaler und internationaler Bedeutung. Er sicherte den weiteren Vormarsch des Sozialismus in Deutschland und die friedliche Zukunft der deutschen Nation.

Dem neuen Politbüro, das auf der 15. Tagung des Zentralkomitees gewählt wurde, gehörten an: Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Walter Ulbricht. Zu Kandidaten des Politbüros wurden Erich Honecker, Bruno Leuschner, Erich Mückenberger und Herbert Warnke gewählt. Walter Ulbricht wurde einstimmig zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED gewählt.

Auf seiner 14., 15. und 16. Tagung im Juni, Juli und September 1953 verallgemeinerte das Zentralkomitee der SED die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR seit der 2. Parteikonferenz

und arbeitete die Politik des neuen Kurses weiter aus.[160] Die Partei gab eine umfassende marxistisch-leninistische Analyse der Ziele und Hintergründe des konterrevolutionären Putsches. Sie wies nach, daß die Ereignisse in der DDR unmittelbar mit der Entwicklung der internationalen und nationalen Lage zusammenhingen. Die aggressivsten Kräfte in Westdeutschland und in den USA hatten zu den abenteuerlichsten Mitteln gegriffen, um den Vormarsch der Friedenskräfte aufzuhalten. Sie wollten den Kriegsbrand, den die Völker der Welt in Korea eben austraten, mit Hilfe des Brückenkopfes Westberlin nach Deutschland werfen. Dieser Versuch scheiterte. Die exakte Einschätzung der Situation und der Ursachen für die in der DDR zeitweilig aufgetretenen besonderen Schwierigkeiten war zugleich eine Korrektur einiger fehlerhafter Thesen des Kommuniqués des Politbüros vom 9. Juni 1953.

Auf der 14., 15. und 16. Tagung des Zentralkomitees analysierte die Parteiführung die bisherige Politik der SED. Sie stellte fest, daß die Generallinie der Partei richtig war. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", hieß es im Beschluß der 15. Tagung des Zentralkomitees, „hat in ihrer kurzen Geschichte große historische Erfolge errungen. Gestützt auf die nach jahrzehntelangem Ringen erkämpfte Einheit der Arbeiterklasse, hat unsere Partei in führender Position einen neuen, demokratischen Staat errichtet, in dem die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzt. Sie hat den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung eingeleitet, in der für kapitalistische Ausbeutung kein Platz mehr ist... Unsere Partei hat sich in Deutschland an die Spitze des Kampfes um die Erhaltung des Friedens gestellt, sie hat die Initiative zur Bildung der großen patriotischen Bewegung für die Einheit Deutschlands ergriffen... Diese Politik unserer Partei war völlig richtig. Sie hat bewiesen, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die wahre nationale Partei des deutschen Volkes ist."[161] Mit diesen Feststellungen wandte sich die Parteiführung zugleich gegen eine „Fehler"diskussion, die feindliche und schwankende Elemente der SED und der Bevölkerung aufzwingen wollten, um sie vom Kampf für die Einheit Deutschlands und vom Aufbau des Sozialismus in der DDR abzulenken.

Das Zentralkomitee überprüfte die Erfüllung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED und untersuchte die Rolle der einzelnen

160 Dokument Nr. 66 u. 68.

161 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 466.

Bevölkerungsschichten beim sozialistischen Aufbau. Es hob hervor, daß die Hauptaufgabe der Partei in der festen Gewinnung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse besteht. Deshalb müsse allen Arbeitern – und nicht, wie es bisher oft geschehen war, nur der Vorhut der Arbeiterklasse – unermüdlich die Richtigkeit der Politik der Partei erklärt werden. Gleichzeitig gelte es, solche Methoden und Formen herauszufinden, die alle gesellschaftlichen Kräfte in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen.

Mit ihren Beschlüssen wies die SED der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen den Ausweg nach vorn. Die vom Zentralkomitee festgelegten Maßnahmen zielten darauf ab, die Generallinie der Partei wirksamer durchzuführen. Vor allem ging es darum, die Probleme des schrittweisen Übergangs zum Sozialismus systematisch auszuarbeiten und zu lösen. Durch ihre kühne und konsequente Politik erwies sich die SED erneut als wirklich revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und des Volkes.

Entgegen den Hoffnungen der Imperialisten, die SED durch den konterrevolutionären Putsch zu einer Änderung ihrer Politik zwingen zu können, wurden die von Partei und Regierung am 9. und 11. Juni beschlossenen Maßnahmen konsequent verwirklicht. Allein für die in den ersten Wochen nach dem Beschluß des Politbüros vom 9. Juni getroffenen Maßnahmen zur schnelleren Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen wurden 2,7 Milliarden DM bereitgestellt. Der Warenumsatz im Einzelhandel und die Einzelhandelspreise erreichten bereits Ende 1953 den für Ende 1955 vorgesehenen Stand. Durch die Fortschritte beim Aufbau des Hüttenwesens und des Schwermaschinenbaus waren wesentliche Voraussetzungen für die raschere Steigerung der Konsumgüterproduktion und die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen geschaffen worden.

Bei der Überwindung der Disproportionen und zeitweiligen Schwierigkeiten in der Entwicklung der Volkswirtschaft wurde die DDR tatkräftig von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten unterstützt. Im August 1953 fanden die bis dahin bedeutendsten Verhandlungen zwischen einer Regierungsdelegation der DDR, der unter anderen Ministerpräsident Otto Grotewohl und die stellvertretenden Ministerpräsidenten Lothar Bolz, Hans Loch, Otto Nuschke und Walter Ulbricht angehörten, und der Sowjetregierung in Moskau statt.[162] Es wurden folgende wichtige Vereinbarungen ge-

[162] Dokument Nr. 67.

troffen: Die Regierung der UdSSR verzichtete in Übereinstimmung mit der Regierung der Volksrepublik Polen auf die noch zu zahlenden Reparationen in Höhe von 2537 Millionen Dollar; mit Wirkung vom 1. Januar 1954 wurden die letzten 33 SAG-Betriebe an die Regierung der DDR übergeben, darunter die Leuna-Werke „Walter Ulbricht", die Chemischen Werke Buna, die Magdeburger Maschinenbaubetriebe „Ernst Thälmann", „Karl Liebknecht" und „Georgi Dimitroff", die Filmfabrik Agfa Wolfen, die Elektro-Apparate-Werke in Berlin-Treptow. Insgesamt kamen dadurch der Volkswirtschaft der DDR 13,5 Milliarden DM zugute. Das war die umfangreichste materielle Hilfeleistung, die die UdSSR der DDR seit ihrer Gründung gewährte. Die Sowjetunion erklärte sich außerdem bereit, der DDR einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel zu gewähren und zusätzlich zum geltenden Handelsabkommen Waren im Werte von fast 600 Millionen Rubel in die DDR zu liefern, darunter Lebensmittel, Steinkohle, Walzwerkserzeugnisse und Baumwolle.

Obwohl 1953 die KPdSU und die Sowjetregierung gerade große Anstrengungen unternahmen, um das Zurückbleiben der Landwirtschaft gegenüber der Entwicklung in der Industrie zu überwinden, und obwohl bei der Versorgung der Industriezentren mit Lebensmitteln und der Konsumgüterindustrie mit Rohstoffen noch größere Schwierigkeiten bestanden, lieferte die UdSSR die zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur schnellen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung der DDR notwendigen Waren, und zwar ohne sofortige Gegenleistung. Das war ein großartiges Beispiel des sozialistischen Internationalismus, an dem alle Provokationen der Imperialisten scheitern mußten. Die KPdSU, die durch die Entfernung L. P. Berijas und seiner Komplicen im Juli 1953 bedeutend erstarkt war, betrieb eine zielstrebige Politik zur Festigung des Freundschaftsbundes der sozialistischen Länder.

Die Hilfe der UdSSR für die Werktätigen der DDR war jedoch nicht nur materieller Natur. Im August und November 1953 besuchten zwei sowjetische Arbeiterdelegationen zahlreiche Betriebe in der DDR und berichteten von ihren reichen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Diese Aussprachen stärkten das Vertrauen vieler Arbeiter der DDR in ihre eigene Kraft, festigten ihr Klassenbewußtsein und die Freundschaft zu den Werktätigen der Sowjetunion.

Die von Partei und Regierung im Juni und Juli 1953 beschlossenen

Maßnahmen konnten nur in die Tat umgesetzt werden, wenn die politisch-ideologische Erziehung der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse verstärkt wurde. Der wichtigste Schritt auf innerparteilichem Gebiet war die von der 16. Tagung des Zentralkomitees beschlossene Bildung von Parteiaktivs durch die Parteileitungen, in denen die besten Kader der Partei, vor allem Arbeiter aus der Produktion, regelmäßig über die grundlegenden Fragen der Parteiarbeit beraten sollten. Die meisten Parteiaktivisten hatten einen ständigen oder zeitweiligen Parteiauftrag. Die Parteiaktivs wurden zur wichtigsten Kaderreserve der Leitungen. Mit ihrer Hilfe wurde das theoretische und ideologische Niveau der Parteiarbeit erhöht und die Kampfkraft der Partei gestärkt.

In den Mittelpunkt der politisch-ideologischen Arbeit rückte die Parteiführung die Klärung der Rolle der Arbeiterklasse und der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern sowie die Auseinandersetzung mit den noch weit verbreiteten opportunistischen Auffassungen. Die Erfahrungen des Kampfes gegen den konterrevolutionären Putsch hatten erneut bewiesen, daß in der damaligen Situation der Revisionismus die Hauptgefahr in der Arbeiterbewegung war. In den Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus schloß sich die Partei enger um das Zentralkomitee zusammen. Sie entfernte opportunistische, schwankende Elemente aus ihren Reihen und erzielte bei den Parteimitgliedern, in der Arbeiterklasse und bei vielen anderen Werktätigen größere Klarheit über die Grundfragen des Kampfes um Frieden, nationale Einheit und Sozialismus. Die SED verstärkte besonders ihre Arbeit in den Betrieben. Sie stellte den Grundorganisationen die Aufgabe, die Verbundenheit mit der Arbeiterklasse zu festigen. In die Leitungen sollten vor allem solche Parteimitglieder gewählt werden, die sich bei der Abwehr des Putsches hervorragend bewährt hatten.

Eine wertvolle Hilfe in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und bei der Klärung der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei waren die Thesen „50 Jahre KPdSU", die im Juli 1953 vom Zentralkomitee der KPdSU veröffentlicht worden waren, sowie die im Dezember 1953 von der Abteilung Propaganda des Zentralkomitees der SED, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED herausgegebenen Thesen „35 Jahre KPD".

Die Thesen „50 Jahre KPdSU" hoben die überragenden Leistungen W. I. Lenins bei der Weiterentwicklung des Marxismus und bei

der Führung der Partei und des Sowjetstaates hervor, betonten das leninistische Prinzip der Kollektivität der Leitung und verurteilten den Personenkult, der zur Herabminderung der Rolle der Partei und ihres leitenden Zentrums sowie zur Einschränkung der schöpferischen Aktivität der Volksmassen führt. In den Thesen „50 Jahre KPdSU" bekannte sich das Zentralkomitee der KPdSU zu dem Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz der beiden Weltsysteme und lenkte die Hauptaufmerksamkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Die Diskussion dieser Thesen half der SED, ihre Verbindungen zur Arbeiterklasse und zu den anderen werktätigen Schichten weiter zu festigen, Erscheinungen des Dogmatismus wirksamer zu bekämpfen und die Parteimitglieder noch enger um die bewährte kollektive Führung der SED zusammenzuschließen.

In den Thesen „35 Jahre KPD" wurde nachgewiesen, daß mit der Gründung der KPD in den Stürmen der Novemberrevolution der Grundstein zu einer marxistischen Partei nach dem Vorbild der von W. I. Lenin geschmiedeten Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B) gelegt wurde. Die KPD „setzte das große Werk von Marx und Engels fort. Sie war die Erbin aller revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und verkörperte in sich alles Edle und Gute, alles Fortschrittliche und Revolutionäre unserer Nation."[163] In den Thesen „35 Jahre KPD" wurde hervorgehoben, daß die Partei nur siegen kann, wenn sie sich von der unbesiegbaren Lehre des Marxismus-Leninismus leiten läßt. Die Verbreitung der Wahrheit über die Geschichte der KPD, der Vorhut des deutschen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, stärkte das Klassenbewußtsein der Arbeiter und den Stolz auf ihre revolutionären Traditionen und befähigte die SED, noch entschiedener gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus und gegen den Opportunismus zu kämpfen.

In dieser Zeit entstand auch das nach dem Text von Kuba von Eberhard Schmidt komponierte „Thälmann-Lied". Seine Worte kündeten von dem Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiter, die ihren eigenen Staat geschaffen hatten, und von ihrer Verbundenheit mit Leben und Werk des hervorragenden Arbeiterführers Ernst Thälmann:

163 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. V, Berlin 1956, S. 8.

„Heimatland, reck deine Glieder,
kühn und beflaggt ist das Jahr.
Breit in den Schultern steht wieder
Thälmann vor uns, wie er war.
Thälmann und Thälmann vor allen!
Deutschlands unsterblicher Sohn –
Thälmann ist niemals gefallen –
Stimme und Faust der Nation.

Maßlos gequält und gepeinigt,
blieb er uns treu und hielt stand.
In seinem Namen geeinigt,
kämpf' um dein Leben, mein Land!

Daß ihre Waffen zerbrechen,
schirmen wir Brücke und Wehr,
geben der Welt das Versprechen,
standhaft zu bleiben wie er.

Träumen und drängen und bauen –
wird auch der Rhein wieder frei,
brechen den Feinden die Klauen,
Thälmann ist immer dabei."

In Verbindung mit dem ideologischen Kampf zur Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse wurden auf Initiative der SED und der Gewerkschaften solche Bedingungen geschaffen, die es den Arbeitern erleichterten, sich stärker ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der sozialistischen Wirtschaft bewußt zu werden und aktiver daran mitzuwirken. Die wichtigste Maßnahme in dieser Hinsicht war die „Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften"[164] vom 10. Dezember 1953. Den Gewerkschaften wurden weitere Rechte und Möglichkeiten eingeräumt, um die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen und die für die Arbeiter und Angestellten erlassenen Gesetze und Verordnungen wirksamer zu kontrollieren. Die Betriebsleitungen sollten regelmäßig auf Belegschaftsversammlungen über die Erfüllung der Kollektivverträge berichten. Alle Ministerien wurden verpflichtet, die Einhaltung der Kollektivverträge zu kontrollieren

[164] Dokument Nr. 71.

und die Ergebnisse der Überprüfung regelmäßig in den Kollegien zu behandeln. Das Gesetz sah umfassende Maßnahmen vor zur Förderung der Wettbewerbsbewegung und zur Qualifizierung der Werktätigen. Des weiteren sollten der Arbeitsschutz und die sanitären Einrichtungen verbessert sowie das Wohnungsbauprogramm gefördert werden. Außerdem wurden Zusatzrenten für Arbeiter in volkseigenen Betrieben beschlossen und die Tarifsätze in einigen Lohngruppen erhöht. Nach dem Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 war diese Verordnung der wichtigste Schritt bei der Ausarbeitung eines sozialistischen Arbeitsrechts.

Durch ihre entschlossene Politik und die offene Korrektur von Überspitzungen festigte die Partei die zeitweilig gelockerten Verbindungen zur Arbeiterklasse. Viele Arbeiter, die den Provokateuren gefolgt waren, erkannten, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatten. Mehr und mehr setzte sich in der Arbeiterklasse und in anderen Bevölkerungsschichten die Erkenntnis durch, daß es von ihnen selbst, vor allem von ihren Leistungen in der Produktion abhängt, ob die Löhne und Renten steigen, ob mehr, bessere und billigere Waren angeboten und die Städte und Dörfer schöner werden.

Die Weberin Frida Hockauf aus dem VEB Mechanische Weberei Zittau, dem größten Webereibetrieb der Republik, gab den Anstoß zu einer neuen Massenbewegung der Arbeiterklasse, die von großer Bedeutung für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und für die Überwindung der damaligen Schwierigkeiten war. Genossin Frida Hockauf verpflichtete sich auf einer Gewerkschaftsaktivtagung am 29. September 1953, im Oktober 10 Meter, im November 15 Meter und im Dezember 20 Meter Stoff bester Qualität über ihren persönlichen Plananteil hinaus zu weben. Ihre Verpflichtung begründete sie mit den Worten: „Wie schnell das Tempo der Verwirklichung des neuen Kurses sein wird, hängt von uns Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ab. So wie wir Werktätigen heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein."[165]

Frida Hockauf, die ihre Arbeit gut organisierte und die Arbeitszeit gewissenhaft ausnutzte, erreichte ihr selbstgestelltes Ziel bereits am 10. Dezember 1953. Die Werktätigen ehrten die vorbildliche Tat Frida Hockaufs und wählten sie im Jahre 1954 in das höchste Machtorgan der DDR, in die Volkskammer.

Die Initiative Frida Hockaufs löste einen neuen Aufschwung des

[165] Tribüne (Berlin), 1. Oktober 1953.

sozialistischen Wettbewerbs aus. Die Hockauf-Bewegung hatte nicht nur ökonomische, sondern gleichzeitig große politisch-ideologische Bedeutung. Sie drückte die Erkenntnis aus, daß unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Verbesserung des Lebens davon abhängt, wie gearbeitet wird. Die Worte „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" wurden zur populärsten Losung in der Zeit des ersten Fünfjahrplans; sie richteten sich direkt gegen die feindliche Hetze, langsam zu arbeiten und die Produktion zu sabotieren.

Von der Tat Frida Hockaufs angespornt, wandte sich die Belegschaft des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" in Schwarza (Thüringen) auf Initiative der Betriebsparteiorganisation der SED im Oktober 1953 mit einem Wettbewerbsaufruf an alle Werktätigen in den volkseigenen Betrieben.[166] Das Jahr 1954 sollte zum „Jahr der großen Initiative" werden. Die Belegschaft erklärte, daß es darauf ankomme, durch höhere Produktionsleistungen in jedem Betrieb die DDR zu stärken, den Frieden zu verteidigen und den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten in Westdeutschland zu führen.

Die Initiative Frida Hockaufs und der Aufruf der Werktätigen des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" in Schwarza zeigten den Weg, wie die damaligen Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau in der DDR beseitigt und die Lebensbedingungen des Volkes schneller verbessert werden konnten. Die von ihnen ausgelöste Bewegung trug dazu bei, die Stimmungen des Abwartens und des Unglaubens an die eigene Kraft zu überwinden, denen auch Arbeiter und selbst Mitglieder der SED infolge des anhaltenden Druckes der Imperialisten erlegen waren.

Während die reaktionären Kräfte der imperialistischen deutschen Bourgeoisie ihre konterrevolutionären Ziele gegen die DDR nicht erreicht hatten, gelang es ihnen, ihre Positionen in Westdeutschland weiter zu festigen.

Am 6. September 1953 fanden in Westdeutschland die Wahlen zum zweiten Bundestag statt. Sie brachten beträchtliche Stimmengewinne für die reaktionären Kräfte. Die führende Regierungspartei, die CDU/CSU, konnte ihren Stimmenanteil von 31 Prozent im Jahre 1949 auf 45,2 Prozent erhöhen. Die SPD blieb mit 28,8 Prozent zwar die zweitstärkste Partei, doch ihre Erwartungen auf einen Wahlsieg wurden bitter enttäuscht. Die KPD erhielt mehr als 600 000 Stimmen, das waren 2,2 Prozent. Infolge des undemokratischen Wahlgesetzes,

[166] Dokument Nr. 70.

das nur Parteien mit mehr als 5 Prozent der Stimmen für den Bundestag zuließ, war sie nicht mehr im westdeutschen Parlament vertreten.

Nach den Septemberwahlen kam ein Bundestag zustande, in dem die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, der Militaristen und Revanchisten noch stärker als im früheren Bundestag den Ton angaben. Die CDU/CSU verfügte jetzt zusammen mit ihren Koalitionspartnern – FDP, BHE, DP – nicht nur über die absolute Mehrheit wie bisher, sondern über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Nach der Ausschaltung der KPD war im Bundestag keine echte Oppositionspartei mehr vertreten. Die neue Regierung unter Leitung von Konrad Adenauer entsprach dem reaktionären Bundestag. Sie setzte sich aus typischen Monopolvertretern wie Konrad Adenauer, Franz Blücher und Ludwig Erhard, übel beleumdeten Nazis und Revanchisten wie Waldemar Kraft, Theodor Oberländer, Hans-Christoph Seebohm und reaktionären Scharfmachern wie Franz-Josef Strauß zusammen.

Der CDU/CSU war es gelungen, auf Grund einer Reihe konjunkturbedingter wirtschaftlicher Erfolge und durch eine demagogische Friedenspropaganda von ihren aggressiven und revanchistischen Zielen abzulenken und die Bevölkerung zu verwirren.

Eine wesentliche Rolle bei der Ausdehnung des Einflusses der Reaktion spielte die Nachkriegskonjunktur, die von der CDU/CSU als „Wirtschaftswunder" und als Resultat ihrer angeblich vorausschauenden Politik ausgegeben wurde. Auch bei den Bundestagswahlen 1953 genoß die CDU/CSU die volle Unterstützung des deutschen Monopolkapitals. In einem „Unternehmerbrief", der als vertrauliches Material den Unternehmern zugestellt wurde, hieß es, man müsse „dafür sorgen, daß eine nichtsozialistische Partei die größte Partei wird und damit den Vorrang hinsichtlich des Auftrags für die Regierungsbildung hat. Es genügt nicht, daß die die bisherige Regierung tragenden Parteien insgesamt ihren bisherigen Stand halten."[167] Die bisherige Politik der CDU/CSU als Hauptpartei des deutschen Monopolkapitals wurde durch außergewöhnlich hohe finanzielle Zuwendungen von diesem gebührend honoriert. Das ermöglichte es der CDU/CSU, eine Wahlpropaganda zu betreiben, die in ihrem Ausmaß und in ihren Methoden der Hitlerpropaganda ähnlich war. Außerdem nutzte die CDU/CSU den Staatsapparat, seine Macht- und Propagandamittel rücksichtslos für ihre Zwecke aus. Die alten militaristischen, nationalistischen und faschistischen Kräfte, die in zahl-

[167] Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts (Köln), 1953, Nr. 35.

reichen, teilweise halbmilitärischen Organisationen zusammengefaßt waren, wie dem Stahlhelm und verschiedenen Traditionsverbänden, konzentrierten sich auf die Unterstützung der Partei Konrad Adenauers. Mit Hilfe der katholischen Kirche und protestantischer Kirchenführer konnte sich die CDU/CSU in den christlich gesinnten kleinbürgerlichen Schichten eine Massenbasis schaffen und auch bei Arbeitern Einfluß gewinnen. Hinzu kam, daß die amerikanische Besatzungsmacht während des Wahlkampfes offen zugunsten der CDU/CSU eingriff.

Die SPD lehnte zwar Generalvertrag und EVG ab; sie bot jedoch keine wirkliche Alternative zur bisherigen Regierungspolitik. Die Führung der SPD war sich mit den Regierungsparteien einig in einem hemmungslosen Antikommunismus, in der Ablehnung jeder Verständigung mit der DDR und in der außenpolitischen Orientierung auf die imperialistischen Westmächte. Die antikommunistische Politik der sozialdemokratischen Führung arbeitete faktisch den Regierungsparteien in die Hände und erwies sich letzten Endes als Bumerang für die SPD, denn diese konnte nur mit Mühe ihre alten Positionen halten und war nach den Wahlen einem verstärkten Druck der triumphierenden Reaktion ausgesetzt.

Die KPD setzte sich im Wahlkampf unerschütterlich für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch gesamtdeutsche Beratungen und den Abschluß eines Friedensvertrages ein. Sie trat der Wahldemagogie der CDU/CSU mutig entgegen und kämpfte für die Sammlung aller Gegner der Politik Konrad Adenauers, besonders für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Kampf der Kommunisten war sehr schwer. Sie sahen sich einem geschlossenen antikommunistischen Block gegenüber. Vor und während des Wahlkampfes steigerten Staatsapparat und Regierungsparteien den Terror gegen die KPD. Durch Versammlungsverbote, Beschlagnahme von Wahlmaterial, Verhaftungen und Verurteilungen und durch den Einsatz von Schlägerkolonnen wurde die KPD bei der Aufklärung der Bevölkerung behindert. Die Zunahme der Republikflucht in der ersten Hälfte des Jahres 1953, die zeitweiligen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR und besonders der konterrevolutionäre Putsch vom 17. Juni wurden von den Regierungsparteien, dem reaktionären Klerus und Führern der SPD und der Gewerkschaften hemmungslos dazu ausgenützt, eine zügellose Pogromhetze gegen die KPD zu entfalten. Mit der Lüge vom „Volksaufstand in der Sowjet-

zone" gelang es ihnen, beträchtliche Teile der Bevölkerung zu verwirren und in eine antikommunistische Frontstellung zu drängen. Einige Kommunisten wichen vor diesem Druck zurück und vertraten die Meinung, daß man sich nicht offen zur DDR bekennen solle.

Die Regierungsparteien und Führer der SPD buchten es als einen Erfolg, daß dem Bundestag kein Kommunist mehr angehörte. Während der vorangegangenen vier Jahre hatten die Abgeordneten der KPD mutig und prinzipienfest gegen die Politik der Spaltung Deutschlands und der Remilitarisierung Westdeutschlands gekämpft. Sie hatten große Anstrengungen unternommen, die Interessen aller Werktätigen zu vertreten und die Arbeiterklasse für die Aktionseinheit zu gewinnen. Das Auftreten der Fraktion der KPD hatte die Regierung nicht selten in Schwierigkeiten gebracht und geholfen, die antinationale und gefährliche Adenauer-Politik vor der Weltöffentlichkeit zu enthüllen.

Die Bundesregierung und die CDU/CSU nutzten den Wahlerfolg dazu, die reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele der herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals weiter zu verfolgen. In seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 forderte Konrad Adenauer das beschleunigte Inkrafttreten der Verträge von Bonn und Paris und erklärte erneut, daß es keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gebe als den über die „Integration Europas", das heißt über die Aufrüstung Westdeutschlands und die Politik des militärischen Druckes. Die Oder-Neiße-Grenze lehnte Konrad Adenauer abermals entschieden ab. Er kündigte die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik an, die im Interesse der Monopole lag, und verlangte von den Gewerkschaften, sie sollten sich der Politik der Bundesregierung stärker anpassen. Die herrschenden Kreise nahmen Kurs auf den beschleunigten Ausbau der Bundesrepublik zu einem klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat.

„Der Wahlausgang vom 6. September", hieß es in einer Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD, „wird die Lage in Deutschland und in Europa nicht entspannen, sondern verschärfen. Der Wahlausgang erschwert die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands."[168] Die KPD rief alle Adenauer-Gegner auf, sich nicht beirren zu lassen, sondern für den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte einzutreten und gemeinsam mit der DDR die aggressiven Kräfte zu zügeln.

168 Unser Tag (Ludwigshafen), 10. September 1953.

Der erfolgreiche Abschluß des ersten Fünfjahrplans. Der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus (1954/1955)

1. Der IV. Parteitag der SED

Durch den Vormarsch der Reaktion in Westdeutschland wurde der Graben zwischen den beiden deutschen Staaten weiter vertieft. Andererseits sahen sich die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik, in den USA und in anderen imperialistischen Ländern angesichts des zunehmenden Erstarkens der Friedenskräfte, besonders der Sowjetunion, wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Am 27. Juli 1953 wurde in Korea ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Der konterrevolutionäre Putsch gegen die DDR war zusammengebrochen. Im Sommer 1953 wurde bekannt, daß es der Sowjetunion gelungen war, erstmals eine transportable Kernsynthesewaffe, die Wasserstoffbombe, zu entwickeln. Jahrelang hatten die amerikanischen Imperialisten ihren Vorsprung auf dem Gebiet der nuklearen Waffen benutzt,

um den kalten Krieg zu schüren. Nachdem die Sowjetunion diesen Vorsprung eingeholt hatte, ergaben sich neue Möglichkeiten für eine internationale Entspannung.

Am 4. August 1953 schlug die Regierung der UdSSR den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA in einer Note vor, eine Außenministerkonferenz der vier Mächte einzuberufen, die unter anderem Fragen der Rüstungsbeschränkung und des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages behandeln sollte. In den folgenden Monaten unterbreitete die Sowjetregierung weitere Vorschläge zur friedlichen Regelung der Deutschlandfrage. Die sowjetischen Vorschläge fanden ein weltweites Echo. Immer nachdrücklicher forderten die Völker, internationale Streitfragen auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen und die in verschiedenen Teilen der Welt noch schwelenden Kriegsbrände zu löschen. Unter diesen Umständen waren die Regierungen der Westmächte gezwungen, dem Vorschlag der Sowjetunion zuzustimmen, eine Konferenz der Außenminister einzuberufen.

In dieser Situation ergriffen die Volkskammer und die Regierung der DDR erneut die Initiative, um einer Annäherung der beiden deutschen Staaten den Weg zu bahnen. Am 26. August 1953 erklärte sich die Volkskammer bereit, „gemeinsam mit dem Parlament der westdeutschen Bundesrepublik eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die die Vorbereitungen für die Abhaltung allgemeiner, freier deutscher Wahlen sofort in Angriff nehmen“[169] sollte. Drei Monate darauf, am 25. November 1953, unterbreitete Walter Ulbricht der Bundesregierung im Namen der Regierung der DDR den Vorschlag, sofort Verhandlungen aufzunehmen über die Erweiterung des innerdeutschen Handels, über die Regelung des Personenverkehrs, über Stärke, Bewaffnung, Standorte und Aufgaben der Polizeikräfte sowie über die Verbreitung deutscher Bücher, Zeitschriften, Filme und anderer künstlerischer Erzeugnisse in ganz Deutschland. In einer Erklärung vom 16. Dezember 1953 forderte die Regierung der DDR die Teilnahme von Vertretern der beiden deutschen Staaten an den Beratungen über die deutsche Frage auf der geplanten Außenministerkonferenz.

Regierung und Volkskammer der DDR stellten in ihren Angeboten an die Bundesregierung und den Bundestag keinerlei Vorbedingungen und zeigten sich zu einem Kompromiß im Interesse des Friedens und der deutschen Nation bereit. Alle Verständigungsvorschläge wurden

[169] Neues Deutschland (B) (Berlin), 27. August 1953.

jedoch von der Bundesregierung und den Westmächten abgelehnt oder ignoriert.

Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA tagte vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin. Die Regierung der Sowjetunion unterbreitete der Konferenz in voller Übereinstimmung mit der Regierung der DDR ein klarumrissenes Programm zur Regelung der nationalen Probleme des deutschen Volkes. Sie schlug vor, beschleunigt einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und zu diesem Zweck im Herbst 1954 eine Friedenskonferenz einzuberufen. Es sollte eine gesamtdeutsche Regierung gebildet und in ganz Deutschland eine Volksabstimmung über die Frage „Friedensvertrag oder EVG-Vertrag" durchgeführt werden. Als Alternative zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft empfahl die Sowjetregierung den Abschluß eines Gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa. Die imperialistischen Westmächte lehnten jedoch alle diese Vorschläge ab. Sie hielten nach wie vor an dem irrealen Projekt fest, über die Aufrüstung der Bundesrepublik die Herrschaft des Monopolkapitals auch auf die DDR auszudehnen und ein auf diese Weise „wiedervereinigtes" Deutschland dem NATO-Pakt anzuschließen.

Die Verhandlungen der Berliner Außenministerkonferenz über die Deutschlandfrage waren trotz der ablehnenden Haltung der Westmächte nicht vergeblich. Sie bestätigten erneut, daß die Wiedervereinigung Deutschlands vor allem vom deutschen Volk selbst abhängt und nur durch eine Verständigung der Vertreter beider deutscher Staaten möglich ist. Erneut wurde sichtbar, daß eine demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands die Beseitigung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages voraussetzte. Nationale Wiedervereinigung und Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland schlossen einander aus. Es bestätigte sich, daß die deutsche Frage nur durch Verhandlungen gelöst werden kann. Andererseits zeigte sich die Haltlosigkeit der imperialistischen These, die EVG-Politik sei der einzig mögliche und schnellste Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands. Die Ergebnisse der Berliner Außenministerkonferenz offenbarten, daß sich weder die Sowjetunion noch die DDR von dieser Konzeption, die auf der „Politik der Stärke" beruhte, erpressen ließen.

Am 25. März 1954 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Erklärung über die Beziehungen der UdSSR zur Deutschen Demo-

kratischen Republik.[170] Die DDR erhielt das Recht, „nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden"[171]. Die Funktionen des Hohen Kommissars wurden auf diejenigen beschränkt, die mit der Gewährleistung der Sicherheit und den Fragen in Zusammenhang standen, die sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte ergaben. Im August des gleichen Jahres hob die Regierung der UdSSR alle von der SMAD und später von der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1953 erlassenen Befehle und Anordnungen auf. Die DDR erhielt damit ihre volle staatsrechtliche Souveränität. Im Gegensatz zur Bundesrepublik war sie frei von allen Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden und frei von jeglicher Einmischung ausländischer imperialistischer Mächte in ihre inneren Angelegenheiten. Durch diesen Schritt der Sowjetunion festigte sich die internationale Stellung der DDR.

Nachdem offenkundig geworden war, daß die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus das Haupthindernis für die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands bildete und daß die Wiedervereinigung Deutschlands vor allem vom deutschen Volk abhing, kam es darauf an, alle Kräfte dafür anzuspannen, die Verträge von Bonn und Paris in letzter Stunde zu Fall zu bringen. Es war notwendig, ein Programm für die nationale Wiedervereinigung eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands, das gleichberechtigt der europäischen Völkergemeinschaft angehört, auszuarbeiten, ein Programm, das geeignet war, alle Gegner des deutschen Militarismus – von der Arbeiterklasse bis ins Bürgertum – zusammenzuschließen.

Die Ausarbeitung eines solchen Programms war die Hauptaufgabe des IV. Parteitages der SED, der vom 30. März bis 6. April 1954 in Berlin tagte.

Am IV. Parteitag der SED nahmen 1779 Delegierte mit beschließender Stimme, 600 Delegierte mit beratender Stimme sowie 1225 Gäste aus der DDR und annähernd 800 Gäste aus Westdeutschland teil. Die Anwesenheit von Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 25 Ländern, darunter eine von A. I. Mikojan geleitete Delegation der KPdSU, zeugte von der Solidarität der

170 Dokument Nr. 73.

171 Neues Deutschland (B) (Berlin), 26. März 1954.

internationalen Arbeiterklasse mit der führenden Partei des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees „Die gegenwärtige Lage und der Kampf um das neue Deutschland" erstattete Walter Ulbricht. Der Parteitag verabschiedete das Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation" und beschloß Abänderungen am Statut der SED. Er wählte das neue Zentralkomitee der SED. Auf der konstituierenden Sitzung des Zentralkomitees am 7. April wurden in das Politbüro als Mitglieder gewählt: Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Walter Ulbricht. Zu Kandidaten wählte das Zentralkomitee Erich Honecker, Bruno Leuschner, Erich Mückenberger, Alfred Neumann und Herbert Warnke. Walter Ulbricht wurde erneut zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees gewählt.

In dem Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation" wurde umfassend begründet, daß Deutschland den Weg des Friedens und der Demokratie gehen muß, um zu einem Friedensvertrag, zur nationalen Einheit und zur Souveränität zu gelangen. Der Parteitag rief dazu auf, dem Block der Militaristen in der Bundesrepublik einen Arbeiterblock aller Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, parteiloser und christlicher Arbeiter entgegenzustellen und alle friedliebenden Kräfte in Deutschland in einer breiten Volksbewegung zu vereinen.

Bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Politik berücksichtigte die SED den Stand des Bewußtseins der Arbeiterklasse und aller Klassen und Schichten in Westdeutschland, die durch den deutschen Militarismus in ihrer Existenz bedroht wurden. Sie erhob solche Losungen und Forderungen, die die unmittelbaren Lebensinteressen der Menschen berührten und die es ihnen ermöglichten, sich an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit des Standpunktes der SED zu überzeugen. Im Dokument des IV. Parteitages wurde gefordert, auch in Westdeutschland die Besatzungskosten, die 35 bis 40 Prozent des Bundeshaushaltes ausmachten, wie in der DDR auf 5 Prozent des Staatshaushaltes herabzusetzen. Die Massensteuern sollten gesenkt und keine weiteren Preissteigerungen zugelassen werden. Der Parteitag forderte, den Umsiedlern und armen Bauern Land zu geben und die Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend auch in Westdeutschland zu verwirklichen. Diese Forderungen berücksichtigten

die potentiellen Möglichkeiten, die in den verschiedensten Bevölkerungsschichten Westdeutschlands für den antimilitaristischen Kampf vorhanden waren. Sie waren geeignet, die Werktätigen, besonders die Arbeiterklasse, an den entschiedenen Kampf gegen den Militarismus heranzuführen.

Die SED hob die gemeinsamen Interessen und Ziele der Arbeiterklasse in der DDR und der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Westdeutschland hervor. Sie sicherte allen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Jungsozialisten und ihren Organisationen, die den Kampf gegen EVG und Militarismus führten, die brüderliche Solidarität und die ehrliche Unterstützung der geeinten Arbeiterklasse in der DDR zu. Die SED schlug den westdeutschen Arbeitern einen offenen Meinungsaustausch über alle Fragen vor, die die Lebensinteressen der deutschen Nation betrafen, und empfahl, Delegationen sozialdemokratischer Arbeiter und Delegationen von Mitgliedern der SED auszutauschen. Mit größtem Nachdruck erklärte der Parteitag, daß alles unternommen werden müsse, damit die Arbeiterschaft beider deutscher Staaten zusammenkomme, denn von der Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse hänge die Erhaltung des Friedens und die Zukunft Deutschlands ab. Der IV. Parteitag bewies, wie sorgsam und differenziert die SED die Situation in der westdeutschen Arbeiterbewegung bis in die Führungen der SPD und des DGB berücksichtigte. Sie unterstützte jede Aktion der SPD und des DGB, die sich gegen EVG und Generalvertrag richtete, und zeigte den Mitgliedern und Anhängern von SPD und DGB, ausgehend von den Stellungnahmen ihrer Partei oder Gewerkschaft, worin die nächsten Schritte im Kampf bestehen müssen.

Der Parteitag wies die Verleumdungen der herrschenden Kreise in Bonn und von Führern der SPD zurück, daß die SED in Westdeutschland die „volksdemokratische Ordnung" einführen wolle. Er erklärte nachdrücklich, daß es nicht darum gehe, die sozialistischen Errungenschaften der DDR einfach auf Westdeutschland zu übertragen. In Westdeutschland müßten vielmehr solche Maßnahmen durchgeführt werden, die der Sicherung des Friedens und der Entwicklung wirklich demokratischer Verhältnisse dienen. Ausführlich setzte sich die Partei in diesem Zusammenhang mit den Auffassungen der sozialdemokratischen Führung über die Frage gesamtdeutscher freier Wahlen auseinander. Sie bekräftigte ihren Standpunkt, daß es nur durch Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten zur Bildung einer

provisorischen gesamtdeutschen Regierung und zu den von ihr durchzuführenden freien Wahlen kommen kann. Freie Wahlen, so erklärte die SED, das sind Wahlen ohne ausländische Einmischung und ohne Besatzungstruppen, ohne Furcht vor Massenentlassungen aufrechter Arbeiter und Angestellter, das sind Wahlen, bei denen das Monopolkapital keine Rundfunkstationen und Zeitungen und keine Abgeordneten kaufen und nicht durch die Bindung Westdeutschlands an die EVG die Wähler vor vollendete Tatsachen stellen und den Volkswillen von vornherein verfälschen kann.

Das Dokument des IV. Parteitages „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation" war ein hervorragendes Beispiel der Verbindung einer prinzipienfesten Klassenpolitik mit äußerster Breite und Elastizität, ein Beispiel der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die damaligen Kampfbedingungen in Deutschland. Mit diesem Dokument zeigte die SED den realen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und schuf eine Grundlage für die Zusammenfassung aller Gegner des deutschen Militarismus.

Der Parteitag bekräftigte das Ziel der SED, ein militärisch neutrales und abgerüstetes Deutschland zu schaffen, von dem nie wieder der Frieden bedroht werden kann. Er erklärte erneut die Bereitschaft der SED, sofort über die zahlenmäßige Stärke der Polizeikräfte in beiden deutschen Staaten zu verhandeln. Die Verwirklichung der Vorschläge der SED, wonach sich beide deutsche Staaten auf eine begrenzte Anzahl von Polizeiformationen beschränken sollten, hätte eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa wesentlich begünstigt. Der Parteitag warnte erneut davor, in Westdeutschland eine Armee aufzustellen, und erklärte, daß die DDR in diesem Falle zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen sein würde.

Der IV. Parteitag der SED beschloß wichtige Maßnahmen zur weiteren Stärkung der DDR, vor allem zur Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der volkseigenen Wirtschaft und für die rasche Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Geführt von der SED und unterstützt von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, hatten die Werktätigen der DDR die im Fünfjahrplan bis Ende 1953 vorgesehenen Ziele nicht nur erreicht, sondern sogar überboten. Die Lebenslage der Bevölkerung hatte sich verbessert. Es waren eine metallurgische Basis und ein leistungsfähiger Maschinenbau geschaffen worden, die chemische Produktion hatte be-

deutend erweitert und die Produktion moderner Landmaschinen hatte aufgenommen werden können. Insgesamt erreichte 1953 die Bruttoproduktion der Grundstoffindustrie das Doppelte und die der metallverarbeitenden Industrie 214,7 Prozent des Standes von 1936. Das Entwicklungstempo der Industrieproduktion war bedeutend höher, als das unter kapitalistischen Verhältnissen möglich gewesen war. Diese Erfolge waren trotz außerordentlich ungünstiger Startbedingungen und trotz vielfältiger Störmaßnahmen der Bundesregierung und der westdeutschen Monopole erzielt worden. Sie bewiesen, daß die Versuche der deutschen Imperialisten, die Volkswirtschaft der DDR zu desorganisieren und 1953 einen wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR herbeizuführen, gescheitert waren.

Der IV. Parteitag wies gleichzeitig darauf hin, daß einige Zweige und Betriebe, vor allem des Maschinenbaus, ihre Planziele nicht erreicht hatten. Das war besonders auf Schwierigkeiten in der Materialversorgung, in erster Linie mit Gießereierzeugnissen, zurückzuführen.

Der IV. Parteitag bekräftigte die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz zur planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus und betonte erneut die Notwendigkeit des schnellen Aufbaus der Schwerindustrie. Er widerlegte die Behauptung, daß die rasche Entwicklung der Großindustrie ein Fehler gewesen sei, und stellte fest, daß damit den deutschen Imperialisten ein schwerer Schlag zugefügt und die DDR vor den Störmaßnahmen der Imperialisten geschützt wurde. Zugleich entstanden Voraussetzungen dafür, die Produktion von Waren des Massenbedarfs zu steigern und die Lebenslage der Bevölkerung schneller zu erhöhen.

Die zentrale Aufgabe in der Volkswirtschaft der DDR, so betonte der Parteitag, war es, unter Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus die neuen Produktionsverhältnisse in der volkseigenen Industrie zu festigen. Im Mittelpunkt sollte dabei die Förderung des Wettbewerbs als wichtige Voraussetzung für die systematische Erhöhung der Arbeitsproduktivität stehen. Gleichzeitig sollten die Produktionsmöglichkeiten des Handwerks und der Privatunternehmer voll ausgenutzt werden. Der Parteitag konnte feststellen, daß alle Voraussetzungen vorhanden waren, auch in den letzten beiden Jahren des ersten Fünfjahrplans die Volkswirtschaftspläne zu erfüllen und die Hauptziele des Planes zu erreichen. Als wichtigste Aufgabe der Industrie im laufenden und in den folgenden Jahren wurde fest-



Konrad Adenauer fordert in seiner Regierungserklärung im westdeutschen Bundestag die Remilitarisierung und die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO, 20. Oktober 1953



Konrad Adenauer unterzeichnet die Pariser Verträge, 23. Oktober 1954

Der westdeutsche Bundesminister Theodor Blank überreicht den ehemaligen Generalen der faschistischen Wehrmacht, Adolf Heusinger und Hans Speidel, die Ernennungsurkunden zu Generalen der Bundeswehr, 12. November 1955





Ein Demonstrationszug
der Essener Jugend
gegen die Pariser Verträge
wird von der westdeutschen Polizei
kontrolliert, 29. Dezember 1954



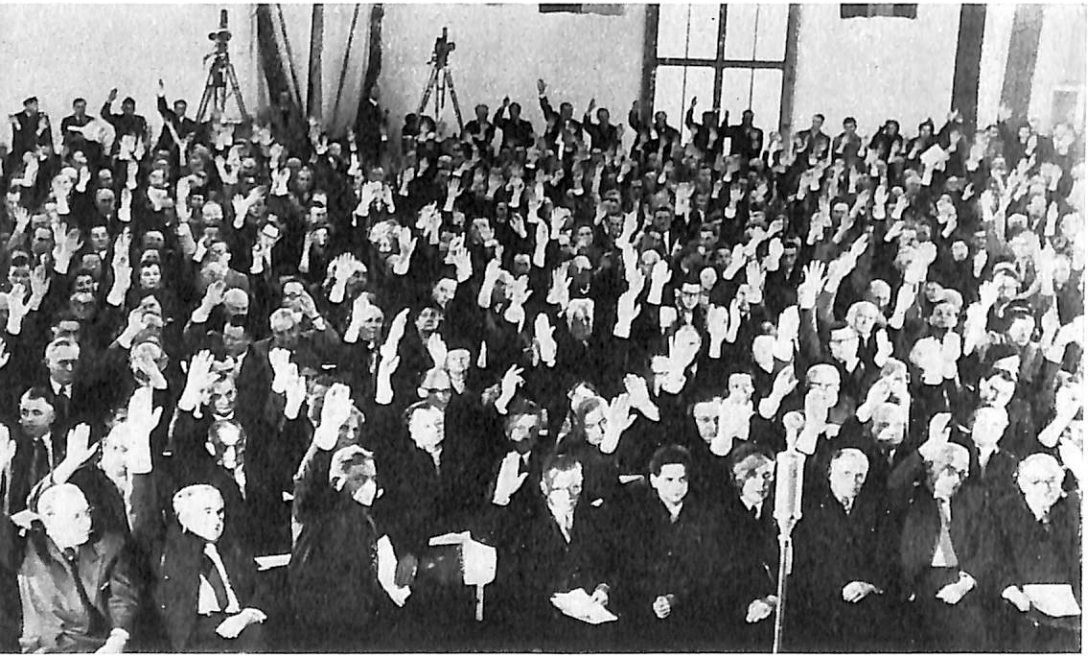
Arbeiter der Kieler Howaldtswerke bekennen sich in einer Abstimmung
für den Abschluß eines Friedensvertrages, 1. September 1954



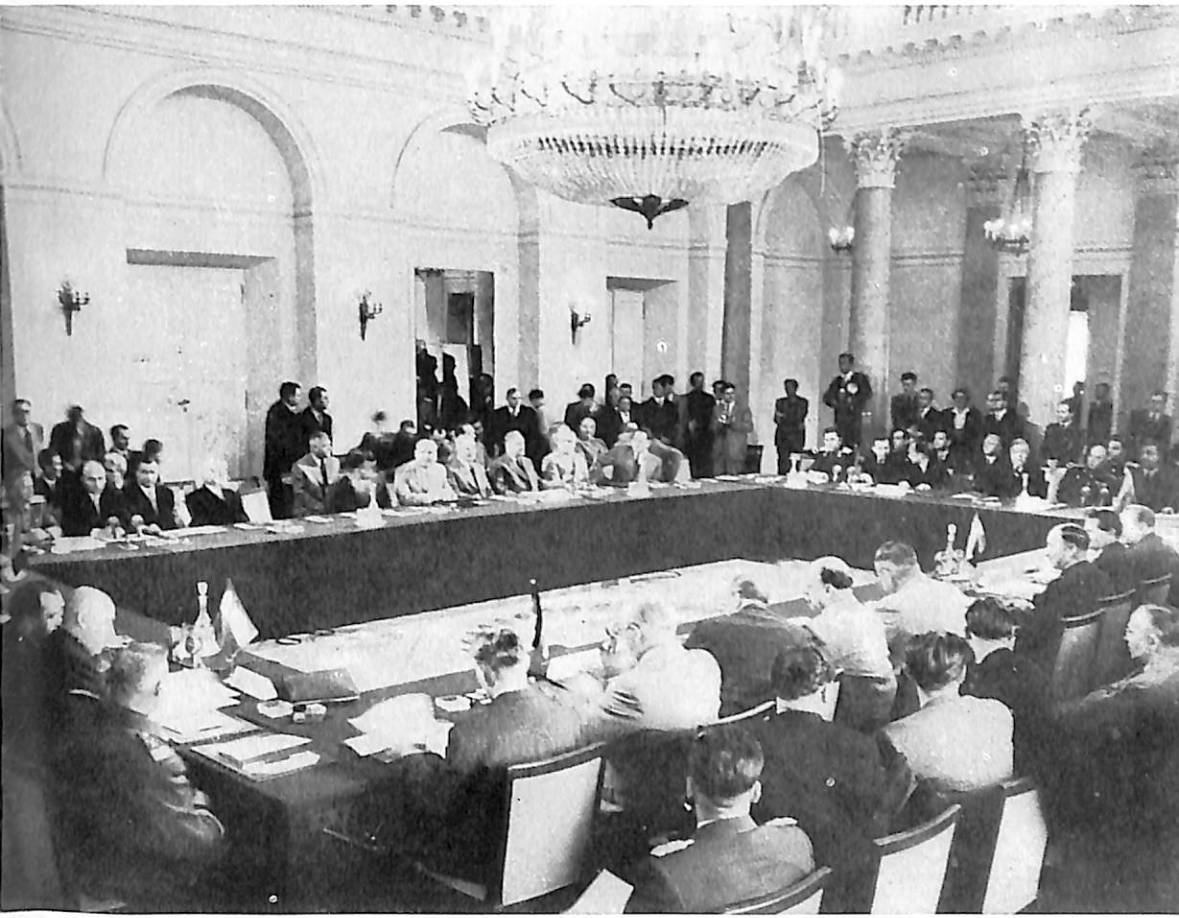
Blick auf das Präsidium des Parteitages der KPD in Hamburg, 28. bis 30. Dezember 1954



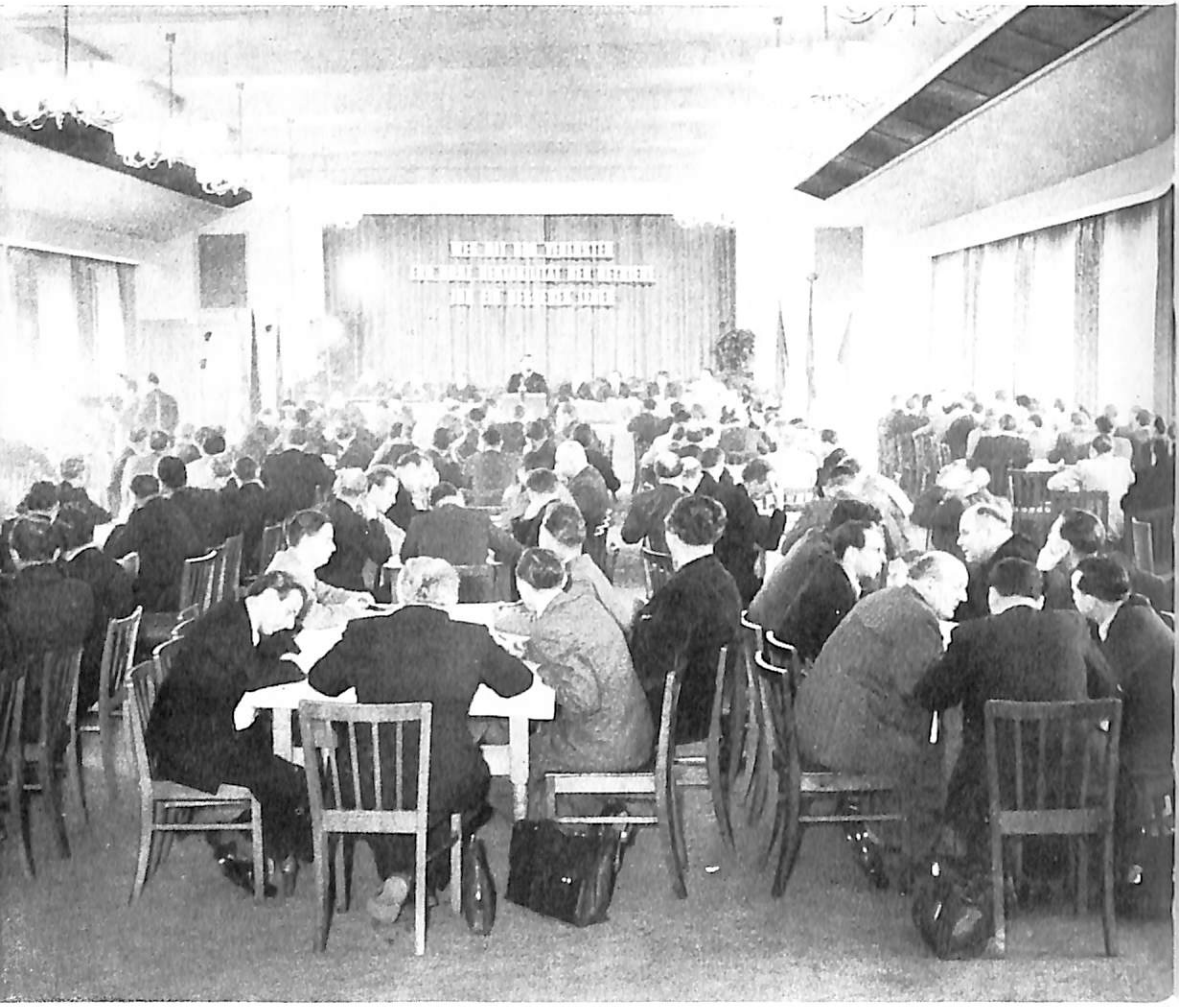
Kundgebung in Bremerhaven gegen die Pariser Verträge, 24. Februar 1955



Die Teilnehmer der Versammlung in der Paulskirche von Frankfurt (Main) sprechen sich mit der Annahme des „Deutschen Manifests" gegen die Pariser Verträge aus, 29. Januar 1955



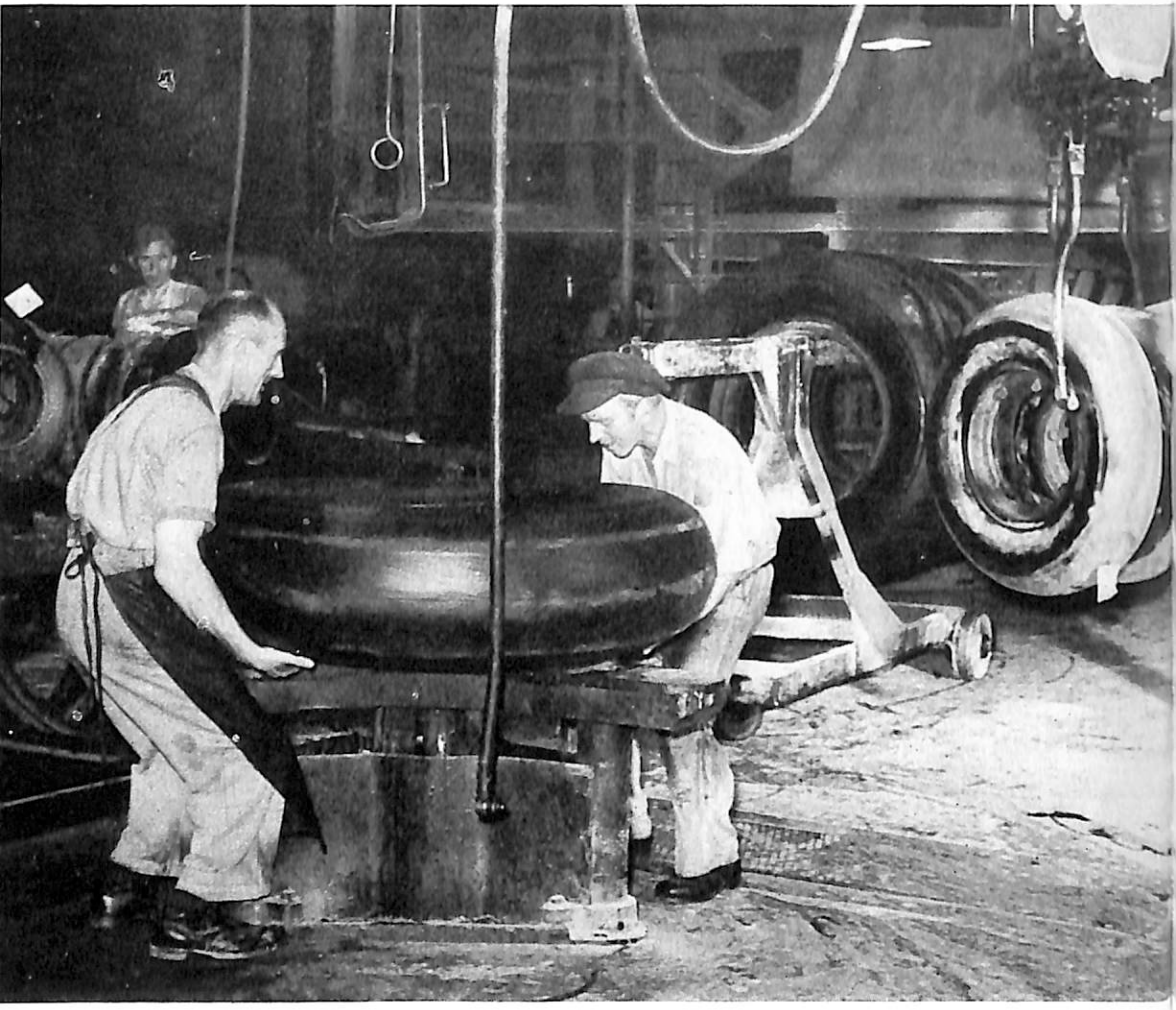
Blick in den Tagungssaal der Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Warschau, 11. bis 14. Mai 1955



Vertreter volkseigener Betriebe beraten auf einer Konferenz in Berlin über die Senkung der Selbstkosten, 17. März 1955



Montagehalle des RAW Berlin-Schöneweide, 1955



Blick in die Vulkanisierabteilung des VEB Reifenwerk Fürstenwalde, 1955

gelegt, vor allem den Braunkohlenbergbau, die Energieerzeugung und einige Zweige der chemischen Industrie beschleunigt zu entwickeln. Der allgemeine Maschinenbau sollte modernisiert werden und einige neue Sortimente erzeugen. Mit großem Nachdruck hob der Parteitag hervor, daß in den nächsten Jahren vor allem die Qualität der Produktion erhöht werden mußte. Vorausschauend erklärte Walter Ulbricht in seinem Schlußwort: „Wir als hochindustrielles Land werden nur dann vorwärtskommen, wenn wir es verstehen, auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik immer mit an der Spitze zu sein, wenn es uns gelingt, die Zahl unserer Wissenschaftler, Ingenieure, der qualifizierten Arbeiter immer mehr zu vergrößern und die Ausbildung unseres Nachwuchses zu verbessern. Das ist das Geheimnis unserer Erfolge!"[172]

Für die Landwirtschaft waren Maßnahmen vorgesehen, um die Erträge in der Feld- und Viehwirtschaft weiter zu steigern. Die Zahl der qualifizierten Kader für die Leitung der sozialistischen Großproduktion sollte erhöht und die Landwirtschaft stärker mit der modernen Technik ausgerüstet werden. In den nächsten Jahren sollten bedeutend mehr Wohnungen gebaut werden. Der Parteitag betonte, daß die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung hauptsächlich auf dem Wege der systematischen Senkung der Einzelhandelspreise erfolgen sollte, und formulierte die Losung: „Senke die Kosten der Produktion, dann schaffst Du die Voraussetzungen für weitere Preissenkungen."

Der Parteitag hob die bedeutende Rolle der Massenorganisationen beim Aufbau des Sozialismus hervor und erklärte, daß ebenso wie im Staats- und Wirtschaftsapparat auch in den Gewerkschaften, in der Freien Deutschen Jugend, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und anderen Organisationen die engere Verbindung mit den werktätigen Menschen, die Sorge um den Menschen und die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der Arbeit im Mittelpunkt stehen müßten. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert, in den Gewerkschaften entschiedener für die Einhaltung der Kollektivverträge und der Verordnung vom 10. Dezember 1953 über die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten. Ihre Aufgaben bestanden weiterhin darin, die Neuererbewegung zu fördern, die Produktionsberatungen

172 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954, Bd. II, Berlin 1954, S. 869.

in den Betriebsabteilungen gut vorbereiten zu helfen und sich um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowohl in den volkseigenen als auch in den privaten Betrieben zu kümmern. Die Patenschaftsbewegung der Betriebe für die Maschinen-Traktoren-Stationen, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Güter sollte weiter gefördert werden. Den Parteimitgliedern in allen Massenorganisationen wurde die Aufgabe gestellt, die ideologische Arbeit zu verbessern, das geistige Leben zu entfalten und alle Menschen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen.

Ausführlich beschäftigte sich der Parteitag mit der innerparteilichen Entwicklung. Die neuen Aufgaben erforderten von allen Organisationen, Leitungen und Mitgliedern der Partei die Fähigkeit, die Beschlüsse der Parteiführung in ihrem jeweiligen Bereich selbständig durchzuführen und dabei Prinzipienfestigkeit und hohes politisches Wissen mit gründlicher Sachkenntnis zu verbinden. Die eigenen Erfahrungen und die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung auswertend, beschloß der IV. Parteitag eine Reihe von Abänderungen am Parteistatut. Die Bestimmungen über die Mitgliedschaft in der Partei sowie die Pflichten und Rechte des Parteimitgliedes wurden erweitert. Die Leninschen Normen des Parteilebens, die Fragen der innerparteilichen Demokratie und das Prinzip der Kollektivität der Leitung wurden präzisiert. Nach dem Paragraphen 70 des Statuts erhielten die Parteiorganisationen in den sozialistischen Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitungen. Dadurch wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse, vor allem auf dem wichtigsten Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, in der Sphäre der materiellen Produktion, gefestigt. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde im Statut der Partei die Aufgabe gestellt, „die Werktätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung der Heimat, des Staates der Arbeiter und Bauern, gegen alle aggressiven Aktionen ihrer Feinde" zu erziehen und zu organisieren.[173] Die verständigungsfeindliche und militaristische Politik der deutschen Imperialisten machte es erforderlich, die Erziehung zur Verteidigungsbereitschaft zu verstärken. Das neue Statut trug dazu bei, die Kampfkraft der Partei weiter zu erhöhen, die innerparteiliche Demokratie und die Kollektivität der Leitung zu fördern.

[173] Dokumente der SED, Bd. V, S. 92.

Die Beratungen und Beschlüsse des IV. Parteitages der SED wiesen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten den Weg zum weiteren Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Sie dokumentierten den Sieg der marxistisch-leninistischen Generallinie der SED über die kleinbürgerlichen Kapitulanten. Der Parteitag zeugte von der Reife der Partei, von ihrer festen Einheit und inneren Geschlossenheit. Seine Beschlüsse prägten die weitere Entwicklung in der DDR und wirkten sich auch auf Westdeutschland aus.

2. 1954, das Jahr der großen Initiative

Im Sinne der Beschlüsse des IV. Parteitages der SED spannten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten alle Kräfte dafür an, ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus zu verhindern. Das Jahr 1954 stand im Zeichen außerordentlicher Anstrengungen der Werktätigen der DDR zur ökonomischen und politischen Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und des Volkskampfes gegen den deutschen Militarismus.

In den volkseigenen Betrieben konzentrierten sich die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen besonders darauf, die Selbstkosten zu senken und die Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen. Sie lernten es, die Lösung der ökonomischen Aufgaben besser mit der politischen Erziehung der Werktätigen zu verbinden. Der Losung folgend „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben", vollbrachten zahlreiche Werktätige in Stadt und Land hervorragende Produktionsleistungen.[174] Die Kumpel des Braunkohlenbergbaus, die in den Monaten Januar und Februar Kälte und Frost besiegt hatten, bezwangen im Sommer auch Regen und Hochwasser und überboten die für 1954 gestellten Planziele. Die Werktätigen des VEB Bergmann-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh, und der am Aufbau der neuen Kraftwerke, besonders des Kraftwerks „Elbe" in Vockerode, beteiligten Betriebe kämpften um die Erfüllung des Plans zur beschleunigten Entwicklung der Energiewirtschaft. Zahlreiche Werktätige in den Gießereibetrieben gingen daran, die verhältnismäßig hohe Ausschußquote zu sen-

[174] Dokument Nr. 72.

ken und die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern. Die Technologen des VEB Schwermaschinenbau Lauchhammer forderten zu einem Wettbewerb auf, in dem jeder Technologe überplanmäßig eine Summe von 1000 DM einsparen sollte. Im Kampf um die Senkung der Selbstkosten und die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse gingen besonders die Weberin Charlotte Steinbach aus dem VEB Textilwerk „Einheit" in Glauchau und der Weber Paul Simon aus der volkseigenen Tuchfabrik Werdau beispielgebend voran. Für ihre vorbildlichen Leistungen wurden beide am 13. Oktober 1954 mit dem Titel „Held der Arbeit" ausgezeichnet.

Das wachsende Staatsbewußtsein und die Initiative der fortgeschrittensten Arbeiter wirkten sich immer stärker auf die anderen Schichten der Bevölkerung aus. Die neuen Beziehungen der Arbeiterklasse zu der werktätigen Bauernschaft, zu den kleinbürgerlichen Schichten in der Stadt und zu den privaten Unternehmern wurden fester. Manchen Angehörigen dieser Schichten fiel es nicht leicht, die führende Rolle der Arbeiterklasse anzuerkennen und sich von althergebrachten Gewohnheiten und Auffassungen zu lösen. Teilweise standen sie noch unter dem Einfluß der feindlichen Hetze aus dem Westen und unterlagen Schwankungen. Die konsequente Politik des Friedens, der nationalen Einigung und des Wohlstands, die Partei und Regierung durchführten, hatte jedoch zur Folge, daß in den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten der Bevölkerung das Vertrauen zur Arbeiter-und-Bauern-Macht wuchs. Sie überzeugten sich mehr und mehr davon, daß allein die Politik der Arbeiterklasse eine sichere Perspektive hat, während die antinationale, von der Vergangenheit bestimmte Politik des Adenauer-Regimes zum Scheitern verurteilt war. So entwickelte sich allmählich die moralisch-politische Einheit der Bevölkerung der DDR, die zu einer wichtigen Triebkraft des Kampfes gegen den deutschen Militarismus und für die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht wurde.

Am 15. und 16. Mai 1954 tagte in Berlin der II. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. 5000 Delegierte und Gäste, darunter mehrere hundert Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten, politischen Richtungen und Weltanschauungen aus der Bundesrepublik und aus Westberlin, berieten auf diesem nationalen Forum, wie die friedliche Zukunft unserer Nation gesichert und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden kann. Charakteristisch für alle Diskussionsredner – ob aus der DDR

oder aus Westdeutschland, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob Bauer oder Wissenschaftler, ob Atheist oder Pfarrer – war, daß ihre Auffassungen über die Grundfragen der Nation mit dem vom IV. Parteitag der SED beschlossenen Kampfprogramm übereinstimmten. Der Kongreß beschloß, ein Gremium zu bilden, das mit der Volkskammer und dem Bundestag Verbindung aufnehmen und die Vorbereitung von Verhandlungen unterstützen sollte.

Der II. Nationalkongreß spiegelte die großen Veränderungen wider, die sich in der Arbeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vollzogen hatten. In den ersten Jahren nach der Gründung der DDR hatten in der Tätigkeit der Nationalen Front die demokratischen Aufgaben überwogen, die Erziehung der Bevölkerung im antifaschistischen Sinne, die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen und friedliebenden Staat. Im Prozeß der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht veränderte sich allmählich der Inhalt ihrer Tätigkeit. Die Nationale Front ging mehr und mehr dazu über, immer weitere Kreise der Bevölkerung der Republik für die bewußte Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Die Nationale Front entwickelte sich von einer antifaschistisch-demokratischen Bewegung zu einer sozialistischen Volksbewegung, zur Gemeinschaft aller patriotisch und demokratisch gesinnten Bürger, die ihre ganze Kraft – ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses – für die Stärkung der DDR und für den Aufbau des Sozialismus einsetzten. Ausdruck dieser Veränderung waren die über 8900 Verpflichtungen, die zu Ehren des II. Nationalkongresses abgegeben wurden. Zahlreiche Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung verpflichteten sich, das Nationale Aufbauwerk zu unterstützen, Massenbedarfsgüter über den Plan hinaus zu produzieren und in den Ausschüssen der Nationalen Front, in den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen, in den Elternaktivs und anderweitig ehrenamtlich tätig zu sein.

Um die Einbeziehung der Bundesrepublik in das imperialistische Kriegspaktsystem zu verhindern und den vielfältigen nationalen Widerstand gegen die Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland zu einem großen Strom zu vereinen, forderte der II. Nationalkongreß, eine Volksbefragung über die Frage „Für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen – oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre"

durchzuführen. Das Präsidium des Nationalrats wandte sich am 19. Mai 1954 mit einem entsprechenden Ersuchen an die Volkskammer der DDR und an den westdeutschen Bundestag. In der DDR fand die Volksbefragung in der Zeit vom 27. bis 29. Juni 1954 statt. Bei einer Beteiligung von 98,6 Prozent der Stimmberechtigten, zu denen auch die Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren zählten, entschieden sich 93,6 Prozent für einen Friedensvertrag und gegen die EVG. Auch der Gesamtdeutsche Jugendkongreß, der am 3. und 4. Juni 1954 in Berlin tagte[175], und das ihm folgende II. Deutschlandtreffen der Jugend vom 5. bis 7. Juni 1954 sowie der am 1. und 2. Juli in Berlin tagende Gesamtdeutsche Frauenkongreß bezeugten das Streben des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden.

Aus Furcht vor der wahren Volksmeinung wurde die Volksbefragung in Westdeutschland von der Bundesregierung verboten. Der Vorsitzende des westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Julius Hahn, und andere Patrioten wurden verhaftet. Dennoch wuchs auch in Westdeutschland die Volksbewegung gegen die Kriegsverträge weiter an. Im Juni 1954 tagte in Köln ein Kongreß für Selbstbestimmung und Frieden, an dem 895 Vertreter aller Bevölkerungsschichten teilnahmen. Der Kongreß wählte ein aus 70 Persönlichkeiten des politischen Lebens bestehendes Präsidium zur Durchführung der Volksbefragung in Westdeutschland. In Aachen, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen-Haspe, Hamburg, Ludwigshafen und vielen anderen Orten organisierten Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und bürgerliche Friedensfreunde die Volksabstimmung. Die überwiegende Mehrheit der Befragten entschied sich gegen die EVG und für den Abschluß eines Friedensvertrages.

Ein weiterer Höhepunkt des nationalen Kampfes waren die Volkswahlen in der DDR im Herbst 1954. Während der Wahlvorbereitung festigte sich die führende Rolle der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse nahm am aktivsten an der Aussprache über das Wahlprogramm teil. Auf sie entfiel der größte Anteil der Kandidaten für die Volkskammer und die Bezirkstage. Bis zum Wahltag, dem 17. Oktober 1954, übernahmen Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz insgesamt 521 638 Einzel- und Kollektivverpflichtungen im Produktionsaufgebot zu Ehren der Volkswahlen. Während der Wahlvorbereitung

[175] Dokument Nr. 75.

entstanden neue Formen der sozialistischen Demokratie, wie die Wählervertreterkonferenzen, die am 18. und 19. September 1954 in allen Bezirksstädten und in der Hauptstadt zusammentraten. Über 40 000 gewählte Delegierte aus allen Schichten der Bevölkerung berieten über die Aufstellung der Kandidaten für die Volkskammer und die Bezirkstage. Die Kandidaten legten vor den Wählervertretern Rechenschaft ab und berichteten über ihr Leben und ihre Tätigkeit. So wurden weite Kreise der Bevölkerung unmittelbar in die Wahlbewegung einbezogen, und es wurde gewährleistet, daß nur die Besten kandidierten, die das volle Vertrauen der Bevölkerung hatten. An der Spitze der Kandidatenlisten standen neben den Repräsentanten der SED, der anderen Blockparteien und der Massenorganisationen die Aktivisten, Neuerer und Helden der Arbeit.

Im Vergleich zu den Wahlen im Oktober 1950 verkörperten die Volkswahlen 1954 eine höhere Entwicklungsstufe der sozialistischen Demokratie. Sie fanden zu einem Zeitpunkt statt, als bereits wichtige Grundlagen des Sozialismus errichtet waren und die Arbeiterklasse, zur anerkannt führenden Kraft der Gesellschaft geworden war. Die großen Fragen der Zukunft der Nation, der Kampf gegen den Militarismus und für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, waren mit einer umfassenden Aufklärung über den demokratischen Charakter der Arbeiter-und-Bauern-Macht und einem Aufschwung des demokratischen Lebens in der DDR verbunden. In den Beratungen der Volksvertreter mit der Bevölkerung, in den Rechenschaftslegungen der staatlichen Organe standen die Mitarbeit der werktätigen Bevölkerung, die sorgfältige Behandlung der Vorschläge der Werktätigen, die Sicherung der demokratischen Gesetzlichkeit und der Kampf gegen den Bürokratismus im Mittelpunkt.

Am 17. Oktober 1954 entschieden sich – bei einer Wahlbeteiligung von 98,41 Prozent – 99,46 Prozent der Wähler für die gemeinsame Liste und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Das Wahlergebnis war eine eindeutige Entscheidung gegen die Politik der herrschenden Kreise in Westdeutschland. Alle ihre Versuche, die Wahlen zu stören und durch massive Hetze die Menschen zu verwirren, erwiesen sich als wirkungslos. Die Bevölkerung der DDR stellte sich geschlossen hinter die Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Die neu gewählte Volkskammer setzte sich wie folgt zusammen:

	Zahl der Abgeordneten
SED	100
CDU	45
LDPD	45
NDPD	45
DBD	45
FDGB	45
FDJ	25
DFD	25
Kulturbund	15
VdgB (BHG)	10

Zu diesen 400 Abgeordneten kamen noch 66 Abgeordnete Berlins, die beratende Stimme hatten. Der proportionale Anteil der einzelnen Parteien und Organisationen entsprach bei den Berliner Vertretern der Zusammensetzung der Volkskammer. In die Bezirkstage und die Volksvertretung von Groß-Berlin wurden 2200 Abgeordnete gewählt. Damit hatte sich die Anzahl der Volksvertreter in den Bezirkstagen fast verdoppelt. Über 70 Prozent der Abgeordneten in der Volkskammer und in den Bezirkstagen entstammten der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.

Neben führenden Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens gehörten zahlreiche verdiente Aktivisten und Neuerer, wie Luise Ermisch, Adolf Hennecke, Gustav Hübner, Bruno Kiesler, Paul Luzemann, Paul Simon, Josef Wenig und Josef Wujciak, der obersten Volksvertretung an.

In der neuen Volkskammer war die SED durch die gleiche Zahl von Abgeordneten vertreten wie in der 1950 gewählten ersten Volkskammer, obwohl sich ihr politischer Einfluß erhöht hatte. Es verstärkte sich lediglich der proportionale Anteil der DBD und der NDPD sowie einiger Massenorganisationen, deren Bedeutung im gesellschaftlichen Leben der DDR gewachsen war. Auch der neugebildete Ministerrat, zu dessen Vorsitzenden Otto Grotewohl erneut berufen wurde, setzte sich aus den Vertretern aller Parteien des Demokratischen Blocks zusammen.

Die Festigung der führenden Rolle der SED im System der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die von allen verbündeten Parteien und Massenorganisationen anerkannt wurde, war nicht mit einer wesentlichen Umgruppierung der die Macht ausübenden Kräfte verbunden. Weder in der Zusammensetzung der Regierung und der leitenden

Staatsorgane noch in der Volkskammer veränderte sich der Anteil der einzelnen Parteien und Massenorganisationen wesentlich. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei war das Mehrparteiensystem zur stabilen politischen Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht geworden. Die Praxis des Mehrparteiensystems bewies, daß es die SED verstanden hatte, alle werktätigen Klassen und Schichten des Volkes und ihre politischen Parteien und Massenorganisationen in die Leitung von Staat, Wirtschaft und Kultur beim Aufbau des Sozialismus einzubeziehen. Im Sinne des Auftrags der Wähler versicherte Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung, daß die erprobte Politik des Kampfes um den Frieden, die nationale Wiedergeburt Deutschlands und den Aufbau des Sozialismus in der DDR konsequent fortgesetzt wird.

So wurden unter Führung der SED systematisch die Probleme der schrittweisen Einbeziehung der kleinbürgerlichen Schichten in den sozialistischen Aufbau gelöst. Die Partei ging davon aus, daß die noch bestehenden Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten vor allem durch die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse des gesamten Volkes und durch die Umerziehung der kleinbürgerlichen Schichten im Geiste des Sozialismus überwunden werden müssen.

Während in der DDR das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Schichten der Bevölkerung enger und stabiler wurde, verschärften sich die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in Westdeutschland. Nach ihrem Erfolg bei den Bundestagswahlen 1953 verstärkten die reaktionären Kräfte ihre Bemühungen, um die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik durchzusetzen. Sie nutzten die Monopolstellung der CDU/CSU dazu aus, die parlamentarische Demokratie weiter einzuschränken und auf alle Gegner des Militarismus einen verstärkten Druck auszuüben. Während der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze der Nazis, Hans Maria Globke, als Staatssekretär in das Bundeskanzleramt einzog und die Regierungsparteien bereits über einen Gesetzentwurf zur Wehrergänzung des Grundgesetzes berieten, wurde gegen den früheren Reichskanzler Joseph Wirth ein Ermittlungsverfahren wegen „Staatsgefährdung" eingeleitet und die Immunität mehrerer Landtagsabgeordneter der KPD aufgehoben.

Auch auf die SPD und die Gewerkschaften verstärkten Bundesregierung und CDU/CSU ihren Druck. Die Zeitung „Industrie-

kurier" äußerte unverblümt die Hoffnung der schwerindustriellen Kreise an Rhein und Ruhr, „daß die SPD die Kraft findet, sich von dem verhängnisvollen Erbe der marxistischen Ideologie freizumachen"[176]. Führende Politiker der Regierungsparteien forderten die SPD auf, jeden Widerstand gegen die Aufrüstung einzustellen. Unmittelbar nach den Bundestagswahlen verlangte die CDU/CSU vom DGB parteipolitische und religiöse Neutralität. Die Vorstände der Sozialausschüsse von CDU/CSU drohten mit der Spaltung des DGB und bildeten eine Kommission, die ihren Vertretern maßgebenden Einfluß im DGB sichern sollte.

Zahlreiche sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bewegte unter diesen Umständen die Frage, wie der weitere Vormarsch der Reaktion aufgehalten werden kann. Die meisten von ihnen forderten eine Wiederbelebung der alten Kampftraditionen und eine entschiedene Opposition der SPD gegen die Politik der Bundesregierung. In einem Manifest vom 26. Februar 1954 traten die Kölner Jungsozialisten dafür ein, nicht nur die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, sondern eine westdeutsche Wiederaufrüstung überhaupt unmöglich zu machen. Mehrere Bezirkskonferenzen der SPD lehnten in Entschließungen eine Remilitarisierung mit der Begründung ab, daß dadurch die Reaktion gestärkt und eine Wiedervereinigung Deutschlands verhindert würde. Zugleich forderten zahlreiche Delegierte den Parteivorstand auf, das sozialistische Endziel der SPD stärker zu betonen.

Die Unzufriedenheit weiter Kreise der westdeutschen Werktätigen über die reaktionäre Entwicklung seit den Bundestagswahlen 1953 wurde von führenden Politikern der SPD wie Willy Brandt, Fritz Erler, Wilhelm Kaisen, Carlo Schmid, Walter Theimer dazu ausgenutzt, offen die Umwandlung der SPD in eine „allgemeine Volkspartei", die Abschaffung der alten Symbole der Arbeiterbewegung und die uneingeschränkte Unterstützung der Remilitarisierung zu fordern.

Die Auseinandersetzungen in der SPD erreichten ihren Höhepunkt auf dem Parteitag der SPD, der vom 20. bis 24. Juli 1954 in Westberlin stattfand. Trotz intensiver Vorbereitung konnte sich die Gruppe um Erler und Schmid auf dem Parteitag nicht durchsetzen. Gegen ihren Widerstand wurden auch in die Neufassung des Aktionsprogramms die Sätze aufgenommen, daß die „Arbeiterschaft... den Kern" der Mitglieder und Wähler der SPD bilde und das Ziel der

[176] Industriekurier (Düsseldorf), 19. September 1953.

Sozialdemokratie „die Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus“[177] sei. Das erweiterte Aktionsprogramm lehnte die EVG ab und befürwortete ein kollektives Sicherheitssystem in Europa. Einige Anträge sprachen sich für eine solche Wiedervereinigung Deutschlands aus, die den Einfluß der Arbeiterklasse verstärke. So hieß es im Antrag des Bezirkes Mittelrhein, daß die Wiedervereinigung in der DDR nicht „zur Restaurierung alter Besitzverhältnisse in Industrie und Großgrundbesitz führen“ dürfe und „neue Ansatzpunkte für den Kampf um ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft bringen“[178] müsse. Unter dem Eindruck dieser Forderungen erklärte Erich Ollenhauer in seinem Hauptreferat, die Wiedervereinigung Deutschlands könne „nicht auf dem Wege des einfachen Anschlusses“ der DDR an die Bundesrepublik erfolgen. Die „Rückgabe des agrarischen Großbesitzes oder der Schlüsselindustrie an ihre früheren Besitzer kann nach sozialdemokratischer Auffassung nicht zur Debatte stehen“. Überall da, „wo Besitz- und Bildungsmonopol gebrochen wurden“, werde es darauf ankommen, „den positiven Kern zu erhalten“.[179] Diese Erklärung zeugte von einer realistischeren Einschätzung der Situation durch den Parteivorstand der SPD. Sie wurde jedoch weitgehend dadurch abgewertet, daß Führer der SPD zur gleichen Zeit im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam mit reaktionärsten Vertretern des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes Pläne zur Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR ausarbeiteten.

Die damals entscheidende Frage, die Stellung der SPD zur Aufrüstung der Bundesrepublik, ließ der Parteitag in der Schwebe. Obwohl zahlreiche Delegierte die Remilitarisierung entschieden ablehnten, wurde lediglich beschlossen, über die Frage des „Wehrbeitrages“ einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Das ist nie geschehen. Statt dessen orientierten Vorstandsmitglieder wie Herbert Wehner bereits auf den „Kampf um eine demokratische Wehrverfassung“ und begannen sich damit schon auf den Boden der von der Reaktion geschaffenen Tatsachen zu stellen.

177 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55, Hannover–Bonn o. J., S. 288/289.

178 Neuer Vorwärts (Hannover), 25. Juni 1954.

179 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in (West-)Berlin. Hrsg. vom Vorstand der SPD, o. O. o. J., S. 65.

Nach dem Parteitag der SPD verstärkte die Gruppe um Erler und Schmid ihre Bemühungen, die SPD Schritt um Schritt mit der Politik der Bundesregierung „gleichzuschalten", nachdem ihr Frontalangriff gescheitert war. Sie konzentrierte sich zunächst darauf, in der Frage der Remilitarisierung den Standpunkt der Bundesregierung zu unterstützen. Die Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD wertete jedoch den Parteitag als eine Niederlage dieser Gruppe und sah in der SPD nach wie vor eine entschieden antimilitaristische Partei, zumal Erich Ollenhauer und andere sozialdemokratische Führer nach dem Parteitag weiterhin die Politik der Bundesregierung in den Fragen der Remilitarisierung und der Wiedervereinigung Deutschlands kritisierten.

Im Sommer 1954 verschärften sich auch die sozialen Auseinandersetzungen in Westdeutschland. Es entwickelte sich eine der größten Lohnbewegungen seit der Bildung der Bundesrepublik. Für etwa 5 Millionen Arbeiter und Angestellte kündigten die Gewerkschaften die Tarifverträge. Am 4. August 1954 legten 15 000 Kommunalarbeiter Hamburgs die Arbeit nieder und erzwangen nach mehr als einwöchigem Streik eine Lohnerhöhung von 7 Pfennig pro Stunde. Besonders erbittert führten die Metallarbeiter in Bayern den Streik. Dieser begann am 9. August 1954 und dauerte bis Ende des Monats. Durch den rücksichtslosen Einsatz der Polizei und des Staatsapparates nahm dieser Streik außerordentlich scharfe Formen an. Alle Versuche der Polizei, Streikbrechern den Weg in die Betriebe zu bahnen, scheiterten am entschlossenen Widerstand der Streikenden. Aus Solidarität traten die Bergarbeiter der Luitpoldhütte in Amberg täglich in einen zweistündigen Sympathiestreik und stellten Abordnungen zum Streikpostenstehen für die Metallarbeiter. Auch französische und italienische Metallarbeiter erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und sammelten Gelder. Zahlreiche Betriebe der DDR führten Unterstützungsaktionen durch und entsandten Delegationen. Nach dem Streik wurden viele Betriebsräte und Tausende von Arbeitern von den Unternehmern entlassen oder ausgesperrt. Gegen mehrere hundert am Streik beteiligte Arbeiter wurden Strafverfahren eingeleitet. Aber die Streikenden erzwangen eine Lohnerhöhung, und im Verlaufe des Kampfes traten 17 000 Arbeiter der IG Metall bei.

Insgesamt streikten 1954 in Westdeutschland nach offiziellen Angaben 116 000 Arbeiter. Das war nach dem Jahr 1951, in dem 176 000 streikten, die zweitgrößte Anzahl von Streikenden seit der

Bildung der Bundesrepublik. Die wachsende Kampfentschlossenheit der westdeutschen Arbeiter zeigte sich darin, daß fast alle Streiks erfolgreich oder mit einem Teilerfolg abgeschlossen wurden. Die Bourgeoisie machte in Lohnkämpfen häufig Zugeständnisse, um größere soziale Auseinandersetzungen zu vermeiden, die sie als eine akute Gefahr für ihre Herrschaft ansah.

Wie in den ersten Jahren nach der Bildung der Bundesrepublik waren die Streiks auch 1954 überwiegend Lohnkämpfe. Einzelne Aktionen bewiesen, daß Teile der Arbeiterklasse den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Lohnraub zu erkennen begannen. So wurde der bayrische Metallarbeiterstreik auch unter der Losung geführt „EVG raubt uns den Lohn". Am 5. August 1954 legten 1500 Bremerhavener Werftarbeiter geschlossen die Arbeit nieder und eilten den Bewohnern des Stadtteils Am Großen Blink zu Hilfe, die sich gegen die Beschlagnahme ihrer Grundstücke durch die amerikanische Besatzungsmacht zur Wehr setzten. Sie verdrängten die Polizei aus den Grundstücken. Als diese mit Überfallwagen anrückte, fuhren ihr die Werftarbeiter mit einem schweren Rammbagger entgegen und zwangen sie erneut zum Rückzug. Der Landesvorstand Bremen der SPD verurteilte diese Aktionen. Der nationale Widerstand Am Großen Blink fand jedoch bei vielen Menschen in Westdeutschland Zustimmung.

Trotz der Verschärfung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Westdeutschland hegte die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter Illusionen über den Charakter der Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik und hatte unter dem Einfluß der antikommunistischen Hetze falsche Vorstellungen von der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR. Andererseits war bei vielen westdeutschen Arbeitern angesichts der reaktionären Entwicklung in der Bundesrepublik, der Wiedererrichtung der Macht der Monopole und der Niederlage der Werktätigen im Kampf um die Mitbestimmung der Wunsch erwacht, sich durch eigene Anschauung davon zu überzeugen, wie ihre Klassenbrüder in der DDR die alten Kampfziele der Arbeiterbewegung verwirklichten. Die Verständigung der Arbeiter in ganz Deutschland war auch deshalb so vordringlich, weil der Kampf gegen die Kriegsverträge in sein entscheidendes Stadium trat und dem Block der aggressiven imperialistischen und militaristischen Kräfte der geschlossene Block der Arbeiter entgegengestellt werden mußte. Aus diesen Gründen hatte der IV. Parteitag der SED gefordert, den

Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu verstärken und Delegationen zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsbelegschaften der DDR und Westdeutschlands auszutauschen, damit das feindliche Lügengewebe zerstört und die Wahrheit über den sozialistischen Aufbau nach Westdeutschland getragen würde.

Im Jahre 1954 besuchten 2384 westdeutsche Delegationen mit 19 500 Teilnehmern die DDR, von Januar bis Juni 1955 kamen Delegationen mit über 32 500 Teilnehmern in die Republik. Von 1951 bis zu diesem Zeitpunkt hatten damit insgesamt 52 000 westdeutsche Werktätige als Teilnehmer von Arbeiterdelegationen die DDR besucht. Sie sprachen mit Arbeitern in den volkseigenen Betrieben und mit leitenden Funktionären der SED, des FDGB und des Staates. Sie konnten sich in der Praxis davon überzeugen, daß die Arbeiterklasse – entgegen den Verleumdungen der Bourgeoisie – alle Fähigkeiten besitzt, um Staat und Wirtschaft im Interesse des Volkes zu leiten. Die westdeutschen Delegationen kehrten von ihren Besuchen in der DDR sehr beeindruckt zurück. So schrieb ein westdeutscher Betriebsrat nach einem Besuch des Magdeburger Karl-Marx-Werkes an die Gewerkschaftsleitung dieses Betriebes: „Nun ist unsere Delegation schon fast wieder eine Woche von ihrem Besuch bei Euch zurück, aber noch immer stehen ihre Mitglieder, wie am ersten Tag ihrer Rückkehr, unter dem starken Eindruck, den sie drüben gewonnen haben. Es ist eine Diskussion im ganzen Werk, wie sie bisher noch nicht gewesen ist. Das Interesse und die Neugier der Belegschaft sind sehr groß. Stellenweise mußten die Vorgesetzten eingreifen, um stundenlange Diskussionen abzustellen. Auch meldeten sich jetzt schon auf unserem Betriebsratsbüro Kollegen, die gern mit einer Delegation nach drüben möchten."[180] Die fortgeschrittensten westdeutschen Arbeiter schenkten den Lügen über die DDR keinen Glauben mehr und wurden in ihrem Widerstandswillen gegen die Militarisierung der Bundesrepublik bestärkt.

Mit Terrormaßnahmen versuchte die Bundesregierung, die Verständigung der deutschen Arbeiter zu verhindern. Die Vorstände der SPD und der Gewerkschaften verboten ihren Mitgliedern, in die DDR zu fahren. Dennoch kamen Jahr für Jahr viele westdeutsche Arbeiter und Funktionäre der SPD und des DGB in den sozialistischen deutschen Staat.

[180] Archiv des Bezirksvorstandes der IG Metall des FDGB Magdeburg, Akte 239 I.

Die Besuche der westdeutschen Arbeiterdelegationen waren auch für die Arbeiter in der DDR von Nutzen. In persönlichen Gesprächen, in Aussprachen und auf Versammlungen berichteten die westdeutschen Arbeiter, daß sie in den Betrieben der Monopolherren 30, 40 und manchmal 50 Prozent mehr leisten müssen, um den gleichen Lohn zu erhalten wie die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben. Viele Werktätige der DDR, die der Hetze des Gegners, in den volkseigenen Betrieben herrschten „Antreiberei" und „Ausbeutung", Glauben geschenkt hatten, wurden nachdenklich und aufgeschlossener für die Wahrheit. Sie erkannten, daß der Kampf um die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen oder das sozialistische Leistungsprinzip nichts mit „Ausbeutung" oder „Antreiberei" zu tun hatten. Auf diese Weise halfen die westdeutschen Arbeiterdelegationen ihrerseits manchem Arbeiter in der DDR, die Überreste der reformistischen Ideologie zu überwinden und das sozialistische Bewußtsein zu stärken.

Neben dem gegenseitigen Besuch von Arbeiterdelegationen wurde die Verständigung der deutschen Arbeiter dadurch gefördert, daß nach dem IV. Parteitag der SED eine Vielzahl gesamtdeutscher Konferenzen der Arbeiter der verschiedensten Industriezweige und Gewerkschaften stattfanden. So trafen sich die Bergarbeiter vom 28. bis 30. April 1954 in Böhlen, die Chemiearbeiter tagten am 3. Mai in Leuna und am 16. Oktober in Bitterfeld, die Metallarbeiter am 20. November in Halle und die Werftarbeiter am 28. November in Warnemünde.

Die gegenseitigen Besuche und gesamtdeutschen Konferenzen zeugten davon, daß sich die fortgeschrittensten deutschen Arbeiter nie mit der Teilung Deutschlands und der damit verbundenen vertieften Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung abgefunden hatten. Trotz Behinderung durch westdeutsche Staatsorgane und trotz der Verbote durch die Vorstände der SPD und des DGB nahmen die Begegnungen westdeutscher Arbeiter mit ihren Klassengenossen in der DDR seit 1954 beträchtlich zu. Ein bevorzugter Treffpunkt der Arbeiter aus beiden deutschen Staaten wurde die Messestadt Leipzig. In Aussprachen äußerten westdeutsche Arbeiter den Wunsch, den Begegnungen einen ständigen und organisierten Charakter in Form von offiziellen Konferenzen zu geben. Die SED und der FDGB entsprachen diesem Wunsch. Es wurde ein provisorischer Ständiger Ausschuß aus Mitgliedern und Funktionären der Arbeiterorganisationen beider

deutscher Staaten gebildet. Dieser berief zum 10. September 1954 die I. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz nach Leipzig ein.

An der I. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz nahmen etwa 900 Gewerkschaftsfunktionäre aus Westdeutschland und Westberlin teil. Die Delegierten begrüßten die Wiederaufnahme der seit 1948 unterbrochenen Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften. Sie riefen alle deutschen Arbeiter auf, den Kampf gegen den deutschen Militarismus bis zu dessen endgültiger Niederlage weiterzuführen. Die Konferenz beschloß ein Aktionsprogramm der gewerkschaftlichen Arbeit und des gewerkschaftlichen Kampfes[181] und wählte einen Ausschuß zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, dem 100 Arbeiter aus der Bundesrepublik und aus Westberlin und 30 Vertreter des FDGB angehörten.

Mit den Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen, deren Bedeutung von Jahr zu Jahr zunahm, erreichten die Treffen von Arbeitern beider deutschen Staaten eine höhere Stufe. Sie verkörperten eine neue Form des Kampfes um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse. Auf den Konferenzen waren Mitglieder und Funktionäre der SED, der KPD, des FDGB, der SPD, des DGB, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, christliche und auch nichtorganisierte Arbeiter vertreten. Zwei Drittel der Teilnehmer kamen in der Regel aus der Bundesrepublik. Auf den Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen legte die Arbeiterklasse der DDR vor den Arbeitern Westdeutschlands Rechenschaft darüber ab, wie sie ihre nationalen und ihre internationalen Aufgaben erfüllt. In der damaligen Zeit bestand die wichtigste Aufgabe der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen darin, der Arbeiterklasse im Westen Deutschlands den Weg zu zeigen, wie der gemeinsame Kampf gegen das Wiedererstehen des Militarismus und gegen die Errichtung eines klerikal-militaristischen Regimes in der Bundesrepublik zu führen ist. Die Arbeiterkonferenzen wurden zu Zentren des Erfahrungsaustausches der deutschen Arbeiterklasse. Sie förderten die Ausarbeitung einer selbständigen Arbeiterpolitik, vor allem für die Arbeiterklasse in Westdeutschland.

Die vielfältige Initiative der SED zur Verständigung der deutschen Arbeiter zeugte davon, daß sie alle Kräfte anspannte, um durch die Bildung einer gemeinsamen Kampffront aller Gegner des Militarismus eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands und damit eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern.

[181] Dokument Nr. 77.

3. Die Herausbildung stabiler Grundlagen der sozialistischen Kultur

Bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus und im Kampf gegen das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland hatten die Kulturschaffenden in der DDR verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Sie mußten sich der künstlerischen Gestaltung der neuen menschlichen Beziehungen zuwenden, die aus der sozialistischen Umwälzung erwuchsen. Dazu war es notwendig, daß die Kulturschaffenden die einstmals durch die Lebens- und Schaffensbedingungen des Künstlers in der kapitalistischen Gesellschaft hervorgerufene isolierte Lebensweise überwanden. Die SED forderte deshalb alle Kulturschaffenden auf, engere Verbindung mit den werktätigen Menschen, besonders mit den besten von ihnen, zu schaffen und aufmerksamer und gründlicher deren Charakter und Eigenschaften zu studieren. Durch die Klärung wichtiger politisch-ideologischer Probleme und durch die nachdrückliche Unterstützung der vorwärtsweisenden Tendenzen förderte die Führung der SED die Hinwendung der Künstler zur Gestaltung der neuen menschlichen Beziehungen.

Unmittelbar nach der 2. Parteikonferenz der SED, am 22. Juli 1952, verabschiedete das Politbüro der SED den Beschluß „Für den Aufschwung der fortschrittlichen deutschen Filmkunst". Die SED forderte die Anwendung der Prinzipien des sozialistischen Realismus und rief die Filmschaffenden auf, den Kampf um das neue Deutschland und den Aufbau des Sozialismus in der DDR künstlerisch zu gestalten. Eine Konferenz der Filmschaffenden, die am 17. und 18. September 1952 vom Zentralkomitee der SED veranstaltet wurde, beriet und unterstützte die Vorschläge des Politbüros. In einem Beschluß vom 26. Mai 1953 „Über die Verbesserung der Literaturkritik, der Bibliographie und Propagierung des fortschrittlichen Buches" unterbreitete das Politbüro eine Reihe von Maßnahmen, um den Meinungsstreit auf dem Gebiet der Literatur zu fördern und die Werktätigen gründlicher und schneller mit literarischen und fachwissenschaftlichen Neuerscheinungen bekannt zu machen. Auch über die bildende Kunst und andere Gebiete des kulturellen Schaffens faßte die Führung der SED wegweisende Beschlüsse, in denen wichtige Prinzipien des sozialistischen Realismus und der sozialistischen Kulturrevolution begründet wurden.

Besonders die III. Deutsche Kunstausstellung, die im Frühjahr 1953 eröffnet wurde, zeigte bereits bedeutsame Fortschritte in der künstlerischen Bewältigung neuer Fragen, der Thematik des Friedenskampfes, der Bewegung der Neuerer, der Entstehung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, der Freundschaft zur Sowjetunion. Zu den hervorragenden Werken gehörten besonders Rudolf Berganders Gruppenbild „Hausfriedenskomitee", Fritz Cremers Plastik „Aufbauhelfer", die später ihren Platz vor dem Berliner Rathaus fand, sowie die Karl-Marx-Büste von Will Lammert. Die Erfolge der Kulturschaffenden der DDR fanden auch internationale Anerkennung. Anna Seghers und Johannes R. Becher wurden 1952 und 1953 als erste Repräsentanten des fortschrittlichen deutschen Geisteslebens in Moskau mit dem Internationalen Friedenspreis ausgezeichnet. Im August 1952 errang der DEFA-Film „Das verurteilte Dorf" (Buch: Jeanne und Kurt Stern, Regie: Martin Hellberg), der den Widerstand westdeutscher Bauern gegen die Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Besatzungsmacht künstlerisch gestaltete, bei den VII. Internationalen Filmfestspielen in Karlovy Vary einen Friedenspreis. Weltgeltung erlangten die Inszenierungen Walter Felsensteins in der Komischen Oper und die Schauspielinszenierungen des von Bertolt Brecht und Helene Weigel geleiteten Berliner Ensembles.

Die SED und die Regierung der DDR förderten die Zusammenarbeit der Kulturschaffenden in beiden deutschen Staaten für eine humanistische deutsche Kultur und traten entschieden den Bestrebungen der deutschen Imperialisten entgegen, auch auf kulturellem Gebiet einen „Eisernen Vorhang" zu errichten.[182] Am 25. November 1953 schlug die Regierung der DDR vor, ein Gremium aus Kulturschaffenden beider deutscher Staaten zu bilden, das über die Verbreitung humanistischer Werke und über das Verbot von Werken, die die Vorbereitung eines Krieges unterstützen, entscheiden sollte. Die SED und die Regierung der DDR unterstützten jede praktische Maßnahme, die der Verteidigung der humanistischen Kultur und der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands dienten. Sie begrüßten die Begegnungen von Wissenschaftlern und Künstlern aus beiden deutschen Staaten, in denen diese über die besondere Verantwortung der Kulturschaffenden im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands berieten. Um die Ost-West-Gespräche der

[182] Dokument Nr. 74.

Kulturschaffenden machte sich besonders Johannes R. Becher verdient. Die Bemühungen der DDR um eine humanistische deutsche Kultur stärkten den Widerstandswillen derjenigen Wissenschaftler und Künstler in der Bundesrepublik und in Westberlin, die sich gegen die Militarisierung und die Amerikanisierung des kulturellen Lebens zur Wehr setzten. Sie trugen dazu bei, daß sich zahlreiche Kulturschaffende in beiden deutschen Staaten in die Kampffront für den Frieden und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands einreihten.

Die Entwicklung der Kultur auf sozialistischem Wege vollzog sich nicht ohne Widersprüche. Die Wandlungen im gesellschaftlichen Leben und die neuen gestalterischen Aufgaben riefen bei vielen Kunstschaffenden Schwierigkeiten im Schaffensprozeß hervor. Es gab bei manchen Künstlern und Schriftstellern ernste Krisen, weil sie nicht konsequent den Weg zur engeren Verbindung mit den Werktätigen beschritten. Nicht alle Kunstschaffenden begriffen den Aufbau des Sozialismus als grundlegende geschichtliche Umwälzung in allen Lebensbereichen. Sie reduzierten ihn lediglich auf ökonomische Probleme und verstanden nicht, daß die Größe dieses Prozesses nur demjenigen künstlerisch gestaltungswürdig erscheint und gestaltbar wird, der für die Sache des Sozialismus mit seiner ganzen Persönlichkeit rückhaltlos Partei ergreift.

Diese Unklarheiten begünstigten es, daß dem Gegner in den Monaten der akuten Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland Ende 1952 und in der ersten Hälfte des Jahres 1953 an der ideologischen Front Einbrüche möglich waren, die sich auf viele Gebiete des kulturellen Lebens auswirkten.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen den Dogmatismus" versuchten revisionistische Kräfte, die Intelligenz und andere Bevölkerungsschichten in der DDR zu beeinflussen. Sie verbreiteten revisionistische Anschauungen, die sich vor allem gegen die führende Rolle der SED in der Kulturrevolution, gegen die Arbeiterklasse als neuem gesellschaftlichen Auftraggeber der Kunst und Literatur und gegen die Literatur- und Kunstkritik als Mittel der parteilichen Führung der kulturellen Revolution richteten.

Nach dem Scheitern ihrer Provokationen und Putschversuche wechselte die Bourgeoisie ihre Taktik im kulturell-ideologischen Bereich. Unter dem Deckmantel, die „menschlichen Kontakte" zu fördern und die „nationalen Kulturgüter zu wahren", versuchte sie, die feste Position der Arbeiter-und-Bauern-Macht gegenüber der imperialistischen

Reaktion „aufzuweichen". Damit wollte sie besonders die künstlerische Intelligenz auf ihre Seite ziehen. Dieser veränderten Taktik kamen Auffassungen mancher Kulturschaffenden entgegen, die ihrerseits sich dem Westen „anzunähern" versuchten, weil sie meinten, daß das im Interesse der „Einheit der nationalen Kultur" nötig sei. Doch eine solche „Annäherung" lief letztlich auf Zugeständnisse an die Dekadenz und die politische Reaktion hinaus und bedeutete Verzicht auf die sozialistische Perspektive und auf die Prinzipien fortschrittlichen realistischen Schaffens.

In der bildenden Kunst zum Beispiel ließ seit 1953 die Intensität des Kampfes für den sozialistischen Realismus nach. Werke zu großen bewegenden gesellschaftlichen Themen verschwanden mehr und mehr aus den Ausstellungen. Infolge der Diffamierung der Kulturpolitik der SED durch revisionistische Kräfte, die vor allem die Kulturfunktionäre verleumdeten, zweifelten viele Künstler an der Richtigkeit des Weges und gaben schon erreichte realistische Positionen wieder auf. Manche Kulturschaffende erfaßten nicht die Schärfe und Schonungslosigkeit des Klassenkampfes zwischen den beiden Lagern. Sie hegten Illusionen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ohne Klassenkampf und unter Verlangsamung oder gar Preisgabe des sozialistischen Aufbaus in der DDR zustande kommen könne.

Irrige und dogmatische Theorien und Tendenzen in der Literatur- und Kunstkritik – wie die Theorie der „Konfliktlosigkeit" – hemmten ebenfalls die weitere Entwicklung der Kulturrevolution.

Die Führung der SED verfolgte aufmerksam die Entwicklung des kulturellen und geistigen Lebens. Sie wies entschieden alle revisionistischen Angriffe zurück und setzte sich gleichzeitig beharrlich und geduldig mit Schwankungen und unklaren Auffassungen unter den Kulturschaffenden auseinander. Sie unterstützte das aktive Eingreifen der fortgeschrittensten Arbeiter in den Prozeß der schöpferischen Weiterentwicklung der Kultur. Am 27. Januar 1955 forderten die Kumpel des VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt in einem offenen Brief die Schriftsteller der DDR auf, mehr und bessere Bücher über das Leben der Werktätigen und ihren Kampf um das Neue zu schreiben. Viele Kulturschaffende erkannten damals die Bedeutung dieses Briefes noch nicht, so daß er zwar eine heftige Diskussion auslöste, aber zunächst noch ohne unmittelbare Ergebnisse blieb.

Die vielfältigen Bemühungen der SED um eine enge Verbindung der Künstler mit dem Leben und dem Kampf des Volkes trugen je-

doch zu den bedeutenden Leistungen bei, die auch in dieser Zeit in Kunst und Literatur vollbracht wurden. Diese Leistungen zeugten von der Kontinuität in der Entwicklung der sozialistischen Kunst. Starke künstlerische Kräfte ließen sich nicht von ihrem Weg abdrängen und schufen hervorragende Werke, die das Antlitz der sozialistischen deutschen Kunst mitbestimmen. Die Plastik brachte ausgezeichnete Werke hervor. So arbeitete in diesen Jahren der Bildhauer Fritz Cremer an seinem bisher bedeutendsten Werk: dem 1958 vollendeten Mahnmal für die Gedenkstätte der Toten des antifaschistischen Kampfes im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald. Den hervorragenden Künstlern der älteren Generation trat eine neue Generation junger Künstler, die unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht ihre Ausbildung erhalten hatten, mit starker schöpferischer Kraft zur Seite.

Auch in den Jahren der massiven ideologischen Gegenoffensive der Bourgeoisie blieben viele Künstler, mehr oder weniger konsequent, der realistischen Methode treu. Sie bestimmten den wirklichen Charakter der Kunst in dieser Zeit. Ihr Schaffen bildete das feste Fundament einer realistischen Kunst, die unter der Einwirkung der SED und beflügelt vom sozialistischen Aufbau wieder einen Aufschwung nahm.

Die revolutionären Traditionen des deutschen Volkes wurden lebendig in Friedrich Wolfs Drama „Thomas Müntzer" (1953), in Hedda Zinners Schauspiel „Der Teufelskreis" (1953), in Bodo Uhses Roman „Die Patrioten" (1954) und in Ludwig Renns Erlebnisbericht „Der spanische Krieg" (1955). Ende 1953 schloß Willi Bredel seine große Romantrilogie über den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts ab. Von Arnold Zweig erschien 1954 im Rahmen des Grischa-Zyklus der Roman „Die Feuerpause". Novellen und Erzählungen veröffentlichten Jurij Brežan, Gotthold Gloger, Otto Gotsche, Wolfgang Joho und Anna Seghers. Erwin Strittmatter gestaltete in seinem Roman „Tinko" (1954) die Probleme beim Übergang zur genossenschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft. Die Lage der deutschen Landarbeiter von der Jahrhundertwende bis zum Ende des zweiten Weltkrieges beschrieb Benno Voelkner in seinem Roman „Die Leute von Karvenbruch" (1955). Am 31. Januar 1954 wurde Johannes R. Bechers Schauspiel „Die Winterschlacht" in Leipzig erstaufgeführt. Hanns Eisler schrieb die Musik für die Inszenierung der „Winterschlacht" durch das Berliner Ensemble. Paul Dessau und Friedrich Wolf schufen gemeinsam das

Melodram „Lilo Herrmann". Auf literarischem Gebiet leisteten die führenden Kräfte, besonders Johannes R. Becher und Bertolt Brecht, einen maßgeblichen Beitrag zur Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Literaturtheorie beziehungsweise zur Theorie der sozialistischen Theaterkunst.

Wenngleich das Filmwesen von den ideologischen Schwankungen nicht unbeeinflußt blieb, entstanden gerade 1954 und 1955 hervorragende Werke, vor allem der zweiteilige Ernst-Thälmann-Film (Buch: Willi Bredel und Michael Tschesno-Hell, Regie: Kurt Maetzig) sowie „Stärker als die Nacht" unter der Regie von Slatan Dudow und nach dem Drehbuch von Jeanne und Kurt Stern, ein Film über den antifaschistischen Widerstandskampf.

Immer größeren Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Volksmassen und immer höhere Qualität erlangte der Deutsche Fernsehfunk als neues und überaus wirkungsvolles Instrument der sozialistischen Kulturrevolution. Nachdem Ende 1952 der Probebetrieb aufgenommen worden war, begann der Deutsche Fernsehfunk in diesen Jahren, sein reguläres Programm zu senden. Stürmisch entwickelte sich das Fernsehen, vielfältig von der Führung der SED unterstützt, zu einem der bedeutendsten künstlerischen Massenmedien beim Aufbau des Sozialismus.

Eine bedeutende Rolle im Bewußtwerden der eigenen großen humanistischen Kunsttraditionen spielte die Ausstellung der 1955 von der UdSSR dem deutschen Volke übergebenen geretteten Gemälde der Dresdner Gemäldegalerie, die Tausende werktätiger Menschen für die Kunst begeisterte.

Es erwies sich als notwendig, eine zielbewußte und wissenschaftlich fundierte Leitung des komplizierten Entwicklungsprozesses der sozialistischen Kultur zu schaffen, die den erhöhten Anforderungen entsprach. Am 7. Januar 1954 wurde deshalb das Ministerium für Kultur unter Leitung von Johannes R. Becher gebildet. Das Ministerium für Kultur förderte eine schöpferische Atmosphäre, in der neue bedeutende kulturelle Werke entstanden. Es trug auch zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit demokratisch gesinnten westdeutschen Kulturschaffenden bei.[183]

Die Gewerkschaften verstärkten die kulturelle Massenarbeit und konzentrierten sich dabei besonders auf die Vermittlung hoher gesellschaftlicher, kulturell-technischer und wissenschaftlicher Kenntnisse.

[183] Dokument Nr. 74.

Die Arbeit der Kultur- und Klubhäuser wurde enger mit den ökonomischen Aufgaben des jeweiligen Betriebes verbunden. Angehörige der technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz und Neuerer der Produktion wurden für Vorträge gewonnen. Die Gewerkschaften bemühten sich, besonders der Jugend bei der Erhöhung ihrer Allgemeinbildung und der Verbesserung ihrer fachlichen Ausbildung zu helfen.

Im Bereich der Volksbildung wurde das Netz der Zehnklassenschulen erweitert. Zwischen Schulen und Industriebetrieben entstanden erste Patenschaften. Neue Lehrpläne wurden herausgegeben, die sowohl die Fortschritte der Wissenschaften als auch die Anforderungen des sozialistischen Aufbaus stärker berücksichtigten. Die fachliche Qualifizierung der Lehrer erhöhte sich. Dadurch war es möglich, den wissenschaftlichen Gehalt des Unterrichts zu verbessern. Am 1. September 1955 wurde in den Schwerpunktgebieten der Industrie und Landwirtschaft die zehnklassige Mittelschule eingeführt und das Ziel gestellt, allmählich in der gesamten DDR zur obligatorischen zehnklassigen polytechnischen Schulbildung überzugehen. Zur gleichen Zeit vergrößerte sich in Westdeutschland die Zahl der einklassigen und wenig gegliederten Schulen. Durch die Konfessionalisierung des Schulwesens wurde eine Reihe der nach 1945 erkämpften Fortschritte wieder rückgängig gemacht. Auf dem Gebiet des Bildungswesens wurde Westdeutschland bereits in dieser Zeit von der DDR überholt.

Es hatten sich in der DDR somit am Ende des ersten Fünfjahrplans stabile Grundlagen der sozialistischen Kultur herausgebildet. Auf der 3. Parteikonferenz der SED konnte Walter Ulbricht feststellen: „Mit dem Werden und Wachsen unserer sozialistischen Gesellschaft hat sich auf allen Gebieten der Kunst ein Umschwung angebahnt. Das bei uns stürmisch vorwärtsgehende Leben wurde zum stärksten Lehrmeister auch für die Künstler... Wir begrüßen das aufrichtige Ringen unserer Schriftsteller und Künstler um eine Klärung der Probleme. Wir begrüßen ihren ideologischen Meinungsstreit, der immer sachlicher und tiefgehender geworden ist. Wir können nach Abschluß des ersten Fünfjahrplans sagen, daß sich auf allen Gebieten der Kunst, wenn auch noch ungleichmäßig, der sozialistische Realismus als die fortgeschrittenste schöpferische Methode unserer Zeit erfolgreich durchsetzt."[184]

184 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 24. März bis 30. März 1956, Bd. I, Berlin 1956, S. 46.

4. Die Ausarbeitung wesentlicher Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus durch die 21. Tagung des Zentralkomitees der SED. Der Volkswiderstand gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. Der Eintritt Westdeutschlands in die NATO

Um die Jahreswende 1954/1955 hatte die DDR einen solchen Stand der Entwicklung erreicht, daß es möglich wurde, im Jahre 1955 den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplans zu sichern. Da die SED im Sommer 1953 vor dem Angriff des Imperialismus nicht zurückgewichen, sondern ihm entschlossen entgegengetreten war und sich von ihrer Generallinie nicht hatte abbringen lassen, konnten 1954, im „Jahr der großen Initiative", die zeitweilig auftretenden besonderen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus bedeutend vermindert, die Lebenslage des Volkes fühlbar verbessert und die Staatsmacht gefestigt werden.

Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde 1954 mit 100,2 Prozent erfüllt. Das war gegenüber 1953 eine Steigerung um 10 Prozent. Die Produktion von Verbrauchsgütern stieg gegenüber dem Vorjahr um 2 Milliarden DM und der Warenumsatz um 2,3 Milliarden DM. Der Außenhandelsumsatz erreichte fast das Dreifache des Standes von 1950. Im Energiewesen wurden neue große Kapazitäten in Betrieb genommen. Bei der Verwirklichung der Verordnung vom 10. Dezember 1953 konnten die Arbeitsbedingungen der Werktätigen bedeutend verbessert werden. Das wichtigste Ergebnis des „Jahres der großen Initiative" war die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihre erhöhte Aktivität in der materiellen Produktion. Die Zahl der Produktionsberatungen in den sozialistischen Betrieben und der Verbesserungsvorschläge stieg beträchtlich. Allein im letzten Quartal des Jahres 1954 nahmen 2,2 Millionen Werktätige an 123 820 Produktionsberatungen teil, und es wurden fast 100 000 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen zwei Drittel verwirklicht werden konnten.

Die Produktionsberatungen, auf denen die Arbeiter gemeinsam mit der Intelligenz und der Betriebsleitung über die besten Möglichkeiten zur Erfüllung der Planaufgaben berieten, wurden in der Regel von den Gewerkschaftsgruppenorganisatoren in Zusammenarbeit mit den Meistern und Abteilungsleitern durchgeführt. Der Bundesvorstand

des FDGB beschäftigte sich ständig sehr aufmerksam und gründlich mit den Produktionsberatungen und verpflichtete die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben, besonders die Verbesserungsvorschläge zu fördern und die Zusammenarbeit mit der Intelligenz zu verstärken. Die regelmäßigen Produktionsberatungen trugen zur Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse bei. Sie veranschaulichten die verantwortliche Stellung der Werktätigen in der Produktion. Diese Beratungen förderten die Initiative der Werktätigen und ermöglichten es, die Erfahrungen und Fähigkeiten aller Mitglieder des Betriebskollektivs nutzbar zu machen. Die Kontrolle und die Kritik durch die Arbeiter halfen den Leitungen, ihre Arbeit besser zu organisieren und ihre Betriebe zielstrebiger zu leiten.

Vom 12. bis 14. November 1954 trat das Zentralkomitee der SED zu seiner 21. Plenartagung zusammen. Die Parteiführung legte Maßnahmen fest, die den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplans sichern sollten. Gleichzeitig entwickelte sie, gestützt auf die Erfahrungen der KPdSU und der sowjetischen Werktätigen und in Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik der SED, besonders der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz und des IV. Parteitages, wesentliche Fragen der politischen Ökonomie des sozialistischen Aufbaus. Anhand der von Frida Hockauf geprägten Losung „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein" begründete das Zentralkomitee die besondere Notwendigkeit, das Wertgesetz bei der wirtschaftlichen Rechnungsführung auszunutzen. Es lenkte die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und aller Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Rentabilität und der Sparsamkeit. Notwendig sei, die Rohstoffe auf das sparsamste zu verwenden, die moderne Produktionstechnik voll auszunutzen und alle Reserven aufzudecken. Walter Ulbricht forderte in seinem Referat[185], die wirtschaftlich-operative Selbständigkeit der einzelnen Betriebe und Industriezweige zu erhöhen und zu diesem Zweck „die Form des Rechnungswesens entsprechend der Struktur und den konkreten Erfordernissen für den einzelnen Wirtschaftszweig und sogar für jeden Betrieb festzulegen"[186]. Des weiteren komme es darauf an, konsequent das Prinzip der materiellen Interessiertheit der Arbeiter, der Angestellten und des

185 Dokument Nr. 81.

186 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. V, 1954–1956, Berlin 1964, S. 151.

leitenden Personals an der Erfüllung des Plans, der ständigen und schnellen Steigerung der Produktion und an der Rentabilität der Betriebe durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang deckte das Zentralkomitee eine Reihe ernster Mängel in der Entwicklung der Volkswirtschaft auf, die der weiteren ökonomischen Festigung der DDR im Wege standen. Einige wichtige Aufgaben der Brennstoff- und Baustoffindustrie und des Maschinenbaus waren nicht erfüllt worden. Die Akkumulation der volkseigenen Industrie lag um rund eine halbe Milliarde DM unter dem vorgesehenen Planziel. Der Plan der Selbstkostensenkung war nur zur Hälfte erfüllt worden. Ein ernstes Mißverhältnis bestand zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die 1954 um 4,1 Prozent wuchs, und der Erhöhung der Durchschnittslöhne, die 9,2 Prozent betrug. Wesentliche Ursachen für das Mißverhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten einerseits und der Erhöhung der Lohnsumme und der Materialkosten andererseits waren ungenügend entwickelte und angewandte Materialverbrauchsnormen, überholte Arbeitsnormen und ein unrhythmischer Arbeitsablauf in vielen Betrieben, hohe Wartezeiten sowie mangelhafte Vertragsbindungen und schlechte Arbeitsorganisation. Außerdem führten die den Privatunternehmern nach den Beschlüssen der 15. und 16. Tagung des Zentralkomitees gewährten Vergünstigungen zwar zu einer schnellen Steigerung der Produktion, brachten aber gleichzeitig andere Störungen mit sich. Die Profitproduktion vieler Privatbetriebe hatte zur Folge, daß auch Produktionskapazitäten erweitert wurden, an denen kein besonderes volkswirtschaftliches Interesse bestand. Dadurch traten größere Überplanbestände im Handel auf, während andererseits die Versorgung volkseigener Betriebe mit wichtigen Zulieferungen gestört wurde.

Neben den objektiven Schwierigkeiten, die aus der Spaltung Deutschlands und der offenen Grenze zum imperialistischen System herrührten, wurde die ökonomische Entwicklung auch durch ideologische Unklarheiten gehemmt, die im Zusammenhang mit der Politik des neuen Kurses aufgetreten waren. Manche Funktionäre in den Betrieben und staatlichen Verwaltungen legten den neuen Kurs opportunistisch aus und waren der Meinung, daß die Stärkung der schwerindustriellen Basis der DDR keine vorrangige Aufgabe mehr sei. Auch in den Leitungen der SED und des FDGB gab es Tendenzen,

den unvermeidlichen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus auszuweichen und die Widersprüche der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vertuschen. In vielen Betrieben wurde nicht genügend dafür getan, die eigenen Möglichkeiten voll auszunutzen. Die Forderungen der SED, rentabel und sparsam zu wirtschaften, wurden nachlässig erfüllt oder völlig ignoriert.

Ausgehend von einer wissenschaftlichen Einschätzung der Lage, forderte das Zentralkomitee der SED die Ausarbeitung einer Ökonomik der wichtigsten Industriezweige, damit die objektiven ökonomischen Gesetze unter den spezifischen Bedingungen der einzelnen Industriezweige besser wirksam werden können. Es begründete die Notwendigkeit, die Planung der Volkswirtschaft durch eine Vereinfachung und Reduzierung der Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes wesentlich zu verbessern. Die weitere Entwicklung der Planung war möglich geworden, da es den Werktätigen der DDR trotz außerordentlicher Schwierigkeiten gelungen war, eine leistungsfähige sozialistische Industrie zu errichten, die Disproportionen in der Volkswirtschaft zu verringern und vor allem mit Hilfe der Sowjetunion die Störanfälligkeit der Wirtschaft gegenüber imperialistischen Blockademaßnahmen zu vermindern. Im Kampf um die Erfüllung des ersten Fünfjahrplans waren zahlreiche qualifizierte und erfahrene Kader herangewachsen, denen nunmehr verantwortungsvollere Aufgaben bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft übertragen werden konnten. Um die Hauptaufgaben der ökonomischen Politik zu verwirklichen, forderte die Parteiführung, in der wissenschaftlichen und propagandistischen Arbeit die Erscheinungen des Dogmatismus zu überwinden, das Studium der ökonomischen Probleme in der gesamten Partei zu verstärken und unter den Werktätigen eine solche Erziehungsarbeit zu leisten, daß die Arbeiter selbst die objektiven Entwicklungsgesetze studieren, um noch bewußter an der Gestaltung des gesellschaftlichen Neuaufbaus mitzuwirken.

Auf der 21. Tagung des Zentralkomitees wurde die Wirtschaftspolitik der SED kontinuierlich und entsprechend den neuen Bedingungen schöpferisch weitergeführt. Die Parteiführung rückte die ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den Mittelpunkt und orientierte insbesondere auf die konsequente Ausnutzung des Wertgesetzes in der materiellen Produktion. Sie zeigte den Weg, wie durch die systematische Entwicklung der Produktivkräfte die herangereiften neuen Aufgaben und Probleme des sozialistischen Aufbaus gelöst und

noch bestehende Schwierigkeiten überwunden werden können. Die rasche ökonomische Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht war zugleich der wichtigste Beitrag der Werktätigen der DDR, um den aggressiven Plänen des deutschen Imperialismus zu begegnen.

Nach der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED konzentrierten sich die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in zahlreichen Betrieben vor allem darauf, die Rentabilität ihrer Betriebe zu erhöhen. Ein entscheidendes Mittel hierzu war der vom Eisenhüttenwerk Thale ausgehende Wettbewerb von Mann zu Mann.

Am 30. Oktober 1954 hatte sich der Presser Werner Hesse im Eisenhüttenwerk Thale verpflichtet, seinen Plan für 1954 vorfristig zu erfüllen. Neu war dabei, daß Werner Hesse nicht einfach eine Selbstverpflichtung abgab, sondern den Jugendbrigadier Heinz Werner aufforderte, mit ihm in einen persönlichen Wettbewerb zu treten. Dem Beispiel dieser beiden Arbeiter schlossen sich in kurzer Zeit Hunderte Hüttenwerker und bald ganze Brigaden von Thale an. Damit begann eine neue Stufe des Wettbewerbs: der Wettbewerb von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade sowie zwischen Meisterbereichen und Abteilungen. Am 27. November wandten sich die Hüttenwerker von Thale an die Werktätigen aller volkseigenen Betriebe und schlugen ihnen vor, ihrem Beispiel zu folgen. „Damit werden wir", so hieß es in dem Aufruf, „erfolgreich den Kampf um die Rentabilität unserer Betriebe führen und mithelfen, das Jahr 1955 zum erfolgreichsten Jahr des ersten Fünfjahrplanes zu machen."[187]

Zahlreiche Arbeiter, Brigaden, Meisterbereiche und Betriebsabteilungen leisteten diesem Aufruf Folge. Der Kampf um die Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe wurde zu einer Massenbewegung. Gemäß den Vorschlägen der 21. Tagung des Zentralkomitees, faßte der Ministerrat am 16. Dezember 1954 einen Beschluß über die Vereinfachung der Planung in der volkseigenen Industrie. Die einzelnen Betriebe erhielten eine größere Verantwortung. Die Gewinne wurden nicht mehr im vollen Umfang an den Staatshaushalt abgeführt, sondern ein Teil davon blieb als Direktorfonds im Betrieb und sollte zu mindestens 60 Prozent für individuelle Prämiierungen hervorragender Leistungen Verwendung finden. Dadurch wurden die Betriebsbelegschaften stärker an der Erfüllung des Gewinnplanes und damit an der Erhöhung der Rentabilität der Betriebe interessiert.

187 Tribüne (Berlin), 27. November 1954.

Die neue Wettbewerbsbewegung griff auch auf die sozialistische Landwirtschaft über. Am 7. Januar 1955 wandte sich die Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch" der MTS Schönebeck-Nord an alle Traktoristenbrigaden mit dem Aufruf, durch Qualitätsarbeit höhere Erträge zu erzielen und gleichzeitig die Kosten zu senken.[188] Jeder Traktorist der Brigade kannte seinen Anteil am Jahresplan sowie die entsprechenden Kosten und verpflichtete sich, die ihm übergebenen Traktoren und Geräte im Zwei-Schichten-System voll auszunutzen. Als Schönebecker Methode fanden die Vorschläge der Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch" zur Verwirklichung der Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung und Arbeitsorganisation bald Verbreitung.

Ende August 1954 lehnte die Mehrheit der französischen Nationalversammlung die Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris ab. Damit war das EVG-Projekt gescheitert. Die gesamte Nachkriegskonzeption der reaktionären Kreise in den USA und in Westdeutschland drohte zusammenzubrechen. „Es war ein Augenblick tiefer Erschütterung für Dr. Adenauer", schrieb später der damalige britische Außenminister Anthony Eden, „als alles das, wofür er gearbeitet hatte, zum Scheitern verurteilt zu sein schien ..."[189] Die friedliebende Menschheit jedoch begann aufzuatmen und schöpfte neue Hoffnungen.

Nach dem Fiasko des EVG-Projekts stellte der Ministerrat der DDR am 3. September 1954 in einer Entschließung fest, daß sich nunmehr neue Möglichkeiten für die Sicherung des Friedens in Europa und für die friedliche Lösung des Deutschlandproblems ergeben. Die Regierung der DDR schlug gesamtdeutsche Gespräche vor und erklärte sich bereit, alle Schritte zu unterstützen, die einer Verständigung dienen. Die Bundesregierung und die reaktionären Kreise in anderen imperialistischen Staaten suchten jedoch fieberhaft nach einem Weg, um Westdeutschland trotz des Scheiterns der EVG aufzurüsten und in das imperialistische Paktsystem einzugliedern.[190] Bereits am 28. September 1954 wurde in London eine Neunmächtekonferenz unter Beteiligung Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, der USA und Westdeutschlands einberufen.[191] Die Konferenz beschloß auf Druck der

188 Dokument Nr. 85.

189 Der Spiegel (Hamburg), Nr. 41, 9. Oktober 1963, S. 24.

190 Dokument Nr. 76.

191 Dokument Nr. 78.

amerikanischen Imperialisten, dem NATO-Rat die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO zu empfehlen. Ferner wurde der Brüsseler Pakt vom März 1948 zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert, und Westdeutschland sowie Italien wurden als deren Mitglieder aufgenommen. Auf der Konferenz drohte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles, die amerikanischen Truppen aus Europa abzuziehen, wenn kein westeuropäischer Militärpakt zustande käme. Im Oktober wurden schließlich auf mehreren Konferenzen der imperialistischen Mächte die Pariser Verträge beschlossen. Konrad Adenauer unterzeichnete die Verträge am 23. Oktober 1954.[192]

Hauptinhalt der Pariser Verträge war die Wiederherstellung des deutschen Militarismus und die Einbeziehung der Bundesrepublik in den NATO-Kriegspakt. Westdeutschland erhielt offiziell die Möglichkeit, eine Armee von 500 000 Mann aufzustellen. Durch die gleichzeitige Mitgliedschaft in der WEU wurden Westdeutschland mit Rücksicht auf die internationale Protestbewegung gegen den aggressiven deutschen Militarismus und nicht zuletzt aus Konkurrenzgründen bestimmte Rüstungsbeschränkungen auferlegt, unter anderem das Verbot der Herstellung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen und von Raketen sowie der Verzicht auf den Besitz von strategischen Bombern und von Kriegsschiffen über 3000 Tonnen. Einige dieser Beschränkungen wurden später aufgehoben oder umgangen. Die „Verzichtklausel" bildete kein ernsthaftes Hindernis für das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Militarismus. Entgegen den Erklärungen der Signatarstaaten, wonach die Bundesrepublik – wie es in Artikel I des neuen Deutschlandvertrages hieß – angeblich „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben" soll und das Besatzungsregime aufgehoben wird, erwies sich, daß die Pariser Verträge mit den gleichen Einschränkungen der Souveränität verbunden waren wie Generalvertrag und EVG. Laut Artikel II des Deutschlandvertrages „behalten die Drei Mächte [Frankreich, Großbritannien und die USA] die bisher von ihnen ... innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung".[193] Die Bundesregierung verzichtete damit offiziell auf jede nationale Politik und gab wesentliche Souveräni-

[192] Dokument Nr. 80.

[193] Keesing's Archiv der Gegenwart, 1954, S. 4804.

tätsrechte preis. Mit der Einschränkung der Souveränität war die Stationierung ausländischer Truppen und die unbegrenzte Fortdauer des Besatzungsregimes in Westdeutschland verbunden. Die Pariser Verträge gaben den westlichen Besatzungsmächten jederzeit die Befugnis, in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einzugreifen.

Der Staatsstreich, den Konrad Adenauer mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge vollzog, war der brutalste Schlag der deutschen Imperialisten gegen die Interessen der Nation. Offenbar hielten die deutschen Imperialisten die Periode der Stabilisierung ihrer Macht für abgeschlossen und wollten nunmehr zu einer Politik der aggressiven und kriegerischen „Lösung" der deutschen Frage übergehen. Sie gaben sich der abenteuerlichen Hoffnung hin, daß ein wiederaufgerüstetes Westdeutschland mit einer starken Armee und gestützt auf die NATO in der Lage wäre, das mit der Existenz der DDR entstandene Kräfteverhältnis in Deutschland zu ihren Gunsten zu verändern und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren.

Diese Ziele zeugten davon, daß die herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals auch nach der vernichtenden Niederlage im zweiten Weltkrieg ihre wahnwitzigen Weltherrschaftspläne nicht aufgegeben hatten. Diese waren lediglich zeitweilig in den Hintergrund getreten. In dem Maße, wie der westdeutsche Imperialismus ökonomisch und politisch erstarkte, traten seine alten expansionistischen und revanchistischen Ziele und Forderungen mehr und mehr in den Vordergrund. Durch den Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus erhielten Aggressivität und Reaktion als charakteristische Eigenschaft des imperialistischen Systems neue Impulse.

Wie seit Beginn seiner Existenz ist für den deutschen Imperialismus auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein äußerst hohes Maß an Aggressivität charakteristisch.

Diese besondere Aggressivität wird erstens durch die historische Situation bestimmt, die sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte. Der deutsche Imperialismus konnte nur wiedererstehen, indem er die staatliche Einheit Deutschlands zerstörte und Westdeutschland im Bunde mit dem amerikanischen Imperialismus in den Hauptstoßkeil der NATO gegen das sozialistische Lager verwandelte. Der nach dem zweiten Weltkrieg wiedererstandene deutsche Imperialismus war demnach Produkt und zugleich Triebkraft des kalten Krieges. Internationale Spannungen bildeten sein Lebenselexier, während jeder

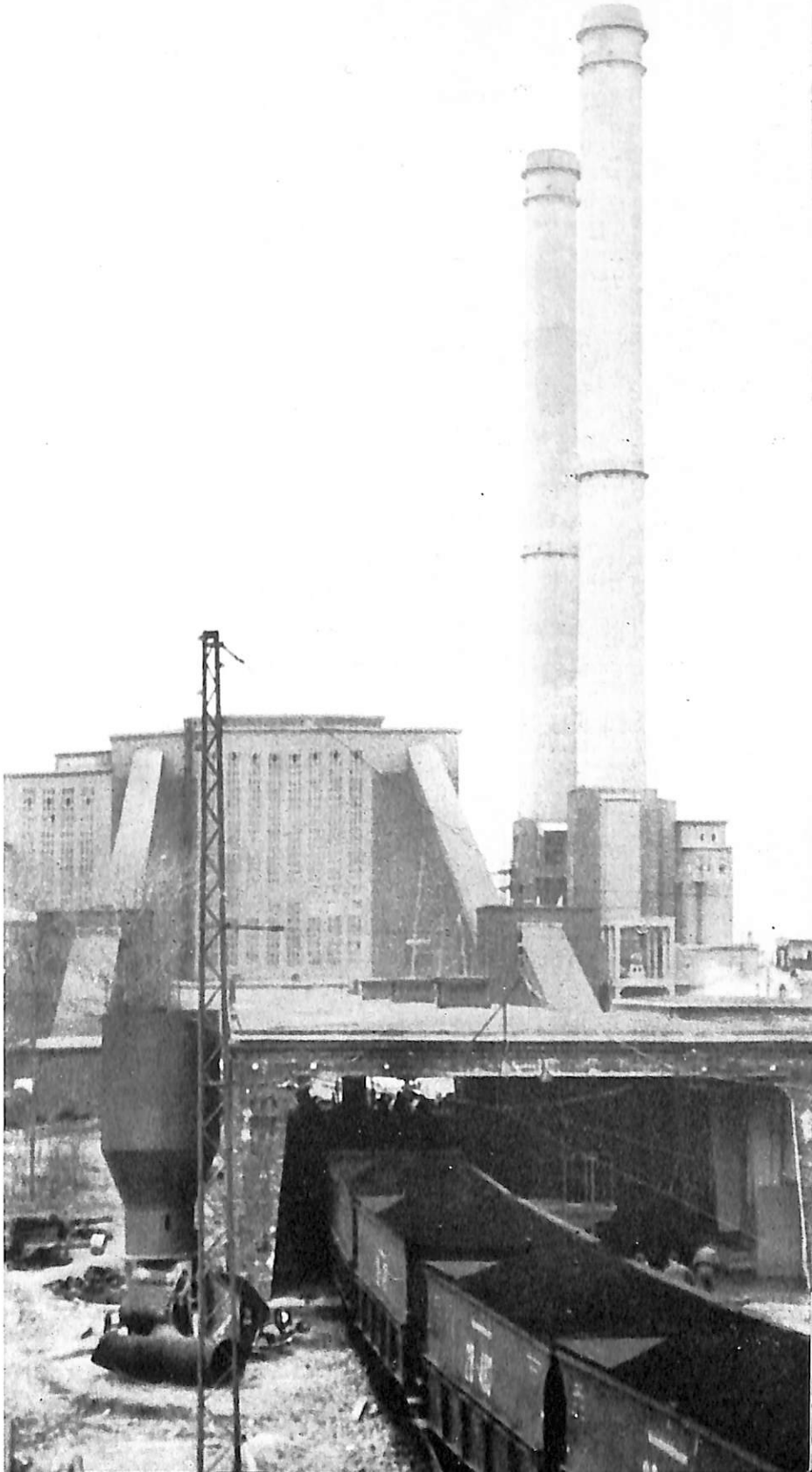
Schritt zur Entspannung seine Position untergrub. Darum trat er ständig als Störenfried, als Feind jeglicher Entspannung auf, um seine Existenzbedingungen nicht zu gefährden.

Im Bestehen der DDR sehen die deutschen Imperialisten das Haupthindernis für ihre aggressiven Pläne. Deshalb richtet sich ihre besondere Aggressivität in erster Linie gegen die DDR. Es geht ihnen darum, das Bollwerk des Friedens in Deutschland zu beseitigen und eine günstige Ausgangsbasis für den Überfall der gesamten NATO-Streitmacht auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten zu schaffen. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR zu stürzen, ist das Minimalziel der revanchistischen Politik des Dranges nach dem Osten und hat mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands nicht das geringste zu tun.

Ein zweiter Faktor, der die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus bestimmt, ist das Wiederaufleben des alten Widerspruchs zwischen seiner ökonomischen Stärke und seinem politischen Einfluß in der Welt. Obwohl der deutsche Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg einen beträchtlichen Teil seines Territoriums, seiner Produktionskapazitäten und Einflußsphären verloren hatte, verfügte er bald wieder über bedeutende ökonomische Kräfte. Die westdeutsche Industrieproduktion entwickelte sich in den fünfziger Jahren in weit schnellerem Tempo als in nahezu allen anderen imperialistischen Staaten. Der Widerspruch zwischen der ökonomischen Stärke und dem politischen Einfluß des deutschen Monopolkapitals in der Welt bildete die Grundlage für seine Bestrebungen, die Vorherrschaft in Westeuropa, besonders in den internationalen staatsmonopolistischen Organisationen, zu erobern und für seine aggressive neokolonialistische Politik auszunutzen.

Drittens wurzelt die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus in dem Widerspruch zwischen seinen weitgespannten expansionistischen Zielen und den vorhandenen ökonomischen, politischen und militärischen Mitteln. Diesen Widerspruch versuchen die aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus durch besonders abenteuerliche Methoden der Kriegsvorbereitung und Kriegführung zu überwinden. Eine große Rolle spielen dabei die verschiedenen Varianten der sogenannten Blitzkriegsstrategie, die von den deutschen Militaristen schon im ersten und zweiten Weltkrieg ohne Erfolg angewendet wurde.

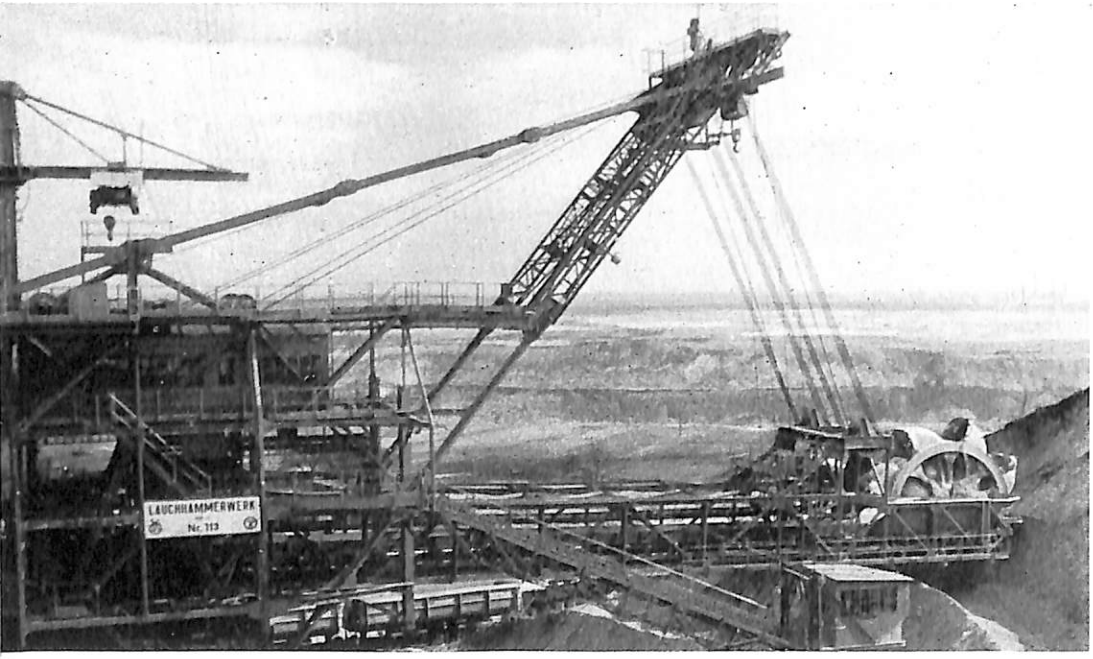
Nach der Londoner Neunmächtekonferenz und der Unterzeichnung



Kraftwerk
„Elbe“
in Vockerode,
1955



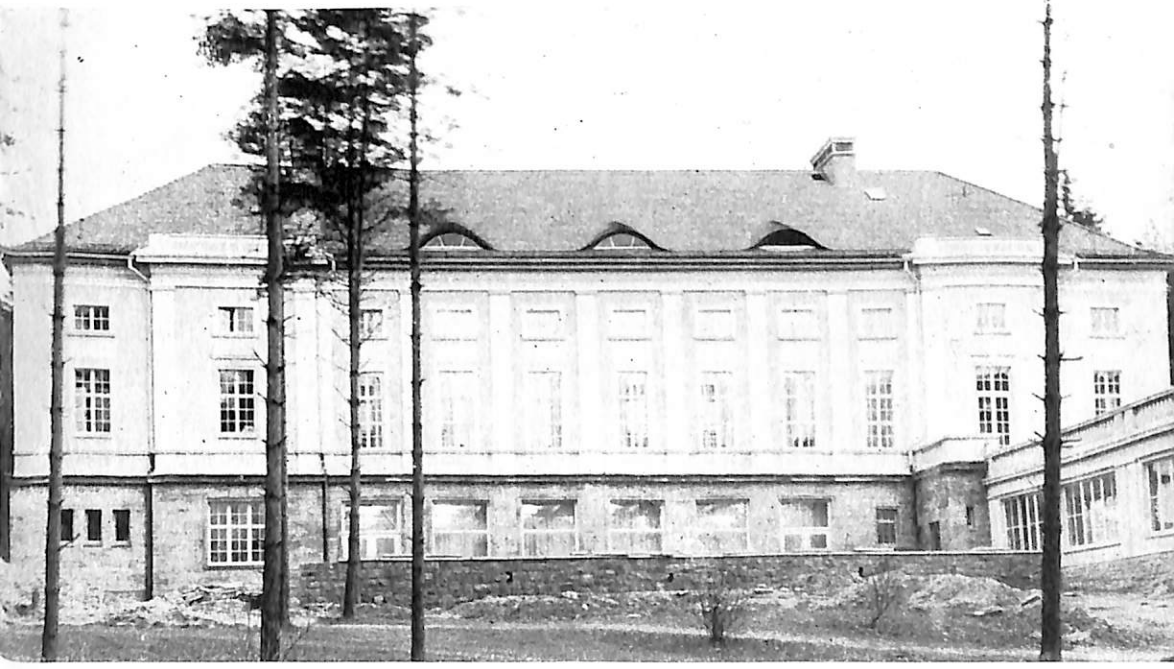
Kinderkrippe in der Gemeinde Manschnow, Kreis Seelow



Blick auf den Braunkohlentagebau „Freundschaft" bei Lauchhammer, 1955



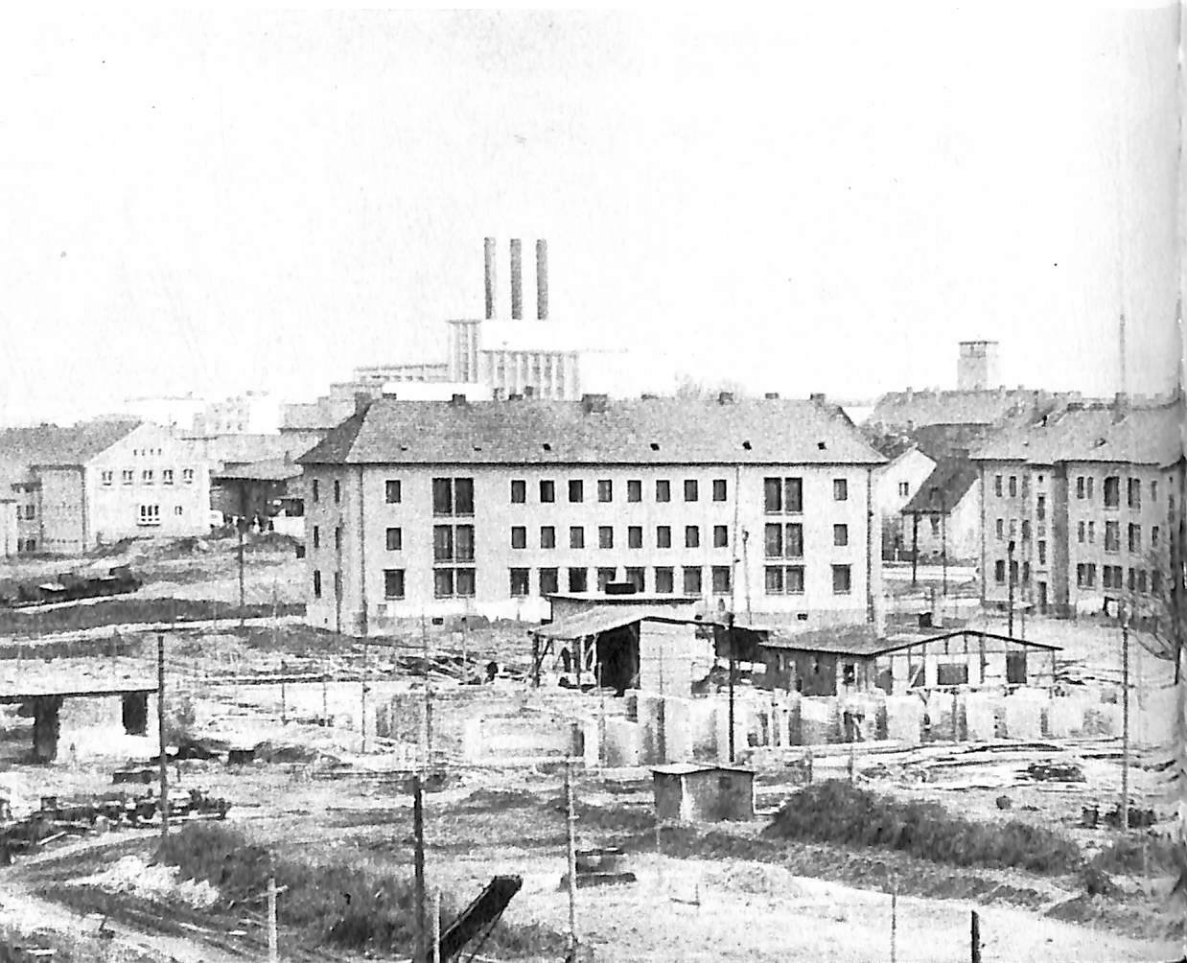
In vielen Jugendherbergen
verleben die Schüler frohe Ferientage



Klubhaus der Tbc-Heilstätte Bad Berka



Abstich an einem Niederschachtofen im VEB Eisenhüttenwerk West in Calbe, 1954



Wohnungsbauten in Calbe, 1954





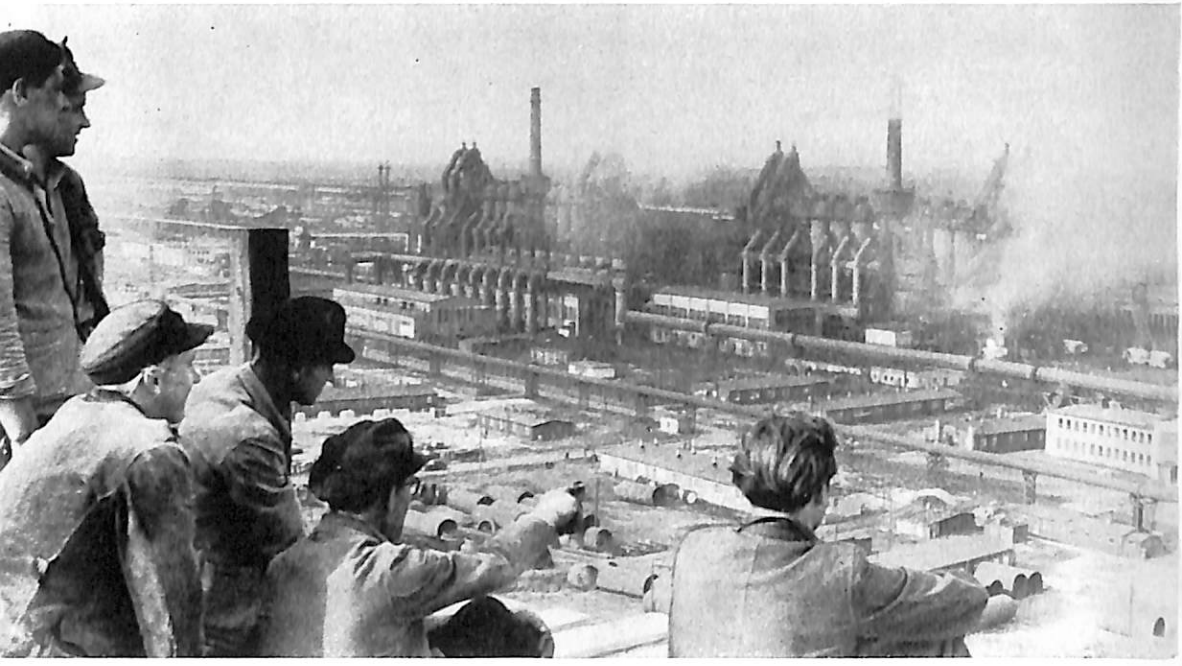
Thomas Mann während seines Besuches in der DDR, Mai 1955



Helene Weigel in Bert Brechts Drama „Mutter Courage und ihre Kinder"



Lubomir Linhart, Botschafter der ČSR in der DDR, Johannes R. Becher und Alexander Abusch während der Eröffnung des Hauses der tschechoslowakischen Kultur in Berlin, 12. Dezember 1955



Blick auf das Eisenhüttenkombinat Ost, 1955



Beginn der Aufbauarbeiten für das Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe", 31. August 1955

der Pariser Verträge durch Konrad Adenauer unternahmen die Friedenskräfte gewaltige Anstrengungen, um in letzter Stunde eine Verständigung herbeizuführen und die Gefahr, die das Wiedererstehen des deutschen Militarismus heraufbeschwor, von den Völkern abzuwenden.

Am 23. Oktober 1954, am gleichen Tag, als der westdeutsche Kanzler die Verträge unterzeichnete, richtete die Regierung der UdSSR an die drei Westmächte eine Note, in der sie vorschlug, noch im November eine Außenministerkonferenz einzuberufen. Die Außenminister sollten über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und über gesamtdeutsche freie Wahlen beraten. Am 13. November wandte sich die Sowjetregierung in einer Note an die Regierungen aller europäischen Staaten und der USA und erklärte sich bereit, in Moskau oder Paris eine Konferenz über die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa anzuberaumen. In seiner Regierungserklärung vom 19. November stimmte Otto Grotewohl den Vorschlägen der Regierung der UdSSR zu und schlug seinerseits vor, daß das deutsche Volk in freier Entscheidung über die Pariser Verträge abstimmen soll. Otto Grotewohl erklärte, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages im Rahmen einer allseitigen kollektiven Sicherheitsregelung in Europa der Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage ist.

Vom 29. November bis 2. Dezember 1954 tagte in Moskau die Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa. An ihr nahmen Albanien, Bulgarien, die ČSR, die DDR, Polen, Rumänien, die UdSSR und Ungarn teil. Die Volksrepublik China war durch einen Beobachter vertreten. Die Regierungen der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz warnten vor einer Wiederbewaffnung des aggressiven deutschen Imperialismus und betonten, daß die Verwirklichung der Pariser Abkommen zu einer ernsten Verschlechterung der Lage in Europa führen würde. Sie schlugen vor, auf die Pariser Verträge zu verzichten, eine Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955 herbeizuführen und einen Vertrag über ein System der kollektiven Sicherheit abzuschließen. Die Teilnehmerstaaten der Konferenz gaben ihren Entschluß bekannt, „im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen bei der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos wie auch andere Maßnahmen durchzuführen, die für die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderlich sind,

um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu schützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Hoheitsgebiete zu garantieren und die Verteidigung gegen eine eventuelle Aggression zu gewährleisten".[194]

Gleichzeitig mit den diplomatischen und außenpolitischen Schritten der Friedenskräfte konzentrierte die SED alle Kraft darauf, die Arbeiter-und-Bauern-Macht, deren Rolle und Verantwortung sich angesichts der reaktionären Entwicklung in Westdeutschland beträchtlich erhöhte, so schnell wie möglich zu stärken. Das war der entscheidende Beitrag der Werktätigen der DDR, um den Volkskampf gegen die Pariser Verträge zu unterstützen und deren Ratifizierung in letzter Stunde zu verhindern.

Die gesellschaftlichen Organisationen in der DDR verstärkten ihre gesamtdeutsche Arbeit. In zahlreichen Aussprachen und Konferenzen berieten Hunderte Mitglieder des DGB und der SPD, werktätige Bauern und bürgerliche Friedenskämpfer aus Westdeutschland mit Arbeitern aus den volkseigenen Betrieben und Mitarbeitern der Nationalen Front, wie der Kampf gegen den deutschen Militarismus geführt werden kann.

Am 17. Dezember 1954 richtete die Volkskammer einen Appell an die Abgeordneten des Bundestages und rief sie auf, im Interesse des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands den Pariser Verträgen nicht zuzustimmen und für Verhandlungen einzutreten. Mit dem gleichen Ersuchen wandten sich die weiblichen Abgeordneten der Volkskammer in einem Schreiben vom 17. Februar 1955 an die Frauen und Mütter unter den Bundestagsabgeordneten.

Die vielfältigen Anstrengungen der SED, der Volkskammer und der Regierung, der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und aller Werktätigen der DDR stärkten den Widerstandswillen der westdeutschen Bevölkerung.

Nach der Londoner Neunmächtekonferenz und der Unterzeichnung der Pariser Verträge entbrannte der Volkswiderstand gegen die antinationale Politik des Adenauer-Regimes in Westdeutschland mit großer Heftigkeit. Charakteristisch dafür war, daß er vor allem von den Arbeitern getragen wurde und immer stärker in außerparlamentarischen Aktionen zum Ausdruck kam. Besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter griffen außerordentlich aktiv in den Kampf

[194] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Von der Souveränitätserklärung am 25. März 1954 bis zur Warschauer Konferenz (11. bis 14. Mai 1955), Berlin 1955, S. 137.

gegen die Pariser Verträge ein. In Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz wandten sich die Landeskonferenzen des DGB entschieden gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und forderten eine Volksabstimmung. Der Bundesjugendkongreß des DGB, der am 26. September 1954 in Düsseldorf stattfand, lehnte im Namen von 670 000 gewerkschaftlich organisierten jungen Arbeitern die Remilitarisierung Westdeutschlands in jeder Form ab.

Auf dem 3. Kongreß des DGB, der vom 4. bis 9. Oktober 1954 in Frankfurt (Main) tagte, standen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Wiedervereinigung Deutschlands im Mittelpunkt, obwohl Walter Freitag, Georg Reuter und andere Führer in der Vorbereitung des Kongresses versucht hatten, die Verhandlungen auf die Beratung einiger sozialer Fragen zu beschränken. Zahlreiche Delegierte brachten die Bestrebungen der Mehrheit der Gewerkschafter zum Ausdruck, die die Kampfkraft der Gewerkschaft stärken und ihren Charakter als Klassenorganisation erhalten wollten, um erfolgreich gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik, für die Wiedervereinigung Deutschlands, für Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen zu können. Während Walter Freitag in seinem Referat die Aufrüstung mit keinem Wort erwähnte und sich zum Bonner Staat bekannte, forderten mehrere Delegierte unter Berufung auf die Satzung des DGB, den Militarismus auch mit außerparlamentarischen Aktionen zu bekämpfen. Gegen nur vier Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der es im Hinblick auf die Beschlüsse der Londoner Neunmächtekonferenz hieß: „Damit wäre sowohl eine internationale Entspannung ... wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft gefährdet. Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet die durch die Londoner Entscheidung festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militärischen Obrigkeitsstaates, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann.

Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist."[195]

[195] Protokoll. 3. Ordentlicher Bundeskongreß, Frankfurt (Main), 4. bis 9. Oktober 1954. Hrsg. vom DGB, o. O. o. J., S. 807 u. 811.

Der Kongreß wandte sich in einer weiteren Entschließung gegen neofaschistische und reaktionäre Bestrebungen in der Bundesrepublik und beschloß Grundsätze für ein Aktionsprogramm[196], in dem kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, größere soziale Sicherheit und ein verbesserter Arbeitsschutz gefordert wurden.

Die Entschließung gegen die Wiederaufrüstung war ein bedeutsames Ergebnis des Kongresses. Auch in anderen wichtigen Beschlüssen kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Delegierten für eine selbständige und aktive Arbeiterpolitik eintrat. Die Beratungen des Kongresses zeugten gleichzeitig davon, daß die Illusionen über den Charakter des Bonner Staates und verhängnisvolle antikommunistische Vorurteile in der westdeutschen Arbeiterbewegung weit verbreitet waren. So konnte der Vorstand des DGB eine Entschließung durchsetzen, in der jede Verständigung mit dem FDGB abgelehnt wurde. Konkrete Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Aufrüstung wurden nicht festgelegt. Die Delegierten wählten Walter Freitag, Georg Reuter und andere Führer, die sich als unfähig erwiesen hatten, einen erfolgreichen Kampf zur Verwirklichung der Beschlüsse des DGB zu führen, trotz heftiger Kritik an ihrer Haltung erneut in den Bundesvorstand.

Obwohl der 3. Kongreß des DGB keine konkreten Kampfmaßnahmen festgelegt hatte, organisierten in vielen Orten Westdeutschlands Mitglieder und Funktionäre des DGB im Sinne der Entschließung gegen die Wiederaufrüstung Massenkundgebungen, Protestdemonstrationen und Unterschriftensammlungen gegen die Politik der Bundesregierung. Zahlreiche Gewerkschafter forderten den Vorstand des DGB auf, politische Warnstreiks und einen Protestmarsch nach Bonn durchzuführen und ein Volksbegehren über die Pariser Verträge einzuleiten. Gegen die Ratifizierung der Verträge nahmen auch der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die Falken, der Bundeskongreß der Naturfreunde, evangelische Jugendverbände und Pfarrer Stellung. In einer Entschließung des Parteivorstandes der SPD vom 13. Dezember 1954[197] warnte dieser davor, „durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutsch-

196 Dokument Nr. 79.
197 Dokument Nr. 83.

lands gesperrt würde"[198]. Der Vorstand der SPD forderte den Bundestag und die Bundesregierung auf, jede Möglichkeit zu nutzen, um Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in die Wege zu leiten. Vorschläge zur Verständigung beider deutscher Staaten, die solche Verhandlungen erzwingen und beeinflussen könnten, enthielt jedoch die Entschließung nicht.

Während der Parteivorstand der SPD vor bestimmten Folgen der Pariser Verträge warnte, nahm der Bundesvorstand des DGB trotz des Frankfurter Beschlusses weder für noch gegen die Remilitarisierung Stellung. Im Organ des DGB, „Welt der Arbeit", fand sich in diesen spannungsgeladenen Wochen nicht eine einzige Zeile über die antimilitaristischen Aktionen der Gewerkschaftsjugend und örtlicher Organisationen des DGB.

Vom 28. bis 30. Dezember 1954 tagte in der Hamburger Ernst-Merck-Halle der Parteitag der KPD. Die Delegierten beschlossen ein Manifest an das deutsche Volk, in dem alle Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten zum gemeinsamen Handeln im Sinne der Entschließung des 3. Kongresses des DGB gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik aufgerufen wurden. Als Alternative zur Politik der Bundesregierung forderte die KPD die Vorbereitung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen im Jahre 1955, aus denen die Regierung eines einigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands hervorgehen sollte, die den Abschluß eines Friedensvertrages vorzunehmen hätte.

Der Parteitag überprüfte kritisch und in aller Öffentlichkeit die Tätigkeit der KPD im Kampf um Frieden, nationale Einheit, Demokratie und sozialen Fortschritt. In den vom Parteitag beschlossenen Thesen wurde festgestellt, daß die KPD in dem Maße an Einfluß und Autorität gewinnen konnte, wie sie es verstanden hatte, sich mit den Massen zu verbinden und ihre nationale Politik konstruktiv zu entwickeln. Das zeigte sich besonders bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen Ende 1954, bei denen der Stimmenanteil der KPD zugenommen hatte. In den Monaten vor dem Parteitag konnte die KPD 4000 neue Mitglieder gewinnen. „Die Fortschritte in der Entwicklung der Partei", hieß es in den Thesen, „entsprechen jedoch längst nicht den großen objektiven Möglichkeiten, die durch die Entwicklung der Lage, durch die Verschärfung des Klassenkampfes, durch die Stär-

198 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1954/55, S. 330.

kung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und der Bewußtseinsveränderung in breiten Schichten der Bevölkerung gegeben sind."[199]

Der Parteitag stellte den Kommunisten die Aufgabe, die Kraft der gesamten Partei darauf zu konzentrieren, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern. Die Mitglieder der Partei wurden aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und alle patriotischen Kräfte in einer breiten nationalen Front zu vereinigen. Hermann Matern, der dem Parteitag die Grüße des Zentralkomitees der SED überbrachte, erklärte in seiner Begrüßungsrede, daß es jetzt darauf ankomme, der westdeutschen Bevölkerung den ganzen Ernst der Lage klarzumachen. Die Ratifizierung und Durchführung der Pariser Verträge würden eine Verständigung über die friedliche Lösung der deutschen Frage unmöglich machen. Das Beispiel der DDR, erklärte Hermann Matern, beweise, daß die Einheit der Arbeiterklasse imstande ist, den Militarismus zu überwinden.

Zum gleichen Zeitpunkt, als die Delegierten des Parteitages der KPD berieten, am 30. Dezember 1954, ratifizierte die französische Nationalversammlung mit einer äußerst knappen Mehrheit von 287 gegen 260 Stimmen bei 76 Stimmenthaltungen die Pariser Verträge. Die reaktionären Kräfte in den imperialistischen Staaten waren der größten Gefahr, die der Ratifizierung in den westeuropäischen Ländern gedroht hatte, enthoben. Die Bundesregierung drängte nunmehr auf eine beschleunigte Ratifizierung der Verträge durch den Bundestag.

Mit der Entscheidung der reaktionären Mehrheit der französischen Nationalversammlung verringerten sich die Aussichten, die Verträge zu Fall zu bringen, beträchtlich. Die Gegner des deutschen Militarismus setzten jedoch ihre Anstrengungen unvermindert fort.

Im Sinne der Beschlüsse des Hamburger Parteitages der KPD verstärkten die Kommunisten besonders ihre Arbeit in den Gewerkschaften. Die KPD rief zu einer Kampfwoche gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge auf. Diese begann am 10. Januar 1955 mit einer Kundgebung in Pirmasens. Zahlreiche Sozialdemokraten, Gewerkschafter, parteilose Arbeiter und Kommunisten nahmen in Entschließungen und durch ihre Unterschrift gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung Stellung.

[199] Freies Volk (Düsseldorf), 5. Januar 1955.

Als bekannt wurde, daß ehemalige Faschisten ein Treffen im Winterhuder Fährhaus bei Hamburg planten, rief der Ortsausschuß des DGB die Werktätigen zu einer Protestkundgebung auf. Dem Aufruf folgten etwa 30 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Adolf Kummernuß, rief den Kundgebungsteilnehmern zu: „Ein neues 1933 werden wir nicht dulden. Es geht um die Zukunft Deutschlands, um Demokratie oder Faschismus."[200] Nach Abschluß der Kundgebung bewegte sich ein riesiger Demonstrationszug zum Winterhuder Fährhaus. Sozialdemokraten und Kommunisten, Männer, Frauen und Jugendliche durchbrachen Schulter an Schulter und unter dem Gesang von Arbeiterliedern die Polizeiketten, die den Zug aufhalten wollten. Erst durch den Einsatz der gesamten Hamburger Bereitschaftspolizei, von Wasserwerfern und auswärtigen Polizeieinheiten wurden die Demonstranten kurz vor dem Fährhaus zum Stehen gebracht.

Höhepunkt der Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse in diesen entscheidungsschweren Wochen war die machtvolle Streikbewegung gegen das provokatorische Auftreten des ehemaligen faschistischen Wehrwirtschaftsführers und Generaldirektors der Gutehoffnungshütte AG, Hermann Reusch. Dieser bezeichnete das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften als „Ergebnis einer brutalen Erpressung"[201]. Als das bekannt wurde, traten die 12 000 Stahlarbeiter des Hüttenwerkes Oberhausen sofort am 14. Januar 1955 in einen 24stündigen Proteststreik. Ihnen schlossen sich die 16 000 Kumpel der Gruben der Gutehoffnungshütte AG an. Die Hauptvorstände sowie Funktionärskonferenzen der IG Metall und der IG Bergbau billigten diese Aktionen und beschlossen einen allgemeinen Streik der Berg- und Hüttenarbeiter. Am 22. Januar lag die gesamte Kohle- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets für 24 Stunden still. 800 000 Berg- und Hüttenarbeiter traten geschlossen in den Streik. Stellungnahmen der Streikenden und Kampflosungen gegen die Pariser Verträge, die an den Mauern und Schornsteinen einiger bestreikter Betriebe angebracht waren, wie „Mit dem DGB gegen den Militarismus und für die deutsche Einheit", brachten zum Ausdruck, daß der machtvolle Streik gegen die provokatorische Äußerung Hermann Reuschs und für die Mitbestimmung der Werktätigen von zahl-

200 Hamburger Volkszeitung, 19. Januar 1955.

201 Der Mittag (Düsseldorf), 14. Januar 1955.

reichen Arbeitern auch als Protestaktion gegen den Kriegskurs Konrad Adenauers verstanden wurde.

Der Verlauf des 3. Kongresses des DGB, die gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiter in verschiedenen Teilen Westdeutschlands und besonders der politische Streik der Berg- und Hüttenarbeiter des Ruhrgebiets machten deutlich, daß günstige Bedingungen für machtvolle Massenaktionen und für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Militarismus heranreiften. Nachdem bei der ersten Lesung der Pariser Verträge im Bundestag am 15. und 16. Dezember 1954 die reaktionäre Mehrheit einen Antrag der Fraktion der SPD, die Ratifizierung der Verträge bis zum Abschluß von Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion auszusetzen, abgelehnt hatte, war auch endgültig erwiesen, daß nur durch einheitliche außerparlamentarische Massenaktionen der Arbeiter und aller friedliebenden Kräfte die Verträge noch zu Fall gebracht werden konnten.

Ausgehend von dieser Erkenntnis, wandte sich am 18. Januar 1955 das Zentralkomitee der SED in einem Brief an den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD, an den Bundesvorstand des DGB und alle Mitglieder der Gewerkschaften und an die Mitglieder der katholischen Arbeiterbewegung.[202] Im Interesse der gemeinsamen Sache schlug die Parteiführung der SED vor, alles Trennende zurückzustellen und Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen in beiden Teilen Deutschlands über folgende Fragen aufzunehmen:

1. Durchführung gemeinsamer Kundgebungen gegen die Pariser Verträge, auf denen auch zur Wiedervereinigung Deutschlands, zum Abschluß eines Friedensvertrages und zur Verständigung aller europäischen Staaten aufgerufen werden sollte.

2. Durchführung von Volksabstimmungen gegen die Pariser Verträge und für die Wiedervereinigung Deutschlands.

3. Beratung über gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen.

4. Beratung über Fragen der Gestaltung eines einheitlichen und demokratischen Deutschland.

Das Zentralkomitee der SED wies eindringlich auf den Ernst der Situation hin. Es erklärte: „Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert werden, entsteht eine neue Lage, die die Deutsche Demokratische Republik veranlaßt, gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen

[202] Dokument Nr. 84.

friedliebenden europäischen Staaten solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen."[203]

Die Vorstände der SPD und des DGB ignorierten dieses Schreiben, das den Weg zeigte, wie in letzter Stunde die Pariser Verträge noch verhindert werden konnten. Die anwachsende Protestwelle in Westdeutschland, vor allem die Aktivität der Arbeiterklasse, veranlaßte Führer der SPD und des DGB, zum ersten Mal nach 1945 in einer entscheidenden nationalen Frage zu außerparlamentarischen Mitteln zu greifen. Gemeinsam mit dem Theologen Helmut Gollwitzer und dem Soziologen Alfred Weber riefen Walter Freitag und Erich Ollenhauer für den 29. Januar 1955 zu einer Kundgebung gegen die Pariser Verträge in der Paulskirche in Frankfurt (Main) auf. Diese Kundgebung wurde zu einer Willensäußerung weitester Kreise der westdeutschen Bevölkerung gegen die Pariser Verträge. In dem einmütig angenommenen „Deutschen Manifest"[204] wurde festgestellt, daß die Pariser Verträge die Kriegsgefahr in Europa erhöhen und die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen. Bundesregierung und Bundestag seien für die Entscheidung über diese Verträge nicht zuständig, sondern dies könne nur eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes sein.

Die Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche werteten große Teile der westdeutschen Bevölkerung als Aufforderung, den antimilitaristischen Kampf zu verstärken. Eine Welle von Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Pariser Verträge flutete über Westdeutschland. In Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen, in Städten und Dörfern nahmen Hunderttausende eindeutig gegen die NATO-Politik Stellung. Allein in Bayern wurden im Verlaufe von drei Wochen eine Viertelmillion Unterschriften für das Deutsche Manifest gesammelt. Die Paulskirchenbewegung wurde zur umfassendsten Massenbewegung, die es bis dahin in Westdeutschland gegeben hatte. Sie war ihrem Wesen nach eine demokratische, antimilitaristische Bewegung, die große Möglichkeiten hatte, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern, wenn es gelang, die volle Kraft der Arbeiterklasse einzusetzen.

Infolge einer Reihe von Schwächen und Halbheiten konnten jedoch

203 Dokumente der SED, Bd. V, S. 215/216.

204 Dokument Nr. 86.

die der Paulskirchenbewegung innewohnenden Möglichkeiten nicht genutzt werden. So wurde in der Paulskirche von der Bildung einer gemeinsamen zentralen Leitung Abstand genommen. Die führenden Gewerkschaftsfunktionäre traten nur als Einzelpersönlichkeiten, nicht aber als Vertreter des DGB auf und waren nicht gewillt, die ganze Kraft der stärksten Massenorganisation der westdeutschen Arbeiter einzusetzen. Die Führer der SPD und des DGB versuchten, die Bewegung in eine antikommunistische Stoßrichtung zu drängen und die Kommunisten auszuschließen. Sie führten die Versammlung in der Paulskirche unter der Losung durch: „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!" Bürgerliche Adenauer-Gegner verhinderten die Aufnahme antikommunistischer Losungen in das Paulskirchenmanifest. Sie hatten jedoch auch Vorbehalte gegen die DDR und lehnten ein Zusammengehen mit ihr im Kampf gegen die Pariser Verträge ab.

Die Vorstände der SPD und des DGB hatten entscheidenden Einfluß auf die Paulskirchenbewegung. Die SPD wandte sich in Erklärungen gegen die Verträge, ließ es aber bei Protestkundgebungen und Anträgen im Parlament bewenden. Die Forderung der 3. Landesbezirkskonferenz des DGB Bayern, die 900 000 Gewerkschaftsmitglieder vertrat, ein Volksbegehren gegen die Pariser Verträge durchzuführen, lehnte der Vorstand des DGB ab und empfahl den Gewerkschaftsmitgliedern lediglich eine Unterschriftensammlung für das Deutsche Manifest. Infolge der ablehnenden Haltung der Führer der SPD und des DGB scheiterte auch der Versuch einer Delegation des Ausschusses für Deutsche Einheit unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hans Loch, die an der Kundgebung in der Paulskirche teilnahm, gemeinsam mit den Initiatoren der Kundgebung eine gesamtdeutsche Aktion für die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen.

Ihre Kritik an der Politik der Bundesregierung verknüpften Führer der SPD und des DGB mit antikommunistischen Losungen. Der Vorstand des DGB beugte sich schließlich dem Druck Konrad Adenauers, der anläßlich des Streiks der 800 000 Ruhrarbeiter erklärt hatte, „es würde auch ein Streik aus politischen Gründen nicht vereinbar sein mit den Grundsätzen eines demokratischen Staates"[205], und rief seine kampfbereiten Mitglieder nicht zu politischen Massenstreiks gegen die

[205] Kessing's Archiv der Gegenwart, 1955, S. 4973.

Pariser Verträge auf. All das mußte zwangsläufig die Paulskirchenbewegung schwächen.

Am 27. Februar 1955 ratifizierte der Bundestag gegen die Stimmen der SPD und einiger anderer Abgeordneter den geänderten Deutschland- und Generalvertrag[206], den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Truppenvertrag) und den Vertrag über den Beitritt Westdeutschlands zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur North Atlantic Treaty Organization (NATO). Gegen den NATO-Vertrag stimmten neben der Fraktion der SPD auch einige Abgeordnete der FDP, wie Ewald Bucher und Hermann Schwann, und des Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE). Nach der Bestätigung durch den Bundesrat am 18. März traten die Verträge am 5. Mai 1955 in Kraft.

Im Juni 1955 wurde das Amt Blank offiziell in ein Verteidigungsministerium umgewandelt. Am 30. Juni unterzeichneten Vertreter der Bundesrepublik und der USA ein Abkommen, in dem sich die USA verpflichteten, Waffen und Ausrüstungen für den Aufbau der westdeutschen Armee zu liefern. Bereits im folgenden Monat verabschiedete der Bundestag das sogenannte Freiwilligengesetz. Zur gleichen Zeit zogen zehn ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht als erste westdeutsche Gruppe in den Stab des Oberbefehlshabers der NATO ein. Der unmittelbare Aufbau der westdeutschen NATO-Armee begann.

Die Volksbewegung gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge hatte den reaktionären Kräften in Westdeutschland und in den anderen imperialistischen Staaten erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Sie war jedoch vor allem infolge der antikommunistischen Haltung der Führer der SPD und des DGB nicht stark genug, die Pariser Verträge zu Fall zu bringen.

Die Mitglieder der KPD kämpften mutig und aufopferungsvoll im Sinne der Beschlüsse des Hamburger Parteitages gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. Die KPD unterstützte, wenn auch nicht kritiklos, die Paulskirchenbewegung. Die Mitglieder und Funktionäre der KPD waren die aktivsten bei der Unterschriftensammlung für das Deutsche Manifest. Sie unterstützten jede Kundgebung und Demonstration, jede Gewerkschaftsversammlung, die gegen die Pariser Verträge gerichtet war. Darüber hinaus organisierte die KPD zahlreiche

[206] Dokument Nr. 80.

Volksbefragungen in Städten und Dörfern und setzte sich dafür ein, in ganz Westdeutschland eine zentral geleitete Volksabstimmung über die NATO-Verträge durchzuführen.[207] Dank dem aufopferungsvollen Kampf ihrer Mitglieder konnte die KPD ihren zeitweilig zurückgegangenen Einfluß wieder festigen. Ihre Kräfte und ihr Einfluß reichten jedoch nicht aus, um gegen den Widerstand der Vorstände von SPD und DGB, denen die Mehrheit der Werktätigen folgte, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Einheitsfront aller Gegner des Militarismus herzustellen.

Eine große Rolle bei der Festigung der Positionen der imperialistischen deutschen Bourgeoisie spielte die Nachkriegskonjunktur. Die industrielle Produktion in Westdeutschland wuchs auch 1954 und 1955 schneller als in den anderen kapitalistischen Hauptländern. Allein die Produktion der Investitionsgüterindustrie stieg von 1950 bis 1955 auf mehr als das Doppelte. Zugleich gelang es dem deutschen Monopolkapital, auf Kosten der kapitalistischen Konkurrenten, die durch gesteigerte Rüstungsproduktion im Nachteil waren, seinen Vorstoß auf den Weltmarkt fortzusetzen. Während sich 1951 und 1952 Ein- und Ausfuhr noch die Waage hielten, verzeichnete Westdeutschland 1953 und 1954 einen Exportüberschuß von jeweils über 2,5 Milliarden Mark. Im Anteil am Export der kapitalistischen Welt hatte die Bundesrepublik schon 1952 Frankreich überflügelt; im Export nach den westeuropäischen Märkten überholte sie alle hier operierenden kapitalistischen Staaten.

Obgleich die Reallöhne insgesamt erst 1955 den Vorkriegsstand wieder erreichten, waren sie doch seit 1950 ständig gestiegen, bei einigen Schichten der Arbeiterklasse, zum Beispiel den Bergarbeitern, sogar beträchtlich. Die Nominallöhne hatten sich bei nahezu allen Arbeitern wesentlich erhöht. Das war mit einer Verschärfung der Ausbeutung verbunden, besonders mit einer zunehmenden Arbeitshetze, die vor allem in hohen Unfallzahlen zum Ausdruck kam. 1954 und 1955 wurden in Westdeutschland mehr Unfälle und Berufskrankheiten gemeldet als im gesamten faschistischen Deutschland 1938.

Mit der anhaltenden Konjunktur war eine weitere Konzentration der Produktion und des Kapitals verbunden. Zugleich nahm die Zusammenballung der Arbeiter in Großbetrieben zu.

[207] Dokument Nr. 87.

Konzentration der Arbeiterklasse Westdeutschlands in Großbetrieben (Anteil der Betriebe mit ... Beschäftigten an der Gesamtzahl der in der Industrie Tätigen in Prozenten)

		1–9	10–99	100–499	500–999	1000 und mehr
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1952	3,5	22,4	22,9	11,3	39,9
	1955	3,1	20,0	22,7	11,1	43,1
Investgüterindustrie	1952	1,5	17,9	29,7	13,1	38,0
	1955	1,2	14,3	28,4	13,2	42,8
Verbrauchsgüterindustrie	1952	3,7	31,3	39,3	13,6	12,0
	1955	3,2	28,3	39,3	14,6	14,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1952	8,5	38,4	35,0	9,7	8,3
	1955	7,5	34,4	35,4	12,1	10,5
gesamte Industrie	1952	2,9	22,5	28,9	11,7	34,1
	1955	2,5	19,6	28,8	12,4	36,8

Verwirrt durch die bürgerlichen Theorien von der „Sozialpartnerschaft" und froh darüber, daß sie besser verdienten und sich für ihr Geld etwas kaufen konnten, blieb den meisten Werktätigen verborgen, daß der Nachkriegsaufschwung in starkem Maße auf ihre erhöhte Ausbeutung zurückzuführen war. Werkswohnungen und betriebliche Sozialleistungen, wie Werksrenten, die von den Überprofiten der Monopole abfielen, die beträchtliche Erhöhung des Nominallohnes und das System der Ratenzahlung verschleierten die der Konjunktur zugrunde liegende Ausbeutung. Sie weckten Illusionen über die staatsmonopolistische Ordnung in der Bundesrepublik und erleichterten es der imperialistischen Bourgeoisie, die Wachsamkeit der Werktätigen einzuschläfern.

Unter den Bedingungen der lange währenden Nachkriegskonjunktur gelang es der imperialistischen deutschen Bourgeoisie, die Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und zu vertiefen und damit die Kampfkraft der Arbeiterorganisationen erheblich zu schwächen.

Die nicht geringen Schwierigkeiten bei der Überwindung der Kriegsfolgen und beim Aufbau des Sozialismus in der DDR ließen

bei manchem westdeutschen Bürger ein falsches Bild von der Lage in beiden deutschen Staaten entstehen. Hinzu kam die Hetze faschistischer und anderer reaktionärer Elemente, die nach dem Scheitern ihrer konterrevolutionären Versuche in der DDR in den westdeutschen Staat geflüchtet waren und dort den Imperialisten als willige Propagandisten des kalten Krieges dienten.

Die jahrzehntelange antikommunistische Haßpropaganda hatte in der westdeutschen Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen und erschwerte es der Mehrheit, ihre wahren Interessen zu erkennen. Viele schenkten den Lügen der Imperialisten Glauben, daß der Kommunismus ihr „Todfeind" wäre und daß die NATO unabdingbar sei, um die „westliche Freiheit" zu schützen. Manche glaubten den Beteuerungen der Imperialisten, daß nur die Wiederaufrüstung Vollbeschäftigung garantiere, und unterschätzten die ernste Lage, die durch die Wiedergeburt des deutschen Militarismus heraufbeschworen wurde.

5. Der Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag. Die Herstellung der vollen Souveränität der DDR. Der Kampf um die Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe. Die Weiterentwicklung der Politik der SED auf der 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees (1955)

Unmittelbar nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, am 2. März 1955, ergriff die Volkskammer der DDR erneut die Initiative und wandte sich an das deutsche Volk mit dem Vorschlag, in ganz Deutschland eine Volksbefragung durchzuführen über die Frage: „Sind Sie für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 und für das in der Frankfurter Paulskirche angenommene Deutsche Manifest oder für die Pariser Kriegsverträge?".

Diesem Vorschlag stimmten zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD und des DGB zu, darunter die Teilnehmer der II. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz am 5. März 1955 in Leipzig. Diese wurde von 1200 Arbeiterfunktionären besucht, von denen allein 750 der SPD und dem DGB angehörten. Auch der Kongreß der deutschen Jugend gegen die Remilitarisierung am 19. und 20. März 1955 in Berlin sowie 267 Funktionäre der SPD, die Mitte April 1955 in

Leipzig mit führenden Politikern der SED über die nächsten Aufgaben im Kampf gegen die Pariser Verträge berieten, sprachen sich für den Vorschlag der Volkskammer aus.

Die Vorstände der SPD und des DGB hielten jedoch an ihrer antikommunistischen Haltung fest und lehnten – ebenso wie die Regierungsparteien – eine Volksbefragung über das von maßgebenden Führern der SPD und des DGB mitunterzeichnete Deutsche Manifest ab. Während die „Welt der Arbeit", das Organ des Bundesvorstandes des DGB, am 4. März 1955 erklärte, daß die Verträge nunmehr „verpflichtendes Gesetz" seien, das respektiert werden müsse, vertraten Fritz Erler, Carlo Schmid und andere Führer der SPD die Meinung, die SPD müßte nach Annahme der Verträge an der Wehrgesetzgebung mitarbeiten, um „demokratische Prinzipien" durchzusetzen. Der Parteivorstand der SPD bezeichnete in einem Beschluß vom 29. April die deutsche Wiedervereinigung in erster Linie als eine Angelegenheit der vier Großmächte. Er schlug lediglich „Ersatzlösungen" für die Pariser Verträge vor und rief die Gegner der Verträge nicht zum Kampf auf.[208] Viele Werktätige resignierten; die Paulskirchenbewegung ebbte ab.

Vor den Folgen der Einbeziehung Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt hatten die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten wiederholt gewarnt. Noch am 9. Dezember 1954 hatte die Regierung der UdSSR in einer Note an die Westmächte erneut mit allem Nachdruck auf die Konsequenzen der Pariser Abkommen hingewiesen. Die Regierung der UdSSR erklärte, daß eine Vereinigung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik mit einer militarisierten und in militärische Gruppierungen einbezogenen Bundesrepublik ein Ding der Unmöglichkeit wäre. In einer Erklärung vom 15. Januar 1955 stellte die Regierung der UdSSR fest, daß Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund gesamtdeutscher freier Wahlen gegenstandslos und unmöglich würden, wenn die Pariser Verträge ratifiziert werden. Die Sowjetregierung hielt es für möglich, im Falle des Einverständnisses der Regierungen beider deutscher Staaten gesamtdeutsche freie Wahlen unter einer entsprechenden internationalen Überwachung durchzuführen und einen Friedensvertrag mit einem geeinten Deutschland abzuschließen, der diesem auch das Recht gäbe, eigene nationale Streitkräfte zu besitzen. Nach wie vor ließ sich also die Regierung der

208 Dokument Nr. 89.

UdSSR in ihrer Deutschlandpolitik von dem Bestreben leiten, den Deutschen selbst die Möglichkeit zu geben, einen einheitlichen und demokratischen Staat zu schaffen, von dem nie wieder eine Bedrohung des Friedens ausgehen kann. Im Gegensatz zu den Westmächten achtete sie konsequent das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und ließ sich gleichzeitig von den Sicherheitsbedürfnissen aller Völker leiten.

Die Bundesregierung und die imperialistischen Westmächte lehnten jedoch alle Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten ab und schlugen ihre Warnungen in den Wind. Am 14. Mai 1955 unterzeichneten deshalb die Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Länder in Warschau den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand und beschlossen die Bildung eines gemeinsamen Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten.[209] Die Entscheidung über die Teilnahme der DDR an Maßnahmen, die die Streitkräfte des vereinten Kommandos betrafen, wurde auf später vertagt. Die Volksrepublik China erklärte sich mit den Beschlüssen solidarisch.

Der Warschauer Vertrag unterscheidet sich grundsätzlich von der NATO und anderen imperialistischen Militärblöcken und Paktsystemen. Er dient der Festigung des Friedens in Europa und in der Welt, der Verteidigung der Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten und ihrer gemeinsamen Sicherheit. Er steht allen Staaten offen, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, die sich mit seinen Zielen und Aufgaben einverstanden erklären. Die NATO dagegen dient der Vorbereitung eines neuen Krieges. Sie richtet sich gegen die sozialistischen Staaten und alle freiheitliebenden Völker der Welt, besonders gegen die antiimperialistischen Nationalstaaten. Alle gegenteiligen Beteuerungen der Schöpfer der NATO wurden vor der Weltöffentlichkeit entlarvt, als die Sowjetunion am 31. März 1954 ihre Bereitschaft erklärt hatte, der NATO beizutreten. Das war von den USA ebenso abgelehnt worden wie der auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA im Juli 1955 erstmals von der Sowjetunion unterbreitete Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Der Abschluß des Warschauer Vertrages leitete eine höhere Stufe der Zusammenarbeit der dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

209 Dokument Nr. 90.

angehörenden sozialistischen Staaten ein, die sich nicht nur auf die militärische Verteidigung, sondern auch auf die politische, ökonomische, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit erstreckte. In den Mittelpunkt der Tätigkeit des RGW begann seit der IV. Ratstagung im März 1954 und besonders seit der VI. Tagung im Dezember 1955, die langfristige Koordinierung der Wirtschaftspläne zu treten.

Der gleichberechtigte Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag sicherte ihre Unabhängigkeit, festigte ihr internationales Ansehen und ihre Stellung im Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die auf wesentliche Souveränitätsrechte verzichtet und das Recht der Entscheidung über die Wiedervereinigung Deutschlands den Westmächten ausgeliefert hatte, behielt die DDR volle Handlungsfreiheit in allen inneren und äußeren Fragen – einschließlich des Rechts auf den selbständigen Austritt aus dem Warschauer Pakt, wenn das im Interesse des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und seiner nationalen Wiedervereinigung notwendig sein sollte. Eine entsprechende Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, wurde von allen Signatarstaaten des Warschauer Vertrages ausdrücklich gebilligt.

Die volle Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wurde durch den Abschluß des Staatsvertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 staats- und völkerrechtlich bekräftigt. An den Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen beider Staaten, die vom 17. bis 20. September 1955 in Moskau stattfanden[210], nahmen von seiten der DDR maßgebende Repräsentanten der Regierung, der Blockparteien und Massenorganisationen teil, darunter Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Lothar Bolz, Erich Correns, Bruno Leuschner, Otto Nuschke und Willi Stoph.

Ausgehend von der neuen Lage, die nach dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO entstanden war, und von dem Recht jedes souveränen Staates, eigene nationale Streitkräfte zu besitzen, wurden im Staatsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR auch die militärischen Beziehungen zwischen beiden Staaten geregelt. Beide Partner vereinbarten, im Sinne des Warschauer Vertrages alle ihnen zu Gebote stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verletzung des Friedens zu verhindern. Die DDR war auch für die militärische Siche-

210 Dokument Nr. 95.

rung ihres Territoriums voll verantwortlich. Gleichzeitig wurde vertraglich festgelegt, daß angesichts der internationalen Lage sowjetische Truppen zeitweilig in der DDR verbleiben. Die DDR übernahm die Bewachung und Kontrolle aller ihrer Grenzen, einschließlich der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin. Bedingt durch die internationale Lage, wurde die Kontrolle des Verkehrs von Truppen und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zwischen der Bundesrepublik und Westberlin bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens den zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Truppen übertragen. Das Amt des sowjetischen Hohen Kommissars wurde aufgelöst.

Der Abschluß dieses Vertrages wenige Wochen vor dem 6. Jahrestag der Gründung der DDR war ein Ergebnis der zielstrebigen Friedenspolitik der SED und der Regierung der DDR, der beharrlichen Aufbauarbeit der Werktätigen und ihres konsequenten Kampfes für die Sicherung des Friedens. Er bestätigte, daß Deutschland nur durch die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Aufhebung der Pariser Verträge wiedervereinigt werden kann. Er dokumentierte das Neue in den Beziehungen zwischen Staaten, in denen die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Der Vertrag beruhte auf den Prinzipien der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und Unterstützung, der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker. Er zeigte, daß die DDR der rechtmäßige deutsche Staat ist, der konsequent die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt.

Mit dem Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag und dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen der UdSSR und der DDR wurde allen Spekulationen imperialistischer Kreise, die Sowjetunion werde über die Verschacherung der DDR an das Adenauer-Regime mit sich „handeln" lassen, der Boden entzogen. Es wurde eindeutig klargestellt, daß die deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht nicht mehr beseitigt werden kann und ihre Existenz von der stärksten Macht der Welt, der Sowjetunion, und allen sozialistischen Staaten zuverlässig geschützt wird.

Die grundlegend veränderte Lage, die nach der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO entstanden war[211], erforderte von der

211 Dokument Nr. 96 u. 97.

SED, Antwort auf die damit verbundenen neuen Fragen zu geben. Das Zentralkomitee hatte bereits im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den General- und den EVG-Vertrag und besonders nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge begonnen, die Strategie und Taktik der SED zur Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes weiterzuentwickeln. Schritt für Schritt wurden die Maßnahmen ausgearbeitet und in Angriff genommen, die notwendig waren, um in Deutschland den Frieden zu sichern und die reaktionären Pläne der aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus zu durchkreuzen.

Auf seiner 23. Tagung Mitte April 1955, unmittelbar nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, sowie auf der 24. Tagung im Juni 1955 zog das Zentralkomitee wichtige militärpolitische Schlußfolgerungen aus der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO. Die Kampfkraft der Kasernierten Volkspolizei wurde erhöht. An die Stelle der nach dreijährigem Dienst Ende 1955 ausscheidenden Freiwilligen traten neue Kräfte, besonders Mitglieder der FDJ und der SED. Die Dienstzeit wurde auf zwei Jahre herabgesetzt. Am 26. September 1955 beschloß die Volkskammer das Gesetz zur Ergänzung der Verfassung über den militärischen Schutz der Heimat, das die Grundlage für entsprechende Gesetze zum militärischen Schutz der Republik schuf. Angesichts der verstärkten Diversionstätigkeit westdeutscher Agentenzentralen wurden die Grenzen der DDR wirksamer gesichert. Die Ausbildung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse wurde verbessert. Um alle Möglichkeiten für eine Verständigung offenzulassen, verzichtete die DDR jedoch noch auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Trotz der Ratifizierung der Pariser Verträge hielt die SED weiterhin an dem Ziel fest, durch eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten notwendige Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen. Auf der 24. Tagung des Zentralkomitees nahmen deshalb Fragen der Abrüstung in beiden deutschen Staaten einen breiten Raum ein. Die Parteiführung erklärte, daß der baldige Abschluß eines Friedensvertrages und die militärische Bündnisfreiheit Deutschlands, dessen Territorium durch einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa geschützt würde, den Interessen des deutschen Volkes und aller anderen friedliebenden Völker entspräche.

In mehreren wichtigen Beschlüssen sowie auf den Plenartagungen des Zentralkomitees nahm die Führung der SED im Jahre 1955 zur

politisch-ideologischen Arbeit Stellung. Das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland, das trotz des starken Volkswiderstandes möglich war, führte in den kleinbürgerlichen Schichten und bei der Intelligenz, aber auch bei manchem Arbeiter erneut zu Zweifeln und Unklarheiten über den weiteren Weg der deutschen Nation. Einige Leitungen der SED vernachlässigten die ideologische Arbeit und wichen vor Auseinandersetzungen zurück. Das begünstigte das Auftreten von Schwankungen. Besonders bei Aussprachen mit der Intelligenz wurden häufig nur untergeordnete Teilfragen diskutiert, die grundlegenden Probleme des Kampfes der deutschen Nation blieben jedoch weitgehend ungeklärt. Deshalb forderte das Zentralkomitee, vor allem über das reale Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland Klarheit zu schaffen. Den Werktätigen der DDR mußten die Perspektiven der weiteren Entwicklung und der Weg zur Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes, der Charakter des deutschen Militarismus und die historische Rolle der DDR als des rechtmäßigen deutschen Staates stärker bewußt gemacht werden.

Gleichzeitig trat die Führung der SED entschiedener gegen den Dogmatismus auf und hielt die Mitglieder der Partei zum praxisverbundenen Studium des Marxismus-Leninismus an. In der Lektionspropaganda und im Parteilehrjahr wurden Beschlüsse der SED gründlicher ausgewertet, Probleme des dialektischen und historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie sowie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung umfassender behandelt. Die Propagandisten der Partei wurden sorgfältiger ausgewählt und besser vorbereitet. Es wurden Zirkel zum Studium grundlegender Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, Kreisabendschulen und Abenduniversitäten eingerichtet, in denen besonders leitende Funktionäre der Partei theoretische Grundprobleme in Verbindung mit den Hauptfragen der nationalen und der ökonomischen Politik der SED studierten. Mit Hilfe von Lektorenaktivs organisierten die Parteikabinette Lektionen über die Lehren des Marxismus-Leninismus und über Fragen der aktuellen Politik. Mit allem Nachdruck wies die Parteiführung darauf hin, daß es notwendig ist, die marxistisch-leninistische Theorie als Anleitung zum Handeln zu begreifen. Sie erklärte, daß es nicht darauf ankomme, möglichst viele Zitate aus den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus auswendig zu wissen. Nötig sei vielmehr, das Wesen der marxistisch-leninistischen Theorie zu erfassen, die Menschen zum Nachdenken anzuregen und

sich die nötige Sachkenntnis anzueignen, um richtig handeln zu können.

Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang das Werk Walter Ulbrichts „Zur Geschichte der neuesten Zeit", das aus Anlaß des 10. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erschien. Dieses Werk, dessen erster Halbband die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands bis zur Gründung der SED behandelt, half den Historikern und Propagandisten, die reaktionären Geschichtsfälschungen bloßzustellen und die Ereignisse der neuesten Geschichte richtig zu verstehen. Das Buch Walter Ulbrichts enthüllte das verbrecherische Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus und legte zugleich Zeugnis ab „von der Kraft und den Fähigkeiten des deutschen Volkes, das imstande war, in einem Drittel Deutschlands unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse die Wurzeln des deutschen Faschismus und Imperialismus auszurotten und eine neue, wirklich demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen"[212]. Es half, die Größe und Kompliziertheit der Aufgaben zu begreifen, vor denen die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes 1945 gestanden hatten, und gab ihnen Kraft und Zuversicht bei der Verteidigung des schwer Erkämpften und im Kampf für den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Das Werk Walter Ulbrichts setzte den Helden der Sowjetarmee, den antifaschistischen Widerstandskämpfern, den vielen namenlosen Aktivisten der ersten Stunde, allen, die in opfervollem Einsatz den Grundstein zu einem neuen Deutschland gelegt hatten, ein unvergängliches Denkmal. Es vermittelte vor allem die Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterklasse die entscheidende Voraussetzung dafür ist, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu überwinden.

Etwa zur gleichen Zeit veröffentlichte das Politbüro des Zentralkomitees einen Beschluß über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik". Nachdem bereits die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1951 den Historikern der DDR die Aufgabe gestellt hatte, eine Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung auszuarbeiten, war das der erste Beschluß einer revolu-

212 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I, 1. Hbd., Berlin 1955, S. 5.

tionären deutschen Arbeiterpartei über Fragen der Geschichtswissenschaft. Er bekundete, welche Bedeutung die Führung der SED der Geschichte beimaß. Das Politbüro hob die hohe Verantwortung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft im Kampf des deutschen Volkes gegen das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland, für die Erhaltung des Friedens und die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik hervor. Es stellte fest, daß sich unter Führung der SED in der DDR eine neue deutsche Geschichtswissenschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus erfolgreich entwickelt hatte, und wies zugleich mit Nachdruck auf die noch vorhandenen Mängel hin. Diese bestanden vor allem in der ungenügenden Verbindung mit dem Leben und dem Kampf des deutschen Volkes sowie in Tendenzen des Subjektivismus. Das Politbüro stellte den Historikern die Aufgabe, in der Auseinandersetzung mit der reaktionären Verfälschung der deutschen Vergangenheit ein wissenschaftliches Bild der gesamten Geschichte unseres Volkes zu erarbeiten und den deutschen Werktätigen und allen deutschen Patrioten zu vermitteln. Die deutsche Geschichtswissenschaft müsse vor allem das Wirken und die Kämpfe des deutschen Volkes von den Anfängen der deutschen Geschichte bis zur Gegenwart erforschen und darstellen, um unser Volk mit Stolz auf seine großen geschichtlichen Leistungen zu erfüllen und es zur Lösung seiner patriotischen Aufgaben zu rüsten.

Der Beschluß des Politbüros über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft" und das Werk Walter Ulbrichts „Zur Geschichte der neuesten Zeit" leiteten eine neue Etappe in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR ein. Es begann der Vormarsch der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft auf breiterer Front. Das bisher vorherrschende antifaschistisch-demokratische Geschichtsbild wurde zum sozialistischen Geschichtsbild erweitert. Unter Führung der SED und von dieser ständig unterstützt, begannen die Historiker, das marxistisch-leninistische nationale Geschichtsbild der deutschen Arbeiterklasse auszuarbeiten.

Im Sinne der Parteibeschlüsse verstärkten die Parteiorganisationen im Jahre 1955 die politische Erziehungsarbeit. Die Auseinandersetzung mit gegnerischen Auffassungen wurde kämpferischer geführt. Das schöpferische, lebensverbundene Studium des Marxismus-Leninismus machte beträchtliche Fortschritte. Die verstärkte ideologische

Arbeit trug wesentlich zu den wirtschaftlichen Erfolgen im letzten Jahr des ersten Fünfjahrplans bei.

Im Januar 1955 wurde im VEB Bekleidungswerk Mühlhausen die von Luise Ermisch angeregte Methode des Wettbewerbs auf der Grundlage des aufgeschlüsselten Planes und konkreter Verpflichtungen angewandt. Diese Methode trug dazu bei, die Leistungen der einzelnen Wettbewerbsteilnehmer genau zu ermitteln, sie miteinander zu vergleichen und die Erfahrungen der Besten zu verallgemeinern. Sie war von großer Bedeutung für die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe. Am 21. Februar faßte das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB einen Beschluß zur Förderung der Luise-Ermisch-Methode und schlug dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Zentralvorstand der IG Textil/Bekleidung/Leder vor, die Einführung dieser Methode in ihren Betrieben zu veranlassen.

Bei der Erhöhung der Rentabilität der Betriebe konzentrierten sich die SED und der FDGB besonders auf den Maschinenbau, da dieser Industriezweig innerhalb der Volkswirtschaft der DDR und vor allem für den Export große Bedeutung hatte. Am 17. März 1955 berieten 200 Aktivisten, Brigadiere, Werkleiter, Funktionäre der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aus 37 der wichtigsten Maschinenbaubetriebe auf einer Tagung in Berlin gemeinsam mit Vertretern des Zentralkomitees der SED und der Regierung, wie sie in ihren Betrieben rentabler und sparsamer wirtschaften können. Die Vertreter des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau", Wildau, und des VEB Werkzeugmaschinenfabrik „Hermann Schlimme", Berlin-Treptow, verpflichteten sich im Namen ihrer Belegschaften, im Jahre 1955 auf Staatszuschüsse zu verzichten und an den Staatshaushalt einen Gewinn abzuführen. In einem Brief an das Zentralkomitee der SED[213] begründeten sie ihren Schritt wie folgt: „Gerade jetzt nach der Ratifizierung der Pariser Verträge im Bonner Bundestag werden wir alles tun, um die politische und ökonomische Kraft der Deutschen Demokratischen Republik weiterzuentwickeln, um sie zu einem Kraftquell für alle Patrioten im Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, für ein einiges, unabhängiges und friedliebendes Deutschland zu machen."[214] Die Werktätigen beider Betriebe erfüllten ihre Verpflichtungen vorfristig. Durch Unduldsamkeit gegenüber Mängeln

213 Dokument Nr. 88.

214 Neues Deutschland (B) (Berlin), 18. März 1955.

und durch gegenseitige Hilfe konnten die gestellten Ziele schon am 13. Oktober 1955 erreicht werden.

Die SED entwickelte neue Formen ihrer leitenden und organisierenden Tätigkeit, die es ermöglichten, die Arbeiter und die Angehörigen der Intelligenz in stärkerem Maße für die unmittelbare schöpferische Mitarbeit bei der Leitung der Betriebe und der gesamten Volkswirtschaft zu gewinnen. Dazu gehörten vor allem die ökonomischen Konferenzen.

Die erste ökonomische Konferenz fand am 27. Februar 1955 im VEB Modul Karl-Marx-Stadt statt. Nach wochenlanger gründlicher Vorbereitung, an der bei einer Belegschaft von 1240 Mann mehr als 900 Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz teilnahmen, verpflichteten sich die Delegierten der Belegschaft, die bisher durch Ausschuß, Nach- und Mehrarbeit entstandenen Verluste in Höhe von über 900 000 DM zu beseitigen und diese Summe im Jahre 1955 dem Betrieb als Gewinn zuzuführen.

Nach dem Vorbild des VEB Modul Karl-Marx-Stadt führten viele andere Betriebe und Industriezweige ökonomische Konferenzen durch. Die Delegierten der Belegschaft des Eisenhüttenkombinats Ost beschlossen auf der ersten ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation der SED am 31. März 1955, im laufenden Jahr insgesamt 6,5 Millionen DM einzusparen. Auf der ersten zentralen ökonomischen Konferenz im VEB Carl Zeiss Jena am 21. Juni 1955 wurde nach gründlicher Diskussion ein Maßnahmeplan angenommen, der unter anderem vorsah, einen neuen Struktur-, Aufgaben- und Stellenplan zu erarbeiten und eine einheitliche Planungs- und Abrechnungsmethodik durchzusetzen. Die auf der ökonomischen Konferenz beschlossenen Maßnahmen trugen wesentlich dazu bei, daß die Arbeitsproduktivität im VEB Carl Zeiss 1955 wieder bedeutend schneller zu wachsen begann.

Insgesamt fanden 1955 über 600 000 Produktionsberatungen und mehr als 4000 ökonomische Betriebskonferenzen statt, die überwiegend von den Betriebsparteiorganisationen der SED organisiert wurden. Millionen von Produktionsarbeitern beschäftigten sich kritisch mit der Arbeit der einzelnen Betriebe, Abteilungen und Brigaden. Durch die ökonomischen Konferenzen konnten dem Akkumulationsfonds nahezu 300 Millionen DM zusätzlich zugeführt werden. Auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED stellte Walter Ulbricht fest: „Die bewußte schöpferische Teilnahme der Masse der Werktäti-

gen an der Produktion und ihrer Leitung ist zu einem vorherrschenden Charakterzug unseres Wirtschaftslebens geworden. Das ist ein Ausdruck der realen sozialistischen Demokratie unseres Staates, ein Ausdruck der Rolle der Arbeiter als Mitglieder der herrschenden Klasse."[215]

Während Ende 1954 noch 27 Prozent aller volkseigenen Betriebe mit Verlust gearbeitet hatten, waren es am 30. August 1955 nur noch 17,7 Prozent. Die Selbstkosten wurden dem Plan gemäß um 4,26 Prozent gesenkt, während die Selbstkostensenkung im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 1,1 Prozent betragen hatte.

Die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe war ein wichtiger Schritt zu einer neuen, höheren Stufe der ökonomischen Entwicklung. Die Aufgabe bestand jetzt darin, wie auf der 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees der SED vorausschauend dargelegt wurde, als Maßstab für die Modernisierung der Industrie und die Qualität der Produktion das Weltniveau zu nehmen, dieses zu erreichen und mitzubestimmen. Das war eine sehr schwierige Aufgabe, die nicht in kurzer Zeit gelöst werden konnte. Aber sie mußte mit aller Energie angepackt werden, denn anders konnte die DDR weder ihren nationalen noch ihren internationalen Verpflichtungen gerecht werden. Die Aufgabenstellung der 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees richtete sich zugleich gegen die dogmatische These, daß sich die Produktivkräfte und die Technik im Imperialismus nicht entwickeln könnten. Im Sinne W. I. Lenins wies die Führung der SED darauf hin, daß das Monopolkapital durchaus imstande ist, Zweige der Wissenschaft und Technik zu fördern, und daß außerordentliche Anstrengungen nötig sind, um auf bestimmten Gebieten die entwickelten kapitalistischen Länder einzuholen und zu übertreffen.

Die 24. Tagung des Zentralkomitees im Juni 1955 legte in einer Direktive folgende Schwerpunkte für die weitere Tätigkeit der leitenten Organe der SED, des Staates und der Wirtschaft fest:

1. Die Leitung der Industrie, besonders die Arbeit der Hauptverwaltungen, sollte verbessert werden. Die Einführung der neuen Technik, das Studium und die umfassende Verbreitung all des Neuen und Fortschrittlichen, das es sowohl in der eigenen als auch in der ausländischen Industrie gab, wurde als die wichtigste Aufgabe der verantwortlichen Funktionäre bezeichnet.

215 Walter Ulbricht: Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, Berlin 1960, S. 505.

2. In den Betrieben sollte eine höchstmögliche Ausnutzung der Produktionskapazitäten durch rechtzeitige Auftragswerbung, planvollen Einsatz der modernen Technik und andere Maßnahmen gesichert werden.

3. Den Hauptverwaltungen wurde die Aufgabe gestellt, eine Ökonomik der einzelnen Industriezweige auszuarbeiten, um einen rhythmischen Ablauf der Produktion zu erreichen. Die Planung und Materialbeschaffung, die Arbeitsorganisation im Betrieb und die Kooperation sollten mit größter Genauigkeit ausgeübt werden. Mit der Durchführung dieses Beschlusses in den folgenden Jahren war die DDR das erste sozialistische Land, in dem Programme für die einzelnen Industriezweige ausgearbeitet wurden.

4. Die technischen Leiter der Betriebe, die Forschungsinstitute und die Hauptverwaltungen sollten sich systematisch mit der Typisierung, Mechanisierung und Automatisierung in den Betrieben beschäftigen. Die Parteiführung wies darauf hin, daß zum Beispiel im Fahrzeugbau etwa 800 Sorten Walzmaterial verschiedener Dimensionen gebraucht wurden, während größere Betriebe in der UdSSR und im kapitalistischen Ausland ihr Sortiment bereits auf 12 und weniger Sorten reduzieren konnten. Durch diese Maßnahme sollte sich nicht nur die Materiallage im Automobil- und Traktorenbau erheblich verbessern, sondern auch der Produktionsprozeß der Walzwerke wesentlich erleichtert werden.

5. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erforderte die volle Ausnutzung des Arbeitstages und die Beseitigung der Ausfallstunden. Neben der Verbesserung der Leitung der Betriebe komme es darauf an, die gesamte Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu einer hohen Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zu erziehen.

Alle diese Maßnahmen zeugten davon, daß die Führung der SED die Bedeutung der technischen Revolution, die sich in den entwickeltsten Ländern ankündigte, erkannte. Ihre Beschlüsse verfolgten das Ziel, einen Aufschwung in der Steigerung der Arbeitsproduktivität herbeizuführen. Das Zentralkomitee wandte sich besonders an die Ingenieure und Wissenschaftler und forderte sie auf, durch ihre Forschungsarbeiten die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Produktion von morgen zu schaffen. Mit allem Nachdruck wies die 24. Tagung des Zentralkomitees darauf hin, daß die Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in den Betrieben und Forschungsstätten und die konsequente Einführung der modernsten Wissenschaft

und Technik in die Produktion unerläßlich sind, damit die DDR in jeder Hinsicht zum Vorbild für ganz Deutschland werden kann.[216]

Die Führung der SED hob hervor, daß die Möglichkeiten heranreifen, Westdeutschland auch auf technischem Gebiet einzuholen und zu überholen. Durch den ersten Fünfjahrplan waren bestimmte materielle Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Zudem konnte sich die DDR auf Kräfte stützen, die der Kapitalismus nicht kennt. Das war einmal die von kapitalistischer Ausbeutung befreite Schöpferkraft der Millionen Werktätigen sowie das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und zum anderen die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

Die von der SED formulierten neuen Aufgaben zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft wurden mit zahlreichen Arbeitern, Meistern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und Technikern beraten. Vom 6. bis 8. Juli 1955 fand in Berlin die 2. Wissenschaftlich-technische Konferenz statt. Hervorragende Wissenschaftler, Techniker und Neuerer sowie Mitarbeiter der Staatsorgane berieten auf der Grundlage eines Beschlußentwurfs der 24. Tagung des Zentralkomitees der SED über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Zahlreiche Vorschläge der Konferenz fanden in dem Entwurf der 24. Tagung des Zentralkomitees der SED, der dem Ministerrat überwiesen wurde, Eingang. Am 21. Juli faßte der Ministerrat den Beschluß über Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in dem unter anderem die Ausarbeitung von Perspektivplänen für Forschung, Technik und Standardisierung festgelegt wurde.

Die neuen Aufgaben zur Entwicklung der Volkswirtschaft standen auch im Mittelpunkt des 4. Kongresses des FDGB, der vom 15. bis 20. Juni 1955 in Berlin tagte. Rund 1900 Delegierte – zwei Drittel von ihnen kamen aus den Betrieben – berieten im Auftrag von mehr als 5,4 Millionen Mitgliedern des FDGB die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. In der vom Kongreß einstimmig angenommenen Entschließung[217] wurde betont, daß die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften neben der täglichen Wahrnehmung der materiellen, sozialen und kulturellen Interessen der Werktätigen darin bestehen, alle Arbeiter, Angestellte und Ange-

216 Dokument Nr. 91.

217 Dokument Nr. 92.

hörige der Intelligenz dafür zu gewinnen, unermüdlich die Produktion in den sozialistischen Betrieben zu erhöhen, die Volkswirtschaftspläne zu erfüllen und die Arbeitsproduktivität zu steigern, da dies die entscheidende Voraussetzung für die ständige Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen und für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist. Der FDGB stellte sich weiterhin die Aufgabe, alle Werktätigen mit einem sozialistischen Bewußtsein zu erfüllen und eine neue Einstellung zur Arbeit und zur Arbeitsdisziplin zu erreichen. Er hob die Verpflichtung der Arbeiterklasse der DDR hervor, den bewaffneten Schutz ihrer Errungenschaften in die eigenen Hände zu nehmen und sie gegen einen Aggressor zu verteidigen.

Von besonderer Bedeutung war die Aufgabenstellung, „allen Werktätigen zu helfen, sich die modernsten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik anzueignen und in der Produktion anzuwenden"[218]. Das war eine neue Zielstellung, die hohe Anforderungen an die Leitungen und Organisationen der Gewerkschaften stellte. Nicht alle Mitglieder und Funktionäre erkannten sogleich deren Bedeutung. Manche waren der Meinung, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt nur eine Aufgabe der Betriebsleitungen sei. Aber ohne die aktive Mitwirkung der größten Massenorganisation der Arbeiter war es nicht möglich, die Werktätigen für den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu gewinnen. Die systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Einführung der neuen Technik, Standardisierung und Typisierung war wiederum eine wesentliche Voraussetzung, um die wachsenden materiellen und sozialen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen.

Der Kongreß beschloß die neue Satzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes[219]. Sie erweiterte die Rechte der Mitglieder und hob ihre Verpflichtungen bei der Durchführung der Volkswirtschaftspläne und der Kollektivverträge hervor. Die Grundsätze des demokratischen Zentralismus wurden vervollkommnet. Zugleich wurde das in der Praxis bewährte Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft" in der Satzung verankert. Die Delegierten wählten den neuen Bundesvorstand, zu dessen Vorsitzendem erneut Herbert Warnke berufen wurde.

218 Protokoll der Verhandlungen des 4. FDGB-Kongresses vom 15. bis 20. Juni 1955 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin o. J., S. 545.

219 Dokument Nr. 93.

Dank der Arbeit der Betriebsparteiorganisationen und der Gewerkschaften, die Werktätigen für erhöhte Produktionsleistungen im letzten Jahr des Fünfjahrplans zu gewinnen, stand das zweite Halbjahr 1955 im Zeichen des bis dahin größten Aufschwungs des sozialistischen Wettbewerbs. Den Anstoß dazu gab die Jugendbrigade Kurt Wolter aus dem VEB Reifenwerk Berlin-Schmöckwitz. Sie wandte sich an den Bundesvorstand des FDGB mit dem Vorschlag, den sozialistischen Wettbewerb unter der Losung „Wilhelm-Pieck-Aufgebot für die vorfristige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1955 zu Ehren des 80. Geburtstages unseres Präsidenten Wilhelm Pieck" weiterzuführen.[220] Dieser Aufruf fand ein lebhaftes Echo. Der Wettbewerb von Mann zu Mann und von Brigade zu Brigade breitete sich weiter aus.

Bis zum 13. Oktober 1955, dem Tag der Aktivisten, schlossen sich 900 000 Werktätige dem Wilhelm-Pieck-Aufgebot an. Anläßlich dieses Tages zeichnete der Bundesvorstand des FDGB die besten Industriegewerkschaften und Betriebe mit dem Wilhelm-Pieck-Banner, mit Ehrenurkunden und Geldprämien aus. Die erfolgreichste Gewerkschaft war die IG Wismut, in deren Bereich 92 Prozent aller Produktionsarbeiter am sozialistischen Wettbewerb teilnahmen. Beste Betriebe waren der VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, das Reichsbahnausbesserungswerk „7. Oktober" in Zwickau, der VEB Reifenwerk Berlin-Schmöckwitz, die Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow, die Bau-Union Magdeburg und das VEG Wittenburg im Kreis Hagenow. Im VEB Reifenwerk Berlin-Schmöckwitz nahmen fast 90 Prozent der Belegschaft am Wilhelm-Pieck-Aufgebot teil. Der Betrieb erzielte dadurch im Jahre 1955 einen überplanmäßigen Gewinn von mehr als zwei Millionen DM. Der Initiator des Wilhelm-Pieck-Aufgebotes, Kurt Wolter, der seine Verpflichtung vorbildlich erfüllte, wurde mit dem Orden „Banner der Arbeit" ausgezeichnet. Bis Ende 1955 stieg die Zahl der am Wilhelm-Pieck-Aufgebot teilnehmenden Werktätigen auf über 1,7 Millionen an.

Das Wilhelm-Pieck-Aufgebot war eine echte Volksbewegung. Es wurde zu der bis dahin umfassendsten und wirksamsten Form des sozialistischen Wettbewerbs. Die Arbeiter waren bestrebt, den Plan vorfristig zu erfüllen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Qualität zu verbessern und die Selbstkosten zu senken, um auf diese Weise die Rentabilität der sozialistischen Betriebe herzustellen beziehungs-

[220] Dokument Nr. 94.

weise zu erhöhen. In vielen Produktionsberatungen und besonders auf den ökonomischen Konferenzen begannen die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie die staatlichen Organe unter aktiver Teilnahme der Betriebsbelegschaften, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Am Vorabend seines 80. Geburtstages empfing Präsident Wilhelm Pieck eine Delegation von Werktätigen aus den Betrieben, die als Beste aus dem Wilhelm-Pieck-Aufgebot hervorgegangen waren. In seiner Ansprache würdigte er die Bedeutung dieser Bewegung mit folgenden Worten: „Das Wilhelm-Pieck-Aufgebot war ein kraftvoller Beweis, daß die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik immer besser lernt, die Produktion zu meistern. Das gibt mir die freudige Gewißheit, daß wir auf allen Gebieten den friedlichen Wettbewerb mit dem kapitalistischen Westdeutschland erfolgreich bestehen und die Werktätigen ganz Deutschlands von der Richtigkeit unseres friedlichen Weges überzeugen werden. Das Wilhelm-Pieck-Aufgebot war eine stolze Kampfaktion unserer Werktätigen für den Sieg des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts in ganz Deutschland ... Zugleich bekräftigen die Werktätigen damit ihre Verbundenheit mit der Partei der Arbeiterklasse, der Organisatorin all unserer Siege."[221]

Auf seiner 25. Tagung im Oktober 1955 zog das Zentralkomitee der SED entscheidende politische Schlußfolgerungen aus der Ratifizierung der Pariser Verträge.[222] Es stellte fest, daß durch die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO ein neuer gefährlicher Kriegsherd in Europa geschaffen und die Spaltung Deutschlands vertieft wurde. Die notwendige äußere Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands war die internationale Entspannung und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Die Wiedervereinigung selbst war eine rechtmäßige Sache des deutschen Volkes, die nur durch die Annäherung der bestehenden deutschen Staaten und die Zusammenarbeit der Regierungen ermöglicht werden konnte. Eine solche Zusammenarbeit erforderte, daß die Bonner Regierung auf die Wühltätigkeit gegen die DDR verzichtete und die Agentenzentralen in Westberlin und in Westdeutschland liquidierte. Die inneren Voraussetzungen für die Wiedervereinigung mußte das deutsche Volk schaffen. Ein friedliebendes und demokratisches

221 Tribüne (Berlin), 3. Januar 1956.

222 Dokument Nr. 97.

Deutschland konnte nur das Ergebnis eines harten Kampfes der Mehrheit des deutschen Volkes gegen die Kräfte des Militarismus sein. „In einem solchen Deutschland", hieß es im Beschluß der 25. Tagung, „wird das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden, müssen die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik fest verankert sein."[223]

Im Beschluß der 25. Tagung des Zentralkomitees wurde überzeugend begründet, daß die DDR die Bastion des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts in Deutschland ist. Sie zu festigen und zu stärken war die entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des deutschen Militarismus. „Durch die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus, durch die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des arbeitenden Volkes, die Entwicklung der Wissenschaft und einer von wahrer Menschlichkeit erfüllten nationalen Kultur des deutschen Volkes gilt es, die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und andere friedliebende Kräfte Westdeutschlands für die Sache des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts zu gewinnen ... Der Kampf um das einige, demokratische, friedliebende Deutschland beginnt heute damit, daß das werktätige Volk in der Deutschen Demokratischen Republik die Errungenschaften seines friedlichen Aufbaus bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus durch neue Errungenschaften mehrt."[224]

Diese Erkenntnisse fanden ihren Niederschlag in der Programmerklärung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Alle Kraft für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für das Vaterland des Volkes!", die der Nationalrat auf seiner Tagung am 12. und 13. November 1955 beschloß.[225] In der Programmerklärung wurde festgestellt, daß die Politik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik den Weg zur Einheit Deutschlands versperrt hat. Demgegenüber verkörpere die DDR die Zukunft der ganzen deutschen Nation, und jeder neue Erfolg der DDR sei ein Baustein für das Werk der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Programmerklärung formulierte die neuen Aufgaben und den neuen Charakter der Nationalen Front als einer Gemeinschaft aller patriotisch und demokratisch gesinnten Bürger der DDR, die alle Kraft für

223 Dokumente der SED, Bd. V, S. 460.

224 Ebenda, S. 445, 460.

225 Dokument Nr. 98.

die DDR einsetzen. Im Hinblick auf die zentrale Aufgabe der Nationalen Front, die gesamte Bevölkerung für die aktive Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, beschloß der Nationalrat, in alle leitenden Organe weitere Persönlichkeiten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu kooptieren. Im Dezember beschloß das Präsidium des Nationalrats, Arbeitsgruppen für Betriebsarbeiter, Wissenschaft und Technik, Landwirtschaft, Mittelstand, Ärzte und Geistliche zu bilden.

Durch den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplans im Jahre 1955 wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die DDR ihrer erhöhten Verantwortung gerecht werden konnte. Die hervorragenden Leistungen der Arbeiter und der Angehörigen der technischen Intelligenz führten 1955 zu einem Umschwung in der ökonomischen Entwicklung der Republik. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde mit 101,5 Prozent erfüllt. Das war statt der vorgesehenen 6,5 Prozent eine Steigerung von 8,3 Prozent gegenüber 1954. Seit langer Zeit stieg die Arbeitsproduktivität wieder schneller als die Lohnsumme. Sie erhöhte sich um 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr statt der vorgesehenen 5 Prozent. Zum ersten Mal während des Fünfjahrplans wurde 1955 der Plan der Selbstkostensenkung hundertprozentig erfüllt. Dadurch konnten etwa 1,4 Milliarden DM eingespart werden. In 336 volkseigenen Betrieben der Industrie, des Handels und des Verkehrs, die 1954 noch mit Verlust gearbeitet hatten, wurde die Rentabilität hergestellt. Durch den Verzicht auf Staatszuschüsse und die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe konnten dem Staatshaushalt über 3,3 Milliarden DM zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Das von der SED gestellte Ziel, die Arbeiter-und-Bauern-Macht angesichts der Einbeziehung Westdeutschlands in den NATO-Kriegsblock beschleunigt zu stärken, wurde erreicht.

6. Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans

In den ersten sechs Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erzielten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED Erfolge von historischer Bedeutung. Mit tatkräftiger Unterstützung der Sowjetunion und der volksdemokrati-

schen Staaten konnte das vom III. Parteitag und der 2. Parteikonferenz der SED ausgearbeitete Programm verwirklicht werden. Der Plan der Industrieproduktion wurde im Verlauf des ersten Fünfjahrplans mit 105 Prozent erfüllt. Das war eine Steigerung auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Jahre 1936. Es wurden eine schwerindustrielle Basis und ein leistungsfähiger Maschinenbau geschaffen.

Im Schwermaschinenbau erhöhte sich die Bruttoproduktion 1955 gegenüber 1950 auf 227 Prozent, im Schiffbau auf 329 Prozent und im Landmaschinenbau auf 424 Prozent. Von 1950 bis 1955 stieg der Export der DDR auf 315 Prozent; davon allein die Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus auf das 6fache – das waren 60 Prozent des Gesamtexports der DDR. Von 1951 bis 1955 beteiligte sich die DDR an 150 internationalen Messen. Ihr Handel mit kapitalistischen Ländern vervierfachte sich in dieser Zeit. Die Leipziger Messe wurde zum Haupthandelsplatz zwischen den beiden Weltsystemen.

Die ursprünglichen Planziele für die Entwicklung der Schwerindustrie wurden nicht ganz erreicht. Das hing vor allem mit den im Jahre 1953 beschlossenen Umstellungen zusammen. Es war objektiv auch nicht möglich gewesen, in der kurzen Frist von fünf Jahren die infolge der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft der DDR zu überwinden. Sie konnten jedoch erheblich vermindert werden.

Bis zum Ende des Jahres 1955 stieg der Anteil des sozialistischen Sektors in der gesamten Volkswirtschaft der DDR auf 71,9 Prozent und in der Landwirtschaft – nach Nutzfläche gerechnet – auf 27,4 Prozent. Das Nationaleinkommen erhöhte sich um über 70 Prozent. Der Lebensstandard der Werktätigen stieg beträchtlich. Die Preise für Konsumgüter sanken um 32 Prozent, dadurch erhöhte sich das Realeinkommen der Bevölkerung der DDR um über 43 Milliarden DM. Kultur, Wissenschaft und Volksbildung, das Gesundheitswesen und andere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens nahmen einen bedeutenden Aufschwung.

Der Anteil der volkseigenen Industriebetriebe – bis 1953 einschließlich der SAG-Betriebe – am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtproduktes (Bruttoprodukt) entwickelte sich von 1950 bis 1955 wie folgt:

Jahr	insges.	Grund-stoff-ind.	Metall-verarb. Ind.	Leicht-ind.	Nahrungs- u. Genuß-mittelind.	Bau	Ver-kehr
			Prozent				
1950	75,5	90,9	83,3	57,7	66,6	31,6	86,0
1951	76,6	91,5	86,9	62,0	69,8	48,4	87,3
1952	77,7	92,0	88,5	64,9	71,2	49,7	87,6
1953	82,4	94,1	90,8	71,2	77,7	54,5	88,8
1954	83,4	94,3	90,4	71,7	78,5	44,7	88,1
1955	83,1	95,2	91,9	71,2	70,8	54,2	89,6

In den Jahren des ersten Fünfjahrplans wurde die DDR zu einem starken sozialistischen Staat, zu einer festen Bastion des Friedens und des Fortschritts in Deutschland und Europa, zu einem gleichberechtigten, geachteten Glied des sozialistischen Weltsystems. Sie erlangte ihre volle Souveränität und erwarb sich hohes internationales Ansehen. 1955 unterhielt die DDR mit mehr als 70 kapitalistischen Staaten Handelsbeziehungen der verschiedensten Art, davon mit 46 Ländern ständige Handelsbeziehungen. Handelsabkommen auf Regierungsebene wurden in den Jahren des ersten Fünfjahrplans mit folgenden nichtsozialistischen Staaten abgeschlossen: Ägypten, Burma, Finnland, Indien, Libanon, Sudan und Syrien. In den meisten dieser Länder wurden offizielle Handelsvertretungen der DDR mit bestimmten diplomatischen Rechten und Funktionen errichtet. Infolge des Druckes der NATO-Mächte gelang es jedoch noch nicht, volle diplomatische Beziehungen mit nichtsozialistischen Staaten herzustellen.

Das wichtigste Ergebnis der Entwicklung in der DDR bestand in dieser Zeit darin, daß die Arbeiterklasse zur anerkannt führenden Kraft der Gesellschaft wurde. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten wuchs in den Jahren des ersten Fünfjahrplans von 5,3 Millionen auf 6,4 Millionen. Im Kampf um die Stärkung der DDR und um die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands entwickelte sich das sozialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse und das Bewußtsein der anderen Schichten der Bevölkerung. Die Arbeiterklasse lernte es, Staat und Wirtschaft zu leiten. Sie eignete sich umfassende Kenntnisse und Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus an. Sie setzte die Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend in die Tat um. Sie führte die Bauern und Landarbeiter auf den Weg der genossenschaftlichen Großproduktion und half den Handwerkern sowie den kleinen und mittleren Unternehmern, sich von den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu überzeugen. Die Aktivisten und Hel-

den der Arbeit, die Neuerer der Produktion und Rationalisatoren waren die Bahnbrecher des neuen Lebens, ihnen gebührte das Hauptverdienst an den erreichten Erfolgen.

Das Voranschreiten der sozialistischen Revolution in der DDR war von großer internationaler Bedeutung. Damit trugen die Werktätigen der DDR nicht nur zur Stärkung des sozialistischen Weltsystems bei, sondern es wurde zum ersten Mal in der Geschichte bewiesen, daß auch in einem hochentwickelten, früher imperialistischen Land – selbst bei offener Grenze zum imperialistischen System – der Sozialismus aufgebaut werden kann, und es wurde der Beweis erbracht, daß dies nur auf dem vom Marxismus-Leninismus gewiesenen Weg möglich ist. Die Erfahrungen der DDR bestätigten überzeugend die Feststellung W. I. Lenins, daß die Grundprinzipien der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution allgemeingültig und für jedes Land anwendbar sind.

Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR war von großer nationaler Bedeutung. Wie in der Welt, so begannen auch in Deutschland die Kräfte des Friedens und des Sozialismus mehr und mehr zum bestimmenden Faktor der Entwicklung zu werden. Die Versuche der imperialistischen Kräfte des Westens, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu verhindern und die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stürzen, scheiterten. Es gelang ihnen nicht, ganz Deutschland der NATO zu unterwerfen. Die Frage „Wer – Wen?" wurde in der DDR zugunsten des werktätigen Volkes und zuungunsten der reaktionären, imperialistischen Kräfte entschieden.

In Westdeutschland gelang es der imperialistischen deutschen Bourgeoisie, mit Hilfe der USA ihre ökonomische und politische Macht wiederherzustellen, die Bundesrepublik in das imperialistische Kriegspaktsystem einzubeziehen und die Voraussetzungen für die Aufstellung einer neuen Aggressionsarmee zu schaffen. Dadurch wurde die Spaltung Deutschlands vertieft und versteinert. Der deutsche Imperialismus wurde zum Hauptverbündeten des USA-Imperialismus in Europa. Er trat in wachsendem Maße mit einem eigenen imperialistischen Programm auf, das auf die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges gerichtet war.

Die deutschen Imperialisten konnten ihren reaktionären Kurs jedoch nur gegen den Widerstand beträchtlicher Teile der westdeutschen Bevölkerung und mit erheblicher Verzögerung durchsetzen. Sie

mußten bei allen ihren Schritten mit der DDR rechnen, die dem Kampf der westdeutschen Patrioten Rückhalt gab. Zwar gelang es in der damaligen Zeit noch nicht, „ein breites Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in ganz Deutschland zu schaffen. Aber trotzdem wurden den westdeutschen Militaristen solche Schlappen zugefügt, daß Adenauers Plan der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und die Remilitarisierung in Westdeutschland nur mit beträchtlichem Zeitverlust durchgeführt werden konnten. In diesen für die westdeutschen Militaristen verlorenen Monaten und Jahren veränderte sich das internationale Kräfteverhältnis so sehr zu ihrem Nachteil, daß die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne gegen die DDR und gegen die volksdemokratischen Staaten völlig aussichtslos geworden ist. Das ist sehr bitter für Bonn und sehr gut für Deutschland und Europa!“[226]

Die Entwicklung der DDR bestätigte die Richtigkeit der Politik der SED, die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. In den Jahren des ersten Fünfjahrplans bewährte sich die SED als wahrhaft revolutionäre marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Sie erfüllte ihre Verpflichtungen gegenüber der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse. Gestützt auf die erzielten Erfolge, konnten die Werktätigen der DDR unter Führung der SED mit Zuversicht in die Zukunft sehen und neue, weitergesteckte Ziele in Angriff nehmen.

[226] Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß, Berlin 1960, S. 190.

Dokumente

1

Aus dem Manifest „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland", angenommen auf der 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949

In allen Teilen unseres Vaterlandes sind in den letzten Monaten die großen Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland diskutiert worden. Den Wünschen aller Schichten der Bevölkerung entsprechend, hält es der Deutsche Volksrat für erforderlich, die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland knapp und klar aufzuzeigen:

Einheit Deutschlands

1. Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch:
Beseitigung der Konstruktion eines westdeutschen Eigenstaates, Aufhebung des Ruhrstatuts, Aufhebung der Saarautonomie, Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Friedensvertrag

2. Schnellster Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland.
Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer festzusetzenden kurzen Frist nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

3. Volle und unbedingte Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse über die Demokratisierung und Entmilitarisierung sowie der in ihnen festgelegten Verpflichtungen Deutschlands gegenüber anderen Völkern.

Souveränität

4. Wiederherstellung der vollen Souveränität der deutschen Nation unter Anerkennung des Rechts auf selbständige Außenpolitik und selbständigen Außenhandel.
Freie und unabhängige Entwicklung des deutschen demokratischen Staates und des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedensvertrages.

Kampf gegen die Kriegshetzer und Spalter

5. Unversöhnlicher aktiver Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Krieges in Deutschland. Verbot der Kriegspropaganda in Presse, Rundfunk und Versammlung.
Kompromißloser Kampf gegen die Einbeziehung Deutschlands in aggressive Militärblocks, in die Europa-Union und in den Nordatlantikpakt.

6. Unversöhnlicher aktiver Kampf gegen die Verräter der deutschen Nation, die deutschen Agenten des amerikanischen Imperialismus, die verbrecherischen Helfershelfer der Spaltung Deutschlands und der Versklavung seiner westlichen Teile. Kampf gegen die Partikularisten und Separatisten, die die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands unterstützen.

7. Volle und uneingeschränkte Unterstützung der für den Frieden, für Gleichberechtigung und Freundschaft der Völker kämpfenden Kräfte in der ganzen Welt. Zusammenarbeit und Freundschaft Deutschlands mit allen friedliebenden Völkern und Ländern, die die nationalen Interessen des demokratischen Deutschlands anerkennen.

Berlin, Hauptstadt Deutschlands

8. Sofortige Wiederherstellung der Einheit und Normalisierung des Lebens der Hauptstadt Deutschlands, Berlin.

Planvoller Neuaufbau

9. Einheitliche Währung für ganz Deutschland. Ungehinderter Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Freier Verkehr für die Bevölkerung und für Waren zwischen allen Ländern und Zonen Deutschlands.

10. Sofortige Einstellung der Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch ausländische Kapitalisten. Auslandskredite nur unter der Bedingung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und mit dem Recht, daß deutsche Organe über die Verwendung dieser Kredite selbst entscheiden.

11. Sofortige Einstellung der Demontagen und aller anderen Maßnahmen, die auf die Einschränkung und Unterdrückung der deutschen Friedenswirtschaft gerichtet sind.

12. Aufhebung aller dem deutschen Außenhandel von den Westmächten aus Konkurrenzinteressen auferlegten Beschränkungen. Förderung des deutschen Außenhandels mit der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Südosteuropas, den natürlichen Handelspartnern Deutschlands. Unbehinderte Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und des zivilen Schiffbaus, des Handels und des Handwerks.

13. Schutz der deutschen Volkswirtschaft und des Privateigentums nach den Gesetzen.

14. Erhöhung des Lebensniveaus der deutschen Bevölkerung durch die Entfaltung der Produktion und des Handels. Planvoller Abbau des Kartensystems. Beseitigung der Erwerbslosigkeit.

15. Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft. Förderung der hilfsbedürftigen Bauernwirtschaften. Gerechte Bodenzuteilung an Bauern und Umsiedler in ganz Deutschland.

16. Wohnung und Arbeit für die Umsiedler in allen Zonen. Wiederherstellung der zerstörten Städte und Dörfer.

Gleichberechtigung

17. Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger vor dem Gesetz, ohne Unterschied ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer politischen Ansichten und religiösen Überzeugungen.

Förderung der Kultur

18. Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Films. Beseitigung der anglo-amerikanischen Zensur.

19. Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der deutschen Forschung, Technik und Lehre, der Literatur und Kunst, Verbesserung der Lage der Intellektuellen in ganz Deutschland.

20. Enge kulturelle Beziehungen zwischen allen Gebieten Deutschlands ohne jede äußere Einmischung und Einschränkung.

Um für diese Ziele wirksam kämpfen zu können, stellt sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Aufgabe, jede mögliche Form der Zusammenarbeit patriotischer Kräfte zu unterstützen, auf politischem wie auf kulturellem Gebiet, in finanziellen, kommerziellen und sonstigen wirtschaftlichen Fragen. Je vielseitigere Formen und Methoden die Nationale Front in dieser Arbeit annimmt, je vollständiger der Inhalt dieser Arbeit ist, desto schneller wird das große Ziel, die Einheit Deutschlands und ein gerechter Friede, erreicht werden.

Deutscher Volksrat,
Informationsdienst, Berlin [1949], Nr. 7, S. 3/4.

2

Aus der Verfassung der DDR, in Kraft getreten am 7. Oktober 1949

Artikel 1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; . . .

Artikel 2

Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold.

Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.

Artikel 3

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik. Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch:

Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden;

Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts;

Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.

Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen ...

Artikel 5

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts binden die Staatsgewalt und jeden Bürger. Die Aufrechterhaltung und Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern ist die Pflicht der Staatsgewalt...

Artikel 6

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.

Artikel 7

Mann und Frau sind gleichberechtigt.

Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.

Artikel 8

Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, sind gewährleistet...

Artikel 15

Die Arbeitskraft wird vom Staat geschützt. Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit

und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

Artikel 16

Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung, auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter.

Der Sonntag, die Feiertage und der 1. Mai sind Tage der Arbeitsruhe und stehen unter dem Schutz der Gesetze.

Der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, dem Schutze der Mutterschaft und der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfälle des Lebens dient ein einheitliches, umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten.

Artikel 17

Die Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben erfolgt unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten.

Die Arbeiter und Angestellten nehmen diese Rechte durch Gewerkschaften und Betriebsräte wahr.

Artikel 18

Die Republik schafft unter maßgeblicher Mitbestimmung der Werktätigen ein einheitliches Arbeitsrecht, eine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit und einen einheitlichen Arbeitsschutz.

Die Arbeitsbedingungen müssen so beschaffen sein, daß die Gesundheit, die kulturellen Ansprüche und das Familienleben der Werktätigen gesichert sind.

Das Arbeitsentgelt muß der Leistung entsprechen und ein menschenwürdiges Dasein für den Arbeitenden und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen gewährleisten.

Mann und Frau, Erwachsener und Jugendlicher haben bei gleicher Arbeit das Recht auf gleichen Lohn.

Die Frau genießt besonderen Schutz im Arbeitsverhältnis. Durch Gesetz der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, daß die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.

Die Jugend wird gegen Ausbeutung geschützt und vor sittlicher, körperlicher und geistiger Verwahrlosung bewahrt. Kinderarbeit ist verboten . . .

Artikel 24

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.

Der Mißbrauch des Eigentums durch Begründung wirtschaftlicher Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls hat die entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge.

Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind enteignet und gehen in Volkseigentum über. Das gleiche gilt für private Unternehmungen, die sich in den Dienst einer Kriegspolitik stellen.

Alle privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen sind aufgehoben und verboten.

Der private Großgrundbesitz, der mehr als 100 Hektar umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt.

Nach Durchführung dieser Bodenreform wird den Bauern das Privateigentum an ihrem Boden gewährleistet.

Artikel 25

Alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sowie die zu ihrer Nutzbarmachung bestimmten Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind in Volkseigentum zu überführen ...

Artikel 50

Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer ...

Artikel 52

Wahlberechtigt sind alle Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Wählbar ist jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Die Volkskammer besteht aus 400 Abgeordneten.

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.
Hrsg. vom Amt für Information der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik, o. O. o. J., S. 9–11, 13–16, 23.

3

Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, vom 12. Oktober 1949

Die Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden

und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen ...

Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die provisorische Regierung gebildet.

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich dabei dessen bewußt, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie einen neuen Weg, den Weg des Friedens und der Demokratie, beschreitet ...

Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.

In diesem Sinne nimmt die Regierung den Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten ...

Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält auch die Anerkennung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, den Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus und deren organisatorische Wiederbelebung, die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde. Diese Grundsätze sind Ausgangspunkt aller Aufgaben, die die Regierung sich gestellt hat. Diese Grundsätze entsprechen dem Geist, von dem die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durchdrungen ist. Wir sind uns bewußt, daß wir viel daran arbeiten müssen, um den deutschen Namen in der Welt wieder zu Achtung und Anerkennung zu bringen. Das Werk der geistigen Erneuerung der deutschen Nation muß mit allen Kräften getan

werden. Es gibt keine Bestimmung, die uns daran hindern könnte, diese Aufgabe zu erfüllen. Es gibt auch keine Bestimmung, die uns daran hindern kann, das zu tun, was wir getan haben – die Entwicklung eines eigenständigen deutschen demokratischen und friedlichen Staatswesens in Gang zu bringen ...

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressenten Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann ...

Die Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion findet ihre Ergänzung im Verhältnis zu den Volksdemokratien, vor allem mit unseren Nachbarn, dem neuen Polen und der Tschechoslowakischen Republik, sowie mit allen friedliebenden Völkern ...

Die deutsche Regierung ist gewillt, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, die ihrerseits bereit sind, in Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu leben und die unsere nationalen Interessen anerkennen.

Den Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, sieht die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an ...

Unsere großen Aufgaben, die zur Rettung der deutschen Nation erfüllt werden müssen, gestatten uns nicht den Luxus, die Kräfte des deutschen Volkes im Kampf untereinander zu lähmen und zu zersplittern. Die Nationale Front aller ehrlichen Deutschen, denen die Zukunft ihres Vaterlandes am Herzen liegt, schafft die realen Voraussetzungen zur Überwindung des nationalen Notstandes. Die Größe unserer Aufgaben und die Größe der Gefahren, die das deutsche Volk bedrohen, erfordern eine neue Art von Beziehungen zwischen den Parteien und Organisationen, erfordern enge freundschaftliche Zusammenarbeit und Einmütigkeit in den Beschlüssen und Handlungen. Diese der Situation des deutschen Volkes angemessene Zusammenarbeit ist im Block der demokratischen Parteien verwirklicht. Die enge Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen gab und gibt uns die Möglichkeit, die ganze lebendige und unerschöpfliche Kraft des deutschen Volkes, die lebendige Kraft der Arbeiterschaft, unserer Bauern, der Wissenschaftler und aller anderen Schichten des Volkes, zusammenzufassen und gemeinsam an die Lösung der großen nationalen Aufgaben des deutschen Volkes mit der Gewißheit des Erfolges heranzugehen ...

Die Regierung richtet einen Appell an alle gutwilligen Deutschen zur Mitarbeit an den großen Aufgaben, die vor uns stehen. Diese deutsche Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens. Das Programm der deutschen Regierung ist das Programm des deutschen Volkes. Wir tauschen nicht die Verfassung gegen ein Besatzungsstatut! Viel zu hoch schätzen wir unsere eigene Handlungsfreiheit, die die befreiende Tat der Sowjetregierung uns gegeben hat. Jetzt gilt es, diese Handlungsfreiheit richtig zu nutzen, im Interesse des Friedens zum Wohle des deutschen Volkes.

Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. Daher halten es die Mitglieder der deutschen Regierung für ihre erste Verpflichtung, zu den Aktivisten zu gehen, die den Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates tragen, ohne den unsere Arbeit sinnlos sein müßte. Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen. Am gestrigen Tage waren wir Zeugen, wie die Bevölkerung und besonders unsere Jugend mit Begeisterung und innerer Anteilnahme die staatspolitischen Akte der letzten Tage, die sich vor ihren Augen in der Hauptstadt Deutschlands abgespielt haben, begrüßten. Mit einem Volke, das eine solche Jugend besitzt, kann die Regierung mit froher Zuversicht an ihre verantwortungsvolle Arbeit gehen.

Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. I, Auswahl aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1959, S. 484/485, 487, 489–490, 492, 495–498, 500, 507.

4

Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, vom 13. Oktober 1949

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck.

An den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl.

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person das deutsche Volk anläßlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Präsidenten bzw. zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutsch-

lands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg geführt haben, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.

Wenn Sie den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie somit gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg beschreiten und den Frieden festigen, große Sympathien und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen, glorreichen Weg.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Den 13. Oktober 1949 J. Stalin

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I,
Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung
über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik
am 25. März 1954, Berlin (1957), S. 238/239.

5

Aus den Grundsätzen, Richtlinien und Forderungen des DGB, angenommen auf dem Gründungskongreß des DGB am 14. Oktober 1949

A. Wirtschaftspolitische Grundsätze
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Werktätigen wahr. Sie setzen sich für eine Wirtschaftsordnung ein,

in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind. Die Wirtschaftspolitik ist eines der wichtigsten Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Sie ist zugleich ein Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfang sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden. Von diesen Tatsachen ausgehend, erheben die Gewerkschaften die folgenden

Grundsatzforderungen:

I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert.

II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert ...

1. Volkswirtschaftlicher Gesamtplan

Jede konstruktive Wirtschaftsführung braucht einen volkswirtschaftlichen Gesamtplan, hinter dem der Wille stehen muß, alle Mittel der modernen Wirtschaftspolitik zur Durchführung des Planes einzusetzen. Eines der wichtigsten Mittel ist die Geld- und Kreditpolitik, die in die staatliche Konjunktur- und Investitionsplanung einzuordnen ist. Als Vertreter des Produktionsfaktors Arbeit haben die Gewerkschaften ein Anrecht darauf, an allen Planungs- und Lenkungsorganen maßgeblich beteiligt zu sein. Das Bankwesen ist entsprechend seiner gemeinwirtschaftlichen Aufgabe neu zu ordnen ...

2. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum

Lenkungsmaßnahmen allein reichen zur Sicherung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik nicht aus, nachdem die Entwicklung der modernen

Industriestaaten – insbesondere im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie sowie in der Großchemie – zur Zusammenballung von Großunternehmungen und damit zur Schaffung von Machtgebilden geführt hat, die das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringen und unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage sind, Parteien, Parlamente und Regierungen unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen.

Die Gewerkschaften fordern daher, gestützt auf die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, die Vergesellschaftung der gewerblichen Urproduktion (Kohle-, Erz- und Ölgewinnung), der Basisindustrien (Eisen- und Stahlerzeugung, Industrien chemischer Grundstoffe), der Energiewirtschaft, der Versorgungsbetriebe, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute. Die Überführung in Gemeineigentum soll nur in Ausnahmefällen, in denen dies besonders zweckmäßig erscheint, durch Verstaatlichung erfolgen. Im allgemeinen sind besondere Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu bilden. In allen Aufsichts- und Verwaltungsorganen ist den Gewerkschaften ein maßgeblicher Einfluß einzuräumen ...

3. Demokratisierung der Wirtschaft notwendig

Die Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 haben gelehrt, daß die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muß deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden. Soweit der Staat im Interesse einer vernünftigen Dezentralisierung öffentliche Funktionen auf Organe der Selbstverwaltung der Wirtschaft überträgt, dürfen dies nur paritätisch besetzte Organe sein, in denen Arbeitnehmer und Unternehmer gleichberechtigt sind ...

4. Gesamtproblem: Volkswirtschaftliche Rationalisierung

Planmäßig und mit aller Energie ist die volkswirtschaftliche Rationalisierung als Gesamtproblem voranzutreiben. Der industrielle Produktionsapparat ist durchgreifend zu überholen und damit auf den höchstmöglichen Leistungsgrad zu bringen. Forschung und Entwicklung bedürfen einer planmäßigen Unterstützung und Förderung. Der Verteilungs- und Verkehrsapparat muß rationalisiert werden. Die Bauwirtschaft bedarf angesichts eines Fehlbestandes von fünf Millionen Wohnungen einer völligen Umstellung und Industrialisierung ...

6. Sicherung der Reallöhne

Ein angemessener Lohn kann durch die Lohnpolitik zwar angestrebt, aber nicht unter allen Umständen gesichert werden. Jede Erhöhung der Löhne kann durch Steigerung der Lebenshaltungskosten zunichte gemacht werden. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß eine aktive Preispolitik die Reallöhne der abhängigen Erwerbstätigen sichert. Die wichtigsten Güter des Existenzbedarfs der Werktätigen sind unter Preiskontrolle

zu halten. Bei normaler Versorgungslage, die oberstes Ziel einer Politik der Vollbeschäftigung ist, genügt eine auf das Wichtigste beschränkte, elastische Preiskontrolle mit geringem Aufwand. Gewinne dürfen nur einer echten wirtschaftlichen Leistung zufallen ...

7. Für europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Die Existenz des deutschen Volkes hängt entscheidend von der Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ab. Die Gewerkschaften fordern, daß die Einfuhr ausländischer Waren durch volkswirtschaftliche Notwendigkeiten, nicht aber durch privatwirtschaftliches Gewinnstreben und die Ansprüche der kaufkräftigen Schichten bestimmt wird. Die Ausfuhr muß von ausländischen Reglementierungen befreit und mit dem Ziele einer sinnvollen Eingliederung in den Welthandel systematisch gefördert und gesteigert werden. Die Gewerkschaften bekennen sich zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; sie fordern deshalb die positive Mitarbeit von Staat und Wirtschaft in einer europäischen Gesamtplanung und die Förderung aller Bestrebungen, die auf europäische Gemeinschaftsarbeit gerichtet sind. Dem Wiederaufbau des innereuropäischen Handels, in dem der Handel mit Ost- und Südosteuropa ein unerläßlicher Bestandteil ist, ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die europäischen Handels- und Zahlungsbilanzen sind völlig unausgeglichen. Das gilt insbesondere für die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz. Für eine echte, europäische Wirtschaftsplanung sind bisher kaum Ansatzpunkte vorhanden. Die Gewerkschaften begrüßen daher die Hilfe, die das amerikanische Volk durch den Marshall-Plan gewährt. Der Marshall-Plan enthält die stärkste Triebkraft für die Organisation einer europäischen Gemeinschaftsarbeit. Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Eingliederung Deutschlands in die europäische und internationale Gemeinschaft der demokratischen Staaten erfordern, daß auch Deutschland die unabdingbaren Rechte eines jeden freien und demokratischen Staates zuerkannt werden. Dazu gehört das Recht des deutschen Volkes, in Freiheit über sein wirtschaftliches und politisches Gesamtschicksal zu entscheiden. Die Aufspaltung Deutschlands in eine östliche und westliche Zone mit verschiedenen Sozialordnungen muß fallen. Dazu gehört aber auch die Freiheit von jeder wirtschaftlichen Bevormundung durch andere Staaten, mit denen Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb steht. Überstaatliche Einrichtungen, denen sich Deutschland niemals verschließen darf, müssen einen wirklich internationalen Charakter tragen, so daß ein wirtschaftlicher Mißbrauch durch die Wettbewerber auf dem Weltmarkt ausgeschlossen ist. Nur dann ist Deutschland in der Lage, den größtmöglichen Beitrag zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und damit zum Weltfrieden zu leisten ...

B. Sozialpolitische Grundsätze
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

I.

Als Selbsthilfeorganisationen gebildet, sind die Gewerkschaften durch die Erweiterung ihres Aufgabenkreises über diesen ihren ursprünglichen Charakter hinausgewachsen. Dennoch ist die sozialpolitische Arbeit immer eine der vornehmsten und bedeutsamsten Aufgaben der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften betrachten als Sozialpolitik alle Maßnahmen und Bestrebungen in der Gesellschaft, die der Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen und seiner Familie, dem Schutze seiner Arbeitskraft, der Existenzsicherung der Arbeitsunfähigen und unfreiwillig Arbeitslosen sowie der Hebung des Lebensstandards dieser Gruppen dienen und der Würde des arbeitenden Menschen gerecht werden.

Sozialpolitische Arbeit der Gewerkschaften ist einerseits Selbsthilfe, d. h. Kampf um die Verbesserung der Lebenslage und der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer mit den sozialen Gegenspielern, den Arbeitgebern. Sie ist andererseits Beeinflussung der Gesetzgebung, damit diese den sozialpolitischen Erfordernissen Rechnung trägt.

II.

Die Freiheit der Gewerkschaftsbewegung erfordert allseitige und uneingeschränkte Anerkennung des Koalitionsrechts. Koalitionsrecht ist nicht nur die Freiheit und das Recht der Arbeitnehmer, sich miteinander zu vereinigen zur Erlangung günstiger Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; es schließt das Recht der Koalitionen der Gewerkschaften zur Selbstbestimmung ihres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiches sowie das Recht des Arbeitskampfes zur Erreichung ihrer Ziele ein.

III.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist Angelegenheit der Unternehmer und der Gewerkschaften, die ihre Vereinbarungen in voller Selbstverantwortung zu treffen haben. Dem haben Gesetzgebung und Verwaltung Rechnung zu tragen ...

C. Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes
zur Führung von Arbeitskämpfen

Die Regelung der Arbeitsbedingungen und die Führung von Arbeitskämpfen ist grundsätzlich Angelegenheit der zuständigen Gewerkschaften. Die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften verpflichten sich jedoch zur Einhaltung folgender gemäß § 2 Ziff. 2m in der Bundessatzung beschlossener Richtlinien:

I. Regeln für Arbeitskämpfe einzelner Gewerkschaften

§ 1

1. Es ist Aufgabe jeder Gewerkschaft, in ihrer Satzung diesen Richtlinien entsprechende Bestimmungen über die Einleitung und Durchführung von Bewegungen und Arbeitskämpfen sowie über die Leistung von Unterstützungen aufzunehmen.

2. Die Arbeitsniederlegung ist nur als letztes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, insbesondere besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden.

3. Vor jeder Arbeitseinstellung sind alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

§ 2

1. Die Einleitung und Durchführung von Arbeitskämpfen bedarf der Genehmigung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft.

2. Anträge auf Einleitung oder Fortsetzung eines Arbeitskampfes erfordern die durch geheime Abstimmung festzustellende Unterstützung von mindestens 75 Prozent der abstimmungsberechtigten Beteiligten.

§ 3

1. Abstimmungsberechtigt sind alle an der Bewegung beteiligten Gewerkschaftsmitglieder, die mindestens 17 Jahre alt und 3 Monate gewerkschaftlich organisiert sind und sich nicht im Lehrverhältnis befinden. Ausnahmen hiervon kann der Hauptvorstand der Gewerkschaft vornehmen.

2. Bei der Entscheidung über die Genehmigung von Arbeitskämpfen haben die Hauptvorstände nicht nur das Abstimmungsergebnis, sondern auch die Gesamtumstände, wie Konjunktur und Auswirkung auf andere Betriebe und andere Wirtschaftszweige, zu berücksichtigen.

§ 4

Bei größeren Bewegungen, bei denen ein Streik geplant oder eine Aussperrung angekündigt wird, haben die Hauptvorstände dem Bundesvorstand zu berichten.

II. Gemeinsame Bewegungen

§ 5

1. Erstreckt sich eine Bewegung über den Zuständigkeitsbereich mehrerer Gewerkschaften, so ist bei Einleitung und Durchführung derselben zwischen den Hauptvorständen eine Verständigung über das Ziel der Bewegung und das gemeinsame Vorgehen herbeizuführen. Auf Antrag einer der beteiligten Gewerkschaften kann der Bundesvorstand bei dieser Verständigung mitwirken.

2. Der Bundesvorstand kann, wenn die Gesamtsituation dies erfordert, auf einzelne Gewerkschaften einwirken, Arbeitskämpfe zu beenden, er kann aber auch am Arbeitskampf bis dahin nicht beteiligte Gewerkschaften zur gewerkschaftlichen Solidarität anregen ...

§ 9

Bei Streiks, die nicht nach diesen Richtlinien eingeleitet und nicht von dem Hauptvorstand genehmigt sind, ist die Unterstützung aus Gewerkschaftsmitteln zu versagen.

§ 10

Jede Gewerkschaft, in deren Bereich ein nicht beschlossener und nicht genehmigter Streik ausbricht, hat die Pflicht, durch ihre Vertreter unter möglichster Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer auf eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken. Kommen mehrere Gewerkschaften in Betracht, so haben sie in diesem Sinne zusammenzuwirken. Von den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern muß verlangt werden, daß sie unbedingt den gewerkschaftlichen Weisungen Folge leisten ...

Protokoll. Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.–14. Oktober 1949, Köln (1950), S. 318, 320–327, 330, 331, 333.

6

Aus dem Amtlichen Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über Verbrechen am Volkseigentum vom 21. November 1949

Infolge ungenügender demokratischer Wachsamkeit ist es einer Anzahl monopolkapitalistischer Agenten im Lande Sachsen-Anhalt gelungen, in den Regierungsapparat und in etliche wirtschaftliche Institutionen einzudringen und mangelndes demokratisches Bewußtsein bei einigen verantwortlichen, leitenden Personen des öffentlichen Lebens auszunutzen für verbrecherische Manipulationen zum Schaden des Volkseigentums ...

Obwohl ... eindeutig feststand, daß nur noch die Provinzialverwaltung und spätere Landesregierung Sachsen-Anhalt über das Vermögen der DCGG [Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft] zu verfügen hatte, wurden die mit der Sequestrierung und Enteignung verbundenen Maßnahmen zum Schaden des Volkes systematisch sabotiert, ...

Aus dem Tresor der DCGG-Dessau wurden Aktien im Nominalwert von RM 12 926 300,– sowie 9956 Kuxe der Gewerkschaft Westfalen mit einem Bilanzwert von RM 13132000,– entwendet, dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Heil, Dessau, zur Verwahrung übergeben und die entsprechenden Hinterlegungsscheine nach dem Westen verbracht ...

Der DCGG-Konzern verfügte, nach seinen eigenen Angaben, im Juli 1945 über Vermögenswerte in Höhe von RM 151 000 000,– ...

Von diesen Vermögenswerten sind nachweisbar nur RM 53 721 101,25 in Volkseigentum übergeführt worden.

Fast 100 Millionen Mark Vermögenswerte verschiedener Art wurden den westdeutschen Monopolkapitalisten zum Ausbau neuer volksfeindlicher und nationalverräterischer Positionen in verbrecherischer Absicht ausgeliefert.

Lediglich infolge des Eingreifens der Landeskontrollkommission des Landes Sachsen-Anhalt scheiterte der Versuch der Konzernagenten, weitere 44 Millionen Mark Wertpapiere nach Westdeutschland zu verschieben.

Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle hat das Anklagematerial dem Generalstaatsanwalt des Landes Sachsen-Anhalt übergeben und gegen folgende Personen richterlichen Haftbefehl erwirken lassen:

Dr. Leo Herwegen

Ehemaliger Minister für Arbeit und Sozialfürsorge in der Landesregierung Sachsen-Anhalt.

Herwegen hat seine hohe, verantwortliche Stellung als Minister mißbraucht, indem er zugunsten der Aktionäre des ehemaligen DCGG-Konzerns tätig war, an dem Verbrechen am Volkseigentum aktiv mitgewirkt hat und sich dafür bezahlen ließ.

Friedrich Methfessel

Ehemaliger kaufmännischer Direktor des DCGG-Konzerns, später Treuhänder der Landesregierung für dieses Unternehmen, gleichzeitig Verwaltungsmitglied der DCGG mbH, Hagen (Westfalen), und kaufmännischer Direktor der Vereinigung Volkseigener Betriebe „Energie-West".

Methfessel hat als verantwortlicher Treuhänder der DCGG die – zum Teil von Herwegen inspirierten – Sabotageakte operativ durchgeführt ...

Der Amtliche Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle stützt sich auf unwiderlegbare, beweiskräftige Dokumente und enthält nur einen Teil der Verbrechen, die von den monopolkapitalistischen Kreaturen im Lande Sachsen-Anhalt begangen worden sind.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 23. November 1949.

7

Aus dem Petersberger Abkommen zwischen den alliierten Hochkommissaren und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 22. November 1949

Die Diskussionen waren durchweg von dem Wunsche und der Entschlossenheit beider Parteien belebt, daß sich ihre Beziehungen stufenweise auf

der Grundlage gegenseitigen Vertrauens entwickeln möchten. Inzwischen besteht ihr primäres Ziel in der Eingliederung der Bundesrepublik als eines friedlichen Mitgliedes der europäischen Gemeinschaft ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein „membre associé" in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Marshall-Hilfe unterzeichnet werden sollte ...

Die Bundesregierung bekundet ferner ihre ernste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und sich mit allen Mitteln, die in ihrer Macht stehen, zu bestreben, daß die Wiederaufstellung bewaffneter Streitkräfte jeder Art verhütet wird. Zu diesem Zwecke wird die Bundesregierung ganz mit der Hochkommission bei den Arbeiten des militärischen Sicherheitsamtes zusammenarbeiten ...

Es ist ferner vereinbart worden, daß die Bundesregierung nun die stufenweise Wiedererrichtung von Konsular- und Handelsbeziehungen mit jenen Ländern in die Wege leiten soll, mit denen derartige Beziehungen als vorteilhaft erscheinen ...

Die Hochkommission hat dem Bundeskanzler die Bestimmungen eines Abkommens bekanntgegeben, das von den drei Mächten über die Lockerung der gegenwärtigen Beschränkungen gegenüber dem deutschen Schiffbau getroffen wurde ...

In der Demontierungsfrage hat die Hochkommission die gegenwärtige Lage im Lichte der Zusicherungen der Bundesregierung wieder erwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt. Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung wird hiermit eingestellt: a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: Farbenfabriken Bayer, Leverkusen; Chemische Werke Hüls (ausgenommen für gewisse Forschungen, da die Ausrüstung dieser Werke ein wichtiges Sicherheitselement enthält); Gelsenberg Benzin AG; Hydrierwerke Scholven AG; Ruhröl Bottrop; Ruhrchemie AG; Gewerkschaft Victor, Krupp Treibstoff GmbH, Steinkohlenbergwerke, Dortmunder Paraffin; Nazener Steinkohle AG. b) Stahlwerke: August-Thyssen-Hütte, Duisburg, Hamborn; Hüttenwerke Siegerland, Charlottenhütte; Deutsche Edelstahlwerke, Krefeld; August-Thyssen-Hütte; Niederrhein-Hütte; Kloeckner-Werke, Düsseldorf; Ruhrstahl AG Heinrichshütte, Nattingen; Bochumer Verein, Gußstahlwerke, Bochum.

Kessing's Archiv der Gegenwart 1948 und 1949, S. 2143.

8

Aus der Entschließung der Tagung der volkseigenen Betriebe in Leipzig, angenommen am 27. November 1949

Eine entscheidende Aufgabe in der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der volkseigenen Industrie ist der Kampf um die Senkung der Selbstkosten. Die Leipziger Tagung der volkseigenen Betriebe verpflichtet alle Betriebe und ihre Leitungen, den Selbstkostenplan zu einem Bestandteil des Betriebswirtschaftsplanes zu machen und seine Erfüllung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern ...

Insbesondere ist dabei das Augenmerk auf die sparsamste Verwendung von Material, pflegliche Behandlung von Maschinen und Werkzeugen sowie Senkung der unproduktiven Ausgaben des Betriebes, wie Ausgaben für Verwaltung, Vertrieb, Werbung und Repräsentation, zu lenken ...

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität der volkseigenen Betriebe als die Grundaufgabe der Wirtschaftspolitik der Deutschen Demokratischen Republik muß im Mittelpunkt aller Anstrengungen in den volkseigenen Betrieben stehen. Eine entscheidende Voraussetzung für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist die fortlaufende Verbesserung des technologischen Zustandes des Betriebes und der Produktionsmittel und die laufende Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsvorbereitung im Betrieb. In den Betriebsplänen der einzelnen Betriebe ist darum dem Plan des technisch-organisatorischen Fortschrittes im Betrieb erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. In der gleichen Weise ist die Verbesserung des Entlohnungssystems in den Betrieben in Angriff zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, daß alle Arbeiten im Betrieb, bei denen dies möglich ist, im Leistungslohn durchgeführt werden ...

Größte Bedeutung für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Steigerung der betrieblichen Erträge und zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen kommt neben dem aneifernden Beispiel der Aktivisten den Wettbewerben zu. Die Leipziger Tagung der volkseigenen Betriebe hält es jedoch für erforderlich, die Belegschaften und ihre Leitungen auf die bisherigen Schwächen der Wettbewerbe, die sich in einem den Wettbewerb hemmenden Schematismus äußern, aufmerksam zu machen und hält für die geeignetste und Erfolg versprechendste Form den innerbetrieblichen Wettbewerb, den Wettbewerb zwischen einzelnen Betriebsabteilungen und einzelnen Arbeitsgruppen. Dabei ist erforderlich, den Wettbewerb nicht nur abzustellen auf die mengenmäßige Erfüllung bestimmter Wettbewerbsziele, sondern insbesondere die Frage der Qualität der Produktion und ihre ständige Verbesserung zum Hauptbestandteil der Wettbewerbe zu machen ...

Um der volkseigenen Industrie auch für die weitere Zukunft die erforderliche Zahl von wissenschaftlichen und hochschulmäßig ausgebildeten Mitarbeitern zu sichern, müssen die volkseigenen Betriebe der Unterstützung und Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik größere Aufmerksamkeit und Beachtung schenken. Dazu ist erforderlich, daß in größerem Umfange begabten jungen Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Betriebe, insbesondere aus den Reihen der Aktivisten, die Möglichkeit zum Studium an den Hochschulen gegeben wird, und die volkseigenen Betriebe und ihre Leitungen müssen sich verpflichtet fühlen, durch Bereitstellung von Stipendien das Studium dieser wissenschaftlich und hochschulmäßig gebildeten Nachwuchskräfte für die volkseigene Industrie zu sichern.

Die Wirtschaft (Berlin), 1949, H. 23, S. 813/814.

9

Anträge der Bundestagsfraktion der KPD gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands vom 5. und 16. Dezember 1949

Betr.: Erklärung des Bundeskanzlers zu seinem Interview in Fragen der Remilitarisierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, dem Bundestag in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1949 eine Erklärung zu nachstehenden Fragen abzugeben:

1. Ist es richtig, daß der Bundeskanzler der Zeitung „The Plain Dealer" gegenüber geäußert hat, eine nach seinem Vorschlag aufzustellende „autorisierte deutsche Streitmacht" solle „eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando" bilden?

2. Hat der Bundeskanzler Vorschläge in gleichem oder ähnlichem Sinne der Hohen Kommission oder einem der Hohen Kommissare zugehen lassen?

3. Hat der Bundeskanzler im Sinne seines Interviews mit der genannten amerikanischen Zeitung Besprechungen mit einer anderen alliierten Seite geführt?

4. Ist der Bundeskanzler anläßlich seiner mit der Alliierten Hohen Kommission geführten Besprechungen irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die im Sinne seines der amerikanischen Zeitung gegebenen Interviews liegen?

5. Beabsichtigt der Bundeskanzler, den westlichen Alliierten die Be-

reitschaft der Bundesregierung zur Aufstellung einer westdeutschen Streitmacht in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen?

Bonn, den 5. Dezember 1949 Renner und Fraktion

Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann, Berlin 1965, S. 209.

Der Bundestag lehnt die Erklärung des Bundeskanzlers zur Remilitarisierung als unbefriedigend ab. Sie bietet dem deutschen Volk keine Sicherung dafür, daß der Bundeskanzler, wenn an ihn die Aufforderung ergeht, ein „deutsches Kontingent" für eine Atlantikpakt-Streitmacht zu stellen, dieses Ansinnen ablehnen wird. Der Bundestag beschließt, dem Bundeskanzler zu untersagen, die Remilitarisierung in jeder Form, auch wenn die Westmächte dies fordern, zu betreiben.

Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann, Berlin 1965, S. 211.

10
Aus der Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Volkswirtschaftsplan 1950 vom 11. Januar 1950

Auf die weitere Entfaltung der Aktivistenbewegung und der innerbetrieblichen Wettbewerbe in den volkseigenen Betrieben der Industrie, des Bauwesens, des Verkehrs und der Landwirtschaft müssen unsere Genossen in den Gewerkschaften das Schwergewicht ihrer Arbeit legen. Dabei ist ihnen die größtmögliche Hilfe von allen Organisationsstellen der Partei zu gewähren. Es kommt darauf an, Aktivistenbrigaden und Kollektive zu organisieren und für diesen Gedanken durch Beispiele zu wirken. Die von den Belegschaften getragenen Wettbewerbe müssen konkrete Ziele haben für die Erhöhung der Produktion durch Verbesserung der Produktivität der Arbeit und die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse.

Die Betriebsgruppen der Partei müssen den Betriebsleitungen helfen, im Zusammenwirken mit den BGL, für die Aufstellung und Anwendung technisch begründeter Arbeitsnormen zur verstärkten Einführung des Leistungslohnes und der Leistungsprämien zu sorgen. Die Erhöhung der Rentabilität ist Vorbedingung für den Ausbau der volkseigenen Betriebe und die Erhöhung der Lebenshaltung. Daher muß sich der Wettbewerb auch erstrecken auf die konsequente Senkung der Selbstkosten, Verringe-

rung unproduktiver Kosten durch Materialeinsparung, bessere Arbeitsvorbereitung und technische Verbesserung der Organisation des Betriebes. Die erfolgreiche Durchführung der Wettbewerbe hängt vor allem von der richtigen Propaganda, Anleitung und Kontrolle ab. Konsequent müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die der Entwicklung der Aktivistenbewegung entgegenstehen. Hierzu muß in jedem Betrieb die Kritik und Selbstkritik stärker entfaltet werden ...

Die gewaltigen Aufgaben für die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes können nur erfüllt werden, wenn die Massen der Werktätigen von der Richtigkeit unseres neuen demokratischen Weges überzeugt sind.

Die Partei muß den breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Bauern und der Intelligenz verständlich machen, daß diese Aufgaben im engsten Zusammenhang mit dem politischen Kampf um die Sicherung des Friedens und die Einheit Deutschlands stehen. Vor allem müssen die Betriebsgruppen der Partei in den volkseigenen Betrieben und den Wirtschaftsverwaltungen stärker als bisher die führende Rolle der Partei verwirklichen, um durch intensive ideologische Arbeit unter den Massen der Werktätigen eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen.

Die Mobilisierung der Werktätigen und ihre Heranführung an die Probleme des politischen Kampfes muß erheblich verbessert werden. Noch mehr müssen sich die Betriebsgruppen auf diese Hauptaufgaben konzentrieren, die Schwerpunkte beachten, operativ systematisch arbeiten und neue fortschrittliche Arbeitsmethoden entwickeln.

In der richtigen ideologischen Arbeit, in der Aufklärung der Massen der Werktätigen liegt der Schlüssel für die Erfolge. Die Arbeit der Betriebsgruppen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes steht unter der Losung:

„Erfüllung unseres Zweijahrplans bis zum III. Parteitag, Juli 1950!"

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes,
des Zentralsekretariats und des Politischen Büros,
Bd. II, Berlin 1952, S. 426/427, 430/431.

11

Aus der Erklärung der CDU vom 28. Januar 1950

Demokratisches Handeln verlangt:

Sicherung unseres Landes und seiner Ordnung vor allen Störungen und Bedrohungen jeglicher Art, Wachsamkeit gegen alle, die sich aktiv oder passiv, bewußt oder unbewußt zu Werkzeugen der Feinde dieser Ordnung machen lassen,

klare Absage an alle, vor allem in Westdeutschland, die die Spaltung Deutschlands fördern und die Vorbereitungen zum Angriff gegen den Osten unterstützen,

klare Absage an den Bundeskanzler Adenauer und alle, die Deutschland in den Angriffsblock des Westens eingliedern wollen,

klares Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze als der Friedensgrenze im Sinne der Erklärungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihres Außenministers, nach denen die Grenzfrage „eindeutig, vorbehaltlos und unwiderruflich geklärt" ist,

klare Absage an alle Tendenzen eines neuen Nationalismus und einer Remilitarisierung,

klare aktive Mitwirkung in der Nationalen Front als der Zusammenfassung aller Kräfte, die in der Sicherung des Friedens und der Wiedergewinnung der Einheit die erste deutsche Aufgabe erblicken. Je fester der Zusammenschluß, je klarer das Bekenntnis zu ihren Zielen, desto reibungsloser und fruchtbarer auch die Arbeit der Nationalen Front.

Der christliche Demokrat darf dieser Politik nicht widerstrebend oder zögernd folgen und sich widerwillig auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Er muß mutig und entschlossen an der Schaffung der Tatsachen selbst mitwirken, von denen die Zukunft unseres Volkes, sein Frieden und sein Wiederaufstieg abhängen. Lippenbekenntnisse sind Verrat.

Die Republik und ihre grundlegenden demokratischen Reformen sind Ausdruck innerer Notwendigkeit und nicht die Folge des Diktats einer Besatzungsmacht. Sie werden erhalten und verteidigt werden, auch wenn kein Besatzungssoldat mehr auf deutschem Boden steht. Wer sich unserer Republik nicht verpflichtet fühlt und nicht bereit ist, sie zu verteidigen, kann Anspruch auf Führung und Verantwortung weder im Staat noch in der Wirtschaft, geschweige denn in unserer Christlich-Demokratischen Union erheben.

Wir sind entschlossen, an der Gestaltung eines neuen Zeitalters mitzuwirken, das aus den Trümmern einer sterbenden kapitalistischen Welt und dem Nachlaß der Hitlerdiktatur entsteht. Wir sind entschlossen, mitzuwirken am Zeitalter des Friedens und des Sozialismus.

Dokumente der CDU, Bd. I, Berlin 1956, S. 47/48.

12

Aus dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, angenommen auf der 2. Tagung des Nationalrats am 15. Februar 1950

Durch die Bildung der Republik und die Schaffung der großen Nationalen Front des demokratischen Deutschland wurde den anglo-amerika-

nischen Imperialisten und ihren deutschen Helfershelfern ein für allemal der Weg zur Versklavung ganz Deutschlands versperrt.

Der Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und ihr gemeinsamer Kampf werden die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa ermöglichen und den Aufstieg eines friedlichen, unabhängigen, demokratischen Deutschlands gewährleisten ...

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland stellt sich die entscheidende Aufgabe der Mobilisierung und Organisierung der Deutschen für die Befreiung Deutschlands von der Anwesenheit und den Umtrieben der anglo-amerikanischen Imperialisten. Jeder Deutsche im Osten, Westen, Süden und Norden Deutschlands, der seine Heimat und den Frieden liebt, gehört als aktiver Kämpfer in die Nationale Front ...

Gegen die Feinde des Friedens, gegen die Feinde der Sowjetunion, des besten Freundes des deutschen Volkes, gibt es keine Neutralität, sondern nur Kampf bis zur endgültigen Sicherung des Friedens.

VI. Im Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland,

zusammengesetzt aus Männern, Frauen und Jugendlichen aus allen Kreisen der Bevölkerung, darunter auch aus Westberlin und Westdeutschland, hat sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland ein leitendes Organ zur Führung des Kampfes um die Befreiung der Nation und um den Frieden geschaffen. Der Nationalen Front gehören alle Deutschen an mit der verschiedensten Vergangenheit und sozialen Herkunft, mit ihren verschiedenen politischen Auffassungen und Weltanschauungen – Arbeiter, Bauern, Handwerker, Geistesschaffende, Geistliche, Unternehmer und Kaufleute, alle beseelt vom Willen zum gemeinsamen Kampf zur nationalen Rettung Deutschlands und zur Erkämpfung eines einigen, demokratischen, unabhängigen deutschen Nationalstaates, alle bereit, die Lebensfragen der Nation persönlichen und Gruppeninteressen voranzustellen. Der Nationalen Front gehören auch jene ehemaligen Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei an, die aus den furchtbaren Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Entsprechend den Forderungen, Beschlüssen und Vorschlägen der Bewegungen der Nationalen Front aus ganz Deutschland stehen folgende praktische Aufgaben zur Lösung:

1. Organisierung von Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in ganz Deutschland, in denen der Wille der Bevölkerung zum Kampf für die Einheit Deutschlands klar zum Ausdruck kommt. Jeder patriotische Deutsche gehört in diese Ausschüsse, und keiner darf von ihnen ferngehalten werden.

Jeder Ausschuß muß ein aktives Zentrum des nationalen Befreiungskampfes in seinem Gebiet werden, aufs engste verbunden mit der gesamten Bevölkerung, er will ihr Sprachrohr, ihr organisierendes Zentrum sein.

Jeder Ausschuß, jede Bewegung der Nationalen Front wird den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und jede Aktion, die die Einheit Deutschlands näherbringt und die Spaltung Deutschlands überwinden hilft, mit allen Kräften unterstützen.

Nationale Front des demokratischen Deutschland, Informationsdienst, Berlin [1950], Nr. 9, S. 3, 7.

13

Meldungen über die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes, März bis Juni 1950

Lowa-Federwerk Zittau erfüllte Zweijahrplan

Nach erfolgter Erfüllung des Zweijahrplanes hat es sich die Belegschaft zur Aufgabe gemacht, auch den Volkswirtschaftsplan vorfristig zu erfüllen.

Tribüne (Berlin), 26. März 1950.

Die Papierfabrik Merseburg hat ... am 30. März 1950 die Papierproduktion im Zweijahresplan erfüllt. Mit dieser Erfüllung wurden gleichzeitig, den Planzahlen gemäß, die Selbstkosten gesenkt, die Arbeitsproduktivität erhöht und die Verbesserung der Qualität, die Erhöhung der Lohnsummen und die Senkung der Unfallziffern durchgeführt.

Tribüne (Berlin), 16. April 1950.

Benzinwerk Böhlen drahtet:

Das Resultat unserer neuen Einstellung zur Arbeit. Am 14. April Zweijahresplan und damit Verpflichtung für Chemiebetrieb erfüllt. Unser Kollektiv der Arbeiter, Angestellten und der Intelligenz verpflichtet sich, vorfristig den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen. Erwarten Ausarbeitung eines Fünfjahrplanes. Kampf um die Einheit Deutschlands im Rahmen der Nationalen Front wird uns weiterhin Leitmotiv sein.

Tribüne (Berlin), 1. Mai 1950.

Die BGL des Eisenhüttenwerkes Thale drahtet:

Am 13. 6. 50, 6 Uhr, haben wir den Zweijahresplan mit 100,1 Prozent erfüllt. Der Punkt 2 unseres Planes, Steigerung der Arbeitsproduktivität

um 30 Prozent, wurde mit 64 Prozent erfüllt. Diese stolzen Erfolge sind das gemeinsame Werk unserer Werktätigen, vor allem der Aktivisten und der technischen Intelligenz.

Tribüne (Berlin), 25. Juni 1950.

14

Aus dem „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten", in Kraft getreten am 1. Mai 1950

Zur weiteren Festigung des Einflusses der Arbeiterschaft am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität als der Grundbedingung für die erfolgreiche Entwicklung der Volkswirtschaft und damit der Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung sowie zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten beschließt die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik dieses Gesetz:

I.

Das Recht auf Arbeit

§ 1

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Es muß ihm ein seinen Fähigkeiten entsprechender und zumutbarer Arbeitsplatz nachgewiesen werden ...

(4) Die staatlichen Organe sind verpflichtet, die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, die es den Frauen ermöglichen, in größerem Maße von ihrem Recht auf Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft Gebrauch zu machen.

§ 2

Unbeschadet des Anspruchs der erwerbstätigen Männer und Frauen auf Altersrente, ist ihnen nach freiem Ermessen die Fortführung ihrer Berufstätigkeit gemäß ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten zu sichern. Die reichen Erfahrungen langer Berufstätigkeit versetzen sie in die Lage, Anregungen für alle zum Wohl aller zu geben.

§ 3

Allen Arbeitenden ist unabhängig von Geschlecht und Alter für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen.

II.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten

§ 4

(1) In unserer neuen demokratischen Ordnung, in der die Schlüsselbetriebe dem Volke gehören, wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, als die entscheidende Kraft im Staate, in der Führung der Wirtschaft durch die demokratischen staatlichen Organe verwirklicht.

(2) Die freien deutschen Gewerkschaften sind in den Betrieben und Verwaltungen die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und Angestellten zum Schutz ihrer Arbeitsrechte und Interessen in der Produktion, auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, der Einhaltung der im Gesetz festgelegten Arbeitsbedingungen und des Lohnes ...

IV.

Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung

§ 18

(1) Die Aktivistenbewegung ist die wichtigste gesellschaftliche Kraft bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne zur Festigung der demokratischen Ordnung. Sie wird von den Gewerkschaften organisiert und geführt. Ihre Förderung ist eine nationale Aufgabe.

(2) Die Direktionen der volkseigenen Betriebe und das technische Personal sind an der Aktivistenbewegung aktiv beteiligt und tragen für ihre weitere Entwicklung eine hohe Verantwortung.

(3) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Landesregierungen und alle staatlichen und wirtschaftlichen Organe sind verpflichtet, diese Bewegung allseitig zu fördern ...

VII.

Urlaub

§ 34

Zur Sicherstellung des verfassungsmäßigen Rechtes auf Erholung ist jedem Arbeitenden einmal im Kalenderjahr Urlaub gegen Entgelt nach folgenden Grundsätzen zu gewährleisten:

a) Arbeiter und Angestellte erhalten einen Grundurlaub von gleicher Dauer, und zwar 12 Arbeitstage. Schwerbeschädigte und Verfolgte des Naziregimes erhalten 3 Arbeitstage zusätzlich Urlaub.

b) Arbeiter, die heiße oder gesundheitsschädliche oder schwere Arbeiten verrichten, erhalten einen Urlaub in Höhe von 18 bis 24 Arbeitstagen.

c) Leitendes und technisches Personal mit verantwortlicher Tätigkeit erhält 18 bis 24 Arbeitstage Urlaub.

d) Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren erhalten 21 Arbeitstage,

e) Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren 18 Arbeitstage Urlaub ...

IX.
Arbeitsschutz
a) Arbeitszeit
§ 40

Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren $7\frac{1}{2}$ Stunden täglich oder 45 Stunden wöchentlich, für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 7 Stunden täglich oder 42 Stunden wöchentlich. Für gesundheitsschädliche Arbeiten kann im einzelnen Fall die Dauer der Arbeitszeit durch Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf Vorschlag des entsprechenden Fachministeriums der Republik und der Länder auf weniger als 8 Stunden täglich festgesetzt werden. Die Wirtschaftspläne sind auf der Grundlage der 48-Stunden-Woche berechnet. Der Produktionsablauf muß in jedem Betrieb so organisiert werden, daß er in der gesetzlichen Arbeitszeit bewältigt werden kann. Überschreitungen der 48-Stunden-Woche sind nur in Ausnahmefällen zulässig nach Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung und nach Einholung der Genehmigung des zuständigen Arbeitsamts. Für Überstunden wird ein Zuschlag, in der Regel 25 Prozent, gezahlt.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin), 1950, Nr. 46, S. 350–353.
Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.
Zusammenstellung von Beschlüssen der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands sowie Gesetzen und Verordnungen
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,
11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955, Berlin 1955, S. 330/331, 335, 339–342.

15
Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, über die Herabsetzung der Reparationszahlungen vom 15. Mai 1950

An den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl.

Geehrter Herr Ministerpräsident,

die Sowjetregierung hat die Bitte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um Herabsetzung der von Deutschland à conto Reparationen zu zahlenden Summe geprüft.

Die Sowjetregierung hat dabei berücksichtigt, daß die Deutsche Demokratische Republik gewissenhaft und regelmäßig ihre Reparationsverpflichtungen, die in Höhe von zehn Milliarden Dollar berechnet sind, er-

füllt und daß bis zum Ende des Jahres 1950 ein bedeutender Teil dieser Verpflichtungen in Höhe von 3658 Millionen Dollar geleistet sein wird.

Von dem Wunsch geleitet, die Bemühungen des deutschen Volkes bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft in Deutschland zu erleichtern und unter Berücksichtigung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik hat die Sowjetregierung nach Vereinbarung mit der Regierung der Polnischen Republik den Beschluß gefaßt, die restliche noch zu zahlende Summe an Reparationszahlungen um 50 Prozent, das heißt bis auf 3171 Millionen Dollar, herabzusetzen.

In Übereinstimmung mit der Erklärung der Regierung der UdSSR auf der Moskauer Tagung des Außenministerrates im März 1947 über die Festsetzung einer 20jährigen Frist für die Bezahlung der Reparationen hat die Sowjetregierung ferner beschlossen, die Begleichung des restlichen Teiles der Reparationszahlungen durch Deutschland (in Höhe von 3171 Millionen Dollar) mit Waren aus der laufenden Produktion auf 15 Jahre, beginnend mit dem Jahre 1951 bis zum Jahre 1965 einschließlich, zu verteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. Stalin,
Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

Moskau, 15. Mai 1950

Neues Deutschland (B) (Berlin), 17. Mai 1950.
Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I,
Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, Berlin (1957), S. 243.

16

Beschluß „Gegen die Remilitarisierung", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Hamburg am 23. Mai 1950

Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o. O. o. J., S. 269.

17

„Politische Resolution", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Hamburg am 23. Mai 1950

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und spricht ihnen sein Vertrauen aus.

Er anerkennt die politische Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er begrüßt ihren Kampf für die demokratische Gestaltung der Bundesrepublik, für eine konsequente gesamtdeutsche Politik der Bundesorgane und ihre Haltung in den Fragen einer Investitions- und Kreditplanung, der Vollbeschäftigung, des sozialen Wohnungsbaues, des sozial gerechten Lastenausgleichs, der Sozialpolitik und des Einbaues der Ausgewiesenen und Kriegsopfer in die Wirtschaft. Er stimmt der Politik der entschlossenen Inangriffnahme der Sozialisierung und des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitenden unter Beteiligung der Gewerkschaften zu.

Die soziale Frage ist die nationale Frage. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der deutschen Einheit und der Überwindung des Rechtsradikalismus und des Nationalkommunismus. Die Stärkung der Massenkaufkraft ist die wesentlichste Voraussetzung zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen.

Besonders begrüßt der Parteitag die Haltung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Europarat. Die Einbeziehung des Saargebietes in den Europarat ohne rechtliche Grundlage und unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Verletzung des Statutes des Europäischen Rates und eine einseitige, machtpolitische Maßnahme. Diese Politik ist untauglich, das Fundament eines Vereinigten Europas zu legen. Sie bedroht unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat.

Der Parteitag sieht im Mißbrauch des europäischen Gedankens für national-staatliche Machterweiterung oder kapitalistische Gruppeninteressen schwere Gefahren für Europa und große Chancen für den östlichen Totalitarismus. Die sozialdemokratische Ablehnung der uneuropäischen Lösungsversuche entspringt dem verantwortungsbewußten Wollen zur Schaffung eines Vereinigten Europas, für das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit aller Kraft kämpft.

Zur Schuman-Initiative erklärt der Parteitag, daß er jedes Bemühen willkommen heißt, das zu ernsten, gestaltenden Verhandlungen führen kann. Er sieht in dem Vorschlag des französischen Außenministers etwas entscheidend Politisches, das nicht von Sachverständigen, die tatsächlich nur Interessenten sind, maßgebend beeinflußt werden darf. Die Sozial-

demokratische Partei ist sich bewußt, daß eine Organisation Westeuropas unter dem Gesichtswinkel der schwerindustriellen Interessen eine tödliche Bedrohung der Demokratie und der aufrichtigen, vorbehaltlosen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker bedeuten würde. Ihre endgültige Stellungnahme macht die Sozialdemokratische Partei von dem materiellen Inhalt der Entscheidungen einer Reihe von wichtigen Fragen abhängig. Das gilt vor allem von der tatsächlichen Gleichheit aller Partner, die unvereinbar ist mit der heutigen Gestaltung der Verhältnisse, insbesondere dem Ruhrstatut und dem Recht des deutschen Volkes, über die Eigentumsgestaltung in seiner Wirtschaft selbst zu bestimmen.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o. O. o. J., S. 273/274.

18

Aus der Deklaration von Warschau über die Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Neiße vom Juni 1950

Die Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Polen haben, von dem Wunsch erfüllt, den Frieden zu festigen und das unter Führung der Sowjetunion stehende Friedenslager im Kampfe gegen die Umtriebe der imperialistischen Kräfte zu stärken sowie in Anbetracht der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik bei der Festigung der neuen demokratischen Ordnung und der Entwicklung der Kräfte, die sich um die Nationale Front des demokratischen Deutschland scharen, vereinbart, daß es im Interesse der Weiterentwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen, des Friedens und der Freundschaft zwischen dem deutschen und polnischen Volke liegt, die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren ... In Durchführung dieser Vereinbarung beschlossen beide Parteien, innerhalb Monatsfrist die Markierung der festgelegten und bestehenden Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße sowie die Frage der Grenzübergänge, des lokalen Grenzverkehrs und der Schiffahrt auf den Grenzgewässern durch ein Abkommen zu regeln.

Dokumente zur Außenpolitik
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I,
Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949
bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin (1954), S. 332.

19

Aus dem Diskussionsbeitrag des Aktivisten Paul Wolf über die Entstehung des Aktivistenplanes zur Vermeidung von Produktionsverlusten, gehalten auf dem 3. Kongreß des FDGB in Berlin am 1. September 1950

Seitdem wir in unserem Betrieb dazu übergingen, Arbeitsbrigaden zu bilden, beschäftigt uns der Gedanke: Wie können wir unsere Produktion weiter verbessern? Und ich stellte fest, daß es in unserer Arbeitsorganisation und Produktion noch gewaltige Fehler und Mängel gab. Das Resultat der Untersuchungen war: Es zog sich eine Reihe von Fehlern wie eine Kette durch den ganzen Betrieb. So entstand der Gedanke, daß man die grundsätzlichen Fehler erfassen und die gesamte Belegschaft, besonders die Arbeitsbrigaden, zur Beseitigung organisieren muß. So entstand der Aktivistenplan zur Vermeidung von Produktionsverlusten. Alle Arbeitsbrigaden wurden angespornt, und die Kollegen deckten nicht nur rücksichtslos Fehler auf, sondern zeigten uns gleichzeitig den Weg, wie sie beseitigt werden müssen. Die erste Frage bei der Erstellung des Plans war die Erfassung aller Fehler und Mängel durch die Arbeitsbrigaden. Über 130 Mitglieder der Arbeitsbrigaden haben Vorschläge gemacht, die Auswertung der eingehenden Vorschläge erfolgte durch die von uns gebildeten Planbrigaden, die sich aus Ingenieuren, Angestellten und Vertretern der Werkleitung zusammensetzten. Die Termine wurden da festgelegt und die betreffenden Kollegen dafür verantwortlich gemacht. Die nächste Frage war die Diskussion des Plans auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung. Unser Aktivistenplan zum Kampfe gegen Produktionsverluste wurde am 1. August in unserem Betrieb unter der Anteilnahme der Belegschaft eingeführt. Wir setzten uns das Ziel, zu Ehren des Bundeskongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes die ersten sichtbaren Ergebnisse zu erringen. Kolleginnen und Kollegen, die ersten Erfolge liegen heute schon vor ...

Wir sind uns bewußt, daß die Schaffung dieses Plans am Jahresende Hunderttausende von Mark einsparen wird. Wir rufen alle volkseigenen Betriebe auf, ebenso wie wir den Kampf gegen alle Produktionsverluste aufzunehmen. Dann wird dieser Plan ein entscheidender Beitrag im Kampfe um den weiteren Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, um die schnelle Verbesserung der Lebenslage aller Werktätigen und um die wirtschaftliche und politische Einheit des Vaterlandes sein.

Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950, Berlin, Werner-Seelenbinder-Halle. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, (Berlin) 1950, S. 331/332.

20

Aus der Entschließung „Im Kampf für Frieden und Einheit – durch den Fünfjahrplan zum Wohlstand", angenommen auf dem 3. Kongreß des FDGB in Berlin am 3. September 1950

Der Kampf um den Frieden ist die Hauptaufgabe des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Rettung der Menschheit vor einem neuen Weltkrieg ist eine reale Möglichkeit. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit besteht unter der Führung der Sowjetunion ein mächtiges organisiertes Weltfriedenslager, das von Tag zu Tag stärker wird ...

Im Kampf um den Frieden kann es für keinen Gewerkschafter „Neutralität" geben. Die Freien Deutschen Gewerkschaften kämpfen für die weitere Festigung der Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern der sozialistischen Sowjetunion. Nur in fester Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion ist es uns möglich, einen erfolgreichen Kampf gegen die anglo-amerikanischen Kriegstreiber zu führen ...

Die Freien Deutschen Gewerkschaften betrachten die Deutsche Demokratische Republik als ihren Staat, den sie mit allen Kräften unterstützen und verteidigen. In der Deutschen Demokratischen Republik werden die Rechte der Werktätigen gesichert. Im Gesetz der Arbeit ist das Recht auf Arbeit, das Recht der Gewerkschaften auf Mitbestimmung und viele andere demokratische Errungenschaften verankert ...

Die Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe in der Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, die gleichbedeutend mit der Stärkung des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist. Der Kampf der Gewerkschaften um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes läßt das Beispiel des erfolgreichen demokratischen Aufbaus ohne imperialistische Versklavung vor allen deutschen Werktätigen immer sichtbarer werden ...

Mit großer Genugtuung stellt der 3. FDGB-Kongreß fest, daß die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes in eineinhalb Jahren ein für ganz Deutschland sichtbarer Erfolg unseres demokratischen Aufbaus ist, an dem die Gewerkschaften bedeutenden Anteil haben. Es ist jetzt Aufgabe der Gewerkschaften, einen neuen Arbeitsaufschwung zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 zu erzielen, der die erste Etappe unseres Aufbaus, die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, im wesentlichen abschließt ...

Die Gewerkschaften anerkennen dabei erneut die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, im Kampf um den Frieden, die demokratische Einheit Deutschlands und den demokratischen Neuaufbau. Die Gewerkschaften, die mit allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen zusammen-

arbeiten, sind überparteiliche Organisationen, weil sie alle Arbeiter und Angestellten, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, organisieren. Aber als Massenorganisation der Arbeiterklasse haben sie die Pflicht, aufs engste mit den Organen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse, zusammenzuarbeiten ...

Es kommt darauf an, eine gründliche Wendung in der Gewerkschaftsarbeit zur politischen Massenarbeit zu vollziehen, das Nurgewerkschaftertum zu überwinden, unermüdlich das Bewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder wie auch der unorganisierten Arbeiter und Angestellten zu entwickeln und mit dem Mittel der Überzeugung die breiten Arbeitermassen für die großen nationalen Aufgaben des Kampfes um den Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands, für die Erfüllung des großen Fünfjahrplanes zu gewinnen ...

Auf dem gesamten Gebiet der Befriedigung der Tagesforderungen der Arbeiter und Angestellten muß eine gründliche Wendung in der Arbeit des Bundesvorstandes, der Zentralvorstände und der Betriebsgewerkschaftsleitungen erfolgen. So muß es auch den Freien Deutschen Gewerkschaften nach dem großen Vorbild der Gewerkschaften der Sowjetunion gelingen, die richtige Verbindung zwischen den Aufgaben der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Erfüllung des Fünfjahrplanes und der tagtäglichen Sorge um den werktätigen Menschen zu schaffen.

Die Industriegewerkschaften und die Betriebsgewerkschaftsleitungen haben die Aufgabe, für die exakte Durchführung der auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagenen Lohnerhöhungen, der besonderen Maßnahmen für die Bergarbeiter, der Verbesserung des Werkküchenessens usw. Sorge zu tragen. Bürokratische Hemmnisse, die der Verwirklichung dieser Verbesserungen entgegenstehen, können nur durch tägliche gewerkschaftliche Arbeit überwunden werden, wobei es darauf ankommt, die Vorschläge der Belegschaften zu berücksichtigen und ihre aktive Mitarbeit bei der tagtäglichen Sorge um die Befriedigung der Tagesinteressen der Arbeiter, Arbeiterinnen und technischen Intelligenz durch eine ausgedehnte Mitarbeit in den verschiedenen Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitungen zu entwickeln.

Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950, Berlin, Werner-Seelenbinder-Halle. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, (Berlin) 1950, S. 521, 525, 529/530, 532, 539/540.

21

Aus dem Kommuniqué über Deutschland, beschlossen von der Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA in New York am 19. September 1950

Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung, die infolgedessen befugt ist, in internationalen Angelegenheiten als Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland zu sprechen.

Die Außenminister bekräftigen erneut ihren schon vielfach bewiesenen Wunsch, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern ... Die Zeit erscheint ihnen nunmehr gekommen, einen weiteren Schritt auf dem Weg zu diesen Zielen zu tun ...

Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die wichtige Aufgabe haben, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt, einschließlich der Deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins, zu dienen. Um diesen Schutz wirksamer zu machen, werden die alliierten Regierungen ihre Truppen in Deutschland vermehren und verstärken ...

Die Minister haben ... in letzter Zeit die in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen, die für eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen (integrated) Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas plädierten. Die Frage, die durch das Problem der Teilnahme der Deutschen Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung Europas aufgeworfen wird, ist zur Zeit Gegenstand von Untersuchungen und Gedankenaustausch.

Was die interne Sicherheit anbetrifft, sind die Außenminister von der Notwendigkeit überzeugt, die deutschen Stellen in die Lage zu setzen, eventuellen Untergrundbewegungen wirkungsvoll entgegenzutreten. Zu diesem Zweck sind die Außenminister übereingekommen, die Aufstellung beweglicher (mobile) Polizeikräfte auf Landesbasis zu genehmigen. Die Bundesregierung soll jedoch die Berechtigung erhalten, diese Polizeikräfte als Ganzes oder Teile derselben so einzusetzen, wie es die zeitweilige Lage erfordert. Die Hochkommission und die alliierten Streitkräfte in Deutschland werden ihre Unterstützung gewähren, soweit sie zur schnellen Aufstellung dieser Polizeitruppe benötigt werden sollte.

Diese neue Phase in den Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik soll durch eine weitere Ausdehnung der Autorität der Bundesregierung gekennzeichnet werden. Um dies zu ermöglichen, sind die Besatzungsmächte bereit, das Besatzungsstatut abzuändern unter Bei-

behaltung der legalen Basis der Besetzung. Von der Bundesrepublik wird erwartet, daß sie im Einklang mit ihren neuen Verantwortlichkeiten gewisse Verpflichtungen eingeht und noch weitere Maßnahmen trifft.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik wird die Bundesregierung ermächtigt werden, ein Außenministerium zu errichten und diplomatische Beziehungen mit ausländischen Staaten aufzunehmen, wo immer dies angebracht erscheint. Auf anderen Gebieten, und besonders in bezug auf interne wirtschaftliche Angelegenheiten, werden umfangreiche Verminderungen der bestehenden Kontrollen eintreten. Das gegenwärtige System der Überprüfung deutscher Gesetzgebung wird abgeändert werden. In gewissen Fällen werden die alliierten Befugnisse aufhören, sobald die Bundesregierung Zusicherung gegeben oder entsprechende Maßnahmen getroffen hat. Die Hochkommission wird sofort Beratungen mit der Bundesregierung einleiten, um die notwendigen Übereinkommen für diese Zusicherungen auszuarbeiten.

Die Außenminister sind ebenfalls übereingekommen, in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien zu überprüfen. Bis zum Abschluß dieser Überprüfung ist die Hochkommission ermächtigt worden, mit sofortiger Wirkung alle Bestimmungen über Größe, Geschwindigkeit und Zahl der für den Export hergestellten Handelsschiffe aufzuheben und die Erzeugung von Stahl über die gegenwärtigen Einschränkungen hinaus zu bewilligen, wo dies die Verteidigungsanstrengungen des Westens erleichtern wird ...

Europa-Archiv (Frankfurt [Main], Wien, Basel), 1950,
Nr. 19, S. 3406/3407.

22

Aus dem Schlußkommuniqué der Tagung des NATO-Rates in New York vom 27. September 1950

Der Rat einigte sich über die frühestmögliche Aufstellung einer einheitlichen (integrated) Streitmacht unter zentralem Kommando, die zur Abwehr einer Aggression und zur Sicherung der Verteidigung Westeuropas ausreicht ...

Die Streitmacht wird im Rahmen der Organisation des Nordatlantikpaktes aufgestellt und wird politisch sowie strategisch der Führung der entsprechenden Behörden der Organisation unterstellt ...

Der Rat ist übereingekommen, daß zur wirksamen Aufstellung der einheitlichen Streitmacht alle verfügbaren Menschenreserven und Produktionseinrichtungen zur Verteidigung Westeuropas voll ausgenutzt wer-

den sollten. Zu diesem Zweck wird der Nordatlantikrat die genaue Art und Zusammensetzung der Streitkräfte erörtern, die von den Mitgliedstaaten für die einheitliche Streitmacht gestellt werden. Die Mitgliedstaaten werden danach trachten, sobald wie möglich zu einer Entscheidung über die Abstellung solcher Streitkräfte zu kommen.

Die Verwendung von deutschem Menschenpotential und deutschen Hilfsquellen wurde im Lichte der Gesichtspunkte erörtert, die kürzlich von Führern der Verteidigung (defense leaders) in Deutschland und andernorts geäußert wurden. Der Rat war sich einig darüber, daß Deutschland in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen. Nachdem der Rat festgestellt hat, daß die Besatzungsmächte diese Frage erörtern, hat er den Verteidigungsausschuß ersucht, sobald wie möglich Empfehlungen über die Methode zu unterbreiten, durch welche Deutschland seinen Beitrag am wirkungsvollsten leisten kann.

Europa-Archiv (Frankfurt [Main], Wien, Basel), 1950,
Nr. 21, S. 3475/3476.

23

Aus der Erklärung Gustav Heinemanns über seinen Rücktritt als Bundesminister des Innern vom 18. Oktober 1950

In einem Interview des Bundeskanzlers Dr. Adenauer vom 18. August in der „New York Times" wurde von der Notwendigkeit starker deutscher Verteidigungskräfte gesprochen.

Am 29. August übergab der Bundeskanzler dem amerikanischen Hohen Kommissar ein Sicherheitsmemorandum, das auf der Außenministerkonferenz am 12. September beraten werden sollte ...

Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbeteiligung beteiligt ist? Ist es vertretbar, daß das deutsche Volk nur vom Ausland her oder durch einen Hohen Kommissar von einer Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet wird? ...

Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelangt hat, den Flüchtlingen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und Sozialrentnern, der Jugend und manchen anderen Gruppen unseres Volkes zu geben, was ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern. Wo ist die soziale Generalstabsarbeit, die hier eine Antwort vorbereitet?

Die andere Belastung erwächst unserer jungen Demokratie. Die militärische Macht wird nahezu unvermeidlich wieder eine eigene politische Willensbildung entfalten. Wenn wir diese Gefahr dadurch für gebannt halten, daß die deutschen Kontingente in einer internationalen Armee stehen, so bleibt zu fragen, ob unsere Abhängigkeit von einem internationalen Generalstab erträglicher sein wird und wer diesen Generalstab politisch in der Hand hat.

Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. Der Marxist glaubt ohnehin an kapitalistische Einkreisung. Er glaubt andererseits an den Endsieg des Kommunismus, den er dadurch heraufziehen sieht, daß der Kapitalismus sich in seinen Krisen selbst zerstören wird. Der Marxist ist geneigt, diese Krisenentwicklung zu fördern, das heißt, er ist Revolutionär und nicht primär ein Krieger. Deshalb ist ihm gegenüber die innere Immunisierung durch beispielhafte Ordnung der Gerechtigkeit und Freiheit mindestens ebenso wichtig wie äußere Panzerung. Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den Furor Teutonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat? Diese Fragen werden vor uns stehen, wenn wir unseren Weg von der Parole bestimmen lassen wollen, daß wir uns doch zur Verteidigung bereit machen müssen.

Die deutsche Situation

Einige Überlegungen werden uns Deutschen besonders obliegen. Ein europäischer Krieg unter unserer Beteiligung wird für uns nicht nur ein nationaler Krieg sein, wie für die anderen betroffenen Völker, sondern obendrein ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. Er wird sich, wie die Dinge liegen, auf deutschem Boden abspielen. Wer auch immer die erste Schlacht gewinnt – der Stoß geht in deutsches Land, im Westen oder Osten. Wenn sich der erste Stoß nicht zu einem endgültigen entwickelt, kann dasselbe deutsche Land im Westen oder im Osten abermals der Schauplatz des Krieges sein.

Angesichts dieser Situation haben wir wahrlich bis zum äußersten ein Lebensinteresse daran, daß eine friedliche Lösung gefunden wird ...

Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns. Streiten wir dabei nicht um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen. Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederauf-

rüstung sein. Angesichts dessen, was unser Volk durch Krieg erlebt und durch fünfjährige Besatzungserziehung erfahren hat, wäre es eine Vermessenheit, jetzt so zu handeln, als ob nichts geschehen sei. Die Verwirrung ist heute schon groß genug. Wenn wir nicht die Geduld haben, sie zu klären, kann es unmöglich einen guten Weg geben.

Stuttgarter Zeitung, 18. Oktober 1950.
Dokumentation der Zeit. Deutschland-Archiv.
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte,
Berlin 1950, H. 10, S. 404/405.

24

Aus der Prager Erklärung der Außenminister der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 22. Oktober 1950

Am 19. September 1950 wurde ein Kommuniqué über die in New York abgehaltene Geheimkonferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat ...

Aus dem Kommuniqué ist ... ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiederaufstellung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war ...

In Anbetracht des Dargelegten erklären die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Separatbeschlüsse der New Yorker Dreimächtekonferenz keinerlei Rechtskraft haben und keinerlei internationale Autorität besitzen. Die gesamte Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Vereitelung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands abzielen, fällt auf die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs.

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach ehestem Zustandekommen einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Veröffentlichung einer Erklärung der Regierungen der USA, Groß-

britanniens, Frankreichs und der Sowjetunion, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in irgendwelche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent das Potsdamer Abkommen zur Sicherung der Voraussetzungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates in die Tat umsetzen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und Verhinderung einer Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. Bildung eines aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, der die Bildung einer provisorischen, demokratischen, friedliebenden, gesamtdeutschen souveränen Regierung vorbereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zwecks gemeinsamer Bestätigung unterbreiten soll und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Dokumente zur Außenpolitik
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I,
Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949
bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954,
Berlin (1954), S. 311/312, 317/318.

25
Aus der Zustimmungserklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Pleven-Plan vom 8. November 1950

Die Bundesregierung erblickt in dem Pleven-Plan einen wertvollen Beitrag zu der Integration Europas, die eines der vornehmsten Ziele ihrer Politik ist.

Sie ist der Meinung, daß die gegenwärtige internationale Spannung einer schnelleren Beilegung bedarf, als dies auf dem Wege der Gestaltung des Pleven-Planes möglich ist.

Sie ist der Auffassung, daß eine allgemeine Befriedung auf dem Wege der Verhandlung mit der Sowjetunion herbeigeführt werden muß, daß

diese Verhandlung aber nur dann Erfolg haben wird, wenn gegenüber der sowjetrussischen Bedrohung eine Abwehrfront der westlichen Mächte aufgebaut wird, die mindestens so stark ist wie jene.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie von den westlichen Mächten dazu aufgefordert werden wird, bereit sein muß, einen angemessenen Beitrag zu dem Aufbau dieser Abwehrfront zu leisten, und zwar um ihren Fortbestand, die Freiheit ihrer Bewohner und die Weitergeltung der westlichen Kulturideale zu sichern.

Voraussetzung für die Leistung eines solchen Beitrags ist die völlige Gleichberechtigung Deutschlands in dieser Abwehrfront mit den übrigen an ihr teilnehmenden Mächten und ferner eine Stärke dieser Abwehrfront, die genügt, um jede russische Aggression unmöglich zu machen.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 5, Bonn 1951, S. 3567.

26

Brief des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 30. November 1950

Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über die-

sen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident

Berlin, den 30. November 1950

Neues Deutschland (B) (Berlin), 5. Dezember 1950.
Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands, II. Teil, 1948–1950.
Kleine Dokumentensammlung. Hrsg. von Professor Dr. Karl Bittel,
Berlin 1959, S. 72–74.

27

Aus dem Aufruf des Bundesvorstandes des FDGB und der leitenden Wirtschaftsorgane an alle volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe für den Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan", veröffentlicht am 21. Dezember 1950

Das Jahr 1950 geht seinem Ende zu. Es war das zweite Jahr des Zweijahrplanes, der von der volkseigenen Industrie vorfristig erfüllt und von der größten Zahl der volkseigenen Betriebe weitaus übererfüllt wurde.

Am 1. Januar 1951 beginnt das erste Planjahr des neuen großen Fünfjahrplanes ... Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Betriebe der volkseigenen Industrie für den Anlauf des großen Fünfjahrplanes einen Start schaffen, der die vorfristige Erfüllung auch dieses großen Planes einleitet ...

Aus diesem Grunde rufen der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und die obersten Leitungsorgane der volkseigenen Betriebe zu einem Wettbewerb auf, der im Monat Januar durchgeführt werden soll und an dem alle volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe teilnehmen können mit dem Ziel, unter allen Umständen die Produktionshöhe des Monats Dezember zu erreichen und zu überschreiten. Dieser Sonderwettbewerb soll deshalb als einziges Ziel die Erreichung der Planauflage des Produktionsplanes haben, da von der Erfüllung dieser Planauflage die weiteren Erfolge des Jahres 1951 abhängen ...

Kollegen! Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Direktoren der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe! Mobilisiert alle Kräfte für den Sonderwettbewerb

„Auftakt zum Fünfjahrplan"

im Monat Januar! ... Das Ziel muß sein: Beteiligung aller volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe am Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan"!

Bundesvorstand des FDGB
Ministerium für Maschinenbau
Ministerium für Schwerindustrie
Ministerium für Leichtindustrie
Staatssekretariat m. e. G.
für Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Neues Deutschland (B) (Berlin), 21. Dezember 1950.

28

Aus der Entschließung „Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule", angenommen auf der 4. Tagung des ZK der SED am 19. Januar 1951

Vor der deutschen demokratischen Schule steht die Aufgabe, die Jugend zu aktiven Erbauern eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands zu erziehen. Die Schule muß auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in allen Unterrichtsfächern die fortschrittlichen Ergebnisse der Wissenschaft, insbesondere der Sowjetwissenschaft, vermitteln, um die Jugend zu befähigen, den Kampf um den Frieden, um die demo-

kratische Einheit Deutschlands und um die Erfüllung der im Fünfjahrplan gestellten Ziele erfolgreich führen zu können.

Die deutsche demokratische Schule hat einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer neuen, fortschrittlichen deutschen Kultur zu leisten. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß sie unablässig an der Überwindung der kulturellen Rückständigkeit und der Zersetzung aller kulturellen Werte durch den Imperialismus mitarbeiten und einen unversöhnlichen Kampf gegen alle imperialistischen Ideologien und im besonderen gegen die Kulturbarbarei des amerikanischen Imperialismus führen ...

Um eine Verbesserung des Unterrichts und eine Leistungssteigerung im Schulwesen zu erreichen, sind von den Genossen im Ministerium für Volksbildung folgende Maßnahmen vordringlich in Angriff zu nehmen:

1. Organisierung einer systematischen, wissenschaftlichen, politischen Höherqualifizierung der Lehrer, Verbreitung der fortschrittlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und der Sowjetpädagogik unter den Lehrern. Herausgabe weiterer Werke der Sowjetpädagogik und Sicherung ihres Studiums durch die Lehrer.

2. Entwicklung einer operativen Arbeit zur Anleitung der leitenden Organe der Schulverwaltung und zur Kontrolle der Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Anweisungen der Regierung. Zur Entwicklung dieser Arbeit sind mehr qualifizierte Kräfte in das Ministerium für Volksbildung, besonders aus den Reihen bewährter Neulehrer, heranzuziehen.

5. Die Genossen des Ministeriums für Volksbildung haben für die Beschleunigung der Arbeiten zur Herstellung neuer Lehrbücher und Lehrpläne zu sorgen ...

6. Die Leistungskontrolle durch Abschluß- und Zwischenprüfungen ist zu verbessern ...

7. Die Festigung der Zentralschulen ist von entscheidender Bedeutung für die Hebung des Bildungsniveaus der Landkinder. Die Zentralschulen sind unter Berücksichtigung der Wege und Transportverhältnisse sowie der Raumfrage zu überprüfen ...

8. Für die Errichtung von neunten und zehnten Klassen in Schulen industrieller und landwirtschaftlicher Schwerpunkte ist bis zum 1. März 1951 ein genauer Plan auszuarbeiten.

10. Unsere Genossen im Ministerium für Volksbildung haben dafür zu sorgen, daß unter der Verantwortung des Ministeriums unverzüglich die Zusammenarbeit mit den demokratischen Massenorganisationen zur Organisierung des Sports auf breitester Basis entwickelt wird, um allen Kindern zu helfen, sich an der Körperkultur zu beteiligen.

11. Alle Genossen, die auf dem Gebiete des Schulwesens tätig sind, haben dafür zu sorgen, daß die Erziehung und Ausbildung unserer Ju-

gend der Verfassung entspricht und entsprechend dem Jugendgesetz erfolgt. Danach ist an den Schulen der Deutschen Demokratischen Republik die Prügelstrafe streng verboten. Die staatlichen Organe sind verpflichtet, zu verhindern, daß die Prügelstrafe angewendet wird. Ein Lehrer, der die Prügelstrafe anwendet, wird zur Verantwortung gezogen.

12. Im Zusammenwirken mit der FDJ und den Jungen Pionieren haben unsere Genossen im Ministerium für Volksbildung Maßnahmen einzuleiten, daß künftig mehr Arbeiterkinder die Oberschule besuchen und ihnen dazu entsprechende Hilfe gewährt wird.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 332, 337/338.

29

Aus der Entschließung „Alle Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951", angenommen auf der 4. Tagung des ZK der SED am 19. Januar 1951

Von besonderer Wichtigkeit ist die Erfüllung der Schwerpunktaufgaben. So muß vor allem die Aufmerksamkeit der Partei dem Aufbau der Schwerpunktbetriebe gelten, die schwere Maschinen und Werksausrüstungen herstellen, denn nur so ist es möglich, die Gewinnung und die Produktion von Rohstoffen voranzutreiben und auch die übrige Industrie und die Landwirtschaft besser mit Produktionsmitteln zu versorgen. Gleichzeitig werden dadurch bessere Bedingungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie geschaffen, deren sozialistischer Aufbau vor allem Maschinen und Werksausrüstungen erfordert. Gegen Lieferung dieser Erzeugnisse erhalten wir wiederum Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel. Der Aufbau der Schwermaschinenbetriebe ist also nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von allergrößter politischer Bedeutung. Darüber hinaus kommt es darauf an, Waren zu produzieren, die bisher bei uns noch nicht produziert wurden und aus kapitalistischen Ländern eingeführt werden mußten. In Verbindung damit ist besonders auf die exakte Durchführung des Investitionsplans und des Materialplans zu achten ... Durch die Aktivistenpläne ist es möglich, die Produktion sowie die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, in den Maschinenausleihstationen und auf den volkseigenen Gütern in beachtlichem Ausmaß zu steigern, wodurch eine bedeutende Senkung der Selbstkosten und damit eine weitere Erhöhung der Rentabilität der Be-

triebe eintreten wird. Es kommt also darauf an, eine breite Bewegung für das Sparen mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material, mit jedem Pfennig zu entfalten und laufend neue innere und bisher unausgeschöpfte Reserven im Produktionsprozeß aufzudecken. Ferner kommt es darauf an, alle Arbeiter zum Kampf gegen die Produktionsverluste aufzurufen.

Die Aktivistenpläne stellen ihrer Aufgabenstellung nach eine neue Etappe der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung dar. Aus ihnen ergibt sich weiter, daß sie ein geeignetes Mittel sind, die schöpferische Initiative der werktätigen Massen auf breitester Grundlage zu entwickeln ...

Die Aktivistenpläne sind ein Beweis dafür, daß die Aktivisten sich der großen Aufgabe zuwenden, durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsorganisation die Technik zu meistern. Die Weiterentwicklung der Technik ist eine der Hauptaufgaben, die es heute zu lösen gilt, denn nur durch eine weitere Mechanisierung und die Beseitigung aller Mängel, die jetzt noch im Produktionsprozeß vorhanden sind, kann das Produktionsvolumen vergrößert werden.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 321–323.

30

Aus der Entschließung „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur", angenommen auf der 5. Tagung des ZK der SED am 17. März 1951

Zur Vergiftung des Bewußtseins und Verrohung des Geschmacks der breiten Massen des Volkes wenden die imperialistischen Kulturzerstörer die Waffe des Kitsches an. Kitsch ist Pseudokunst. Kitsch ist auch künstlerische Form mit verlogenem Inhalt.

Das kommt in der massenweisen Verbreitung von pornographischen Magazinen, Kriminal- und Kolportageromanen übelster Sorte und in der Herstellung von Kitsch- und Verbrecherfilmen zum Ausdruck. Auch der Schlagerkosmopolitismus ist ein wichtiges Mittel zur Verrohung der Menschen und ebenfalls dazu angetan, das nationale Kulturerbe der Völker zu zerstören.

Formalismus und Kitsch erfüllen eine konkrete Funktion im Interesse des menschheitsfeindlichen Imperialismus und seiner Politik der Kriegsbrandstiftung ...

Eine weitere Gefahr, die die Entwicklung unseres künstlerischen Schaffens hemmt, ist der Proletkult, der die künstlerische Form völlig ver-

nachlässigt und nur den Inhalt als maßgeblich betrachtet. Die Auffassung, daß man nur mit Themen, die unsere gegenwärtigen Aufgaben, zum Beispiel Fünfjahrplan usw., behandeln und für deren Gestaltung die künstlerische Form völlig nebensächlich sei, das heißt ohne an das klassische kulturelle Erbe anzuknüpfen, unsere kulturpolitischen Aufgaben verwirklichen könne, ist grundfalsch ...

Das Anknüpfen an die großen Leistungen aus der Vergangenheit, an das klassische kulturelle Erbe, das ist die Grundfrage für die Weiterentwicklung des Kunstschaffens in der Deutschen Demokratischen Republik ...

Um die Herrschaft des Formalismus in der Kunst zu beseitigen, ist es notwendig, eine realistische Kunst zu entwickeln.

„Realismus bedeutet, meines Erachtens, außer der Treue des Details die getreue Wiedergabe typischer Charaktere unter typischen Umständen." (Engels an Margaret Harkness, April 1888.)

Um eine realistische Kunst zu entwickeln, orientieren wir uns am Beispiel der großen sozialistischen Sowjetunion, die die fortschrittlichste Kultur der Welt geschaffen hat ...

Zur weiteren Verbesserung des künstlerischen Schaffens in der Deutschen Demokratischen Republik ist es notwendig, die engste Verbindung der Literatur und Kunst mit den aktuellen Aufgaben, insbesondere den Aufgaben des Fünfjahrplans, herzustellen. Der Fünfjahrplan gibt nicht nur zahlreiche Themen, die eine künstlerische Gestaltung erfordern, sondern seine Erfüllung verlangt auch künstlerisch hervorragende Leistungen bei der Verwirklichung der einzelnen Projekte.

Die größte Hilfe für eine künstlerisch gelungene Gestaltung von Gegenwartsthemen ist das Studium der Gestaltung der Probleme ihrer Zeit durch die großen Klassiker. Die Behandlung von Gegenwartsthemen bei Anwendung der Lehren aus diesem Studium – das ist der wichtigste Beitrag der Kunstschaffenden zur Erfüllung des Fünfjahrplans.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 438/439, 442.

31
Kommuniqué der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED „Zur Frage der Kollektivverträge" vom 9. April 1951

In seiner Sitzung vom 9. April 1951 beschäftigte sich das Sekretariat des Zentralkommitees der SED mit den Kollektivverträgen, wie sie gemäß

der Verordnung der Regierung vom 15. Februar 1951 für das Jahr 1951 sowohl in den Wirtschaftszweigen (Rahmenkollektivverträge) wie auch in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (Betriebskollektivverträge) abgeschlossen werden sollen. Am Ende einer mehrstündigen Diskussion, an der die Sekretäre des Sekretariats, Mitarbeiter des Apparates des ZK und eine ganze Reihe führender Genossen aus den Gewerkschaften und Regierungsorganen teilnahmen, bezeichnete Genosse Walter Ulbricht in seinen abschließenden grundsätzlichen Betrachtungen die Kollektivverträge als großen Schritt auf dem Wege zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Durchführung der bereits auf dem III. Bundeskongreß des FDGB beschlossenen Grundsätze für die Kollektivverträge und die nun vorliegenden Rahmenkollektivverträge bedeuten einen Wendepunkt in der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

In den Rahmenkollektivverträgen für die einzelnen Industrien wird ausgegangen von den Produktionsaufgaben in der betreffenden Industrie, der Anwendung der neuen Arbeitsmethoden und der damit verbundenen Festsetzung der Löhne und Gehälter entsprechend dem Leistungsprinzip. In den neuen Betriebskollektivverträgen, so erklärte Walter Ulbricht, kommt das neue arbeitsrechtliche Verhältnis zum Ausdruck, das aus der Pflicht der Arbeiter besteht, die Arbeitsnormen innerhalb einer bestimmten Arbeitszeit zu erfüllen, während der volkseigene Betrieb die Pflicht der Bezahlung nach der Menge und Qualität der Arbeit und die Befriedigung der materiellen, gesundheitlichen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten im Rahmen des Planes zu erfüllen hat.

Im Rahmenkollektivvertrag sind alle Fragen des Urlaubs, der fachlichen Schulung der Werktätigen, des Arbeitsschutzes, der Lehrlingsausbildung wie die Aufgaben auf dem Gebiet der Kultur und Körpererziehung behandelt. In den Vertragsentwürfen ist die höhere Bezahlung der technischen Intelligenz entsprechend ihren Leistungen im Produktionsprozeß hervorgehoben. Mit den leitenden Angehörigen der technischen Intelligenz werden Einzelverträge abgeschlossen, deren Gehaltssätze nicht den Bestimmungen des Kollektivvertrages unterliegen. Außerdem ist die Gewährung von Prämien für Erfüllung und Übererfüllung des Planes sowie die Gewährung von Prämien für Erfindungen und technische Verbesserungen vorgesehen. Die neuen Kollektivverträge basieren auf der Tatsache, daß die volkseigenen Betriebe dem Volke gehören, daß es in diesen Betrieben keine Ausbeutung mehr gibt und deshalb ein neues Verhältnis der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz zur Arbeit herbeigeführt wurde.

Die Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge, die begonnen wird,

muß in jeder Betriebsabteilung der volkseigenen Betriebe zur Durcharbeitung aller Fragen des Volkswirtschaftsplans sowie aller Probleme, die in den Kollektivverträgen behandelt sind, führen.

Daraus ergibt sich, daß es eine vordringliche Aufgabe der Parteiorganisationen der SED in allen Betrieben ist, die Fragen der Kollektivverträge sowie die Fragen der neuen Arbeitsmethoden, wie sie von den sowjetischen Neuerern und Arbeitswissenschaftlern entwickelt werden, gründlich durchzuarbeiten. Mit den Parteisekretären der Betriebsgruppen der einzelnen Industrien sind seminaristische Konferenzen durchzuführen, in denen die wissenschaftliche Durcharbeitung dieser Fragen erfolgen soll.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 450/451.

32

Maiaufruf des Parteivorstandes der KPD „Gegen Remilitarisierung – für den Friedensvertrag" vom 30. April 1951

Werktätige in Stadt und Land!

Seit 61 Jahren ist der 1. Mai der Internationale Kampftag aller Werktätigen der Welt. Seit 61 Jahren kämpfen an diesem Tage die einfachen Menschen für ihre lebenswichtigsten Forderungen, für Frieden und Völkerverständigung, für Freiheit und Menschenrecht, für den Achtstundentag.

Der 1. Mai 1951 wird von dem drohenden Schatten eines neuen Krieges verdüstert.

Noch blutet unsere Heimat aus tausend Wunden des letzten Krieges.

Noch weinen unsere Mütter und Frauen um ihre Söhne und Männer.

Noch liegen unsere Städte und Dörfer in Schutt und Trümmern.

Noch hat das deutsche Volk keinen Friedensvertrag.

Und schon versuchen die Kriegstreiber aufs neue, entgegen dem Willen der friedliebenden Bevölkerung, die Remilitarisierung durchzuführen. Remilitarisierung aber bedeutet verschärfte Kriegsgefahr, Not und Tod.

Millionen Menschen haben dem Appell der Essener Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Folge geleistet und bilden in den Ländern, Kreisen, Städten, Dörfern und Betrieben Ausschüsse für eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951.

Das entspricht den ureigensten Interessen des gesamtdeutschen Volkes.

Darum sind die Forderungen des werktätigen Volkes am 1. Mai 1951:

Für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951.

Deshalb muß der 1. Mai zu einem Höhepunkt in der Vorbereitung der Volksbefragung werden.

Notwendiger denn je ist heute die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter, denn die geeinte Kraft der Arbeiterklasse ist der beste Garant zur Verhinderung von Remilitarisierung und Krieg.

Auf der Europäischen Arbeiterkonferenz sprachen die Arbeiter Europas die Erwartung aus, daß die Arbeiter in Westdeutschland die Aktionseinheit herstellen werden, um die Remilitarisierung zu verhindern und damit die Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen.

Rechtfertigt dieses Vertrauen.

Macht den 1. Mai 1951 zu einem Kampftag der Aktionseinheit.

Sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter! Bekundet gemeinsam in den Gewerkschaften, Schulter an Schulter, Euren unbeugsamen Friedenswillen!

Demonstriert!

Für höhere Löhne, für Teuerungszulage!

Für die Einhaltung des Achtstundentages!

Für die Verhinderung jeglicher Kriegsproduktion!

Gegen die Rekrutierung unserer Jugend!

Kämpft gemeinsam mit den Werktätigen Europas gegen die Remilitarisierung Deutschlands!

Kämpft zusammen mit allen friedliebenden Kräften Deutschlands für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951!

Schließt ein festes Bündnis zwischen Stadt und Land!

Kämpft mit allen friedliebenden Völkern der Welt, gemeinsam mit der friedliebenden Sowjetunion für Frieden und Völkerfreundschaft!

Es lebe der 1. Mai 1951, der Kampftag gegen die Remilitarisierung Deutschlands!

Es lebe das einige, friedliebende, demokratische und unabhängige Deutschland!

Es lebe das Glück unseres Volkes!

Parteivorstand der KPD

Freies Volk (Düsseldorf), 1. Mai 1951.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann,
Berlin 1965, S. 286/287.

33

Aus der Entschließung „Neue Aufgaben in der Volkswirtschaft", angenommen auf der 6. Tagung des ZK der SED am 15. Juni 1951

Jetzt kommt es darauf an, die volkseigenen Betriebe in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr und Finanzen entscheidend weiterzuentwickeln, die Prinzipien der sowjetischen Wirtschaftsführung und ihre Methoden gründlich zu studieren und aus ihnen Schlußfolgerungen für die Führung der volkseigenen Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu ziehen ... Bei dem gegenwärtig erreichten Stand und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft steht als entscheidende Aufgabe vor der Partei, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe durch die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sicherzustellen ...

Zur Sicherung und Erhöhung der Rentabilität müssen neue Formen der Leitung der volkseigenen Betriebe entwickelt werden. Die bisher angewandten Methoden der Wirtschaftsleitung entsprechen nicht mehr in vollem Umfange den gestellten Aufgaben. Der entscheidende Schritt dazu ist die gründliche Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowie die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark ...

Zur erfolgreichen Erfüllung der im Fünfjahrplan gestellten Aufgaben beschließt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

1. Die Parteiorganisationen, die einzelnen Parteimitglieder und besonders die Genossen der Leitungen der Partei- und Wirtschaftsorgane haben

a) die notwendige Verbesserung der Volkswirtschaftsplanung und eine richtige Ausnutzung der Betriebskapazitäten zu erreichen und dazu die allseitige Beteiligung der Werktätigen durch breiteste Heranziehung von fortschrittlichen Arbeitern, Ingenieuren und Technikern aus den Betrieben, der fortschrittlichen Intelligenz in den Institutionen, Ministerien und gesellschaftlichen Organisationen zur Diskussion und Aufstellung der Volkswirtschaftspläne zu fördern;

b) den Kampf um die Rentabilität der Betriebe, um die Materialeinsparung auf allen Gebieten, um die Einsparung von Energie, Brennstoff und Rohstoff, um die Senkung der Selbstkosten, die Verbesserung der Qualität der Produktion zu entfalten;

c) die Finanzplanung, das Abrechnungs- und Berichterstattungswesen

in den volkseigenen Betrieben zu verbessern und die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie die Verstärkung der Kontrolle durch die Mark (Finanzplankontrolle durch die Bank) zu fördern;

d) in den Organen des staatlichen Handels und der Materialversorgung die weitere Verbesserung der Methoden und des Systems ihrer Arbeit bei der Versorgung der volkseigenen Betriebe und der Bevölkerung herbeizuführen.

Dabei müssen sich besonders die Genossen des Staatssekretariats für die Materialversorgung bewußt sein, daß sie die Verantwortung für die gesamte Materialversorgung der Volkswirtschaft tragen.

2. Das Politbüro wird beauftragt, Vorschläge zu folgenden Fragen auszuarbeiten und der Regierung zu unterbreiten:

a) Weitere Verbesserung der Volkswirtschaftsplanung und des Abrechnungswesens sowohl in den zentralen Organen als auch in den örtlichen und Länderorganen, den Vereinigungen und Betrieben, ausgehend von der Notwendigkeit der grundsätzlichen Verbesserung der Arbeit bei der Aufstellung der Materialbilanzen, der richtigen Ausnutzung der Betriebskapazitäten, der Verbesserung der Projektierungsarbeiten und der Investitionsvorhaben, der Beseitigung der vorhandenen Disproportionen in den Zweigen der Volkswirtschaft.

Besondere Maßnahmen sind auszuarbeiten zur Organisierung der Kontrolle über die Durchführung der Volkswirtschaftspläne in allen Zweigen der Volkswirtschaft durch die Staatliche Plankommission, die Fachministerien und Länderregierungen.

b) Weitere Verbesserung der Leitung und Verwaltung der Industrie, wobei das Augenmerk auf die Notwendigkeit der Festigung der Resultate der Reorganisation der Verwaltung der Deutschen Demokratischen Republik und der zentralgeleiteten und örtlichen Industrie, auf die Vorbereitung und Umschulung von Kadern für die volkseigene Wirtschaft, auf die Festigung der führenden Rolle der Betriebsdirektoren und die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe zu richten ist.

c) Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft, damit im Jahre 1952 die wirtschaftliche Rechnungsführung die Hauptform der Wirtschaftsführung in den volkseigenen Betrieben wird ...

Zu diesem Zweck ist eine verstärkte Kontrolle der Tätigkeit der volkseigenen Betriebe durch die Mark auf Veranlassung des Ministeriums der Finanzen und der Banken vorzunehmen. Den Finanz- und Bankorganen sind besondere Aufgaben auf dem Gebiet des Material- und Geldverbrauchs, der Einführung eines strengen Sparsystems, der Einhaltung der festgesetzten Preise, der Mobilisierung der inneren Reserven, der Be-

schleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit der Umlaufsmittel und der Einhaltung der Finanzdisziplin durch die volkseigenen Betriebe zu stellen.

In den Vorschlägen ist die Einführung der Methode des Vertragssystems zwischen den Betrieben als entscheidendes Mittel zur Beschleunigung der Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben vorzusehen.

d) Verbesserung der Arbeit der Materialversorgung der Volkswirtschaft der Republik, Entwicklung eines besseren Systems der organisatorischen Struktur der Handels- und Versorgungsorgane. Dabei ist die besondere Aufmerksamkeit auf die Hebung der Verantwortlichkeit der Industrieministerien in bezug auf den Absatz der fertiggestellten Produktion zu richten. Ferner sind Maßnahmen zur weiteren Einsparung von Rohstoffen und Materialien in der Industrie und zur breiteren Verwendung von Austauschstoffen für Engpaßrohstoffe und -materialien auszuarbeiten.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 506, 511/512, 516–518.

34

Aus dem Brief des Bundesvorstandes des FDGB an die Mitglieder und Funktionäre des DGB vom 17. Juni 1951

Die Remilitarisierung ist von einem systematischen Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen begleitet. Mit dem verfassungswidrigen Verbot der Volksbefragung wollen Adenauer und Lehr dem deutschen Volk das Recht verweigern, über eine so entscheidende Lebensfrage, ob Deutschland remilitarisiert werden soll oder nicht, selbst zu entscheiden. Die Gewerkschaftsmitglieder erinnern sich dabei an die Zeit der Papen-Regierung, als durch den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten der Faschismus vorbereitet wurde. Aber die DGB-Führung unterstützt diese antidemokratischen Maßnahmen, und der DGB-Führer vom Hoff erklärte, daß die Gewerkschaftsmitglieder die Gesetze der Adenauer-Regierung achten müssen.

Der Kriegsvorbereitung und der Remilitarisierung in Westdeutschland dient die schändliche alte antisowjetische Kriegshetzkampagne, die schon einmal unter Hitler und Goebbels unser Volk in namenloses Unglück getrieben hat. Anstatt sie als Kriegsvorbereitung gegen die Sowjet-

union zu bekämpfen, stimmt die DGB-Führung mit voller Lautstärke in sie ein.

Die Lage ist sehr ernst. Sie wird verhängnisvoll, wenn nicht die deutsche Arbeiterschaft die große Kraft der Gewerkschaftsbewegung gegen alle Pläne der Kriegsvorbereitung einsetzt. Deshalb erhebt der Bundesvorstand des FDGB vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse warnend seine Stimme. Der Bundesvorstand des FDGB ist der Meinung, daß es angesichts der großen Kriegsgefahr, in der sich das deutsche Volk heute befindet, unbedingt notwendig ist, zu einem gemeinsamen Handeln aller deutschen Gewerkschafter zu kommen. Darin liegt die Stärke der Arbeiterschaft, während die bisherige Spaltung die Arbeiterschaft nur geschwächt hat. In dieser Stunde ernster Verantwortung, da die Existenz der deutschen Nation und das Leben von Millionen Arbeitern auf dem Spiel steht, ist die dringlichste Forderung:

Deutsche Gewerkschafter an einen gemeinsamen Tisch!

1. Gemeinsame Forderungen aller Organisationen des FDGB und des DGB auf Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands!

Gemeinsame Aufforderung an die Großmächte, einen Friedenspakt abzuschließen.

Gemeinsame Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, Friedenskomitees in den Betrieben zu bilden und jede Kriegsproduktion zu verweigern.

Gemeinsames Eintreten für die Schaffung von Gesetzen, die eine strenge Bestrafung jeder Kriegshetze und Kriegsvorbereitung vorsehen.

2. Gemeinsame Erklärung über die Ungesetzlichkeit des Verbots der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951.

Vereinbarung gemeinsamer Aktionen, um die Volksbefragung auch in Westdeutschland durchzuführen und die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen zu sichern.

3. Gemeinsame Forderung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zur raschesten Überwindung der Spaltung Deutschlands, die eine wesentliche Steigerung der Kriegsgefahr bedeutet.

4. Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms zur Entwicklung einer gesamtdeutschen Friedenswirtschaft. Aufhebung aller Beschränkungen im wirtschaftlichen Verkehr zwischen Ost- und Westdeutschland. Entwicklung friedlicher Handelsbeziehungen auf gleichberechtigter Grundlage mit allen Völkern, vor allem des Ostens, um den Arbeitslosen Westdeutschlands Arbeit zu verschaffen und friedliche Beziehungen zu allen Völkern zu pflegen.

5. Herstellung enger und gemeinsamer Beziehungen zu den Gewerkschaften aller europäischen Länder, insbesondere auch zu den großen französischen Gewerkschaften, zum gemeinsamen Kampf besonders der französischen und deutschen Arbeiter gegen den Schuman-Plan, gegen die Aufrüstung in beiden Ländern und gegen die durch sie verursachte ständige Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen.

6. Durchführung gesamtdeutscher Gewerkschaftskonferenzen der Metall- und Bergarbeiter und in anderen wichtigen Industriezweigen zum Kampf gegen den Schuman-Plan und zur Verhinderung jedes Mißbrauchs dieser Industriezweige für die Kriegsvorbereitung.

7. Gemeinsame Sicherung eines solchen Mitbestimmungsrechts, das von den Vertretern der Belegschaft zur Verhinderung von Kriegsproduktion, zur Herstellung von Produktion des friedlichen Bedarfs, zur konsequenten Vertretung der Interessen der Werktätigen ausgeübt werden kann.

8. Einleitung von Solidaritätsaktionen zur gemeinsamen Unterstützung der für den Frieden und für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter und Angestellten. Dabei macht der Bundesvorstand des FDGB das Angebot, einer Anzahl der durch Streikkämpfe in wirtschaftliche Notlage geratenen westdeutschen Gewerkschaftskollegen einen Aufenthalt in Ferienheimen des FDGB, die früher den Kriegsverbrechern gehörten, zu ermöglichen.

9. Gegenseitiger regelmäßiger Erfahrungsaustausch, verbunden mit gegenseitiger Teilnahme an den Gewerkschaftskonferenzen. Der Bundesvorstand des FDGB erklärt sich außerdem bereit, einer beliebigen Anzahl von westdeutschen Gewerkschaftsdelegationen Gelegenheit zu geben, sich mit eigenen Augen von den wirklichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik zu überzeugen, insbesondere von dem friedlichen, demokratischen Aufbau, der sich ständig verbessernden Lebenslage der Werktätigen, der Demokratisierung der Wirtschaft und vollen Entmachtung der Kriegsverbrecher, vom Schutz der demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen und von der vollen Verwirklichung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik.

Angesichts des Ernstes der Lage und der sich daraus ergebenden gewaltigen Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse schlägt der Bundesvorstand des FDGB allen Gewerkschaftsorganisationen und Belegschaften in ganz Deutschland vor, diesen Brief zu diskutieren und Stellung zu ihm zu nehmen. Er fordert auch den Bundesvorstand des DGB zur Stellungnahme auf.

Es liegt in der Macht der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, die Remilitarisierung und damit die drohende Kriegsgefahr zu

bannen, wenn sie einheitlich und mutig den Kampf um den Frieden führen.

Mit freigewerkschaftlichem Gruß!

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
gez. Warnke
gez. Kirchner

Tribüne (Berlin), 19.–21. Juni 1951.

35

Aus der Entschließung des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralvorstandes der IG Metall „Festigt die innergewerkschaftliche Demokratie – entfaltet die Aktivität aller Gewerkschafts-Mitglieder", beschlossen auf der gemeinsamen Konferenz in Chemnitz am 15. Juli 1951

Die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie ist eine wichtige Voraussetzung zur Lösung der vom 3. FDGB-Kongreß gestellten Aufgaben. Dabei sind folgende Forderungen der Mitglieder der Gewerkschaften zu beachten:

a) Die Mitglieder der Gewerkschaften fordern klare Auskünfte auf ihre Fragen und Aufklärung über die zu lösenden Aufgaben. Sie wollen an den Entscheidungen der Gewerkschaftsleitungen und an der Erfüllung der Beschlüsse beteiligt sein. Es ist notwendig, mehr Diskussionen zu führen. Deshalb sind große Versammlungen möglichst einzuschränken. Das Hauptgewicht ist auf Gewerkschaftsgruppen- und Abteilungsversammlungen zu legen.

b) Immer mehr Gewerkschaftsmitglieder erkennen Schwächen und Mängel in der Gewerkschaftsarbeit und in der Produktion. Sie fordern sorgfältige Beachtung ihrer Vorschläge und ihrer Kritik. Deshalb ist die Kritik der Massen an den Leitungen der Gewerkschaften, an den Verwaltungen und an ihrer eigenen Arbeit zu entfalten und sorgfältig zu beachten. Ständige Selbstkritik hilft den Leitungen, ihre Schwächen rechtzeitig zu erkennen und zu überwinden.

c) Die Mitglieder der Gewerkschaften fordern klare Auskünfte über die ihnen zustehenden gesetzlichen Rechte, Beachtung ihrer tagtäglichen Arbeit, ihrer Sorgen und Nöte. Deshalb ist es erforderlich, daß sich die Gewerkschaften mehr als bisher um die Tagesinteressen der Arbeiter und Angestellten kümmern. Bei allen Aufgaben ist die Sorge um den Menschen zu beachten ...

Die Organisationsarbeit und der Organisationsaufbau müssen die Durchführung der Gewerkschaftsaufgaben ermöglichen. Sie haben der

Durchführung der politischen Linie zu dienen und sie zu sichern. Deshalb sind solche politischen und organisatorischen Maßnahmen einzuleiten, die den Forderungen unserer Mitglieder und der Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie entsprechen. Jeder Arbeitsplatz ist ein Kampfplatz für den Frieden. Am Arbeitsplatz muß deshalb die Gewerkschaftsorganisation den Gewerkschaftsmitgliedern helfen. Die Konferenzen von Hettstedt und Bitterfeld haben mit der Entfaltung der Kommissionstätigkeit und der Verlagerung des Schwergewichts auf die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften die Grundlage dafür geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, diese Maßnahmen zu vertiefen und den Aufbau der Betriebsorganisation der Gewerkschaften noch gründlicher zu fördern. Die Betriebsorganisation ist entsprechend zu verändern.

A. Die Gewerkschaftsgruppe
und die Aufgaben der Gewerkschaftsgruppenorganisatoren

1. In den volkseigenen und Privatbetrieben sind in den Werkstätten, Verwaltungen, kleineren Abteilungen, Meisterbereichen usw. Gewerkschaftsgruppen zu bilden. Sie sollen 20 bis 40 Mitglieder umfassen und dem technologischen Aufbau des Betriebes entsprechen. In den volkseigenen Betrieben können sie eine, aber auch mehrere Brigaden umfassen, dürfen aber niemals eine Brigade zerschneiden.

2. Zur Leitung der Gewerkschaftsgruppe wird ein Gewerkschaftsgruppenorganisator gewählt. Die Wahl erfolgt durch die der Gewerkschaftsgruppe angehörenden Gewerkschaftsmitglieder. Von den Mitgliedern der Gewerkschaftsgruppe werden gleichfalls gewählt:

a) ein Kulturorganisator,

b) ein Bevollmächtigter für Sozialversicherung,

c) in Produktionsbetrieben ein Arbeitsschutzobmann,

die in guter kollektiver Zusammenarbeit die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen.

3. Die Gewerkschaftsgruppenorganisatoren in den volkseigenen und in den Privatbetrieben arbeiten unter der Anleitung der Betriebsgewerkschaftsleitung bzw. Abteilungsgewerkschaftsleitung und legen mindestens einmal im Vierteljahr vor der Betriebsgewerkschaftsleitung bzw. der Abteilungsgewerkschaftsleitung Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab.

4. Die Aufgaben der Gewerkschaftsgruppenorganisatoren in den volkseigenen Betrieben sind folgende:

a) Die Arbeiter und Angestellten über die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf für Frieden, Einheit und Aufbau aufzuklären.

Der Gewerkschaftsgruppenorganisator bespricht mit seiner Gruppe die Beschlüsse der übergeordneten Leitung und organisiert ihre Durchführung. Er muß überzeugen und nicht kommandieren.

Der Gewerkschaftsgruppenorganisator organisiert mindestens einmal monatlich eine Mitgliederversammlung seiner Gewerkschaftsgruppe. Einmal im Quartal legt er vor ihr Rechenschaft ab.

b) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator organisiert Wettbewerbe unter den Arbeitern und Angestellten zur Erfüllung und vorfristigen Erfüllung des Planes für die Verbesserung der Qualität, für die Einsparung von Materialien und Rohstoffen, für die mustergültige Instandhaltung und Pflege der Maschinen und Werkzeuge. Er setzt sich für die Bildung neuer Arbeitsbrigaden und für die Einführung Persönlicher Konten ein. Er organisiert die Kontrolle über die Erfüllung der durch die Mitglieder eingegangenen Verpflichtungen, Friedenswachten usw.

c) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator organisiert monatlich mindestens eine Produktionsberatung, auf der die Beseitigung der Ursachen von Stillständen, Ausschuß, richtige Ausnutzung der Einrichtungen, Pflege der Werkzeuge und Maschinen, Einsparung von Rohmaterialien, Brennstoff, Elektroenergie und die Erfüllung der Verpflichtungen nach dem Kollektivvertrag besprochen wird. Bei der Produktionsberatung berichten die Meister oder Brigadiere über die Durchführung der in der vergangenen Produktionsberatung festgelegten Maßnahmen.

d) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator reicht gemeinsam mit den Brigadieren, Meistern oder Abteilungsleitern die Vorschläge seiner Gruppe über die Verleihung von Aktivistenabzeichen oder des Titels „Verdienter Aktivist" oder „Verdienter Erfinder" bei der Betriebsgewerkschaftsleitung ein.

e) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator hilft denjenigen Arbeitern, die die Arbeitsnormen nicht erfüllen. Er stellt die Ursachen fest und veranlaßt gemeinsam mit den Brigadieren, Meistern oder Abteilungsleitern Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen.

f) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator hilft den neueingestellten Arbeitern bei der Aneignung von Fachkenntnissen und bei der Vermittlung der Erfahrungen der Aktivisten durch Organisieren von Patenschaften, Aktivistenschulen usw.

g) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator organisiert in Verbindung mit dem Kulturorganisator die Erhöhung des politischen und kulturellen Niveaus der Mitglieder. Dazu gehört auch das regelmäßige Lesen von Zeitungen, der gemeinsame oder individuelle Besuch von Vorträgen, Kinos, Museen, Theatern usw. Er interessiert die Arbeiter, sich an den Zirkeln und an sportlichen Trainingsgemeinschaften zu beteiligen.

h) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator hilft dem Bevollmächtigten für Sozialversicherung, auf die Einhaltung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen zu achten, die kranken Arbeiter und Angestellten aufzusuchen und ihnen die erforderliche Hilfe zu erweisen.

Er hilft in Verbindung mit dem Bevollmächtigten für Sozialversicherung den Arbeitern und Angestellten seiner Gruppe bei der Einweisung in Erholungsheime oder Sanatorien, bei der Verschickung ihrer Kinder in Ferienlager oder andere Ferieneinrichtungen, bei der Aufnahme ihrer Kinder in Betriebskindergärten usw.

i) Der Gewerkschaftsgruppenorganisator hilft dem Arbeitsschutzobmann, ständig die Arbeitsschutzeinrichtungen innerhalb des Bereiches der Gruppe zu kontrollieren und für die Einhaltung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen zu sorgen. Die Arbeitsschutzobleute haben in der Versammlung der Gewerkschaftsgruppe regelmäßig über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten.

j) Dem Gewerkschaftsgruppenorganisator obliegt die Werbung neuer Mitglieder, die Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Mitglieder. Er registriert die Mitglieder seiner Gewerkschaftsgruppe vom Tage ihres Eintritts. Der Gewerkschaftsgruppenorganisator kassiert die Mitgliedsbeiträge.

B. Das Gewerkschaftsaktiv

1. Zur Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften ist die engste Verbindung der Leitungen der Gewerkschaften mit den Gewerkschaftsmitgliedern erforderlich. Die Entfaltung der Aktivität aller Gewerkschaftsmitglieder wird erst durch das Studium und die Erläuterung der durch die Gewerkschaftsleitung gefaßten Beschlüsse möglich. Deshalb ist die Anleitung der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben von besonderer Bedeutung. Die Anleitung, Instruktion und der Erfahrungsaustausch müssen organisiert werden. Die Grundlage dafür ist das Gewerkschaftsaktiv. Das Gewerkschaftsaktiv ist gleichzeitig die Grundlage für die Entwicklung der Kader der Gewerkschaften.

2. Alle Gewerkschaftsfunktionäre eines Betriebes bilden das Gewerkschaftsaktiv ...

Gewerkschaftsgruppen und Gewerkschaftsaktivs sind das organisatorische Fundament für die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Sie sichern die breite Mitarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder.

Die richtige Anwendung dieser Beschlüsse der Chemnitzer Konferenz ist nur möglich im Kampf gegen den Schematismus. Die Organisation und der Aufbau der Organisation müssen sich immer nach den zu lösenden Aufgaben richten. Deshalb sind von allen Betriebsgewerkschaftsleitungen im Rahmen dieser Richtlinien eigene Beschlüsse über ihre Verwirklichung zu fassen. In diesen Beschlüssen ist besonders auf die Stärkung und die Festigung der Abteilungsgewerkschaftsleitungen zu achten, die im allgemeinen nicht mehr als 10 Gewerkschaftsgruppen umfassen sollen. Den

Abteilungsgewerkschaftsleitungen obliegt der größte Teil der Anleitung und Instruktion der Gewerkschaftsgruppenorganisatoren, Kulturorganisatoren, Arbeitsschutzobleute und Bevollmächtigen für Sozialversicherung.

Tribüne (Berlin), 20.–23. Juli 1951.
Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß, 1950–1954.
Hrsg. vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, (Berlin) o. J., S. 287–289, 290–292.

36

Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 15. September 1951

Die Mitglieder der Deutschen Volkskammer billigen die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen Außerordentlichen Sitzung und beschließen den nachfolgenden Appell an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland: Über unsere Heimat ist eine drohende Gefahr heraufgezogen. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die Verweigerung eines Friedensvertrages für Deutschland, die weitere Fortsetzung der Remilitarisierung und die Aufrechterhaltung der Spaltung unseres Vaterlandes zum Kriege führen.

Wird aber Deutschland in einen neuen Krieg hineingezogen, dann wird unsere Heimat zum Schlachtfeld, zu einer grauen Zone der Vernichtung, und Millionen deutscher Menschen, besonders der deutschen Jugend, werden zugrunde gehen. Das würde ein brudermörderischer Krieg Deutscher gegen Deutsche sein.

Aber das ganze deutsche Volk, alle deutschen Menschen guten Willens wollen den Frieden und eine friedliche Lösung der Lebensfragen unserer Nation.

Es ist das Recht und der Wille des Volkes, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, den Frieden zu erhalten und den wirtschaftlichen Aufbau zum Wohlergehen des Volkes zu sichern. Die Voraussetzung dazu ist, daß sich die Deutschen an einen Tisch setzen und eine Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland herbeigeführt wird.

Dieser Wille des Volkes muß verwirklicht werden, ehe es zu spät ist, ehe aggressive imperialistische Kräfte unser Vaterland in die schlimmste Katastrophe stürzen.

Die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland kann durch freie demokratische Wahlen zu einer

Deutschen Nationalversammlung

gefördert werden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung dringend notwendig und möglich sind, daß solche Wahlen unter gleichen Bedingungen für ganz Deutschland durchgeführt werden müssen, wobei für alle Staatsbürger die Freiheit und Gleichheit der Person, für alle demokratischen Parteien und Organisationen die gleiche Betätigungsfreiheit gewährt und gesichert werden müssen. Die demokratischen Parteien und Organisationen müssen das Recht haben, eigene Kandidatenlisten aufzustellen und nach eigenem Ermessen Listenverbindungen einzugehen und Wahlblocks zu bilden.

Ebenso ist es das Recht und der Wille des Volkes, daß baldmöglichst ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wird, der ihm wirkliche Souveränität und nationale Unabhängigkeit sichert und zum Abzug aller Besatzungstruppen führt.

Gemeinsam mit allen deutschen Patrioten sind wir der festen Überzeugung, daß die Verhinderung der Remilitarisierung und eine friedliche und demokratische Entwicklung den Interessen unseres eigenen Volkes wie den Interessen aller friedliebenden Völker Europas entspricht.

Im Interesse des Lebens und der Zukunft der Nation wendet sich daher die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag an den Deutschen Bundestag, eine gemeinsame

gesamtdeutsche Beratung der Vertreter
Ost- und Westdeutschlands

durchzuführen, die über zwei Aufgaben zu entscheiden hat:

Erstens über

die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen
mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen
demokratischen und friedliebenden Deutschlands

und zweitens über

die Beschleunigung des Abschlusses
eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Wir unsererseits sind entschlossen, die Verhandlungen mit Vertretern Westdeutschlands im Geiste ehrlicher Verständigungsbereitschaft zu führen, und halten es für notwendig, die gesamtdeutsche Beratung baldmöglichst in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, durchzuführen.

Berlin, den 15. September 1951

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Neues Deutschland (B) (Berlin), 16. September 1951.

37

Aus dem „Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951–1955)" vom 1. November 1951

§ 1

Die Hauptaufgaben im Fünfjahrplan

Die Hauptaufgaben des ersten Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1951 bis 1955 sind folgende:

1. Im Interesse des gesamten deutschen Volkes und des Kampfes um die Einheit des demokratischen Deutschlands ist eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte in der Republik zu gewährleisten. Bis zum Ende des Jahrfünfts muß die friedliche Industrieproduktion im Verhältnis zum Stand des Jahres 1950 ein Ausmaß von 192,3 Prozent erreichen. Die vorgesehene Erhöhung der industriellen Produktion bedeutet mehr als die Verdoppelung der Produktion im Vergleich zum Jahre 1936. Durch den Neu- und Ausbau der Produktionskapazitäten in der Metallurgie, im Schwermaschinenbau und in der chemischen Industrie ist eine weitgehende Unabhängigkeit unserer Volkswirtschaft von dem kapitalistischen Ausland sicherzustellen. Die Produktionsprogramme sind den Erfordernissen unseres wachsenden Außenhandels und dem veränderten inneren Bedarf anzupassen. Für unsere Produktion sind die in der Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen Bodenschätze in schnellem Tempo zu erschließen. Die Förderung in neu erschlossenen Lagerstätten ist kurzfristig zu beginnen. Die Arbeitsproduktivität ist in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Industriebetrieben um mindestens 72 Prozent zu steigern. Dazu sind die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und die Anwendung neuer Arbeitsmethoden großzügig zu fördern.

Die Produktion der Landwirtschaft ist wertmäßig um mindestens 57 Prozent zu erhöhen. Die bäuerlichen Betriebe und unsere volkseigenen Güter haben ihre Kräfte auf die volle Ausnutzung aller Erzeugungsmöglichkeiten zu konzentrieren. Die staatliche Hilfe für unsere Bauern ist zu verstärken.

Entsprechend der Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft ist das Verkehrswesen auf die stark wachsenden Transportaufgaben einzustellen. Handel und Handwerk sind entsprechend den steigenden Anforderungen der Wirtschaft und der Bevölkerung zu entwickeln.

Die Anwendung der Wissenschaft, der Ergebnisse der Forschung und technischen Entwicklung muß eine historische Wende auf allen Gebieten der Produktion und im Leben überhaupt herbeiführen. Der volkseigene

Sektor, dem die wichtigste Bedeutung in der Wirtschaft zukommt, ist zu entwickeln und zu festigen. Gleichzeitig ist im Interesse des Volkes die Privatinitiative des Unternehmertums im Rahmen der Gesetze zu nutzen ...

§ 2

Entwicklung der Industrie

(1) Ausgehend von der Aufgabe, die Industrieproduktion (ohne Handwerk) in den Jahren 1951 bis 1955 gegenüber dem Vorkriegsstand mehr als zu verdoppeln, wird der Umfang der Bruttoproduktion für die gesamte Industrie für das Jahr 1955 auf 45 Milliarden DM gegenüber 23,4 Milliarden DM im Jahre 1950 festgesetzt. Um den allgemeinen Aufschwung der Industrie zu sichern und die den Erfordernissen entsprechende Veränderung der Produktion durchzuführen, müssen in erster Linie die in der Industrie vorhandenen Disproportionen auf folgende Weise beseitigt werden:

a) Beendigung der im Zweijahrplan begonnenen Wiederherstellung und schnelle Weiterentwicklung der Energiewirtschaft und der Brennstoffindustrie;

b) Ausbau und Neubau der leistungsfähigen Schachtanlagen im Erzbergbau, insbesondere für Eisenerz, Kupfererz und Schwefelkies, sowie im Kalibergbau;

c) Rekonstruktion und schneller Ausbau der Metallurgie auf dem Gebiete der Roheisen-, Stahl- und Walzmaterialerzeugung in einem Umfang, welcher die maximale Versorgung des Maschinenbaues mit Metallen aus eigenem Aufkommen sichert;

d) Rekonstruktion und Ausnutzung der vollen Kapazität der wichtigsten und führenden Maschinenbaubetriebe sowie der Aufbau neuer Betriebe, die Einrichtungen für die Energiewirtschaft, für die Kohlenindustrie, für die metallurgische und die chemische Industrie produzieren;

e) Rekonstruktion und Erweiterung der chemischen Werke, insbesondere in den Jahren 1953 bis 1955, für die Herstellung von Grundchemikalien, Treibstoffen, Kunststoffen, Soda und den in der Industrie benötigten Säuren;

f) Rekonstruktion und Ausnutzung der vollen Kapazität der Betriebe, die Waren für den Auslandsmarkt in Übereinstimmung mit dem Export-Import-Plan und den Verpflichtungen der Republik herstellen ...

(4) Die Bruttoproduktion der volkseigenen Betriebe muß im Verlauf des Jahrfünfts im Vergleich zum Jahre 1950 auf 224,8 Prozent gesteigert werden. Für die Produktion der privaten Betriebe ist eine Steigerung auf 166,7 Prozent gegenüber dem Plan 1950 festgesetzt. Die Produktion der

Handwerksbetriebe ist auf 166,5 Prozent zu erhöhen. Durch die schnelle und gewaltige Entwicklung der Grundstoffindustrien und des Schwermaschinenbaues werden im Jahre 1955 die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe 81,2 Prozent der Gesamtproduktion, berechnet nach unveränderlichen Preisen des Jahres 1950, liefern ...

§ 11

II. Steigerung der Arbeitsproduktivität

Die Steigerung der industriellen Produktion der Republik kann nicht nur durch die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten, die Wiederherstellung und den Neubau von Betrieben erreicht werden, sondern ist auch durch bessere Ausnutzung der bestehenden Produktionskapazitäten und durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Industrie und Bauwesen anzustreben. Bis Ende des Jahrfünfts muß in der gesamten Industrie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 60 Prozent, in der volkseigenen Bauindustrie um mindestens 58 Prozent gegenüber 1950 erreicht werden.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben ist zu erreichen durch:

a) die Einführung einer neuen Produktionstechnik aus den Ergebnissen der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Verbindung mit der Auswertung und Anwendung neuer Arbeitsmethoden der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder;

b) beste Organisation der Arbeit und volle Ausnutzung der Arbeitszeit;

c) Entfaltung der Aktivisten-, Wettbewerbs- und Brigadenbewegung auf der Grundlage der betrieblichen Kollektivverträge;

d) die verstärkte Einführung des Leistungslohnes auf der Grundlage der technisch begründeten Arbeitsnormen;

e) die Erweiterung der Berufsausbildung und die ständige Qualifizierung der Arbeiter;

f) die Mechanisierung der schweren Arbeit und die Intensivierung des Produktionsprozesses;

g) die breite Ausnutzung von Erfindungen, technischen Verbesserungen und Rationalisierungsvorschlägen;

h) Produktionsberatungen sowie Ausarbeitung und breite Anwendung neuer Arbeitsmethoden ...

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin), 1951, Nr. 128, S. 974–977, 985/986.

38

Stellungnahme des Sekretariats des ZK der SED „Zum Wettbewerb zur Erhöhung der Grobblechproduktion" vom 24. November 1951

Der Wettbewerb zur Erhöhung der Grobblechproduktion im Monat September führte zu hervorragenden Ergebnissen. Er stellt eine neue Etappe in der Wettbewerbsbewegung dar. Die Arbeiter, Techniker und Ingenieure der am Wettbewerb beteiligten sechs Betriebe vollbrachten Leistungen, die für alle anderen Werktätigen in den volkseigenen Betrieben beispielhaft sind. Die Werktätigen haben eine gründliche Kritik am Plan geübt und bewiesen, daß noch immer ihre schöpferische Initiative von der Verwaltung unterschätzt wird.

Das Zentralkomitee der SED dankt den Stahl- und Walzwerkern, die mit ihrem Wettbewerb erneut gezeigt haben, welche gewaltigen Kräfte die Arbeiterklasse beim Aufbau unserer Friedenswirtschaft hervorbringt. Diese großen Erfolge in der Produktion helfen entscheidend, die Pläne der imperialistischen Kriegstreiber zu durchkreuzen.

Durch das schnelle Wachstum unserer Industrie, die Übererfüllung der Pläne infolge der hervorragenden und ständig wachsenden Leistungen unserer Aktivisten war es notwendig, die Produktion von Grobblechen zu steigern. Für den Aufbau unserer Friedenswirtschaft, besonders der Kraftwerksanlagen, der Hochseehandelsflotte und auch für andere wichtige industrielle Anlagen sind die Grobbleche von außerordentlicher Bedeutung. Das erkannten unsere Stahl- und Walzwerker, die sich ein neues, weit über den Plan hinausgehendes Ziel setzten, um die Durchführung unserer Pläne zu beschleunigen.

Die Brigade Wasmuth vom Walzwerk „Willi Becker" in Kirchmöser rief alle Werktätigen, die an der Produktion von Grobblechen beteiligt sind, zu einem Wettbewerb im Monat September auf. Überall wurde der Ruf verstanden und begeistert aufgenommen. Obwohl verantwortliche Mitarbeiter in der Verwaltung die im Wettbewerb aufgestellten Ziele für unerreichbar hielten, haben die Werktätigen unbeirrbar für die Erfüllung der gestellten Aufgaben gearbeitet. Die Brigaden Bienhold, Bekker und Lutzemann sind heute in der Republik bekannt und für alle Werktätigen ein leuchtendes Beispiel.

Das Besondere an diesem Wettbewerb war neben der bedeutenden Steigerung der Produktion vor allem eine erhebliche Verbesserung der Qualität. Der Wettbewerbsplan hatte eine klare Zielsetzung und entsprach den besonderen Bedingungen eines jeden Betriebes. Er wurde bis auf die Brigade und den einzelnen Mann aufgegliedert. Die tägliche Auswertung des Wettbewerbs ermöglichte jedem Arbeiter, jeder Brigade und jedem Betrieb die Überprüfung ihrer Leistun-

gen, die durch die tägliche Prämiierung ihre materielle Anerkennung fanden.

Überall wurden die Erfahrungen ausgetauscht und neue Methoden in der Arbeit angewandt, besonders von den Reparaturbrigaden, die die Auswechselung der Walzen um Vielfaches verkürzten. Große Reparaturen, zu denen früher zehn Tage benötigt wurden, konnten in drei Tagen durchgeführt werden. Der gesamte Betrieb und andere wichtige Zulieferbetriebe haben den Wettbewerb unterstützt.

Die Werktätigen der Nagema Mittweida, angeregt durch die hervorragenden Leistungen der Walzwerker, ergriffen die Initiative zur Erfassung der inneren Reserven. Viele Betriebe folgten ihrem Beispiel, und der Volkswirtschaft konnten auf diesem Wege große Mengen wichtiger Walzmaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesem Wettbewerb ergeben sich für alle volkseigenen Betriebe wichtige Schlußfolgerungen.

1. Es ist notwendig, die großen politischen Aufgaben mit den täglichen Produktionsaufgaben unserer Werktätigen zu verbinden. Diese enge Verbindung entfacht unter den Werktätigen die patriotische Begeisterung, durch die neue große Erfolge erzielt werden.

2. Es hat sich gezeigt, daß die Pläne nicht genügend die schöpferische Initiative der Werktätigen berücksichtigen und deshalb nicht mobilisierend wirken. Um dieses Hemmnis zu beseitigen, müssen die Genossen in der Plankommission und in den Fachministerien solche Pläne entwickeln, die die Initiative der Werktätigen fördern. Dazu ist es notwendig, mit der Ermittlung und Festlegung von Kapazitätsnormen vorerst in den Hütten-, Stahl- und Walzwerken zu beginnen.

3. Eine gute Organisation ist entscheidend für den Erfolg des Wettbewerbs. Jede Brigade, jeder Arbeiter muß das Ziel des Wettbewerbs genau kennen und die Möglichkeit haben, an seinen eigenen täglichen Leistungen zu überprüfen, in welchem Maße er selbst, die Brigade und der ganze Betrieb die gestellten Aufgaben gelöst hat. Die Genossen in den Gewerkschaften haben die Aufgabe, auf einer solchen Grundlage die Wettbewerbe zu organisieren.

4. Die bereits mit Erfolg angewandten neuen Arbeitsmethoden müssen auch mit Hilfe von Direktiven und Anweisungen in allen Betrieben allgemeinverbindlich eingeführt werden. Das Ziel muß sein, diese Einzelleistungen mit Hilfe der Verbesserung der technischen Einrichtungen zu Leistungen aller Werktätigen zu machen.

5. Um Stockungen in der Produktion bei der Durchführung von Wettbewerben zu verhindern, ist es erforderlich, daß die verantwortlichen Genossen in den Verwaltungen und die Ingenieure und Techniker alle technisch-organisatorischen Voraussetzungen schaffen.

6. Für den Erfolg der Wettbewerbe spielt die richtige und unbürokratische Anwendung der Prämiierung eine entscheidende Rolle. Besonders gute Leistungen sind zu prämiieren. Zur Überwindung von Engpässen in der Produktion sollte die tägliche Prämiierung Anwendung finden.

7. Das Beispiel der Werktätigen der Nagema Mittweida sollten die verantwortlichen Genossen in den Gewerkschaften als Grundlage eines Wettbewerbs zur Erfassung der inneren Reserven nehmen. In diesen Wettbewerb ist die Erfassung aller volkswirtschaftlich wichtigen Materialien einzubeziehen.

Die Erfahrungen, die uns der Wettbewerb zur Erhöhung der Grobblechproduktion vermittelt, gilt es jetzt auf alle volkseigenen Betriebe zu übertragen. Wenn wir die Wettbewerbe in Zukunft so organisieren und durchführen, werden wir neue große Erfolge im Kampfe um die Erfüllung unserer Pläne erringen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. III, Berlin 1952, S. 633–635.

39
Entwurf der Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland, unterbreitet von der Regierung der UdSSR am 10. März 1952

Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen, jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag, es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden. Das entspricht dem Willen aller friedliebenden Völker.

Ohne den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kann eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des zweiten Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser Fragen sind die europäischen Staaten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, besonders die Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen.

Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird für das gesamte deutsche Volk die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeiführen, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern sichern.

Davon ausgehend haben die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen.

Die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind der Meinung, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages unter Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen muß und daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein muß:

Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

Die Teilnehmer

Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Perso-

nen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. März 1952.
Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I,
Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945
bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität
der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954,
Berlin (1957), S. 290–293.

40

Aus dem Rechenschaftsbericht des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, gehalten anläßlich des einjährigen Bestehens des europäischen Hauptquartiers der Nordatlantikpakt-Organisation (SHAPE) am 2. April 1952

Hier im Herzen Europas liegt ein 246 000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt.

Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung ... zu. Die norddeutsche Tiefebene mit ihrem umfassenden Netz moderner Straßen und Eisenbahnlinien bildet ein sehr günstiges Terrain ... Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn),
1952, Nr. 39, S. 401.

41

Brief der Werktätigen des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vom 19. April 1952

Wir Rationalisatoren und Erfinder des Transformatoren- und Röntgenwerkes Dresden wenden uns mit diesem Brief voller Vertrauen an Sie.

In der Erkenntnis, daß der Weg, den wir in unserer Republik unter

Ihrer Führung beschreiten, der einzig richtige ist, haben wir uns am 19. April 1952 in unserem Betrieb zusammengefunden, um zu beraten, welchen besonderen Beitrag wir für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland, für die Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes und die Erfüllung des Fünfjahrplanes leisten können.

In unserem Werk haben wir bisher auf dem Gebiete des Rationalisierungs- und Erfindungswesens große Erfolge erzielt. Allein im Jahre 1951 konnten wir rund 300 000 DM durch Verbesserungsvorschläge überplanmäßig einsparen. Darüber hinaus sind wir aber davon überzeugt, daß wir unsere Produktion noch weit rentabler gestalten und die Arbeitsproduktivität über die Planziele hinaus steigern können, wenn wir es verstehen, die schöpferische Initiative aller Werktätigen auf dem Gebiete des Rationalisierungs- und Erfindungswesens voll zu entfalten.

Deshalb haben wir auf unserer heutigen Konferenz, an der 200 Ingenieure und Techniker, Aktivisten und Meister als die Vertreter von über 900 Rationalisatoren unseres Werkes teilnahmen, nach ernsthafter Prüfung und eingehender Beratung beschlossen, durch die planmäßige Entwicklung des Rationalisierungs- und Erfindungswesens unserer Regierung und damit unserem Volk noch im Jahre 1952 Einsparungen in Höhe von 1 Million DM als Geschenk zu übermitteln. Das soll unser Beitrag der Tat zum Frieden sein.

Diese Verpflichtung stellt große Anforderungen an alle Kollegen unseres Werkes und macht unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit Hilfe der Gewerkschaft die aktive Teilnahme aller erforderlich. Gerade jetzt, wo der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durch die Noten der Regierung der Sowjetunion eine so wirkungsvolle Unterstützung erfahren hat, wo Stalin in seinem Interview mit den amerikanischen Journalisten zum Ausdruck brachte, daß die Kriegsgefahr dank des immer mächtigeren Anwachsens des Weltfriedenslagers heute nicht größer ist als vor zwei oder drei Jahren, kommt es auf die aktive Friedenstat eines jeden einzelnen und einer jeden Belegschaft an.

Der 1. Mai, der internationale Kampftag der Werktätigen, wird von den deutschen Werktätigen in diesem Jahr im Zeichen des für unsere Zukunft so bedeutsamen Kampfes um den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland auf der Grundlage der Vorschläge der Sowjetregierung gefeiert. Dieser 1. Mai ist für uns der Auftakt zur ungehemmten Entfaltung einer Bewegung der Rationalisatoren und Erfinder, um das Vorschlags- und Erfindungswesen in unserem Werk planmäßig zu entwickeln.

Den Plan selbst werden wir dem Bundesvorstand des FDGB als Maigeschenk überbringen.

In einem Brief an den Bundesvorstand des FDGB haben wir außerdem

gebeten, auf der Grundlage unserer Vorschläge alle volkseigenen und gleichgestellten Betriebe der DDR aufzufordern, unserem Beispiel zu folgen.

Wenn wir alle gemeinsam so arbeiten, muß es uns gelingen, unserer Regierung noch am Ende dieses Jahres ein Geschenk unserer volkseigenen Industrie von nicht nur 1 Million DM, sondern von 100 Millionen DM für das Nationale Aufbauprogramm, den Neuaufbau der deutschen Hauptstadt Berlin und der übrigen von amerikanischen Terrorbombern zerstörten Städte unserer Republik zu überreichen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 22. April 1952.

42

Entschließung von 24 werktätigen Bauern und Landarbeitern aus Gollensdorf, Kreis Seehausen, zur Bildung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, angenommen Anfang Mai 1952

Wir Landarbeiter, Landarbeiterinnen, Neubauern und Neubäuerinnen haben es uns zur Aufgabe gemacht, 471,36 ha Betriebsgröße mit dem darauf befindlichen Vieh gemeinsam zu bewirtschaften. Diese gemeinsame Bewirtschaftung nennen wir Produktionsgenossenschaft. Wir haben uns freiwillig zu dieser Produktionsgenossenschaft zusammengeschlossen. Wir haben erkannt, daß wir mit dieser gemeinsamen Bewirtschaftung die Pläne durch Anwendung der neuen Agrarwissenschaft sowie durch die Mechanisierung der Landwirtschaft leichter und besser erfüllen können und dadurch unseren Lebensstandard auch bedeutend verbessern werden. Wir machen es uns zur Pflicht, den großen Friedensplan um die Erringung eines friedliebenden, einheitlichen, demokratischen Deutschlands durch Erfüllung und Übererfüllung unserer Pläne zu unterstützen.

Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin 1965, S. 92/93.

43

Aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik andererseits, abgeschlossen in Bonn am 26. Mai 1952

Artikel 1 (Aufhebung des Besatzungsstatuts).

1. Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

2. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages und der in Artikel 8 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als „Zusatzverträge" bezeichnet) werden die drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hochkommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen ...

Artikel 2 (Vorbehalte).

1. Die drei Mächte behalten im Hinblick auf die internationale Lage die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf a. die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit, b. Berlin und c. Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.

2. Die Bundesrepublik wird sich ihrerseits jeder Maßnahme enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigt und wird mit den drei Mächten zusammenwirken, um ihnen die Ausübung dieser Rechte zu erleichtern ...

Artikel 4 (alliierte Streitkräfte).

1. Die Aufgabe der von den drei Mächten im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören.

2. In bezug auf die Stationierung dieser Streitkräfte im Bundesgebiet werden die drei Mächte die Bundesrepublik konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird nach Maßgabe dieses Vertrages und der Zusatzverträge in vollem Umfange mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern ...

Artikel 5 (Notstandsklausel).

2. Wenn die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außerstande sind, einer Lage Herr zu werden, die entstanden ist durch einen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin, durch eine umstürzlerische Störung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, durch eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder durch den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse und die nach Auffassung der drei Mächte die Sicherheit ihrer Streitkräfte gefährdet, können die drei Mächte, nachdem sie die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultiert haben, in der gesamten Bundesrepublik oder in einem Teil der Bundesrepublik einen Notstand erklären ...

7. Abgesehen vom Falle eines Notstandes ist jeder Militärbefehlshaber berechtigt, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung seiner Streitkräfte die

angemessenen Schutzmaßnahmen (einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt) unmittelbar zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Gefahr zu beseitigen.

Keesing's Archiv der Gegenwart 1952, S. 3485.

44

Aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, unterzeichnet von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande in Paris am 27. Mai 1952

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragschließenden Teile unter sich eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Diese ist ihrem Wesen nach überstaatlich; sie hat gemeinsame Organe, gemeinsame Streitkräfte und einen gemeinsamen Haushalt.

Artikel 2

§ 1. Die Gemeinschaft dient ausschließlich der Verteidigung.

§ 2. Sie gewährleistet daher nach Maßgabe dieses Vertrages die Sicherheit der Mitgliedstaaten gegen jede Aggression. Hierzu beteiligt sie sich im Rahmen des Nordatlantikvertrages an der westlichen Verteidigung und verwirklicht die Verschmelzung der Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten sowie den zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz ihrer Hilfsquellen.

§ 3. Jede bewaffnete Aggression gegen irgendeinen der Mitgliedstaaten in Europa oder gegen die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte wird als ein Angriff gegen alle Mitgliedstaaten angesehen.

Die Mitgliedstaaten und die Europäischen Verteidigungsstreitkräfte leisten dem so angegriffenen Staat mit allen ihnen zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand ...

Artikel 5

Die Gemeinschaft arbeitet eng mit der Organisation des Nordatlantikvertrages zusammen ...

Artikel 8

§ 1. Die Organe der Gemeinschaft sind:

– Der Ministerrat, nachstehend „Der Rat" genannt;

– Die gemeinsame Versammlung, nachstehend „Die Versammlung" genannt;

– Das Kommissariat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, nachstehend „Das Kommissariat" genannt;

– Der Gerichtshof ...

Artikel 121

Die Mitgliedstaaten machen sich verbindlich, keine zwischenstaatliche Verpflichtung einzugehen, die zu diesem Vertrag in Widerspruch steht ...

Artikel 123

§ 1. Bei schwerem und dringendem Notstand werden die Befugnisse, die notwendig sind, um der Lage zu begegnen, bis auf weiteres vom Rat übernommen oder von ihm auf Organe der Gemeinschaft oder andere geeignete Stellen übertragen; die Befugnisse sind durch die allgemeine Aufgabe der Gemeinschaft begrenzt und haben der Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft zu dienen; die Entscheidung des Rates erfolgt einstimmig.

Der schwere und dringende Notstand ergibt sich entweder aus Lagen, wie sie in Artikel 2 § 3, im Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich vom heutigen Tage, im Zusatzprotokoll über Beistandsverpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikvertrages vorgesehen sind, oder er wird durch einstimmige Erklärung des Rates festgestellt ...

Artikel 128

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von fünfzig Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Erlischt der Nordatlantikvertrag vor der Errichtung eines europäischen Bundesstaates oder Staatenbundes oder tritt in der Zusammensetzung der Nordatlantikvertrag-Organisation eine wesentliche Änderung ein, so beraten die Hohen Vertragschließenden Teile gemeinsam über die so entstandene neue Lage.

Franz-Wilhelm Engel: Handbuch der NATO,
Frankfurt a. M. 1957, S. 541/542, 566–568.

45

Brief der werktätigen Bauern aus Polleben, Landkreis Eisleben, an das ZK der SED vom 13. Juni 1952

Wir werktätigen Bauern stehen angesichts des verschärften Kampfes um die Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands mehr denn je hinter der Politik der Regierung der DDR. So wie der Kumpel im Schacht, die Arbeiter in den Fabriken ständig ihre Leistungen steigern, so stehen auch wir werktätigen Bauern treu an ihrer Seite bei der Erfüllung des Fünfjahrplanes. Wir werktätigen Bauern sehen in der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Ackerfläche eine Erleichterung unserer Arbeit, eine verbilligte Arbeit sowie größere Erfolge in unseren Erträgen.

Wir bitten das ZK der SED, sich mit unserer Forderung zur Bildung einer Produktionsgenossenschaft zu beschäftigen und die Möglichkeit zu erwägen, inwieweit sich unsere Forderung erfüllen läßt.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Dienststelle Coswig/Anhalt, Akte I/137. Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin 1965, S. 93.

46

Aus dem Beschluß „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus", angenommen auf der 2. Parteikonferenz der SED am 12. Juli 1952

Seit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetarmee haben sich im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen vollzogen. Es erfolgte die Vereinigung der Arbeiterklasse und der Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte. Die Grundlagen des deutschen Imperialismus wurden vernichtet. Die Macht ging in die Hände der Arbeiterklasse über, die im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen steht. Die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte werden von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geführt, die die Hauptkraft im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Massenorganisationen ist.

Die II. Parteikonferenz stellt fest:

Sechstens: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.

Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen.

Siebentens: Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. Die führende Rolle hat die Arbeiterklasse, die das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen geschlossen hat ...

Achtens: Der Aufbau des Sozialismus erfordert:

a) Durchführung der grundsätzlichen Aufgaben der Volksmacht: den feindlichen Widerstand zu brechen und die feindlichen Agenten unschädlich zu machen; die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisierung bewaffneter Streitkräfte zu schützen; ihre Funktion als Instrument des Aufbaus des Sozialismus auszuüben.

Die Stärkung der demokratischen Staatsmacht ist zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Es ist eine Verwaltungsreform durchzuführen, die eine engere Verbundenheit der staatlichen Verwaltungsorgane mit den Volksmassen, die systematische Anleitung dieser Organe und eine strenge Kontrolle der Durchführung der Gesetze und Verordnungen der Volkskammer und der Regierung sichert. Es ist notwendig, die Bevölkerung zur Achtung der demokratischen Gesetzlichkeit und zum Schutze des sozialistischen Eigentums zu erziehen und die demokratische Ordnung allseitig zu festigen ...

b) Die Hauptaufgabe auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus durch die weitere Erfüllung des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft.

Die Parteikonferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder im Staatsapparat und in der Industrie auf die Notwendigkeit der Rekonstruktion der Hüttenindustrie, des Bergbaus, des Schwermaschinenbaus und der Energiewirtschaft und der raschesten Beseitigung der Engpässe in der Entwicklung der Energiewirtschaft, des Schwermaschinenbaus, des Hüttenwesens und der Rohstoffbasis, ohne deren Überwindung die erfolgreiche Erfüllung des Fünfjahrplans nicht möglich ist.

Eine gewaltige Rolle im Kampf für die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplans müssen die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten, zur Qualitätsverbesserung der Produktion und zur Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes in allen Zweigen der Volkswirtschaft sowie in allen Gliedern der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung spielen.

c) Der breiteste sozialistische Wettbewerb ist zu entfalten, die Erfahrungen der Neuerer sind weitestens zu verbreiten und zu popularisieren.

Die Bewegung der Aktivistenbrigaden nach dem Beispiel der Genossen Franik und Kramer sowie die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung sind systematisch zu fördern.

Das Tempo des sozialistischen Aufbaus ist entscheidend abhängig von der Überwindung der Überreste des kapitalistischen Denkens und der kapitalistischen Methoden in der volkseigenen Wirtschaft ...

d) Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen. Gleichzeitig ist im Rahmen der Bündnispolitik die Zusammenarbeit mit den individuell arbeitenden Klein- und Mittelbauern weiter zu stärken und die gegenseitige Hilfe, die unter der Leitung der VdgB (BHG) erfolgt, weiterzuführen. Das geringschätzige Verhalten zur Bauernschaft, das ein Ausdruck des Sozialdemokratismus ist, muß entschieden überwunden werden.

e) Die Lösung der großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfordert die Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Jugend und der Aktivisten des Neuaufbaus. Es ist eine hohe Pflicht der erwachsenen Arbeiter und der technischen Intelligenz, die junge Generation zu lehren und anzuhalten, damit sie Meister ihres Faches wird und Kämpfer für den Sozialismus. Das sektiererische Verhalten zur alten Intelligenz, die loyal und angestrengt an der Durchführung des Fünfjahrplans arbeitet, muß überwunden werden.

f) Es sind besondere Maßnahmen zu treffen, um die Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, gleichberechtigt in das große Werk des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen.

g) Durch Verbesserung der Arbeit an den Akademien, Universitäten, Fachschulen und Instituten, durch Entwicklung der Forschungsarbeit, Organisierung wissenschaftlicher Konferenzen und vor allem durch die Aneignung und weiteste Verbreitung der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft ist die Wissenschaft zu einer hohen Blüte zu entwickeln.

h) Das Kulturleben ist durch Pflege des klassischen Erbes, durch die schöpferische Entwicklung eines realistischen Kunstschaffens zur Entfaltung zu bringen. Vor allem sind den Arbeitern, Angestellten und der Intelligenz in den Großbetrieben die bedeutenden Werke der Literatur und Kunst zu vermitteln. Besonders ist die Kulturarbeit im Dorf zu fördern.

i) Sache aller fortschrittlichen Kräfte ist es, aus den Erfahrungen des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) ... zu lernen, wie der Sozialismus aufgebaut wird.

Neuntens: Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Schlag gegen die reaktionären Machthaber in Westdeutschland. Der Aufbau des Sozialismus ist der Ausdruck des festen

Willens der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins, mit aller Kraft den Frieden zu erhalten. Zugleich gibt der Aufbau des Sozialismus der Bevölkerung in ganz Deutschland die Möglichkeit, sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, daß der Weg der Demokratie und des Sozialismus der einzige Weg ist, der den Interessen des Volkes entspricht und der deutschen Nation eine große Zukunft als gleichberechtigte Nation im Kreise der friedliebenden Völker gewährleistet.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. IV, Berlin 1954, S. 72–76.

47

Aus der Entschließung des Parteivorstandes der NDPD zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 14. Juli 1952

Unsere National-Demokratische Partei Deutschlands wird wie bisher so auch bei der neuen großen Aufgabe, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus aufzubauen, mit der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Partei – der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – vertrauensvoll zusammenarbeiten und sie mit allen Kräften unterstützen. Für uns nationale Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, im Interesse der Lösung der Lebensfragen unserer Nation auch hier mit in der vordersten Reihe zu stehen, hier, wo es um unseres deutschen Vaterlandes nationale und soziale Wiedergeburt, um unseres deutschen Volkes glückliche Zukunft geht ...

Die National-Demokratische Partei Deutschlands, die sich an alle vaterlandsliebenden Deutschen ohne Rücksicht auf Stand oder Beruf, Religion oder Weltanschauung und auch ohne Rücksicht auf die frühere Parteizugehörigkeit wendet, fordert von ihren Mitgliedern nicht das Bekenntnis zur Weltanschauung des Marxismus.

Aber gerade deswegen halten wir die Feststellung für erforderlich, daß es nur eine wissenschaftliche Lehre vom Sozialismus, nämlich die von Marx und Engels begründete, von Lenin und Stalin fortgeführte, gibt und daß neben ihr weder eine besondere „christliche" noch eine „liberale" oder „nationale" Lehre vom Sozialismus den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben kann. Nicht zuletzt darum fällt der Arbeiterschaft beim Aufbau des Sozialismus die führende Rolle zu, nicht zuletzt darum konnte und mußte der Ruf zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nur von der deutschen Arbeiterschaft ausgehen ...

Der historische Auftrag unserer Partei besteht jetzt erst recht darin, der

deutschen Frontgeneration, dem deutschen Mittelstand klarzumachen, daß sie nur gemeinsam mit der deutschen Arbeiterschaft den Weg in ein neues Deutschland gehen können.

National-Zeitung (Berlin), 18. Juli 1952.

48

Aus dem Grußschreiben des Landesvorstandes Thüringen der DBD an das ZK der SED vom 20. Juli 1952

Wir ... versichern Euch, daß wir mit ganzer Kraft im engen Bündnis mit der Arbeiterklasse am Aufbau des Sozialismus arbeiten werden. Wir werden durch stärkere Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, durch bessere Organisierung der gemeinschaftlichen Arbeit die Produktion auf dem Feld und im Viehstall steigern, dadurch werden wir unsere Staatsmacht stärken und helfen, die bewaffnete Verteidigung unserer Republik zu organisieren und ein Leben in Frieden, Glück und Wohlstand in einem einheitlichen Vaterland aufzubauen ...

Vorwärts im festen Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zum Aufbau des Sozialismus, zu Einheit und Frieden und einer glücklichen Zukunft unseres Volkes!

Bauern-Echo (Berlin), 20. Juli 1952.

49

Aus der Entschließung des Hauptvorstandes der CDU zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 22. Juli 1952

Die Mitglieder des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union begrüßen mit Freude und Genugtuung die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die für das ganze deutsche Volk von entscheidender Bedeutung sind und eine neue Epoche der deutschen Geschichte einleiten ...

Die Christlich-Demokratische Union erkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Partei der Arbeiterklasse vorbehaltlos an. Sie ist überzeugt, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nur auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft von der Gesellschaft, des Marxismus-Leninismus, möglich ist, und sieht deshalb in der Sozialistischen Einheitspartei die führende Kraft im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus ...

Die zentrale Aufgabe der Christlich-Demokratischen Union besteht in der Durchführung einer unermüdlichen Überzeugungsarbeit in allen Kreisen unserer christlichen Bevölkerung. Es darf dabei auch im kirchlichen Raume keinerlei Platz für reaktionäre und feindliche Kräfte geben. Eine Betätigung solcher Kräfte würde das erforderliche Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Kirche empfindlich stören und sich verhängnisvoll für das religiöse Gemeinschaftsleben auswirken.

Neue Zeit (Berlin), 26. Juli 1952.

50

Aus dem Appell des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 29. Juli 1952

In einer Zeit, in der es um Krieg oder Frieden, um Sein oder Nichtsein von Menschen und Völkern geht, sind klare Entscheidungen notwendig. Weil wir uns zum Frieden, zum friedlichen Aufbau unseres Volkes bekennen, deshalb treten wir für das große Werk des Sozialismus ein ...

Eine Reihe von Fragen sind in unserer Partei aufgetaucht. Die Unternehmer fragen, was aus ihnen wird.

Wir antworten, daß der Weg, den Bonn geht, der Weg der Kriegsvorbereitung, der Aufrüstung, der skrupellosen Herrschaft der Monopolkreise unweigerlich jenen kleinen und mittleren Unternehmern die Existenz rauben wird und daß der in Bonn vorbereitete Krieg nicht nur ihr Hab und Gut, sondern ihr Leben bedroht. Aus der Bonner Kriegspolitik steigt, wie einst aus der Hitlers, das Gespenst der Vernichtung hervor, aus der Friedenspolitik der DDR aber die Sicherheit der Erhaltung des Lebens für jeden.

Wir antworten, daß in der DDR die Arbeiterklasse ein Interesse daran hat, daß jeder, der ehrlich arbeiten will, auch Arbeit erhält und entsprechend seiner Leistung bezahlt wird. Für die Fachkenntnisse eines jeden ihrer Bürger wird in der DDR Platz sein. Das große Werk des Aufbaus, des Friedens und des Sozialismus wird auch sein Leben sichern und erhalten ...

Wir halten uns an jene wegweisenden Worte, die Friedrich Naumann und Dr. Wilhelm Külz sprachen. Wir Liberal-Demokraten sehen also unsere Aufgabe darin, am großen Werk der Arbeiterklasse, dem Aufbau des Sozialismus, mit allen unseren Kräften mitzuhelfen.

Der Morgen (Berlin), 29. Juli 1952, Beiblatt.

51

Aus dem Beschluß der 10. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vom 31. Juli/1. August 1952

Die Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten und der werktätigen Intelligenz vertreten, begrüßen die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sie entsprechen dem Willen und den Zielen der Arbeiterklasse, der führenden Klasse im Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und der demokratischen Einheit Deutschlands ...

Der Bundesvorstand ruft alle Gewerkschaftsmitglieder, alle Aktivisten, Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler, Frauen und jugendlichen Arbeiter auf, die Beschlüsse der II. Parteikonferenz zur Grundlage der gesamten weiteren Arbeit zu machen und sie kämpferisch zu verwirklichen. Das bedeutet für die ganze Gewerkschaftsbewegung, mit dem Bürokratismus und Formalismus entschieden zu brechen und eine gründliche Wendung der Arbeit aller Gewerkschaftsleitungen zu dem Leben der Werktätigen in den Betrieben, zu ihrer Tätigkeit in der Produktion und zur Vertretung ihrer Interessen im Rahmen des sozialistischen Aufbaus durchzuführen. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Die Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter. Der Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus wird um so erfolgreicher geführt werden, je mehr sich die ganze Arbeiterklasse ihrer historischen Rolle bewußt ist und alle patriotischen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zur Lösung dieser Aufgaben um sich sammelt.

2. Breite Entfaltung der Solidarität mit den Arbeitern in Westdeutschland und Westberlin, deren Aktionseinheit sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, seine Adenauer-Regierung und die rechten Gewerkschaftsführer herausbildet.

3. Die Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion, dem Bollwerk des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, und zu den sowjetischen Gewerkschaften, deren große Erfahrungen im sozialistischen Aufbau noch stärker der Arbeit unserer Gewerkschaften nutzbar gemacht werden sollen. Die Festigung der Freundschaft mit den volksdemokratischen Ländern und der chinesischen Volksrepublik, mit der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften Frankreichs, Italiens und aller Länder im gemeinsamen Kampf für die Sicherung des Friedens.

4. Aktive Mitarbeit an der Festigung der demokratischen Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Staatsmacht steht unter der Führung der Arbeiterklasse. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften auch die Organisierung bewaffneter Streitkräfte, die berufen und

imstande sind, die Errungenschaften der Werktätigen und den sozialistischen Aufbau zu schützen.

5. Die Organisierung der Klassenwachsamkeit gegenüber allen Versuchen, durch Sabotage und Agententätigkeit den sozialistischen Aufbau zu stören.

Tribüne (Berlin), 4. August 1952.

52

Aus dem Artikel des Brigadiers Franz Franik
„Meine Brigade kennt keine Arbeitsgeheimnisse" vom 7. August 1952

An den Erfolgen bin ich nicht nur allein, sondern vor allen Dingen die Kumpel meiner Brigade beteiligt. Nur in kollektiver Arbeit war es möglich, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um das Soll so überzuerfüllen, wie wir es konnten.

Im vorigen Jahr erfüllten wir fast nie unseren Plan. „Wenn wir das schaffen wollen, dann muß jeder den Plan kennen", sagten meine Kumpel. Nach der Aufschlüsselung des Betriebsplanes schloß meine Brigade mit der Betriebsleitung einen Brigadevertrag ab.

Wir haben dann in unserer Brigade besonders die Neuerermethoden unserer sowjetischen und polnischen Freunde angewandt, von ihnen gelernt und sie für unsere Arbeit ausgewertet. Das alles hat dann beigetragen, daß sich meine Brigade im Brigadevertrag dazu verpflichten konnte, das Jahressoll bereits bis zum 30. November 1952 zu erfüllen und außerdem 500 Tonnen Steinkohle über das Soll hinaus zu fördern.

Die enge Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz unseres Werkes, vor allem mit unseren Ehrenmitgliedern, den Kollegen Dr. Eilhauer und Koksmeister Oskar Schädlich, hat uns geholfen, die Arbeitsorganisation zu verbessern, und ihre Unterstützung war uns bisher immer wertvoll in der Planung für unsere künftige Arbeit.

Als Häuer erreichte ich eine Normerfüllung von 270 Prozent, andere Kollegen meiner Brigade erreichten aber nur 110 oder 80 Prozent. Deshalb verpflichtete ich mich, meinen anderen Kameraden meine Arbeitserfahrungen mitzuteilen, um den Gesamtplan zu erfüllen. Es war klar für mich: Ich verdiene zwar weniger, aber der Staat erhält mehr Kohle, der Sozialismus wird so eher verwirklicht. Das ist die Hauptsache ...

Vor Arbeitsbeginn führen wir täglich eine kurze Produktionsberatung durch, in der wir die vor uns liegende Arbeit besprechen und über die Beseitigung von eventuell aufgetretenen Schwierigkeiten diskutieren. Das hilft uns, den Arbeitsablauf genauestens festzulegen und so eine reibungslose Arbeit zu gewährleisten.

Die Brigademitglieder meiner Brigade kennen kein Arbeitsgeheimnis. Einer teilt dem anderen seine Erfahrungen mit, einer lernt von den anderen, und so wird die kollektive Leistung der gesamten Brigade erhöht ...

Das alles war nur möglich, weil ich mir über meine Arbeit ernsthaft Gedanken gemacht und immer wieder durch neue Methoden versucht habe, die Leistungen meiner Brigade ohne körperliche Mehranstrengung zu erhöhen. Jede Tonne Kohle mehr bedeutet eine Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zum Sozialismus.

Wir arbeiten nicht um des Verdienstes willen, wir strengen uns darum an, weil wir wissen, daß wir durch unsere Arbeit mithelfen, den Frieden zu erhalten und allen Menschen eine glückliche und gesicherte Zukunft aufzubauen – den Sozialismus zu verwirklichen.

Tribüne (Berlin), 7. August 1952.

53

Aus der Entschließung „Die Aufgaben der Jugend im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus", beschlossen auf der 2. (IV.) Tagung des Zentralrats der FDJ in Halle vom 14. bis 16. August 1952

Die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eröffnet der deutschen Jugend die Perspektive eines glücklichen Lebens im Sozialismus. Die Jugend braucht nicht mehr wie einst ihre Väter vom Sozialismus zu träumen, sie kann ihn selbst mit aufbauen und das hohe Ziel, für das Generationen der Besten der Arbeiterklasse aufopferungsvoll kämpften, verwirklichen helfen. Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik spornt die Jugend ganz Deutschlands an, noch kühner den Kampf gegen den Generalkriegsvertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschland zu führen.

Mit wachsendem Vertrauen blickt die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik, blicken die jungen Patrioten ganz Deutschlands auf die Arbeiterklasse und ihre Partei, die ihr die große Perspektive eines sozialistischen Deutschlands eröffnete ...

Für die Freie Deutsche Jugend ergibt sich in Verwirklichung der Beschlüsse ihres IV. Parlamentes die ehrenvolle Aufgabe, der Partei der Arbeiterklasse ein treuer und zuverlässiger Helfer beim Aufbau des Sozialismus zu sein und die Jugend zur Begeisterung und Hingabe für das

große nationale Aufbauwerk zu erziehen. Im Zusammenhang damit hat die Freie Deutsche Jugend entsprechend den wegweisenden Worten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, die Verpflichtung, „die Jugend mit Kampfgeist zu erfüllen, um unser großes Aufbauwerk gegen die imperialistischen Feinde zu schützen und die Heimat zu verteidigen" ...

Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend haben die Aufgabe, unter der Jugend in der volkseigenen Industrie und Landwirtschaft den sozialistischen Wettbewerb zu entfalten, die Initiative der Jugend zur Senkung der Selbstkosten, zur Qualitätsverbesserung und zur strengsten Sparsamkeit zu fördern. Die Freie Deutsche Jugend muß in den volkseigenen Betrieben die Methoden der Neuerer durch die Organisierung von Konferenzen junger Arbeiter, durch die Anwendung der Erfahrungen der sowjetischen Neuerer und Stachanow-Arbeiter und der Aktivisten und der werktätigen Intelligenz unserer volkseigenen Industrie unter der arbeitenden Jugend weit verbreiten und popularisieren. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend müssen der gesamten arbeitenden Jugend in der Einführung der kollektiven Aktivistenarbeit, die die Einbeziehung ganzer Brigaden und Abteilungen der Betriebe bei der Anwendung neuer Arbeitsmethoden zum Ziel hat, vorangehen ...

Die Erhöhung der Aktivität der Jugend zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Deutschen Demokratischen Republik, zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und der Organisierung des bewaffneten Schutzes der Heimat ist der entscheidende Beitrag der Freien Deutschen Jugend im Kampf gegen den Generalkriegsvertrag, für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. Unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird die Freie Deutsche Jugend dabei neuen, großen Erfolgen entgegenschreiten.

Junge Welt (Berlin), 19. August 1952.

54

Aus dem Aktionsprogramm der SPD, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Dortmund am 28. September 1952

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik ist die Sicherung des Friedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität. Souveränitätsbeschränkungen, die praktisch nur zu Lasten Deutschlands gehen, lehnt sie ab.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die Pläne einer konservativ-kapitalistischen Föderation Kleinst-Europas, der sechs Schumanplan-Länder, da sie eine demokratische Einigung und Entwicklung hindern. Europa darf nicht auch im Westen gespalten werden. Die deutsche Sozialdemokratie wird darum jede Initiative ergreifen und unterstützen, die geeignet ist, Großbritannien und Skandinavien die jeweils engste Verbindung mit den kontinentalen Nationen zu ermöglichen. Sie setzt sich für eine gesamtdeutsche Politik der Vollbeschäftigung, der Hebung des Lebensstandards und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein.

Die vordringlichste Aufgabe bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie kann nur durch freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin verwirklicht werden. Die Sozialdemokratie wird sich darum unablässig um die Schaffung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen bemühen. Allein aus ihnen kann eine freie gesamtdeutsche Regierung hervorgehen, die gleichberechtigter Partner bei den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag sein muß.

Die einseitige Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratie erkennt sie nicht an.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird nicht nur in der Methode, sondern in der Sache selbst einen von der Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung verschiedenen Weg einschlagen.

Durch ihr Vertragssystem hat die Bundesregierung das Saargebiet in Gefahr gebracht und damit auch den Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße geschwächt. Sie hat ohne ernsthaften Widerstand die Verweigerung der Gleichberechtigung für die Bundesrepublik hingenommen und die dadurch geschaffene Zweitrangigkeit Deutschlands zum Inhalt von Verträgen gemacht, die das deutsche Volk für 50 Jahre binden sollen. Durch die Unterzeichnung des Generalvertrages und des Abkommens über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" hat sie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unerträglich erschwert und die Bundesrepublik in ein einseitiges Leistungsverhältnis zum Atlantikpakt gebracht, wobei die Grundlagen für ihre Sicherheit nicht gewährleistet sind.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt daher dieses Vertragssystem ab und kämpft gegen seine Ratifizierung. Sie wird für die radikale Revision der abgeschlossenen Verträge durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen. Sie strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird jede Initiative zu inter-

nationalen Vereinbarungen ergreifen und unterstützen, durch welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung gefördert werden kann. Das vorläufige Ziel ist hierbei der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken und der Wiederaufbau eines internationalen Währungssystems.

Die Sozialdemokratische Partei kennt die tödlichen Gefahren der sowjetischen Politik für ganz Europa. Das Instrument dieser Politik ist heute der kalte Krieg. Diesen kalten Krieg muß die freie Welt gewinnen, weil nur so eine neue Weltkatastrophe verhindert werden kann. Die vorgesehene deutsche Aufrüstung fördert dieses Ziel nicht; sie gefährdet es, weil sie den wirksamsten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im kalten Krieg, nämlich die Festlegung der demokratischen Widerstandskraft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit, unmöglich zu machen droht.

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie weder im ganzen noch im einzelnen ein Zusammengehen mit den Hilfstruppen des östlichen Totalitarismus. Mit aller Schärfe bekämpft sie Bemühungen, faschistische Kräfte in die Freiheitsfront einzubeziehen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird normale Beziehungen zu allen Staaten unterhalten.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Solidarität aller Nationen. Darum wird sie sich um freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu allen Kräften bemühen, die die demokratische Freiheit zu verteidigen bereit sind.

Die Sozialdemokratische Partei wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zur Selbstbestimmung und [zu] sozialem Aufstieg zu verhelfen ...

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Darum ist der freiheitliche Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und in echten Leistungswettbewerb zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebt:

Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des Volkes durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung.

Neuordnung der Wirtschaft durch eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb.

Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum.

Gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft . . .

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung.

Diese Politik erfordert das Zusammenwirken von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Mehraufwand und den schrittweisen Aufbau der sozialen Sicherung stecken Reserven

in der Vergrößerung des Sozialprodukts durch Vollbeschäftigung,

in der Produktionssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes,

in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Sozialistische Sozialpolitik sichert die wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952/53. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O. o. J., S. 264/265, 269, 275.

55

Berichte und Meldungen des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland", über den Wettbewerb in der Metallurgie von Oktober bis Dezember 1952

Die Werktätigen der Stahl- und Walzwerke Riesa und Gröditz haben gute Voraussetzungen für das Gelingen des sozialistischen Wettbewerbs der gesamten metallurgischen Industrie, der heute beginnt, geschaffen. Hunderte von Einzel- und Kollektivverpflichtungen zur schnelleren Planerfüllung liegen bereits vor. In gegenseitiger kameradschaftlicher Hilfe wollen sie im letzten Quartal dieses Planjahrs neue große Erfolge unter der Losung „Mehr und besseres Material für den Aufbau des Sozialismus" erreichen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 1. Oktober 1952.

Mit der bisher einmaligen Leistung von 163,2 Prozent des Wettbewerbssolls hat die Brigade Sperling von der „Walzenstraße des Friedens" in Hettstedt am Montag . . . einen neuen Walzenstraßenrekord aufgestellt.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 3. Oktober 1952.

Durch gegenseitige Hilfe im ersten sozialistischen Wettbewerb der metallurgischen Industrie haben die Werktätigen des Stahl- und Walz-

werkes „Wilhelm Florin" in Hennigsdorf eine allgemeine Erhöhung der Produktion erreicht ... In drei Schichten ... erzielten die Schmelzer dieses Ofens die bisher nicht erreichte Leistung von 152 Prozent ihres Solls. Eine vorbildliche kameradschaftliche Hilfsbereitschaft zeigten die Besatzungen der Öfen II und III, die die Produktion des vierten Ofens während einer 24stündigen Reparatur zusätzlich übernahmen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. Oktober 1952.

Die Hennigsdorfer Stahlwerker erzielten am 28. Oktober mit 131,1 Prozent Tagesplanerfüllung ihren bisher höchsten Produktionsausstoß seit Beginn des großen sozialistischen Wettbewerbs der Metallurgie. Wesentlichen Anteil an diesem Erfolg haben die Jugendschmelzer des Siemens-Martin-Ofens III, die 178,5 Prozent ihres Solls schafften. Diese außerordentlich hohe Leistung wurde dank der Einführung von Patenschaftsverträgen zwischen den besten und schwächsten Brigaden des Stahlwerkes erreicht. In kameradschaftlicher Hilfe haben die Ofenbrigaden ihre qualifiziertesten Schmelzer ausgetauscht.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 31. Oktober 1952.

Im sozialistischen Wettbewerb der Metallurgie führt die Max-Hütte die Tabelle an. Mit hervorragenden Leistungen haben die Kumpel der volkseigenen Max-Hütte auch den zweiten Monat des großen sozialistischen Wettbewerbs der metallurgischen Industrie begonnen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 4. November 1952.

56

Aus dem Beschluß der 11. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB „Die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen" vom 3./4. Oktober 1952

Die in den Betrieben beschäftigten Frauen und Mädchen sind ein wesentlicher Teil der Arbeiterklasse, die die Mitverantwortung beim Aufbau des Sozialismus tragen. Die Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten stärkt und festigt die Arbeiterklasse. Die hervorragenden Leistungen der Frauen im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, besonders die der Arbeiterinnen in der Produktion, haben in erheblichem Maße zu unseren Aufbauerfolgen in der Deutschen Demokratischen Republik und im Kampf für die Erhaltung des Friedens und die Einheit unseres Vaterlandes beigetragen. Tausende Frauen stehen heute in

den Reihen der Volkspolizei und leisten damit einen aktiven Beitrag zur Verteidigung unserer Heimat ...

Die Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen kann nur dann verbessert werden, wenn die Entwicklung, Förderung und Qualifizierung sowie die verstärkte Sorge um die werktätigen Frauen zur Gesamtaufgabe der Gewerkschaften wird.

Dabei ist es unerläßlich, daß die Frauen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen stärker in den Gewerkschaftsleitungen vertreten sind, sich mit Hilfe und Unterstützung aller Funktionäre in der Gewerkschaftsarbeit qualifizieren und für leitende Gewerkschaftsfunktionen entwickeln. Gleichzeitig muß das Selbstvertrauen der Frauen in ihre eigene Kraft gestärkt werden, damit sie die noch vorhandenen Hemmungen vor der Übernahme verantwortlicher Funktionen überwinden ...

1. Die Betriebskollektivverträge

sind die Grundlage für die Förderung und Qualifizierung der werktätigen Frauen und Mädchen in den volkseigenen Betrieben. Unter stärkster Mitarbeit und Kritik der Frauen sind durch die Betriebsleitungen, Betriebsgewerkschaftsleitungen und Belegschaftsmitglieder insbesondere folgende konkrete Verpflichtungen festzulegen:

a) Bildung von Kommissionen zur Überprüfung der Arbeitsplätze in allen volkseigenen Betrieben (Aktiv zur Förderung der Frau) durch die Betriebsleitungen in Zusammenarbeit mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen und den Frauenausschüssen ...

b) Unterstützung und Kontrolle der Betriebsleitungen durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen bei der Ausarbeitung von Frauenförderungsplänen in allen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben ... Die Frauenförderungspläne müssen konkrete Maßnahmen mit genauen Zahlen enthalten, und zwar: zur Einbeziehung von Frauen in die Produktion, zur fachlichen Qualifizierung von Ungelernten zu Angelernten, von Angelernten zu Facharbeiterinnen, von Facharbeiterinnen zu Meisterinnen und auf das Niveau der technischen Intelligenz, zur gesellschaftspolitischen Qualifizierung, zur Entlastung der werktätigen Frauen,

c) Kontrolle der Betriebsleitungen beim Abschluß von Qualifizierungsverträgen mit Facharbeitern zur Qualifizierung von Frauen und ihrer Entwicklung für leitende betriebliche Funktionen durch die Betriebsleitung unter genauer Angabe für welche Tätigkeit, in welcher Zeit und der Festlegung einer Prämie für den ausbildenden Kollegen durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Organisierung der kameradschaftlichen Hilfe durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen zur fachlichen und gesellschaftspolitischen Qualifi-

zierung von Frauen durch Übernahme von Patenschaften und Übermittlung fortschrittlicher Arbeitsmethoden durch die Aktivisten.

d) Kontrolle der Einhaltung des Planes der Berufsausbildung bezüglich des Anteils der weiblichen Lehrlinge und hinsichtlich der Festlegung der einzelnen Berufe in der richtigen Höhe durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen,

e) Planmäßige Entwicklung von Frauen und Mädchen für leitende Funktionen in Staat und Wirtschaft durch Delegierung an die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät sowie an Fach- und technische Hochschulen, der eine systematische Vorbereitung in Fachkursen vorangehen soll, durch die Betriebsleitungen.

Die Betriebsgewerkschaftsleitungen organisieren zur Vorbereitung dieses Schulbesuches Patenschaften von Ingenieuren und Technikern über Frauen und Mädchen,

f) Kontrolle der Verwendung der für die Qualifizierung von Frauen im Betriebskollektivvertrag festgelegten Mittel durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen ...

4. Konsequente Durchsetzung des Prinzips –
gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Dazu gehört:

a) ständige Überprüfung der Einstufung jeder einzelnen Arbeiterin durch die Lohnkommission der Betriebsgewerkschaftsleitungen, der Abteilungsgewerkschaftsleitungen und Kontrolle der richtigen Festsetzung der Löhne sowie der technisch begründeten Arbeitsnormen.

b) Ausarbeitung einer Analyse über den Anteil der Frauen in den einzelnen Lohngruppen zur Kontrolle der Maßnahmen der Betriebsleitungen für die Qualifizierung der Frauen,

c) unnachsichtliche Bestrafung der Verantwortlichen bei Verletzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

5. Schutz der werktätigen Frauen

a) Strenge Kontrolle der Gewerkschaften, besonders der Arbeitsschutzkommissionen, über die Sicherung des Arbeitsschutzes, insbesondere der werktätigen Frauen, sowie die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der werdenden und stillenden Mütter ...

6. Entlastung der werktätigen Frauen

Dank des erfolgreichen Kampfes der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz zur Erfüllung unserer Wirtschaftspläne konnten in vielen Betrieben soziale Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, Kinderkrippen und -wochenheime, Frauenruheräume und Frauenstillstuben,

Wäschereien, HO- und Konsum-Verkaufsstellen, geschaffen werden, die den werktätigen Frauen ihre Aufgaben als Hausfrauen und Mütter erleichtern.

Diese Einrichtungen sind zu erweitern, vor allem in den für unseren sozialistischen Aufbau wichtigsten Betrieben. Außerdem sind Verträge mit handwerklichen und volkseigenen Betrieben, zum Beispiel Wäschereien, Schuhreparaturwerkstätten usw., zur Entlastung der werktätigen Frauen abzuschließen.

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB
zum 4. FDGB-Kongreß, 1950–1954.
Hrsg. vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand,
(Berlin) o. J., 335–339.

57

Aus dem „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands", angenommen auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der KPD am 2. November 1952

Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt den Zusammenschluß der Bevölkerung Westdeutschlands zum Befreiungskampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands mit folgenden Zielen:

1. Sofortige Herbeiführung der Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland mit dem Ziel der unverzüglichen Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung und des gemeinsamen Auftretens West- und Ostdeutschlands mit der Forderung auf beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug aller Besatzungstruppen.

2. Schaffung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in ganz Deutschland, zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und zur Sicherung der Durchführung dieser Wahlen.

3. Beseitigung der Spaltung Deutschlands und Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat. Das Saargebiet ist ein untrennbarer Bestandteil dieses deutschen Staates.

4. Beschleunigter Abschluß eines Friedensvertrages bei Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands.

5. Alle Besatzungstruppen verlassen nach Abschluß des Friedensvertrages das Territorium Deutschlands.

6. Kein auswärtiger Staat besitzt das Recht, Militärstützpunkte auf deutschem Territorium zu unterhalten.

7. Zum Schutze seiner Unabhängigkeit, seiner friedlichen Arbeit und der Sicherung seines Territoriums erhält das deutsche Volk das Recht, eigene nationale Streitkräfte aufzustellen, sowie das Recht, für diese Streitkräfte die notwendigen Waffen herzustellen.

8. Das deutsche Volk lehnt es ab, sich an Militärbündnissen zu beteiligen, die sich gegen einen anderen Staat richten.

9. Zur Teilnahme an der Viererkonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird eine gesamtdeutsche Kommission aus Vertretern West- und Ostdeutschlands gebildet, die bei den Verhandlungen an die genannten Grundsätze gebunden ist. Der Friedensvertrag wird von der gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet und von der aus freien Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung ratifiziert.

10. Die Nationalversammlung entscheidet über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und legt seine Außenpolitik fest, die eine Politik der guten Nachbarschaft nach Ost und West ist und die der Erhaltung des Friedens und der Festigung der Völkerfreundschaft dient.

Sicherung der demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes

1. Alle Gesetze und Verordnungen, die der Beschränkung der demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes dienen, werden aufgehoben.

2. Alle demokratischen Rechte und Freiheiten, wie die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Koalitions- und Streikrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung und Religionsausübung, der Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, werden durch Gesetze garantiert.

3. Verboten und unter Strafe gestellt wird jede Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze. Die militaristischen und faschistischen Organisationen und Verbände sind zu verbieten.

Freie Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft

1. Alle Beschränkungen für die Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft werden aufgehoben. Der Aufbau der Friedenswirtschaft wird mit allen Mitteln gefördert und gesichert.

2. Die Betriebe der Großkonzerne, des Bergbaus, der Eisen- und Stahlgewinnung, der Großchemie, der Großbanken und der großen Versicherungsgesellschaften, deren Besitzer den nationalen Verrat des Adenauer-Regimes unterstützen, werden der Verfügungsgewalt dieser Monopolherren entzogen und in Eigentum des Volkes umgewandelt.

3. Allen Betrieben, die durch die Maßnahmen der Okkupationsmächte und durch die Kriegswirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung in Schwierigkeiten geraten sind, insbesondere den kleinen Unternehmungen, Hand-

werksbetrieben und den landwirtschaftlichen Betrieben, wird staatliche Hilfe gewährt. Die private Initiative wird gefördert. Die Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft durch ausländisches Kapital, insbesondere das amerikanische, wird beseitigt.

4. Der Außenhandel wird geregelt nach den Grundsätzen eines freien Güteraustausches auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit allen Ländern der Welt.

5. Zur Sicherung der Volksernährung, der höchstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, des Ackerbaus und der Viehzucht erfolgt eine gerechte Verteilung des Bodens. Darum wird der Großgrundbesitz über 100 ha den landarmen Bauern, Bauernsöhnen, Umsiedlern und Landarbeitern übergeben.

6. Alle bäuerlichen Betriebe genießen zur Sicherung ihrer Existenz staatlichen Schutz und Förderung durch ausreichende, langfristige zinslose Darlehen für die Entwicklung ihrer Betriebe. Durch die Befreiung der bäuerlichen Betriebe von allen Sondersteuern, Sonderbelastungen sowie durch die Beseitigung der Preisschere zwischen Agrar- und Industrieprodukten wird eine Preisgestaltung ermöglicht, die den Interessen sowohl der Bauern wie auch der Masse der Verbraucher entspricht. Für die Schäden, die landwirtschaftlichen Betrieben durch die Okkupationsmächte entstanden sind, wird den Betroffenen voller Ersatz geleistet. Das beschlagnahmte Land wird den Bauern zurückgegeben.

Soziale Grundsätze

1. Durch den Friedensvertrag wird unser Volk von der Milliardenlast befreit, die jetzt für das Besatzungsregime und die Aufrüstung in Westdeutschland aus ihm herausgepreßt wird. Es wird die Grundlage für eine neue Blüte der Friedenswirtschaft geschaffen. Dadurch werden die Mittel bereitgestellt für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, Angestellten und der Intelligenz, insbesondere der Jugend, für eine großzügige Förderung des Wohnungsbaus sowie für die Opfer des vergangenen Krieges, für die Schaffung neuer Existenzen und Arbeitsplätze für die Umsiedler, für die Erhöhung der Rentensätze für alle Sozialgeschädigten.

2. Durch die breite Entfaltung der Friedenswirtschaft im demokratischen Deutschland und die ungehemmte Entwicklung des Außenhandels wird die Vollbeschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung gesichert und die Arbeitslosigkeit beseitigt.

3. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten und ihren Gewerkschaften wird in den Betrieben und auf allen Gebieten der Wirtschaft das volle Mitbestimmungsrecht garantiert. Alle Gesetze und Verordnungen, die dieses Mitbestimmungsrecht in irgendeiner Weise einschränken bzw. verweigern, sind aufzuheben.

4. Die gesamte Sozial- und Unfallgesetzgebung wird einheitlich geregelt. Die Selbstverwaltung in den Versicherungen unter stärkster Beteiligung der Gewerkschaften wird gesetzlich verankert. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesen Grundsätzen widersprechen, werden aufgehoben. Es wird für ausreichenden Arbeits-, Unfall- und Gesundheitsschutz gesorgt. Die Höhe der Rentensätze wird den allgemeinen Lebenshaltungskosten angepaßt.

5. Die unsozialen Massensteuern werden beseitigt. Die Steuergesetzgebung wird vereinfacht und erfolgt nach sozialen Gesichtspunkten.

6. Die Gleichberechtigung der Frauen im bürgerlichen, insbesondere im Familienrecht, im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben wird durch Gesetz garantiert.

7. Gesetzlicher Schutz für Mutter und Kind wird garantiert. Frauen und Jugendlichen ist bei gleicher Arbeit gleicher Lohn zu zahlen.

8. Zur großzügigen Förderung der Jugend im Beruf und beim Studium, in der Ferien- und Freizeitgestaltung und im Sport wird ein umfassendes Gesetzgebungswerk geschaffen, das der Jugend alle Möglichkeiten der Ausbildung, des Aufstiegs, der Erholung, der Entfaltung eines frohen Jugendlebens eröffnet und Jungen wie Mädchen die volle Gleichberechtigung und alle demokratischen Rechte garantiert.

9. Der Wohnungsbau erfährt weitgehende staatliche Förderung, damit ausreichender Wohnraum zu sozial tragbaren Mieten geschaffen wird. Der Aufbau der zerstörten Städte und Gemeinden ist so zu gestalten, daß er einer hohen Wohnkultur und den nationalen Traditionen entspricht.

Entfaltung der Wissenschaft und Kultur

1. Zerstörte Kulturstätten, wie Universitäten, Schulen, Museen, Theater, Kirchen und Bibliotheken, werden wiederhergestellt und neue gebaut.

2. Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung wird wiederhergestellt. Die deutschen Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Institute werden ausgebaut und erhalten die erforderliche staatliche Unterstützung.

3. Um einen neuen Aufschwung der deutschen Kunst und Literatur zu sichern, erhalten Schriftsteller, Bildhauer, Maler und Musiker durch ausreichende staatliche Unterstützung die Möglichkeit zur vollen Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte im Dienste der friedlichen Entwicklung unseres Volkes.

4. Um allen Jugendlichen entsprechend ihrer Begabung die Schul- und Berufsausbildung zu ermöglichen, wird ein einheitliches und fortschrittliches Schulsystem geschaffen, Lehr- und Lernmittelfreiheit werden garantiert.

Die gerechte Sache des Volkes wird siegen

Mit der Verwirklichung dieser Forderungen wird das deutsche Volk Herr seines eigenen Geschicks, überwindet Not und Elend und gelangt zur Entfaltung eines gesicherten Wohlstandes.

Jede Regierung, die diese Grundforderungen der Nation vertritt, wird die volle Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands erhalten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft alle deutschen Patrioten, vor allem Arbeiter und Bauern, auf, einheitlich, mutig und zuversichtlich in der großen Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Verwirklichung dieser Ziele zu kämpfen.

Vereinigen wir Deutschen uns zum Freiheitskampf. Wir haben nur ein Vaterland, das heißt Deutschland. Dieses Deutschland muß ein friedliebendes und demokratisches sein, es muß unabhängig, groß und stark sein. Das Unterpfand ist seine Einheit. Diesem Deutschland wollen wir dienen, dieses Deutschland werden wir verteidigen.

Düsseldorf, den 2. November 1952

Kommunistische Partei Deutschlands

Freies Volk (Düsseldorf), 12. November 1952.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann,
Berlin 1965, S. 348–352.

58

Erklärung des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vom 13. November 1952

Der gemeinsame Widerstand der Patrioten Frankreichs und Deutschlands gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland, der in gleicher Weise die nationale Sicherheit Frankreichs und Deutschlands bedroht, schafft eine neue Situation in den deutsch-französischen Beziehungen, die ich von ganzem Herzen begrüße.

Die Deutsche Demokratische Republik ihrerseits wird nie und nimmer dulden, daß von deutscher Seite jemals wieder ein Krieg gegen das französische Volk geführt wird.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 13. November 1952.
Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze,
Bd. III, Auswahl aus den Jahren 1950–1953,
Berlin 1954, S. 512.

59

Aus dem Musterstatut der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ I, beschlossen auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5./6. Dezember 1952

I.

Ziele und Aufgaben

1. Zur Sicherung einer schnellen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen der werktätigen Bauern und Landarbeiter gibt es nur einen Weg, den Weg der genossenschaftlichen Wirtschaft . . .

Die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft verpflichten sich, ihre genossenschaftliche Wirtschaft zu stärken, ehrlich zu arbeiten, das Einkommen der Wirtschaft entsprechend der Menge und Qualität des eingebrachten Landes und der geleisteten Arbeit zu verteilen, das staatliche und genossenschaftliche Eigentum zu behüten, die Traktoren und genossenschaftlichen Maschinen und Geräte zu pflegen, ihre Pflichten gegenüber dem demokratischen Staat zu erfüllen und auf diese Weise ihre Genossenschaft zu einer mustergültigen landwirtschaftlichen Großwirtschaft zu entwickeln und alle Mitglieder der Genossenschaft wohlhabend zu machen.

II.

Die Bodennutzung

2. Die Bodenfläche der Produktionsgenossenschaften besteht aus:

a) Boden, sowohl Eigentum als auch Pachtland, der von den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaft eingebracht wird;

b) Boden, der vom Staat zur Nutzung ohne Entschädigung der Produktionsgenossenschaft übergeben wurde.

Bemerkung: Die Landarbeiter, die ohne Land in die Produktionsgenossenschaft eingetreten sind, können nach Möglichkeit Boden erhalten aus dem staatlichen Bodenfonds oder von freien Bodenflächen, die von ihren ehemaligen Besitzern nicht mehr bearbeitet werden. Diese Fläche soll in der Regel nicht größer als 6 ha sein.

3. Jeder werktätige Bauer, der der Produktionsgenossenschaft beitritt, bringt sein Ackerland in die Produktionsgenossenschaft ein. Auf diesem Ackerland erfolgt eine gemeinsame Bewirtschaftung und wird, in Übereinstimmung mit dem staatlichen Anbauplan, eine richtige Fruchtfolge durchgeführt.

Die Gärten, Wiesen, Weiden und Wälder der Bauern, die in die Produktionsgemeinschaft eintreten, verbleiben in individueller Nutzung. Für

den Anbau von Gemüse und Obst kann jeder in die Genossenschaft eingetretene Bauer auf Beschluß der Mitgliederversammlung einen Teil Land als persönliches Eigentum zur Nutzung behalten. Diese Fläche soll nicht größer als 0,5 ha sein.

4. Der Boden bleibt Eigentum der Bauern. Beim Austritt oder Ausschluß aus der Produktionsgenossenschaft erfolgt die Rückgabe der Bodenanteile bei gleicher Qualität am Rande der genossenschaftlichen Ländereien.

5. Die Produktionsgenossenschaft führt ein Bodenbuch, in dem der gesamte durch die Genossenschaft bewirtschaftete Boden auf den Namen des betreffenden Mitgliedes eingetragen wird.

III.

Die Verwendung der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Zugkräfte

6. Das gesamte Vieh, die Traktoren, die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte verbleiben Eigentum und in individueller Nutzung der in die Genossenschaft eingetretenen werktätigen Bauern.

Die Mitglieder sind verpflichtet, der Genossenschaft Pferde, Ochsen, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Bearbeitung der genossenschaftlichen Ländereien gegen Bezahlung auf Beschluß der Mitgliederversammlung zur Verfügung zu stellen. Die Bezahlung für die Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, die für die Bearbeitung der genossenschaftlichen Ländereien verwendet werden, darf den Preis der MTS nach Tarif 1 nicht überschreiten. Der Umfang der Bezahlung der von Zugvieh durchgeführten Arbeiten wird von der Mitgliederversammlung der Genossenschaftsmitglieder bestimmt.

IV.

Die Mitgliedschaft

7. Der Eintritt in die Produktionsgenossenschaft erfolgt nur auf Grund freiwilliger Zustimmung.

8. Mitglied der Produktionsgenossenschaft können werden: werktätige Bauern und Landarbeiter sowie alle Dorfbewohner, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet haben. Über die Aufnahme als Mitglied der Genossenschaft beschließt die Mitgliederversammlung durch einfache Stimmenmehrheit.

Wer Mitglied der Genossenschaft werden will, reicht ein schriftliches Gesuch ein mit der Angabe, wieviel Ackerland er in die genossenschaftliche Nutzung einbringt.

In die Genossenschaft können nicht aufgenommen werden: Schieber, frühere Großhändler, Spekulanten, Großbauern, große Grundbesitzer

sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen.

Bemerkung: Die Kinder der genannten Personen können in die Genossenschaft aufgenommen werden, wenn sie sich mit ihrem Vermögen und Boden von den Eltern getrennt haben, gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten und gewissenhaft arbeiten ...

VII.

Die Mittel der Genossenschaft
und die Verteilung der Einkünfte

23. Die Mittel der Genossenschaft setzen sich zusammen aus dem geldlichen Eintrittsbeitrag und dem gemeinschaftlichen unteilbaren Fonds der Genossenschaft, der aus einem Teil der Ernte und der Geldeinkünfte auf Beschluß der Mitgliederversammlung der Genossenschaft gebildet wird.

Die Mittel aus dem unteilbaren Fonds werden für die Errichtung genossenschaftlicher Wirtschaftsgebäude und Anlagen, für die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte und sonstigen Inventars verwendet.

24. Von der erzielten Gesamternte landwirtschaftlicher Produkte werden die notwendigen Anteile bereitgestellt für:

a) Erfüllung der Ablieferungspflichten der Genossenschaft an den Staat und für die Vergütung der durch die MTS geleisteten Arbeiten in der Produktionsgenossenschaft entsprechend dem Tarif der MTS;

b) Bildung eines Saatgutfonds und eines Reservefonds;

c) Naturalien für die Entschädigung der Arbeitsleistungen, die mit den individuell genutzten Zugkräften, Maschinen und Geräten der Genossenschaftsmitglieder auf den genossenschaftlichen Feldern ausgeführt wurden entsprechend Punkt 6 des vorliegenden Statuts;

d) Bildung eines unteilbaren, gemeinschaftlichen Fonds der Genossenschaft in Höhe bis fünf Prozent der Gesamternte entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung.

Die verbliebenen landwirtschaftlichen Produkte werden wie folgt an die Genossenschaftsmitglieder verteilt:

a) bis 40 Prozent werden an die Genossenschaftsmitglieder ausgegeben, entsprechend der Menge und Qualität des von jedem Mitglied eingebrachten Ackerlandes;

b) der übrige Teil der landwirtschaftlichen Produkte, jedoch mindestens 60 Prozent, werden unter die Mitglieder verteilt entsprechend der Anzahl der im Laufe eines Jahres von jedem Genossenschaftsmitglied geleisteten Arbeitseinheiten.

25. Von den gesamten Geldeinnahmen der Produktionsgenossenschaft werden bereitgestellt:

a) Mittel zur Bezahlung der festgesetzten Steuern an den Staat, der Versicherungssumme und der von den MTS geleisteten Arbeiten, die nicht mit Naturalien vergütet werden;

b) Mittel für die Bezahlung der Arbeitsleistungen, die mit den individuell genutzten Zugkräften, Maschinen und Geräten der Genossenschaftsmitglieder auf den genossenschaftlichen Feldern ausgeführt wurden, entsprechend Punkt 6 des vorliegenden Statuts;

c) Mittel für den unteilbaren Fonds der Genossenschaft bis zu fünf Prozent entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung;

d) Mittel für die laufenden Produktions- und Wirtschaftsausgaben (laufende Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, Ankauf von Düngemitteln, Pflanzenschutz).

Die verbleibende Summe der Geldeinnahmen wird wie folgt unter die Mitglieder verteilt:

a) bis zu 40 Prozent werden an die Genossenschaftsmitglieder ausgezahlt entsprechend der Menge und Qualität des von jedem Genossenschaftsmitglied eingebrachten Ackerlandes;

b) der verbleibende Teil, jedoch mindestens 60 Prozent, wird ausgegeben für die Bezahlung der von jedem Mitglied der Genossenschaft im Laufe des Jahres geleisteten Arbeitseinheiten.

Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten
der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin.
Hrsg. vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
der Deutschen Demokratischen Republik,
(Berlin 1953), S. 246–249, 253/254.

60

Aus dem Musterstatut der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ III, beschlossen auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften am 5./6. Dezember 1952

II.

Die Bodenbenutzung

2. Die Bodenfläche der Produktionsgenossenschaft besteht aus:

a) Boden, sowohl Eigentum als auch Pachtland, der von den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaft eingebracht wird,

b) Boden, der der Produktionsgenossenschaft vom Staat zur Nutzung ohne Entschädigung übergeben wurde.

3. Jeder werktätige Bauer, der der Produktionsgenossenschaft beitritt,

bringt sein Ackerland, seine Wiesen und Weiden und seinen Wald zur gemeinsamen Bewirtschaftung in die Produktionsgenossenschaft ein. Auf diesen Ländereien wird, in Übereinstimmung mit dem staatlichen Anbauplan, eine richtige Fruchtfolge durchgeführt.

Für den Anbau von Gemüse und Obst kann jeder in die Genossenschaft eingetretene Bauer auf Beschluß der Mitgliederversammlung einen Teil Land als persönliches Eigentum zur Nutzung behalten. Diese Fläche soll nicht größer als 0,5 ha sein . . .

III.

Die Verwendung der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte, Zugkräfte sowie des Zucht- und Nutzviehs

8. Jedes Mitglied übergibt der Genossenschaft bei seinem Eintritt zur allgemeinen Nutzung alle Maschinen und Geräte, einen Teil des Viehs (außer dem Vieh, das es zur persönlichen Nutzung braucht) und Saatgut für die erste Aussaat, Futtermittel für das Vieh bis zur neuen Ernte nach den Normen, die die Mitgliederversammlung beschließt, sowie größere Wirtschaftsgebäude, die es nicht braucht, die aber für die Genossenschaft notwendig sind (Gebäude, die zur Aufbewahrung oder Bearbeitung landwirtschaftlicher Produkte dienen, Silos, Mühlen, Ställe, Scheunen usw.).

9. Jede Familie, die in die Genossenschaft eingetreten ist, hält als persönliches Eigentum zur eigenen Nutzung, zur Ablieferung und zum Verkauf an den Staat:

bis zu 2 Kühen mit Kälbern,
bis zu 2 Mutterschweinen mit Nachwuchs,
eine unbegrenzte Zahl von Schafen, Ziegen, Geflügel, Kaninchen u. a. Kleinvieh,
bis zu 10 Bienenstöcken,

außerdem kann sie halten:

1 Pferd mit 1 bis 2 Fohlen oder
1 Ochsen

und das notwendige landwirtschaftliche Inventar zur Bearbeitung des Bodens, das in persönlicher Nutzung verbleibt.

10. Das von den Mitgliedern zur genossenschaftlichen Nutzung eingebrachte tote und lebende Inventar (Zucht- und Nutzvieh, Maschinen, Geräte, Gebäude usw.) wird durch eine von der Mitgliederversammlung gewählte Kommission geschätzt. Die Schätzung erfolgt im Beisein und mit dem Einverständnis des betreffenden Mitgliedes nach den geltenden staatlichen Preisen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Abnutzung.

Kann zwischen der Kommission und dem betreffenden Mitglied keine

Einigung über den Preis erzielt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung. Der Preis des übergebenen Inventars wird durch die Mitgliederversammlung der Produktionsgenossenschaft bestätigt.

Wenn ein Genossenschaftsmitglied Inventar oder Vieh einbringt, das noch nicht bezahlt ist, übernimmt die Genossenschaft die Bezahlung der verbliebenen Schuld, und auf den Inventarbeitrag des Genossenschaftsmitgliedes wird, unter Abzug der Abnutzung, nur die Summe angerechnet, die das Genossenschaftsmitglied bezahlt hat.

11. Der Wert des lebenden und toten Inventars, das von dem Mitglied übergeben wurde, wird als sein Inventarbeitrag eingetragen. Die Größe des Inventarbeitrages bestimmt die Mitgliederversammlung in einer Höhe von DM ... (Dieser Inventarbeitrag soll in der Regel mindestens DM 500,– pro ha betragen.) pro ha Bodenfläche, die von dem Mitglied in die Genossenschaft eingebracht wurde. Ist der Wert des toten und lebenden Inventars höher als die Summe des festgelegten Inventarbeitrages, so wird der Unterschied als zusätzlicher Inventarbeitrag betrachtet, und das Mitglied bekommt den Unterschied im Laufe von 3 bis 5 Jahren aus den Einkünften der Genossenschaft zurückgezahlt.

Ist der Wert des eingebrachten toten und lebenden Inventars niedriger als die Summe des festgelegten Inventarbeitrages, legt die Mitgliederversammlung den Termin und die Zahlungsweise der fehlenden Summe des Inventarbeitrages fest.

Bei Austritt oder Ausschluß eines Mitgliedes wird der Inventarbeitrag im Laufe von 3 Jahren zurückgezahlt abzüglich der Wertminderung nach den Normen, die vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft festgelegt sind.

In Ausnahmefällen kann die Mitgliederversammlung beschließen, daß der Inventarbeitrag bereits nach Ablauf des Wirtschaftsjahres dem ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglied zurückgezahlt wird ...

VII.

Die Mittel der Genossenschaft
und die Verteilung der Einkünfte

30. Die Mittel der Genossenschaft setzen sich zusammen aus dem geldlichen Eintrittsbeitrag, dem Inventarbeitrag und dem gemeinschaftlichen unteilbaren Fonds der Genossenschaft, der aus einem Teil der Ernte und der Geldeinkünfte auf Beschluß der Mitgliederversammlung der Genossenschaft gebildet wird.

31. Von der erzielten Gesamternte und dem Ergebnis der tierischen Produktion werden die notwendigen Anteile bereitgestellt für:

a) Erfüllung der Ablieferungspflichten der Genossenschaft an den

Staat und für die Vergütung der durch die MTS geleisteten Arbeiten in der Produktionsgenossenschaft entsprechend dem Tarif der MTS:

b) Bildung eines Saatgutfonds und einer Saatgutrücklage für Auswinterungsschäden usw.;

c) Bildung eines Futtermittelfonds zur Fütterung des genossenschaftlichen Viehs während des ganzen Jahres;

d) Bildung eines unteilbaren gemeinschaftlichen Fonds der Genossenschaft in Höhe bis zu 6 Prozent der Gesamtprodukte, entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung;

e) Bildung eines Hilfsfonds auf Beschluß der Mitgliederversammlung für Invaliden, alte Leute, bedürftige Familien sowie zur Unterhaltung von Kinderkrippen und Kindergärten, Unterstützung von Waisenkindern, in Höhe von 1 Prozent der Gesamtproduktion.

Die verbliebenen pflanzlichen und tierischen Produkte werden wie folgt an die Genossenschaftsmitglieder verteilt:

a) bis 20 Prozent werden an die Genossenschaftsmitglieder ausgegeben, entsprechend der Menge und Qualität der von jedem Mitglied eingebrachten landwirtschaftlichen Nutzfläche;

b) der übrige Teil der landwirtschaftlichen Produkte, jedoch mindestens 80 Prozent, werden unter die Mitglieder verteilt, entsprechend der Anzahl der im Laufe eines Jahres von jedem Genossenschaftsmitglied geleisteten Arbeitseinheiten.

32. Von den aus der Ablieferung und dem Verkauf der Produkte sowie für die Ausführung von Arbeiten außerhalb der Genossenschaft erzielten Geldeinkünfte werden von der Produktionsgenossenschaft bereitgestellt:

a) Mittel zur Bezahlung der festgesetzten Steuern an den Staat, der Versicherungssumme und der von den MTS geleisteten Arbeiten, die nicht mit Naturalien vergütet werden;

b) Mittel für die laufenden Produktions- und Wirtschaftsausgaben (laufende Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, Ankauf von Mineraldüngemitteln, Pflanzenschutz);

c) Mittel für den unteilbaren Fonds der Genossenschaft bis zu 6 Prozent, entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung;

d) Mittel für kulturelle Zwecke, Kaderausbildung, Prämiierungen, Büroausgaben usw. bis zur Höhe von 1 Prozent der gesamten Geldeinkünfte.

Die verbleibende Summe der Geldeinnahmen wird wie folgt unter die Mitglieder verteilt:

a) bis 20 Prozent werden an die Genossenschaftsmitglieder ausgezahlt, entsprechend der Menge und Qualität der von jedem Mitglied eingebrachten landwirtschaftlichen Nutzfläche;

b) der verbleibende Teil, jedoch mindestens 80 Prozent, wird ausgegeben für die Bezahlung der von jedem Mitglied der Genossenschaft im Laufe des Jahres geleisteten Arbeitseinheiten.

Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten
der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin.
Hrsg. vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
der Deutschen Demokratischen Republik,
(Berlin 1953), S. 269–273, 279–281.

61

Aus dem Diskussionsbeitrag des Vorsitzenden der LPG Dieskau, Saalkreis, Fritz Panteleit, Mitglied der DBD, gehalten auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Berlin am 5./6. Dezember 1952

Der Beschluß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den planmäßigen Aufbau des Sozialismus zu beginnen, fand in der Deutschen Demokratischen Republik den größten Widerhall in der Landwirtschaft. Es veränderte sich nicht nur die Struktur des Dorfes, sondern auch die landwirtschaftliche Produktion bekam eine andere Form. Durch die Zerstückelung der Felder konnte man nicht von einer rentablen Wirtschaftsführung sprechen. Ging man über die Felder, dann sah man Mähbinder auf kleinen Feldstücken von einem Morgen arbeiten, und so ging die Hälfte der Arbeitszeit durch Leerlauf verloren und zweitens durch nicht richtigen Einsatz der Maschinen. Diesen Zuständen kann man abhelfen, wenn die Voraussetzungen für eine andere Arbeitsweise geschaffen werden. Man könnte nicht nur die Arbeitsweise verbessern, sondern auch den werktätigen Bauern eine große Erleichterung geben. Man muß moderne Maschinen einsetzen, man muß überhaupt die Technik auf dem Lande zur Anwendung bringen, Vollerntemaschinen usw.

Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten
der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin.
Hrsg. vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
der Deutschen Demokratischen Republik,
(Berlin 1953), S. 153/154.

62

Stellungnahme des Vorsitzenden der LPG Trinwillershagen, Reinhold Jahnke, zur Bildung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, veröffentlicht am 1. März 1953

Um die Erträge noch weiter zu steigern, gab es nur zwei Möglichkeiten. Allein war es nicht mehr zu schaffen, ich hätte also fremde Arbeitskräfte beschäftigen müssen. Das wäre jedoch der Beginn einer kapitalistischen Entwicklung gewesen und war mit meiner politischen Einstellung nicht zu vereinbaren. Die zweite Möglichkeit war, sich mit den anderen werktätigen Bauern zusammenzuschließen, eine Genossenschaft zu gründen, den Boden gemeinsam zu bearbeiten und dabei die Arbeit zu spezialisieren.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 1. März 1953.

63

Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, über die Einbeziehung ganz Deutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 11. April 1953

Deutschland würde im Falle der Wiedervereinigung unseres Landes seine Rolle in der EVG nicht aufgeben, denn dies käme der Spaltung Westeuropas gleich. Zudem würde Deutschland dann früher oder später ein Opfer der Sowjets werden, da wir allein nicht stark genug sind, um Widerstand zu leisten. Wir werden, was auch geschehe, auf der Seite des Westens stehen. Wir müssen zusammen in die Zukunft schreiten.

Keesing's Archiv der Gegenwart 1953, S. 3947.

64

Aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Die Aufgaben bei der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs im Jahre 1953" vom 14. April 1953

1. Das Schwergewicht der Wettbewerbsbewegung ist auf die kontinuierliche ständige Durchführung innerbetrieblicher Wettbewerbe von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Abteilung zu Abteilung usw. als die Grundlage des sozialistischen Wettbewerbs des jeweiligen Industriezweiges zu legen. Voraussetzung für die Durchführung der Wettbewerbe ist die lebendige Mitarbeit aller Werktätigen bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Wettbewerbe, bei der Durchführung und Auswertung der Wettbewerbe. Die Arbeitsorganisation, die Sicherung eines kontinu-

ierlichen Produktionsablaufs, die Einführung des Dispatchersystems als wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Wettbewerbs müssen laufend verbessert werden.

2. Der Hauptinhalt des sozialistischen Wettbewerbs ist der Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten. Das erfordert:

die Erhöhung der Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, die Verbesserung der Technik, der Technologie und der Arbeitsorganisation,

die ständige Erhöhung der Qualität der Produktion und die Senkung der Ausschußquoten,

die systematische Erhöhung der Qualifikation der Werktätigen und die Mobilisierung aller inneren Reserven.

Die Grundlagen des sozialistischen Wettbewerbs sind:

technisch begründete Arbeits- und Materialverbrauchsnormen, fortschrittliche technisch wirtschaftliche Kennziffern, genaue Gütenormen,

die exakte Berechnung der Selbstkosten für jede Abteilung und Brigade sowie

die Einhaltung der Arbeitsschutz- und sicherheitstechnischen Bestimmungen.

Dadurch wird der Wettbewerb zur Hauptmethode im Feldzug für strenge Sparsamkeit.

3. Der Wettbewerb muß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung stehen und wahren Volkscharakter annehmen. Die Organisierung und Leitung des Wettbewerbs ist die gemeinsame Aufgabe der gewerkschaftlichen Organe und der Organe des Staatsapparates und der Wirtschaftsverwaltungen, wobei die Gewerkschaften die Träger des Wettbewerbs sind.

4. An die Gewerkschaftsleitungen, an die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften, die Gebietsvorstände sowie die Betriebsgewerkschaftsleitungen muß die Forderung gestellt werden, daß sie sich gründlich und eingehend mit den Fragen der Produktion, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen, die den Wettbewerben in ihrem Industriezweig zugrunde liegen, beschäftigen.

5. Alle erprobten Neuerermethoden müssen obligatorisch eingeführt werden. Zur Unterstützung dieser Maßnahme ist die Arbeit an den bestehenden Aktivistenschulen wesentlich zu verbessern und ihre Zahl zu vergrößern. Produktionsberatungen in den Brigaden, Abteilungen usw. sind ständig und regelmäßig durchzuführen und gründlich auszuwerten...

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. IV, Berlin 1954, S. 338/339.

65

Aus der Rede des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, „1953 das Schicksalsjahr für das deutsche Volk", gehalten in der Ernst-Merck-Halle in Hamburg am 21. April 1953

Man stelle sich einmal vor, Deutschland würde [den Vertrag über die EVG] nicht ratifizieren. Was würde die Folge sein: Ein Zusammenbruch der bisherigen Politik, nicht nur unserer Politik, sondern ein Zusammenbruch der Politik der freien Völker der Welt. Und wiederum herbeigeführt durch die Dummheit und Unfähigkeit des deutschen Volkes zu sehen, was zu tun notwendig ist. Und kann einer glauben, daß man, wenn durch die Schuld des deutschen Volkes oder irgendeiner Instanz der Zusammenbruch dieser Politik hervorgerufen würde, dem deutschen Volk noch weiter helfen würde? Liegt es da nicht ganz nahe, daß man sagt: Nun, wenn das deutsche Volk nicht will, dann müssen wir uns halt schließlich mit Sowjetrußland ohne Deutschland verständigen. Was das aber bedeuten würde, das hat Sowjetrußland in den verschiedenen Noten des Herbstes 1952 sehr klar dargelegt. Da hat es ja verlangt, daß ein Friedensvertrag unter den vier früheren Alliierten ohne Hinzuziehung Deutschlands geschlossen werde auf dem Boden der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Das Potsdamer Abkommen bedeutet den Untergang, die Sklaverei des deutschen Volkes. Wie die Dinge nun einmal sind, es kann gar kein Zweifel daran bestehen: Wenn wir uns nicht eingliedern in die starke westliche Welt der Freiheit, wenn wir etwa den törichten Versuch unternehmen würden als „neutrales" Land, dessen Neutralität von Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten zu garantieren sei, mitten in diesem Spannungsfeld liegenzubleiben, wenn wirklich Leute, die die Verantwortung dafür haben, eine solche Torheit begehen würden, dann sind sie auch dafür verantwortlich, wenn das deutsche Volk in wenigen Jahren ein Satellitenstaat Sowjetrußlands wird.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1953, Nr. 76, S. 648.

66

Aus der Entschließung „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei", angenommen auf der 15. Tagung des ZK der SED am 26. Juli 1953

Der neue Kurs verfolgt ... das Ziel, die Kräfte des Friedens zu stärken und die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern. Die wichtigste Voraussetzung für die Herstellung der Einheit Deutschlands ist die Verständigung der Deutschen aus Ost und West über konkrete Maßnahmen zur

Herbeiführung der Einheit. Darum wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ebenso wie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren bisherigen Kampf um die Verständigung unter der Losung „Deutsche an einen Tisch!" in verstärktem Maße fortsetzen. Sie wird weitere konkrete Maßnahmen vorschlagen, um die von den amerikanischen Imperialisten und ihren westdeutschen Agenten aufgerissene Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland zu überbrücken und die von allen ehrlichen Deutschen herbeigesehnte Wiedervereinigung unserer Heimat zu verwirklichen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird noch größere Anstrengungen als bisher machen, um die Nationale Front des demokratischen Deutschland allseitig zu stärken und damit die große patriotische Bewegung für Einheit und Frieden zu fördern.

Da die Arbeiterklasse berufen ist, im nationalen Kampf die führende Rolle zu spielen, wird die Partei alles tun, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu fördern.

Durch die Verständigung der Deutschen aus Ost und West untereinander wird auch der längst fällige Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf demokratischer Grundlage beschleunigt . . .

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat in ihrer kurzen Geschichte große historische Erfolge errungen. Gestützt auf die nach jahrzehntelangem Ringen erkämpfte Einheit der Arbeiterklasse hat unsere Partei in führender Position einen neuen demokratischen Staat errichtet, in dem die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzt. Sie hat den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung eingeleitet, in der für kapitalistische Ausbeutung kein Platz mehr ist. Sie war führend an der Entmachtung und Enteignung der Junker beteiligt, hat damit ein neues demokratisches Leben im Dorf geschaffen und zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine feste Grundlage für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gelegt. Unsere Partei hatte die Initiative bei der Einleitung einer neuen kulturellen Entwicklung, die zu einer neuen Blüte der deutschen Wissenschaft und Kunst führen wird.

Das Verdienst um diese wahrhaft großen Errungenschaften, die für immer in die Geschichte des deutschen Volkes eingezeichnet sind, kann niemand und nichts der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nehmen.

Unsere Partei hat sich in Deutschland an die Spitze des Kampfes um die Erhaltung des Friedens gestellt, sie hat die Initiative zur Bildung der großen patriotischen Bewegung für die Einheit Deutschlands ergriffen. Auf Vorschlag und unter führender Anteilnahme unserer Partei wurde die Nationale Front des demokratischen Deutschland gebildet. Unsere

Partei hat wiederholt konkrete Vorschläge zur Lösung der großen nationalen Frage des deutschen Volkes unterbreitet und in der Deutschen Demokratischen Republik die Basis für den nationalen Kampf der Deutschen gestärkt. Sie hat die patriotische Erziehung des deutschen Volkes eingeleitet und das Banner des nationalen Kampfes breit entfaltet. Diese Politik unserer Partei war völlig richtig. Sie hat bewiesen, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die wahre nationale Partei des deutschen Volkes ist.

Es war richtig, daß unsere Partei sich auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern orientierte, daß sie kein Monopolkapital, keine Junker, keine faschistischen Organisationen und keine Kriegshetze zugelassen hat.

Es war richtig, daß unsere Partei die Politik der Wiederherstellung der Industrie und der Entwicklung der Produktivkräfte aus eigener Kraft durchführte. Dank dieser Politik wurden bereits im Jahre 1952 157 Prozent des Vorkriegsstandes der industriellen Produktion erreicht. Damit wurde auch in der DDR der Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse die Wirtschaft besser aufbauen kann als die Kapitalisten.

Richtig war die Politik unserer Partei zur Wiederherstellung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Dank dieser Politik wurden bereits im Jahre 1952 die Ernteerträge der Vorkriegszeit überschritten und Westdeutschland in der Produktivität von Ackerbau und Viehzucht überholt. Damit wurde auch in der DDR der Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse die Landwirtschaft zu einer Entwicklung führen kann, die im Kapitalismus unerreichbar ist.

Es war auch richtig, daß unsere Partei Deutschland auf den Weg des Sozialismus führte und in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus begann.

Diese Generallinie der Partei war und bleibt richtig ...

c) Der Aufbau des neuen Lebens in der DDR erfolgt unter der Bedingung der Spaltung des Landes. Daraus ergeben sich spezifische Besonderheiten und Schwierigkeiten bei diesem Aufbau: Die in Westdeutschland an der Macht befindlichen Monopolkapitalisten führen gegen die DDR eine illegale Unterwühlungsarbeit durch, wobei sie die Unterstützung der amerikanischen Imperialisten genießen und umfangreiche Möglichkeiten zur Organisierung der Unterwühlungsarbeit im Herzen der DDR selbst – in Westberlin – haben.

Infolge der Spaltung wurden alte ökonomische Verbindungen innerhalb des Landes zerrissen, was sich auch auf die wirtschaftliche Lage in der DDR ungünstig auswirkte. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten können jedoch mit Hilfe der Sowjetunion und des demokratischen Weltmarktes überwunden werden.

Die Tatsache der Spaltung Deutschlands, die für das deutsche Volk ein großes Unglück darstellt und eine Gefährdung des Friedens in Europa bedeutet, macht den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage zur Hauptaufgabe der Partei. Darum ist es notwendig, die ganze Arbeit in der DDR so durchzuführen, daß sie der Einheit Deutschlands dient und auch von den Werktätigen in Westdeutschland verstanden wird. Dabei ist zu beachten, daß große Teile der Bevölkerung Westdeutschlands infolge der ständigen Beeinflussung durch die bürgerliche Presse und den Rundfunk unter starkem reaktionärem Einfluß stehen und an einer aktiven demokratischen Bewußtseinsbildung gehindert werden ...

a) Die Hauptaufgabe der Partei besteht in der festen Gewinnung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Partei das Hauptgewicht ihrer gesamten Arbeit in die Betriebe verlegt, jegliches Kommandieren gegenüber den Arbeitermassen unterdrückt und den Arbeitern durch unermüdliche, geduldige Überzeugungsarbeit die Richtigkeit der Politik der Partei erklärt. Dabei darf die Agitationsarbeit nicht, wie es bisher meist geschah, nur auf die Vorhut der Arbeiterklasse eingestellt sein. Sie soll sich an die breiten Massen wenden, besonders an jene Schichten, die unter dem Druck der feindlichen Agitation stehen, und ihnen in einfacher Weise die Politik der Partei erklären. Hierbei ist auf alle Fragen, die die Arbeiter berühren, einzugehen, ohne dabei Nachtrabpolitik zu betreiben und die führende Rolle der Partei zu verwischen.

b) Eine der wichtigsten Aufgaben ist die weitere Stärkung und Festigung der Einheit der Partei auf der unerschütterlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus. In der Einheit der Partei ist ihre Stärke und Unbesiegbarkeit begründet. Darum ist jeder Versuch einer Gruppenbildung ohne Rücksicht auf Personen zu zerschlagen. Die Parteiführung ist auf dem Prinzip der Einheit der Partei zu festigen. Der feste Zusammenschluß der ganzen Partei um ihr Zentralkomitee ist die sichere Gewähr für die erfolgreiche Verwirklichung des neuen Kurses.

c) Innerhalb der Partei ist die breiteste Entfaltung der innerparteilichen Demokratie erforderlich. Kritik und Selbstkritik, besonders die Kritik von unten, sind innerhalb der Partei und unter den Parteilosen zu ermuntern und zu fördern. Darum muß jeder Versuch, die Kritik zu unterdrücken, ohne Ansehen der Person scharf zurückgewiesen werden. Es darf keine Verletzung des Parteistatuts, dieses obersten Gesetzes des innerparteilichen Lebens, geduldet werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Entwicklung der Kollektivität in allen führenden Parteiorganen. In der Kollektivität der Parteiführung

liegt die sicherste Garantie für die Vermeidung von Fehlern und für eine richtige und beständige Führung.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. IV, Berlin 1954, S. 464–468, 471/472.

67

Aus dem Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der DDR vom 23. August 1953

Vom 20. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt ...

Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre des gegenseitigen freundschaftlichen Verständnisses und der Herzlichkeit.

Es wurde volles Einvernehmen darüber erzielt, daß die anormale Lage, wo Deutschland acht Jahre nach Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen West- und einen Ostteil gespalten ist und sich anderen Staaten gegenüber in nicht gleichberechtigter Stellung befindet, beseitigt werden muß. Zu diesem Zweck ist in nächster Zeit eine Friedenskonferenz einzuberufen, wobei die Beteiligung von Vertretern Deutschlands in allen Phasen der Vorbereitung des Friedensvertrages wie auch auf der Friedenskonferenz gewährleistet sein muß ...

Im Verlauf der Verhandlungen sind die Parteien übereingekommen über die Durchführung verschiedener politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die Hilfe sein sollen zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und zur Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung der DDR. Hierbei wurde berücksichtigt, daß die Deutsche Demokratische Republik in den vergangenen Jahren ihren Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gewissenhaft nachkam und daß die Deutsche Demokratische Republik dank den Bemühungen der deutschen demokratischen Kräfte ein wichtiger Faktor des Kampfes für den Frieden in Europa ist.

Auf Beschluß der Sowjetregierung sollen der Deutschen Demokratischen Republik ab 1. Januar 1954 die Reparationsleistungen erlassen werden;

die in Deutschland befindlichen sowjetischen Betriebe unentgeltlich in den Besitz der DDR übergeben werden;

die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR verbundenen Ausgaben der DDR bis auf eine Summe reduziert

werden, die nicht mehr als 5 Prozent der Einnahmen im Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik betragen darf;

der DDR die Zahlung der seit 1945 durch die Besatzungskosten entstandenen Schulden in ausländischer Währung erlassen werden;

Deutschland die Zahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die Sowjetunion erlassen werden ...

Im Verlauf der Verhandlungen wurde auch eine Vereinbarung getroffen über einige andere Fragen der Festigung und Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik.

Unter anderem wurde eine Vereinbarung getroffen über Warenlieferungen im Jahre 1953 aus der Sowjetunion in die Deutsche Demokratische Republik, zusätzlich zum geltenden Handelsabkommen, im Werte von etwa 590 Millionen Rubel, einschließlich Lebensmittel, Steinkohle, Eisenmetall-Walzgut, Kupfer, Blei, Aluminium, Baumwolle und andere Waren.

Die Sowjetregierung gewährt der Deutschen Demokratischen Republik Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel, darunter in Höhe von 135 Millionen Rubel in freier Währung. Der Kredit wird zu einem Jahreszinsfuß von 2 Prozent gewährt und ist im Laufe von zwei Jahren, von 1955 an, zu tilgen.

In Anbetracht des Antrags der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wurde folgende Vereinbarung getroffen: Im festgesetzten Wege werden Maßnahmen ergriffen werden, um den deutschen Kriegsgefangenen, die wegen ihrer, während des Krieges begangenen Verbrechen verurteilt wurden, die weitere Abbüßung der Strafe zu erlassen, mit Ausnahme derjenigen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben und zur Abbüßung der Strafe verbleiben.

Bemüht um die Festigung und weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, die das Bollwerk des Kampfes des deutschen Volkes für ein einheitliches friedliebendes demokratisches Deutschland ist, sind die Parteien übereingekommen, die diplomatische Mission der UdSSR in Berlin und die diplomatische Mission der DDR in Moskau in Botschaften umzuwandeln und Botschafter auszutauschen.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I,
Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945
bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität
der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954,
Berlin (1957), S. 345–348.

68

Aus dem Schlußwort Wilhelm Piecks auf der 16. Tagung des ZK der SED am 19. September 1953

Eben, weil die Beschlüsse der 15. Tagung von so entscheidender Bedeutung für die Politik, den Kampf und die Arbeit unserer Partei sind, möchte ich die Gelegenheit benutzen, vor dem Zentralkomitee noch einmal mein volles Einverständnis mit den Beschlüssen der 15. Tagung zum Ausdruck zu bringen. Das gilt vor allem auch für die Beschlüsse, in denen die 15. Tagung des Zentralkomitees den prinzipienlosen Kampf der kapitulantenhaften fraktionellen Gruppe Herrnstadt-Zaisser zerschlagen und die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei gesichert hat. Die Einheit der Partei auf der ehernen Grundlage des Marxismus-Leninismus immer fester zu schmieden – das muß für jeden von uns stets das höchste Gebot sein. Die Ereignisse des 17. Juni haben uns manche Mängel und Schwächen in der Politik und Arbeit unserer Partei erkennen lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, noch wichtiger ist, daß sich in dieser Zeit der gesteigerten feindlichen Anschläge und Treibereien die Einheit unserer Partei bewährt hat. Ja, mehr als das, man darf heute sagen, daß unsere Partei in diesen Kämpfen politisch gewachsen und in ihrer inneren Einheit gefestigt worden ist. Davon zeugte auch der Verlauf dieser 16. Tagung des Zentralkomitees. Das ist eine große und bedeutungsvolle Tatsache, die uns den Erfolg des neuen Kurses und schließlich den Sieg im großen Kampf um die Einheit eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen Deutschlands gewährleistet ...

Gerade angesichts des Ausganges der Wahlen in den Bonner Bundestag tritt mit besonderem Nachdruck die Bedeutung der Aufgabe hervor, unsere Deutsche Demokratische Republik als das feste Bollwerk und anziehende Zentrum des Kampfes um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland politisch und wirtschaftlich zu stärken ...

Vor den Gefahren, die sich aus dieser reaktionären Entwicklung in Westdeutschland, aus dem Scheinsieg Adenauers, für das ganze deutsche Volk ergeben, dürfen wir die Augen nicht verschließen. Aber es wäre auch dumm und verhängnisvoll, wollte man die Bedeutung dieses Wahlausganges überschätzen. Vom parlamentarischen Standpunkt wird es für Adenauer einfacher sein, den Kurs auf ein autoritäres, faschistisch-militaristisches Regime in Westdeutschland durchzuführen. Damit ist aber noch kein einziges der großen nationalen Probleme unseres Volkes gelöst. Im Gegenteil, dadurch wird die Spaltung vertieft und der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland nur erschwert und hinausgeschoben. Auf Westdeutschland werden die Lasten der Aufrüstung einstürzen. Es wird von den friedliebenden Völkern isoliert werden, bei

denen die Abneigung und der Haß gegen ein faschistisch-militaristisches Westdeutschland erneut anwachsen werden. Krisen im Inneren und in der Außenpolitik der Bundesrepublik werden unvermeidlich.

Angesichts einer so verhängnisvollen Entwicklung wächst die Verantwortung der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Es ist durchaus nicht zufällig, daß Adenauer am Tage nach der Wahl begonnen hat, das Feuer gegen die westdeutschen Gewerkschaften zu richten, die Gewerkschaften zu spalten oder gleichzuschalten versucht. Zwingender als jemals ergibt sich die Notwendigkeit, alles zu tun, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und darüber hinaus zwischen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Die einheitliche Front der ganzen deutschen Arbeiterklasse ist imstande, im außerparlamentarischen Kampf die Durchführung des Adenauerschen Kurses der Kriegsvorbereitung und der Kriegsabenteuer zu verhindern. In zäher und beharrlicher Arbeit die Gewerkschafter, die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf, für die Aktionseinheit zu gewinnen – das ist jetzt die zentrale Aufgabe im Kampf um die Rettung des deutschen Volkes vor einer neuen Katastrophe, die aus der abenteuerlichen Politik Adenauers und seiner amerikanischen Hintermänner erwächst. Adenauer ist der Krieg, die Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse aber ist der Frieden. Die Einheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen – das ist die Kraft, die die Einheit eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands erzwingen kann.

Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze.
Auswahl aus den Jahren 1950–1953, Bd. III,
Berlin 1954, S. 646–650.

69

Aus dem Aufruf der Weberin Frida Hockauf vom 29. September 1953

Wie schnell das Tempo der Verwirklichung des neuen Kurses sein wird, hängt von uns Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ab. So wie wir Werktätigen heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein. So wie wir Werktätigen durch unserer Hände Arbeit die Voraussetzungen schaffen, wird unsere Regierung morgen mehr und bessere Waren verteilen und die Politik der Preissenkungen fortsetzen können.

Der Bundesvorstand des FDGB hat zur raschen Erreichung dieses Zieles alle Belegschaften der volkseigenen und der ihnen gleichgestellten

Betriebe aufgerufen, im IV. Quartal auf der Grundlage der in den Betriebs-Kollektivverträgen übernommenen Verpflichtungen den innerbetrieblichen Wettbewerb zu entfalten.

Unsere Bevölkerung braucht mehr, bessere und billigere Textilien, Schuhe, Bekleidungsgegenstände, Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter. Niemand anders als wir Arbeiter, Angestellten und Vertreter der Intelligenz können diesen natürlichen Wunsch nach erhöhter Bereitstellung von Konsumgütern erfüllen. Laßt uns deshalb im patriotischen Wettbewerb darum kämpfen, unserem Volk mehr zu geben, als der Plan von jedem einzelnen fordert.

Ich verpflichte mich, bis Ende des Jahres zu meiner bisherigen erreichten Leistung 45 laufende Meter Stoff von bester Qualität zu produzieren, und rufe alle Textilarbeiter der Deutschen Demokratischen Republik auf, meinem Beispiel zu folgen, meine Verpflichtung zu überbieten und im innerbetrieblichen, patriotischen Wettbewerb zur erfolgreichen Durchführung des neuen Kurses zu kämpfen unter der Losung: „Dem Volk mehr, bessere und billigere Textilien!"

Tribüne (Berlin), 1. Oktober 1953.

70

Aus dem Aufruf der Werktätigen des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck", Schwarza, zum Wettbewerb im IV. Quartal 1953, veröffentlicht am 22. Oktober 1953

An alle Werktätigen in den Betrieben des Volkes!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Jungarbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler! Wir, die Werktätigen und die Intelligenz in den Betrieben des Volkes, tragen eine große Verantwortung für die Verwirklichung des neuen Kurses. Wir haben alle Fähigkeiten und alle Kräfte, um die Politik des neuen Kurses, wie sie von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingeleitet wurde, durchzuführen ...

Die Feinde unserer Republik fürchten, daß wir als Arbeiterklasse sichtbar auch für unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland ein neues, besseres Leben aufbauen, als es jemals zuvor in Deutschland sein konnte. Darum hetzen sie gegen unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht und stellen sich gegen die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die Sicherung des Friedens. Sie versuchen, uns in unserer Entwicklung Schaden zuzufügen, aber wir werden den neuen Kurs durchsetzen und damit unsere gerechte Sache zum Siege führen ...

In der volkseigenen Mechanischen Weberei Zittau hat uns die Weberin

Frida Hockauf ein vorbildliches Beispiel gegeben, wie die Werktätigen in der ganzen Republik an die Verwirklichung der wachsenden Aufgaben des neuen Kurses herangehen müssen. Die Magdeburger Schwermaschinenbauer folgten ihr, und die Buna-Arbeiter schlossen sich dieser Bewegung bereits an ...

Es gilt also jetzt, eine breite Bewegung der Arbeiterklasse einzuleiten, um mehr zu produzieren und die Waren billiger, aber auch hochwertiger herzustellen ...

Wir rufen alle Werktätigen der volkseigenen Industrie auf, im Massenwettbewerb des IV. Quartals 1953 durch gute Arbeit, durch neue Erfolge solche Voraussetzungen zu schaffen, daß das Jahr 1954 zum „Jahr der großen Initiative" bei der Erfüllung der Aufgaben im neuen Kurs wird.

Wir stellen uns zur Durchführung des Wettbewerbs im IV. Quartal 1953 als Voraussetzung zur Einleitung der großen Initiative folgende Aufgaben:

1. Allseitige Erfüllung des Planes bei strengster Einhaltung der Sortimente.

2. Unter Einbeziehung aller Werktätigen systematische Kontrolle der Verbesserung der Qualität in allen Abteilungen unseres Betriebes.

3. Sorgfältige Auswertung der Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterdelegationen in allen Abteilungen zur Entfaltung der Initiative der Werktätigen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebes.

4. Systematische Überprüfung des Arbeitsprozesses bis zur Brigade und zum einzelnen Arbeitsplatz. Verbesserung der Technologie und der Arbeitsorganisation als entscheidende Voraussetzung für die Festlegung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen.

5. Sorgfältige und schnelle Bearbeitung aller Vorschläge der Werktätigen zur Verbesserung der Technik, zur Einsparung an Energie, Material, Roh- und Hilfsstoffen durch ständige Senkung der Selbstkosten.

6. Unbedingte Einhaltung der abgeschlossenen Produktions- und Lieferverträge, ständige Beratungen mit den Zulieferbetrieben, Hilfe bei der Entfaltung ihrer innerbetrieblichen Wettbewerbe durch Austausch aller Erfahrungen, damit die termingerechte Erfüllung aller Produktionspläne allseitig gesichert ist.

7. Regelmäßige Durchführung von Produktionsberatungen, Erfahrungsaustausch zwischen den Brigaden und den Vertretern der technischen Intelligenz. Systematische fachliche Qualifizierung aller Werktätigen, insbesondere der Frauen und der Jugendlichen.

8. Gründliche Durchführung der allseitigen Kontrolle und der Rechenschaftslegung aller Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages 1953.

Rechtzeitige Vorbereitung des Abschlusses des Betriebskollektivvertrages für das Jahr 1954 ...

Fest verbunden mit der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik rufen wir alle Werktätigen auf, den Massenwettbewerb im IV. Quartal 1953 in allen Betrieben zu organisieren und Vorbereitungen zu treffen, das Jahr 1954 zum „Jahr der großen Initiative" zu gestalten.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 22. Oktober 1953.

71

Aus der Verordnung des Ministerrates der DDR über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 10. Dezember 1953

I.

Über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter

1. Die wichtigste Aufgabe aller Ministerien und der übrigen Staats- und Wirtschaftsorgane, aller Leiter von Betrieben und Ämtern, aller örtlichen Organe der Staatsgewalt der Republik ist die Sorge um die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter durch die volle und rationelle Verwendung der für diese Zwecke bereitgestellten staatlichen Mittel sowie durch die Ermittlung und Verwendung zusätzlicher örtlicher Reserven ...

2. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Betriebsleitungen volkseigener Betriebe muß die genaue und termingerechte Erfüllung der Kollektivverträge stehen, die sowohl Verpflichtungen der Arbeiter und Angestellten zur Erfüllung des Betriebsplans als auch Verpflichtungen der Betriebsleitung auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter enthalten.

Die Betriebsleiter haben zusammen mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen regelmäßig die Durchführung der in den Kollektivverträgen enthaltenen Verpflichtungen der Betriebsleitung und der Arbeiter zu kontrollieren; in jedem Quartal auf Belegschaftsversammlungen Rechenschaft über die Erfüllung der Kollektivverträge zu geben; alle Voraussetzungen für eine breite Entfaltung der Kritik und Selbstkritik an der Arbeit der Wirtschaftsorgane zur Erfüllung der Kollektivverträge zu sichern; aufmerksam alle Vorschläge und Beschwerden der Arbeiter zu prüfen und auf eine rasche Verwirklichung der angenommenen Vorschläge zu dringen.

Zur ständigen Kontrolle und Erfüllung aller Verpflichtungen der Betriebskollektivverträge haben die Gewerkschaftsleitungen das Recht, auch zwischen der Quartalsrechenschaftslegung die zuständigen Wirtschaftsfunktionäre aufzufordern, zu bestimmten Verpflichtungen Rechenschaft vor der gewählten Gewerkschaftsleitung abzulegen.

Alle Ministerien sind verpflichtet, den Betrieben die erforderliche Hilfe beim Abschluß der Kollektivverträge zu gewähren und die Kontrolle über die Erfüllung der Kollektivverträge auszuüben.

Die Ministerien haben in den Kollegien regelmäßig die Ergebnisse der Überprüfungen zu behandeln und diejenigen Betriebsleiter streng zur Verantwortung zu ziehen, die die Kollektivverträge nicht voll erfüllen.

3. Eine der wichtigsten Verpflichtungen der Staats- und Wirtschaftsorgane ist die tägliche Sorge um die Schaffung der günstigsten Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, um die Erhaltung ihrer Gesundheit und um die Verhinderung von Betriebsunfällen, wie dies durch die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschrieben ist ...

17. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet die Verbesserung der Rentenversorgung der Arbeiter und Angestellten als eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Als erster Schritt in dieser Richtung wird – unter Berücksichtigung der der Regierung zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Mittel – ab 1954 eine Zusatzrentenversorgung der Arbeiter und Angestellten in den wichtigsten volkseigenen Betrieben der Republik geschaffen ...

Es ist vorgesehen, daß Arbeiter, Angehörige der technischen Intelligenz und Angestellte, die in diesen bestimmten Betrieben mindestens 20 Jahre gearbeitet haben, außer ihrer Sozialversicherungsrente eine Zusatzrente aus Mitteln des Betriebes in Höhe von 5 Prozent ihres letzten Nettoverdienstes erhalten. Voraussetzung ist weiterhin, daß der Mann das Alter von 65 Jahren bzw. die Frau das Alter von 60 Jahren erreicht hat oder Arbeitsunfähigkeit vorliegt.

Werktätige, die in der Zeit des Naziregimes als Antifaschisten gemaßregelt wurden und deshalb ihre Arbeit im Betrieb unterbrechen mußten, erhalten diese Zeit als Betriebszugehörigkeit angerechnet ...

18. In Anbetracht der Tatsache, daß die in diesem Jahr durchgeführte Erhöhung der Arbeitslöhne der Lohngruppen I bis IV in einer Reihe von Industriezweigen das richtige Verhältnis in der Bezahlung der qualifizierten und unqualifizierten Arbeit verschoben hat, sind ab 1. Januar 1954 die Tarifsätze der Lohngruppen V bis VIII im Maschinenbau, in der energetischen und chemischen Industrie, in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, im Bauwesen, in der holzverarbeitenden Industrie und in

anderen Zweigen der volkseigenen Wirtschaft zu erhöhen, in denen 1952 keine Erhöhung der Löhne für qualifizierte Arbeiter stattgefunden hat. Die Erhöhung der Löhne ist in einem solchen Ausmaß durchzuführen, daß die in den Industriezweigen erforderlichen Verhältnisse zwischen der Bezahlung qualifizierter und unqualifizierter Arbeit gewährleistet sind ...

V.

Über Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Arbeiter und Angestellten durch die Gewerkschaften

1. Die Gewerkschaften müssen bei der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Angestellten voll von ihren Rechten Gebrauch machen.

Sie haben das Recht, von den zuständigen Ministerien und von den Betriebsleitungen über die Einhaltung und Durchführung der Maßnahmen, die die unmittelbaren Interessen der Arbeiter berühren, Rechenschaft zu verlangen.

Die Minister sind verpflichtet, die Ausarbeitung ihres Wirtschaftsplans, insbesondere jener Teile, die sich auf die Arbeitsproduktivität, auf die Arbeitskräfteplanung, auf die Durchschnittslöhne, auf die sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie auf den Arbeitsschutz beziehen, gemeinsam mit den zuständigen Industriegewerkschaften durchzuführen.

2. Den Gewerkschaften wird empfohlen, die Arbeiterkontrolle auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung sowie des Bau- und Wohnungswesens in Anwendung der Richtlinien des Bundesvorstandes straffer zu organisieren.

Die Staatsorgane und Wirtschaftsleitungen sind verpflichtet, die Arbeiterkontrolle der Gewerkschaften vorbehaltlos zu unterstützen und im Rahmen der Notwendigkeit alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und den Vorschlägen für die Abänderung von Mißständen nachzukommen.

3. Die Gewerkschaften haben das Recht, bei vorsätzlichen und fahrlässigen Verstößen gegen die Bestimmungen zum Schutze der Arbeitskraft, gegen besondere Arbeitsschutzbestimmungen oder gegen die abgeschlossenen Arbeitsschutzvereinbarungen von den zuständigen Ministern die Bestrafung der schuldigen, verantwortlichen Wirtschaftsleiter zu verlangen.

4. Auf Vorschlag der Gewerkschaften können den verantwortlichen Wirtschaftsleitern, die die Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages, insbesondere diejenigen Verpflichtungen, die der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter im Betrieb dienen, schuldhaft

nicht erfüllt haben, durch den zuständigen Minister die Quartalsprämie teilweise oder ganz gestrichen werden.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin), 1953, Nr. 129, S. 1220, 1222/1223, 1226.
Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Zusammenstellung von Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie Gesetzen und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, 11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955, Berlin 1955, S. 476/477, 483–485, 494/495.

72

Berichte und Meldungen des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland", über das „Jahr der großen Initiative" 1954

Der strenge Frost . . . hat besonders in der Braunkohlenindustrie der DDR die Arbeitsbedingungen äußerst erschwert und die Förderleistungen absinken lassen. Aber die Werktätigen unserer Republik kapitulieren nicht vor den Naturgewalten . . . Arbeiter aus allen Betrieben helfen ihnen, sei es durch schnelle Entladung der Wagen, durch Entsendung von Reparaturbrigaden oder dadurch, daß sie alle Möglichkeit ausschöpfen, ihren Strom- oder Kohleverbrauch zu senken. So ist in unserer Republik ein gewaltiger Kampf um die Kohle entbrannt.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 7. Februar 1954.

42 Tagebaue und 29 Brikettfabriken haben bis Ende Februar die Planrückstände aufgeholt und Reserven für einen Vorlauf geschaffen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 10. März 1954.

Oelsnitz. Der Verdiente Aktivist Martin Hahn vom Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht" erfüllte am 26. März 1954 als erster Kumpel der gesamten Steinkohlenindustrie der Deutschen Demokratischen Republik seinen Fünfjahrplananteil.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 28. März 1954.

Generator I soll vier Wochen früher fertig werden. Die Erbauer des Kraftwerkes Vockerode verwirklichen Beschlüsse des IV. Parteitages . . .

Nach Einverständnis aller Werktätigen wurden in kollektiver Zusammenarbeit folgende Wettbewerbsziele festgelegt:

1. Inbetriebnahme der Maschine I nicht wie im Plan vorgesehen am 1. Oktober, sondern bereits am 1. September 1954;
2. bei gesteigerter Arbeitsproduktivität gute Qualitätsarbeit zu leisten;

3. Verbesserung der bestehenden Normen in der Montage;
4. Senkung der Montageselbstkosten durch bessere Arbeitsorganisation;
5. die Voraussetzung zu schaffen, daß die Einheiten 7 bis 9 in Schnellmontage durchgeführt werden können.

Wenn dieses Wettbewerbsziel erreicht wird, können durch die vorfristige Inbetriebnahme der Maschine I der Volkswirtschaft 23 Millionen Kilowattstunden Elektroenergie über den Plan hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. Mai 1954.

Gewerkschaftsaktivtagung in der Tuchfabrik Werdau ...

Der Weber Paul Simon, der sich im Mai 1952 verpflichtete, nur Waren erster Qualität zu weben, berichtete, daß er seine Verpflichtung entgegen den Widerständen und Zweifeln vieler Kollegen erfüllt hat. Die wahrhaft bahnbrechende Leistung, die nicht nur für die Textilindustrie Bedeutung hat, liegt darin, daß Kollege Simon die Frage der Qualität der Arbeit gelöst hat, während Frida Hockauf die Frage der Mehrproduktion stellte und die Kollegin Lotte Steinbach die Verbilligung der Erzeugnisse. 32 Kolleginnen und Kollegen verpflichteten sich, wie Kollege Simon ein halbes Jahr Tuche hundertprozentiger Qualität zu liefern.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 13. Mai 1954.

Zwickau. Am 10. Juni um 21.35 Uhr heulten vom Karl-Marx-Werk in Zwickau die Sirenen, um zu verkünden, daß dieses größte Steinkohlenwerk der DDR als erstes seinen Halbjahrplan erfüllt hat.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 15. Juni 1954.

Leipzig ... 500 Aktivisten, Ingenieure, Techniker, Werkleiter und Gewerkschaftsfunktionäre aus den Gießereibetrieben unserer Republik verpflichteten sich auf einer Beratung der Industriegewerkschaft Metall am Donnerstag, dem 20. Mai, in Leipzig, die Werktätigen in ihren Betrieben für eine Verbesserung der Gießereiarbeit zu mobilisieren. Das Ziel ist, noch im II. Quartal 1954 den Ausschuß um 40 bis 50 Prozent zu senken.

Neues Deutschland (B) (Berlin) 23. Mai 1954.

In einem Telegramm teilt das Ingenieurkollektiv des Kraftwerkes Calbe (Saale) der Redaktion mit, daß es sich angesichts der ernsten Lage in der Energiewirtschaft verpflichtet hat, das erste Turboaggregat einschließlich aller Nebenanlagen am 20. Juli fertigzustellen und am 21. Juli den ersten Strom in das Netz abzugeben.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 11. Juli 1954.

Die Arbeiter des Kalkwerkes Hecklingen ... haben ... ihre Verpflichtung, 300 Tonnen Kalk zusätzlich herzustellen, erfüllt ... Jetzt übernahm die Brigade eine neue Verpflichtung. Bis zum Tag der Volkswahlen will sie 150 Tonnen Kalk zusätzlich herstellen, der für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete bereitgestellt wird.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 18. August 1954.

73

Erklärung der Regierung der UdSSR über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR vom 25. März 1954

Die Regierung der UdSSR läßt sich unbeirrt von dem Bestreben leiten, zur Regelung des Deutschlandproblems in Übereinstimmung mit den Interessen der Festigung des Friedens und der Sicherung der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage beizutragen.

Diesen Zielen sollen praktische Maßnahmen zur Annäherung Ost- und Westdeutschlands, die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland dienen.

Ungeachtet der Bemühungen der UdSSR wurden auf der vor kurzem durchgeführten Berliner Konferenz der Außenminister der vier Mächte keine Schritte zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages unternommen.

Angesichts dieser Lage und im Ergebnis von Verhandlungen der Sowjetregierung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es die Regierung der UdSSR für notwendig, schon jetzt, vor der Vereinigung Deutschlands und dem Abschluß eines Friedensvertrages, weitere Schritte zu unternehmen, die den Interessen des deutschen Volkes entgegenkommen, und zwar:

1. Die UdSSR nimmt mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik wird die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.

2. Die UdSSR behält in der Deutschen Demokratischen Republik die Funktionen, die mit der Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehen und sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der UdSSR aus den Viermächteabkommen erwachsen.

Die Sowjetregierung hat die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis genommen, daß sie die Verpflichtungen einhalten wird, die sich für die Deutsche Demokratische

Republik aus dem Potsdamer Abkommen über die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates ergeben, sowie die Verpflichtungen, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR in Zusammenhang stehen.

3. Die Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik, die bisher vom Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland wahrgenommen wurde, wird aufgehoben.

In Übereinstimmung damit werden die Funktionen des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland auf den Kreis der Fragen beschränkt, die mit der obengenannten Gewährleistung der Sicherheit und mit der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen mit den Vertretern der Besatzungsbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Fragen gesamtdeutschen Charakters in Zusammenhang stehen und die sich aus den vereinbarten Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland ergeben.

Die Regierung der UdSSR ist der Ansicht, daß das Bestehen des „Besatzungsstatuts", das von den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich für Westdeutschland festgelegt wurde, nicht nur mit den demokratischen Prinzipien und den nationalen Rechten des deutschen Volkes unvereinbar ist, sondern unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da es die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland erschwert, auch eines der Haupthindernisse auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 26. März 1954.
Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I,
Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954,
Berlin (1954), S. 303/304.

74

Aus der „Programmerklärung des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik zur Verteidigung der Einheit der deutschen Kultur" vom 25. März 1954

Grundgedanken einer deutschen Kulturpolitik

Das Ministerium für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik stellt vor allen deutschen Kulturschaffenden die folgenden Grundgedanken für eine deutsche Kulturpolitik in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes zur Diskussion:

1. Der Ausgangspunkt einer deutschen Kulturpolitik kann nur der

Kampf für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands durch die demokratische Verständigung zwischen den Deutschen und zwischen den Großmächten sein.

2. Die politische und wirtschaftliche Zerreißung Deutschlands bedroht die Einheit und das Wesen unserer deutschen Kultur, die sich in den Jahrhunderten unserer geschichtlichen Entwicklung zur Nation herausgebildet und die der Menschheit große Leistungen des humanistischen Geistes geschenkt hat. Das Hauptziel einer deutschen Kulturpolitik besteht darin, das unsterbliche humanistische Erbe unserer nationalen Kultur und besonders der Klassik zu pflegen, es gegen alle Verfälschungen und Entstellungen zu schützen und darüber hinaus alle fortschrittlichen, freiheitlichen Traditionen der deutschen Literatur, Musik und bildenden Kunst, der Theaterkunst und des Films in dem kulturellen Schaffen unserer Zeit fortzuführen. Es gilt, mit der Einheit zugleich den humanistischen Charakter unserer Kultur zu verteidigen.

3. Unser deutsches Volk wurde in wenigen Jahrzehnten zweimal auf dem Wege des Krieges in die nationale Katastrophe geführt. Der Ungeist des Militarismus und Imperialismus, der Rassenhetze und des Nazismus haben dem Ansehen Deutschlands in der Welt aufs schwerste geschadet. Heute verhindern die EVG-Verträge unter amerikanischer Führung die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Aus ihnen erwächst die Gefahr, daß ein dritter Weltkrieg mit einer Katastrophe von unabsehbarem Ausmaß über unser Volk und unser Land heraufbeschworen wird. Die Regierung Adenauer geht diesen Weg des Verhängnisses – und gerade deshalb versucht sie mit allen Mitteln des kalten Krieges, klarblickende Deutsche einzuschüchtern und ihnen das Wort zu verbieten, Deutsche gegen Deutsche zu verhetzen, die menschlichen und historischen Beziehungen unserer Kultur zu mißachten und zu zerstören. Eine deutsche Kulturpolitik bekämpft deshalb die Kriegs- und Rassenhetze, ob sie in ihren alten oder in neuen, veränderten Formen heute innerhalb Westdeutschlands in der Literatur, im Filmschaffen oder in den anderen Künsten wieder auftritt. Sie stärkt die Friedensmacht des deutschen Geistes, die dem deutschen Namen Ehre und Ruhm in der Welt eingebracht hat. Es ist darum das vordringlichste Anliegen jeder deutschen Kulturpolitik, mit allen Mitteln sich gegen die europäischen Kriegsverträge von Bonn und Paris, gegen die Remilitarisierung und das Wehrzwangsgesetz Adenauers zu wenden. Zugleich aber muß eine solche Kulturpolitik daran mitwirken, eine Verständigung zunächst der deutschen Menschen untereinander und darüber hinaus eine wahrhafte Völkerverständigung zu erreichen.

4. Die Spaltung schädigt die kulturelle Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands. Die Spaltung dient aber im Westen unseres Vaterlandes

besonders dazu, den neuen, den amerikanischen Krieg vorzubereiten, in den der deutsche Landser für fremde Interessen ziehen soll. Diesem Zweck dient die Amerikanisierung mit ihren kulturzerstörenden Folgen. Ihm dient ebenso die beginnende Militarisierung auf allen Gebieten der Kultur und die drückende Unfreiheit für die Intellektuellen, die den Mächten der Spaltung, des Militarismus und des Krieges Widerstand leisten. Der Prozeß der Amerikanisierung, den manche westdeutsche Kulturschaffende als „die Herrschaft des Merkantilismus über Wissenschaft und Kunst" oder als die „Perfektion der Technik" bezeichnen, hat bereits dazu geführt, daß – wie eine westdeutsche Zeitung feststellt – „sich an der Schicht der geistigen Arbeiter oder der freien Berufe eine der schlimmsten Tragödien unserer Zeit vollzieht. Sie beruht auf einer zunehmenden Abwertung der geistigen Arbeit überhaupt. Die Schicht der geistigen Arbeiter droht also zwischen den Mühlsteinen unserer Zeit erbarmungslos zermahlen zu werden ..." Eine deutsche Kulturpolitik hat demgegenüber die Aufgabe, die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auch durch die freie Verbreitung des humanistischen deutschen Kulturgutes in ganz Deutschland vorzubereiten. Gegen die Versuche der Überfremdung hilft uns die Besinnung auf den nationalen Ursprung unserer deutschen Kultur, auf ihre Verbundenheit mit dem Volke, mit der Volkskunst. Gegen die Kräfte der Amerikanisierung setzen wir das gemeinsame Streben deutscher Künstler und deutscher Wissenschaftler in Ost und West nach Zusammenarbeit und für ein neues kulturelles Schaffen, würdig der großen Schöpfungen in der Kulturgeschichte unseres Volkes.

Hatte das Jahr 1945 dazu geführt, daß namhafte Vertreter des deutschen Geisteslebens sich über alle Unterschiede der Parteien in dem Willen zu einem neuen geschichtlichen Handeln vereinten, so fordert die heutige Gefährdung der Existenz und der Zukunft unserer Nation von uns noch dringender: Verständigung, gemeinsame Aktion. Der deutsche Geist muß sich seiner humanistischen Verantwortlichkeit bewußt sein, will er nicht wieder der Wehrlosigkeit anheimfallen. Es gilt die Initiative zu ergreifen, es gilt zu handeln. Nur wenn der Geist Macht wird, wird die deutsche Intelligenz vor ihrem Volk und vor dem Urteil der Geschichte bestehen ...

Zehn Forderungen zur Verteidigung unserer unteilbaren humanistischen Kultur ...

Das Ministerium für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß die folgenden zusammenfassenden zehn Forderungen die nächsten Schritte einer Zusammenarbeit darstellen sollten:

1. Bildung gemeinsamer Körperschaften, die der freien Verbreitung

humanistischer Werke der Literatur und Kunst in ganz Deutschland dienen oder die in einer umfassenden Weise die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands festigen.

2. Zusammenwirken deutscher Akademien, Universitäten, Hochschulen, künstlerischer und wissenschaftlicher Institute, Filmstudios, des Rundfunks, der Volkshochschulen, Bibliotheken und Museen, der Fachverbände der Künstler und Schriftsteller, der wissenschaftlichen Gesellschaften und der einzelnen Künstler und Wissenschaftler zur Pflege der gemeinsamen humanistischen deutschen Kultur.

3. Zusammenarbeit der deutschen Akademien, Schriftstellerverbände und anderer Institutionen zur Pflege, Reinigung und Bereicherung der deutschen Sprache als der wichtigsten Grundlage unserer unteilbaren Kultur. Gemeinsame Publikation auf diesem wie auf anderen wissenschaftlichen und künstlerischen Gebieten.

4. Ungehinderte Gastspielreisen aller deutschen Bühnen, Orchester, Künstler, Chöre und Volkskunstgruppen, Austausch von wertvollen deutschen Spiel- und Kulturfilmen, unabhängig von ihrem Produktionsort, freie Beteiligung aller deutschen Künstler und Kunsthandwerker an Ausstellungen und künstlerischen Wettbewerben, Austausch von Gastvorlesungen, Veranstaltung von Beratungen auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft in allen Teilen Deutschlands.

5. Keine Freiheit aber für Werke, die den Ungeist des Militarismus verbreiten, die zum Krieg oder gegen andere Völker und Rassen hetzen, gemeinsamer Kampf gegen den Mißbrauch von Literatur und Kunst durch die amerikanischen und deutschen Kriegsinteressenten.

6. Schutz für jeden Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler, der sich in seinem Werk und in seiner öffentlichen Haltung für den Frieden und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes einsetzt.

7. Gemeinsame Maßnahmen gegen amerikanische und deutsche Schunderzeugnisse, die die Erziehung der Jugend auf das schwerste gefährden.

8. Gemeinsames Eintreten für eine anständige und der nationalen Würde entsprechende Berichterstattung in Presse, Film und Funk, insbesondere über deutsche Künstler und Wissenschaftler, die in redlicher Weise bemüht sind, die humanistische deutsche Kultur zu fördern. Sachliche Information und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen Humanisten, ungeachtet ihrer parteipolitischen oder weltanschaulichen Grundhaltung.

9. Bereitstellung ausreichender Stipendien für alle begabten Menschen des Volkes, um ihnen das künstlerische und wissenschaftliche Studium zu ermöglichen. Systematischer Austausch der Studienpläne und der Erfahrungen bei der Heranbildung des künstlerischen und wissenschaftlichen

Nachwuchses zwischen Ost- und Westdeutschland. Gesamtdeutsche Vereinbarungen über ein einander angenähertes und gegenseitig gültiges Prüfungswesen an Schulen, Hochschulen und Universitäten.

10. Gemeinsame deutsche Beteiligung an internationalen Ausstellungen, Filmfestspielen und Wettbewerben. Zusammenarbeit im internationalen Erfahrungsaustausch der Künstler und Wissenschaftler. Erschließung des humanistischen Kulturgutes aller Nationen in Ost und West für das deutsche Volk. Keine Verleumdung, sondern objektive Kenntnis auch der schöpferischen Leistungen der Kunst und Wissenschaft der Sowjetunion in ganz Deutschland. Vertretung gemeinsamer deutscher Kulturinteressen gegenüber dem Ausland ...

Das Ministerium für Kultur wendet sich an alle Deutschen, die an einer nationalen Besinnung und Gesundung mitzuarbeiten bereit sind, mit der Bitte um ihre persönlichen Vorschläge. Wir begrüßen jeden Vorschlag und versprechen, ihn eingehend zu prüfen. Wir sind überzeugt, daß auf diese Weise eine sachliche Atmosphäre geschaffen wird und gemeinsam die nächsten Schritte einer Zusammenarbeit verwirklicht werden können ...

Das Ministerium für Kultur erklärt verbindlich, daß jede künstlerische und wissenschaftliche Persönlichkeit, die in Westdeutschland gegen die Wiederaufrüstung kämpft und dadurch ihre Existenz verliert, in der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Rechte und Arbeitsmöglichkeiten wie jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik erhält. Die freiheitlichen westdeutschen Kulturschaffenden können sich darauf verlassen, daß sie in der Deutschen Demokratischen Republik einen festen Rückhalt haben.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 25. März 1954.

75

Aus dem „Ruf an die deutsche Jugend", angenommen vom Gesamtdeutschen Jugendkongreß in Berlin am 4. Juni 1954

Mögen wir in Einzelfragen verschiedener Ansicht sein – wir haben ein großes gemeinsames Interesse: dem Frieden den Weg zu ebnen und dem Krieg den Weg zu verbauen. Dieses Ziel vereint uns alle: junge Gewerkschafter und Naturfreunde, junge Sozialisten und Kommunisten, junge Katholiken und Protestanten, junge Arbeiter und Lehrlinge, junge Bauern und Landarbeiter, Schüler und Studenten. Wir werden es nicht zulassen, daß man uns gegeneinandertreibt. Unabhängig von unseren verschiedenen politischen Auffassungen und religiösen Überzeugungen werden wir uns im Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr vereinen ...

Wir rufen die ganze deutsche Jugend auf, sich für eine Volksbefragung über „Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen oder Durchführung der EVG und des Generalvertrages" einzusetzen . . .

Zur Förderung der Zusammenarbeit haben wir einen Deutschen Jugendring gebildet. Wir rufen alle demokratischen Jugendorganisationen auf, im Deutschen Jugendring als Mitglieder oder Beobachter mitzuarbeiten.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 6. Juni 1954.

76

Aus der Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, über die Lage nach der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung, abgegeben am 4. September 1954

Das Kabinett und die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen kamen einstimmig zu der Feststellung, daß die bisher verfolgte Europa-Politik beibehalten werden müsse. Man ging bei dieser Beschlußfassung davon aus, daß ohne Verfolgung dieser Europa-Politik Deutschland und ganz West-Europa nicht gerettet werden könne. Man war auch einstimmig der Ansicht, daß die bisher von Regierungs-Koalition und Bundesregierung seit 1949 befolgte Europa-Politik das Ansehen und den Einfluß der Bundesrepublik außerordentlich gestärkt habe, so daß man nunmehr mit viel stärkerem Nachdruck außenpolitische Wünsche und Forderungen geltend machen könne, als das etwa im Jahre 1950 möglich gewesen wäre. Man beschloß weiter, von den Besatzungsmächten Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik sowie Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne Diskriminierung zu fordern . . .

Im Ausland, namentlich in der französischen Presse, wurden Einwendungen gegen diese Forderungen geltend gemacht. Man sprach insbesondere von einem Wiedererstehen des deutschen Militarismus, man dürfe unter keinen Umständen dem deutschen Volk das Recht geben, unbegrenzt und unkontrolliert aufzurüsten. Darauf erwidere ich mit allem Nachdruck folgendes: Mit betonter Absicht hat das Bundeskabinett und haben die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen an die Spitze des Beschlusses vom 1. September gestellt, daß die bisherige Europa-Politik von der Bundesrepublik weiter befolgt wird. Diesem obersten Satz ordnen sich die weiteren Forderungen unter. Die Wiederaufrüstung Deutschlands soll in dem Umfang und in der Art geschehen, wie die schon bisher von der

Bundesrepublik befolgte Europa-Politik es nötig macht. Die Bundesrepublik wird bereit sein, sich selbst, auch wenn sie im Besitz der vollen Souveränität ist, die Beschränkungen in der Bewaffnung aufzuerlegen, die die Fortführung der Europa-Politik erforderlich macht.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1954, Nr. 167, S. 1478.

77

Aus den Vorschlägen der I. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm in Westdeutschland, beschlossen am 10. September 1954

1. Für Frieden und Völkerverständigung

Kampf gegen jede Remilitarisierung und Generalvertrag. Für ein einheitliches, demokratisches, unabhängiges und friedliebendes Deutschland ... Für gewerkschaftliche Aktionen gegen die Wiederaufrichtung des Militarismus, gegen die Rekrutierung und gegen die Umtriebe militaristischer und faschistischer Verbände. Für Säuberung der Verwaltung von Faschisten und Militaristen.

2. Für höheren Lebensstandard aller Arbeiter, Angestellten und Beamten

Für eine aktive Lohnpolitik, d. h. Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihre Durchsetzung durch Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel. Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche ...

3. Für Vollbeschäftigung

Für die Entwicklung einer Friedenswirtschaft, die auf der Basis der Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung und der Befreiung der deutschen Wirtschaft von allen ausländischen Bevormundungen und Fesseln die Vollbeschäftigung garantiert. Für freien Handel mit allen Völkern, darunter den natürlichen Wirtschaftspartnern Deutschlands, den Ländern des Ostens und Ausdehnung des Interzonenhandels mit dem Ziel der Wiederherstellung des einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes. Für den Kampf gegen die Montan-Union, die die deutsche Wirtschaft in Fesseln legt, und Austritt aller Gewerkschaftsvertreter aus den Organen der Montan-Union. Für Kampfmaßnahmen gegen Massenentlassungen, gegen Schließung und Einschränkung von Betrieben ...

4. Schutz der Arbeitskraft vor unbotmäßiger Ausbeutung, Sicherung des Achtstundentages und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Für Kampf gegen jede Rationalisierung auf Kosten der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter, die zu Entlassungen führt . . .

5. Soziale Sicherheit und Verbesserung der sozialen Leistungen

Vereinheitlichung und volle Selbstverwaltung der Sozialversicherung unter maßgeblicher Kontrolle der Gewerkschaften. Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung. Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage und Zahlung eines Differenzbetrages zum Krankengeld in Höhe bis zu 90 Prozent des bisherigen Durchschnittsverdienstes durch die Unternehmer für die Dauer von sechs Wochen im Jahr . . .

6. Sicherung des Mitbestimmungsrechtes, ungehinderte gewerkschaftliche Betätigung

Für die Sicherung der Streik- und Koalitionsfreiheit. Für die Aufhebung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes. Für die Durchsetzung der Forderungen auf inner- und außerbetriebliche Mitbestimmung. Für das Recht der Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und Betriebsräte. Für die volle Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb. Für den Kampf gegen jede Art Zwangsschlichtung.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. September 1954.

78

Aus der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954

Die Konferenz der neun Mächte, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika, hat von Dienstag, dem 28. September, bis Sonntag, dem 3. Oktober, in London getagt. Sie behandelte die wichtigsten Probleme der westlichen Welt, Sicherheit und europäische Integration im Rahmen einer dem Frieden und der Freiheit dienenden Atlantischen Gemeinschaft, die in Entwicklung begriffen ist. In diesem Zusammenhang prüfte die Konferenz die Frage, wie die volle Assoziierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Westen sowie der deutsche Verteidigungsbeitrag gewährleistet werden könnten . . .

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten erklären, daß sie die Politik verfolgen, das Besatzungsregime in der Bundesrepublik so bald wie möglich zu beenden, das Besatzungsstatut aufzuheben und die Alliierte Hohe Kommission abzuschaffen. Die Drei Regierungen werden weiterhin bestimmte Verantwort-

lichkeiten in Deutschland wahrnehmen, die sich aus der internationalen Lage ergeben ...

Der Brüsseler Vertrag wird verstärkt und ausgebaut werden, um ihn zu einem wirksameren Kern der europäischen Integration zu gestalten. Zu diesem Zwecke sind folgende Abmachungen vereinbart worden:

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereiterklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfalle wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt ...

15. Die Brüsseler Vertragsmächte haben die nachstehende Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis genommen und bekunden ihr Einverständnis damit:

„Der Bundeskanzler erklärt: daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemischen Waffen oder biologischen Waffen herzustellen, wie sie in der beigefügten Liste unter I, II und III näher beschrieben sind ..."

Die an der Konferenz teilnehmenden Mächte, die Mitglieder der NATO sind, vereinbarten, bei der nächsten Ministertagung des Nordatlantikrats zu empfehlen, daß die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich aufgefordert werden soll, Mitglied zu werden ...

Die Konferenz nahm die Ansicht aller vertretenen Regierungen zu Protokoll, daß die Geltungsdauer des Nordatlantikpaktes als unbegrenzt zu betrachten sei ...

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik, ... erklären, daß

1. sie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige deutsche Regierung betrachten, die frei und rechtmäßig gebildet und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen;

2. sie sich in ihren Beziehungen mit der Bundesrepublik an die in Artikel 2 der Satzung der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze halten werden;

3. eine zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden legen soll, ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt. Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands muß bis zum Abschluß einer solchen Regelung aufgeschoben werden;

4. die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschland durch friedliche Mittel ein grundlegendes Ziel ihrer Politik bleibt;

5. die Sicherheit und das Wohl Berlins und die Aufrechterhaltung der dortigen Stellung der Drei Mächte von den Drei Mächten als wesentliche Elemente des Friedens der freien Welt in der gegenwärtigen internationalen Lage betrachtet werden. Dementsprechend werden sie innerhalb des Gebiets von Berlin Streitkräfte unterhalten, solange ihre Verantwortlichkeiten dies erfordern.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1954, Nr. 188, S. 1663–1665.
Heinrich Brandweiner: Die Pariser Verträge, Berlin 1956, S. 889/890, 892, 896–898.

79

Aus den Grundsätzen für ein Aktionsprogramm der deutschen Gewerkschaftsbewegung, angenommen auf dem 3. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Frankfurt (Main) am 8. Oktober 1954

Der 3. Ordentliche Kongreß des DGB erkennt die Notwendigkeit einer weiteren sofortigen Aktivisierung der Gewerkschaftsarbeit. Er appelliert an jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied und beauftragt die Organe des Bundes und der Gewerkschaften, sich in dem Streben zu vereinen, die Stellung und den Einfluß der Gewerkschaften zu verstärken.

Der 3. Ordentliche Kongreß des DGB bekennt sich erneut zu den grundsätzlichen Beschlüssen des Gründungskongresses des DGB in München. Er muß leider feststellen, daß sowohl die Gesetzgebung als auch das Unternehmertum den Gewerkschaften und damit der Arbeitnehmerschaft die ihnen zukommende Stellung nicht eingeräumt haben und gerade gegenwärtig alles daransetzen, um die Gewerkschaften in ihrer Wirksamkeit zu beschränken und sie mit allen Mitteln zu schwächen.

Der Kongreß hält es deshalb für unumgänglich, durch ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm neben den bisherigen Grundsätzen die nächsten Aufgaben und Ziele festzusetzen.

Als solche erblickt der Kongreß insbesondere

1. den erhöhten Schutz der menschlichen Arbeitskraft durch Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der 5-Tage- bzw. 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich durch den Abschluß entsprechender Tarifverträge;

2. die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter, Angestellten und

Beamten durch weitere Aktivierung der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltspolitik:

3. die Erhaltung der Gesundheit und Sicherung des Alters ohne Not durch Ausbau und Reform der Sozialversicherung:

4. eine Vollbeschäftigungspolitik mit dem Ziele der Sicherung des Arbeitsplatzes:

5. den Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung.

Die Organe des Bundes und der Gewerkschaften werden durch den Kongreß verpflichtet, in der gesamten Öffentlichkeit Verständnis für diese Forderungen sowie Bereitschaft für ihre Unterstützung zu wecken und durch Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel die gestellten Forderungen der Verwirklichung entgegenzuführen.

Der Kongreß appelliert an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Gewerkschaften im Kampf um die Verwirklichung dieser Ziele tatkräftig zu unterstützen. Er ruft die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, sowohl als Gewerkschaftsmitglieder wie als freie, selbstbewußte Staatsbürger von ihren demokratischen Grundrechten vollen Gebrauch zu machen und sich die Stellung zu erkämpfen, die ihnen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zukommt.

Der Bundeskongreß beauftragt die Programmkommission, ihre Aufgaben in diesem Sinne zum festgelegten Zeitpunkt zu erfüllen und auch die Mittel und Wege für die Verwirklichung des zu schaffenden Programms aufzuzeigen.

Protokoll. 3. Ordentlicher Bundeskongreß, Frankfurt (Main), 4. bis 9. Oktober 1954. Hrsg. vom DGB, o. O. o. J., S. 689/690.

80

Aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik, unterzeichnet in Paris am 23. Oktober 1954

Artikel 1

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik ... das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung ...

Artikel 4

(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören ...

(2) Die von den Drei Mächten bisher ausgeübten oder innegehabten und weiterhin beizubehaltenen Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland werden von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt, soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind. Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen ...

Artikel 7

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

Keesing's Archiv der Gegenwart 1954, S. 4804.
Heinrich Brandweiner: Die Pariser Verträge, Berlin 1956, S. 64–66.

81

Aus dem Referat Walter Ulbrichts „Fragen der politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik", gehalten auf der 21. Tagung des ZK der SED am 12. November 1954

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den IV. Parteitag wurde gesagt, daß das Tempo unseres großen Aufbauwerks, die Hebung der Lebenshaltung der Werktätigen und die Entwicklung der Kultur abhängig sind von der Erhöhung der Produktionsleistungen und von einem strengen Sparsamkeitsregime auf allen Gebieten.

Unsere Genossin, die Arbeiterin und Heldin der Arbeit Frida Hockauf, hat dies in die sehr klaren Worte gekleidet: „Wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben." Dieser Satz enthält zwei sehr wichtige Wahrheiten. Erstens sagte Frida Hockauf damit, daß unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Werktätigen die Nutznießer ihrer besseren Leistung sind, das heißt, daß die besseren Leistungen der Arbeiter als Produzenten ihnen auch in ihrer Eigenschaft als Verbraucher zugute kommen. Die Sparsamkeit in der Produktion und in der Verwaltung ist also gleichbedeutend mit wachsendem Wohlstand.

Zweitens sagte Frida Hockauf damit, daß wir nur das mehr verbrauchen können, was wir vorher mehr geschaffen haben. Erst müssen wir Erfolge bei der Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes erreichen, um auf dieser Grundlage weitere Preissenkungen vornehmen und andere Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen durchführen zu können.

Mit ihrer kurzen Losung wirft Frida Hockauf das Sparsamkeitsregime in seiner ganzen Bedeutung auf. Das Ziel des Sparsamkeitsregimes besteht darin, die höchsten Ergebnisse mit den niedrigsten Aufwendungen zu erreichen. Das Sparsamkeitsregime bedingt sorgfältige Behandlung des Volkseigentums, systematische Senkung des Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, ständige Vervollkommnung der Technik und rationelle Verwendung der Arbeitskraft, des Materials und der Hilfsmittel.

Die Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes ist die Grundlage für die Erhöhung der sozialistischen Akkumulation und für die Abführung der akkumulierten Mittel an den Staatshaushalt, um aus dem Staatshaushalt die Maßnahmen zur Erweiterung der Produktion und zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen zu finanzieren ...

Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist die Methode der planmäßigen Wirtschaftsführung in den volkseigenen Betrieben, die die in Geld ausgedrückten Kosten den Ergebnissen der Produktion gegenüberstellt. Sie erfordert die Deckung der betrieblichen Ausgaben durch die Einnahmen

und die Gewährleistung der Rentabilität der Produktion. Ihr Ziel ist es, die Betriebspläne mit dem geringsten Aufwand an Arbeit und Produktionsmitteln zu erfüllen und überzuerfüllen.

Indem die wirtschaftliche Rechnungsführung das Wertgesetz ausnutzt, bietet sie die Möglichkeit genauer Kalkulation, gewissenhafter Rechnungslegung und ständiger Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes. Sie veranlaßt den Werkleiter zu rationellerer Wirtschaftsführung und lehrt ihn, die Produktionsgrößen genau zu berechnen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Selbstkosten der Produktion zu senken und die Rentabilität zu verbessern ...

Die Ausarbeitung der Ökonomik der wichtigsten Industriezweige ist notwendig. Das bedeutet die Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze auf die spezifischen Bedingungen der einzelnen Industriezweige ...

Ein außerordentlich wichtiges Charakteristikum der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist die materielle Interessiertheit des Betriebes, des gesamten Kollektivs der Arbeiter, der Angestellten und des leitenden Personals an der Erfüllung des Planes, an der ständigen und schnellen Steigerung der Produktion, an der sparsamen und rationellen Wirtschaftsführung, an der Gewährleistung der Rentabilität des Betriebes.

In bezug auf die materielle Interessiertheit ist die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung bei uns auf Grund einer Reihe zur Zeit gültiger gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen stark beeinträchtigt.

Die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt, daß ein Teil der erarbeiteten Einnahmen (das heißt des Gewinns) im Betrieb verbleibt zur Finanzierung der bestätigten Investitionen und zur Auffüllung der Umlaufmittel. Bei uns ist das nicht der Fall. Die Gewinne werden an den Staatshaushalt abgeführt, die Investitionen und die Erhöhung der Umlaufmittel werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Der Betrieb hat also gar kein Interesse daran, daß die Gewinne in vollem Umfang und rechtzeitig zur Finanzierung der Aufgaben, die ihn selbst betreffen, zur Verfügung stehen. Deshalb müssen unseres Erachtens die der wirtschaftlichen Rechnungsführung entgegenstehenden Bestimmungen schnellstens beseitigt werden.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. V, 1954–1956,
Berlin 1964, S. 141/142, 145, 148, 151/152.

82

Aus den Beschlüssen und Empfehlungen der III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Leipzig vom 12./13. Dezember 1954

Entschließung der III. Konferenz
der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Die Maschinen-Traktoren-Stationen sind das Hauptmittel der Arbeiterklasse zur Entwicklung unserer Landwirtschaft. Sie sind die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren des Arbeiter-und-Bauern-Staates auf dem Lande. Die Mitarbeiter der Maschinen-Traktoren-Stationen tragen eine hohe Verantwortung für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft.

Durch die Arbeit der Maschinen-Traktoren-Stationen wurden die Feldarbeiten in hohem Grade mechanisiert. Die Maschinen-Traktoren-Stationen müssen jedoch so arbeiten, daß sie den Genossenschaftsbauern helfen, die Hektarerträge aller landwirtschaftlichen Kulturen zu steigern, die Viehbestände zu vermehren und ihre Produktivität zu erhöhen sowie die Innenwirtschaft zu mechanisieren ...

Jetzt kommt es darauf an, in kürzester Frist die Hemmnisse, die in einer Reihe von Genossenschaften noch vorhanden sind, zu beseitigen. Das ist die ungenügende Arbeitsorganisation, die Mißachtung des Leistungsprinzips und die mangelhafte Planung und Rechnungsführung. Es muß Schluß gemacht werden mit der ständigen Verletzung der innergenossenschaftlichen Demokratie und energisch um die Hebung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral gekämpft werden.

Allen Genossenschaftsbauern muß klargemacht werden, daß nur das verteilt werden kann, was produziert worden ist. Auch für sie gilt die Losung: „So wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben."

Beginnen wir mit der Kritik und Selbstkritik an der eigenen Arbeit in unseren Produktionsgenossenschaften, um die Fehler aufzudecken und die Genossenschaftsmitglieder zu ihrer Überwindung zu mobilisieren ...

Die Vermehrung des genossenschaftlichen Reichtums wird um so schneller vor sich gehen, je konsequenter das Leistungsprinzip angewandt wird. Es erhöht das persönliche Interesse jedes Genossenschaftsbauern an den Ergebnissen der genossenschaftlichen Arbeit.

Auf der Grundlage der Musterarbeitsnormen sind in allen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften jetzt, entsprechend den örtlichen Bedingungen, genaue Arbeitsnormen auszuarbeiten. Sie liegen zwischen den durchschnittlichen und den besten Leistungen und müssen für die Masse der Genossenschaftsbauern erreichbar sein.

Jede Genossenschaft soll streng darauf achten, daß jedes Mitglied die von der Mitgliederversammlung beschlossene Mindestzahl an Arbeitseinheiten leistet.

Die Vorstände der Genossenschaften werden darauf hingewiesen, stärker den sozialistischen Wettbewerb zu entfalten, den Wettbewerb von Mann zu Mann und von Brigade zu Brigade auf der Grundlage konkreter, kontrollierbarer persönlicher Produktionsverpflichtungen zu organisieren. Der Wettbewerb wird erfolgreicher sein, wenn die Parteiorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Polit-Abteilungen bei den Maschinen-Traktoren-Stationen die Vorstände dabei politisch besser unterstützen. Die Erfolge des Wettbewerbs sind regelmäßig in kurzen Abständen auszuwerten und die besten Leistungen zu prämiieren ...

Abänderung und Ergänzung der Musterstatuten
der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

4. Im Musterstatut Typ I entfällt in Ziff. 8, im Musterstatut Typ II in Ziff. 10 und im Musterstatut Typ III in Ziff. 16 jeweils im dritten Absatz das Wort „Großbauern".

Diese Absätze erhalten folgende Neufassung:

„In die Genossenschaft können nicht aufgenommen werden: Schieber, frühere Großhändler, Spekulanten, große Grundbesitzer sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen."

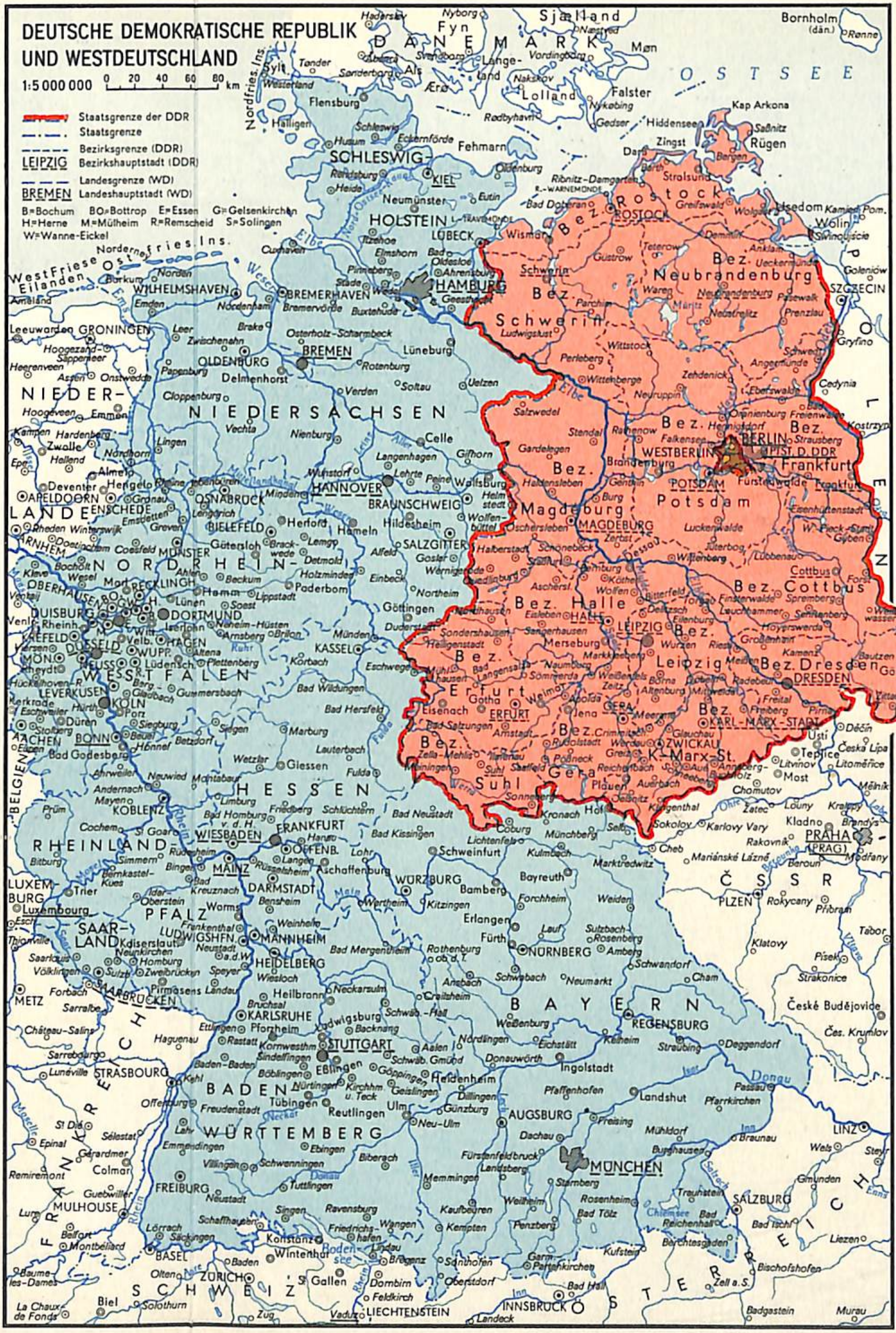
Die III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten
der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
am 12. und 13. Dezember 1954 in Leipzig.
Hrsg. vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
der Deutschen Demokratischen Republik,
(Berlin 1955), S. 244, 246, 248, 295/296.

83

Entschließung des Parteivorstandes der SPD zur internationalen Lage vom 13. Dezember 1954

Das ganze deutsche Volk muß wissen: Es droht die Gefahr einer Zerstörung aller Grundlagen von Viermächteverhandlungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

In Ost und West tritt immer unverhüllter das Bestreben zutage, der militärischen Blockbildung den Vorrang vor Viermächteverhandlungen zu geben und die Teile Deutschlands diesen Blöcken einzuverleiben. Dadurch würden nach dem Willen der Siegermächte zwei deutsche Armeen


DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
UND WESTDEUTSCHLAND
1:5 000 000
0 20 40 60 80 km
Staatsgrenze der DDR
Staatsgrenze
Bezirksgrenze (DDR)
LEIPZIG Bezirkshauptstadt (DDR)
Landesgrenze (WD)
BREMEN Landeshauptstadt (WD)
B=Bochum BO=Bottrop E=Essen G=Gelsenkirchen
H=Herne M=Mülheim R=Remscheid S=Solingen
W=Wanne-Eickel
DÄNEMARK
OSTSEE
SCHLESWIG-HOLSTEIN
NIEDERSACHSEN
NIEDERLANDE
NORDRHEIN-WESTFALEN
HESSEN
RHEINLAND-PFALZ
SAARLAND
BADEN-WÜRTTEMBERG
BAYERN
BELGIEN
LUXEMBURG
FRANKREICH
SCHWEIZ
LIECHTENSTEIN
ÖSTERREICH
ČSSR
POLEN
Bez. Rostock
Bez. Neubrandenburg
Bez. Schwerin
Bez. Magdeburg
Bez. Potsdam
Bez. Frankfurt
Bez. Cottbus
Bez. Halle
Bez. Leipzig
Bez. Dresden
Bez. Erfurt
Bez. Gera
Bez. Suhl
Bez. K-Marx-St.
BERLIN HPTST. D. DDR
WESTBERLIN

entstehen und bei möglichen Konflikten zwischen den beiden Machtblöcken die Gefahr des deutschen Bruderkrieges in unmittelbare Nähe rücken.

Die Sozialdemokratie bekennt sich vorbehaltlos zu einer Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze und zur friedlichen Regelung aller Streitfragen. Sie warnt vor dem verhängnisvollen Versuch, durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesperrt würde. Die Gefahr einer neuen Verschärfung der internationalen Gegensätze würde durch solche militärischen Tatsachen heraufbeschworen.

Vom deutschen Bundestag und von der Bundesregierung fordert die Sozialdemokratie äußerste Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Teilung Deutschlands unabänderlich wird. Jede Möglichkeit der Einflußnahme in der Richtung der Einleitung von Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands muß genützt werden.

Die Sozialdemokratie richtet an die demokratischen Kräfte in der Welt, insbesondere an die Parteien der Sozialistischen Internationale, den dringenden Appell, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die westlichen Besatzungsmächte sich für die Aufnahme von Viermächteverhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands entscheiden und unverzüglich an deren Vorbereitung auf diplomatischem Wege gehen.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55, (Hannover-Bonn) o. J., S. 330.

84

Aus dem Brief des ZK der SED an den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD, an den Bundesvorstand des DGB und alle Mitglieder der Gewerkschaften, an die Mitglieder der katholischen Arbeiterbewegung vom 18. Januar 1955

Werte Genossen und Kollegen!

Nur noch kurze Zeit ist bis zur Entscheidung des Bonner Bundestages über die Ratifizierung der Pariser Verträge. Die Ratifizierung dieser verhängnisvollen Verträge würde die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines Friedensvertrages verhindern und die Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes bedeuten. Diese Verträge, deren Kernstück das Wiedererstehen des Militarismus und die langandauernde Spaltung Deutschlands ist, bedrohen unmittelbar die Arbeiterklasse Westdeutschlands, sie richten sich gegen ihre fried-

lichen, demokratischen und sozialen Interessen und setzen unser Volk der Gefahr eines neuen Krieges aus. Die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern dürfen nicht zulassen, daß sich in Westdeutschland die Entwicklung von 1932 bis 1939 wiederholt ...

Die Forderung der westdeutschen Arbeiter, die auch im Beschluß des Parteivorstandes der SPD und in zahlreichen Beschlüssen von Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen ihren Niederschlag gefunden hat, die Pariser Verträge nicht zu ratifizieren, sondern Verhandlungen zur friedlichen Regelung der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit aufzunehmen, entspricht dem von uns mit Nachdruck verfochtenen Standpunkt; sie wurde von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wie von allen auf der Konferenz europäischer Staaten in Moskau vertretenen Regierungen erhoben.

Wenn wir in den nationalen Gegenwartsaufgaben der deutschen Arbeiterklasse weitgehendst gleiche Auffassungen und Interessen haben, dann ist es das naheliegendste, daß sich alle Arbeiterparteien und Organisationen in ganz Deutschland zusammenfinden und sich über ihr gemeinsames Vorgehen gegen Reaktion und Militarismus verständigen ...

Es entspricht nicht den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, wenn sich einige Führer der SPD und des DGB zwar in Worten für die Wiedervereinigung Deutschlands aussprechen, aber in der Tat Verhandlungen mit der DDR und der SED ablehnen. Wer aufrichtig für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands eintritt, der muß verhandeln. Ohne Verhandlungen und Verständigung der Deutschen untereinander kann auch nicht eine einzige Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden. Auch zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen bedarf es Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn Führer der SPD und des DGB mit dem amerikanischen Hochkommissar Conant und mit Adenauer verhandeln können, wenn die SPD und der DGB führende Funktionäre zur Mitarbeit in die Montanunion der Rüstungskonzerne entsenden, so erhebt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, sich mit den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an einen Tisch zu setzen, um über gemeinsame Maßnahmen der deutschen Arbeiterklasse gegen die Pariser Verträge und zur Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes zu beraten? ...

Im Interesse der gemeinsamen Sache schlagen wir Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen in beiden Teilen Deutschlands über folgende Punkte vor:

1. Durchführung gemeinsamer Kundgebungen in Westdeutschland, in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Ratifi-

zierung und Durchführung der Pariser Verträge – für die Wiedervereinigung Deutschlands, für einen Friedensvertrag, für die Verständigung aller europäischen Staaten über die kollektive Sicherheit in Europa. Auf diesen Kundgebungen sollen führende Vertreter aller Arbeiterparteien und der beiden großen Gewerkschaftsverbände aus ganz Deutschland in voller Freizügigkeit das Wort ergreifen.

2. Durchführung von Volksabstimmungen gegen die Pariser Verträge, für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

3. Beratung über gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955.

4. Beratung über Fragen der Gestaltung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Zur Durchführung dieser Beratungen sind wir bereit, mit den Vertretern Eurer Organisationen zusammenzukommen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. V, Berlin 1956, S. 212, 214, 216–218.

85

Aus dem Aufruf der Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch" der MTS Schönebeck-Nord „Mehr ernten und billiger arbeiten" vom 21. Januar 1955

Bei der Auswertung des 21. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der ersten zentralen Konferenz des Zentralkomitees der SED zur Verbesserung der Arbeit in den MTS in Schwerin haben wir in unserer Brigade die bisherige Arbeit überprüft und ziehen daraus die Schlußfolgerungen, die Senkung der Selbstkosten mit der Dieter-Weichard-Bewegung zu verbinden und, wie die Traktoristen von der MTS „Wilhelm Pieck" Obhausen, die sozialistischen Arbeitsprinzipien in unserer Brigade zu verwirklichen: „Nicht nur durch Qualitätsarbeit höhere Erträge zu erreichen, sondern auch gleichzeitig die Kosten je dz des jeweiligen Ernteertrages senken!"

Jedes Brigademitglied verpflichtet sich, die ihm persönlich im Rahmen des Brigadeplanes übertragenen Aufgaben im sozialistischen Wettbewerb von Mann zu Mann verantwortungsbewußt und in bester Qualitätsarbeit zu erfüllen, die ihm persönlich übergebenen Traktoren und Geräte im Zweischichtensystem voll auszunutzen, das ihm persönlich anvertraute Volkseigentum durch die Einhaltung der Pflegegruppen zu schonen und

die Einsatzdauer der Traktoren und Geräte zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir folgende Maßnahmen ausführen:

1. Die gründliche Durchführung der Winterschulung in unserer MTS und ein persönliches Qualifizierungsziel für jedes einzelne Brigademitglied schaffen die Voraussetzung, mit den uns in die Hände gegebenen Traktoren und Geräten Höchstleistungen zu vollbringen und jede Arbeit nach den günstigsten agrotechnischen Terminen auszuführen.

Die Brigademitglieder verpflichten sich, sich weiter zu qualifizieren.

2. Um die volle Verantwortlichkeit jedes Traktoristen und Schichttraktoristen zu gewährleisten, werden bereits bei der Aufschlüsselung des Jahresplanes nicht nur die einzelnen Flächen, sondern gleichzeitig die hierzu vorgesehenen Kosten an Lohn, Treib- und Schmierstoffen, Reparaturen und Gemeinkosten der Brigade für jeden einzelnen Traktoristen festgelegt. Damit schaffen wir gleichzeitig die Voraussetzung, daß von jedem Traktoristen das persönliche Konto richtig geführt wird.

3. Die Hektarerträge im Durchschnitt um 20 Prozent zu erhöhen ...

5. Durch die Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten werden wir in der LPG „Otto Kresse", Felgeleben, die Arbeiten zu 95 Prozent mechanisieren ...

In Auswertung unserer Erfahrungen im Jahre 1954 und der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Sowjetunion wollen wir während der Frühjahrs- und Erntekampagne in der LPG Felgeleben die Fließbandarbeit anwenden.

6. Auf dem Gebiet der Produktion verpflichten wir uns, im Jahre 1955 pro E-Traktor (30 PS) 500 ha mittleres Pflügen zu leisten. Die Traktoristen Brigitte Treuthard und Nickel, IFA 40 PS, und die Freunde Samm, Mittelstädt und Schmidt, KS 62, verpflichten sich, mit ihren Traktoren 1000 hm im Jahre 1955 zu leisten.

Die LPG „Otto Kresse" verpflichtet sich, der Brigade 20 Prozent der Prämie der Feldbaubrigade für die Ertragsübererfüllung auszuzahlen.

Um mitzuarbeiten, das strenge Sparsamkeitsregime auch bei der LPG durchzusetzen, wurde zwischen den Vorsitzenden der LPG und der Traktorenbrigade vereinbart, die Traktoristen mit an der Einsparung der direkten Produktionskosten zu beteiligen ...

Unser Brigadekollektiv stellt sich mit der Verwirklichung dieses Kampfplanes das Ziel, für 1166,– DM mehr zu produzieren bei einer Senkung der Produktionskosten je dz von 2,20 DM; gleichzeitig die Selbstkosten je hm von 37,89 DM im Jahre 1954 auf 27,– DM im Jahre 1955 zu senken.

Wir, die Mitglieder der Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch" der MTS Schönebeck-Nord, rufen alle Brigaden der Deutschen Demokratischen Republik auf, mit uns gemeinsam das Jahr 1955 zum erfolgreichsten Jahr des ersten Fünfjahrplanes werden zu lassen.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 21. Januar 1955.

86

Deutsches Manifest der Paulskirchenbewegung, beschlossen in Frankfurt (Main) am 29. Januar 1955

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächtevereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern. Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55, (Hannover-Bonn) o. J., S. 354.

87

Entschließung der 19. Tagung des Parteivorstandes der KPD „Noch entschlossener gegen die Pariser Verträge!" vom 13. März 1955

Das deutsche Volk hat seine Ablehnung der Pariser Kriegsverträge in eindrucksvollen Aktionen bekundet. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland stellte sich an die Spitze des nationalen Kampfes. Nie zuvor erreichte die Volksbewegung gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus eine solche Breite und Stärke.

Durch die Zustimmung der reaktionären Mehrheit des Bundestages zu den Pariser Verträgen ist eine neue Lage in Westdeutschland entstanden. Die Ratifizierung der Pariser Verträge vertieft die Spaltung und versperrt den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigung eines militarisierten Westdeutschlands mit der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist unmöglich. Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge werden Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gegenstandslos. Wer für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ist, muß für die Beseitigung der Pariser Verträge kämpfen.

Das deutsche Volk kann und wird die Entscheidung des Bundestages niemals anerkennen, denn die Pariser Verträge sind eine furchtbare Bedrohung des Friedens in Europa und der Existenz unserer Nation; ihre Ratifizierung durch den Bundestag wurde gegen den eindeutig bekundeten Willen unseres Volkes vorgenommen. Der Kampf gegen die Pariser Verträge geht weiter; er muß mit noch größerer Kraft geführt werden.

Gegen die Durchführung der Pariser Verträge kämpfen heißt:

die Bewegung für die Volksbefragung in größter Breite entfalten,

die Rekrutierung verhindern und sich schützend vor die Jugend stellen,

alle Anschläge auf die demokratischen Rechte und Freiheiten unseres Volkes abwehren,

für ein besseres Leben der Werktätigen kämpfen.

Die Arbeiterklasse erfüllt ihre große nationale Aufgabe als Führerin unseres Volkes, indem sie sich an die Spitze dieses Kampfes gegen die Durchführung der Pariser Verträge und für ihre Beseitigung stellt. Das erfordert vor allem die Herstellung und Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Um die geeinte Arbeiterklasse werden sich auch die Gegner der Remilitarisierung aus der Bauernschaft, der Intelligenz und dem Bürgertum sammeln.

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands begrüßt, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik die Forderung nach unmittelbarer Entscheidung des Volkes aufgegriffen und

vorgeschlagen hat, eine Volksbefragung in ganz Deutschland durchzuführen über die Frage:

„Sind Sie für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 und für das in der Frankfurter Paulskirche angenommene Deutsche Manifest oder für die Pariser Kriegsverträge?"

Die Durchführung der Volksbefragung mit der Sicherung der demokratischen Rechte, wie sie die Volkskammer vorgeschlagen hat, würde beweisen, daß gesamtdeutsche, freie Wahlen in diesem Jahr möglich sind, ihr Zustandekommen erleichtern und beide Teile Deutschlands einander näherbringen.

Es gibt keine Kraft, die sich dem Willen des Volkes widersetzen kann, wenn die Forderung nach der Volksbefragung überall erhoben wird – in den Betrieben und Gewerkschaften, in der SPD, in Sportvereinen und Jugendverbänden, in den Frauenorganisationen, in den Interessenvereinigungen der Bauern, der Mittelschichten und der Intelligenz, in den Umsiedlerorganisationen und in den Verbänden der Kriegsbeschädigten, überall in Stadt und Land. Jeder Deutsche, der die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes will, kann der Idee der Volksbefragung durch seine Mitarbeit in den Ausschüssen zum Sieg verhelfen, indem er dazu beiträgt, das Volk über die Gefahren der Kriegsverträge aufzuklären und den großen Gedanken der Volksabstimmung zu verbreiten.

Es wäre verhängnisvoll zu glauben, wie das einige Führer der SPD und des DGB tun, nach der Zustimmung des Bundestages zu den Pariser Verträgen müsse man „sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen". Das würde bedeuten, sich mit der durch die Ratifizierung der Pariser Verträge wachsenden Gefahr des Krieges und der Vertiefung der Spaltung Deutschlands auf lange Zeit abzufinden und damit einer für unser Volk verhängnisvollen Entwicklung ihren Lauf zu lassen. Man muß der Gefahr mutig begegnen, sie mit vereinten Kräften abwenden.

Der starke Widerstand der Arbeiter vor und während der Ratifizierungsdebatte im Bundestag hätte zu weit größeren Ergebnissen geführt, wenn sich die Führer der SPD und des DGB auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse orientiert hätten. Das hätte bedeutet, die Kräfte des Paulskirchen-Kreises fest zusammenzuschließen und eine einheitliche Front aller Gegner der Pariser Verträge zu bilden.

Wenn Führer der SPD und des DGB erklären, man müsse „bei der Durchführung der Pariser Verträge mitarbeiten, um das Schlimmste abzuwenden", so ist das falsch und gefährlich. Mitarbeit an der Durchführung der Pariser Verträge verhindert niemals das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, sondern täuscht das Volk über die große Gefahr der Remilitarisierung Westdeutschlands. Beseitigung der Pariser Verträge

– das ist die Aufgabe. Die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk hat die Kraft, dieses Ziel zu erreichen.

Die deutschen Militaristen und Imperialisten werden nichts unversucht lassen, um sofort an die Durchführung der Pariser Verträge zu gehen. Schon liegen das Gesetz zur Rekrutierung der Jugend und die Diktaturparagraphen bereit. Schon geht die Adenauer-Gruppe zu verschärften Angriffen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes über. Das beweisen der Prozeß gegen unsere Partei in Karlsruhe, die Verbote demokratischer Organisationen, die Terrorurteile gegen zahlreiche aufrechte Kämpfer für Frieden, Einheit und Freiheit sowie die Angriffe gegen die Gewerkschaften und auch gegen die SPD. Die demokratischen Rechte und Volksfreiheiten verteidigen heißt darum, die Pariser Verträge zu Fall zu bringen.

Der Angriff auf die Lebenslage der werktätigen Massen wird verschärft, um auf ihre Schultern die Kosten der Wiederaufrüstung abzuwälzen. Für die Rüstungsinteressenten und Militaristen bedeutet die Remilitarisierung Westdeutschlands wachsende, noch nie dagewesene Profite; sie bringt den Werktätigen wachsende Ausbeutung, steigende Preise, Senkung der Sozialleistungen, erhöhte Steuerlasten und damit sinkenden Lebensstandard, zunehmende Verelendung und Ruin. Darum ist der Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen um Lohn und Brot, ist die Forderung der Bergarbeiter an der Ruhr auf 12prozentige Lohnerhöhung Kampf gegen die Pariser Verträge.

Vor der Arbeiterklasse, vor der Bevölkerung Westdeutschlands stehen Aufgaben von höchster Verantwortung. Nun muß das Volk entscheiden:

Für die Beseitigung der Pariser Verträge, damit der Weg frei wird zu gesamtdeutschen, freien Wahlen im Jahre 1955.

Düsseldorf, den 13. März 1955 Kommunistische Partei Deutschlands
Parteivorstand

Freies Volk (Düsseldorf), 16. März 1955.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann,
Berlin 1965, S. 492–494.

88

Aus dem Brief der Werktätigen des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau", Wildau, und des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow an das ZK der SED vom 18. März 1955

Wir verfügen über alle Mittel und Möglichkeiten, um aus der Verlustwirtschaft herauszukommen und Gewinne an den Staat abzuführen. Der Weg dazu ist die ständige Senkung der Kosten der Produktion. Nach

gründlicher Prüfung der jedem einzelnen Betrieb gegebenen Möglichkeiten verpflichten wir uns gegenüber dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1955 zu folgendem:

1. VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau", Wildau

a) Im Jahre 1954 nahmen wir staatliche Zuschüsse in Höhe von 3,4 Millionen DM in Anspruch. Im Jahre 1955 verzichten wir auf jeden staatlichen Zuschuß.

b) Im Jahre 1955 werden wir 300 000 DM Gewinn an den Staatshaushalt abführen.

2. VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow

a) Im Jahre 1954 nahmen wir staatliche Zuschüsse in Höhe von 798 000 DM in Anspruch. Im Jahre 1955 verzichten wir auf jeden staatlichen Zuschuß.

b) Im Jahre 1955 werden wir 100 000 DM Gewinn an den Staatshaushalt abführen.

Diese Verpflichtungen sind das Resultat einer gründlichen Beratung der gesamten Belegschaft beider Betriebe ... Um unsere Verpflichtung zu erfüllen, werden wir folgende Maßnahmen durchführen:

Wir werden beharrlich um die Steigerung der Arbeitsproduktivität kämpfen. Damit alle Arbeiter aktiv daran teilnehmen können, werden wir die Pläne jeden Monat bis auf die Abteilungen und Brigaden aufschlüsseln. Wir werden unsere Produktion weiter planmäßig mechanisieren, die vorhandene Technik besser nutzen, Neuerermethoden einführen, die Kapazitäten unserer Maschinen und Aggregate ausnutzen, die Qualität verbessern, den Ausschuß senken, technisch begründete Arbeitsnormen schaffen, die Arbeitsorganisation, Technologie und Arbeitsvorbereitung verbessern.

Wir werden ständig um die sparsamere Verwendung und bessere Ausnutzung des Materials kämpfen. Zu diesem Zweck werden wir für alle Materialien, Hilfsstoffe und Energie Verbrauchsnormen schaffen, für die Arbeiter und Brigaden Persönliche Konten zur Materialeinsparung einrichten und unsere Material- und die Lagerbestände an Fertigwaren verringern.

Wir werden einen energischen Kampf um die Senkung der Gemeinkosten führen. Zu diesem Zweck werden wir unsere Aufmerksamkeit auf die Verminderung des Verwaltungsapparates richten, dafür sorgen, daß unsere Abteilungs- und Produktionsleiter regelmäßig vor der Werkleitung Rechenschaft über die Erfüllung des Planes ablegen, eine richtige Anleitung erhalten und ihre Verantwortung für die Planerfüllung erhöhen. Wir werden einen energischen Kampf für die allseitige Kürzung der Wirtschaftsausgaben führen und die Leichtfertigkeit in der Verwendung von staatlichen Mitteln beseitigen.

Zur breiten Beteiligung der Massen an diesem Kampf werden wir den sozialistischen Wettbewerb durch Aufforderung von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Abteilung zu Abteilung auf der Grundlage konkreter Produktionsverpflichtungen organisieren, täglich für die Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse an Wettbewerbstafeln sorgen, die Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen organisieren, in den Produktionsberatungen alle Fragen zur Beseitigung der Verluste und Erreichung einer rentablen Produktion behandeln, die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung auf die Lösung dieser Aufgaben lenken und für eine allgemeinverbindliche sozialistische Arbeitsdisziplin sorgen ...

Wir sind der Auffassung, daß in allen sozialistischen Betrieben der gleiche Weg beschritten werden sollte. Deshalb rufen wir die Belegschaften aller Maschinenbaubetriebe, die mit Verlust arbeiten und den Gewinnplan nicht erfüllten, sowie die Belegschaften gleicher Betriebe der Schwerindustrie, der Lebensmittel- und Leichtindustrie, des Bauwesens, der Verkehrsbetriebe, der Post- und Fernmeldebetriebe, des Handels und der Landwirtschaft auf, sich unserem Vorgehen anzuschließen ...

Kämpft mit uns in allen Betrieben unter der Losung: „Weg mit den Verlusten – für eine hohe Rentabilität der Betriebe – für ein besseres Leben", damit das Jahr 1955 zum erfolgreichsten Jahr unseres Fünfjahrplanes wird.

Neues Deutschland (B) (Berlin), 18. März 1955.

89

Aus dem Programm der SPD zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, beschlossen vom Parteivorstand der SPD am 29. April 1955

Seit über vier Jahren steht nun die Frage der deutschen Einheit als einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Um so bedauerlicher und unverständlicher ist es, daß bis auf den heutigen Tag die Bundesregierung kein fest umrissenes Grundsatzprogramm darüber bekanntgegeben hat, wie sie sich eine erfolgversprechende, auf die positive Lösung der deutschen Fragen gerichtete Politik vorstellt. Sie hat auch keine Vorschläge in einem der Ausschüsse des Bundestages oder in direkter Fühlungnahme zwischen ihren Vertretern und den Vertretern der Opposition zur Beratung gestellt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält es daher für dringend geboten, ihrerseits ein Programm konkreter „Erwägungen zu den bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wieder-

vereinigung" vorzulegen. Diese Erwägungen sind der zusammenfassende Niederschlag und die Fortentwicklung von Gedanken, die seit Jahren von berufener sozialdemokratischer Seite bei verschiedensten Gelegenheiten auch in breitester Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind. Die SPD geht dabei von der unbestrittenen Voraussetzung aus, daß die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit nur und ausschließlich durch ein von allen Beteiligten, also auch vom deutschen Volk, gebilligtes Übereinkommen aller vier Mächte herbeigeführt werden kann ...

Der internationale Status Gesamtdeutschlands steht im engen Konnex mit der Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen. Gesamtdeutschland würde in dem kollektiven europäischen, also regionalen Sicherheitssystem im Rahmen der UNO vollberechtigter und vollverpflichteter Partner sein. Dabei ist klarzustellen, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht die Absicht hat, Mitglied des einen oder des anderen Militärblocks zu werden. Das aber wäre weder Neutralismus noch Neutralität, denn es würde sich durch Aufstellung eigener Truppen verpflichten, an der Garantierung und Verteidigung der Sicherheit innerhalb der Bestimmungen der Vereinten Nationen voll mitzuwirken. Diese Eingliederung wäre das Ergebnis einer frei auszuhandelnden Vereinbarung zwischen den Partnermächten und der frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Bis dahin aber sollte schon die Bundesrepublik eine solche Vereinbarung als ihr festes Ziel erklären und auch darauf hinwirken. In diesem Zusammenhang muß aber auch absolut klargemacht werden, daß die Bundesregierung es nicht als ihr Ziel anstrebt, die Bundesrepublik dem westlichen Militärblock einzugliedern, so wenig wie es möglich sein darf, daß Mitteldeutschland, also die sowjetisch besetzte Zone, dem östlichen Militärblock eingefügt wird ...

In freien und international kontrollierten Wahlen in ganz West- und Mitteldeutschland und in Berlin wird eine Nationalversammlung gewählt, die verfassungsgebend, regierungsbildend und gesetzgebend tätig wird. Sie entspricht damit der Weimarer Nationalversammlung des Jahres 1919 und gibt der von ihr gebildeten Zentralregierung die Grundlagen für ihre Arbeit. Diese gesamtdeutsche Zentralregierung ist der Partner der beteiligten Mächte für Friedensverhandlungen, die unverzüglich einzuleiten wären ...

Das Inkrafttreten der Pariser Militärverträge wird sich in jedem Stadium der Vorbereitung und Durchführung von Vier-Mächte-Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als ein Faktor größter Schwierigkeiten erweisen. In dieser entscheidenden Frage stehen sich West und Ost in ihren Auffassungen schroff gegenüber ... Dieses effektive Dilemma sollte die deutsche Seite nach Auffas-

sung der SPD durch folgende Vorschläge für die Vier-Mächte-Verhandlungen aufzulösen versuchen:

1. Ersetzung der Pariser Verpflichtungen

Die militärischen Verpflichtungen, die der Bundesrepublik durch die Pariser Militärverträge auferlegt werden, sollten durch neue Vereinbarungen aufgehoben oder ersetzt werden. Diese Vereinbarungen wären zwischen den vier Mächten und Deutschland zu treffen. Sie würden eine Lösung im Rahmen eines regionalen europäischen Sicherheits-Abkommens beinhalten.

2. Ausbau der Westeuropäischen Union

Eine solche denkbare Lösung wäre etwa der Ausbau der Westeuropäischen Union zu einer Organisation, zu der alle europäischen Staaten Zutritt hätten. In ihr würde das wiedervereinigte Deutschland die entsprechenden und für alle Partner gleichmäßig geltenden Verpflichtungen auch militärischer Art übernehmen.

3. Interims-Lösung: Aussetzung der Pariser Verträge.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55, (Hannover-Bonn) o. J., S. 341–346.

90

Aus dem „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik", abgeschlossen in Warschau am 14. Mai 1955

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten, und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist, und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen.

Hierbei werden sich die vertragschließenden Seiten dafür einsetzen, in Vereinbarung mit anderen Staaten, die diesbezügliche Zusammenarbeit wünschen, wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen zu ergreifen.

Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, beraten und sich dabei von den Interessen der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit leiten lassen.

Sie werden sich im Interesse der Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit untereinander unverzüglich jedesmal beraten, wenn nach Meinung einer der Seiten die Gefahr eines bewaffneten Überfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht.

Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Überfalles in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich scheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind ...

Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu beschützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Artikel 6

Zur Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Vertrages entstehen, wird ein politischer beratender Ausschuß gebildet, in den jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter delegiert.

Der Ausschuß kann, wenn es erforderlich ist, Hilfsorgane schaffen.

Artikel 7

Die vertragschließenden Seiten übernehmen die Verpflichtung, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen.

Artikel 8

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß sie im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.

Artikel 9

Dieser Vertrag steht anderen Staaten zum Beitritt offen, die, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihre Bereitschaft bekunden, durch Teilnahme an diesem Vertrag zur Vereinigung der Anstrengungen der friedliebenden Staaten zum Zwecke der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen. Dieser Beitritt wird mit dem Einverständnis der Teilnehmerstaaten des Vertrages nach der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bei der Regierung der Volksrepublik Polen in Kraft treten ...

Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit ...

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II,
Von der Souveränitätserklärung am 25. März 1954
bis zur Warschauer Konferenz (11. bis 14. Mai 1955),
Berlin (1955), S. 233–236.

91

Aus dem Referat Walter Ulbrichts
„Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland", gehalten auf der 24. Tagung des ZK der SED am 1. Juni 1955

Die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands und die ständige Hebung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes erfordern, daß wir nicht nur in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern ebenso auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik Westdeutschland überlegen sind.

Aus den Beschlüssen der Warschauer Konferenz ergibt sich für die Deutsche Demokratische Republik auch die hohe Aufgabe, die Leistungen von Wissenschaft und Technik zu erhöhen und damit unseren deutschen Beitrag für den Fortschritt von Wissenschaft und Technik im Lager des Sozialismus und der Demokratie zu leisten und dazu beizutragen, daß unsere Staaten die Überlegenheit gegenüber den Staaten des westlichen Monopolkapitals unter Beweis stellen.

Die Förderung der Wissenschaft ist aber auch notwendig im Kampf gegen die menschheitsfeindliche Ideologie, die vom amerikanischen und westdeutschen Imperialismus mittels Rundfunk, Literatur und in Vorträgen verbreitet wird. Die patriotischen Kräfte in Deutschland haben eine hohe nationale Verantwortung für die Pflege der großen Tradition der deutschen Wissenschaft und Kultur und für die Verhinderung des Eindringens der menschheitsfeindlichen Ideologie des amerikanischen Imperialismus ...

Die Einführung der neuesten Technik ist das ausschlaggebende Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das wird von zahlreichen Betrieben und Hauptverwaltungen nicht erkannt. Jeder Betrieb muß darauf bedacht sein, die Qualität seiner Erzeugnisse zu steigern. In vielen Betrieben ist hierzu aber eine intensive wissenschaftlich-technische Arbeit notwendig, um ein höheres Produktionsniveau zu erreichen. Es braucht hier nur an die Produktion von Edelstählen in der Deutschen Demokratischen Republik erinnert zu werden. Ihre Qualität kann nur durch energisch betriebene wissenschaftliche Arbeiten erhöht werden. Wir haben in unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung ein beachtliches Niveau erreicht. Es ist aber notwendig, dieses Niveau um ein Vielfaches zu überschreiten. Und der entscheidende Schritt hierzu ist, mit der bei verschiedenen Hauptverwaltungen und in Betrieben vorhandenen Unterschätzung wissenschaftlicher Arbeit Schluß zu machen.

Der Stand der wissenschaftlichen Arbeit von heute ist der Stand der Produktion von morgen. Was wir heute in der wissenschaftlichen Arbeit

versäumen, wird uns morgen Einbuße und Verluste im Export einbringen ...

Worauf kommt es in der Industrie an?

1. Verbesserung der Leitung der Industrie, besonders der Arbeit der Hauptverwaltungen. Entfaltung der Kritik und Selbstkritik und strenge Kontrolle im Interesse des Kampfes gegen Bürokratismus und Schlendrian in der Verwaltung. Die Minister, Staatssekretäre und Hauptverwaltungsleiter wie die anderen verantwortlichen Staatsfunktionäre sollen als ihre wichtigste Aufgabe betrachten:

a) Erforschung der Bedürfnisse der Wirtschaft und Ergreifung der notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung der von ihnen geleiteten Industriezweige durch Ausarbeitung und Einführung der neuen Technik, Vervollkommnung der Technologie der Produktion, Steigerung der Arbeitsproduktivität, bessere Ausnutzung der vorhandenen Ausrüstungen und Produktionsflächen, Festigung der staatlichen Disziplin und Sicherung der Planerfüllung durch jeden Betrieb in allen Positionen, darunter besonders in bezug auf Sortiment, Qualität, Senkung der Selbstkosten der Produktion.

b) Studium und umfassende Verbreitung all des Neuen und Fortschrittlichen, das es sowohl in der eigenen als auch in der ausländischen Industrie gibt. Ausrichtung der Hauptanstrengung auf die Entwicklung besserer Maschinen und Mechanismen, auf die bessere Organisation der Produktion und die umfassende Einführung einer neuen, vollkommeneren Technologie.

c) Einschränkung und Verbilligung des administrativen Verwaltungsapparates, wobei man sich davon leiten lassen muß, daß die Hauptaufgabe des Verwaltungsapparates in der Organisation der Produktion materieller Werte bei einem minimalen Arbeitsaufwand besteht, daß man in der Verwaltung mit einem Minimum an Menschen auskommen muß, das heißt mit soviel Menschen, wie für die reibungslose Arbeit der Produktion erforderlich sind.

2. Weitere Verbesserung der Produktion und Sicherung der vollen Ausnutzung der Kapazität durch rechtzeitige Auftragswerbung. Der jetzige Zustand, daß in Betrieben Maschinen und Instrumente produziert werden, die durch die Entwicklung in anderen Ländern überholt sind, muß überwunden werden. In jedem Betrieb ist genau festzulegen, wie die moderne Technik eingeführt wird. Um die Ausrüstung der Betriebe mit modernen Maschinen zu verbessern, ist die Investitionspolitik zu verändern, indem die Investitionssumme erhöht und für die Ausrüstung der Betriebe, für die Einführung der modernen Technik mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden ...

Es kommt jetzt darauf an, daß die Partei- und Wirtschaftsfunktionäre

eine feste Orientierung auf die höchstmögliche Ausnutzung der Produktionskapazitäten nehmen. Die Kontrolle des Ausnutzungsgrades und der Kampf um seine Erhöhung müssen zur Sache der Grundorganisation und der Parteigruppe werden.

3. Die exakte Ausarbeitung der Ökonomik der einzelnen Industriezweige hat durch die Verbesserung der Arbeit der Hauptverwaltung, durch die ökonomischen Konferenzen und Produktionsberatungen Fortschritte aufzuweisen. Wir müssen einen rhythmischen Ablauf der Produktion erreichen. Das erfordert, daß die Hauptverwaltungen die Kritik der technischen Intelligenz wie der Arbeiter und Angestellten sehr ernst nehmen und die Fehler beseitigen. Die Planung und Materialbeschaffung, die Betriebsarbeitsorganisation, die Kooperierung muß mit größter Genauigkeit ausgeübt werden. Das erfordert eine Verbesserung der Arbeitsweise in den Hauptverwaltungen, aber auch eine Verbesserung der Struktur der Werkleitung. Das Studium der Ökonomik des Industriezweiges Fahrzeugbau ergab, daß die 54 Betriebe nach 15 verschiedenen Betriebsstrukturen aufgebaut sind. Es ist notwendig, auf Grund gründlicher Studien von Brigaden, die aus qualifizierten Fachleuten bestehen, Rahmenstrukturpläne auszuarbeiten für Mittel- und Großbetriebe.

4. Es ist notwendig, daß sich die technischen Leiter der Werke, der Forschungsinstitute und der Hauptverwaltungen mit der Typisierung, Mechanisierung und Automatisierung in den Betrieben systematisch beschäftigen ...

5. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordert die volle Ausnutzung des Arbeitstages und die Beseitigung der Ausfallstunden. Neben der Verbesserung der Leitung der Organisation der sozialistischen Betriebe muß eine größere Überzeugungsarbeit geleistet werden für die Erhöhung der Arbeitsmoral, der Arbeitsdisziplin aller Werktätigen. Wir haben große Heldentaten der Arbeiter und der technischen Intelligenz aufzuweisen. Nunmehr besteht die Aufgabe darin, die ganze Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu einem höheren Arbeitsbewußtsein zu erziehen. Jede Bummelei schadet der Sache der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Werktätigen persönlich.

Walter Ulbricht: Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, Berlin 1959, S. 456, 458, 464–468.

92

Aus dem Beschluß
„Die Aufgaben des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bei der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und im Kampf um das einheitliche, demokratische und friedliebende Deutschland", angenommen auf dem 4. Kongreß des FDGB in Berlin am 20. Juni 1955

Nach wie vor ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund bereit, mit den leitenden Organen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Besprechungen und Beratungen zur Sicherung der Interessen der Arbeiter ganz Deutschlands durchzuführen.

Der 4. FDGB-Kongreß schlägt deshalb vor:

1. Gemeinsame Beratungen mit dem Ziel einer Erklärung der deutschen Gewerkschaften, die auch an die bevorstehende Viermächtekonferenz zu richten ist, in der die deutschen Gewerkschaften sich gegen die Pariser Verträge und für den Abzug der Besatzungstruppen, für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, für die Ächtung der Massenvernichtungswaffen und für das Verbot jeder Kriegspropaganda aussprechen. Eine solche Erklärung entspricht den gewerkschaftlichen Grundsätzen. Sie müßte auch gewerkschaftliche Maßnahmen zur Anbahnung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands festlegen. Das würde die große Volksbewegung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands fördern.

2. Gemeinsame Beratungen über den Kampf gegen die volksfeindliche Macht der Konzerne und Monopole, gegen faschistische und militaristische Umtriebe.

3. Durchführung von Gewerkschaftsversammlungen in ganz Deutschland mit dem Thema: „Wie soll das neue Deutschland aussehen und wie kommen wir zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes?" In diesen Gewerkschaftsversammlungen legen sowohl Vertreter des DGB als auch des FDGB ihre Auffassung zu dieser Frage dar.

4. Vereinbarung über den Austausch von Studiendelegationen der leitenden Gewerkschaftsorgane auf den verschiedensten Gebieten der Gewerkschaftsarbeit, des Arbeitsrechts, des Mitbestimmungsrechts, der Sozialversicherung, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes mit dem Ziel, gemeinsame Vorschläge für die Annäherung der in beiden Teilen Deutschlands gültigen gesetzlichen Bestimmungen auszuarbeiten.

5. Herstellung eines ständigen Kontaktes zwischen allen deutschen Gewerkschaften zwecks gegenseitiger Konsultation und ständigem Informationsaustausch, vor allem auch auf dem Gebiet der sozialen und kulturellen Arbeit, einschließlich des Austausches von Gewerk-

schaftsliteratur und gegenseitiger Teilnahme an zentralen Gewerkschaftstagungen ...

Der weitere erfolgreiche Aufbau des Sozialismus erfordert von allen Gewerkschaftsleitungen, in ihrer Arbeit von folgenden Grundsätzen auszugehen:

1. Die schnellere Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist die unerläßliche Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen und die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Das verlangt die allseitige Anwendung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik in der Produktion. Die Gewerkschaften müssen den Kampf gegen technische Rückständigkeit, schlechte Leitung und Organisierung der Produktion, Stillstand und Leerlauf, Nichtausnutzung der Technik und rückständige Produktionsmethoden führen.

Durch den sozialistischen Wettbewerb, durch die Produktionsberatungen gilt es, alle Reserven der Produktion zu erschließen und alle Maßnahmen zur Mechanisierung und Automatisierung der Produktion zu fördern. Das erfordert weiter die engste Zusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, die Überwindung des Sektierertums mancher Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre gegenüber der Intelligenz, regelmäßige Beratungen der Gewerkschaftsleitungen mit den besten Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz und Meistern zur Lösung der gemeinsamen Produktionsaufgaben und zur Durchsetzung des technischen Fortschritts.

Das bedeutet verstärkte Tätigkeit aller Gewerkschaftsleitungen bei der Entwicklung der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung und ihre ständige Kontrolle über die rasche Verwirklichung aller Vorschläge der Arbeiter, die dem technischen Fortschritt dienen. Das bedeutet ständige Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Verbesserung der Berufsausbildung, der Erziehung der Lehrlinge und jungen Arbeiter und verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung von ungelernten Arbeitern zu Facharbeitern, von Facharbeitern auf das Niveau von Technikern durch betriebliche Kurse. In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus muß das fachliche Können und die technisch-wissenschaftliche Ausbildung aller Werktätigen rasch gehoben werden ...

4. In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist es Aufgabe der Gewerkschaften, der Arbeiterklasse zu helfen, die richtigen Methoden der Führung der sozialistischen Wirtschaft anzuwenden. Die bisher erzielten Erfolge im Kampf um die Anwendung des Sparsamkeitsregimes, die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Erreichung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe sind weiter zu festigen. Die großen Investitionen zur Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft, zur Einführung der neuen Technik und zum Ausbau der kulturellen und

sozialen Errungenschaften können nur durch sparsamsten Umgang mit Material, Energie, Rohstoffen und Geld und durch die Senkung der Verwaltungskosten erwirtschaftet werden. Das verlangt von allen Gewerkschaftsleitungen, eine wirkliche Bewegung zur größten Sparsamkeit, zur Senkung der Kosten für jedes Erzeugnis, zur Vermeidung jeder Ausschußproduktion, zur Beseitigung der Verlustwirtschaft und zur Erhöhung der Rentabilität jedes sozialistischen Betriebes ins Leben zu rufen. In den Gewerkschaftsversammlungen, in den Produktionsberatungen und im sozialistischen Wettbewerb gilt es, nicht nur für höhere, mengenmäßige Erfüllung des Planes, sondern auch für exakte Einhaltung der Finanzpläne, für Senkung der Selbstkosten und größte Sparsamkeit zu kämpfen. In jedem sozialistischen Betrieb müssen die Gewerkschaftsleitungen die Einführung und die Arbeit nach technisch begründeten Materialverbrauchsnormen und „Persönlichen Konten" fördern.

Der 4. FDGB-Kongreß begrüßt die Verordnung der Regierung über den Direktorfonds, die die volle Zuführung zum Direktorfonds von der allseitigen Erfüllung der Produktions- und Finanzpläne abhängig macht und damit die materielle Interessiertheit der gesamten Belegschaft an den Ergebnissen der Produktion fördert. Durch alle Gewerkschaftsleitungen ist die Kontrolle darüber auszuüben, daß die Mittel des Direktorfonds zur Prämiierung der Arbeiter wie auch der technischen Intelligenz entsprechend dem Leistungsprinzip verwendet werden.

Diese ökonomischen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus müssen in der täglichen praktischen Gewerkschaftsarbeit, bei der Ausarbeitung und Durchführung der Betriebskollektivverträge, bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs und der Produktionsberatungen voll wirksam werden.

Die wichtigste und hervorragendste Aufgabe der Gewerkschaften ist die ständige Leitung und Führung des innerbetrieblichen sozialistischen Wettbewerbs von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade auf der Grundlage konkreter Produktionsverpflichtungen. Der 4. FDGB-Kongreß stellt fest, daß diese Hauptform des sozialistischen Wettbewerbs durch die Gewerkschaftsleitungen nur schwach entwickelt und durch Einsammeln verschiedener Verpflichtungen und Organisierung einzelner Hochleistungsschichten ersetzt wird. Die Verletzungen auf dem Gebiet des Leistungsprinzips setzen den materiellen Anreiz für höhere Produktionsergebnisse herab und hindern die breite Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs. Alles das führt dazu, daß die große umgestaltende Kraft des sozialistischen Wettbewerbs bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Verbesserung der Organisierung der Produktion und der Technik, bei der Ersetzung alter, überlebter Produktionsmethoden durch neue, fortschrittliche Methoden nicht voll wirksam wurde.

Der Wettbewerb muß darauf gerichtet sein, durch Anwendung produktivster Arbeitsverfahren und Verbesserung der Technik die vorhandenen Kapazitäten voll auszunutzen, höchste Qualität der Erzeugnisse zu erzielen und mit Material, Geld und Arbeitszeit sparsam umzugehen. Dem Wettbewerb müssen fortschrittliche Produktions- und Arbeitsnormen zugrunde liegen, damit eine richtige Bewertung und Prämiierung der Leistungen im sozialistischen Wettbewerb gewährleistet ist. Das Grundprinzip des sozialistischen Wettbewerbs und der Neuererbewegung – Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen – wird mißachtet und muß durch Aktivistenschulen, Erfahrungsaustausche, Patenschaften und durch vielfältige Formen der Kulturarbeit verwirklicht werden. Der 4. FDGB-Kongreß fordert von den Ministerien und Betriebsleitungen endlich ernsthafte Maßnahmen zur Aufschlüsselung der wichtigsten Kennziffern der Betriebspläne bis auf die Brigaden. Er kritisiert besonders die Versäumnisse in den Ministerien für Allgemeinen Maschinenbau, Schwermaschinenbau, Aufbau und Landwirtschaft auf diesem Gebiet. Der Kongreß fordert die Betriebsleitungen auf, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung von Wettbewerbstafeln und täglicher Bekanntgabe der Wettbewerbsergebnisse nachzukommen ...

Der 4. FDGB-Kongreß verpflichtet alle Gewerkschaftsleitungen, ihre Anstrengungen für höhere Arbeitsproduktivität und technischen Fortschritt noch stärker mit der Sorge um das materielle Wohl der Werktätigen zu verbinden. Unsere Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich noch sorgsamer als bisher zu den Bedürfnissen der Werktätigen, zu den Sorgen und Nöten der Arbeiter und ihrer Familien verhalten und ihre Pflicht der täglichen Sorge um die Erhöhung des materiellen Wohlstandes und des kulturellen Niveaus aller Werktätigen erfüllen.

Protokoll der Verhandlungen des 4. FDGB-Kongresses
vom 15. bis 20. Juni 1955 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin.
Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,
(Berlin) o. J., S. 543, 547/548, 550–552.

93

Aus der Satzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, angenommen auf dem 4. Kongreß des FDGB in Berlin am 20. Juni 1955

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der Deutschen Demokratischen Republik herrschenden Arbeiterklasse, die im festen Bündnis mit den werktätigen Bauern steht. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt in seinen Reihen auf der Grundlage der Freiwilligkeit alle Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der

technischen, wissenschaftlichen, medizinischen und künstlerischen Intelligenz, ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauungen, der Nationalität, der Staatsangehörigkeit und des Geschlechts.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund tritt für die Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als der Basis des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland ein und festigt das Vertrauen der Werktätigen zu ihrem demokratischen Staat. Er vertritt die materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz und kämpft ständig um die Verbesserung der Lebenslage aller Werktätigen. Die Gewerkschaften erziehen die Werktätigen zum Patriotismus, zur Liebe zur Heimat, zur Wachsamkeit gegenüber Agenten und Saboteuren und zur Erfüllung ihrer Pflicht, die sozialistischen Errungenschaften ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu verteidigen.

Die Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik sind Schulen der Demokratie und des Sozialismus. Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die Gewerkschaften anerkennen die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des marxistisch-leninistischen Vortrupps der deutschen Arbeiterklasse.

Protokoll der Verhandlungen des 4. FDGB-Kongresses
vom 15. bis 20. Juni 1955 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin.
Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,
(Berlin) o. J., S. 562.

94

Verpflichtung der Brigade Kurt Wolter
aus dem VEB Berliner Reifenwerk zum Wilhelm-Pieck-Aufgebot 1955,
veröffentlicht am 9. Juli 1955

Wir Kolleginnen und Kollegen des Meisterbereichs Bräschan, Abt. Neukonfektion, haben mit Interesse den 4. FDGB-Kongreß verfolgt und begrüßen die im Kongreß angenommenen Beschlüsse. Wir sehen daraus, daß vor uns noch größere ökonomische und politische Aufgaben stehen.

Wir haben im Produktionsaufgebot zu Ehren des 4. FDGB-Kongresses gute Leistungen erzielt und unsere Qualität verbessert.

Wir Reifenwickler der Brigade Wolter verpflichten uns daher zur Erfüllung des Beschlusses des 4. FDGB-Kongresses, die zu Ehren dieses Kongresses eingegangenen Verpflichtungen im Produktionsaufgebot weiterzuführen und über unser Soll täglich 5 PKW-Reifen, 2 LKW-Reifen, 1 Ackerschlepper-Reifen oder $^1/_2$ Riesenluft-Reifen herzustellen, mit dem

Ziel, unseren Plan in allen seinen Teilen bis zum 15. Dezember 1955 vorfristig zu erfüllen.

Wir rufen alle Werktätigen unserer Deutschen Demokratischen Republik auf, ihre eingegangenen Verpflichtungen zum Produktionsaufgebot der Betriebe beizubehalten bzw. noch zu steigern.

Zu Ehren unseres ersten Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck, zu seinem bevorstehenden 80. Geburtstag, fordern wir den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes auf, die Weiterführung des Produktionsaufgebotes unter die Losung „Wilhelm-Pieck-Aufgebot für die vorfristige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1955 zu Ehren des 80. Geburtstages unseres Präsidenten Wilhelm Pieck" zu stellen.

Zeigen wir hiermit unsere Verbundenheit zu unserem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat und schaffen wir für die vorfristige Erfüllung unseres 1. Fünfjahrplanes und für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus.

Brigade Wolter
VEB Berliner Reifenwerk

Tribüne (Berlin), 9. Juli 1955.

95

Aus dem „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" vom 20. September 1955

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

In Übereinstimmung hiermit ist die Deutsche Demokratische Republik frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik, sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen teilzunehmen, deren Ziel die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt ist und die mit den Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen übereinstimmen.

Zu diesem Zweck werden sie sich gegenseitig über alle wichtigen internationalen Fragen beraten, die die Interessen beider Staaten berühren,

und alle ihnen zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, eine Verletzung des Friedens nicht zuzulassen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den Interessen beider Länder und die Grundsätze der Freundschaft befolgend, kommen die Vertragschließenden Seiten überein, die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen weiter zu entwickeln und zu festigen, sich gegenseitig jede mögliche wirtschaftliche Hilfe zu erweisen und die erforderliche wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Artikel 4

Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit den bestehenden internationalen Abkommen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen verbleiben zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik mit Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Bedingungen, die durch eine zusätzliche Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sowjetunion festgelegt werden.

Die zeitweilig auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Truppen werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftspolitische Leben des Landes einmischen.

Artikel 5

Zwischen den Vertragschließenden Seiten besteht Übereinstimmung darüber, daß es ihr Hauptziel ist, auf dem Wege entsprechender Verhandlungen eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen. In Übereinstimmung hiermit werden sie die erforderlichen Anstrengungen für eine friedensvertragliche Regelung und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unternehmen.

Artikel 6

Der Vertrag wird bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat oder bis die Vertragschließenden Seiten zu einem Übereinkommen über die Änderung oder Außerkraftsetzung dieses Vertrages gelangen, Gültigkeit haben.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. III,
Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956,
Berlin (1956), S. 281/282.

96

Aus der Programmatischen Erklärung des Parteivorstandes der KPD „Die neue Lage und die neuen Aufgaben in Westdeutschland" vom 16. Oktober 1955

Während sich die internationalen Bemühungen um eine Abrüstung und um die Beendigung des Rüstungswettlaufes verstärken, beschleunigen Adenauer und die Bonner Revanchepolitiker die Aufstellung einer neuen militaristischen Armee und den Übergang zur Rüstungsproduktion. Während der Geist der Entspannung und der Versöhnung wirkt, setzen sie ihre Hetze gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik fort, verschärfen sie den kalten Krieg gegen die eigenen Landsleute. Der Prozeß gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, die Drohungen gegen die Gewerkschaften, der Ruf nach einem Antistreikgesetz, die Einkerkerung von streikenden Arbeitern und von Gegnern der Remilitarisierung – das alles weist darauf hin, daß sie die westdeutsche Armee als Waffe gebrauchen wollen, um die Arbeiterklasse und alle schaffenden Menschen niederzuhalten und zu unterdrücken.

Trotz des offenbaren Bankrotts der „Politik der Stärke" nimmt Westdeutschland noch nicht an der Politik der Entspannung teil. Gerade darauf aber kommt es jetzt an; denn die weitere Entspannung in Europa hängt in hohem Maße davon ab, welche Politik die Bundesrepublik betreibt. Darum ist die Änderung der Bonner Politik die entscheidende Aufgabe, zu der jetzt die Werktätigen, die Kräfte des Friedens, in der Bundesrepublik berufen sind.

Die Demokraten und die Friedensfreunde vermochten sich in Westdeutschland bis jetzt nicht durchzusetzen, weil sie zersplittert sind und ihre Kraft noch nicht im gemeinsamen Handeln für eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik wirksam geworden ist.

Dadurch war es den Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und Militaristen, die Deutschland und Europa zweimal in den Krieg gestürzt haben, möglich, in der Bundesrepublik wiederum die ökonomische und politische Macht an sich zu reißen. Sie schüren weiter den kalten Krieg und wollen die Ergebnisse der Genfer Konferenz und der Moskauer Verhandlungen torpedieren.

Wie in der Vergangenheit, so wollen die deutschen Imperialisten auch diesmal im Innern die Demokratie und die Arbeiterrechte unter dem Stiefel des Militarismus zertreten, um so die Voraussetzungen für ihre Angriffspläne nach außen zu schaffen. Sie bedrohen die Sicherheit und Unabhängigkeit der westlichen Nachbarvölker und wollen ihre Aggres-

sionspolitik gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aufnehmen.

Die Pariser Verträge haben den räuberischsten und aggressivsten Kräften in Europa, den deutschen Imperialisten, die Wiedererrichtung ihrer bewaffneten Macht ermöglicht. Damit wird Westdeutschland in einen militaristischen Staat, in den Herd eines neuen Krieges verwandelt. So geht vom deutschen Militarismus jetzt erneut die gefährlichste Bedrohung des Friedens in Europa und zugleich die äußerste Gefährdung des deutschen Volkes selbst aus. Darum ist für unser Volk, ist für die Völker Europas die Sicherheit vor der Bedrohung durch den deutschen Militarismus die erstrangige Aufgabe.

Mit den Pariser Verträgen, der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und mit den Wehrgesetzen wurde auch hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands eine völlig neue Lage geschaffen.

Um ihre Machtposition wieder aufzurichten, haben die Monopolherren und Großgrundbesitzer seinerzeit die Spaltung Deutschlands herbeigeführt. Mit ihrer Hilfe wurden die Bizone und die Trizone errichtet und die separate Währungsreform durchgeführt. Sie haben den westdeutschen Separatstaat geschaffen. Schließlich haben sie mit der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und der Kettung der Bundesrepublik an die aggressiven Kriegspakte einen Damm quer durch Deutschland aufgeworfen, der der friedlichen Wiedervereinigung den Weg versperrt und freie, gesamtdeutsche Wahlen unmöglich macht. Für diese Lage tragen die Bonner Regierung und das hinter ihr stehende Monopolkapital Schuld und volle Verantwortung.

In Deutschland bestehen jetzt zwei Staaten: die Bundesrepublik, der Staat der Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militaristen, der eine imperialistische Politik verfolgt, und die Deutsche Demokratische Republik, der Staat der Arbeiter und Bauern, der eine Friedenspolitik betreibt.

Wenn die Imperialisten jetzt „Wiedervereinigung durch freie Wahlen" fordern, so verbirgt sich dahinter der aussichtslose Plan, ganz Deutschland an die einseitigen Militärpakte der NATO und der Westeuropäischen Union zu binden, über ganz Deutschland die Herrschaft der Bank- und Konzernherren, der Großgrundbesitzer und Militaristen auszudehnen. Diese Pläne scheitern an der Deutschen Demokratischen Republik, die dem Militarismus den Weg versperrt.

Freies Volk (Düsseldorf), 21. Oktober 1955.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann, Berlin 1965, S. 525–527.

97

Aus dem Beschluß „Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", angenommen auf der 25. Tagung des ZK der SED am 27. Oktober 1955

Die Lage in Deutschland wird dadurch charakterisiert, daß es unmöglich ist, ganz Deutschland in den Nordatlantik-Kriegspakt zu zwingen, daß aber die friedliebenden demokratischen Kräfte noch Zeit benötigen, um eine Änderung der Bonner Politik herbeizuführen, so daß sie sich von der Remilitarisierung abwendet und zu einer Zusammenarbeit für die kollektive Sicherheit in Europa und für die friedliche demokratische Lösung der deutschen Frage bereit ist. Deshalb ist es notwendig, die Aktionsgemeinschaft der ganzen deutschen Arbeiterklasse herzustellen, ihr Bündnis mit den Bauern zu schaffen und alle anderen friedliebenden Kräfte um sie zusammenzuschließen.

Aus dem Kampf der friedliebenden und demokratischen Kräfte in Deutschland gegen die Kräfte des Militarismus und der Reaktion wird das einige, friedliebende und demokratische Deutschland erwachsen ...

Die Sicherung des Friedens erfordert:

1. die weitere allseitige Stärkung der friedliebenden Staaten, darunter der Deutschen Demokratischen Republik, und die Entfaltung einer breiten Bewegung für die Sicherung des Friedens, besonders in Deutschland. Der Kampf gegen den Militarismus in Westdeutschland ist die erste Aufgabe aller Friedensfreunde. Die herrschenden Kräfte in Bonn müssen gezwungen werden, von der Politik der Kriegsvorbereitungen abzugehen. Westdeutschland darf nicht durch Militärabkommen und durch den Deutschlandvertrag an die USA und Großbritannien gebunden bleiben. Das widerspricht dem Recht auf nationale Souveränität.

2. Alle friedliebenden Menschen müssen ihre Anstrengungen vereinen, um auf die verantwortlichen Staatsmänner der kapitalistischen Staaten einzuwirken, durch Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetunion und der anderen Staaten des Friedenslagers konkrete Maßnahmen der Abrüstung, des Verbots der Atomwaffe und des Verzichts darauf zu vereinbaren sowie die Verpflichtung zu übernehmen, gegeneinander keine Waffengewalt anzuwenden.

3. Die größte Gefahr droht dem deutschen Volk durch den Militarismus, der die Bevölkerung Westdeutschlands in den Krieg stürzen will. Der einzige Weg zur Beseitigung der Gefahr der Kriegsprovokation durch den Militarismus in Westdeutschland ist die Schaffung eines Vertrages der kollektiven Sicherheit zwischen allen europäischen Staaten. Die kollektive Sicherheit bedeutet auch Deutschlands Sicherheit, den Schutz seiner Grenzen. Durch die kollektive Sicherheit werden der Nordatlantik-

pakt, die Pariser Verträge und andere militärische Gruppierungen in Europa beseitigt und damit ein lang andauernder Frieden gewährleistet.

Nur dadurch, daß auch in Westdeutschland der Weg der friedlichen Entwicklung beschritten wird und beide deutschen Staaten an der Herbeiführung der kollektiven Sicherheit der europäischen Staaten teilnehmen, kann die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer und souveräner Staat herbeigeführt werden. Die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, unter Teilnahme aller europäischen Staaten, würde die Wiederbewaffnung der deutschen Militaristen verhindern, das heißt den „kalten Krieg" beenden und eine Vertrauensatmosphäre für die Lösung aller anderen strittigen Fragen herbeiführen ...

Aufgabe der vier Mächte ist es, die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen, indem ein System der kollektiven Sicherheit in Europa unter Teilnahme beider deutscher Staaten geschaffen wird. Die kollektive Sicherheit bedeutet die Liquidierung der bestehenden militärischen Gruppierungen. Die Wiedervereinigung Deutschlands selbst – nach Schaffung der äußeren Voraussetzungen durch das System der kollektiven Sicherheit – ist eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes. Seine Sache ist es, die Macht der Kriegsinteressenten in Westdeutschland zu überwinden und dafür zu sorgen, daß der kalte Krieg eingestellt wird.

Auf dieser Grundlage wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Verständigung mit der westdeutschen Bundesregierung suchen. Sie betreibt eine Politik, die der Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten dient. Die Deutsche Demokratische Republik ist bei Vorhandensein der genannten Voraussetzungen für freie Wahlen, denn dann würden demokratische Wahlen nicht zur Schaffung eines imperialistischen Deutschlands, das aggressive Pläne verfolgt, führen, sondern zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland.

Da die Wiedervereinigung eine rechtmäßige Sache des deutschen Volkes selbst ist, wird sie nur durch die Annäherung der beiden bestehenden deutschen Staaten und die Zusammenarbeit der beiden Regierungen ermöglicht. Eine solche Zusammenarbeit erfordert, daß die Bonner Regierung auf die Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik verzichtet und die Agentenzentralen in Westberlin und in Westdeutschland liquidiert.

Wenn sich die Bonner Politik auf die Interessen Deutschlands orientiert, dann wird es möglich, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten anzubahnen, die im Geiste der Verständigung und Zusammenarbeit geführt werden müßten. Diese Verhandlungen können zu Ergebnissen führen, wenn sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und

der Achtung der beiderseitigen Interessen geführt werden. Es darf keinerlei Beeinträchtigung der Errungenschaften der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen. Es ist zweckmäßig, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen mit solchen Fragen zu beginnen, über die von beiden Seiten eine Verständigung möglich ist, zum Beispiel über wirtschaftliche und kulturelle Fragen.

Die Teilnahme beider deutscher Staaten an einem gesamteuropäischen Vertrag der kollektiven Sicherheit würde zur allmählichen Annäherung und friedlichen Zusammenarbeit beider Staaten führen, was den Interessen der Wiedervereinigung dient. Wir wünschen auch, daß die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und der Sowjetunion zur Entspannung und zur Annäherung beider deutscher Staaten beiträgt.

Die Herbeiführung der kollektiven Sicherheit muß verbunden sein mit dem Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Deutschen für die Beseitigung der Machtpositionen des deutschen Militarismus in Westdeutschland und für das Verbot jeder Kriegs- und Revanchehetze. Die Träger des Militarismus, das sind die Herren der großen Monopole, die Junker, die Revanchepolitiker im Bonner Staatsapparat und jene Hitlergenerale, die aus der Katastrophe Hitlerdeutschlands nichts gelernt haben ...

Die Deutsche Demokratische Republik ist eine durch nichts aus der Welt zu schaffende Tatsache von großer historischer Bedeutung. Ihre Existenz und ihre Entwicklung sind ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in ganz Deutschland. Ihre Existenz und ihre Festigung bilden auch eine grundlegende Voraussetzung für die Schaffung eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands des Volkes.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees
sowie seines Politbüros und seines Sekretariats,
Bd. V, Berlin 1956, S. 445/446, 449/450, 455/456, 466.

98

Aus der Programmerklärung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Alle Kraft für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für das Vaterland des Volkes!", beschlossen auf der Tagung des Nationalrats am 12./13. November 1955

1. Um die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, um den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zu ebnen, müssen die militaristischen

Hindernisse, die durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland geschaffen wurden, beseitigt werden. Deshalb ist der erste Schritt eine Verständigung der europäischen Staaten über ein System der kollektiven Sicherheit, was zur Auflösung der militärischen Gruppierungen in Europa führt.

2. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erfordert die Entfernung der Militaristen aus ihren Machtpositionen in Westdeutschland und die Schaffung demokratischer Verhältnisse, die die Diktatur der 150 Herren der großen Konzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes unmöglich machen, sowie den Abzug der ausländischen Besatzungstruppen und die Beseitigung der ausländischen militärischen Stützpunkte.

3. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist in der Hauptsache Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Deshalb ist die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Schaffung eines Gesamtdeutschen Rates aus den Vertretern der beiden Parlamente notwendig. Es dient der Wiedervereinigung Deutschlands, wenn der Gesamtdeutsche Rat den deutschen Standpunkt zum Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland ausarbeitet. Dadurch würde nicht nur der künftige Status des einigen, friedliebenden, demokratischen Deutschland zur rechten Zeit geklärt, sondern es würden auch die an Deutschland angrenzenden Völker davon überzeugt, daß das einige Deutschland ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und der Völkerfreundschaft sein soll.

Die Schaffung der äußeren und inneren Bedingungen für die Wiedervereinigung wird die Durchführung wirklich gesamtdeutscher demokratischer Wahlen gewährleisten.

Wir fordern Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Regierungen, die unter dem Leitstern der Gleichberechtigung stehen müssen. Ihre Voraussetzung ist der Abbau des kalten Krieges, ihr Ziel die Verständigung auf so wichtigen Gebieten wie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Herstellung und Ausdehnung der kulturellen Beziehungen, des Austausches humanistischer Zeitschriften, der freien Entwicklung der Delegationsbewegung usw. Hierdurch würde den Wünschen und Interessen der Bevölkerung beider deutscher Staaten schnell gedient werden.

Wenn diese Verhandlungen in der Atmosphäre gegenseitiger Achtung und des Verzichts auf die Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik vor sich gehen, dann wird ein entscheidender Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands geleistet werden. Für die Herstellung der deutschen Einheit haben wir in der Vergangenheit gewirkt, für sie stehen wir heute ein und werden nicht aufhören, auch in Zukunft diesen Weg der Entspannung und der Annäherung zu gehen ...

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland kennt kein anderes Ziel, als die Energie aller dem Wohle des Vaterlandes dienstbar zu machen, um allen Schaffenden ein gutes Leben in Frieden zu gewährleisten.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist die Gemeinschaft aller patriotischen und demokratisch gesinnten Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses ihre Ehre einsetzen für die Stärkung unserer Republik und die erfolgreiche Durchführung des großen Aufbauwerkes auf demokratischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Von dieser festen siegesbewußten Gemeinschaft ist niemand ausgeschlossen, und niemand soll ihr fernstehen.

In den Ausschüssen der Nationalen Front muß stärker als bisher das schöpferische Zusammenwirken aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen und aller parteilosen Patrioten seinen Ausdruck finden.

Von den Ausschüssen der Nationalen Front mögen starke Impulse des patriotischen und demokratischen Bewußtseins ausgehen. In ihnen muß die kameradschaftliche kämpferische Auseinandersetzung mit allen rückständigen Auffassungen, allen Überbleibseln einer nationalistischen und kapitalistischen Vergangenheit zur politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus führen ...

Die Ausschüsse der Nationalen Front werden dafür wirken, daß mit dem Stolz auf die großen Erfolge und Errungenschaften unserer Republik Erkenntnis und Wille wachsen, das Vaterland des Volkes vor jedem feindlichen Zugriff wirkungsvoll zu schützen und zu verteidigen.

Mögen unsere Arbeiter, möge unsere Intelligenz, mögen unsere Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden tief von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß dereinst das ganze vereinte deutsche Volk den Männern und Frauen danken wird, die heute die Deutsche Demokratische Republik als Staat der vom Militarismus und Faschismus erlösten Deutschen aufbauen.

Nationale Front des demokratischen Deutschland, Informationsdienst,
Sonderheft von der Tagung des Nationalrats
am 12. u. 13. November 1955 in Berlin, S. 3, 7.

Register

Personenverzeichnis

Abbe, Ernst (1840–1905) 181
Abendroth, Hermann (1883–1956) 35
Abs, Hermann (geb. 1901) 154
Acheson, Dean G(ooderham) (geb. 1893) 61 159
Ackermann, Anton (Hanisch, Eugen) (geb. 1905) 67 141
Adenauer, Konrad (geb. 1876) 23/24 26 53/54 61–63 71 88 92/93 138/139 143 149 160 164 168 188 223 225 246–248 285–289 295/296 298 324
Agatz, Willi (1904–1957) 148/149
Angenfort, Josef (geb. 1924) 221
Außenminister Frankreichs siehe Schuman, Robert und Bidault, Georges
Außenminister Großbritanniens siehe Bevin, Ernest L.; Morrison, Herbert Stanley Baron und Eden, Sir Robert Anthony
Außenminister der Sowjetunion siehe Molotow, W. M.
Außenminister der USA siehe Acheson, Dean G. und Dulles, John Foster
Außenminister, stellvertretender Frankreichs siehe Parodi, Alexander
Außenminister, stellvertretender Großbritanniens siehe Davies, Ernest Albert John
Außenminister, stellvertretender der UdSSR siehe Gromyko, A. A.

Außenminister, stellvertretender der USA siehe Jessup, Philip C.

Baumann, Paul (geb. 1886) 205
Bebel, August (1840–1913) 21
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 21 136/137 274/275 277/278
Bechtle, Emil (geb. 1907) 221
Berg, Fritz (geb. 1901) 53
Bergander, Rudolf (geb. 1909) 274
Berija, L. P. (1899–1953) 227/228 237 240
Bevin, Ernest L. (1881–1951) 61
Bidault, Georges (geb. 1899) 251
Bierut, Bolesław (1892–1956) 51
Bilkenroth, Georg (geb. 1898) 117
Blank, Theodor (geb. 1905) 89
Blücher, Franz (1896–1959) 246
Böckler, Hans (1875–1951) 61 164 220
Bolz, Lothar (geb. 1903) 35 46 120 141/142 239 305
Bosse, Walter (geb. 1912) 205
Brandt, Willy (Frahm, Herbert Karl) (geb. 1913) 23 64 215 266
Brauchitsch, Manfred von (geb. 1905) 148/149
Brecht, Bertolt (1898–1956) 136 274 278
Bredel, Willi (1901–1964) 136 277/278
Brentano, Heinrich von (1904–1964) 226
Brězan, Jurij (geb. 1916) 277
Bucher, Ewald (geb. 1914) 299
Buchwitz, Otto (1879–1964) 172/173
Bulganin, N. A. (geb. 1895) 304
Bundeskanzler siehe Adenauer, Konrad
Bundespräsident siehe Heuß, Theodor
Busch, Karl August (1886–1952) 35
Bykow, P. B. (geb. 1914) 42 122

Claudius (Schmidt), Eduard (geb. 1911) 135
Correns, Erich (geb. 1896) 93 305
Cremer, Fritz (geb. 1906) 274 277
Cyrankiewicz, Józef (geb. 1911) 51 66

Dahlem, Franz (geb. 1892) 67
Davies, Ernest Albert John (geb. 1902) 140
Dertinger, Georg (geb. 1902) 226
Dessau, Paul (geb. 1894) 277/278
Dibelius, Otto (geb. 1880) 24 96
Dibrowa, P. T. 233
Dickel, Karl (geb. 1908) 221
Dieckmann, Johannes (geb. 1893) 10 32
Direktor der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl siehe Jungmann, Erich
Dorn, Erna (1911–1953) 233
Duclos, Jacques (geb. 1896) 66
Dudow, Slatan (1903–1963) 137 278
Dulles, Allan W(elsh) (geb. 1893) 232
Dulles, John Foster (1888–1959) 90 227 251 286

Ebert, Friedrich (geb. 1894) 67 141/142 237 253
Eden, Sir Robert Anthony (geb. 1897) 251 285 304
Ehlers, Hermann (1904–1954) 213
Einstein, Albert (1879–1955) 181
Eisenhower, Dwight D(avid) (geb. 1890) 304
Eisler, Hanns (Johannes) (1898–1962) 21 136 277
Elfes, Wilhelm (geb. 1884) 148/149 166/167
Engels, Friedrich (1820–1895) 21 50 78 180 189 198 242 308
Erhard, Ludwig (geb. 1897) 218 246
Erler, Fritz (geb. 1913) 223 266 268 303
Ermisch, Luise (geb. 1916) 35 264 311
Ernst, Friedrich (1889–1960) 226
Essl, Erwin (geb. 1910) 219
Etzel, Hermann (geb. 1882) 213

Faure, Edgar (geb. 1908) 304
Felsenstein, Walter (geb. 1901) 274
Fette, Christian (geb. 1895) 168 219
Feuchtwanger, Lion (1884–1958) 18
Fisch, Walter (geb. 1910) 221
François-Poncet, André (geb. 1887) 39 53 61 63 89 103 109 117/118

Franik, Franz (geb. 1907) 193/194
Freitag, Walter (geb. 1889) 219/220 291/292 297
Friedrich, Walter (geb. 1883) 35

Garbe, Hans (geb. 1902) 42/43 135
Gerster, Ottmar (geb. 1897) 137
Globke, Hans Maria (geb. 1898) 265
Gloger, Gotthold (geb. 1924) 277
Gollwitzer, Helmut Hans (geb. 1908) 297
Gotsche, Otto (geb. 1904) 135 277
Götting, Gerald (geb. 1923) 32 96
Gromyko, A. A. (geb. 1909) 140
Grotewohl, Otto (1894–1964) 10–15 18 32 35 44 50/51 67 138/139 186 234 237 239 253 264/265 289 305
Grundig, Lea (geb. 1906) 135
Grünert, Bernhard (geb. 1906) 204/205
Guderian, Heinz (1888–1954) 89
Gutermuth, Rosemarie (geb. 1923) 116

Hahn, Julius (geb. 1892) 262
Hähnel, Alfred (geb. 1900) 116
Halder, Franz (geb. 1884) 89
Hallstein, Walter (geb. 1901) 143 162 188 225
Harych, Theo (1903–1958) 136
Hausser, Paul (geb. 1880) 89
Heinemann, Gustav (geb. 1899) 88 166/167
Hellberg, Martin (geb. 1905) 274
Henle, Günter (geb. 1899) 164
Hennecke, Adolf (geb. 1905) 13 37 42/43 264
Hermes, Andreas (1878–1964) 25
Hermlin, Stephan (geb. 1915) 136/137
Herrnstadt, Rudolf (geb. 1903) 67 237
Hesse, Werner (geb. 1923) 284
Heuss, Theodor (1884–1963) 92 141 149
Hickmann, Hugo (1877–1955) 26–28 30–33 36/37 51
Hockauf, Frida (geb. 1903) 244/245 281
Hoereth-Menge, Edith (1888–1960) 148/149
Hoff, Hans vom (geb. 1899) 218/219
Hoffmann, Karl-Heinz (geb. 1910) 189
Honecker, Erich (geb. 1912) 67 237 253
Hübner, Gustav (geb. 1920) 194 264
Humboldt, Alexander Freiherr von (1769–1859) 181

Innenminister von Schleswig-Holstein siehe Käber, Wilhelm

Jendretzky, Hans (geb. 1897) 67
Jessup, Philip C. (geb. 1897) 140
Joho, Wolfgang (geb. 1908) 277
Jungmann, Erich 155

Käber, Wilhelm (geb. 1896) 45
Kaisen, Wilhelm (geb. 1887) 266
Kaiser, Jakob (1888–1961) 25
Kardorff-Oheimb, Katharina von (geb. 1879) 166/167
Kepler, Johannes (1571–1630) 181
Kiesler, Bruno (geb. 1925) 264
Kirkpatrick, Sir Ivone Augustine (1897 bis 1964) 89 103 109 117
Koch, Robert (1843–1910) 181
Koch, Waldemar (1880–1963) 25
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 35
Kommissar, Hoher Frankreichs in Westdeutschland siehe François-Poncet, André
Kommissar, Hoher Großbritanniens in Westdeutschland siehe Kirkpatrick, Sir Ivone Augustine und Robertson, Sir Brian Hubert
Kommissar, Hoher der USA in Westdeutschland siehe McCloy, John J.
Korabelnikowa (Lukitschewa), L. G. (geb. 1926) 122
Korfes, Otto (1889–1964) 35
Kost, Heinrich (geb. 1890) 164
Kostoff, Traitscho (1897–1949) 227
Kraft, Waldemar (geb. 1898) 246

Kuba (Barthel, Kurt) (geb. 1914) 242
Kummernuß, Adolph (geb. 1895) 295

Lammert, Will (1892–1957) 274
Ledwohn, Josef (geb. 1907) 221
Lemmer, Ernst (geb. 1898) 25
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 42 48 78 126 178 180 188 241/242 308 313 323
Lenz, Otto (1903–1957) 232
Leuschner, Bruno (1910–1965) 237 253 305
Liebknecht, Karl (1871–1919) 21
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 21
Loch, Hans (1898–1960) 32 35 239 298
Losinski, A. I. (1894–1948) 122/123
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 21
Luzemann, Paul (geb. 1913) 264

Maetzig, Kurt (geb. 1911) 137 278
Mann, Heinrich (1871–1950) 18
Manteuffel, Hasso von (geb. 1897) 89
Marchwitza, Hans (1890–1965) 135 137
Marx, Karl (1818–1883) 21 50 78 87 180 184 198 242 308
Matern, Hermann (geb. 1893) 32 67 212 237 253 294
McCloy, John J(ay) (geb. 1895) 39 53 61 63 88/89 92/93 103 109 117/118
Meinhardt, Frido (geb. 1926) 116
Meyer, Ernst Hermann (geb. 1905) 136/137
Michailowitsch 116
Mikojan, A. I. (geb. 1895) 252/253
Ministerpräsident der DDR siehe Grotewohl, Otto
Mochalski, Herbert (geb. 1910) 166/167
Molotow (Skrjabin), W. M. (geb. 1890) 251
Moog, Leonhard (geb. 1882) 28 36/37
Morrison, Herbert Stanley Baron (geb. 1888) 159
Mückenberger, Erich (geb. 1910) 67 237 253
Müller, Alex (geb. 1924) 205
Müller, Josef (geb. 1898) 23
Müller, Philipp (1931–1952) 164

Nerlinger, Oskar (geb. 1893) 135
Neumann, Alfred (geb. 1909) 253
Neumann, Oskar (geb. 1917) 221
Niemöller, Martin (geb. 1892) 92 149
Niks, Gustav (geb. 1900) 205
Nuschke, Otto (1883–1957) 27 32 35 93 141 233 239 305

Oberhof, Johannes (geb. 1905) 148/149
Oberländer, Theodor (geb. 1905) 246
Oelßner, Fred (geb. 1903) 67 237 253
Ollenhauer, Erich (1901–1963) 92 215 223 267/268 297
Opitz, Gerhard (geb. 1924) 122/123
Opitz, Kurt (geb. 1918) 102

Parodi, Alexander (geb. 1901) 140
Penzel, Rudolf (geb. 1903) 205
Peters, Walter (geb. 1900) 116
Pferdmenges, Robert (1880–1962) 53 164
Pfleiderer, Karl Georg (1899–1957) 213
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 10/11 13 bis 15 18/19 32/33 45 67 139 141 188 197 213 234–236 253 317/318
Planck, Max Karl Ernst Ludwig (1858 bis 1947) 181
Pleven, René-Jean (geb. 1901) 143
Pollitt, Harry (1890–1960) 66
Potthoff, Erich (geb. 1914) 218
Präsident der DDR siehe Pieck, Wilhelm
Preysing, Konrad Graf von (1880–1950) 24
Pünder, Hermann Josef Maria Ernst (geb. 1888) 22/23

Rajk, László (1909–1949) 227
Rammler, Erich (geb. 1901) 117/118
Rau, Heinrich (1899–1961) 38 67 237 253
Rauer, August (geb. 1898) 204/205
Regierungschef Frankreichs siehe Faure, Edgar
Regierungschef Großbritanniens siehe Eden, Sir Robert Anthony
Regierungschef der UdSSR siehe Bulganin, N. A.

Regierungschef der USA siehe Eisenhower, Dwight D.
Reimann, Max (geb. 1898) 92 167 221 223
Renn, Ludwig (Vieth von Golßenau, Arnold Friedrich) (geb. 1889) 277
Renner, Heinz (1892–1964) 23/24
Reusch, Hermann (geb. 1896) 295/296
Reuter, Ernst (1889–1953) 64
Reuter, Georg (geb. 1902) 291/292
Ridgeway, Matthew B. (geb. 1895) 232
Rische, Friedrich (geb. 1914) 221
Robalewski, Paul (geb. 1900) 194/195
Robertson, Sir Brian Hubert (geb. 1896) 39 53 61 63 118
Rogowski, Franz 115
Rohner, Gerhard (geb. 1895) 26–28 30–33 36/37
Rosenberg, Ludwig (geb. 1903) 226
Rossiski, N. A. (geb. 1915) 122 193/194

Sack, Paul (geb. 1887) 120
Schirdewan, Karl (geb. 1907) 237 253
Schmid, Carlo (geb. 1896) 266 268 303
Schmidt, August (1878–1965) 218
Schmidt, Eberhard (geb. 1907) 242
Schmidt, Elli (geb. 1908) 67
Schneider, Gerhard (geb. 1914) 115/116
Schrade, Hugo (geb. 1900) 197
Schreiber, Walther (1884–1958) 25
Schumacher, Kurt (1895–1952) 23 55 bis 59 61 64 139 148 157 216 218/219
Schuman, Robert (1886–1963) 61 143 159
Schwann, Hermann (geb. 1899) 299
Seebohm, Hans-Christoph (geb. 1903) 246
Seghers, Anna (Radvanyi, Netty) (geb. 1900) 274 277
Seifert, Wolfgang (geb. 1926) 221
Selbmann, Fritz (geb. 1899) 38
Sethe, Paul (geb. 1901) 162
Shulgin 116
Simon, Paul (geb. 1909) 260 264
Slánský, Rudolf (1901–1952) 227
Speidel, Hans (geb. 1897) 89
Spenrath, Friedrich (1888–1959) 226
Stadtkommandant, sowjetischer siehe Dibrowa, P. T.
Stalin (Dshugaschwili), J. W. (1879 bis 1953) 18 114 230/231
Steinbach, Charlotte (geb. 1925) 260
Steiner, Felix (geb. 1896) 89
Stern, Jeanne (geb. 1908) 274 278
Stern, Kurt (geb. 1907) 274 278
Stoph, Willi (geb. 1914) 237 253 305
Strauß, Franz-Josef (geb. 1915) 246
Strittmatter, Erwin (geb. 1912) 136 277
Suslow, M. A. (geb. 1902) 66

Thälmann, Ernst (1886–1944) 13/14 21 114 242
Theimer, Walter (geb. 1904) 266
Tille, Walter (geb. 1906) 120
Togliatti, Palmiro (1893–1964) 66
Trinks, Otto (geb. 1922) 194
Truman, Harry S. (geb. 1884) 65
Tschesno-Hell, Michael (geb. 1902) 278
Tschuikow, W. I. (geb. 1900) 11

Uhse, Bodo (1904–1963) 277
Ulbricht, Walter (geb. 1893) 27 31/32 35 38 44 51 67 72/73 77 88 105 123 bis 125 158 160 170–172 177 209/210 234 237 239 250 253 257 279 281 305 309/310 312/313
Utkin, W. W. (geb. 1927) 122

Voelkner, Benno (geb. 1900) 277

Wangenheim, Gustav von (geb. 1895) 136
Warnke, Herbert (geb. 1902) 35 86–88 237 253 316
Weber, Alfred (1868–1958) 297
Wehner, Herbert (geb. 1906) 148 215 226 267
Weigel (Weigel-Brecht), Helene (geb. 1900) 274
Weinert, Erich (1890–1953) 136
Wenig, Josef (geb. 1896) 194 264
Werner, Heinz (geb. 1929) 284

Wessel, Helene (geb. 1898) 166/167
Wirth, Erich (geb. 1904) 42/43 122
Wirth, Joseph (1879–1956) 167 265
Wolf, Friedrich (1888–1953) 136/137 277
Wolf, Paul (geb. 1911) 102
Wolter, Kurt (geb. 1930) 317
Wujciak, Josef (geb. 1901) 264
Zaisser, Wilhelm (1893–1958) 67 227 237
Zeiß, Carl (1816–1888) 181
Zieger, Karl-Heinz (geb. 1911) 116
Zinner, Hedda (geb. 1905) 277
Zitzewitz-Muttrin, Friedrich-Karl von (geb. 1888) 226
Zweig, Arnold (geb. 1887) 277

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 149 166 262
Afrika 170
Amberg 268
Am Großen Blink siehe Bremerhaven – Am Großen Blink
Aschersleben 74/75 205 207
Asien 18 170

Bayern 233 268/269 293 297
Belgien 66 143 213 285
Berlin 23 216 228
Berlin – Hauptstadt der DDR 9 11 15 23 29 35 45–47 65/66 74/75 87 93 95 118–120 136 139 146 170 173 192 206 214 232/233 235 251/252 260 262–264 302/303 311 315
– – Friedrichshain 120
– – Grünau 139
– – Karlshorst 124
– – Schmöckwitz 317
– – Treptow 240 311 317
– – Weißensee 118/119
– – Wilhelmsruh 74 115 118/119 196 259
Bielefeld 62
Bitterfeld 115/116 121 271
Bochum 92 149 221/222
Böhlen (Kreis Borna) 41 271
Bonn 168 172 213–215 219–222 225 248 252 254 285 292
Borna (Bezirk Leipzig) 96
Brandenburg (Havel) 40 42 234

– – Kirchmöser 109
Brandenburg 29 121 186
Braunschweig 14 145
Bremen 119
Bremerhaven 269
– – Am Großen Blink 269
Buchenwald siehe Weimar-Buchenwald
Budapest 51

Calbe (Saale) 117/118 234
Chemnitz siehe Karl-Marx-Stadt
Chemnitz, Bezirk siehe Karl-Marx-Stadt, Bezirk
Cottbus 186
Cottbus, Bezirk 187
ČSR siehe Tschechoslowakische Republik

Delmenhorst 213
deutsch-niederländische Grenze 14
Dortmund 166/167 214–216 218
Dresden 30/31 46/47 118/119 136 184 192 226 278
Dresden, Bezirk 187
Duisburg 221/222 262
Düsseldorf 163 220 262 291

Eberswalde 118/119
Eisenach 108 213
Elbe 81
Elbingerode (Harz) 213
Erfurt 30 108 184
Erfurt, Bezirk 187
Erlangen 63
Essen 145 147 164 221/222
Europa 18–20 52 54 67 70 90/91 140 142 146 158 166/167 171 188 214 216 225 232 248 251 255 285 289 296/297 304 307 318 322 324
– Mitteleuropa 90
– Osteuropa 39
– Südosteuropa 118
– Westeuropa 65 88/89 144 171 288 294

Fienstedt 206/207
Frankfurt (Main) 39 147/148 217 291 297 302
– – Höchst 150
Frankfurt (Oder), Bezirk 187
Frankreich 66 88 90 143 213 224 285/286 300 306
Freiberg (Sachsen) 43
Freital 113
Friedrichshain siehe Berlin – Friedrichshain
Fürstenberg (Oder) 74 115

Gelsenkirchen 262
Genf 304
Gera, Bezirk 187
Glauchau (Sachsen) 260
Gnaschwitz 29
Görlitz 74 118/119
Gröditz (bei Riesa) 40
Groß-Berlin siehe Berlin – Hauptstadt der DDR
Großbritannien 88 216 285/286 306

Hagen-Haspe 146 262
Halle (Saale) 30 102 121 184
Halle, Bezirk 187 271
Hamburg 64 119 145 148/149 166 184 262 268 293–295 299
– – Winterhude 295
Hannover 55
Heidelberg 221/222
Helgoland 146
Hennigsdorf (bei Berlin) 37 40 118/119
Herrnburg (Kreis Grevesmühlen) 45
Hessen 66 157/158 233 293
Hettstedt (Südharz) 41 109/110 195
Höchst siehe Frankfurt – Höchst
Hornhausen 205

Ilsenburg (Harz) 109
Italien 66 90 143 213 285/286

Jahna 207
Jalta 137/138
Jena 107 226 312

Kanada 285
Karl-Marx-Stadt 74/75 108 118/119 312

Karl-Marx-Stadt, Bezirk 187
Karlovy Vary 274
Kiel 119
Kirchmöser siehe Brandenburg – Kirchmöser
Klein Wanzleben 29
Köln 149 221/222
Korea 65 68/69 88/89 152 224 232 238 249
Koreanische Volksdemokratische Republik 64/65 89

Lauchhammer 117–119 234 260
Leipzig 37/38 46/47 132 136 184 271/272 277 302/303 321
Leipzig, Bezirk 187
Leningrad 195
Leuna (Kreis Merseburg) 18 107/108 240 271
London 285 288 290/291
Lübeck 45 119
Ludwigshafen (Rhein) 150 262
Luxemburg 143 285

Magdeburg 30 46/47 121 233 240 270 317
Magdeburg, Bezirk 187
Magnitogorsk 116
Mannheim 163
Mansfelder Kupfererzbergbau 101 136/137 194 196 226
Mecklenburg 29 37 121
Meißen 209
Merseburger Braunkohlengebiet 136
Merxleben 206
Meuselwitz (Bezirk Leipzig) 118/119
Milzau 233
Mönchen-Gladbach 221/222
Moskau 139 195 239 274 289 305
Mühlhausen (Thüringen) 311
München 60 63 145/146 166
Nachterstedt 276
Neiße 51
Neubrandenburg, Bezirk 187
New York 88 90 92
Niederlande 66 143 213 285
Niedersachsen 55 66
Nordhausen 42 118/119
Nordrhein-Westfalen 66 145
Nürnberg 89 145 166

Oberhausen (Ruhrgebiet) 295
Oder 51 81 116
Oder-Neiße-Grenze 12 23 28 51 69 117 219 248
Oschersleben (Bode) 122/123
Ostseeküste 119 121

Paris 61 140/141 143 168 172 213–215 219–222 248 252 285 289
Petersberg (bei Bonn) 63
Pirmasens 294
Polen siehe Volksrepublik Polen
Potsdam 30 137/138 161
Potsdam, Bezirk 187
Prag 51 137/138

Radeberg 42 122
Rhein 82 144 222 265/266
Rheinland-Pfalz 145
Riesa 40 105 317
Rostock 46/47 120/121 136
– – Warnemünde 271
Rostock, Bezirk 187
Rüdersdorf (bei Berlin) 41
Rudolstadt – Schwarza 245
Ruhr siehe auch Ruhrgebiet 82 144 265/266
Ruhrgebiet siehe auch Ruhr 89 117 145/146 164 221/222 295/296 298
Rumänische Volksrepublik 51/52 289

Saalfeld (Saale) 108
Saarbrücken 149
Sachsen 30/31 35 37 95 121 186
Sachsen-Anhalt 29 37 186
Saßnitz 42 121
Schafstädt 207
Schleswig-Holstein 66
Schmöckwitz siehe Berlin – Schmöckwitz
Schönebeck (Elbe) 285
Schwarza siehe Rudolstadt – Schwarza

Schwerin, Bezirk 187
Skandinavien 58 216
Sonneberg (Thüringen) 108
Sowjetunion 12/13 18 20 31 36 40/41 43 45 50–52 57 62 65 69 76 79 81 83/84 87 91 104 111 115 118 121 bis 123 134/135 137–141 151 157 163 171 203 216 219 223/224 235 239/240 249–252 255 274 278 283 288/289 296/297 303–306 314/315 320/321
Spanien 189
Stralsund 42
Stuttgart 165
Suhl 108
Suhl, Bezirk 187
Taiwan 65
Teutoburger Wald 66
Thale (Harz) 195 284
Thüringen 121
Tschechoslowakische Republik 12 40/41 51 90 117 151 195 227 289

UdSSR siehe Sowjetunion
Ungarische Volksrepublik 51/52 90 227 289
Unterwellenborn 40 82 113
Ural 188 225
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Vereinigte Staaten von Amerika 18 58 63–65 83 88/89 91 143/144 158 224 232 236 238 249 285, 286 299 304 306 323
Vockerode 259
Volksrepublik Albanien 289
Volksrepublik Bulgarien 51, 52 227 289
Volksrepublik China 53 65 289 304
Volksrepublik Polen 12 31 40/41 43 51 81 90 115 117 289

Warnemünde siehe Rostock-Warnemünde
Warschau 51 304
Washington 159
Watenstedt – Salzgitter 39
Weimar-Buchenwald 277
Weißenschirmbach 207
Werdau (Sachsen) 113 260
Westberlin 11 23 28/29 35 68 139 159 184 204/205 219 228 232/233 235 238 260 266 272 275 306 318
Wien 214
Wildau (Kreis Königs Wusterhausen) 118/119 311
Wittenburg (Mecklenburg) 317
Wolfen (Kreis Bitterfeld) 240
Worin 204–207
Wuppertal 166 221/222

Zgorzelec 51
Zittau 244
Zwickau 30 42 106 193 317
Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 193 226

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL XIII · Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verbündeten Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED für die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR sowie um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat (Periode von 1949 bis 1955)

Die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR (1949/1950) 9

1. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik 9

2. Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Bündnispolitik der SED in den ersten Monaten nach der Gründung der DDR 22

3. Die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans. Das Gesetzgebungswerk der Provisorischen Volkskammer. Die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten 37

4. Der Bonner Staat – Instrument des Monopolkapitals. Der Beginn der Remilitarisierung Westdeutschlands 52

5. Der III. Parteitag der SED. Der Beschluß über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft 66

6. Der 3. Kongreß des FDGB. Die „Ohne-uns"-Bewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung 86

7. Die Volkswahlen im Oktober 1950 93

Der Beginn des ersten Fünfjahrplans. Der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte unter Führung der SED für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage (1951/1952) 101

1. Die Wettbewerbsbewegung der Arbeiterklasse im ersten Jahr des Fünfjahrplans. Die Entwicklung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die weitere organisatorische und politisch-ideologische Festigung der SED als marxistisch-leninistische Partei 101

2. Der Aufbau der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus 115

3. Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft 126

4. Die Weiterführung der kulturellen Umwälzung 131

5. Die Initiative der Volkskammer und der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens und zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED über das Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland 137

6. Der sowjetische Friedensvertragsvorschlag vom 10. März 1952. Der Kampf der KPD und anderer westdeutscher Patrioten gegen Generalvertrag und EVG. Die Massenbewegung der westdeutschen Arbeiter für Mitbestimmung und gegen das Betriebsverfassungsgesetz 159

Der Aufbau des Sozialismus. Die Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR 170

1. Die 2. Parteikonferenz der SED und ihre Richtlinien für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR 170

2. Die Veränderung der Struktur der staatlichen Organe. Die Rationalisatoren- und Neuererbewegung. Die kollektive Aktivistenarbeit 186

3. Die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 202

4. Der Kampf gegen die Ratifizierung des Generalvertrages und des Abkommens über die EVG 212

5. Das Scheitern des konterrevolutionären Putschversuches gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht am 17. Juni 1953 224

Der erfolgreiche Abschluß des ersten Fünfjahrplans. Der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus (1954/1955) 249

1. Der IV. Parteitag der SED 249

2. 1954, das Jahr der großen Initiative 259

3. Die Herausbildung stabiler Grundlagen der sozialistischen Kultur 273

4. Die Ausarbeitung wesentlicher Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus durch die 21. Tagung des Zentralkomitees der SED. Der Volkswiderstand gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. Der Eintritt Westdeutschlands in die NATO 280

5. Der Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag. Die Herstellung der vollen Souveränität der DDR. Der Kampf um die Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe. Die Weiterentwicklung der Politik der SED auf der 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees (1955) 302

6. Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans 320

DOKUMENTE

1 Aus dem Manifest „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland", angenommen auf der 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949 327

2 Aus der Verfassung der DDR, in Kraft getreten am 7. Oktober 1949 329

3 Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, vom 12. Oktober 1949 332

4 Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, vom 13. Oktober 1949 335

5 Aus den Grundsätzen, Richtlinien und Forderungen des DGB, angenommen auf dem Gründungskongreß des DGB am 14. Oktober 1949 336

6 Aus dem Amtlichen Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über Verbrechen am Volkseigentum vom 21. November 1949 342

7 Aus dem Petersberger Abkommen zwischen den alliierten Hochkommissaren und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 22. November 1949 343

8 Aus der Entschließung der Tagung der volkseigenen Betriebe in Leipzig, angenommen am 27. November 1949 345

9 Anträge der Bundestagsfraktion der KPD gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands vom 5. und 16. Dezember 1949 346

10 Aus der Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Volkswirtschaftsplan 1950 vom 11. Januar 1950 347

11 Aus der Erklärung der CDU vom 28. Januar 1950 348

12 Aus dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, angenommen auf der 2. Tagung des Nationalrats am 15. Februar 1950 349

13 Meldungen über die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes, März bis Juni 1950 351

14 Aus dem „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten", in Kraft getreten am 1. Mai 1950 352

15 Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, über die Herabsetzung der Reparationszahlungen vom 15. Mai 1950 354

16 Beschluß „Gegen die Remilitarisierung", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Hamburg am 23. Mai 1950 355

17 „Politische Resolution", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Hamburg am 23. Mai 1950 356

18 Aus der Deklaration von Warschau über die Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze an der Oder und Neiße vom 6. Juni 1950 357

19 Aus dem Diskussionsbeitrag des Aktivisten Paul Wolf über die Entstehung des Aktivistenplanes zur Vermeidung von Produktionsverlusten, gehalten auf dem 3. Kongreß des FDGB in Berlin am 1. September 1950 358

20 Aus der Entschließung „Im Kampf für Frieden und Einheit – durch den Fünfjahrplan zum Wohlstand", angenommen auf dem 3. Kongreß des FDGB in Berlin am 3. September 1950 359

21 Aus dem Kommuniqué über Deutschland, beschlossen von der Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA in New York am 19. September 1950 361

22 Aus dem Schlußkommuniqué der Tagung des NATO-Rates in New York vom 27. September 1950 362

23 Aus der Erklärung Gustav Heinemanns über seinen Rücktritt als Bundesminister des Innern vom 18. Oktober 1950 363

24 Aus der Prager Erklärung der Außenminister der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 22. Oktober 1950 365

25 Aus der Zustimmungserklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Pleven-Plan vom 8. November 1950 366

26 Brief des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 30. November 1950 367

27 Aus dem Aufruf des Bundesvorstandes des FDGB und der leitenden Wirtschaftsorgane an alle volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe für den Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan", veröffentlicht am 21. Dezember 1950 368

28 Aus der Entschließung „Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule", angenommen auf der 4. Tagung des ZK der SED am 19. Januar 1951 369

29 Aus der Entschließung „Alle Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951", angenommen auf der 4. Tagung des ZK der SED am 19. Januar 1951 371

30 Aus der Entschließung „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur", angenommen auf der 5. Tagung des ZK der SED am 17. März 1951 372

31 Kommuniqué der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED „Zur Frage der Kollektivverträge" vom 9. April 1951 373

32 Maiaufruf des Parteivorstandes der KPD „Gegen Remilitarisierung – für den Friedensvertrag" vom 30. April 1951 375

33 Aus der Entschließung „Neue Aufgaben in der Volkswirtschaft", angenommen auf der 6. Tagung des ZK der SED am 15. Juni 1951 377

34 Aus dem Brief des Bundesvorstandes des FDGB an die Mitglieder und Funktionäre des DGB vom 17. Juni 1951 379

35 Aus der Entschließung des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralvorstandes der IG Metall „Festigt die innergewerkschaftliche Demokratie – entfaltet die Aktivität aller Gewerkschafts-Mitglieder", beschlossen auf der gemeinsamen Konferenz in Chemnitz am 15. Juli 1951 382

36 Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 15. September 1951 386

37 Aus dem „Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951–1955)" vom 1. November 1951 388

38 Stellungnahme des Sekretariats des ZK der SED „Zum Wettbewerb zur Erhöhung der Grobblechproduktion" vom 24. November 1951 391

39 Entwurf der Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland, unterbreitet von der Regierung der UdSSR am 10. März 1952 393

40 Aus dem Rechenschaftsbericht des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, gehalten anläßlich des einjährigen Bestehens des europäischen Hauptquartiers der Nordatlantikpakt-Organisation (SHAPE) am 2. April 1952 396

41 Brief der Werktätigen des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vom 19. April 1952 396

42 Entschließung von 24 werktätigen Bauern und Landarbeitern aus Gollensdorf, Kreis Seehausen, zur Bildung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, angenommen Anfang Mai 1952 398

43 Aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik andererseits, abgeschlossen in Bonn am 26. Mai 1952 398

44 Aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, unterzeichnet von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande in Paris am 27. Mai 1952 400

45 Brief der werktätigen Bauern aus Polleben, Landkreis Eisleben, an das ZK der SED vom 13. Juni 1952 402

46 Aus dem Beschluß „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus", angenommen auf der 2. Parteikonferenz der SED am 12. Juli 1952 402

47 Aus der Entschließung des Parteivorstandes der NDPD zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 14. Juli 1952 405

48 Aus dem Grußschreiben des Landesvorstandes Thüringen der DBD an das ZK der SED vom 20. Juli 1952 406

49 Aus der Entschließung des Hauptvorstandes der CDU zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 22. Juli 1952 406

50 Aus dem Appell des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD zu den Ergebnissen der 2. Parteikonferenz der SED vom 29. Juli 1952 407

51 Aus dem Beschluß der 10. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vom 31. Juli/1. August 1952 408

52 Aus dem Artikel des Brigadiers Franz Franik „Meine Brigade kennt keine Arbeitsgeheimnisse" vom 7. August 1952 409

53 Aus der Entschließung „Die Aufgaben der Jugend im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus", beschlossen auf der 2. (IV.) Tagung des Zentralrats der FDJ in Halle vom 14. bis 16. August 1952 410

54 Aus dem Aktionsprogramm der SPD, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Dortmund am 28. September 1952 411

55 Berichte und Meldungen des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland", über den Wettbewerb in der Metallurgie von Oktober bis Dezember 1952 414

56 Aus dem Beschluß der 11. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB „Die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen" vom 3./4. Oktober 1952 415

57 Aus dem „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands", angenommen auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der KPD am 2. November 1952 418

58 Erklärung des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vom 13. November 1952 422

59 Aus dem Musterstatut der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ I, beschlossen auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5./6. Dezember 1952 423

60 Aus dem Musterstatut der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ III, beschlossen auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften am 5./6. Dezember 1952 426

61 Aus dem Diskussionsbeitrag des Vorsitzenden der LPG Dieskau, Saalkreis, Fritz Panteleit, Mitglied der DBD, gehalten auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Berlin am 5./6. Dezember 1952 430

62 Stellungnahme des Vorsitzenden der LPG Trinwillershagen, Reinhold Jahnke, zur Bildung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, veröffentlicht am 1. März 1953 431

63 Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, über die Einbeziehung ganz Deutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 11. April 1953 431

64 Aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED „Die Aufgaben bei der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs im Jahre 1953" vom 14. April 1953 431

65 Aus der Rede des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, „1953 das Schicksalsjahr für das deutsche Volk", gehalten in der Ernst-Merck-Halle in Hamburg am 21. April 1953 433

66 Aus der Entschließung „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei", angenommen auf der 15. Tagung des ZK der SED am 26. Juli 1953 433

67 Aus dem Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der DDR vom 23. August 1953 437

68 Aus dem Schlußwort Wilhelm Piecks auf der 16. Tagung des ZK der SED am 19. September 1953 439

69 Aus dem Aufruf der Weberin Frida Hockauf vom 29. September 1953 440

70 Aus dem Aufruf der Werktätigen des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck", Schwarza, zum Wettbewerb im IV. Quartal 1953, veröffentlicht am 22. Oktober 1953 441

71 Aus der Verordnung des Ministerrates der DDR über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 10. Dezember 1953 443

72 Berichte und Meldungen des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland", über das „Jahr der großen Initiative" 1954 446

73 Erklärung der Regierung der UdSSR über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR vom 25. März 1954 448

74 Aus der „Programmerklärung des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik zur Verteidigung der Einheit der deutschen Kultur" vom 25. März 1954 449

75 Aus dem „Ruf an die deutsche Jugend", angenommen vom Gesamtdeutschen Jugendkongreß in Berlin am 4. Juni 1954 453

76 Aus der Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, über die Lage nach der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung, abgegeben am 4. September 1954 454

77 Aus den Vorschlägen der I. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm in Westdeutschland, beschlossen am 10. September 1954 455

78 Aus der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 456

79 Aus den Grundsätzen für ein Aktionsprogramm der deutschen Gewerkschaftsbewegung, angenommen auf dem 3. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Frankfurt (Main) am 8. Oktober 1954 458

80 Aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik, unterzeichnet in Paris am 23. Oktober 1954 459

81 Aus dem Referat Walter Ulbrichts „Fragen der politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik", gehalten auf der 21. Tagung des ZK der SED am 12. November 1954 461

82 Aus den Beschlüssen und Empfehlungen der III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Leipzig vom 12./13. Dezember 1954 463

83 Entschließung des Parteivorstandes der SPD zur internationalen Lage vom 13. Dezember 1954 464

84 Aus dem Brief des ZK der SED an den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD, an den Bundesvorstand des DGB und alle Mitglieder der Gewerkschaften, an die Mitglieder der katholischen Arbeiterbewegung vom 18. Januar 1955 465

85 Aus dem Aufruf der Jugendbrigade „Manfred von Brauchitsch" der MTS Schönebeck-Nord „Mehr ernten und billiger arbeiten" vom 21. Januar 1955 467

86 Deutsches Manifest der Paulskirchenbewegung, beschlossen in Frankfurt (Main) am 29. Januar 1955 469

87 Entschließung der 19. Tagung des Parteivorstandes der KPD „Noch entschlossener gegen die Pariser Verträge!" vom 13. März 1955 470

88 Aus dem Brief der Werktätigen des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau", Wildau, und des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow an das ZK der SED vom 18. März 1955 472

89 Aus dem Programm der SPD zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, beschlossen vom Parteivorstand der SPD am 29. April 1955 474

90 Aus dem „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik", abgeschlossen in Warschau am 14. Mai 1955 476

91 Aus dem Referat Walter Ulbrichts „Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland", gehalten auf der 24. Tagung des ZK der SED am 1. Juni 1955 479

92 Aus dem Beschluß „Die Aufgaben des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bei der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und im Kampf um das einheitliche, demokratische und friedliebende Deutschland", angenommen auf dem 4. Kongreß des FDGB in Berlin am 20. Juni 1955 482

93 Aus der Satzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, angenommen auf dem 4. Kongreß des FDGB in Berlin am 20. Juni 1955 485

94 Verpflichtung der Brigade Kurt Wolter aus dem VEB Berliner Reifenwerk zum Wilhelm-Pieck-Aufgebot 1955, veröffentlicht am 9. Juli 1955 486

95 Aus dem „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" vom 20. September 1955 487

96 Aus der Programmatischen Erklärung des Parteivorstandes der KPD „Die neue Lage und die neuen Aufgaben in Westdeutschland" vom 16. Oktober 1955 489

97 Aus dem Beschluß „Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", angenommen auf der 25. Tagung des ZK der SED am 27. Oktober 1955 491

98 Aus der Programmerklärung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Alle Kraft für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für das Vaterland des Volkes!", beschlossen auf der Tagung des Nationalrats am 12./13. November 1955 493

REGISTER 497

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 72 Bildseiten und einer Karte (MdI Nr. 600/66) · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966 · Lektor: Peter Bachmann · Printed in the German Democratic Republic Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Hermann Haack, geographisch-karthographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für die Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00 **